



Was steckt hinter den »Spionage-Affairen«? S.43/44

Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.176 5.5.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2.-

Gorleben: Bohrstelle BESETZT!

Am Samstag, dem 3. Mai, haben über 5 000 Menschen das für die Tiefbohrung vorgesehene Gelände besetzt! Diese Besetzung wurde von den Widerstandsgruppen des Landkreises Lüchow-Dannenberg vorbereitet, unterstützt und mitgetragen. Das ist toll so, genauso wie die Tatsache, daß wir unerwartet viele Besetzer aus allen Teilen der BRD und sogar aus dem Ausland sind.

Und die Polizei?

Sie hielt sich diesmal dezent im Hintergrund. Noch einige Tage zuvor drohten die Betreiber, jede „fremde Nutzung“ von „1004“ strafrechtlich zu verfolgen (Strafen bis zu 50 000 DM). Die Polizei erklärte, sie sei „von Amts wegen verpflichtet einzugreifen“ und müsse „dem gesetzlichen Auftrag zur Strafverfolgung nachkommen“. Es ist ein Zeichen unserer Stärke, daß diese Drohung bisher unwirksam blieb. Inzwischen erklärte die Polizei, erst dann einzugreifen, wenn die Bohrgesellschaft PTB den Platz beansprucht. Wir wissen, daß diese Herrschaften nur auf ein Abbröckeln der Besetzung warten, um dann den Platz „sauber zu machen“. Wir müssen uns darauf einrichten! Aber wir werden ihnen ihr trübes Süppchen versalzen!

Was will die Besetzung?

- Einstellung aller Bohrarbeiten bei Gorleben und anderswo, denn es sind Bauarbeiten.
- Kein Zwischenlager in Gorleben, denn es ist die erste Baustufe des Wiederaufbereitungszentrums.
- Einstellung jeder weiteren Atomkraftproduktion und Ablösung der Atomenergie durch menschengerechte Energie.
- Abzug der Atompolizei aus dem hannoverschen Wendland und anderswo!

Die Tiefbohrung ist die Vorbereitung zur Endlagerung = Endlösung. Wir wollen die Tiefbohrung verhindern!

Auf dem Platz entsteht ein richtiges Dorf; Zentrum wird das Freundschaftshaus, für das auch Bauern aus der Umgebung Material gestiftet haben und welches bald fertig ist. Hier soll ein „buntes Programm“ mit Informationsveranstaltungen, Festen, Diskussionen, Theater und Musik zusammen mit den Einheimischen statt-

Fortsetzung Seite 9

Sozialistische Konferenz: »Ein wichtiger erster Schritt«

Vom 2. — 4. Mai fand in Kassel die 1. Sozialistische Konferenz verschiedener sozialistischer und kommunistischer Organisationen und Strömungen statt. Sie beschäftigte sich mit dem Thema „Ökologie und Sozialismus“. Die Konferenz war geplant als ein Schritt, die verschiedenen Strömungen der westdeutschen und Westberliner Linken in einen gemeinsamen Diskussionsprozeß einzubeziehen.

Mit über 1000 Teilnehmern wurden alle Erwartungen der Vorbereitungsgruppe weit übertroffen. Zwar war in den Vorbereitungsgesprächen diskutiert worden, die Teilnehmerzahl auf 300 einzugrenzen, um eine effektive Diskussion zu ermöglichen, aber der Andrang war nicht aufzuhalten.

Hat dies einerseits sicherlich die Arbeitsfähigkeit der Konferenz beeinträchtigt, so zeigt sich darin doch andererseits das starke Interesse, gerade in der gegenwärtigen Krisensituation der Linken zu einer gemeinsamen Diskussion zu kommen. Anwesend waren überwiegend Mitglieder und Vertreter aus sozialistischen und kommunistischen Initiativen, Gruppierungen und Organisationen, unabhängigen Sozialisten sowie Vertreter verschiedener sozialistischer Zeitungen, aber auch SPD-Linke und vereinzelt

auch Mitglieder der DKP (obwohl sich die DKP offiziell gegenüber diesem Projekt nicht zu einer Unterstützung entschließen konnte).

Es war von vornherein klar, daß diese erste Konferenz nicht den bisherigen Mangel an einer gemeinsamen Diskussion aufheben würde. So ging es erst einmal darum, die Gemeinsamkeiten und Differenzen festzustellen. In der abschließenden Presseerklärung der Konferenz heißt es dazu: „daß die Durchführung dieser Arbeitskonferenz ein wichtiger erster Schritt war für einen Prozeß der solidarischen Auseinandersetzung zwischen all denen, die sich als Sozialisten verstehen. Obwohl Gemeinsamkeiten im Ziel einer sozialistischen Perspektive, d.h. der Überwindung des Kapitalismus und der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bestand, gab es doch unterschiedliche Vorstellungen über den Weg hin zu diesem Ziel und über die konkrete Ausgestaltung einer sozialistischen Gesellschaft.“

In einem Resümee wurde betont, daß die Widersprüche nicht kurzfristig zu überwinden seien. Es wurde gewarnt vor einer Vereinheitlichungseuphorie. Es sollte gelernt werden, mit diesen Widersprüchen so leben und dennoch zu gemeinsamen Aktivitäten zu kommen.

Begonnen wurde die Konferenz mit einer Plenumsdiskussion zu „Ökologie und Sozialismus“. Ausgangspunkt für diese Diskussion sind die Theorien u.a. von Rudolf Bahro, v.a., daß die „ökologische“ Krise die Sozialisten zwingt, den Kampf um das Überleben der „Gattung“ vor die Entwicklung des Klassenkampfes zu stellen. Die Eingangsreferate zu diesem Thema hielten Elmar Altvater (SB, „Probleme des Klassenkampfes“), Alexander von Plato (Ex-KPD, „Gruppe 99“), Fritz Haug („Argumente“), Rudolf Bahro und Oskar Negt (SB). Auffallend war in dieser Anfangsdiskussion, daß Rudolf Bahro seine bisher radikal formulierten Thesen relativierte. Er betonte ausdrücklich die Notwendigkeit des Klassenkampfes, sowohl den Kampf der Arbeiterklasse um die unmittelbaren Bedürfnisse, als auch den Kampf zum Sturz des Kapitals.

Dennoch sah er weiterhin den Kampf um das „Überleben der Gattung“ als gegenwärtig übergeordnet an, wobei er (fälschlicherweise) den Klassenkampf der Arbeiterklasse auf den Lohnkampf reduzierte.

Alle weiteren Redner sprachen sich in unterschiedlicher Weise gegen die Unterordnung des Klassenkampfes unter die Ökologiebewegung aus. Sie arbeiteten heraus, daß die „ökologische Krise“ im wesentlichen ein Produkt der kapitalistischen und imperialistischen Gesellschaftsordnung ist und daß insofern die Arbeiter- und sozialistische Bewegung und die ökologische Bewegung nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern einen gemeinsamen Kampf entwickeln müßten.

Aber auch in diesen Referaten zog sich noch weitgehend eine Trennung des Klassenkampfes einerseits und der Ökologiebewegung andererseits hindurch.

Dies wurde insbesondere dann deutlich, wenn davon gesprochen wurde, daß die „ökologische Krise“ und die Ökologiebewegung die Sozialisten zwingt, ihre „traditionellen“ Zielsetzungen neu zu überdenken. Ein Vertreter einer Richtung, der die Frage der „ökologischen Krise“ und der angeblichen Verknappung der Rohstoffressourcen auf die kapitalistische Ökonomie und die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der 3. Welt hinführte, war auf dem Podium nicht vertreten. Das Fehlen dieser Strömung in der Ausgangsdiskussion war sicherlich ein

Fortsetzung Seite 2



Amsterdam, 30. April

Geplant war eine glanzvolle und vor allem harmonische Jubelfeier zur Thronbesteigung von Beatrix als neuer Königin in den Niederlanden. Aber Amsterdam erlebte an diesem 30. April die heftigsten und folgenschwersten Auseinandersetzungen zwischen linken Demonstranten, Hausbesetzern usw. auf der einen und

dem bewaffneten Staatsapparat (vor allem in Gestalt der „Mobilen Einheit“) auf der anderen Seite. Stundenlanges Straßenschlagen (mit zahlreichen Verletzten auf beiden Seiten der Barrikaden!) überrannten die Hochrufe auf die frisch gekürte Königin.

Siehe Bildbericht S.8

Fortsetzung von Seite 1

Mangel, da sie als einzige radikal die These vertrat, daß die Ökologiekrisis nur mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu lösen ist und nicht umgekehrt die Sozialisten Anleihen beim Ökologismus machen müssen.

Diese gegensätzlichen Standpunkte blieben auf dieser Konferenz noch nebeneinander stehen.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurden vier Arbeitsgruppen eingerichtet: 1. Sozialisten und Massenbewegungen, 2. Ökologieproblem und Marxismus, 3. Ökologiebewegung und Arbeiterbewegung, 4. Ökologie und Weltmarkt. Ein Antrag, aufgrund der aktuellen Situation eine fünfte Arbeitsgruppe zum Thema „Kriegsgefahr“ einzurichten, wurde dahingehend entschieden, diese Problematik in die vierte AG mit einzubeziehen.

Die schärfste Gegenposition zum Ökologismus wurde in der AG 4 formuliert, die sich mit der Situation des Imperialismus und der 3. Welt befaßte. Hier wurde herausgearbeitet, daß die angebliche Verknappung der Rohstoffressourcen, was für die Ökologiebewegung ein zentrales Thema ist, im wesentlichen der Logik der kapitalistischen Ökonomie entspringt, die die Rohstoffgewinnung (insbesondere Erdöl) allein unter Profitinteressen betrachtet. Hinter der „Verknappung“ verbirgt sich so im eigentlichen die Verteuerung der Förderung bzw. die Heraufsetzung der Preise durch die Förderländer.

Es wurde vor der Gefahr gewarnt, daß die ökologische Bewegung zu einer objektiven Unterstützungsfunktion der imperialistischen Kriegspropaganda zur Neuverteilung der Rohstoffe werden könnte, wenn sie allein auf Sparsamkeitsappelle hinorientiert und nicht in erster Linie die imperialistische Ausbeutung der Länder der 3. Welt angreift. Die arbeitende Bevöl-

kerung der imperialistischen Staaten soll für den nächsten Krieg mit der Parole gewonnen werden, ihre eigenen Lebensinteressen zu verteidigen. Dieser Propaganda könne man nur dann wirksam entgegenzutreten, wenn man nachweist, daß gegenwärtig nicht die Rohstoffe knapp werden, sondern daß die Profite der Konzerne in Gefahr sind und die imperialistischen Mächte deshalb zu militärischen Aktionen greifen.

Leider wurde die Frage, die Kriegsgefahr im Zusammenhang mit der „ökologischen Krise“ zu sehen, weitgehend aus der Diskussion ausgeklammert. Initiativen, hierzu zu einer Entschließung der Versammlung zu kommen (z.B. Aufruf zu gemeinsamen Aktivitäten) wurden noch mit dem Hinweis abgeblockt, daß die Differenzen in dieser Frage zu groß seien.

Trotzdem hat es ein (wenn auch noch nicht direkt greifbares) Ergebnis dieser Konferenz gegeben. Alexander Schubart (GLH) faßte dies darin zusammen, daß er mit dem „beklemmenden Gefühl“ angeereist sei, daß die Mehrheit der Sozialisten heute bereit sei, den Klassenkampf und die Vertretung der Arbeiterinteressen fallen zu lassen, zugunsten einer einseitigen Unterstützung der Grünen. Dies habe sich auf der Konferenz nicht bestätigt.

Beschlossen wurde, die nächste Sozialistische Konferenz unter dem Thema „Der herrschende Block an der Macht und die Alternative der Linken“ durchzuführen. Dagegen stand ein Vorschlag, die Kriegsgefahr zu thematisieren (für diesen Vorschlag stimmte ca. 1/3 der Anwesenden). Weiterhin bestand Einigkeit darin, die nächste Konferenz durch örtliche Vorbereitungsgruppen zu unterstützen. Sie soll nach den Bundestagswahlen stattfinden, um so die Diskussion nicht allein zur Frage der Wahlentscheidung werden zu lassen.

nicht in erster Linie die imperialistische Ausbeutung der Länder der 3. Welt angreift. Die arbeitende Bevöl-

Zum Prozeß gegen PRP-Mitglieder

Am 9. April 1980 verurteilte ein Kriminalgericht in Lissabon nach zweijähriger Untersuchungshaft und drei Monaten Verhandlung im sogenannten „Fall PRP“ die Angeklagten Carlos Antunes, Isabel do Carmo und Fernanda Fraguas zu Haftstrafen zwischen zehneinhalb und fünfzehn Jahren. Aus Protest gegen dieses Urteil schrieben einige deutsche Persönlichkeiten einen Brief an den Staatspräsidenten der Republik Portugal, General Ramalho Eanes und an die Mitglieder des Revolutionsrates.

Ein solch hartes Urteil kam selbst für weite Teile der liberalen Öffentlichkeit überraschend. Die jetzt verurteilten Mitglieder und Begründer der „PRP“ (Revolutionäre Partei des Proletariats) waren am 20. Juni 1978 im Rahmen einer großangelegten Polizeiaktion festgenommen worden. Die Bedingungen ihrer Verhaftung, des Ermittlungsverfahrens und der Untersuchungshaft waren Gegenstand einer Erklärung des deutschen „Komitees zur Unterstützung inhaftierter Antifaschisten in Portugal“ vom Oktober 1978.

Bis Anfang 1980 wurden von den ursprünglich Beschuldigten und Verhafteten 26 Personen freigelassen, während es zu 2 Urteilen in 1. Instanz kam. Im Oktober 1979 führten 30 Untersuchungsgefangene einen Hungerstreik von 1 Monat Dauer durch mit dem Ziel, die Inkraftsetzung des vom Parlament schon verabschiedeten „Amnestiegesetzes“ durch Präsident Ramalho Eanes zu erreichen. Das Gesetz trat am 23. November 1979 in Kraft, jedoch lehnten es bislang alle Gerichte ab, dieses Gesetz auf die Angeklagten anzuwenden. Das Komitee schrieb einen offenen Brief an den Präsidenten der Republik Portugal und an die Mitglieder des Revolutionsrates. Darin heißt es:

(...) Schon 1978 haben wir unsere Beunruhigung darüber ausgedrückt, daß versucht werden sollte, „mit diffusen Verschwörungstatbeständen politisch mißliebige Gruppen der Linken zu kriminalisieren“, daß wie zu Zeiten des faschistischen Regimes Inhaftierte nach ihrer Festnahme mißhandelt und der Möglichkeit des freien, unüberwachten Kontakts zu ihren Verteidigern beraubt wurden. Wir hatten uns dabei Protesten der portugiesischen und der internationalen Öffentlichkeit gegen die Verletzung vor allem der Artikel 28 und 32 der portugiesischen Verfassung sowie gegen die von der Justizpolizei geführte „Kampagne der Vorverurteilung der Angeklagten angeschlossen.

Im Verlauf des öffentlichen Prozesses mußten wir erfahren, daß noch weitere Verletzungen der Legalität während der Ermittlungen und im Verfahren selbst vorgekommen sind: so konnten insbesondere die Umstände nicht geklärt werden, unter denen Anschuldigungen während der polizeilichen Ermittlungen zustande kamen.

Inzwischen wurden zahlreiche Personen von portugiesischen Gerichten freigesprochen, die zum Teil wie die jetzt Verurteilten einer übermäßig langen Untersuchungshaft und den heftigsten Diskriminierungen in der Öffentlichkeit ausgesetzt waren - eine Folge der gezielten und

illegalen Verletzung der Geheimhaltungspflicht der Ermittlungen durch die Justizpolizei.

Alle diese Tatsachen haben bei uns den Verdacht erhärtet, daß es sich hier um ein politisches Verfahren - um nicht zu sagen: eine politische Abrechnung - handelt. Unseren Protest dagegen verstärkt noch, daß wir gleichzeitig die unverantwortlich leichtfertige Freilassung so vieler für die faschistischen Verbrechen verantwortlichen Personen mitansehen mussten.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Mitglieder des Revolutionsrates.

Sie sind die verfassungsmäßigen Garanten der Einhaltung der Internationalen Menschenrechtskonvention, der demokratischen Legalität und der Verbundenheit an den Geist der portugiesischen Revolution des 25. April 1974. Wir fordern Sie auf, bei den entsprechenden portugiesischen Institutionen unverzüglich auf die Einhaltung dieser Normen zu dringen. Dies wird nach unserer Meinung nur eine Annullierung der Urteile vom 9. April 1980 zur Folge haben können.

Zudem fordern wir Sie auf, unverzüglich die Anwendung des Amnestiegesetzes auf die Angeklagten zu erreichen. Carlos Antunes und Isabel do Carmo sind seit langen Jahren bekannt als kämpferische Antifaschisten, und es steht für uns außer Frage, daß dieses Gesetz nach Geist und Buchstaben auf diese Gefangenen angewendet werden muß, die einem eindeutig politischen Verfahren unterworfen waren.

Wir möchten gleichzeitig unsere Sorge über ein weiteres Vordringen verfassungswidriger Praktiken von Behörden in anderen Bereichen der portugiesischen Gesellschaft - insbesondere in der „Zone der Agrarreform“ - zum Ausdruck bringen. Wir möchten Sie auffordern, Ihren Einfluß auch dort geltend zu machen für die Respektierung der in der Verfassung verankerten Errungenschaften des 25. April 1974 - im Sinne der Preamble dieser Verfassung, den „Weg für eine sozialistische Gesellschaft zu öffnen.“

Frankfurt am Main, den 25. April 1980. Günther Wallraff, Wolf Biemann, Samuel Schirmbeck, Alexander Schubart, Johannes Riemann, Ruppert von Plottitz, Helmut Gollwitzer,

für das „Komitee zur Unterstützung inhaftierter Antifaschisten in Portugal“; Frieder Bauer, 6000 Frankfurt am Main 1. Kettenhof 111, Bundesrepublik Deutschland

RGR news

Frankfurt. Der lila-gelbe Button „Rock gegen rechts/Frankfurt '80“ war am 1. Mai 1980 auf dem Römerberg der mit Abstand am meisten getragene Anstecker unter den Demonstranten. Was Frankfurt angeht, scheint RGR in diesem Jahr jetzt schon ähnlich verankert und bekannt zu sein wie im Juni '79. Das Aktionsbündnis, das dieses Mal Aktivitäten vom 14. bis 17. Juni plant, hat sich inzwischen weiter verbreitern können: Hinzugekommen sind die „az/andere zeitung“, das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Bonames, die Frankfurter Jungdemokraten und der SPD-Ortsverein Nordend I (50 Plaketten wurden übrigens auch von der SPD-Rathausfraktion im Römer bestellt). Mittlerweile deutet sich ein Rückzug der NPD von ihrem Vorhaben an, das Nazitreffen in Frankfurt durchzuführen. Zwar hält sie immer noch ihre Anmeldung für den 17. Juni aufrecht und wartet zunächst die Verfügungen der Stadt ab. In ihrer Mitgliederzeitung „Deutsche Stimme“ (Ausgabe Mai 80) rufen die Faschisten jedoch schon zu einem „Deutschlandtreffen“ am 17.6. im „Raum Eschwege an der Zonengrenze“ auf. Das angekündigte Programm sieht vor, bereits um 11 Uhr „in unmittelbarer Nähe der Zonengrenze“ eine „Großkundgebung“ abzuhalten. Nach einer anschließenden „20-minütigen Busfahrt“ soll dann in einer „modernen Großraumhalle an der Zonengrenze“ der Bundeswahlkongress der NPD abgehalten werden. Die NPD verkauft diese Änderung so, als werde damit ein lange von ihr ge-

hegter Traum Wirklichkeit. Von dem laut verkündeten Ziel, Frankfurt zur „ersten nationaldemokratischen Stadt Deutschlands“ zu machen, ist allerdings nicht mehr die Rede. Es ist also mit hoher Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die NPD nicht noch einmal in Frankfurt alles auf eine Karte setzt und das Risiko eingeht, daß ihre Veranstaltung gar nicht stattfinden kann. Für die Frankfurter Antifaschisten ist das jetzt schon ein beachtlicher Erfolg ihrer Anstrengungen. Dennoch war es nicht das ausschließliche Ziel der (bundesweiten) Aktion Rock gegen rechts, Frankfurt 'sauber' zu halten. Sondern es geht natürlich um das Stattfinden eines derart zentralen Nazitreffens in der BRD überhaupt. Dieses Treffen auch zukünftig unmöglich zu machen, ist das Anliegen aller derer gewesen, die im letzten Jahr das Demonstrationsverbot des Frankfurter Oberbürgermeisters durchbrachen und trotz der drohenden Polizeistreitmacht in der Innenstadt ausharrten, bis klar war, daß die NPD nicht kommen würde. Deshalb muß jetzt gemeinsam überlegt werden, wie der NPD auch im „Raum Eschwege“ die Suppe zu versalzen ist. In diesem Fall bekommt der Konflikt sogar eine besondere Brisanz: Da die NPD offenbar, wie ihrer Ankündigung zu entnehmen ist, Provokationen gegen die Grenze der DDR plant, kann sich auch die Bundesregierung nicht der Verantwortung entziehen. Man darf also gespannt sein, was ihr die „Entspannung“ zwischen den beiden deutschen Staaten heute noch wert

ist und ob sie zusieht, wie die Kriegsstimmung durch Faschisten weiter angeheizt wird. Was die Vorbereitung für das Rock gegen rechts-Festival auf dem Frankfurter Rebstock angeht, sollte man sich durch die Taktik der NPD nicht irre machen lassen. Dieses findet ohnehin vorher statt (14./15.6.) und sollte nicht - entsprechend den Manövern der Faschisten - mal hierhin, mal dorthin verlegt werden. Auch die Unterstützung der von DGB, Kirchen, Jüdischer Gemeinde und Stadtjugendring geplanten antifaschistischen Kundgebung am 17.6. auf dem Frankfurter Römerberg sollte nicht einfach wieder aufgekündigt werden (wenn auch die Planungen für diese Veranstaltung aus der Sicht von RGR einiges zu wünschen übrig lassen). Ob aber die Antifaschisten bundesweit an dieser Kundgebung teilnehmen, während sich die NPD möglicherweise an der DDR-Grenze trifft, steht dahin. Bevor in dieser Frage Entscheidungen getroffen werden, sollten jedoch schnellstens alle politischen Mittel ausgeschöpft werden, um ein „Deutschlandtreffen“ im „Raum Eschwege“ zu vereiteln.

KB/Gruppe Frankfurt

Kontaktadresse: Aktionsbündnis RGR, Speicherstr. 5, 6000 Frankfurt. Beteiligt auch am Verkauf der Buttons (5 DM)! Dies ist die Voraussetzung für die Finanzierung des Festivals. Bestellungen bei der o.a. Adresse.

Hamburg: Nazi-Veranstaltung im Gewerkschaftshaus verhindert

Etwa 3000 Hamburger Antifaschisten besetzten am Sonntag, dem 4. Mai, das Gewerkschaftshaus sowie den Legienplatz vor dem DGB-Haus, um eine Veranstaltung der neofaschistischen „Deutschen Volksunion“ (DVU) zu verhindern. Zu dieser Veranstaltung war der Herausgeber der „National- und Soldatenzeitung“, Frey, als Hauptredner angekündigt! Eine besonders infame Provokation dieser Neofaschisten, in Gewerkschaftsräumen tagen zu wollen, liegt darin, daß fast auf den Tag genau vor 47 Jahren die deutschen Nazis alle Gewerkschaftshäuser besetzten und Massenverhaftungen von Funktionären und Gewerkschaftsmitgliedern durchführten!

Der DGB hatte sich in letzter Minute entschlossen, gegen diese rechtsradikale Versammlung in seinen eigenen Räumlichkeiten nicht nur mit juristischen Mitteln vorzugehen, sondern die Mitgliederbasis zu mobilisieren.

Zu der für den DGB sicher peinlichen Vermietung an die DVU war es gekommen, weil der Pächter des Hauses offenbar den Charakter dieser Gruppierung nicht durchschaut hatte. In seiner Darstellung des Sachverhalts berichtete der DGB-Kreisvorsitzende Saalfeld, der DGB habe erst am 29.4. von einem Journalisten davon erfahren und sofort die Mietverträge gekündigt. Dagegen sei die DVU mit einer einstweiligen Verfügung vorgegangen, die aber vor Gericht am 2.5. (Freitag) abgewiesen wurde. Der DGB hatte sein Vorrecht auf Benutzung der Räumlichkeiten geltend gemacht und in einer per Eilbrief verschickten Einladung alle Funktionäre des DGB zu einer „außerordentlichen Funktionärskonferenz“ in allen Räumen des Gewerkschaftshauses eingeladen. In einem an die Schulkreis-Konferenz-Sprecher der GEW per Expreß verschickten Schreiben hieß es deutlicher: „Dies müssen wir verhindern, indem wir das Gewerkschaftshaus bereits vorher besetzen“. Alle Kollegen, die noch erreichbar waren, wurden in den Aufrufen der Einzelgewerkschaften an die Funktionäre aufgefordert, am Sonntag um 12 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus zu erscheinen - die Naziveranstaltung war für 14 Uhr geplant.

Allerdings sind ganz offensichtlich dem Schritt, eine Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis durchzuführen, erhebliche interne Auseinandersetzungen im DGB vorausgegangen. Denn obwohl am 1. Mai allen Oberfunktionären bekannt war, daß die Neofaschisten im Gewerkschaftshaus tagen wollten, wurde von den Mai-rednern kein einziges Wort dazu gesagt. Auf der DGB-Jugendveranstaltung am Abend des 1. Mai wurde lediglich von einem „Gerücht“ gesprochen, man solle sich bei den Einzelgewerkschaften erkundigen... Dann war geplant, nur die Ordner der



Kundgebung vor dem DGB-Haus

1. Mai-Demonstration ins Gewerkschaftshaus zu berufen.

Nun, die Gegner der Mobilisierung der Öffentlichkeit, der antifaschistischen Gewerkschafter haben sich nicht durchgesetzt. Es ist das erste Mal „seit Menschengedenken“, daß der DGB Hamburg in derart unbürokratischer Weise mobilisiert hat. Und der Erfolg hat gezeigt, daß es innerhalb von zwei Tagen möglich war, Tausende von Menschen auf die Beine zu kriegen. Das Schneeballsystem klappte vorzüglich. U.a. wurde auf Initiative einzelner „einfacher“ Mitglieder auf einer Türkei-Veranstaltung am 2.5. aufgerufen, zum Gewerkschaftshaus zu kommen.

So erschienen mehrere tausend Antifaschisten, auch zahlreiche türkische Kollegen, um den Nazis den Tag zu versauen - ein guter Erfolg, da viele wegen verlängertem Wochenende, bzw. wegen der Gorleben-Platzbesetzung gar nicht in Hamburg waren.

Die „Besetzung“ des Gewerkschaftshauses ging allerdings nur mit „Bahnsteigkarte“ vor sich, d.h. die Herren Ordner hatten Anweisung, nur Gewerkschaftsmitglieder, die sich solche ausweisen konnten, hereinzulassen. Das wurde von sehr vielen zurecht als eine „Spaltung“ und „Sauerrei“ empfunden. Das Programm (Reden und Musik) wurde nach draußen übertragen. Einstimmig und mit Rufen „Hoch die internationale Solidarität“ wurde eine Solidaritätsresolution mit den streikenden bzw. ausgesperrten schwedischen Gewerkschaftern verabschiedet. Ebenso eine Resolution der IG Druck und Papier, die bereits von der Drupa-Mitgliederversammlung am 30. Sept. 1979 gebilligt worden war, in der „die politisch Verantwortlichen in den Kommunal- und Landesparlamenten“ aufgefordert werden, „alle

Versammlungen der NPD und anderer neonazistischer Gruppen generell zu verbieten... Wehret den Anfängen - es darf kein neues 1933 geben!“ - so schloß diese Resolution. Im Kulturprogramm gab es z.T. sehr kritische Beiträge gegen Militarismus und Krieg und gegen Strauß (Clown gegen rechts), sowie ein Anti-AKW-Lied, das den Gorleben-Platzbesetzern gewidmet wurde.

Auch über den Charakter, die Ideologie und die Verbindungen der DVU wurde sehr gut aufgeklärt. Allerdings waren die Mikrofone im Saal unter strenger Kontrolle der Oberfunktionäre. Eine freie Diskussion war nicht gestattet. Auch am Ort des eigentlichen „Geschehens“, auf dem Legienplatz, hatten die zahlreichen Ordner das Geschehen „fest im Griff“. Die wenigen Nazis, die sich blicken ließen, um „ihren Dr. Frey“ zu hören, wurden von empörten Demonstranten mit Sprechchören „Nazis raus“ weggedrängt, einige der alten Braunen, die besonders hartnäckig waren, bekamen schon mal einen Stoß ab oder wurden angespuckt. Die Ordner hatten nichts Wichtiges zu tun, als derart „unkontrollierte Aktionen“ immer wieder zu verhindern und bildeten Ketten, um ein Verfolgen der Nazis über den Platz hinaus zu verhindern. Später tauchten auch noch einige Mannschaftswagen der Polizei auf. Die Bullen waren aber ziemlich unsicher, wie sie sich verhalten sollten. Es hieß dann, die Nazis hätten sich in einem Hotel beim Hauptbahnhof zusammengedrängt. Als zahlreiche Demonstranten dies nachprüften, waren sie jedoch schon durch einen Hinterausgang entwichen. Es waren nur 25-30 gewesen.

Zufällige Ohrenzeugen von zwei abziehenden Nazis hörten, wie diese sagten: „Mist, wieder umsonst“. So soll es bleiben!

9 Parteien fehlten beim KP-Treffen der PCI

22 revisionistische KP's Europas beteiligten sich am „Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“, das am 28./29. April in Paris stattfand. 2 von 22 Parteien, (die belgische und die schweizerische Partei) nahmen nur als Beobachter teil, 9 weitere eingeladenen Parteien hatten a b g e s a g t : Die Parteien Jugoslawiens, Italiens, Spaniens, Rumaniens, Schwedens, Großbritanniens, der Niederlande, San Marinos und Islands. Dieses Ergebnis der Konferenz ist der bisher deutlichste Ausdruck für den Zerfall des von der KPDSU dominierten revisionistischen „Lagers“.

In der bürgerlichen Presse wurde die Konferenz entsprechend schadenfroh kommentiert: Es handele sich um „die größte Schlappe, die Moskau jemals auf dem Feld des Weltkommunismus einstecken mußte“ („Welt“, 28.4.), um eine Rumpfkongferenz, um eine „gescheiterte“ Konferenz usw. Diese Kommentare gehen allerdings bewußt an den Tatsachen vorbei. Zu diesen Tatsachen gehört, daß von der KPdSU und einigen anderen Parteien (darunter vor allem die französische PCF) ein solches Ergebnis der Konferenz b e w u ß t einkalkuliert worden war. Ausgegangen war die Initiative zu dieser Konferenz nämlich schon im Dezember 1979, und zwar von der PCF und der polnischen KP. Dieses Vorgehen war bereits einigen Parteien unangenehm aufgefallen, weil es von ihnen richtigerweise so interpretiert wurde, daß die KPdSU zwei Parteien „vorgeschickt“ hatte, statt einen K o n s e n s aller relevanten Parteien über die Umstände einer Konferenz anzustreben. Immerhin war man bei der letzten derartigen Konferenz, 1976 in Ostberlin, übereingekommen, künftige Konferenzen nur noch im Konsens, d.h. mit Zustimmung aller Parteien durchzuführen.

Der zunächst unkonkret gehaltenen Initiative der PCF und der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) folgten monatelang Verhandlungen hinter den Kulissen. Für die Initiatoren und die KPdSU war demnach schon frühzeitig erkennbar, daß relevante Parteien, wie etwa die PCI (Italien) und die PCE (Spanien), einer

solchen Konferenz fernbleiben würden. T r o t z d e m veröffentlichten „nach Konsultationen“ („UZ“, 3.4.) die PCF und die PVAP Anfang April relativ kurzfristig die offizielle Einladung zur Konferenz. Zu diesem Zeitpunkt war den Beteiligten bereits klar, daß diese Konferenz nicht „repräsentativ“ im Sinne der Ostberliner Konferenz von 1976 werden könnte, an der noch - wenn auch mit einigen Beschwerden - alle revisionistischen Parteien Europas teilgenommen hatten. Insofern sind Kommentare über das „Scheitern“ der Pariser Konferenz nicht angebracht. Sinnvoller wäre die Frage, w a r u m die KPdSU und andere Parteien unter diesen konkreten Bedingungen ihr Konferenz-Projekt durchgeführt haben. Von der KPdSU selbst wurde diese Frage mit dem Argument beantwortet, man habe auf die Einwände der Fernbleibenden keine Rücksicht nehmen können, weil die Thematik der Konferenz - „Frieden und Abrüstung in Europa“ - so akut sei, daß ihre Behandlung keinen zeitlichen Aufschub dulden könne. Daß die Durchführung der Konferenz ohne die KP's von Italien, Spanien, Jugoslawien, Rumänien u.a. wirklich den Kampf um Frieden und Abrüstung gefördert haben soll, ist allerdings schwerlich zu begründen. Einleuchtender wäre die Absicht der KPdSU, innerhalb des revisionistischen Lagers „schärfere Konturen“ zu ziehen, den Block der mit ihr relativ weitgehend übereinstimmenden Parteien enger zu formieren, und auf diesem Weg Druck auf die in Opposition zur KPdSU stehenden Parteien auszuüben.

Die Begründungen der Absagen

Fast sofort nach der Veröffentlichung der Einladung zur Pariser Konferenz Anfang April folgten die offiziellen Absagen der PCI, der PCE und des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ). Zwischen den drei Parteien soll in dieser Frage vorher eine enge Absprache stattgefunden haben.

Die PCI (Italien) erklärte, die Konferenz könne sich geradezu schädlich für die Ziele der Entspan-

nung auswirken. Denn nötig seien für diese Ziele Gespräche und Übereinkünfte innerhalb eines sehr breiten Spektrums von Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, fortschrittlichen Christen usw. Um solche Gespräche zu erreichen, müsse gegenüber diesen Kräften ein entsprechendes „Dialog-Klima“ geschaffen werden. Vorhergehende besondere Treffen der KP's seien diesem Klima nicht dienlich, sondern seien eher dazu geeignet, die Kommunisten zu isolieren. Eingewendet wurde auch, daß die Begrenzung des Konferenz-Gegenstandes auf E u r o p a zahlreiche wichtige außereuropäische Probleme im Zusammenhang von Frieden und Abrüstung ausgeklammert würden - und zwar gerade auch Themen wie Afghanistan, zu denen es unterschiedliche Meinungen gebe.

Der BdKJ (Jugoslawien) begründete seine Absage mit der Einschätzung, daß die Konferenz keine positiven Ergebnisse bringen würde. Die internationale Lage habe sich derart verschärft, daß es nötig sei, alle Kräfte des Fortschritts und des Friedens zusammenzuschließen, unabhängig von ihrer ideologischen Orientierung. Dazu diene die Konferenz aber nicht. Im Gegenteil würde mit dieser Konferenz in sektiererischer Weise ein Monopolrecht der KP's auf Fortschritt und Sozialismus beansprucht. Sozialisten und Sozialdemokraten würden dadurch als Partner niedriger Rangs behandelt.

Auch der BdKJ kritisierte außerdem die Eingrenzung des Konferenz-Themas: Man dürfe nicht über die wirklichen Ursachen schweigen, die zur Krise der Entspannung und zur Krise der Entspannung und zur aktuellen gefährlichen Verschlechterung der internationalen Lage geführt haben. Zu diesen Ursachen gehört nach Meinung des BdKJ auch die sowjetische Politik gegenüber Kambodscha und Afghanistan.

Die PCE (Spanien) argumentierte im wesentlichen ähnlich. Auch sie hob hervor, daß eine Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte Europas, nicht nur der Kommunisten, nötig sei. Dazu diene die Pariser Konferenz nicht. Zugleich wandte

sich die PCE erneut gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan und gegen den von Carter befohlenen Olympia-Boykott.

Die CPN (Niederlande) begründete ihre Absage mit mangelnder Vorbereitung der Konferenz und Unklarheit über deren Ziele. Man befürchte, daß diese Konferenz die revisionistischen Parteien einander noch stärker entfremden würde, statt sie enger zusammenzuführen.

Die KP Großbritanniens teilte mit, sie sei nicht einverstanden mit der Art des Zustandekommens und der Vorbereitung der Konferenz. Man wolle die Thematik Frieden und Abrüstung lieber in weniger formellen Konsultationsrunden diskutieren, statt auf großen Kongressen.

Die schwedische Linkspartei/Kommunisten erklärte, sie würde an der Konferenz nicht teilnehmen können, ohne dann auch die Frage Afghanistan anzusprechen. Das würde aber die Uneinigkeit unter den KP's Europas nur vergrößern. Außerdem betonte auch die schwedische KP ihr Interesse an einer breiteren Diskussion mit allen fortschrittlichen Kräften.

Die KP Rumaniens hatte relativ lange mit der offiziellen Bekanntgabe ihrer Absage gezögert, was sogar Anlaß zu der Spekulation gab, diese Frage sei in der rumänischen Partei noch nicht endgültig entschieden. In der Absage-Begründung heißt es, man plädiere für eine Verschiebung der Konferenz, da diese unzureichend vorbereitet sei. Einer solchen Konferenz müßten gründliche Beratungen und zweiseitige Gespräche vorangehen. Auf der Pariser Konferenz werde eine Resolution verabschiedet werden, die nicht von allen Parteien gemeinsam vorbereitet sei. Außerdem wurde von der rumänischen KP die Begrenzung des Themas auf Europa und auf Frieden und Abrüstung kritisiert; es fehle z.B. ein wichtiges Thema wie die Verteidigung der Unabhängigkeit der Völker.

Das Konferenz-Ergebnis: Mager!

Einziges greifbares Resultat der Pariser Konferenz ist ein „einmütig“ ver-

abschiedeter „Appell der Kommunisten an die Völker der europäischen Länder“. Gemessen an sonstigen Konferenz-Resolutionen ist dieser Text außerordentlich kurz (abgedruckt in der „UZ“ vom 2.5.). An konkreten Forderungen enthält der Text: Aufhebung des Beschlusses der NATO über die Raketen-„Nachrüstung“; schnellstmögliche Ratifizierung des SALT II - Abkommens durch die USA; „entschiedene Fortschritte“ in den Wiener Abrüstungsverhandlungen; Schaffung von atomwaffenfreien Zonen in Europa; Eintreten für das planmäßige Stattfinden der nächsten KSZE-Konferenz in Madrid in diesem Jahr; Einberufung einer europäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung nach Warschau. Neben diesen Forderungen enthält der Text eine Bereitschaftserklärung, zum „Dialog auf breiterer Grundlage“ mit allen entspannungswilligen Kräften Europas. Im Text heißt es dazu:

„Wir sind bereit, Konsultationen und einen Meinungsaustausch in für alle annehmbaren Formen ... zu führen“. Wenn man dagegenhält, daß die Initiatoren der Pariser Konferenz noch nicht einmal fähig oder bereit waren, innerhalb des recht engen Kreises der revisionistischen Parteien eine „für alle annehmbare Form“ zu finden, dürften Zweifel an ihren weitergehenden Absichten („Dialog auf breiterer Grundlage“) umso berechtigter sein.

Im übrigen ist schwer zu fassen, daß sich Dutzende von Funktionären zwei Tage lang in Paris treffen mußten, um ein so armseliges Paper zu verabschieden: Der Text enthält weder einen Funken politischer Analyse der internationalen Lage, noch irgendwelche neuen Forderungen, noch kann er nach den Umständen seines Zusammenkommens und nach seinem Inhalt als besonders wirkungsvoller Agitationstext verstanden werden. Aber S p e s e n dürften reichlich fällig gewesen sein. Die Idee, solche Konferenzen zukünftig öfter mal außerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft stattfinden zu lassen, dürfte Freunde gefunden haben.

Bonn, Paris, Peking

Zur Außenpolitik der PCI

Mit besonderem Nachdruck hat die PCI, die KP Italiens, in den letzten Monaten einen eigenständigen außenpolitischen Kurs verfolgt, während die große „Bruderpartei“ KPdSU und die sowjetische Führung in zunehmende Isolation geriet. Höhepunkt dieser Aktivitäten war die achttägige Reise des PCI-Chefs Berlinguer Mitte April nach China. PCI und KP Chinas vereinbarten die „Normalisierung ihrer Beziehungen“. Damit wurde eine Auseinandersetzung beendet, deren Form streckenweise nur Kopfschütteln bei fortschrittlichen Menschen provozieren konnte: Seit der Spaltung des kommunistischen Lagers Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre (besiegelt auf der Moskauer Konferenz 1960) betrachtete die KP Chinas die PCI als eine Partei, die den Kapitalismus nicht wirklich stürzen wollte, vergleichbar der jugoslawischen KP, die als trojanisches Pferd des Klassenfeinds in der kommunistischen Weltbewegung angesehen wurde. Während die PCI seit Beginn der 70er Jahre, beispielsweise durch Vermittlungsversuche des Vorsitzenden der spanischen KP, Santiago Carillo, versuchte, die Beziehungen zur KP Chinas zu entspannen und zu normalisieren, blieb die chinesische Führung bis in die jüngste Vergangenheit außerordentlich „prinzipienfest“. Sie huferte wenig einflußreiche rechtslastige „ML“-Gruppen während sie sogar ein Beleidigungsgramm der PCI, immerhin der stärksten KP außerhalb des RGW-Blocks, zum Tode Maos als unerwünscht zurückwies! Und dies, obwohl die PCI damals Mao tse-tung mehrseitige, keineswegs herabsetzende, Nachrufe widmete. Noch 1977 wurde der PCI-Zeitung „Unita“ die Akkreditierung eines eigenen Korrespondenten in Peking verweigert, die bürgerlichen Zeitungen längst zugestanden war.

Mit nahezu gleicher Vehemenz wird nun die PCI umworben als eine Kraft, die die KP Chinas gern eingereiht in eine Einheitsfront gegen die Sowjetunion sehen würde. Demgegenüber betonte Berlinguer in Peking, daß es der „Wunsch der italienischen Kommunisten sei, daß zwischen der

UdSSR und China normale und aktive Beziehungen herrschen“ (FR, 23.4.). Auf einer Pressekonferenz stellte er fest:

- daß die PCI die SU nicht als „Feind“ betrachte;
 - daß die PCI gegen einen Olympia-Boykott sei;
 - daß die PCI nicht die Meinung der KPCh über die Unvermeidbarkeit eines dritten Weltkrieges teile;
 - daß Westeuropa „blockfrei“ sein solle;
 - daß die Rolle der USA negativer beurteilt werden müsse als die der KPCh dies tue;
 - daß die KPCh in Europa eher auf konservativen Kräften setze, während die PCI die Zusammenarbeit mit den „demokratischen Kräften“ anstrebe. („Welt“, 24.4.).
- Er distanzierte sich auch von der chinesischen Vietnampolitik und Pekings Unterstützung für Pol Pot. (NZZ, 24.4.).

„Polyzentrismus“ konkret

Konkrete Übereinkommen wurden nicht geschlossen. Dennoch ist die Normalisierung der Beziehungen als ein Erfolg zu betrachten. Für die PCI ist sie gleichzeitig ein Meilenstein zur Umsetzung ihrer Vorstellung vom „Polyzentrismus der kommunistischen Weltbewegung“. Diese Leitlinie, erstmals vorgetragen vom damaligen PCI-Vorsitzenden Togliatti im Jahre 1956, besagt im Wesentlichen: „In jedem kommunistisch regierten Land können und müssen die objektiven und subjektiven Verhältnisse, die Traditionen, unterschiedlich die Organisationsformen der Bewegung beeinflussen. In der übrigen Welt gibt es Länder, in denen man den Sozialismus aufbauen will, ohne daß die Kommunisten die führende Partei sind. In noch anderen Ländern bildet der Kampf zum Sozialismus das Ziel, das Kräfte zusammenführt, die von verschiedenen Bewegungen herkommen, die aber oft bisher wenig einig sind noch sich verstehen. Die Gesamtheit des Systems wird polyzentrisch, und in der kommunistischen Bewegung selbst kann man nicht mehr von einem Fortschritt

sprechen, der durch das Beschreiten verschiedener Wege erreicht wird“ (zit. nach P. Rosenbaum, Italien 1976, S. 56f).

Damit wurde nicht nur die „Diktatur des Proletariats“ als verbindliches Übergangsmodell hochentwickelter Gesellschaften auf dem Weg zum Sozialismus abgelehnt. Gleichzeitig stellte Togliatti die absolute Führungsrolle der KPdSU infrage. In diesem Sinne sind die außenpolitischen Aktivitäten der PCI der letzten Zeit einzuordnen als Umsetzung eben dieses „polyzentristischen“ Weltbildes.

Das gilt auch für ihr Verhalten gegenüber der jüngsten sowjetischen Außenpolitik. So verurteilte die „Unita“ das sowjetische Eingreifen in Afghanistan als „pervertierte Logik der Macht“, die gegen einige Grundsätze der internationalen Koexistenz und die besten Traditionen der Arbeiterbewegung verstoße (FR 9.1.). Im italienischen Parlament stimmte die PCI einer Verurteilung des SU-Vorgehens zu, wenn auch 60 ihrer Abgeordneten diese Kritik nicht unterstützten. Umfragen unter Parteimitgliedern offenbarten, daß ein beträchtlicher Teil der Parteibasis eine Verurteilung der SU nicht befürwortet. („Die Neue“, 5.3.).

Derzeit kein Interesse an der PCF

Ganz offensichtlich vermeidet die PCI-Führung derzeit auch allzu direkte Kontakte zur KP Frankreichs, der PCF, deren Führung die Außenpolitik der Sowjetunion zur Zeit vorbehaltlos unterstützt. So besuchte Berlinguer Ende März „nur“ den Sekretär der französischen Sozialisten, Mitterand, was beim PCF-Sekretär Marchais heftige Kritik hervorrief. Eine deutliche Absage erteilte die PCI auch dem Treffen europäischer kommunistischer Parteien in Paris (Bericht dazu in diesem AK).

„Übereinstimmungen mit SPD“

Nicht überraschend, wenn auch für uns bedrückend, konstatierten



Vorsitzender Hua und Generalsekretär Berlinguer

führende PCI-Vertreter zu Beginn dieses Jahres „weitgehende Übereinstimmungen mit der SPD“. So reiste der Organisationssekretär der PCI, Giorgio Napolitano, vom 15. bis 20. Januar durch die Bundesrepublik und zog als ein Fazit: „Mir scheint, daß wir derzeit ein vertieftes Verständnis der gegenseitigen Erfahrungen erreicht haben, unseren Begegnungen ein offizieller Charakter beigegeben und besonders zwischen der KPI und SPD interessante Übereinstimmungen festgestellt werden können“ („Welt“, 22.1.). Er wertete die Haltung Schmidts und der Bundesregierung als „klar verantwortungsbewußt“ und schrieb über Schmidts Rede im Bundestag: „Es erscheint uns begrüßenswert, daß notwendige Kraftanstrengungen zur Aufrechterhaltung der Entspannung herausgestellt wurden“ („Unita“, 18.1.).

Es gibt mehrere Überlegungen, die die PCI-Führung zu einer derartigen verstärkten Außenpolitik veranlaßt haben. Zum einen befindet sie sich innenpolitisch in der schwierigen Situation, daß ihren Vorstellungen vom historischen Kompromiß von der DC vorerst die Grundlage entzogen wurde. Andererseits brachten die letzten Wahlen einen empfindlichen Rückschlag, und die PCI setzt alles

darin, sich als möglichst unabhängig von Moskau darzustellen, um von den bürgerlichen Kräften nicht als „moskau-hörig“ bezeichnet werden zu können. Dabei geht es nicht nur aktuell um die Afghanistan-Frage: die meisten Treffen wurden bereits lange vorher vereinbart. Allerdings kommt zur Zeit die drohende Kriegsgefahr hinzu, die bei allen Gesprächen schwerpunktmäßig thematisiert wurden. Ob allerdings ein derartiges Um-den-Bart-Streicheln, wie es derzeit die europäische Sozialdemokratie von der PCI erfährt, zur Friedenssicherung geeignet ist, erscheint uns sehr zweifelhaft. Auch die brutale Ablehnung, die die RGW-Länder derzeit von der PCI erfahren, könnte den Imperialisten nur Auftrieb geben. Wie ein Helmut Schmidt, der sich vehement für die „Nachrüstung“ einsetzte, und der hinter der Fassade einiger kritischer Anmerkungen die Carter-Politik im Wesentlichen unterstützte, so plötzlich zum Friedensengel werden kann - das müßten die führenden PCI-Vertreter uns und den italienischen Genossen noch einmal erklären.

Italien-Kommission
KB Hamburg

1. MAI 1980

Rund 300.000 Menschen waren in diesem Jahr dem Aufruf des DGB zu einer Vielzahl von Demonstrationen und Kundgebungen gefolgt. Von DGB-offizieller Seite stand dieser 1. Mai unter dem Motto »Einheitsgewerkschaft: Unabhängig, stark, erfolgreich, wir bauen auf unsere Kraft«. Wie dies Motto war auch die Werbung aufgemacht: als Waschmittelreklame. Die Reden der DGB-Führer waren geprägt von allgemeinen Aussagen gegen die Rationalisierung und die Arbeitslosigkeit, für die »Humanisierung des Arbeitslebens«, verbalen Bekenntnissen zum Verbot der Aussperrung und dem Thema Kriegsgefahr. Bereits im Mai-Aufruf des DGB wurde zu letzterem die »militärische Intervention in Afghanistan verurteilt«, während auf den Kundgebungen selber in aller Regel die Aktion der USA im Iran mit Verständnis gerechtfertigt wurde.

Viele DGB-Kundgebungen waren zudem durch das Bekenntnis des DGB »zu Prinzipien und Geist des Grundgesetzes« gekennzeichnet. Am deutlichsten wurde dies durch die Besetzung der Rednertribünen mit Politikern der bürgerlichen Parteien: Helmut Schmidt in Stuttgart oder SPD-Bürgermeister Klose in Hamburg. Aber auch CDU-Politiker kamen beim DGB zu Wort: Dregger in Fulda, Norbert Blum in Münster und der CSU-Oberbürgermeister in Bamberg!

Anders sah es an der Basis aus. Insbesondere auf den größeren Demonstrationen in Westberlin (40.000) und Hamburg (25.000) bestimmten fortschrittliche Forderungen und Parolen das Geschehen, und die Basis verließ ihrem Protest gegen die Sonntagsredner entsprechend Ausdruck, was insbesondere der reaktionäre Westberliner DGB-Führer Sickert zu spüren bekam. Kämpferische Forderungen forderten Verbot und Kampf gegen die Aussperrung, Kampfmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, insbesondere gegen die Einführung neuer Technologien. Vielfach wurde auf Transparenten und in Sprechchören der aktiven Basis auch eindeutig zur Kriegsgefahr Stellung genommen und die Kriegstreiberei des US-Imperialismus und der BRD verurteilt. Besonders hervorzuheben ist bei den meisten Demonstrationen das besonders kämpfe-

Kiel: Der DGB hatte wie im letzten Jahr auf eine Demonstration verzichtet. Auch der DGB-Jugend wurde vom DGB-Kreisvorstand eine eigene Demo ausdrücklich untersagt. Einzige DGB-Aktivität neben einem Fest der DGB-Jugend war eine Veranstaltung mit dem ÖTV-Vorsitzenden Kluncker in der Ostsee-Halle, zu der ganze 500 Leute kamen.

Die Kieler Linke und Basisbewegung hatte, ebenfalls wie im vergangenen Jahr, zu einer eigenen Demonstration und Kundgebung aufgerufen. An der Aktionseinheit waren 26 Initiativen und Organisationen beteiligt: DFG-VK, Fraktion basisorientierter Linker im ASIA, KB, Z-Gruppe, LDU, BI Umweltschutz Kieler Förde, BI gegen Atomanlagen, ESG, Junge europäische Föderalisten, SB, Kieler Initiative Schöner Wohnen, Kinderhaus Gaarden, Kieler Blitzlicht (Elternzeitung), Einblatt-Verlag, Gesocks (Spontis), Die Grünen, Bambule-Heiminitiative, Initiative Dritte Welt, Antifagrauppe, Fachschaftsgruppe Biologie, Körnerladen, Homosexuelle Aktion Kiel, Basisgruppe Jura, Kinderladen zum Brook und Buchladen Barrikade. An der Demo beteiligten sich, ähnlich wie vor einem Jahr, fast 1000 Menschen. Die größten und kämpferischsten Blöcke waren einmal der Frauenblock (mit etwa 100 Frauen) und ein Block türkischer Kolleginnen und Kollegen mit ebenfalls etwa 100 Teilnehmern.

Als Schwerpunkte von Demonstration und Kundgebung hatte die AE sich auf die Komplexen Kriegsgefahr und Strauß geeinigt.

Nach der Kundgebung wurde am Nachmittag ein Kinderfest veranstaltet. Am Abend des 1. Mai fand dann das gemeinsame Maifest statt, zu dem 1500 Leute kamen. Höhepunkte waren ein anti-militaristisches Theaterstück des Frauenzentrums und der Auftritt von Müllers Kampfkapelle.

Die »KPD/ML« führte im Kostüm eines »Maikomitees Kieler Gewerkschafter« eine eigene Demonstration auf dem Kieler Ostufer durch, zu der bei landesweiter Mobilisierung 120 Leute erschienen.

Lübeck erlebte die größte Maiveranstaltung seit 10 Jahren. An der DGB-Demonstration — die erste seit Jahren — beteiligten sich 1500, an der Kundgebung 4000 Menschen (im Vorjahr 500). Auch in Lübeck stellten die Türken einen starken und kämpferischen Block. Nachmittags lud eine Mai-Aktionseinheit zum Maifest ein, es war mit 500 Leuten ähnlich gut wie im Vorjahr besucht.

Flensburg: Der DGB veranstaltete seine übliche Kundgebung, nachdem er wegen »Beschlussfähigkeit« (jaa, wirklich!) einen Antrag auf Organisation einer Demo vom KJA des DGB nicht befassen konnte!

Hauptrednerin war Gisela Kessler (wirklich!) einen Antrag auf Organisation einer Demo vom KJA des DGB nicht befassen konnte!

Hauptrednerin war Gisela Kessler vom Hauptvorstand der DruPa. Insgesamt waren weniger als 500 Leute gekommen.

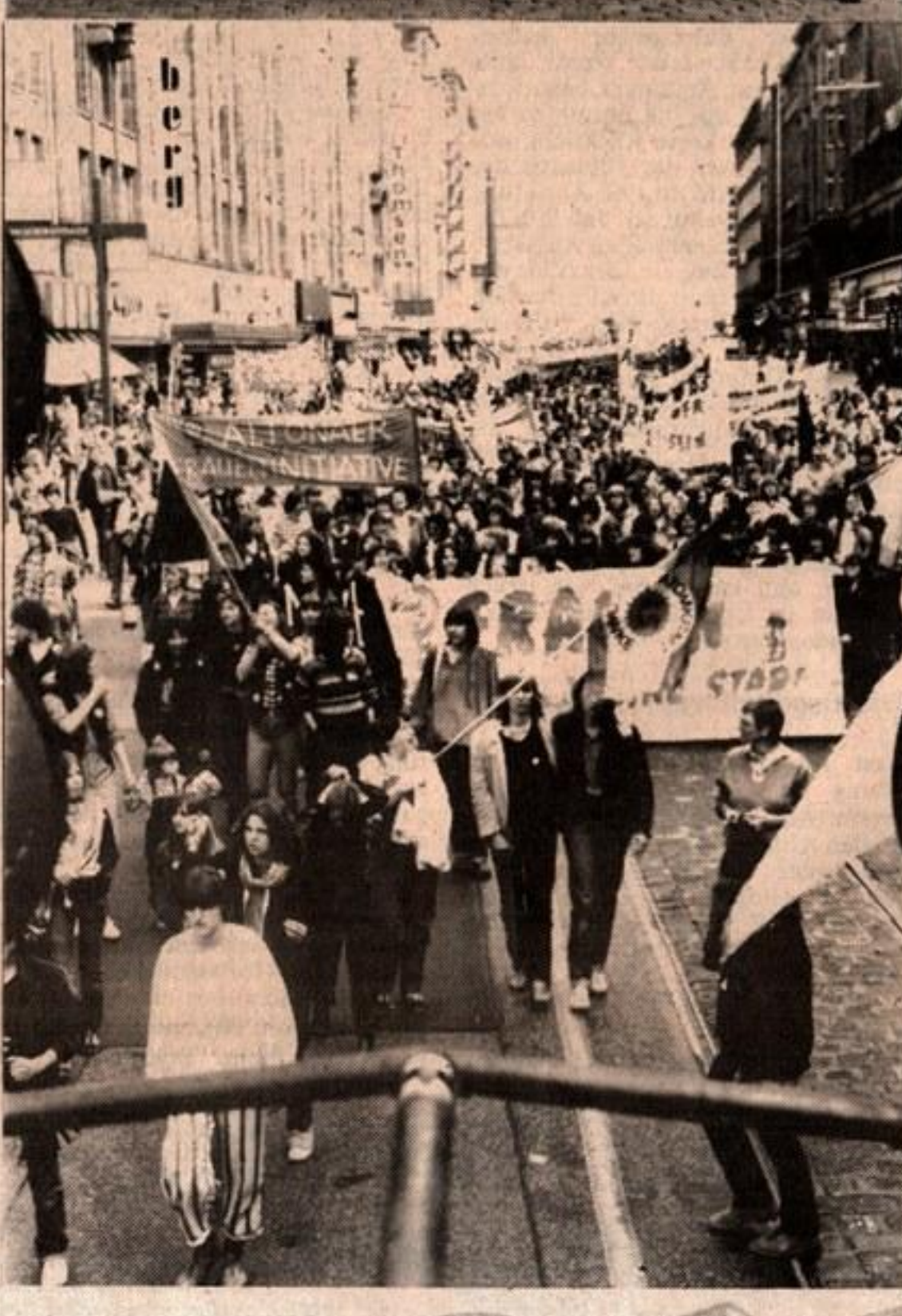
Die Linke hatte sich — trotz des großen antimilitaristischen Erfolges vor einem Monat — müde und behäbig verhalten (das gilt wohl auch für alle Sektoren, den KB eingeschlossen) — mit einer Ausnahme: den zahlreichen linken türkischen Aktiven, die sich mit ihrer kämpferischen Haltung von der dösenden Linken deutlich unterschieden.

Zwar hatte es ein formell breites Bündnis gegeben, jedoch mehr auf dem Papier, weniger an tatsächlich aktiven und engagierten Menschen! 13 Initiativen und Organisationen standen auf dem Papier eines gemeinsamen Demonstrationsaufrufes. Im Anschluß an die DGB-Kundgebung nahmen jedoch nur 150 Menschen am Demo-Zug teil. Die Abschlußkundgebung der AE stand ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Kriegsgefahr.

Neumünster: Etwa 1500 Menschen beteiligten sich an der DGB-Demonstration — das sind etwa dreimal so viele wie im vergangenen Jahr. Die Rede Rudolf Sperrers von der IG Bau-Stein-Erden war eine einzige Frechheit (das fing damit an, daß die anwesenden CDU-Ratsherren ausdrücklich begrüßt wurden). Leider kam es nur zu vereinzelten Protesten, weil die Neumünsteraner Linke keinen ernsthaften Versuch unternommen hatte, zu einem geschlossenen Vorgehen zu kommen. Auch die relativ starken Grünen traten nicht in Erscheinung. Die Linken liefen über den ganzen Zug verstreut unter gewerkschaftlichen Parolen mit.



Über 10.000 Menschen besuchten das mittlerweile traditionelle Volksfest in den Messehallen am Vorabend des 1. Mai, das in diesem Jahr lediglich von der abgespaltenen BuLi-Minderheit organisiert wurde (Artikel dazu in diesem AK).



1. Mai in Hamburg

Etwa 100 Initiativen und Gruppen hatten Stände aufgebaut. Rückläufig gegenüber den Vorjahren war die aktive und phantasievolle Beteiligung der Initiativen (mit Ausnahme der Schwulen und Lesben), was nicht zuletzt auf die Querelen um die Durchführung dieses Festes zurückzuführen sein dürfte. Der massenhafte Besuch dieses Festes zeigt, daß es mittlerweile zu einer festen Einrichtung und einem Anziehungspunkt für die Linke und die Bunt/Alternativen geworden ist.

25.000 auf der DGB-Demonstration

Ebenfalls traditionell gut besucht war die DGB-Demonstration am 1. Mai. Neben starken Gewerkschaftsblöcken — insbesondere der GEW — stach vor allem die bunte Opposition hervor, deren Transparente gegen die Kriegsgefahr und gegen einen Kanzler Strauß das häufig etwas triste Bild der offiziellen Gewerkschaftsblöcke auflockerten. An dieser Demonstration beteiligten sich nahezu alle linken

Gruppen und Strömungen Hamburgs, erstmals auch die KPD/ML.

Auf der Kundgebung sprach neben dem NGG-Vorsitzenden Döding Hamburgs SPD-Bürgermeister Klose, während dessen Rede sich der Platz vor dem Gewerkschaftshaus um ca. die Hälfte leerte.

Über 6000 auf der Aktionseinheits-Demonstration

Während der Rede von Klose formierte sich der gleichfalls schon seit vielen Jahren traditionelle Zug der Hamburger Linken zu einer eigenen Demonstration und Abschlußkundgebung. Aufgerufen hatten hierzu beide Teile der Bunten Liste, Ausländerorganisationen, die Frauenaktionseinheit, Schüler gegen rechts, der KB und andere.

Besonders ins Auge stachen auf dieser Demonstration die Blöcke der Frauen, der Lesben und Schwulen und der sehr kämpferische Schülerblock, während die Grünen überhaupt nicht in Erscheinung traten.

Auf der Abschlußkundgebung sprachen eine türkische Genossin, eine Sprecherin der Frauenaktionseinheit, zwei Betriebsräte und eine Frau von den Grauen Panther. Außerdem gab es Beiträge zur Platzbesetzung in Gorleben und zu den Hamburger Umweltschutzskandalen.

Der Aktionskreis Leben führte im Anschluß an die DGB-Demonstration eine Veranstaltung mit 60 Teilnehmern durch.

Die DGB-Jugendveranstaltung am Nachmittag im Audimax war trotz Kultur-Programm mit maximal 400 Besuchern schlecht besucht.



Bremen

Bremen: An der DGB-Demonstration und Kundgebung beteiligten sich gut 10.000. Dieser Erfolg kam durch eine stärkere Mobilisierung der gewerkschaftlichen Basis zustande. Die DGB-Transparente gingen nicht so in der Masse linker Transparente unter wie im vergangenen Jahr.

Allerdings waren auch diesmal wieder linke Transparente über den gesamten Demonstrationzug verteilt, insbesondere zur Kriegsgefahr und gegen Strauß.

Ein einheitlicher oppositioneller Block kam aufgrund der geringen Vororganisation bei den Linken diesmal nicht zustande. Als deutlich hervorstechender und laut vernehmbarer oppositioneller Block innerhalb der Demo trat der Frauenblock mit vielen lila Transparenten und ca. 200 Teilnehmerinnen in Erscheinung, gefolgt von einem phantasievoll-bunten, klei-Demo trat der Frauenblock mit vielen lila Transparenten und ca. 200 Teilnehmerinnen in Erscheinung, gefolgt von einem phantasievoll-bunten, kleinen Schwenblock. Eine Gruppe marschierte als Kriegskrüppel verkleidet mit, um gegen die für den 6. Mai geplante Rekrutenvereidigung und Kriegspropagandaschau im Weserstadion zu protestieren. Insgesamt war der Demonstrationzug jedoch mehr ruhig als kämpferisch, es wurden wenig Parolen gerufen. Leider etwas schwach vertreten waren Anti-AKW-Transparente und -Parolen.

Detlev Hensche, bekannter linker IG-DruPa-Gewerkschafter, hielt eine recht gute Rede — gegen Strauß, gegen Kriegsgefahr von Seiten der USA, gegen Olympiaboykott usw. Ein vorzeitiger Abmarsch der Oppositionellen wie in den beiden Vorjahren konnte angesichts dieses zeitlichen Ablaufs der Kundgebung nicht durchgeführt werden.

Nach Abschluß der Kundgebung kam aber noch ein recht bunter oppositioneller Demozug von 400 Leuten zustande, der ins Ostertor marschierte. Dort folgte eine lockere Abschlußveranstaltung mit dem Auftritt des Schnürschuhtheaters, chilenischer Musik und einem aktuellen Bericht aus El Salvador, zu der verschiedene Frauengruppen, die ALTERNATIVE LISTE, der KB, eine Schülerzeitung, die Initiative »der Kinder wegen« und der Frauenbuchladen eingeladen hatten. Etwa 800 Leute sammelten sich auf dem Platz, um den herum verschiedenste Gruppen Infotische aufgebaut hatten. Kurz vor Schluß des Theaterstückes »Mutterglück« wurde dieser Abschluß unterbrochen: die Polizei hatte mit äußerst brutalem Knüttel Einsatz in eine Menge hineingeschlagen, die sich aufgrund des schönen Wetters zu einem gemütlichen Umtrunk vor dem Haus der Naturfreundejugend auf der Straße niedergelassen hatte.

Als diese Polizeiprovokation bekannt wurde, zog ein großer Teil der Versammelten dorthin; das Programm mußte abgebrochen werden und die Veranstaltung fand ein vorzeitiges Ende.

Bremerhavener: Auch in diesem Jahr demonstrierten beim DGB wieder etwa 3000 Menschen. Es gab zwar keine



1. Mai in West-Berlin

linke Aktionseinheit, aber einen kleinen alternativen Block mit 100 Leuten und einen Türken-Block mit 50 Teilnehmern. Mittelpunkt des alternativen Blocks war der Frauenblock. Die Frauengruppe Bremerhaven hatte auch als einzige Initiative mit einem eigenen Aufruf mobilisiert.

West-Berlin

Am Vorabend des 1. Mai fand in der Deutschlandhalle ein Maifest statt (mit Schmetterlingen, Tornados etc.), zu dem die GEW und Rock gegen Rechts eingeladen hatten. Es war mit 15.000 Menschen hervorragend besucht, die Stimmung war entsprechend.

Erstmals seit Jahren wurde die Maidemonstration von allen DGB-Gewerkschaften veranstaltet, einschließlich der GEW-Westberlin. Letztere erhielt allerdings kein Rede-recht auf der Abschlussskundgebung. Die Demonstration war sehr kämpferisch und mit 40.000 Teilnehmern größer als alle im Bundesgebiet. Vor allem die in Westberlin sehr zahlreich ansässigen ausländischen Kollegen/innen sorgten für eine militante Stimmung. „Hände weg vom Iran“ war die Demonstration war sehr kämpferisch und mit 40.000 Teilnehmern größer als alle im Bundesgebiet. Vor allem die in Westberlin sehr zahlreich ansässigen ausländischen Kollegen/innen sorgten für eine militante Stimmung. „Hände weg vom Iran“ war eine der am meisten gerufenen Parolen. Die GEW-Westberlin ging am Schluß der Einzelgewerkschaften, hinter ihr hatten sich die Linken und Alternativen eingereiht. Dieser Block brachte es auf 15 – 20.000 Demonstranten! Einen Frauenblock gab es allerdings in diesem Jahr nicht. Der berüchtigte Westberliner DGB-Chef Sickert begann mit seiner Rede, bevor die GEW den Platz erreicht hatte. Seine provokatorische Verteidigung der US-amerikanischen Intervention löste einen Sturm der Empörung auf dem Platz aus, obwohl große Teile der Linken den Platz noch gar nicht erreicht hatten. Gleichzeitig stieg unter großem Jubel ein riesiges Transparent an Luftballons befestigt empor: „Was sind fünf Wochen Aussperrung gegen 30 Jahre Sicker?“ Am Nachmittag fanden in zahlreichen Westberliner Stadtteilen die traditionellen Stadtfeste der Initiativen statt, die sich eines regen Zustroms erfreuten.

Niedersachsen

Hannover. An der DGB-Kundgebung nahmen ca. 10.000 Leute teil (die Presse spricht von 15.000). Die Redner (diesmal keine große Prominenz) wandten sich gegen Privatisierung im Öffentlichen Dienst, Neonazis, Kriegsgefahr. Buhrufe ertönte Oberbürgermeister H. Schmalstieg (SPD), als er von der Arbeitnehmerfreundlichkeit der Hannoverschen Stadtpolitik redete.

Viele Transparente brachten den Protest gegen die Aussperrung, „Hände weg vom Ladenschluß“, gegen die Privatisierung eines Kinderkrankenhauses (in Schwarz), für Lernmittelfreiheit für Lehrlinge, für Erhaltung des NDR, Forderungen gegen Strauß, gegen die Reaktion in der Türkei, gegen Graue Wölfe, gegen die Kriegsgefahr etc. zum Ausdruck.

Mit ca. 3.000 Teilnehmern ging nach der DGB-Kundgebung der Festzug in Richtung Lister Turm, zum traditionellen internationalen bunten Maifest. Über 40 Initiativen zogen diesmal mit, darunter zwei kämpferi-

sche Blöcke der türkischen Genossen von Devrimci Yol und ATÖF/sowie türkische Kurden, ein lila Frauenblock (größer als im letzten Jahr), ein Anti-AKW-Block, Bunte-Liste, Schwule, Kinderblock mit Pferdewagen, Atommusikanten, Antifa-Anti-Strauß-Transparente, ZdLer, Italiener, Spanier, Chilenen, die Eritreer (EPLF) und viele andere.

Höhepunkt der Demonstration war der gemeinsame Protest am Hannoverschen Hauptquartier der „Grauen Wölfe“, der auch mit Sprühpulver auf der Straße verewigt wurde. In einer kurzen deutsch-türkischen Kundgebung protestierte das Mai-Komitee gegen die wachsende Repression in der Türkei und forderte das Verbot der Grauen Wölfe in der BRD.

Vorbeidemonstrierten wir auch an der Stelle, wo zuvor die NPD eine Propagandaaktion – ausgerechnet am 1. Mai – angemeldet hatte. Nach massiven Protesten, offenen Verbotsanträgen aller Initiativen des Mai-Komitees, der VVN u.a., zog die NPD ihre Anmeldung zurück. So hatten wir einen Grund mehr zum Feiern...

Mit ca. 5.000 Teilnehmer(innen) ein tolles, fröhliches, informatives und manchmal auch kämpferisches Fest.

Erstmals hatte die DGB-Führung – in Konkurrenz zum Lister-Turm-Pest ein eigenes Fest nach der Kundgebung auf dem Klagemarkt vorbereitet. Jedoch: trotz Freifahrtseinheiten für die U-Bahn und einem z.T. interessanten Programm (Günter Wallraff) blieben – gut gerechnet – nur 1.500 Kollegen beim DGB-Fest. Der DGB-Kreis-Vorsitzende Theilmann hatte wohl den Mund zu voll genommen: nachdem das Lister-Turm-Komitee dem DGB das Angebot gemacht hatte, unter gleichberechtigten Bedingungen für alle Initiativen, über ein gemeinsames Fest zu sprechen, antwortete dieser schöne, er werde nicht mit irgendeinem Komitee verhandeln...

Göttingen. Laut Presse beteiligten sich 4.000 Menschen an Demonstration und Kundgebung des DGB. Hauptredner war Paul Plumeyer (IG Chemie). Etwa 1.000 Linke formierten sich zu einem alternativen Block. Besonders hervorzuheben ist auch hier das Auftreten der Frauen. In dem Block von 60 bis 80 Frauen wurde gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen auf eindrucksvolle Weise demonstriert: ein Transparent trug die Aufschrift „Carter trägt die Verantwortung, wir tragen die Folgen“, dahinter ging eine Frau mit Carter-Maske, an einer Kette mehrere als Leichen geschminkte Frauen hinter sich herziehend. Leider hatte die Göttinger Linke – anders als im vergangenen Jahr – darauf verzichtet, im Anschluß an die DGB-Aktionen eine eigene oppositionelle Kundgebung mit Vertretern der Linken und der Basisbewegung durchzuführen.

Am Vorabend des 1. Mai gab es ein Fest unter dem Motto „Beiträge gegen den Krieg“, zu dem eine Aktionseinheit aufgerufen hatte; u.a. Bunte-Liste-Initiativen, Mieterinitiative, Selbstorganisation der Zivil-dienstleistenden, SB, KB, Grüne, AG Frauen und Bundeswehr, 218-Frauengruppe, DFG-VK, ASiA, Antifa-Arbeitskreis. 1.300 kamen, um zu feiern.

Braunschweig. In Braunschweig gab es wie im Vorjahr keine offizielle DGB-Demonstration. Stattdessen hatten einzelne Mitglieder der HBV aufgerufen, die von der Mai-Aktionseinheit der Initiativen unterstützt wurden. Ca. 1.000 Menschen zogen zur DGB-Kundgebung, auf der 4.000 Kolleg/innen in den „Genuß“ einer Rede Matthöfers kamen. Er wurde

von gelegentlichen Parolen zur Türkei-Hilfe der BRD-Regierung unterbrochen.

Ein schöner Erfolg wurde das bunte Mai-Fest mit 2.500 Leuten (700 mehr als im Vorjahr). Vor allem die Aufführung der Frauen zum Thema § 218 und zum Neochauvinismus bekamen viel Beifall und sorgten für eine kämpferische Stimmung. Die Gröhl-Gruppe spielte ein Theaterstück gegen die zunehmende Kriegsgefahr, der KB stieß auf Interesse mit einer Rede zur gegenwärtigen Lage in der Türkei.

Lüneburg. Etwa 600 Menschen kamen zur DGB-Demonstration, noch einige mehr zur anschließenden Kundgebung. 100 Leute beteiligten sich am größten und lautstärksten bunten Block der vergangenen Jahre, darunter DFG-VK, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Rock-gegen-Rechts-Initiative, WAA-Gruppe, Frauengruppe und KB. Zum Maifest, das zusätzlich von den Grünen und vom Nicaragua-Komitee unterstützt wurde, kamen 400 Besucher. Neben Redebeiträgen u.a. zur Kriegsgefahr und zur Gorleben-Besetzung waren eine Reihe kultureller Beiträge von Lüneburger Initiativen zu hören.

Delmenhorst. Knapp 300 Teilnehmer zählte eine Demonstration der örtlichen Basisbewegung am 1. Mai in Delmenhorst. Initiiert von der Bürgerinitiative Umweltschutz und der Initiative „Rock gegen Rechts“ wurde die Aktion von zwei Frauengruppen, die zu einem Frauenblock aufriefen, und vom türkischen Jugend- und Arbeiterverein, der über 100 türkische Kollegen mobilisieren konnte, unterstützt. Komplettiert wurde der für Delmenhorst bisher einmalige Bündnisblock durch verschiedene andere Initiativen, die Grünen, die Falken, die DFG/VK und den KB.

Der Delmenhorster DGB hat sich seit Jahren darauf verlegt, den 1. Mai mit örtlicher Prominenz im nobelsten Festsaal zu zelebrieren. Das vermochten auch Anträge von der GEW, der DGB-Jugend und der ÖTV-Fachgruppe Sozialarbeit nicht zu ändern. Während die Initiativendemo in der GEW auf Zustimmung stieß und eine ganze Reihe Gewerke mit dabei waren, gab es aus der ÖTV-Fachgruppe und der DGB-Jugend kritische Stimmen zu hören. Und zwar wurde solch eine Initiativendemo den DGB endgültig davon abhalten, je wieder am 1. Mai auf die Straße zu gehen.

Geprägt war die Demonstration vom starken türkischen Block, der auch für ein Kulturprogramm zum Abschluß sorgte. Daneben standen Anti-Kriegs-Forderungen im Mittelpunkt.

Am Vorabend des 1. Mai hatte es in Delmenhorst ein Fest der BI Umweltschutz gegeben, das rund 500 Leute besuchten. Neben Beiträgen zur Bohrlochbesetzung und zur Rekrutierungsvermeidung im Weserstadion sorgte vor allem Klaus der Fiedler für hervorragende Stimmung.

Emden. Etwa 2.000 Menschen nahmen an der diesjährigen Demonstration des DGB in Emden teil. Das zentrale Thema in den Ansprachen war die hohe Arbeits- und Jugendarbeitslosigkeit in Ostfriesland, die hier noch immer doppelt so hoch sind wie im übrigen Bundesgebiet.

Aber auch Forderungen gegen Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote sowie ein riesiges Transparent „DGB-Frauen für Frieden und Abrüstung“ wurden im Demonstrationszug mitgetragen. Rängeleien gab es am Rande um Transparente des KBW sowie um eine Forderung gegen ein geplantes AKW in Ostfriesland. Die Linken waren hier allerdings so schwach vertreten (ca. 25-30 Leute), daß die DGB Ordner wirklich leichtes Spiel mit ihnen hatten.

Strauß war auf dieser Kundgebung leider kein Thema. Weder in den etwa einstündigen Reden noch auf den Transparenten wurde dieser Gewerkschaftsfeind Nr. 1 gewürdigt. Dafür hieß es zu den Grünen: „Wer mit Blauäugigkeit meint durch die rosa-rote Brille die angeblich alleinseligmachende grüne Zukunft zu sehen, dem kann schnell schwarz vor den Augen werden“ (GdED-Hauptvorstandsmitglied Weiß).

Rotenburg/Wümme. An der vom DGB organisierten Demonstration nahmen ca. 400 Menschen teil. Ein linker Block konnte nicht zusammengestellt werden. Deshalb tauchten Transparente zu Anti-Atomkraft und Antikriegstransparente verteilt im Zug auf. Was die gesamte Linke nicht geschafft hatte, das war den Frauengruppen aus Bremervörde und Rotenburg gelungen – einen Block von ca. 20-30 Frauen und schönen lila Transparenten.

Nordrhein-Westfalen

Dortmund: 20.000 Menschen beteiligten sich an den traditionellen 4 Demonstrationstagen und der Kundgebung des DGB mit Willi Brandt. Starke Blöcke der türkischen Kollegen, ein Block der Falken und erstmals ein Frauenblock (zu dem die DFI, der HBV-Frauenausschuß und die Frauenaktion Dortmund aufgerufen hatten) waren die einzigen Lichtblicke in den lahmten Umzügen.

Die DGB-Jugend feierte ihr Fest erstmals in einem Freizeitpark, der seit seinem Entstehen von sämtlichen Bürgerinitiativen und z.B. auch von den Falken boykottiert wird: für diesen Park war ein selbstverwaltetes Jugendzentrum von der Stadt Dortmund zerstört worden. Statt Erholungsmöglichkeiten wird hier teurer Freizeitkonsum geboten. Mit der Wahl dieses Veranstaltungsortes (beschlossen mit den Stimmen der SDAJ im KJA) war die DGB-Jugend die lästigen Initiativen los und feierte allein mit maximal 1000 Menschen.

Dagegen waren alles in allem 2.000 Leute auf einem Park in der Mitte der Stadt bis 9 Uhr abends am Feiern. Das Kinder- und Jugendfest war von den Falken organisiert und wurde von mehreren BIs unterstützt. Für über 200 Kinder gab es ein abwechslungs-

Dagegen waren alles in allem 2.000 Leute auf einem Park in der Mitte der Stadt bis 9 Uhr abends am Feiern. Das Kinder- und Jugendfest war von den Falken organisiert und wurde von mehreren BIs unterstützt. Für über 200 Kinder gab es ein abwechslungsreiches Programm und im Musikteil waren so ziemlich alle Gruppen vertreten, die „man so hört“ in Dortmund. Infostände, Büchertische etc. gab es von 18 Initiativen und Gruppen.

Der Erfolg des Festes – eines der größten und buntesten der letzten Jahre in Dortmund – kann aber nicht ganz den „chronischen Mangel der Dortmunder Linken“ überdecken: das mangelnde Interesse an gemeinsamen Aktionen.

Köln: An der DGB-Demonstration beteiligten sich 8000 Menschen, das sind doppelt so viele wie im Vorjahr.

Die geplante eigene Demonstration und Kundgebung der Kölner Linken im Anschluß an die DGB-Kundgebung war leider geplatzt (weil wenige Tage vor dem 1. Mai auf dem für die alternative Kundgebung vorgesehenen Platz ein Kind tödlich verunglückt war und die Initiatoren – BI Südliche Altstadt, Kölner Volksblatt und Kölner Alternative/Bunte Liste – sich unter diesen Umständen dafür entschieden hatten, ihre Kundgebung ausfallen zu lassen). Allerdings bot auch die DGB-Demonstration ein insgesamt buntes bis rotes Bild. Besonders tat sich ein starker und kämpferischer Türken-Block hervor, in dem auch – zum Erstaunen der krisenge-schüttelten westdeutschen Linken – ein Lenin-Transparent getragen wurde. Außerdem gab es einen bunten Frauenblock und einen Schülerblock.

Bielefeld: Mit knapp 5000 Menschen beteiligten sich fast doppelt so viele an der DGB-Demonstration wie im letzten Jahr. Die Linke hatte kaum mobilisiert. Einen alternativen Block gab es nicht, Frauenforderungen und Anti-AKW-Parolen tauchten nur vereinzelt im Zug auf. Nur die türkischen Kolleginnen und Kollegen hatten sich zu einem kämpferischen Block formiert. Der DruPa-Vorsitzende Mahlein stellte als Hauptkundgebungsredner klar, daß für ihn das Mai-Motto des DGB „Einheitsgewerkschaft: unabhängig, stark, erfolgreich“ auch Einheit gegen Rechts bedeute. Er wendete sich gegen Kriegshetze, das Sparprogramm von Strauß und die CDU-Rundfunkpolitik und rief zur Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter auf. Während der Kundgebung wurde per Flugblatt bekannt gemacht, daß gerade ein

leerstehendes Haus besetzt worden war.

Zu einem im wesentlichen von der Buntten Liste organisierten Maifest am Nachmittag kamen wie im vergangenen Jahr 2000 Besucher. Neben einem Kinderprogramm gab es vor allem kulturelle Beiträge, Film, Theater und Musik.

Münster: 600 Menschen, nur halb so viele wie im vergangenen Jahr, beteiligten sich an der Demonstration des DGB. Starredner Norbert Blüm (CDU-Sozialausschüsse) hatte trotz dem Schwierigkeiten, sich gegen lautstarkes Pfeifkonzert und „Stoppt Strauß“-Rufe durchzusetzen. Einem gemeinsamen Aufruf von Uni-Frauengruppe, Arbeitskreis Umwelt, Antifa-Arbeitskreis, KB, GAL und „Frauen gegen Strauß“ zu einem alternativen Block waren nur wenige Linke gefolgt. Dafür waren die Grünen mit drei Transparenten erschienen, erstmals gab es auch einen – wenn auch kleinen – Schwulenblock. Der lautstärkste und am phantasievollsten ausgestattete Teil des gesamten Demonstrationstages war der Frauenblock. Hier demonstrierten 50 Frauen, fast alle verkleidet als Schwangere, Hausfrauen mit Kinderwagen... Mit Kochtöpfen beladene Frauen trugen ein Transparent mit einem betont eckigen Bild von Strauß und der Aufschrift: „So hätte er uns gern“.

Bochum: Rund 8000 Teilnehmer hatte die offizielle Mai-Kundgebung des DGB in Bochum. Die gewerkschafts-oppositionelle Demonstration war mit 1.500 Kollegen/innen gut besucht. Organisiert hatte sie eine Aktionseinheit der Linken unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaftsopposition bei Opel (GOG). Ein Frauenblock zählte 100 Teilnehmerinnen, besonders kämpferisch zeigten sich die Türken, die gegen den Faschismus in der Türkei und gegen die „Grauen Wölfe“ Parolen riefen. An einem Fest der GOG nahmen vierhundert Personen teil (gleichzeitig Beginn der Ruhrfestspiele!), wobei Beiträge von Bochumer Schauspielern zur „Arbeiterbewegung damals und heute“ gut ankamen.

Essen: 2000 Leute demonstrierten beim Essener DGB. Vorherrschend waren Parolen gegen Kriegshetze und für 35-Stunden-Woche. Die Essener Linke trat nicht organisiert in Erscheinung.

Frankfurt: In Frankfurt gingen an-nähernd 20.000 Menschen auf die Straße. Zu einem einheitlichen alternativen Block kam es nicht, die Linken hatten sich aber in verschiedenen kleineren Blöcken über den gesamten Demonstrationstag verteilt. 50 bis 100 Frauen demonstrierten als Block unter dem zentralen Transparent „Krieg dem Krieg“. Außerdem gab es Parolen gegen den § 218, gegen Strauß und gegen Frauen in der Bundeswehr. Als gelungene Weiterentwicklung des bekannten Mao-Zitats war auf einem Transparent zu lesen: „Auch ohne Pimmel – wir sind die Hälfte vom Himmel“. Weiter muß ein Anarcho-Block erwähnt werden, bestehend aus 200 Leuten, die sich während der Demo an einer Hausbesetzung versuchten. Eine besondere Attraktion war ein sehr lauter und sehr bunter Kinderblock mit 200 bis 300 Teilnehmern (die Eltern und sonstigen Verwandten und Kinderfreunde mitgerechnet). Der Ausländerblock brachte vor allem den Protest gegen den Terror der Grauen Wölfe zum Ausdruck. Die GLH machte mit einem Transparent auf sich aufmerksam, auf dem dezent die Schwierigkeiten einer neuen bundesrepublikanischen Partei mit der Basisorientierung angesprochen wurden: „Hier ist die GLH – wo sind die Grünen?“ stand dort zu lesen. Mit einem anderen GLH-Transparent wurde darauf angespielt, daß es auch schon mal eine Situation gegeben hat, wo nicht die GLH zu Gast beim DGB war (wie auf der Maidemonstration), sondern umgekehrt der große DGB die Gastfreundschaft der kleinen GLH und der Basisbewegung in Anspruch nehmen mußte: bei Rock-gegen-Rechts im vergangenen Jahr. Rock-gegen-Rechts war auch Thema der offiziellen DGB-Kundgebung: die Gruppe Zufpiegenhansel, die neben Degenhardt und Schauspielern des Theaters am Turm im Kulturprogramm auftrat, machte offen Reklame für die im Juni geplanten Aktionen des RgR-Bündnisses. Ein Fest gab es in Frankfurt auch, es fand schon am 27.4. statt und wurde von der GLH veranstaltet. Vor 2000 bis 3000 Besuchern spielten die „Straßenjungs“ und das Hänsche-Weiss-Quintett.



1. Mai in Frankfurt

Darmstadt: Auftakt zum 1. Mai war in Darmstadt eine Rock-gegen-Rechts Veranstaltung am 28.4. unter dem Motto: „Alle Menschen, die ein besseres Leben wollen, sollen aufstehen“ – nach dem bekannten Lied der Bots, die auch auf dieser Veranstaltung auftraten. Etwa 1000 Leute waren gekommen! Außerdem wurde der Rock-gegen-Rechts-Film gezeigt, und drei Initiativen bekamen die Gelegenheit sich auf der Veranstaltung vorzustellen: die Initiative gegen Wohnraumnot, das Frauenhaus und das Kulturzentrum der Türkei. Gleichzeitig wurden während der Veranstaltung Transparente gemalt, für die Maidemonstration mobilisiert und zur Verhinderung einer NPD-Kundgebung am 30.4. aufgerufen.

Zu dieser Kundgebung kamen schließlich ganze 10 bis 15 Neonazis, darunter Günter Deckert und einige Mitglieder der Hoffmann-Bande. An der Gegendemonstration, die von einem breiten Bündnis getragen war (SDAJ, KOFAP, MSB, Peter O. Chotjewitz, KB, Antifa-Gruppe, ESG und Stadtjugendring) beteiligten sich 500 Menschen. 250 brachen noch zu einer spontanen Demonstration in die Innenstadt auf.

Am Vorabend des 1. Mai führten 350 Frauen eine Demonstration zur Walpurgisnacht durch; anschließend gab es noch ein Fest.

An der Mai-Demonstration des DGB beteiligten sich schließlich 2500 Leute. Obwohl es keinen alternativen Block gab, gab die Demo insgesamt ein linkes Bild ab. Auch hier taten sich besonders 250 türkische Kolleginnen und Kollegen hervor, die am lautesten und kämpferischsten auftraten. Für die Darmstädter Linke alles in allem eine erfolgreiche Woche.

Kassel: An der Demonstration des DGB nahmen 3.500 Menschen teil, wobei die Linke nicht sonderlich gut vertreten war. Im Gegensatz zu den letzten Jahren gab es keine Aktions-einheit zum 1. Mai. Besonders kämpferisch traten nur die türkischen Kolleg(inn)en in Erscheinung. Die Abschlussskundgebung war durch sozialdemokratische Friedensfloskeln geprägt.

Marburg: Ca. 1000 Menschen zogen zur DGB-Kundgebung, an der rund 3000 Menschen teilnahmen. Die Linke hatte hauptsächlich nach Borken (siehe Anti-AKW-Teil) mobilisiert und war auf der Demo nur am Rande vertreten. Die Hauptrede auf der Kundgebung hielt der stellvertretende IG-Chemie-Vorsitzende Wirt, der gemäß der für dieses Jahr vereinbarten Sprachregelung die Weltkriegsgefahr mit „Besonnenheit“ und „Helmut Schmidts Entspannungspolitik“ bekämpfen wollte. Die DGB-Kreisvorsitzende Käthe Dinnebler hielt eine beherzte Rede gegen die wachsende Bedeutung der „Neo-Nazis“, die auch in Marburg verstärkt in Erscheinung treten. Ein chilenischer Gewerkschafter rief zur Solidarität mit den verfolgten chilenischen Kollegen/innen auf.

Fulda: Wie jedes Jahr, so fand auch diesmal wieder die Mai-Kundgebung des DGB-Fulda im Grünen mit Bratwurst, Erbsensuppe und Dregger als Gast statt. Eine Demonstration gibt es seit fast 10 Jahren nicht mehr. Als Hauptredner sprach diesmal der DGB-Landesvorsitzende Jochen Richert. Ein sogar in der Lokalzei-



tung angekündigter Chilene, der zur Situation in seiner Heimat sprechen sollte, kam nicht zu Wort. Ob das eine weitere Huldigung des DGB an Dregger war?

Positiv war, daß mehr Info-Stände als früher, vor allem von der Gewerkschaftsjugend, auf Arbeiterforderungen aufmerksam machten.

Auch einige Fuldaer Basisinitiativen ließen es sich nicht nehmen, durch Infostände der insgesamt recht traurigen Veranstaltung ein etwas farbigeres Bild zu geben. Außer dem KB waren die Bürgerinitiative Umweltschutz Fulda vertreten, die unter anderem Informationsblätter des Aktionskreises Leben verteilte, die Fuldaer Stopppt-Strauß-Initiative verteilte Flugblätter zum Stoiberschen Anti-Gewerkschafts-Papier. Der Sofa-Buchladen und der neugegründete Antimilitaristische Arbeitskreis hatten einen Büchertisch, die Fuldaer Arbeitslosen Selbsthilfe verkaufte Tee, und die Mobilisierung für das Rock-gegen-Rechts-Festival in Frankfurt wurde mit dem Verkauf von Eintritts-Buttons recht erfolgreich eröffnet.

Baden-Württemberg

Stuttgart. 8.000 Menschen gingen in Stuttgart auf die Straße, 12.000 nahmen an der Kundgebung mit Helmut Schmidt teil. Die Demo war geprägt vom Auftreten von mehreren tausend kämpferischen türkischen Kolleg/innen, während es sonst eher ruhig zugeht.

Auf dem Kundgebungsplatz hatten die DGB-Funktionäre die ersten Reihen mit eigens mit Bussen angekehrten Gewerkschaftern besetzt, so daß Schmidt von den Protestlern gut abgeschirmt wurde. Trotzdem waren die zahlreichen Pfiffe und „Heuchler“-Rufe sehr gut zu vernehmen, die sich „unser“ Kanzler während seiner Rede einheimste. Wie zu erwarten, rechtfertigte er die Abenteuer-Aktion der USA im Iran und fand später lobende Worte für die Arbeitgeber, die auch ihren „Teil“ mit zum allgemeinen Wohlstand beigetragen hätten. Schon fast grotesk waren seine Tiraden zur Gleichberechtigung der Frau, die er „noch nicht vollständig“ erreicht sah. Bei den gelegentlich anschwellenden

Pfiffen gingen die DGB-Ordner sehr aggressiv gegen die „Ruhestörer“ vor.

Pfiffen gingen die DGB-Ordner sehr aggressiv gegen die „Ruhestörer“ vor.

Anschließend hielten der KABD und der türkische Arbeiterverein getrennte Kundgebungen mit je 1.000 Teilnehmern ab und vereinigten sich dann zu einer oppositionellen Abschlussskundgebung. Hier standen die aktuelle Lage in der Türkei und die wachsende Kriegsgefahr im Mittelpunkt. Am Nachmittag lud das „Parteilose Bündnis“ zu einer Dampferfahrt auf dem Neckar ein. Abends besuchten 700 Teilnehmer die politische Veranstaltung des KABD im eigens aufgebauten Zelt (im Vorjahr waren es ca. 1.000). Die Kundgebung mit Helmut Schmidt stieß in den Reihen der Gewerkschafter auf einige Kritik, so zum Beispiel auf der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier.

Esslingen. Rund 300 Menschen nahmen an der diesjährigen 1. Mai-Kundgebung des DGB teil. Diese, für eine Industriestadt mit ca. 100.000 Einwohnern außergewöhnlich schlechte Mobilisierung (bedenkt man, daß der KABD für seine Veranstaltung am Abend davor immerhin 150 Menschen auf die Beine brachte) läßt sich nicht nur durch die Tatsache erklären, daß 20 km entfernt in Stuttgart die zentrale Kundgebung des DGB stattfand. Tatsächlich hatte der DGB so gut wie nichts getan, um breit zu der Esslinger Kundgebung aufzurufen. Vorausgegangen war eine Demonstration, zu der Kollegen der Firma AEG aufgerufen hatten (im Esslinger AEG-Motorenwerk sollen ca. 600 der 830 Beschäftigten entlassen werden). An der Demo (ca. 150 Teilnehmer) nahmen neben AEG-Kolleg(inn)en auch GIM, KABD, SB u.a. teil. Der DGB hatte nicht aufgerufen – eine Haltung, die nicht so ganz zu dem wortradikalen Redebeitrag auf der Kundgebung paßte.

Heidelberg. Die Heidelberger Linke organisierte als Mai-Aktionseinheit einen Demonstrationzug mit 200 Menschen zur zentralen DGB-Kundgebung, auf der sich 6-700 Leute bei einer Rede des DGB-„Berufsjugendlichen“ Schwab herzlich langweilten. Auf einer Veranstaltung, die von Gewerkschaftsgruppen organisiert und

von der AE unterstützt worden war, standen betriebliche Konflikte und Auseinandersetzungen im Mittelpunkt. Es ist zwar keine Sensation mehr, sollte aber noch kurz vermeldet werden: der KBW spielte absolut keine Rolle am 1. Mai in Heidelberg.

Freiburg. An der DGB-Demonstration nahmen etwa 1.500 Menschen teil. Frauen, AKW-Gegner und Antifaschisten beteiligten sich mit eigenen Transparenten. Am Abend organisierte die KBW-Gruppe eine Ton-Dia-Schau zu Strauß, die allerdings nur mäßig besucht war.

Zwei Ereignisse am Rande: vier Frauen, die in der Nacht zum 1. Mai das Gewerkschaftshaus mit Parolen gegen Strauß und Frauenforderungen verschönert hatten, wurden auf Hinweis des DGB-Hausmeisters von der Polizei festgenommen; ein Bundeswehrsoldat, der in Uniform demonstriert hatte, wurde von den Feldjägern notiert, einem zweiten gelang es sich abzusetzen.

Das traditionelle Maifest der Nürnberger Linken verlief im üblichen Rahmen: bei Kulturprogramm und Bier feierten etwa 1.000 Menschen im Kulturladen Nord (Kuno).

Bamberg. „Strauß, Stoiber und Co., Hände weg von unserer Einheitsgewerkschaft“ hieß das Transparent der DGB-Jugend, an deren Demonstration zum diesjährigen 1. Mai sich 300 Menschen beteiligten.

Rheinland Pfalz

Trier. Hier kam es zu einer bemerkenswerten Aktionseinheit. Das autonome Frauenzentrum, die Grünen, DKP, DFG-VK, Spotlit (Alternativzeitung), Susis Büchertisch (Spontis) und KB veranstalteten am 30.4. ein gemeinsames Fest. Selbst auf einen gemeinsamen Redebeitrag zu den vier Schwerpunkten Kriegsgefahr, Atompolitik, Rechtsentwicklung in der BRD und Situation der Frau konnte das Bündnis sich einigen. Daß dann 350 Leute zu dem Fest kamen, machte den Erfolg komplett. Da von allen Beteiligten mit weniger gerechnet worden war, war eine eigene Maidemonstration (der DGB führte keine Demo durch) gar nicht erst ins Auge gefaßt worden.

Bayern

Nürnberg. 7.000 beteiligten sich an der DGB-Demonstration, das sind 1.000 mehr als im letzten Jahr. Kämpferischer Teil des Demonstrationzugs waren auch hier die Türken, in deren Block etwa 1.000 bis 1.500 Menschen marschierten. Die Linke aus den Basisinitiativen und Organisationen brachte einen Block von 400 bis 500 Teilnehmern auf die Beine, ebenfalls mehr als in den vergangenen Jahren. Besonders auffällig und lautstark war auch hier der Frauenblock mit 60 Frauen; 30 Schwule demonstrierten unter der Parole „Rosa Front gegen Strauß“.

Andere Transparente lauteten: „Nie wieder Krieg – Stoppt Carters Amoklauf“ und „Antifaschistische Aktion – Stoppt Strauß“.

Wie bereits im letzten Jahr waren u.a. die Atomkraftgegner und die Christliche Arbeiterjugend dabei. Erfrischenden Abschluß des Demonstrationzugs allerdings bildete der Block türkischer Kolleg/innen, die kämpferisch ihre Parolen riefen: „Gegen Faschismus“, „Es lebe der 1. Mai, der Kampftag der Arbeiterklasse“ und „Verbot der Grauen Wölfe“.

An der Kundgebung und an dem anschließenden Fest vor dem Bamberger Rathaus beteiligten sich an die 2.000 Menschen. Das Bamberger Rathaus wurde rund um die Rednertribüne mit Transparenten geschmückt, mittenlang: „Antifaschistische Aktion – Stoppt Strauß“.

In seiner Ansprache begrüßte der DGB-Kreisvorsitzende begleitet von Pfiffen und Buhrufen den Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, Mathieu (CSU) und die Polizei. Sein Gruß an die türkischen Kolleg/innen wurde von den Anwesenden lautstark bekräftigt. „Hoch die Internationale Solidarität“.

Wohl schon während der Ansprache Haarkötters muß CSU-Mathieu unruhig auf seinem Ehrenhocker hin- und hergerutscht sein, angesichts der Anti-Strauß-Parolen an seinem Rathaus.

Er beschwerte sich beim DGB-Chef und dieser befahl der DGB-Jugend, das Transparent „Antifaschistische Aktion – Stoppt Strauß“ herunterzuholen. Nachdem sie sich geweigert hatte, mußte der Hausmeister des Transparent stehlen und im Bierwagen verstecken.



1. Mai in West-Berlin

Der 1. Mai in der Türkei Militärdiktatur gegen Demonstrationen und Streiks

Der diesjährige 1. Mai in der Türkei stand, wie schon im vergangenen Jahr, unter der Herrschaft und offenen Machtdemonstration des Militärs. Bereits Wochen vorher wurden sämtliche angemeldeten Demonstrationen der progressiven Gewerkschaftskonföderation DISK verboten oder für die betreffenden Städte Ausgangsverbot verhängt. Um Demonstrationen und Protestaktionen zu verhindern, wurden fast sämtliche Militär- und Polizeikräfte mobilisiert. Allerdings gelang es den Herrschenden trotz dieser Machtdemonstration nicht, den Widerstand völlig zu brechen.

Istanbul

Istanbul steht unter Kriegsrecht. Im vergangenen Jahr war für den 1. Mai eine Ausgangssperre verhängt worden. Diesmal gab es keine Ausgangssperre. Sie wurde aber inoffiziell durchgesetzt: Sämtliche in und um Istanbul stationierten Armee-Einheiten der 1. Armee wurden ab 30.4. in die Stadt verlegt. An jeder Straßenecke der 6-Millionenstadt patrollierten Soldaten, insgesamt waren es mehr als 100.000!

Den Gipfel der Provokation stellte eine Militärübung dar, die ausgerechnet auf dem traditionellen 1. Mai-Kundgebungsplatz abgehalten wurde.

Aus Protest gegen das Demonstrationsverbot streikten am 30.4. in Istanbul und vier weiteren Großstädten der Türkei sämtliche Arbeiter der Stadtverwaltung (makabre Ausnahme in Istanbul: Nur die Friedhofsarbeiter beteiligten sich nicht am Streik).

Die städtischen Busse fuhrten an diesem Tag nicht, sie wurden teilweise durch kleine Sabotageakte stillgelegt. An mehreren Schulen streikten die Schüler, es gab mehrere sogenannte spontane »Piratendemonstrationen«.

4000 Bankangestellte meldeten sich am 30.4. krank und kamen nicht zur Arbeit. Das Militär ging gegen die

streikenden Arbeiter, Schüler und die Demonstranten mit brutaler Gewalt vor. 700 Arbeiter und 100 Schüler wurden in Istanbul verhaftet (nach offiziellen Angaben). Gegen alle Mitglieder des Vorstandes der DISK wurde Haftbefehl erlassen und der Vorsitzende Bastürk sowie weitere Mitglieder festgenommen. Zwei Genossen wurden beim Plakatekleben von Soldaten kaltblütig erschossen. Insgesamt wurden in der Nacht vom 30.4. auf den 1. Mai mindestens sieben Personen von den Sicherheitskräften ermordet. Darunter auch ein 10-jähriges Mädchen in Antaliya, als eine Demonstration am 1. Mai durch Militäreinheiten überfallen wurde.

Mersin

Die DISK hatte in diesem Jahr zur zentralen Demonstration in Mersin (Südtürkei) aufgerufen.

Diese Demonstration wurde zwar nicht verboten (Mersin steht nicht unter Kriegsrecht), es wurde aber für den 1. Mai Ausgangssperre verhängt. Diese Ausgangssperre wurde jedoch von einem oberen Gericht als illegal aufgehoben.

Nach offiziellen Angaben demonstrierten in Mersin 50.000 Menschen

am 1. Mai. Allerdings wurden die Zufahrtsstraßen in die Stadt militärisch abgeriegelt, so daß viele Busse gar nicht nach Mersin kommen konnten. Allein auf einer Zugangsstraße wurden über 200 Busse festgehalten.

Trotz totaler Militärpräsenz, Kriegsrecht und Demonstrationsverboten fanden in der gesamten Türkei unzählige kleinere und größere Aktionen statt, die wie z.B. der Streik der Stadtverwaltungsarbeiter das öffentliche Leben zum Teil lahmlegten.

Ecevit auf Seiten der Reaktion

So wie im vergangenen Jahr, als Ecevit das Ausgangsverbot am 1. Mai in Istanbul verhängte, stellte er sich auch diesmal gegen die Arbeiter. Er appellierte an sie, die »illegalen« Aktionen (gemeint sind die Proteststreiks und Aktionen am 30.4.) und den Widerstand einzustellen: »Ihr könnt Eure Rechte nicht mit gesetzeswidrigen Aktionen durchsetzen.« Als 50 Abgeordnete der Ecevit-Partei CHP einen Gesetzesantrag stellten, den 1. Mai als offiziellen Feiertag anzuerkennen, nahm Ecevit gegen sie Stellung: Ihr Antrag sei »verantwortungslos« und verstoße gegen die Parteidisziplin!

Türkei-Kommission



1. Mai in Istanbul: Militärterror gegen die Arbeiter

Massenaussperrung in Schweden — „Eine Investition für die Zukunft“

Seit der Nacht zum 2. Mai ist jeder vierte Lohnabhängige in Schweden ausgesperrt. Der umfassendste Arbeitskampf in der Geschichte des Landes hat damit begonnen.

Die diesjährigen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft begannen mit dem provokativen Auftreten der Unternehmensverbände, die behaupteten, es gäbe nichts zu holen und folglich könne keine Tarifierhöhungen geben. Der Gewerkschaftsbund LO rief daraufhin zum Überstundenboykott auf. Die Forderung der LO ist offiziell 11,3 %.

Allerdings ist dies eine errechnete Zahl, bei der u.a. Arbeitszeitverkürzungen bereits inbegriffen sind. Wollte LO den Reallohn von 1976 wieder herstellen, dann müßte die Forderung etwa dreimal so hoch sein. Da jetzt auch noch etliche Industriezweige, vor allem die für den Export produzierende Industrie, eine Hochkonjunktur erleben, sind die Arbeiter weniger als zuvor bereit, weiteren Lohnabbau hinzunehmen. Den Gewerkschaften wird entsprechend mehr Dampf gemacht als sonst.

Der Arbeit-„geber“-Verband SAF bekam gleich zu Anfang Schützenhilfe von der Regierung. Ende März versuchte sie, den Gewerkschaften einen Preis- und Mietestop anzubieten und verlangte den Abschluß eines Nullprozentvertrages. Dies gelang jedoch nicht, der Schwindel war zu offensichtlich. Ein Preisstopp hat noch nie die Preise gestoppt und die Mieten sind in diesem Jahr bereits erhöht.

SAF blieb bei seiner 0,0 %-Position und drohte am 12.4. mit einer Groß-Aussperrung ab 14. April, wenn nicht sofort der Überstundenboykott abgeblasen würde. Die Industrie, vor allem die auf Hochtouren laufende Exportindustrie, müßte diese Maßnahme eigentlich hart treffen. Einer der maßgeblichen Industrie-Patrone, Curt Nicolin, gab das auch zu. Auch wenn eine nur einwöchige Aussperrung bereits die erwartete Produktionssteigerung dieses Jahres zunichte machen

würde, so wäre es doch „eine Investition für die Zukunft“.

Zunächst wurde die Aussperrung noch verhindert, indem die Regierung eine Vermittlungsstelle einsetzte und SAF minimal von seiner 0,0 %-Forderung abwich. LO zog gleichzeitig den Überstundenboykott zurück.

Wegen der unnachgiebigen Haltung der Unternehmer gingen am 25.4. 14.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den Streik. Der Flugverkehr, Rundfunk und Fernsehen, der Nahverkehr in den Großstädten und die Zolabfertigung an den Grenzen gehören zu den Bereichen, die seither fast völlig stilliegen. Für den 2. Mai wurde der Punktreik von insgesamt 100.000 Beschäftigten im privaten Bereich angekündigt. SAF schlug daraufhin zu und sperrte weitere 800.000 aus. Damit steht praktisch die gesamte Industrie still.

Die ungewöhnlich harte Position des SAF und der Regierung lassen keinen Zweifel daran, daß hier eine bedeutende Schlacht gegen die Interessen der Arbeiter geschlagen werden soll. Die bürgerliche Presse Schwedens bereitet die Bevölkerung bereits auf einen längeren Kampf vor.

Gleichzeitig plant die Regierung ein Gesetz, mit dem das Streikrecht aufgehoben werden soll. Kürzlich scheiterte ein solcher Versuch daran, daß — offenbar zur Überraschung der Regierung — die Sozialdemokraten nicht mitzogen. Pläne der Regierung, die Staatsausgaben im sozialen Bereich (u.a. Altersversorgung, Gesundheitsbereich) nachträglich um 7 Milliarden Kronen zu kürzen, sickerten durch, werden aber offiziell geheimgehalten. Der sozialdemokratische Parteiführer Olof Palme kündigte das erste Mißtrauensvotum in der Geschichte des Landes an, falls die Regierung diese Pläne nicht bis zum 10. Mai offenlegt. Palme lenkt hier geschickt davon ab, daß weder er noch seine Partei im laufenden Arbeitskampf Stellung bezogen haben.

Skandinavien-Kommission

Türkei-Veranstaltungen in Frankfurt und Hamburg

Zu einem Erfolg wurde am 25.4. die erste große Veranstaltung zur Situation in der Türkei und zu den »Grauen Wölfen«, die seit Jahren in Frankfurt ihr Unwesen treiben. Ca. 800 Leute waren gekommen, um eine interessante Podiumsdiskussion zu verfolgen, die von einem breiten Kreis von Gruppen unterstützt wurde: Neben GLH, SB, KB und Falken hatte auch der Asta, die Gesellschaft für bedrohte Völker, Medica International, die Katholische Studentengemeinde und Devrimci Isci. Motto der Veranstaltung: »Faschismus in der Türkei — Graue Wölfe in der BRD«.

Dursun Akcam, Chefredakteur der türkischen Tageszeitung »Demokrat«, berichtete zu Anfang kurz über die aktuelle Situation in der Türkei, insbesondere über die Schwierigkeiten der Linken und der demokratischen Kräfte, gegen die Offensive der Reaktion anzukämpfen. Er rief dazu auf, jetzt und sofort eine verstärkte Solidarität mit den kämpfenden Demokraten in der Türkei zu bekunden.

Kamil Taylan, seit länger Zeit in der BRD lebender Journalist — u.a. auch für den »Demokrat« und für den Hessischen Rundfunk — erläuterte in seinem Beitrag die Hintergründe der westlichen Finanzhilfe und die tatsächliche finanzielle Situation der Türkei.

Dabei zeigte er auf, daß die sog. »Türkei-Hilfe« in Höhe von etwas mehr als 1 Milliarde Dollar katastrophale Konsequenzen für die türkische Bevölkerung haben wird. Denn die Auszahlung dieser »Hilfe« ist natürlich an die Bedingung drastischer arbeitgeberfeindlicher Maßnahmen der türkischen Wirtschaft geknüpft, die zu einer noch größeren Verelendung führen werden. Die Preiserhöhungen und die Inflation würden noch stärker steigen als bisher. Taylan berichtete aber auch über die unterschiedlichsten Widerstandsformen des türkischen Volkes: Z.B. gehen Leute massenhaft in Warenhäusern einkaufen, bezahlen aber nur den alten Preis.

Zum Schluß berichtete er auch vom Terror der türkischen Regierung, die über 100.000 Menschen in den letzten 4 bis 5 Monaten verhaften ließ! An die 1000 Menschen wurden in dieser Zeit ermordet, viele werden in den Gefängnissen grausam gefoltert.

Helmut Frenz, Generalsekretär von

amnesty international, berichtete sehr eindringlich von der Verfolgung der politischen Opposition und der Minderheiten in der Türkei. Er betonte, daß unter antikommunistischen Vorwänden brutal verfolgt, gefoltert und ermordet würde. Sondergerichte, größtenteils mit Militärs besetzt, seien wieder eingeführt worden; aber neben den Gefängnissen und Polizeirevierern würden sogar in den Büros der Staatsanwaltschaften Folterungen stattfinden.

Manfred Coppik, SPD-Bundestagsabgeordneter, sah sich schon während seines kurzen Redebeitrags zunehmender Kritik von Seiten der Zuhörer gegenüber. Er versuchte, sich mit dem Hinweis zu verteidigen, daß er nicht in der Bundesregierung sitzen würde, sondern ein Kritiker der Regierung in Sachen »Türkei-Hilfe« sei. Mehr als das Versprechen, demnächst eine »aktuelle Fragestunde« zur Türkei im Bundestag zu beantragen, hatte er aber nicht zu bieten.

Ein Vertreter der GLH zeigte in seinem Beitrag die Entwicklung der Großmacht- und Krisenpolitik der BRD am Beispiel der Türkei-Politik der Bundesregierung auf. Er verglich die Entscheidungen der SPD im letzten halben Jahr (NATO-Raketenbeschlüsse, Steigerung des Rüstungshaushalts, Wirtschaftsblockade gegen den Iran, Olympiaboykott, »Sicherung« der Südostflanke der NATO etc.) in ihrer historischen Dimension mit der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914. Obwohl der Beitrag viel Beifall bekam, gerade weil er die SPD scharf angriff, wurde er in der Presseberichterstattung (auch in der »taz«!) bezeichnenderweise unterschlagen.

Andreas Buro (SB) sprach sich entschieden gegen den Beitritt der Türkei in die EG aus und verdeutlichte die verheerenden Nachteile für die Türkei dabei.

Jürgen Roth ging im letzten Beitrag auf das Treiben der »Grauen Wölfe« in der BRD ein. Die türkischen Faschisten hatten extra zu der Frankfurter Veranstaltung ein Flugblatt verteilt, daß in provokativer Art insbesondere Jürgen Roth und Dursun Akcam angriff. Die Veranstaltung wurde als »Sympathie- und Solidaritätskundgebung für die linksgerichteten Terrororganisationen in der Tür-

kei« bezeichnet. In einer Presseerklärung hatte der »türkische Kulturverein«, Tarnorganisation der »Grauen Wölfe«, ein Verbot (!) der Veranstaltung gefordert. Im übrigen sei »das Gespenst der Grauen Wölfe eine Erfindung des Schriftstellers Jürgen Roth und seiner Gesinnungsgenossen«.

Die Frankfurter Veranstaltung war den türkischen Faschisten sichtbar ein Dorn im Auge, denn sie hat den Protest sowohl gegen die Türkei-Politik der Bundesregierung und deren Untätigkeit gegenüber dem Terror der »Grauen Wölfe« als auch den Protest gegen die türkischen Faschisten erweitert und verstärkt.

KB/Gruppe Frankfurt

Berichtigung

Erst nach Redaktionsschluß für AK 175 wurde uns bekannt, daß die Großveranstaltung der »Grauen Wölfe« in Frankfurt am 12.4. doch stattgefunden hat!

Wie im letzten AK berichtet, hatte man den türkischen Faschisten den Mietvertrag für das städtische Volksbildungsheim gekündigt. Verboten wurde die Veranstaltung nicht; und nicht zum ersten Mal mieteten die Faschisten schon im Vorhinein einen 2. Saal an. Ihre Veranstaltung konnte in aller Ruhe in dem Frankfurter Hotel »Hochster Hof« stattfinden, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon bemerkte. Immerhin kamen nach Angaben der Faschisten 600 Menschen zur Veranstaltung (»Frankfurter Neue Presse«, 15.4.80).

Dieses Beispiel wirft erneut ein grelles Schlaglicht auf die Praxis der Stadt Frankfurt und des Verwaltungsgerichtes der Stadt: Während man sich in der Presse antifaschistisch zu geben versucht (»Versammlungsverbot blieb bestehen«, FR 14.4.80), verbietet man die Veranstaltung der »Grauen Wölfe« bewußt nicht und schafft ihnen so die Möglichkeit — jetzt eben in einem anderen Raum —, ihre Kundgebung abzuhalten. Ein wichtiger Grund mehr, zukünftig energisch ein Verbot solcher Veranstaltungen zu fordern!

KB/Gruppe Frankfurt

Hamburg

Zur Veranstaltung in Hamburg am 2.5. hatte ein breiter Unterstützerkreis von insgesamt 21 Organisationen und Gruppen aufgerufen. Darunter u.a. Stadtzeitung Große Freiheit, Gruppe autonomer Linker Altona, SB, ein Mitglied des Juso Landesvorstands, KB, verschiedene Asten und Antifa-Gruppen, die BuLi Eimsbüttel sowie Amnesty International, die Vereinigung der fortschrittlichen Arbeiter aus der Türkei und die Progressive Volks-einheit.

Trotz des eher ungünstigen Termins unmittelbar nach dem 1. Mai und einem gleichzeitig stattfindenden »Schüler gegen Rechts«-Konzert war die Beteiligung an der Veranstaltung mit ca. 900 Personen erfreulich hoch.

Podiumsteilnehmer waren neben Bernd Hoffmann (ai-Türkei-Koordinierungsgruppe) Jürgen Roth und Kamil Taylan. Dursun Akcam, der ebenfalls mit angekündigt war, nahm leider nicht teil. Wie bereits oben erwähnt, haben die türkischen Faschisten vor der Veranstaltung in Frankfurt Flugblätter verteilt, in denen er bedroht wurde. Da vor ca. 14 Tagen ein bekannter linker türkischer Journalist und Mitarbeiter der Zeitung »Demokrat« in Istanbul vor seinem Haus von Faschisten ermordet wurde und zudem die Angriffe seitens der türkischen Behörden gegen die unabhängige Berichterstattung sich ständig verschärfen, zog Dursun Akcam seine Teilnahme an den weiteren geplanten Informationsveranstaltungen zurück.

Die Podiumsteilnehmer schilderten in informativen Beiträgen die heutige Lage in der Türkei, die Konsequenzen der durch die BRD-Regierung koordinierte »Türkei-Hilfe« für die türkische Bevölkerung, die Verletzung der Menschenrechte und Folterungen in den Polizeistationen und Gefängnissen sowie das Treiben der »Grauen Wölfe« in der BRD. Wie sehr es der west-

deutschen Öffentlichkeit an Informationen mangelt, zeigten die vielen an das Podium gerichteten Fragen, die ausführlich und anschaulich beantwortet wurden. Für Schwung sorgte eine türkische Folklore-Gruppe, die sehr viel Beifall erhielt.

Ein wesentliches Anliegen der Podiumsredner war, deutlich zu machen, daß es nötig ist, eine wirkungsvolle, materielle Solidarität mit der verfolgten türkischen Linken und der terrorisierten Bevölkerung zu organisieren. Bei einer Spendensammlung an den Ausgängen wurden dann rund 2.200 Mark gesammelt, die an die türkische Tageszeitung »Demokrat« zur Weiterverteilung übergeben werden. Von dort aus wird das Geld u.a. für die Versorgung von durch Terroranschläge Betroffene und Hinterbliebene mit Lebensmitteln und Medikamenten usw. verwendet. Insgesamt war diese Veranstaltung ein hoffnungsvoller Anfang für eine Verbreiterung der Solidarität mit dem türkischen Volk.

...

Braunschweig

Hier besuchten 200 Menschen die Informationsveranstaltung, ein für Braunschweiger Verhältnisse schöner Erfolg. Aufgerufen hatte ein Bündnis von 17 Gruppen. So die SJD Falken Braunschweig, der Arbeitskreis Leben (AKL), Bambule (Kommunikationszentrum), Devrimci Yol, Türkischer Arbeiterverein, KB (um nur einige zu nennen).

270 DM Spenden wurden für die Taris-Arbeiter gespendet. Türkische Folklore rundete eine von allen interessierten aufgenommene Veranstaltung ab, von vielen mit dem Wunsch verknüpft, eine Arbeit gegen die »Grauen Wölfe« zu entwickeln.

Spendenaufruf

„Alternative Hilfe für die Türkei“
Im Rahmen der Türkei-Veranstaltungsreihe wurde ein Spendenkonto eingerichtet.
„Alternative Hilfe für die Türkei“ Spendenkonto: Jürgen Roth, Deutsche Bank, Konto Nr.: 40 123570, BLZ: 500 700 10

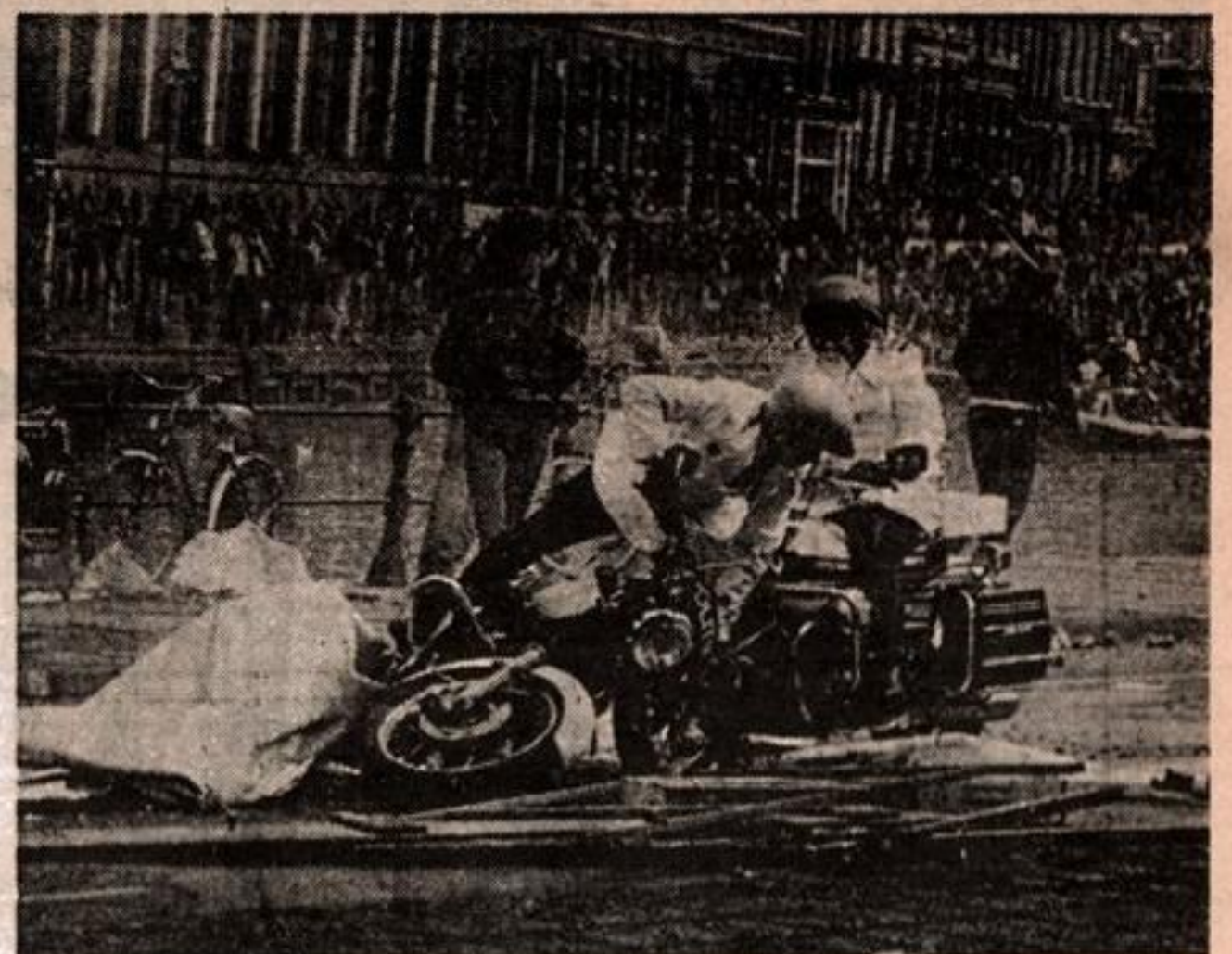


Amsterdam, 30. April

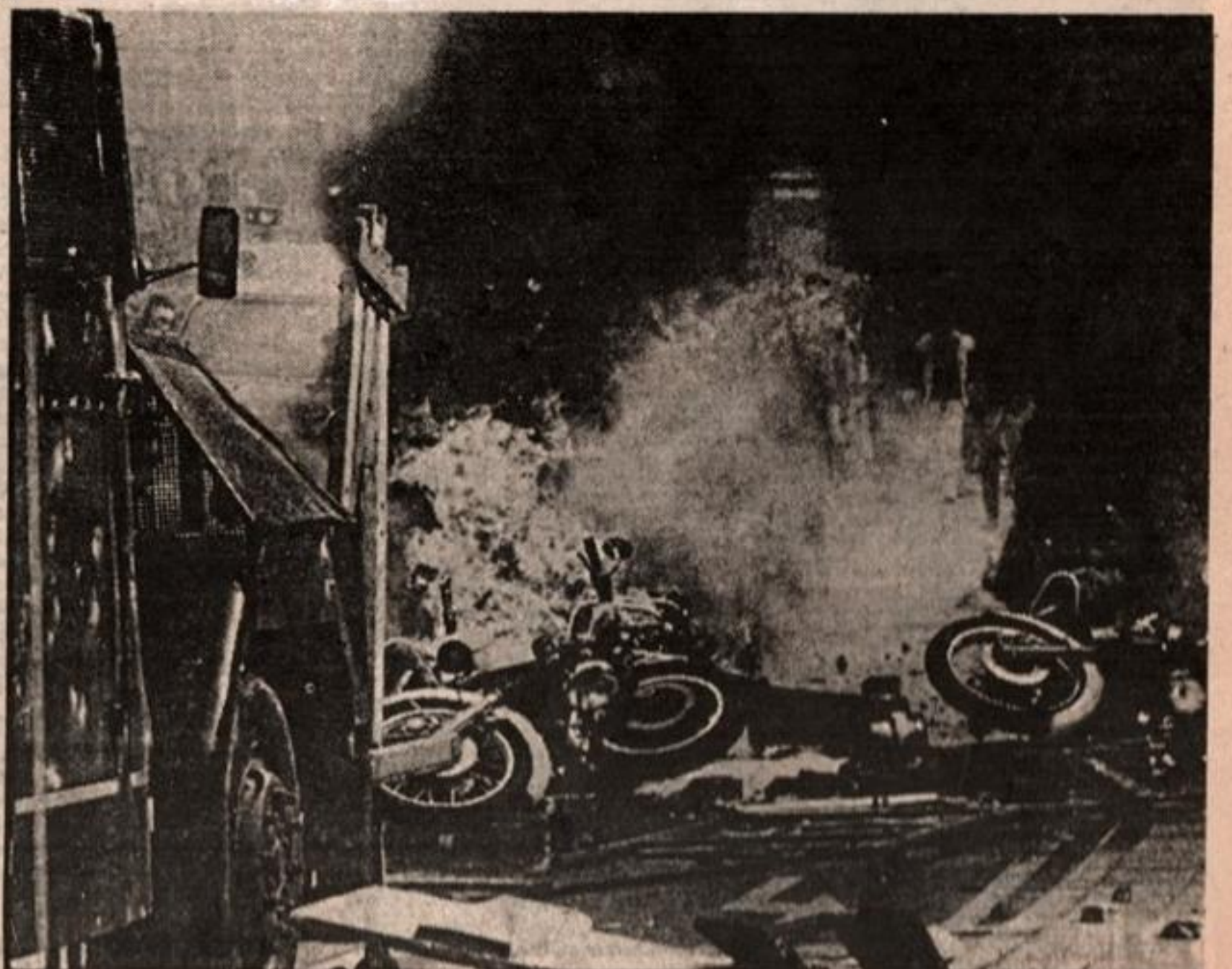


Die härteste Schlacht fand zwischen 14 und 15 Uhr auf dem Waterloo Plein statt. Etwa eine Stunde lang konnte die M.E. verhindern, daß der Demozug mit schätzungsweise 3000 bis 4000 Menschen die Blauwe Brug überquerte. Dann mußte sie schwer angeschlagen den Rückzug antreten ... die Demonstration zog weiter in Richtung Dam.

Die Bullen tragen einen verletzten Demonstranten weg ...



Bei den Barrikaden auf der Rokin kommen zwei Bullen zu Fall ...
... kurz danach brennen ihre Motorräder auf den Barrikaden.



Gorleben: Borstelle BESETZT!

Fortsetzung von Seite 1



finden. Damit soll dieser Platz zum Zentrum des örtlichen Widerstandes werden. Außerdem entstehen unheimlich viele, phantastische Holzhütten für die Unterstückergruppen aus den verschiedenen Städten, ein Dorfplatz, eine Küche, ein Krankenhaus...

Und es gibt einen offenen Sprecherrat aus Vertretern der Gruppen, in dem alle Probleme diskutiert werden. Wir wollen auf jeden Fall den Platz besetzt halten. Wir richten uns auf eine lange Besetzung ein!

Was ist zu tun?

1. Jeder, der kommt, ist wichtig, aber wichtig ist auch, daß der Platz alle Tage besetzt bleibt; überlegt bitte, ob ihr nicht in Gruppen und für mehrere Tage kommen könnt, denn das hilft uns am meisten.
2. Ihr braucht unbedingt eine gute Campingausstattung, warme Schlafsäcke und Klamotten, Sachen für euren Selbstschutz, Gaskocher, Sturmlaternen/Taschenlampen, Verpflegung und Werkzeug wie Hämmer, Nägel, Sägen, Beile, Seile, Spaten u.ä.
3. Macht euch Gedanken über Filme, Musikgruppen, Theater aus eurer Stadt, die ihr hierhin organisieren könnt. Ruft umgehend bei einer der Kontakttelefonnummern an.

Es grüßen Euch

Eure Besetzer von Bohrloch 1004

Roswitha Ziegler, Marleben, Tel.: 05848/484

Kontaktadressen: Rebecca Harms, 3139 Zadrau 7, Tel.: 05861/7274
Postadresse: Besetzer von 1004, 3131 Trebel

Mobilisierung im Landkreis

In der letzten Woche vor der Besetzung entwickelte sich im Landkreis eine Stimmung wie unmittelbar vor dem Hannover-Treck. Landwirte u.a. boten praktische Unterstützung an und sämtliche großen Widerstandsgruppen im Landkreis dokumentierten durch Presseerklärungen bzw. Großanzeigen in der Lokalpresse ihre Unterstützung.

Eine letzte Versammlung der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“ beschloß am 24.4. bei einem Stimmverhältnis von 96 : 4 eine Unterstützung der Besetzung, ähnlich verlief eine letzte Bürgerversammlung am 27.4., an der Vertreter der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“, der „Arbeitsgemeinschaft der Ärzte gegen Atomenergie“, der „Rechtshilfegruppe“, der GEW, der Pastoren im Landkreis, der „Gesellschaft für Umweltschutz und Natur“, der „Gorlebenfrauen“, der Landfrauen, der BI und der „Grünen“ teilnahmen.

In einer Erklärung des „Widerstand im Wendland“ heißt es: „Diese Inbesitznahme ist eine Reaktion auf politische Entscheidungen, die - gefällt mit unverhohlener Arroganz und durchgesetzt mit massiver Polizeigewalt - jeglichen demokratischen Anspruch verloren haben.“

In den Erklärungen der BI wird betont, daß eine „entscheidende Phase“ begonnen habe. „Wir müssen zeigen, daß die Kriminalisierungsversuche nicht zu einer Lähmung unserer Widerstandskraft führen. Wir müssen deutlich machen, daß wir uns nicht für dumm verkaufen lassen.“ Ausdrücklich wird auch den auswärtigen Besetzern „volle Unterstützung“ zugesichert, da „die Parole ‚Gorleben soll leben‘ und dessen Inhalt mittlerweile bei vielen politisch wachen Menschen aus allen Regionen der BRD zum Modellfall geworden (ist), ob es nämlich in diesem Staat überhaupt noch möglich ist, eigene Anschauungen und Lebensziele einbringen zu können.“

In der Erklärung der Gorleben-Frauen heißt es u.a.: „Die Inbe-

sitznahme der Bohrstelle 1004 durch Bürger Lüchow - Dannenbergs und ihre Freunde halten wir für unbedingt notwendig. Jede neue Tiefbohrung wäre ein weiterer Schritt zur Durchsetzung der WAA. Unsere Verantwortung für die Zukunft unserer Heimat und unsere Erfahrung mit der Verantwortungslosigkeit der Mächtigen in diesem Land geben uns das Recht, uns den 3. Tiefbohrplatz zurückzunehmen.“

Angesichts der breiten Solidarisierung im Landkreis konnte auch den „Grünen“ eine positive Erklärung zur Besetzung abgerufen werden, die jedoch einen gefährlichen Hineinblick enthält: so erklären sie sich solidarisch „mit jenen, die im Bereich der geplanten dritten Tiefbohrstelle bei Trebel eine zeitlich begrenzte Protestdemonstration durchführen wollen.“ (Hervorhebungen im Text). Da von allen anderen Teilen des Widerstands eine Zeitbegrenzung nicht vorgesehen ist, ist hier bewußt ein Hintertürchen aufgelassen worden, um sich jederzeit wieder zurückziehen bzw. schlimmstenfalls distanzieren zu können.

Nach Ansicht der „Grünen“ soll die Aktion „als eine Antwort auf die von den meisten Kommunalpolitikern des Kreises an den Tag gelegte Arroganz verstanden werden.“ (...) Ebenso unüberhörbar soll die Protestdemonstration hinweisen auf die Verschleierungstaktiken, die von den für die Planung der Atomanlagen Verantwortlichen seit Jahren angewandt wird. Statt sachlicher Auseinandersetzung mit kritischen Fragen wird entweder Verzögerungstaktik oder Verunglimpfung bis zur Diffamierung angewandt. (...) Die Protestaktion soll bewirken, daß einer breiten Öffentlichkeit ein wirklichkeitsgetreues Bild von der Arbeit der BI Umweltschutz Lüchow - Dannenberg vor Augen geführt wird, der zu Unrecht die Gemeinnützigkeit aberkannt worden sei.

Anschließend wird die Hoffnung geäußert, „daß der Verlauf der Protestdemonstration niemals Anlaß geben kann zu der wohlfeilen Behauptung, es handle sich hier nur um den

Protest einiger verzweifelter Chaoten.“

Diese (wenn auch teilweise schwankenden) Solidaritätserklärungen wurden geschrieben, nachdem über die Lokalpresse unmißverständlich auf die Illegalität der Besetzung hingewiesen wurde. PTB und DWK erklärten, daß „jede fremde Nutzung des (DWK - eigenen) Betriebsgeländes von ihrer Seite strafrechtlich verfolgt wird.“ Jeder „unbefugte Aufenthalt“ auf 1004 sei eine „strafbare Handlung gemäß § 123 StG (Hausfriedensbruch)“ sowie ein Verstoß gegen § 20 der Tiefbohrverordnung, der „mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark geahndet werden“ kann (aus einer Polizeierklärung).

Daß ein solch massiver Einschüchterungsversuch derzeit im Landkreis Lüchow-Dannenberg völlig verpufft, haben sich die Atomfans selbst zuzuschreiben: Wer bereits gerichtlich für eine friedliche Treckerblockade als „Gewalttäter“ („psychische Gewalt“) abgeurteilt wurde, wird mit dem Hinweis auf Gesetzblätter von einer Platzinbesitznahme nicht abzuhalten sein; wer bereits zum „Psychoterroristen“ abgestempelt wurde (wie die „Grünen“ aufgrund eines Aufrufes, mit den Kommunalpolitikern telefonisch zu diskutieren) wird allein aufgrund einer polizeilichen „Unrechts - Erklärung“ nicht mehr so schnell erschrecken.

Aber auch die mit der Atommafia verwickelten Kreise um die „Pro - BI“ (die bereits in die Kämpfe gegen die Tiefbohrstelle 1003 mit faschistoiden Hetztiraden gegen AKW - Gegner und der Aufforderung an BGS und Polizei, härter durchzugreifen, eingriffen) scheinen sich auf neue Einsätze vorzubereiten.

So rief der neue Vorsitzende der Pro - BI, Uwe Leitner, „zu einer Aufstellung von Aktionsgruppen gegen gewalttätige Atomgegner auf“. Schließlich würden „durch die von Atomkraftgegnern beabsichtigte Besetzung der Bohrstelle 1004 neue Konfrontationen geschaffen“ („EJZ“ v. 29.4.). Die Hetzpostille „Höhbeck-Rundschau“ fragt angesichts der sich im Landkreis rapide verbreitenden Kleber „Republik freies Wendland“: „Wer und welche Organisation steht dahinter? Wer finanziert diese Dinge?“ Die Antwort auf diese Frage teilt die „Höhbeck-Rundschau“ dem erbauten Leser einige Zeilen später mit: „Aufmerksame Beobachter der politischen Lage in der Welt und vornehmlich in Südamerika werden fest-

stellen, daß derartige Parolen kommunistischer Bewegungen dort an der Tagesordnung sind.“

Der Platz wird besetzt

In verschiedenen Städten fanden vor dem Wochenende (3./4.5.) Mobilisierungsveranstaltungen statt: Westberlin mit 1000 Teilnehmern, Oldenburg mit 300, ferner Veranstaltungen in Hildesheim, Lüneburg, Bielefeld und Hamburg.

Auch die Grünen Hamburg konnten sich dazu durchringen, die „geplante gewaltfreie Bohrplatzbesetzung“ zu begrüßen.

Schon am Donnerstag trafen sich ca. 2000 Bauern und Fischer zu einem Erfahrungsaustausch aus verschiedenen Teilen der BRD (Brokdorf, Kalkar, Schwabhausen und Lichtenmoor) und aus Frankreich (Larzac und Plogoff), um über ihren Kampf gegen Atom- und Militäranlagen zu diskutieren.

Der Pressesprecher der Besatzungstruppen Lüchow erklärte überraschenderweise am Freitag im Radio, daß natürlich und noch nie verboten gewesen sei im Walde spazieren zu gehen und insofern die geplante Bohrplatzbesetzung nicht widerrechtlich sei, bis die PTB das Gelände für Tiefbohrungen beanspruche. Dieses sei aber bisher nicht der Fall. Offensichtlich schlägt die Polizeiführung nach ihrer Androhung von 50.000 DM Geldstrafe für jeden, der den Platz betritt, nach der Entscheidung der bäuerlichen Notgemeinschaft, die Besetzung trotzdem durchzuführen, nun einen etwas weichen Kurs ein, in der Hoffnung, daß sich die Besetzung schon alsbald totläuft.

Diese Erklärung mutet besonders makaber und zweifelhaft an, angesichts der Tatsache, daß an demselben Tag bekannt wurde, daß in vier Wochen mit dem Bau einer Polizeikaserne für 700 Bullen inklusive Hubschrauberlandeplatz in Lüchow begonnen werden soll!

So ergab sich am Samstagmorgen, dem Beginn der Besetzung, ein völlig friedliches Bild, und von den nach wie vor zahlreich vertretenen Besatzungstruppen war kaum etwas zu sehen. Schon vom frühen Vormittag an strömten immer mehr WAA-Gegner aus dem Landkreis und fast allen Gebieten der BRD nach Trebel, von wo sich ein Demonstrationzug in Richtung des Bohrplatzes bildete.

Fortsetzung nächste Seite



Hier wurde auch unverzüglich mit den ersten „Bau“-Maßnahmen begonnen. Vor allem die Errichtung eines überdimensionalen Rundhauses wurde gleich in Angriff genommen.

Am Frñhnamittag gab es die erste Kundgebung auf dem Platz

mit Reden von einer Vertreterin der Gorleben-Frauen, dem Koordinator des Gorlebenhearings Hirsch und einem Vertreter der Initiative zur Amnestierung verurteilter AKW-Gegner.

Mittlerweile waren über 5.000 Menschen zum besetzten Bohrplatz gekommen.

Stellungnahme der Provisorischen Regierung der Freien Republik WENDLAND zur Verteidigung gegen ihre äußeren Feinde und deren Besatzungstruppen

Dreißig Jahre lang haben unfähige Zentralregierungen versucht, das Gebiet der Freien Republik Wendland ihren absurden Vorstellungen von Wirtschaftswachstum und Industrialisierung anzugliedern. Glücklicherweise gelang ihnen das nicht. Der einzige Grund, dieses Gebiet als „Armenhaus der BRD“ zu halten, lag im strategischen Bereich. Die kalten Krieger sahen nur einen Brückenkopf in der Flanke des Gegners, den man mit den notwendigsten Mitteln bei der Stange halten muß. Im Schatten der Unfähigkeit der großen Blöcke, eine menschenwürdige Politik zu betreiben, lebt es sich bei uns hinter den Wäldern besser als sonst wo in der ökologischen Ruine Bundesrepublik.

Diese Republik der Großindustriellen hat jetzt die Grenzen ihrer technologischen Überheblichkeit überschritten und versucht, sich in alter kolonialistischer Manier zu retten. Man stiehlt beim einen die Rohstoffe, um beim ändern die Abfälle zu lagern. Wir wehren uns entschieden gegen diese Politik, die dem Verursacherprinzip widerspricht und unser Land zum atomaren Plumpsklo Westeuropas machen will.

Wir werden uns auch nicht von den Besatzungstruppen einschüchtern lassen. Ein Soldat der Zentralregierung auf 30 Personen der Bevölkerung, das ist die Relation von Lüchow-Dannenberg und Afghanistan. Auch hier haben die Machtpolitiker ihre Marionetten in Kreistag und Gemeinderäten gefunden. Sie repräsentieren nicht die Meinung der Bevölkerung, das sollte auch Großfürst Ernst Albrecht bekannt sein.

Kein Wende wird an der Olympiade teilnehmen. Nicht in Moskau und nicht anderswo – solange nicht die Besatzungstruppen aus unserem Gebiet abgezogen sind. Wir werden stattdessen an der sogenannten „Bohrstelle 1004“ mit dem BGS und Polizeieinheiten Schlagball spielen. Wobei es nur natürlich ist, daß wir als Einheimische als erste auf dem Spielfeld sind. Hierzu laden wir unsere Freunde aus anderen bedrohten Regionen herzlich ein. Laßt uns dem Landesfürsten zeigen, was wirklicher Regionalismus ist.

Es lebe die Freie Republik Wendland

Nordhessischer Auftakt gegen Börners Atompläne

Nachdem am 26.4.80 der Landesparteitag der FDP im Mittelpunkt des Interesses der vorwiegend süd-hessischen AKW-Gegner stand, war am 1. Mai Ministerpräsident Holger Börner Zielscheibe des nordhessischen Protestes.

Ausgerechnet am 1. Mai wollte Börner auf einer Saalkundgebung des DGB im nordhessischen Borken – geplanter AKW-Standort und nur 7 km vom evtl. WAA-Standort WAAbern entfernt – zu Energieversorgung und Arbeitsplätzen sprechen. Offensichtlich beabsichtigte er damit, sich in der Borkener Bevölkerung für den Bau von WAA und AKW einen Rückhalt zu verschaffen, der ihm andersorts in der letzten Zeit immer mehr versagt geblieben ist. Zuletzt hatten sogar die beiden SPD-Bezirksparteitage Hessen-Nord und -Süd die Landesregierung aufgefordert, das Projekt WAA „wegen der hohen Risiken und ihrer wissenschaftlichen Umstrittenheit“ zunächst nicht weiter zu verfolgen (wie ernst es den SPDlern damit ist, können sie letztlich auf dem Landesparteitag am 10.5. in Friedberg beweisen). Börner ließ selbst das unbeirrt. Für ihn können Parteitagebeschlüsse „höchstens wertvolle Hinweise“ sein. „Ich registriere natürlich die vielen, vielen besorgten Stimmen, aber sie können mir meinen Teil der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes nicht abnehmen“ (zitiert nach „Welt“, 28.4. und „FAZ“, 21.4.80).

Sein Auftritt in Borken war für die nordhessischen BIs also ein willkommenes Anlaß, dem „besorgten Landesvater“ zu zeigen, daß die WAA-Pläne in Hessen ebenso unwillkommen sind wie in Niedersachsen. Trotz einer alles in allem noch recht zaghaften Vorbereitung der Aktion – in kaum einem Ort wurde wirklich offensiv mobilisiert – fanden sich schließlich etwa 2.000 AKW-Gegner – darunter auch zahlreiche Gewerkschafter und Jusos – vor dem Kundgebungssaal zu einer bunten Protestversammlung ein.

Kleinere Theaterspiele und kürzere Redebeiträge u.a. von AKWern vertrieben die Zeit bis Börners Rede erwartungsgemäß die größte Aufmerksamkeit erhielt. Einige Passagen gingen vollkommen im tumultartigen Gelärm unter. Im Anschluß an seinen Auftritt mußte der Ministerpräsident sich durch einen Hinterausgang davonstehlen, da der Hauptausgang belagert war.

Mit einem „Spaziergang“ zum etwa 4 km entfernt geplanten AKW-Standort und einer kleinen Abschluskundgebung wurde die 1. Mai-Aktion beendet. Börner weiß nun, daß auch in Nordhessen jeder Vorstoß zur Durchsetzung der hessischen Atompläne entsprechend beantwortet werden wird. Wie sagte doch Wirtschaftsminister und Atomspezialist Karry vor kurzem so falsch: „Ein Kernkraftwerk in Borken wird in der wesentlich ruhigeren Bevölkerung Nordhessens sicher auch mit Ruhe aufgenommen werden.“

KB-Gruppe Marburg

Wer steckt hinter dem „hessischen Informationskreis Energie“?

„Hessen braucht alle Energien ... auch Kernenergie gehört dazu“: seit Dezember 79 läuft in der hessischen Presse eine kosten-spielige Anzeigenwerbung für die Atomenergie. Nach groben Schätzungen sind dafür bereits mindestens 5 bis 7 Millionen aufgewandt worden. In seiner Ausgabe vom 28.4. enthüllte der „Spiegel“, wer hinter der anonymen Adresse (Kettenhofweg 36, Ffm.) sich verbirgt: die KWU höchstpersönlich. Schreibt man nach Frankfurt, bekommt man Antwort aus Bonn, gezeichnet („im Auftrag“) von einem gewissen Hermann Rosenau. Dieser versteht zweifellos etwas von Atomenergie: er ist Leiter des Ressorts „Kernenergie und Öffentlichkeit“ der Offenbacher Filiale der KWU. In der Bonner Heussallee (in den Antwortschreiben angegebene Adresse) residiert „das deutsche Atomforum, ein

Gremium mit hochkarätigen Mitgliedern, in das sämtliche Wirtschaftsminister der Länder, das Bundesforschungsministerium sowie die Kraftwerksbauer der Industrie, etwa Siemens und Babcock, Jahresbeiträge einzahlen“ („Spiegel“, 28.4.80).

„Der Informationskreis Kernenergie wiederum ... versteht sich als Arbeitskreis des Atomforums. Er koordiniert Unterabteilungen in den Bundesländern, wie auch jene „Gruppe Hessen““ („Spiegel“, ebenda).

Zwar wird versucht, dem Ganzen einen „bürgerinitiativen-ähnlichen“ Anstrich zu geben – aber auch bei der Frankfurter Werbeagentur „Mc Cann Company“, die die zynischen Anzeigen verfaßt, taucht als Auftraggeber für die Kampagne ebenfalls nur die KWU auf.

KB-Gruppe Frankfurt



Der besetzte Platz in Gorleben

Hessen: Widerstand wächst! Wiederaufbereitungsanlage



„Stoppt den atomaren Amoklauf – Karry und Börner: Supergauleiter in Hessen!“ Hinter diesem Transparent versammelten sich in Darmstadt am 26.4. gut 3.000 süd-hessische Atomgegner anläßlich des FDP-Landesparteitages, um gegen die WAA-Pläne der Landesregierung und deren Einpeitscher, Karry und Börner, zu demonstrieren.

Zu dieser seit Jahren größten (und „buntesten“) Demonstration in Darmstadt hatte ein breites Bündnis von Umweltschützern, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften gegen Atom, Bunt/Alternativen/Grünen Wahlzusammenschlüssen, Atomgegner aus Jusos, Falken, KB, SB etc. aufgerufen. Auch die SDAJ unterstützte die Aktion. Besonders erfreulich war die gute Zusammenarbeit von Teilen der süd-hessischen BIs, Mitgliedern traditioneller Umweltschutzverbände, der GLH und der Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD). Damit war eine breite Mobilisierung vorgezeichnet. Bewiesen war gleichzeitig auch die Falschheit von Positionen „autonom“ AKW-Gegner namentlich aus der BI-Wiesbaden und der BI-Frankfurt, die statt „Bittgängen zu Politikern“ nur die sogenannte „direkte Aktion“ als Kampfform gelten lassen wollten. Dagegen wäre ja nichts zu sagen, wenn außer Motzen gegen alle Aktivitäten, die nicht auf der eigenen „Linie“ sind, endlich auch mal breitenwirksame Praxis geboten würde. Bisher herrscht in dieser Hinsicht aber nur das ganz große Schweigen ...

Die Demonstration

Als die Demonstranten nach einem aufsehenerregenden Zug durch die Darmstädter Innenstadt und die angrenzenden Wohngebiete auf dem Luisenplatz vor dem von der FDP angemieteten Kongreß-Center eintrafen, glotzten die FDP-Delegierten hinter den sicheren Scheiben des Luisencenters ungläubig auf die stattliche Demonstration. Ihre beschwörend an die Presse gegebene Formel „Widerstand wird nicht erwartet“ („FR“, 25.4.) hatte sich nicht bewährt. Als Wirtschaftsminister Karry hinter seiner Scheibe erkannt und über Lautsprecher angesprochen wurde, zog er es vor, lieber zu verschwinden. Wie man der Darmstädter Lokalpresse entnehmen kann, waren Teile der FDP dermaßen sauer, daß sie die bei der FDP so hochgelobte l.i.b.e.r.a.l.e. Toleranz ganz und gar vergaßen und zeigten, was Geistes Kind auch sie sind: „Das sind ja doch zu 80% Gammler mit Bafög“ war noch das harmloseste; es ging weiter mit: „Die sollen sich doch erst mal die Haare waschen“ und gipfelte in sehr deutschen Sätzen: „Die schreien alle nach ARBEIT MACHT FREI!“ („Darmstädter Echo“, 28.4.). Auch sonst war es mit der Liberalität nicht weit her. Die Aufgänge zur Kongreß-Halle waren von einer Hundertschaft grünberockter Fuldaer Bauernbuben abgeriegelt worden. Wer da hindurch wollte, brauchte die persönliche Genehmigung ihres Dienstherren, Innen-

minister Gries. Sonst geschah es schon mal, daß man rücksichtslos die Treppe heruntergeworfen wurde. Eben g.a.r.a.n.t.i.e.r.t. l.i.b.e.r.a.l. Unbeirrt bestätigten die FDP-Delegierten dann den Atomkurs ihres Wirtschaftsministers Karry. Eine Entscheidung, die die FDP hoffentlich noch einmal entscheidende Prozentpunkte kosten wird.

Börner hat Schwierigkeiten

Das Einstimmen der SPD-Mitgliedschaft auf den bedingungslosen Atomkurs des Holger Börner bereitet den SPD-Oberen erhebliche Schwierigkeiten und geht hin bis zu taktischen Zerwürfnissen: „Wer so tut, als könnte heute eine Entscheidung darüber fallen, wo und wie eine Wiederaufbereitungsanlage gebaut wird, beweist, daß er von der Sache nichts versteht, oder er will Fakten setzen, die den demokratischen Willensbildungsprozeß unterlaufen“ (Rudi Arndt, für den Vorstand der SPD Südhessen). Nicht genug damit, daß die Jusos mit zu der Darmstädter Demo aufgerufen hatten; empfindlicher noch wurden Börner und Co. auf den beiden hessischen Bezirksparteitagen in Nord- und Südhessen getroffen: Die Delegierten des Parteitages Hessen-Süd beschlossen, „daß das Projekt einer hessischen Wiederaufbereitungsanlage jetzt nicht weiterverfolgt werden soll und stattdessen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der letzten Seite

Entsorgungsalternativen zu verwirklichen sind". Mit knapper Mehrheit konnte vom Vorstandstisch gerade noch verhindert werden, daß die Delegierten Bärner zu einer Aufgabe seines „scharfen Atomkurses“ aufforderten. Immerhin aber wurde in dem Beschluß von einer „völlig unnötigen Forcierung des Baus atomarer Anlagen in Hessen“ gesprochen. Für die SPD der südlichen Landeshälfte ist dies nicht sensationell — eher hätte man eine deutlichere Sprache erwarten können. Überraschenderweise scheinen aber auch die nordhessischen Sozialdemokraten nicht mitspielen zu wollen. Auch hier verweigerten die Delegierten die Gefolgschaft: „Alle Bestrebungen zur baldigen Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage in Hessen wie auch an anderen Standorten“ und der Bau eines AKW in Borken (nahe Kassel) wurden abgelehnt.

Börner wäre allerdings nicht Börner, wenn er sich an derartige Beschlüsse halten würde. Er erklärte bereits vor den Abstimmungen, daß für ihn allein die Koalitionsvereinbarungen mit Karrys FDP zählen würden.

Um Börner eine noch gewichtigere Niederlage auf dem SPD-Landesparteitag am 10. Mai in Friedberg zu ersparen, hat jetzt der südhessische SPD-Bezirksvorstand beschlossen, das Thema WAA und Atompolitik dort nicht zur Diskussion zu stellen, so daß Börner weitermauscheln

könnte, ohne einen Beschluß des höchsten Landesgremiums seiner Partei gegen sich zu haben. Typisch Arndt! Im übrigen wird in der Öffentlichkeit weiter gelogen und betrogen: Sprachen Karry und Börner von einer „kleinen“ WAA mit einer Kapazität von „nur“ 350 Tonnen Atomwaste im Jahr („ganz normale chemische Fabrik“) kommt jetzt langsam heraus, daß doch eine Anlage im Gorleben-Format von 700 t geplant ist. Die Baupläne der DWK stimmen exakt mit denen der Gorleben-Anlage überein. Statt zwei Strängen soll diese Anlage allerdings (vorerst) lediglich einen Strang haben (nach „FR“, 28.4.).

Aus dem Widerstand

Die Drohung mit einer WAA und weiteren Atomkraftwerken gemäß dem hessischen Standort sicherungsplan hat neben der Demonstration in Darmstadt auch in Mittel- und Nordhessen breiten Protest zur Folge, der immer noch anwächst: In Mecklar/Hersfeld demonstrierten vor kurzem 2.000 AKW-Gegner der Region. An der Spitze führen 50 Landwirte mit ihren Traktoren.

Auf jeden Fall befürchtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ einen „Sommer der Proteste“ von „Chaoten“, „Nihilisten“ und „Systemveränderern“. Hoffen wir, daß sie recht behält!

KB-Gruppen Darmstadt u. Frankfurt

Informationssperre nach Unfall in La Hague

Am 15. April wurde ein Teil der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague (derzeit die einzige auf der Erde, die versucht, in industriellem Maßstab verbrannte Brennstäbe aus AKWs wiederaufzubereiten und als Alibi für die „Entsorgung“ in der BRD gilt) durch einen Brand zerstört. Infolge eines Netzausfalls wurde automatisch ein Ersatzstromaggregat eingeschaltet, allerdings mit erheblich kleinerer Leistung als für den Betrieb vonnöten. Angeblich nachdem das Hauptnetz wieder funktionierte und Strom für die WAA lieferte, seien die Notstromaggregate nicht rechtzeitig wieder abgeschaltet worden — dadurch habe es einen Kurzschluß gegeben, der zum vollständigen Ausfall der Stromversorgung geführt habe. Daraufhin sei es, so die Werksleitung, zu einem „klassischen“ Unfall gekommen, nämlich Ausfall der Kühlung für radioaktive Substanzen in der Anlage und die zu lagernden Brennstäbe.

Vom Ausfall der Kühlung bis zum Überhitzen der Abfälle und damit dem Ausstoß von riesigen Mengen radioaktiver Stoffe vergehen ungefähr drei Stunden. Knapp in dieser Frist habe es die Betreiberfirma geschafft, aus dem 20 km entfernten Cherbourg einen für ein Atom-U-Boot bestimmten Ersatzgenerator in aller Eile heranzukarren, um so die Lage in den Griff zu bekommen. Bis auf kleine „schwache“ verseuchte Gebiete in der Anlage, die nun entseucht werden müßten, sei nun alles klar — die Werksleitung spricht in ihrem grenzenlosen Optimismus und ihrer ebenso grenzenlosen Menschenverachtung von einer erneuten Inbetriebnahme „in kurzer Zeit“.

Was die Betreiberfirma COGEMA hier als „klassischen Zwischenfall“

anzukarren, um so die Lage in den Griff zu bekommen. Bis auf kleine „schwache“ verseuchte Gebiete in der Anlage, die nun entseucht werden müßten, sei nun alles klar — die Werksleitung spricht in ihrem grenzenlosen Optimismus und ihrer ebenso grenzenlosen Menschenverachtung von einer erneuten Inbetriebnahme „in kurzer Zeit“.

Was die Betreiberfirma COGEMA hier als „klassischen Zwischenfall“

zynisch umschreibt, ist in der Tat genau der Unfall, vor dem AKW-Gegner seit Jahren warnen (und von daher sicherlich „klassisch“) — der Ausfall der Kühlung über längere Zeit und damit verbunden die Verseuchung unvorstellbar großer Gebiete (für Gorleben kam die berühmte „30-Millionen-Studie“ des Instituts für Reaktorsicherheit auf einen Gefährdungsbereich bis hin nach Nordafrika!). Dieser Unfall ist genauso „klassisch“ wie der GAU bei einem AKW, z.B. Harrisburg.

Bei diesen Aussichten ist es klar, daß die französischen Umweltschützer versuchen, genauere Angaben über den Unfall sowohl von den staatlichen Stellen als auch von der Betreiberfirma zu erhalten — doch Fehlanzeige: Nicht nur, daß keine Informationen gegeben werden (das kennen wir ja), sondern offensichtlich wurde eine totale Pressezensur über diesen Unfall verhängt. Der Versuch der Gewerkschaft CFDT, eine Darstellung des Unfalls aus ihrer Sicht und der ungeklärten Fragen über die staatliche Nachrichtenagentur AFP in die Presse zu bekommen, scheiterte vorgeblich an der zu großen Länge von etwa 2 (zwei) Zeitungsspalten (siehe „taz“, vom 22.4.80). 30 Kommuniqués der CFDT, verschickt an alle Zeitungen zeigten nicht das geringste Echo!

Die Bedeutung des Unfalls wurde in der Mitteilung der CFDT herausgestellt:

— Ausfall der Kontrolle sämtlicher Meßeinrichtungen (wieviel Radioaktivität herausgekommen ist, läßt sich nicht feststellen, wie seinerzeit in Brunsbüttel).

— Ebenso läßt sich nicht mehr rekonstruieren, wie groß die Verseuchung der Arbeitsplätze durch die

mitgeschleppte Radioaktivität in der Luft ist;

— Rettungstruppen hätten nicht gerufen werden können, da die Kommandozentrale ebenfalls lahmgelegt wurde;

— Ausfall der Kühlung der Abfälle für ca. 2-3 Stunden.

Offene Fragen bestehen auch hinsichtlich des Ablaufs und der Folgen des Unfalls. So erscheint es absolut unglaublich, daß Notstromaggregate, die eigens für einen Netzausfall konzipiert werden, sich zwar nach Netzausfall einschalten, sich jedoch nach Wiederherstellung der Netzspannung nicht automatisch abschalten und dadurch einen Kurzschluß verursachen (wenn die Notstromaggregate sich nicht wieder abschalten, schmurgeln sie tatsächlich durch). Ein solcher Fall wäre nur denkbar, wenn entweder das Aggregat kaputt war, oder an der Steuerung manipuliert wurde.

Es ist nicht bekannt, welche Folge der Ausfall der Kühlung tatsächlich hatte. Es scheint lediglich festzustellen, daß Radioaktivität herauskam, da in einer 50 km entfernten Insel vor der Küste „spürbar höhere“ Werte für Jod-131 auftraten!

Die verhängte Informationssperre bestärkt den Eindruck, daß hier mehr passiert ist und vielleicht auch etwas ganz anderes, als behauptet wurde. Diese Praxis ist von den Atombetreibern nur allzu bekannt — die Tatsache jedoch, daß es sich hier um einen tatsächlich „klassischen“ Unfall handelte mit den absehbaren Folgen, sollte Grund genug sein, hier weiter zu bohren! (Nach: „taz“, 18.4., 19.4., 22.4. und 24.4.80).

AKW-Nein-Kommission

ganz anders, als behauptet wurde. Diese Praxis ist von den Atombetreibern nur allzu bekannt — die Tatsache jedoch, daß es sich hier um einen tatsächlich „klassischen“ Unfall handelte mit den absehbaren Folgen, sollte Grund genug sein, hier weiter zu bohren! (Nach: „taz“, 18.4., 19.4., 22.4. und 24.4.80).

AKW-Nein-Kommission

Obrigheim I: Alt, brüchig, rissig, unsicher und randvoll mit Atomwaste

Obrigheim I: Alt, brüchig, rissig, unsicher und randvoll mit Atomwaste



Am 8.3.80 demonstrierten 5000 AKW-Gegner in Mosbach am Neckar, südlich von Heidelberg gegen den geplanten Bau des Blocks II in Obrigheim. Anfang April schickte die Bürgerinitiative Mosbach einen offenen Brief an die Leitung des KWO I, der in der örtlichen Presse nicht veröffentlicht wurde. Groß in die Presse dagegen kam die Pressekonferenz, die die Leitung des KWO als Reaktion auf diesen offenen Brief abhielt.

Das KWO plant ein sogenanntes Notstandssystem für den Reaktor I zu bauen, was schon genehmigt ist. Es handelt sich dabei um ein zusätzlich konzipiertes System, daß ein zuverlässiges Abfahren und Nachkühlen der Reaktoranlage im Falle schwerer Zerstörungen im Maschinenhaus, im Schaltanlagengebäude und ebenso auch im Reaktorhilfsanlagengebäude gewährleistet. Zu diesem Zweck seien unter anderem größere Wasserbecken erforderlich, die das Wasser für die Kühlung der Reaktoranlage nach ihrer Abschaltung enthalten sollen (Neue Mosbacher Zeitung, 12./13.4.).

Offensichtlich hat man beim Bau des AKW — eines der ältesten in der Bundesrepublik — bestimmte Sicherheitsvorkehrungen, die heute für notwendig erachtet werden, nicht installiert. Vermutlich — anders kann man die Ausführungen von Dr. Schenk eigentlich gar nicht interpretieren — ist das Notkühlsystem nicht mehrfach ausgelegt. Diese mehrfache „Redundanz“ der westdeutschen Reaktoren, mußte bisher immer als Argument dafür herhalten, daß bei uns ein

»Harrisburg« nicht möglich ist. Obrigheim ist also nicht nur »alt, brüchig und rissig«, sondern in bezug auf sein Kühlsystem sogar den Betreibern zu unsicher.

Noch eine andere Tatsache brachte die Pressekonferenz ans Licht. »Eines der neu zu bauenden Wasserbecken werde als Notauslagerungsbecken für Brennelemente ausgebaut, damit die sichere Lagerung auch außerhalb des Reaktorgebäudes möglich ist« (ebda.).

»Notauslagerungsbecken« ist eine völlig neue Wortschöpfung der KWO-Leitung. Offensichtlich ist hier ein Lagerbecken für abgebrannte Brennelemente außerhalb des Reaktorgebäudes gemeint. Dies nennt man üblicherweise Zwischenlager! Hierfür wäre ein Genehmigungsverfahren mit Erörterungsterminen nach dem Atomgesetz vorgeschrieben. Doch dies ist den Betreibern von KWO I wohl zu langwierig: »Insgesamt seien bisher 190 verbrauchte Brennelemente nach Cap de la Hague transportiert worden. Im Lagerbecken innerhalb des Reaktorgebäudes könnten bei voller Ausnutzung des Platzes 338 Brennelemente abgestellt werden.« Da aber das Lagerbecken im Sicherheitsbereich nur für 200 Brennelemente ausgelegt ist, wird hiermit indirekt zugegeben, daß schon eine Kompaktlagerung praktiziert wird. Offensichtlich wissen die Atommanager nicht mehr so recht, wo sie mit dem Atomwaste bleiben sollen.

Ein Genosse aus Heidelberg

Schweden nach der Volksabstimmung

Die Volksabstimmung über Atomkraft am 23.3.1980 führte bekanntlich zu einem knappen Sieg der sozialdemokratischen Ja-Linie (39,3 %) über die Linie der AKW-Gegner (38,6 %). Am schlechtesten schnitt die Ja-Linie der rechten Parlamentspartei mit 18,7 % ab.

Auffallend ist, daß die Wahlbeteiligung mit 74,3 % deutlich niedriger lag, als bei der letzten Reichstagswahl (90 %). 3,3 % der Wähler enthielten sich bewußt der Stimme und gaben weiße Stimmzettel ab.

Rundfunkreporter, die sich vor einem Wahllokal postiert hatten, stellten sogar fest, daß drei von fünf Wählern beim Gang zur Urne sich noch nicht entschieden hatten. »Sie klagten alle über Informationschwemme und Verwirrung« („Dagens Nyheter“, 24.3.80). Tatsächlich ist bei dieser Volksabstimmung die Taktik der Sozialdemokraten gelungen, mit ihrer Linie 2 (Slogan: „Stilllegung ja — aber mit Vernunft“) vor allem solche Wähler an sich zu binden, die kritisch zur Atomkraft eingestellt sind, sich aber von der Horrorpropaganda der Industrie schrecken lassen. Großkapital und Sozialdemokraten redeten von Arbeitslosigkeit, Gefährdung der Renten, Wirtschaftschancen und allerlei mehr Elend und Unbill, das über das schwedische Volk hereinbrechen würde, wenn Linie 3 siegt und AKWs innerhalb von 10 Jahren stillgelegt werden müßten. Die Sozialdemokraten versprachen schließlich sogar eine Stilllegung innerhalb von 25 Jahren, nur müßten erst einmal zu den sechs im Betrieb befindlichen AKWs noch sechs hinzukommen.

Auch wenn es ein Zeichen der Stärke der schwedischen Anti-AKW-Bewegung ist, daß die AKW-Befürworter nur mit solch unsauberen Methoden siegen konnten, so ist das Abstimmungsergebnis ohne Zweifel eine Niederlage der Bewegung.

Das Ergebnis hatte zur Folge, daß weitere Atomkraftwerke unverzüglich in Betrieb genommen wurden. Bereits vorher hatte Schweden mit einem 25 %igen Anteil der AKWs an der Elektrizitätsproduktion den Weltrekord aufgestellt. Diese weitere Steigerung wurde von einer Regierung beschlossen, deren Chef, Fälldin, selbst als AKW-Gegner auftritt. Das Ergebnis der Abstimmung führte zu keinem Rücktritt. Fälldin hatte sicherheitshalber bereits mehrere Monate vor der Volksabstimmung angekündigt, er würde das Ergebnis — egal wie es ausfällt — auf jeden Fall „respektieren“. Sein Festhalten am Regierungsposten begründet er nun damit, daß es jetzt ja ganz besonders

darauf ankomme, wer in der Regierung sitzt. Die kürzlich erfolgte Inbetriebnahme weiterer Atomkraftwerke hat er jedoch nicht verhindert, sondern schlichtweg angeordnet.

Wie reagieren nun die AKW-Gegner? Seitens der Volkskampagne wurde sofort nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses erklärt, der Kampf gehe weiter, bis das letzte Atomkraftwerk stillgelegt sei. Wie dieser Kampf aber weitergeführt werden wird, ist offenbar noch immer unklar.

Was den organisatorischen Aufbau der Volkskampagne angeht, so wird diese voraussichtlich von einer Bündnis- oder Dachorganisation in eine Mitgliederorganisation umgewandelt werden. Unter den etwa 40 Organisationen, die dieses Bündnis tragen, befinden sich außer praktisch allen Umweltschutzorganisationen und mehreren linken Gruppen auch die beiden Parlamentsparteien Zentrum (Regierungspartei) und VPK (Eurorevisionisten).

Vor allem die Zentrumsparität, die in Regierungsstellung ständig das Vertrauen der AKW-Gegner gebrochen hat, wird sich aus dem Bündnis herausziehen wollen. Diese Partei, die ehemals Bauernbund hieß und war, warf in den sechziger Jahren noch den sozialdemokratischen Regierungen vor, sie würden den Ausbau der Atomkraft nicht zügig genug vorantreiben. Wegen der rasanten Verstärkung Schwedens schwand das Wählerpotential des Bauernbundes. Um Stadtwähler zu erreichen, wurde der Name in „Centerpartiet“ geändert und zunehmend eine populistische (dem allgemeinen „Volkswillen“ ergebene) Unzufriedenheitspolitik betrieben. Ideologisch ist diese Partei schwer einzuordnen. Die hinter ihr stehenden Interessengruppen sind die aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hervorgegangenen Nahrungsmittelkonzerne. Enge Verflechtungen bestehen auch zur in Schweden bedeutenden Wald-, Holz- und Papierindustrie. Erst die in Schweden sehr frühzeitig auftretende „Grüne Welle“ (zweite Hälfte der sechziger Jahre), d.h. Entstehung eines breiteren Bewußtseins über Umweltgefährdung, gab der Zentrumsparität, der landlich grünen mit dem Kleeblatt als Parteisymbol, neuen Aufwind.

Durch die Regierungspolitik des Zentrumsvorsitzenden Fälldin, der 1976 als angeblich unbeugsamer AKW-Gegner („Ich schließe keinen Kompromiß gegen mein Gewissen“) die Parlamentswahl gewann und anschließend sein Gewissen in einem

Kompromiß nach dem anderen verschachtelte, ist das Vertrauen in die Zentrumsparität arg geschwunden. Von daher wäre es kaum verwunderlich, wenn diese Partei nun ihr Schwergewicht auf andere Fragen legen möchte. Gleichzeitig sind Bemühungen der Sozialdemokraten erkennbar, einen möglichst großen Teil dieser größten nicht sozialdemokratischen Massenbewegung in der Geschichte des Landes an sich zu binden. Zunächst läßt man der innerparteilichen Anti-AKW-Opposition etwas freiere Hände als vor der Volksabstimmung. Der Gruppe SAFE (Sozialdemokratische Arbeitsgruppe für eine alternative Energiepolitik) war verboten worden, sich an der Volkskampagne zu beteiligen. Daraufhin gründete man eine Scheinfirma („Informationsbüro der Lohnempfänger“), die Teil des Bündnisses wurde und auch zum Sich-Finden einzelner AKW-Gegner innerhalb der Partei diente. SAFE geht offenbar gestärkt aus der Volksabstimmung hervor. Ende April trafen sich 125 SAFE-Delegierte zu einem Kongreß, auf dem heftige Kritik an den undemokratischen Verhältnissen in der Partei geübt wurde. Es wurde festgestellt, daß die Atomkraft noch genauso gefährlich wie vor der Volksabstimmung ist. Baustopp für nicht fertiggestellte Reaktoren, sofortige Stilllegung des AKW Barsebäck, Verbot des Uranabbaus und des Exports von Atomanlagen wurde verlangt. Wie andere Kräfte der Linken auch (VPK und Förbundet Kommunist), fordert SAFE die Förderung alternativer Energiequellen (Erdgas, Sonnenenergie usw.). Förbundet Kommunist sieht hier einen wichtigen Hebel:

»Die Volkskampagne hat die sozialdemokratische Partei kritisiert, weil sie auf verschiedene Weise einen weiteren Ausbau der Atomkraft maskiert. Dies war ja auch das Ziel ihrer Linie, mit all den Gefahren, die das bedeutet. Aber gleichzeitig müssen wir feststellen, daß innerhalb der Arbeiterbewegung ein Umschwung stattgefunden hat. Dies ist eine Veränderung, die zum Druck auf die Parteiführung entwickelt werden muß, daß sie tatsächlich tut, was sie versprochen hat.

Wenn man bedenkt, daß eine halbe Million sozialdemokratischer Wähler Linie 3 wählten, dürfte dieser Druck Erfolg haben. Die energiegelassenen Freunde in SAFE zum Beispiel, die lange in der Wüste riefen, haben jetzt eine ganz andere Basis ihrer Arbeit« („Arbetarkamp“, Nr. 13/80).

Skandinavien-Kommission

Aus bisherigen Kämpfen lernen
um die künftigen zu meistern!



„Warum kämpfen wir gegen
Atomkraftwerke?“

In dieser Broschüre werden die politischen Hintergründe und Absichten des Atomprogrammes untersucht. Autarkie und das Ziel zur Atomkraft zu avancieren, Export von Atomanlagen und Atomare Zusammenarbeit sind die Grundlage für das „Bombengeschäft“.

Zur politischen Bedeutung des Atomprogrammes gibt es keine vergleichsweise gründliche und umfassende Arbeit.
48 Seiten A4 DM 2.-



Brokdorf — ein Exempel

Wer der Meinung ist, daß die brutalen Polizeieinfälle auf die Demonstrationen in Brokdorf, Grohnde und anderswo nur das Produkt einzelner, besonders verhetzter Spezialeinheiten oder Polizeioffiziere war, wird durch die Veröffentlichung der internen Dienst-Anweisungen mit dieser Broschüre eines besseren belehrt. Diese Broschüre ist nicht nur für alle AKW-Gegner wichtig, sondern für alle, die die Rechtsentwicklung in der BRD mit Sorge betrachten.
87 Seiten A4 DM 3,50



**Kalkar
am 24.9.**

Kalkar am 24.9.77

In Kalkar hat der Atomstaat seine Macht demonstriert. Trotzdem fand die bisher größte Anti-AKW-Demonstration mit mehr als 50.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt. Neben dem Textteil ist in der Broschüre eine 34-seitige Bildokumentation enthalten, in dem die bisher größte bundesrepublikanische Polizeiaktion eindrucksvoll belegt ist.
64 Seiten A4 DM 3,50

Gruppe »Z« zementiert BuLi-Spaltung

Am 2.3. spaltete sich die „Gruppe Z“ gemeinsam mit ein paar anderen Grünen von der Bunte Liste Hamburg ab. Wie deutlich die Spalter innerhalb des BuLi-Bündnisses in der Minderheit sind, zeigt die Tatsache, daß allenfalls zwei Basisinitiativen auf ihrer Seite stehen.

Die BuLi-Spalter firmieren seither unter dem Namen „Sprecherrat der Bunte Liste“, und lassen keine Gelegenheit aus, sich in der Öffentlichkeit als die Bunte Liste darzustellen. Das entspricht voll und ganz ihrem kurz nach der Abspaltung in einer Resolution verkündeten Selbstverständnis: „Wir lehnen es strikt ab, uns als Minderheit bezeichnen zu lassen oder gar selbst zu bezeichnen. Nach unserem eigenem Selbstverständnis repräsentieren wir diejenigen Kräfte, die einen Neubeginn in der Bunte Liste für dringend erforderlich halten und gleichzeitig entschlossen sind, diesen Neubeginn zu organisieren.“ Wie ersichtlich, geht die „Gruppe Z“ also in der BuLi Hamburg mit genau derselben kackreichen Taktik vor, die sie auch bei der Spaltung des KB vor einem halben Jahr versuchte.

Ein Versuch, Schritte zur Überwindung der BuLi-Spaltung zu vereinbaren, scheiterte Ende März: Es sollte eine gemeinsame Erklärung beider Teile der BuLi veröffentlicht werden, die den Willen bekundete, zur Einheit der BuLi zurückzukehren. Für die Gruppe „Z“ war dabei aber „Essential“ (unverzichtbarer Punkt), daß die Erklärung Formulierungen beinhalten sollte, die eine Vorverurteilung des KB ausdrückten. Das konnte selbstverständlich nicht klappen.

Ausgangspunkt der BuLi-Spaltung am 2.3. war Kritik des KB an der Finanzpolitik der Eimsbüttler „Bezirksfraktion“ (bzw. deren Mehrheit) der BuLi. Wie vollumfänglich gerade diese Kritik war, haben die BuLi-Spalter inzwischen schwarz auf weiß dokumentiert.

Die „Professionalisierung alternativer Politik“

Mit dem Kopf der Bunte Liste-Zeitung brachten die BuLi-Spalter im April eine „Eimsbüttel Extra-Ausgabe“ heraus. Auf S. 2 befindet sich ein Artikel unter der Überschrift „BuLi-Finanzien“. Laut Vorspann:

Mit dem Kopf der Bunte Liste-Zeitung brachten die BuLi-Spalter im April eine „Eimsbüttel Extra-Ausgabe“ heraus. Auf S. 2 befindet sich ein Artikel unter der Überschrift „BuLi-Finanzien“. Laut Vorspann sollte dieser Artikel bereits am 25.1. (also gut einen halben Monat vor der Spaltung!) fertiggestellt worden sein, hätte aber — wegen Nichterscheinens in der BuLi-Zeitung — bisher nicht veröffentlicht werden können. Der Artikel ist unterzeichnet mit

„Parlamentsfraktion Eimsbüttel“, obwohl die drei Mitglieder der Fraktions-Minderheit von diesem Artikel nicht einmal Kenntnis hatten.

Unter der im peinlichsten Sinn zutreffenden Zwischenüberschrift „Eimsbüttel 1980 ist nicht Portugal 1975“, erfährt man und frau, daß die „Pionierarbeit“ der Eimsbüttler Parlamentsfraktion nur gelingen könne, wenn man „auch in der konkreten Kleinarbeit besser und erfolgreicher als die etablierten Parteien“, sei. Um dies zu erreichen, müsse man sich schnellstens von utopischen Vorstellungen — wie etwa „die Parlamentsfraktion als ausführende Organ der Direktiven der B Li und der Wähler,“ — lösen und zu einer „professionellen, bezahlten Politik“ kommen. Dieser Punkt wird unter der Zwischenüberschrift „Professionalisierung alternativer Politik“ weiter ausgeführt. Der wesentliche Passus dieser Ausführungen lautet: „Um die Arbeit der Eimsbüttler B Li-Parlamentsfraktion zu einem weit über Hamburg hinaus strahlendem Magnet alternativer Politik auszubauen, muß in Kürze mit der Einrichtung eines professionellen und selbstverständlich tariflich entlohten Arbeitsstabes für die Innenarbeit der Fraktion begonnen werden.“

Die Buntten und Alternativen — nicht nur in Hamburg — erwarten von der BuLi-Fraktion zu Recht, daß sie dem gesamten Hamburger Basisbündnis u.a. durch ihre Arbeit ermöglicht, bei der nächsten Bürgerstabswahl 1982 ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen.

In diesem Sinne muß die Fraktion — und müssen wir alle — uns von sympathisch klingenden, aber arbeitshemmenden linkspolitischen Vorstellungen lösen und den Weg einer professionellen linken Alternative beschreiten!

Die Einstellung eines fachlich geeigneten zweiten hauptamtlichen Mitarbeiters und die Einrichtung eines Fraktionsbüros sollten die ersten Schritte auf diesem Wege sein.

Was hier besonders hervorsteicht, ist der exhibitionistische Größenwahn („Eimsbüttel - Modell für Europa“), mit dem die „Professionalisierung“ der Eimsbüttler Parlamentsfraktion nicht etwa aus irgendwelchen Basis-Interessen, sondern aus dem Wunsch nach bundesweiter „Ausstrahlung“ „Um der Eimsbüttler Fraktion zu einem weitergehenden politischen Profil zu verhelfen...“, wie es an anderer Stelle des Artikels heißt, begründet wird. Nach vollzo-

Was hier besonders hervorsteicht, ist der exhibitionistische Größenwahn („Eimsbüttel - Modell für Europa“), mit dem die „Professionalisierung“ der Eimsbüttler Parlamentsfraktion nicht etwa aus irgendwelchen Basis-Interessen, sondern aus dem Wunsch nach bundesweiter „Ausstrahlung“ „Um der Eimsbüttler Fraktion zu einem weitergehenden politischen Profil zu verhelfen...“, wie es an anderer Stelle des Artikels heißt, begründet wird. Nach vollzo-

gener BuLi-Spaltung ist überdies eindeutig, zugunsten welcher politischen Gruppierung die Eimsbüttler Parlamentsarbeit ganz professionell als Werbe-Magnet“ aufgebaut werden soll.

Es ist uns kein Fall bekannt, wo irgendeine andere alternative Gruppen auch nur annähernd ähnliche Vorstellungen für ihre parlamentarische Arbeit entwickelt hat. Zudem ist offensichtlich, daß die Parlamentsarbeit damit innerhalb der alternativen Wahlbewegung zu einem Stellenwert hochstilisiert und hochfinanziert werden soll, den sie nach allgemeiner Übereinstimmung aller Bunt/Alternativen Listen keinesfalls haben darf.

Finanziert werden soll die „professionalisierte“ Arbeit der Parlamentsfraktion aus ihren etwa 4.000 Mark monatlichen Einkünften vom Staat (Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten u.a.). Ein weiterer Teil dieser Einkünfte soll, so heißt es jedenfalls in dem Artikel, „genutzt als Rücklagen für den Wahlkampf zurückgelegt werden.“ Wenn von den 4.000 IM außerdem zwei Fraktions-Sekretäre nach Tarif bezahlt werden sollen, so dürfte das Geld kaum lang — ganz zu schweigen von der auch anvisierten „Einrichtung eines professionellen und selbstverständlich tariflich entlohten Arbeitsstabes“.

Da nicht anzunehmen ist, daß die BuLi-Spalter halben Kram machen wollen, ist außerdem damit zu rechnen, daß demnächst die „Professionalisierung“ ihrer gesamten Arbeit ansteht, d.h. die Einstellung hauptamtlicher Funktionäre für ihre Spalter-BuLi. Wie derartige Pläne längerfristig finanziert werden sollen, wenn die noch vorhandenen BuLi-Finanzien erst einmal durchgebracht sind, ist noch die Frage.

Abschließend ist festzustellen, daß es für die Professionalisierungspläne, deren Umsetzung schon begonnen hat, selbstverständlich keinerlei Auftrag der Eimsbüttler BuLi-Initiativen gibt.

1. Mai Volksfest: „Ein qualitativer Sprung für die Grünen?“

1. Mai Volksfest: „Ein qualitativer Sprung für die Grünen?“

In Hamburg haben linke „Volksfeste“ am 1. Mai seit vielen Jahren Tradition — früher wesentlich vom KB organisiert, im letzten Jahr von der Bunte Liste. Mehr als 10.000 Menschen hatten im vorletzten Jahr das BuLi-Volksfest besucht.

Die Gruppe „Z“ fand die Gelegenheit günstig, im Sog dieser Tradition das diesjährige Volksfest am 1. Mai zum „grünen Wahlkampfauftritt“ („Z“-Originalton) zu machen. Da diese Konzeption von der BuLi-Mehrheit nicht akzeptiert wurde, gründeten die BuLi-Spalter kurzerhand einen eigenen „Festauschuß“ und organisierten das Volksfest in eigener Regie. Dies konnten sie, weil sie den Mietvertrag schon in der Tasche hatten. Die BuLi-Initiativen entschieden sich angesichts dieser Situation dafür, keine Gegenpropaganda gegen das Volksfest zu machen, sondern an dem Fest wie in früheren Jahren mit ihren Info-Tischen, Bücher-Tischen, Infoständen usw. teilzunehmen. In einem von mehreren Initiativen unterzeichneten Flugblatt das an den Infoständen usw. ausgelegt wurde, wurde den Besuchern erklärt, warum die Initiativen dies im Gegensatz zu früheren Jahren nicht als ihr Fest betrachten könnten.

Das Fest wurde, wie nicht anders zu erwarten, von der Besucherzahl her ein mindestens ebenso großer Erfolg wie im Vorjahr. Das ist nicht verwunderlich, da die gesamte Werbung für das Fest unter dem Titel „Fest von Alternativen, Grünen und Buntten“ gelaufen war. Stets wurde dabei der Eindruck erweckt, als handle es sich, wie im Vorjahr, um das Fest der Bunte Liste. Mit keinem Wort wurde in der gesamten Werbung auf die Konflikte in der BuLi eingegangen. Die meisten Besucher kamen also in Unkenntnis dieses Konfliktes. Dasselbe gilt für einen Großteil der auftretenden Künstler.

Wer die Gruppe „Z“ kennt, wußte allerdings, daß sie nichtsdestotrotz den Erfolg des Volksfestes als Zustimmung zu ihrer Politik abfeiern würde. Zwei Tage vor dem 1. Mai ließ sie dann auch prompt die Saure „Entscheidend wird die Frage, ob es gelingen wird, gegen den KB Aktivitäten in der Größenordnung bisheriger Maifeste durchzuführen. Gerade ein Gelingen dieses Festes kann einen qualitativen Sprung für die Grünen und alle anderen Beteiligten bedeuten. Es kann den Beweis erbringen, daß gemeinsame Aktionen zwischen der bunten und grünen Bewegung auch in Hamburg auch ohne den KB möglich sind.“ („Z“ Nr. 5, 28.4.).

Vielleicht hätte man den Volksfestbesuchern doch in den Aufruf-Flugblättern, Plakaten usw. diese Zielsetzung des Volksfestes ehrlich mitteilen sollen?!

Wie wenig das Volksfest irgendeinen „qualitativen Sprung“ für die Hamburger Grünen und speziell für die „Gruppe Z“ bedeutet, zeigte sich am folgenden Tag, dem 1. Mai, in totaler Unbarmerzigkeit: In dem gesamten Demozug war kaum ein einziges „grünes“ Transparent, geschweige denn der Ansatz eines „grünen Blocks“ aufzufinden zu machen. Die „Gruppe Z“ hatte weise von vornherein auf den Versuch verzichtet, den 1. Mai zur Heerschau ihres qualitativ gesprungenen Masseneinflusses zu machen: Abgesehen von ein paar vereinzelt „Z“-lern und der sehr aktiven „Z“-Schwulengruppe beobachteten die meisten „Z“-ler den Zug lediglich vom Straßenrand oder führten ihren Hund am Rande der Abschlußkundgebung aus. — „Z“-Originalton: „Wie schlecht würde auch eine Grüne Partei in das Bild des KB passen, die sich unter fortschrittlichen Lösungen am 1. Mai beteiligen würde?“ („Z“ Nr. 5). Ehrlich, gepaßt hätte sie uns schon, bloß entdecken konnten wir sie nicht!...

Die „Professionalisierung alternativer Politik“ wurde übrigens auch beim Volksfest schon praktiziert: Zwei Organisatoren wurden für die mehrwöchige Vorbereitung des Festes voll bezahlt; statt der bisher ehrenamtlichen Festhelfer (Bier-Verkauf usw.) wurden dieses Jahr Kräfte zu einem Stundenlohn von 17,50 eingestellt. Andererseits wurde an die mit Büchertischen o.ä. auf dem Fest vertretenen Basisinitiativen und Organisationen das Ansinnen gestellt, ein Drittel ihrer Gewinne (Broschürenverkauf u.ä.) an die Veranstalter abzuführen. Dieses Ansinnen wurde allerdings abgelehnt.

Nebenbei: D li Frage, was aus den zentralen Bu Li-Finanzien, die derzeit von den Bu Li-Spaltern verwaltet werden, nach der Spaltung weiter werden soll, ist immer noch nicht geklärt.

GLH passe? Denkste!

Rund 2.500 Menschen besuchten das Maifest der Frankfurter GLH-Gruppe am 27.4. Auf dem Programm standen: Die Straßenszene mit Rock gegen rechts, das Sinti-Quintett „Hänsche Weiss“, eine portugiesische Gruppe trug Lieder vor, Frauen sangen zum Thema „Frauen zum Bund? Nein Danke!“... In einem anderen Raum traten die Frankfurter Straßenmusikanten auf, der „RGR“-Film wurde gezeigt und verschiedene Video-Filme aus dem Umweltschutz-, Kultur- und Antifa-Bereich. Ute Nanay, aus der IG Bergbau-Zentrale wegen einer Anti-Strauß-Plakette gefeuert und Uli Pakleppa, wegen Tragens einer „verbotenen“ Anti-Strauß-Plakette zu einer Geldstrafe verurteilt, berichteten von ihren Fällen. Nach der Anti-Karysburg-Demonstration vom Vortag, an der die GLH ebenfalls nicht unmaßgeblich beteiligt gewesen war, was gut besuchte Maifest eine Ermutigung für alle GLHlerinnen/er in Frankfurt.

Auf dem Fest wurde auf einen Vorschlag der GLH/Ffm zu den Kommunalwahlen 1981 hingewiesen.

Nach mehreren Diskussionen hat die GLH-Gruppe einen schriftlichen Vorschlag ausgearbeitet „zur Herstellung eines fortschrittlichen Bündnisses anlässlich der Kommunalwahlen 1981 in Frankfurt“ und veröffentlicht.

Die Frankfurter Stadtgruppe tritt für ein Personenbündnis ein, bei strikter Ablehnung jeglicher, offener oder versteckter Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Folgende Punkte müßten ihrer Meinung nach Bestandteil eines alternativen Wahlbündnisses sein:

- eine Kommunalpolitik im Interesse der Werktätigen,
- eine Stadtplanung und Verkehrspolitik nach ökologischen und sozialen Grundsätzen,
- Widerstand gegen alle Formen des Abbaus demokratischer Rechte,
- eine Kommunalpolitik im Sinne und zum Nutzen der diskriminierten Mehrheiten und Minderheiten
- Stärkung des Antifaschismus
- Unterstützung alternativer Kultur- und Lebensformen.

Dieser Vorschlag soll auf einem Plenum zum ersten Mal am 13. Mai diskutiert werden. Von grüner Seite aus ist bislang nur eine Einzelreaktion bekannt. Jutta Dittfurth vom grünen Kreisvorstand teilte via „Pflasterstrand“ (Nr. 79) der GLH mit, daß in ihrem Vorschlag „wesentliche Bündnisstrukturen dogmatisch fixiert werden.“

An anderer Stelle mokiert sie sich: „Im GLH-Vorschlag ist stolz festgelegt, daß es ein FORTSCHRITTLICHES Bündnis sein muß.“ Bislang habe sie gedacht, „dieser Begriff sei von DKP-Seite okkupiert“ (!).

Die gesamte Stellungnahme ist leider nicht besonders konstruktiv und soll augenscheinlich vor allem dazu dienen, den Eintritt bei den Grünen zu rechtfertigen.

Dazu wäre u.E. nach hochtrabenden Thesen, wie zum Beispiel „die Grünen sind eine Art historischer Ablösung der diversen Buntten und Alternativen“, oder Horror-Stories über die GLH (die angeblich nur noch aus dem KB, pardon „KB + ex-SPDler“, bestehe, und wo der KB ultradogmatisch alles dominiere) nicht notwendig gewesen.

KB-Gruppe Frankfurt

Bahro zur Wahl

Ziehen Grüne zurück?

WIEN (PPF). — Ein Zurückziehen der Grünen unmittelbar vor den Bundestagswahlen hat Rudolf Bahro in Wien in Aussicht gestellt. Auf einer Pressekonferenz der Sozialistischen Jugend erklärte Bahro auf Vorhaltungen, eine eigene grüne Partei könne Strauß begünstigen.

Bahro meinte, die Existenz einer eigenen Ökologiepartei außerhalb der SPD habe die Position der „grünen Sozialdemokraten“ derzeit verbessert, daß die Kräfte um Erhard Eppler auf dem Westberliner Parteitag immerhin 41 Prozent der Stimmen erhalten hätten. Das Engagement fortschrittlicher Kräfte bei den Grünen sei notwendig gewesen, meinte Bahro, um diese Bewegung nicht konservativen Kräften zu überlassen.

Aus „Die Neue“, 24. 4. 1980

Bundesparteitag der Grünen:

21./22. Juni in Dortmund

Dies ist die Tagesordnung für den nächsten grünen Parteitag am 21./22. Juni in Dortmund:

1. Diskussion und Verabschiedung noch fehlender Programmteile (wobei nur die alten Anträge, Änderungsanträge und Minderheitsvoten berücksichtigt werden);
2. eine Erklärung zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie (Vorschläge dazu können bis zum 25.5. in der Programmkommission eingereicht werden);
3. Verabschiedung einer Wahlplattform zu den Bundestagswahlen. Damit dürfte in Dortmund die wesentliche Auseinandersetzung darum laufen, ob die Ökologie-Ökonomie-Erklärung und die Wahlplattform auf der Grundlage des in Saarbrücken beschlossenen Programms verabschiedet werden sollen, oder ob es den Rechten gelingt, hier auf kaltem Wege eine Revision der Saarbrücker Beschlüsse vornehmen zu lassen.

Zur Debatte um den § 218 in und nach Saarbrücken

Der AK-Artikel „Grüne in Saarbrücken – Niederlage für Gruhl & Co.“ im AK 174 stellte die Debatte und die Ergebnisse zum Punkt § 218 auf dem Saarbrücker Programmkongress der Grünen unzureichend und teilweise falsch dar.

So wurde im Vorspann behauptet, daß sich in den meisten Fragen fortschrittliche Positionen durchgesetzt hätten; ausdrücklich genannt wurde in diesem Zusammenhang der § 218. Tatsächlich wurde aber nur ein recht schlechter Kompromiß durchgesetzt.

Am Anfang der Debatte standen drei kontroverse Anträge, zu denen die Programmkommission keine Empfehlung abgegeben hatte. Die Anträge lauteten wie folgt:

1. Antrag von Tautz, Wiesorek, Winkler: „Zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs soll auf eine Programmaussage der Grünen völlig verzichtet werden und es der freien Gewissensentscheidung der Mitglieder überlassen bleiben, welche Stellung sie dazu beziehen.“

2. Antrag der GLU Niedersachsen: „Die Schwangerschaftsunterbrechung kann als eine Frage der moralischen Einstellung und der persönlichen Lebensumstände nicht Gegenstand juristischer Verfolgung sein. Sie sollte durch Aufklärung, materielle und gesellschaftliche Hilfen sowie durch Einführung weiterer Methoden der Geburtenkontrolle überflüssig gemacht werden.“

3. Antrag aus der Buntten Liste Hamburg, AL Westberlin, GLH sowie KV Braunschweig und KV Störman: „Eines der wichtigsten Anliegen der Frauen ist, daß sie selbst entscheiden wollen, ob sie ein Kind zur Welt bringen. Deshalb sind wir gegen den § 218, der die Abtreibung grundsätzlich nicht erlaubt. Wir treten ein für die Legalisierung der Abtreibung und für eine fortschrittliche Sexualaufklärung. Darum fordern wir: – ersatzlose Streichung des § 218 – Verpflichtung der Krankenhäuser zur Durchführung der Abtreibung – Volle Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen – Sichere und unschädliche Verhütungsmittel für Frau und Mann und deren kostenlose Abgabe – Keine Bevormundung und Diskriminierung der Frauen und Ärzte – Keine Strafverfolgung und Einschüchterung von Frauen und Ärzten, die abgetrieben haben.“

In einem ersten Meinungsbild, das jedoch nicht als endgültige Entscheidung gedacht war, erhielt der „bunte“ Antrag eine deutliche Mehrheit der Delegiertenstimmen. Zusammen-

genommen bekamen die Anträge 2 und 3 ca. 80 % der Stimmen. Dennoch wurde diesen Mehrheitsverhältnissen später bei der Suche nach einem Kompromiß nicht Rechnung getragen. Die Rechten erreichten es, daß in den zwei zur endgültigen Abstimmung stehenden Kompromißvorschlägen die Aussage enthalten war, daß Abtreibung im Widerspruch zum „Schutze des Lebens“ stünde. Beide Entwürfe übernahmen wörtlich einen Text des KV Köln, der mit dem Satz beginnt: „In der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung geraten zwei wesentliche Ziele der Grünen in Widerspruch miteinander: Einerseits entschieden für das volle Selbstbestimmungsrecht für Frau und Mann einzutreten, andererseits das menschliche Leben in allen Bereichen zu schützen.“

Mit dieser Formulierung übernahmen beide Anträge ein weitgehendes Zugeständnis an die Rechten. Der ei-

ne Antrag beinhaltete darüber hinaus die Formulierung der GLU, daß die Schwangerschaftsunterbrechung „nicht Gegenstand juristischer Verfolgung sein“ dürfe und durch verschiedene Maßnahmen „überflüssig gemacht“ werden sollte – sowie Forderungen des KV Mark nach Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen, nach sicheren und unschädlichen Verhütungsmitteln für Frau und Mann und deren kostenlose Abgabe.

Die Delegierten von den Buntten und Alternativen hatten ebenfalls einen Kompromiß formuliert. Der Antrag beinhaltete neben den Vorschlägen der Buntten Liste Hamburg usw. ebenfalls den Text der GLU und die rechte Formulierung des Kreisverbandes Köln. Außerdem wurden an den Forderungen der Buntten Liste Hamburg usw. noch einige wesentliche Änderungen vorgenommen. So strichen die Antragsteller selbst den

Satz „Wir treten ein für die Legalisierung der Abtreibung und für fortschrittliche Sexualaufklärung“. Die Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218“ wurde in „Streichung des § 218“ umgewandelt. Bei der Abstimmung um die beiden Kompromiß-Formulierungen wurde der erste mit knapper Mehrheit angenommen, d.h. nicht einmal die Forderung nach Streichung des § 218 kam durch. Entsprechend war die Stimmung bei vielen Frauen: die Enttäuschung war sehr groß und einige Frauen bezeichneten den Beschluß als nicht tragbar.

Angesichts der Tatsache, daß am Anfang der Debatte das Meinungsbild mit Abstand für die Anträge der buntten/alternativen Delegierten ausgegangen war, ist der in Saarbrücken letztlich verabschiedete Passus sehr schwach. Zum einen impliziert er durch die Aussage, daß der Schwangerschaftsabbruch im Widerspruch

zum Leben stünde, die gefährliche Behauptung, daß Abtreibung etwas mit „Vernichtung des Lebens“ zu tun habe, und läßt Erinnerungen aufkommen an die Parole der rechten Abtreibungsgegner: „Abtreibung ist Mord“.

Der Satz, daß die Schwangerschaftsunterbrechung durch Aufklärung, materielle und gesellschaftliche Hilfen sowie durch Einführung weiterer Methoden der Geburtenkontrolle überflüssig gemacht werden solle, gibt ein Ziel an, das die Probleme nicht beseitigen kann. Ungewollte Schwangerschaften wird es noch lange Zeit geben (das beweisen sogar die Länder, in denen es ein recht gut ausgebildetes System der Aufklärung, Verhütung und Geburtenkontrolle gibt) – und man wird an der Frage, überläßt man(n) die Entscheidung, ob Kinder ja oder nein, der Frau, nicht drum rumkommen.

Die Aussage, daß der Schwangerschaftsabbruch nicht Gegenstand juristischer Verfolgung sein kann, ist zudem sehr schwach. Meinen es die Antragsteller hiermit einigermaßen ernst, so ist die Frage, warum sie dann nicht auch die Abschaffung des § 218 fordern, der doch gerade den Abbruch unter Strafe stellt. Ausserdem löst allein das Einstellen der Strafverfolgung die Probleme der Frauen noch nicht. Immer noch müssen die Frauen ein Spießrutenlaufen durchmachen, müssen sich rechtfertigen, müssen sich demütigen lassen und sich beschämenden Fragereien aussetzen. Sie sind der Gnade der Chefarzte und der politischen Entscheidung der Krankenhausträger ausgeliefert. 70 % der Chefarzte und Krankenhäuser erkennen die soziale Indikation nicht an, und 30 % lehnen sogar den Abbruch nach der medizinischen Indikation ab. So sind zigtausende Frauen nach wie vor gezwungen, für eine Schwangerschaftsunterbrechung viel Geld auf den Tisch zu legen oder eine ungewollte Reise anzutreten. Im letzten Jahr waren es mindestens 70.000 Frauen, die wegen eines Abbruchs ins Ausland fahren mußten.

Angesichts dieser realen Situation wirken die Formulierungsschlachten in Saarbrücken nicht gerade sehr ermutigend. Dennoch ist es immerhin ein Fortschritt, daß die ausgesprochene Heim-und-Herd-Ideologie der Gruhl'schen GAZ in Saarbrücken niemals mehrheitsfähig war.

AG Frauen Hamburg



Frauen der Buntten Liste bei der hamburger 1.Mai Demo

Stellungnahme alternativer Listen zur Landtagswahl in NRW

Die drei bedeutendsten kommunalen alternativen Listen in NRW (Bunte Liste Bielefeld, Grüne Alternative Liste Münster, Bunte Liste Köln) haben kritische Wahlempfehlungen für die Grünen beschlossen. In allen drei Stellungnahmen wird die Veränderung des Drei-Parteien-Systems durch einen grünen Wahlerfolg begrüßt. Hervorgehoben wird auch, daß das Programm der NRW-Grünen sich weitgehend mit dem Selbstverständnis bunter/alternativer Listen deckt (Aussagen zum § 218, zur 35-Stunden-Woche etc.).

In allen drei Erklärungen wird aber auch an der grundsätzlichen Kritik des grünen Parteiaufbaus festgehalten. In der Bielefelder Resolution heißt es dazu u.a.: „Unvereinbarkeitsbeschlüsse nach § 2 und die Ablehnung unserer buntten Delegierten

auf dem Gründungsparteitag in Karlsruhe waren keine guten Ausgangsbedingungen für die Bildung einer basisdemokratischen und alternativen Partei. Noch immer gibt es relevante Kräfte bei den Grünen wie Gruhl, Springmann, Dinne oder Hasenclever, die auf Ausgrenzung bestehen und mit den Grünen eine bürgerliche Politik machen wollen. Solche und andere rechte Kräfte bei den Grünen haben nie ein gleichberechtigtes Bündnis mit den alternativen Listen und den Bürger- und Basisinitiativen angestrebt. Sie haben ihre Organisation von Anfang an als einzige Vertretung der alternativen Wahlbewegung verstanden und aufbauen wollen. Bundesweit besteht immer noch die Gefahr, daß sich diese Kräfte durchsetzen, die wichtige Positionen und Inhalte der alternativen Wahlbewegung

(§ 218, 35-Stunden-Woche, Basisdemokratie usw.) herausdrängen wollen, was die Möglichkeit beinhaltet, daß sich wie in Bremen eine Variante grüner „Mittelstandspolitik“ herausbildet, die auf die drängenden materiellen Probleme der Mehrheit der Bevölkerung (u.a. Arbeitslosigkeit, Reallohnabbau) nur den Verzicht als Perspektive aufzeigen kann.“

Während die GAL Münster eine insgesamt weniger kritische Wahlempfehlung formuliert hat, ist derzeit die Skepsis gegenüber den Grünen in der Buntten Liste Köln am größten. Ihre Wahlempfehlung, in der die gesamte oben zitierte Passage der Buntten Liste Bielefeld übernommen wurde, konnte nur per Kampfabstimmung durchgesetzt werden. Die Minderheit wollte auf eine Wahlempfehlung ganz verzichten.

Hessens Grüne übernehmen UVB-Passus

Zu einer Landesversammlung, die sich mit Satzungs- und Personalfragen befaßte, trafen sich die hessischen Grünen am 26./27.4. in Allendorf bei Gießen. Da die Mitglieder „massen“ am Samstag etwas zögernd eintrafen (schließlich wurden es 120 Teilnehmer bei derzeit 870 Mitgliedern des Landesverbands), begann die Versammlung mit einiger Verspätung. Sprecher der Grünen hatten jedoch eine elegante Erklärung parat: Man habe auf die Teilnehmer der am gleichen Tag stattfindenden Anti-AKW-Demonstration in Darmstadt warten müssen. So wurde das eher lasche Engagement der Grünen zu dieser Aktion überspielt.

In der Satzungsdiskussion passten sich die Hessen ohne heftige Auseinandersetzung den Bundesvorschriften ihrer Partei an. Von zwei Variationen eines Doppelmitgliedschaftsverbots wurde der folgende Antrag angenommen: „Mitglied der Partei kann jeder werden, der sich zu den Grundsätzen ökologisch-basisdemokratisch-sozial-gewaltfrei und dem Programm der Partei bekennt und keiner anderen Partei angehört“. Damit nehmen jetzt nur noch die grünen Landesverbände von Hamburg und Westberlin das in Karlsruhe zugestandene Recht einer (unbefristeten) „Übergangsregelung“ ohne UVB wahr.

In einer weiteren Satzungsabstimmung lehnte es die Versammlung ab, dem Landesvorstand Stimmrecht im Landeshauptauschuß zu gewähren.

Bei den umfangreichen Personalentscheidungen (Landesvorstand, Schiedskommission, Bundeshauptauschuß, Programmkommission) schnitten die grünen GLHler wie schon zuvor im Frankfurter Kreisverband wieder sehr gut ab (die Bezeichnung „grüne GLHler“ ist insofern etwas irreführend, als sie sich zwar einerseits noch als GLH-Mitglieder begreifen, andererseits jedoch dort nicht mehr aktiv mitarbeiten). Einzig den Sprung in den Bundeshauptauschuß schafften sie nicht; dort ist von drei Gewählten Jan Kunert (Ex-GLU) als Linker vertreten. Auf den ersten beiden Reserveplätzen folgen aber wieder zwei grüne GLHler.

Die Verabschiedung zahlreicher Resolutionen beendete die Landesversammlung, darunter eine, die die Außervollziehung des Haftbefehls gegen Rudolf Raabe fordert, damit er in die BRD zurückkehren und sich in ärztliche Behandlung begeben kann. Eine weitere Resolution unterstützt ausdrücklich Rock gegen rechts in Frankfurt – wobei die Grünen ihr „gewaltfreies“ Verständnis dieser Aktion besonders betonen.

Nichts Neues im Saarland

Die Landtagswahl am 27.4. endete ohne größere Überraschungen. Bemerkenswertestes Ergebnis waren die Stimmenverluste der CDU, die in vielen Kommentaren – wohl nicht zu Unrecht – als Anti-Strauß-Effekt bei einem Teil der traditionellen christdemokratischen Wähler gedeutet wurden. Der Fortbestand der CDU/FDP-Koalition war dennoch nie ernsthaft in Gefahr. Die Ergebnisse im einzelnen: CDU: 44,0% (1975: 49,1%); SPD: 45,4% (42,2%); FDP: 6,9% (7,4%); DKP: 0,5% (1%); Grüne: 2,9% (Europawahl: 2,3%).

Die Grünen haben an der Saar erwartungsgemäß nicht so gut abgeschnitten. Die Schwierigkeit, größere Teile der Industriearbeiterschaft

für eine grüne Stimmabgabe zu mobilisieren, war umso größer, als hier ein betont rechter, „mittelständischer“ Wahlkampf geführt wurde. Das Kurzprogramm macht zur Situation der Arbeiter keinerlei konkrete Ausführungen. Stattdessen ist dort von Dezentralisierung, Kreislaufwirtschaft, ökologischem Landbau und allgemeinen Floskeln wie Humanisierung der Arbeitsplätze zu lesen. In einem in großer Auflage verteilten Faltblatt steht unter der Überschrift „Was wollen wir“ nicht mehr als: „Mehr Eigenverantwortung des Bürgers, statt ihn zu reglementieren. Schutz für Minderheiten. Strom von Sonne, Wind und Wasser. Förderung des Mittelstandes. Parteienunabhängige Um-

weltschutzbeauftragte.“ Unter der Rubrik „Was wollen wir nicht“ sind aufgeführt: „Atomkraftwerke, Bleiakkumulatoren Saargemünd, Erweiterung Bleiakkumulatoren Nonnweiler-Otzenhausen, Raubbau an den Energiereserven, Vereinsamung, Saar-Kanal, Flugplatzbau bzw. Erweiterung“. Mit dieser Orientierung konnten zwar Gruhl, Hasenclever, Dinne und Springmann als Wahlkampfredner gewonnen werden, der Verbreiterung des Wählerpotentials waren aber von vornherein enge Grenzen gesetzt. Immerhin konnte das Europawahlergebnis um 0,6% aufgestockt werden, immerhin kostete auch die mittelständische grüne „Alternative“ die DKP die Hälfte ihrer Stimmen.



Nach Saarbrücken: Die Linke und die Grünen

Der KB und die Grünen

Über die bei den Grünen eingetretenen Bunt/Alternativen hieß es vor zweieinhalb Monaten im AK (169, 14.1.80, S.4): „Sie werden nicht zugeben, daß ihr Konzept [Beeinflussung der Grünen durch massenhaften linken Eintritt] gescheitert ist...“ (Hervorheb. v. mir — d. Verf.). Jetzt, nach Saarbrücken, müssen wir zugeben: „In allen strittigen Programmpunkten setzen sich [bei kleinen Zugeständnissen] im wesentlichen fortschrittliche Vorstellungen durch.“ Daß dies für uns „zumindest in diesem Umfang unerwartet“ (ebenda) kommt, ist noch sehr zurückhaltend formuliert.

Indem wir den Versuch der Beeinflussung der Grünen durch linke Masseneintritte für „gescheitert“ erklärt haben, schlossen wir einen Erfolg der linken Grünen und damit einen Sieg über Gruhl & Co. von vornherein aus.

Wir haben in einer wichtigen taktischen Frage eine falsche Einschätzung gegeben. — Das ist kein Genickbruch — „nur Tote machen keine Fehler“, wie Stalin (den ich ansonsten höchst ungern zitiere) einmal ganz richtig gesagt hat.

Es reicht m.E. nicht aus, „zu überdenken“, ob wir jetzt durch eine Mitarbeit in der Grünen Partei der alternativen Wahlbewegung besser dienen können (AK 174).

In AK 174 heißt es, daß wir bei eventueller Mitarbeit bei den Grünen dort „gegen die allzu große ‚Kompromiß-Freudigkeit einiger Linker‘ auftreten müßten. Das ist so allgemein wie richtig, bringt so aber nicht viel, da nicht angedeutet wird, wen wir damit meinen (die „Z“-Gruppe oder Willi Hoss und Co?) und da wir angesichts unserer Fehleinschätzung der Entwicklung der Grünen unsere bisherige Polemik gegen die linken Grünen einer kritischen Überprüfung unterziehen müssen.

Unsere Organisation hat im Gegensatz zu anderen in den letzten Jahren gezeigt, daß sie bereit und in der Lage ist, falsche Positionen durch eine offene und kontroverse Diskussion zu überwinden. (Bestes Beispiel ist die Stalin-Diskussion).

Unsere Fehler

Im AK 169 (14.1.80) hieß es („Grüne gründen Bundespartei“): „Die neue Satzung enthält einen klaren Unvereinbarkeitsbeschuß, nach dem die Doppelmittgliedschaft mit anderen Parteien verboten ist. Die Grünen wollen damit die Mitarbeit organisierter Kommunisten ausschließen.“ Das ist in mehrfacher Hinsicht falsch. Dieser UVB richtet sich gegen Mitglieder von Parteien. Von den kommunistischen Organisationen, die in der Wahlbewegung engagiert sind, traf er nur die „KPD“ — daß sowohl der KB als auch die Z-Gruppe sowie die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ keine Parteien sind, war den Grünen durchaus bekannt. Hätten die Befürworter dieses UVB tatsächlich das vorrangige Ziel gehabt, Kommunisten auszuschließen, so hätten sie beispielsweise den UVB der Grünen Liste Schleswig-Holstein (GLSH) (gegen „kommunistische Kadergruppen“) verabschieden können. Auch gegen Mitglieder Bunter und Alternativer Listen wurde kein UVB gefaßt. Allerdings haben die Grünen durch ihre Ablehnung der autonomen Delegierten und den Parteien-UVB ein wesentliches Prinzip der alternativen Wahlbewegung grob verletzt.

Daß es innerhalb der Grünen unterschiedliche Motivationen für eine UVB-Befürwortung gab, ist klar, so gibt es knallharte Antikommunisten wie Springmann & Co., aber auch Leute, die lediglich meinen, daß man/frau nicht „in 2 Parteien zugleich“ sein könne.

Falsch ist auch, daß es den linken Grünen in Karlsruhe lediglich gelang, „kosmetische Veränderungen“ (AK 169, S.4) in der Präambel des grünen Programmentwurfs anzubringen. Immerhin gelang es, die reaktionäre Formulierung (gegen „totalitäre Wachstumsysteme westlicher und östlicher Prägung“) zu streichen und durch die Bestimmung des Zieles der Grünen als „Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen kurzfristiges Wachstumsdenken, das nur Teilen der Bevölkerung zugute kommt“ zu ersetzen.

Diese Formulierung unterscheidet sich durchaus inhaltlich von der ersten und läßt Raum für eine „klassenkämpferische“ Interpretation. Die Formulierung in der Präambel, daß die Bemühungen der Grünen „auf das Wohl einzelner und des sozialen Ganzen gerichtet“ sind, kann zwar leicht in Richtung auf „Sozialpartner“-Demagogie ausgeschlachtet werden; die Frage, wie dies konkret ausgelegt wird, wird jedoch vom Kräfteverhältnis innerhalb der Grünen

abhängen.

Nicht nur falsch, sondern bündnispolitisch äußerst ungeschickt war es, im AK (169) über die bunt/alternativen Grünen zu schreiben „Ihre Wege werden sich nun auf längere Zeit von denen der Bunt- und Alternativen trennen.“ Dies Zitat ist denn auch von der Z-Gruppe zur Genüge ausgeschlachtet worden, um ihre Unterstellungen (der KB wolle die bunt/Grünen aus den bunt/alternativen Listen ausschließen, etc.) zu untermauern. Selbstkritisch zurückgenommen werden sollte m.E. auch der Vergleich der linken Grünen mit den Jusos. Es waren immerhin diese „Jusos“ und „Kompromißler“, die Gruhl und Springmann das Wasser (vorläufig) abgegraben haben. Wenn wir glaubwürdig gegen opportunistische Kompromißler unter den linken Grünen auftreten wollen, müssen wir zunächst die pauschalen Angriffe auf die linken Grünen zurücknehmen.

Was war richtig?

Richtig war die Kritik an „bunten“ Grünen wie Christel Hellmann, die gegen die Anerkennung der autonomen bunten Delegierten auftrat. Richtig war m.E. auch die Kritik an der „Z“-Gruppe, in bezug auf ihre Eskapaden in der BuLi, die zur Spaltung der Bunten Liste führten, richtig waren unsere bisherigen Bemühungen zur Bildung eines bunt/alternativen Blocks, im wesentlichen richtig war auch unser „Offener Brief“ an die „Z“-Gruppe (AK 171, S.52). (Falsch war dabei die Kritik an der „Z“-Gruppe, daß sie die Gründung des grünen Landesverbandes Schleswig-Holstein trotz verschärften UVB's mitgemacht hat.)

Die linken Grünen unterstützen!

Sieht man sich die Grünen und ihr Programm heute an und stellt sich die Frage, ob es sich dabei um eine „systemkonforme Pseudo-Protest-Partei“ oder eine „fortschrittliche Alternative“ (Kommunisten und Wahlen, AK 131, Juni 1978, S.10) handelt, so wird deutlich, daß in Saarbrücken die Weichen für eine Fahrt in Richtung auf letzteres gestellt wurden.

Vor einem halben Jahr stellten wir die Frage, was uns grüne Abgeordnete im Bundestag nützen, „die zu den Arbeiterforderungen eine geringe oder gar ablehnende Haltung einnehmen, die sich um die Forderungen der Frauen kaum kümmern oder sogar offene Flanken nach rechts haben [Abtreibung ist Mord etc.pp.] und die sich nicht um die Forderungen der Arbeiter kümmern [Abtreibung ist Mord etc.pp.] und die sich im Antikommunismus mit den etablierten Parteien einig sind“ (AK 164, 15.10.79, S.1).

Diese Fragestellung ist selbstverständlich auch heute noch aktuell, und zwar auch in umgekehrter Richtung: Welchen positiven Beitrag leisten wir für die alternative Wahlbewegung, wenn wir nicht mithelfen, daß die verabschiedeten fortschrittlichen Forderungen der Grünen verteidigt, vor Ort verankert und durch entsprechende Kandidaten vertreten werden? Eine bunt/alternative Blockbildung wird dabei keineswegs überflüssig, sondern gewinnt vielmehr an Bedeutung.

Unsere Aufgabe besteht nicht nur darin, die Grünen zu unterstützen, sondern auch durch fundierte Analysen eine Kritik der reformistischen-illusionistischen Forderungen im „Wirtschafts“-Bereich (kleine überschaubare, selbstverwaltete Betriebe) zu leisten und damit eine Entwicklung zu fördern, die zur Herausbildung einer „Sozialistischen Partei“ in der BRD führt.

Eine Arbeit auch innerhalb der Grünen abzulehnen, da (z.B. zum § 218) keine lupenreinen bunten Forderungen verabschiedet wurden, ist unverantwortliches Sektierertum. „Es ist doch unmöglich, daß die deutschen Linken nicht wissen, daß die ganze Geschichte des Bolschewismus, sowohl vor als auch nach der Oktoberrevolution, voll ist von Fällen des Lavierens, des Paktierens, der Kompromisse mit anderen, darunter auch bürgerlichen Parteien.“ (Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus Berlin/DDR 1970, S.61)

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg, 28. März 1980



Salto Mortale oder Kurskorrektur?

Nach dem Saarbrückener Parteitag der Grünen gab es bei mir — und sicher auch bei anderen Genoss/innen — überraschte Gesichter. Tatsächlich, unser Erwartungshorizont war überschritten worden. Nach den Äußerungen von Gruhl vor dem Parteitag hatte ich damit gerechnet, daß

die Rechten sich programmatisch durchsetzen würden — schließlich gab ihnen der Erfolg der Landtagswahl in BaWü dabei recht, daß mit einem gemäßigten bis konservativen Profil scheinbar am ehesten parlamentarische Erfolge einzusammeln sind.

Vergleichen wir

Doch wenn wir weggehen von dem, was wir erwartet haben, hin zum rein Faktischen, zu den Beschlüssen, so ist die durchschimmernde Euphorie des Leitartikels in AK 174 nicht mehr so angebracht.

Auf dem Eßlinger Parteitag der baden-württembergischen Grünen wurde ein politisch ganz ähnliches Programm verabschiedet. Der heiß umkämpfte Wirtschaftsteil ist praktisch derselbe, nur daß die AUD-Schöte von den „Wirtschafts- und Sozialräten“ (ein Begriff aus dem Vokabular der Volksgemeinschafts-Ideologie!) fehlt. Der Frauen-Teil war in Baden-Württemberg ebenfalls gleichwertig; der „Kompromiß“ zum § 218 fiel sogar noch etwas günstiger aus: Wie in Saarbrücken wurde zwar auch die Forderung nach Streichung des Paragraphen von den Rechten gekippt; der übrige Rumpftext war aber in Eßlingen besser, fehlt doch der Eingangssatz der Saarbrückener Resolution (hier wird Abtreibung mit Vernichtung von Leben in Zusammenhang gebracht). Einzig im Bereich der Friedenspolitik schneidet Eßlingen schlechter ab als Saarbrücken. Dies lag aber daran, daß dieser Punkt aus Zeitgründen nicht mehr behandelt wurde. Außerdem war die Friedenspolitik in Saarbrücken ein Bereich größerer Übereinstimmung auch mit „gemäßigten“ Kräften, und im Landtagswahlkampf BaWü sprach Haubleiter in einigen Städten engagiert zur Kriegsgefahr, ohne daß sich im Landesverband Protest geregt hätte.

Was ich damit sagen will: Obwohl die Eßlinger Beschlüsse aus linker Sicht gleich „gut“ oder fortschrittlicher wie die in Saarbrücken ausfielen, hatten sie — bitte beachtet die Artikel in AK 174, S.10 — keinerlei Auswirkung auf die praktische Politik, den Wahlkampf der Grünen. Der war brav-bürgerlich.

Die Strategie der Rechten

Hasenclever und der Landesvorstand hatten den Frauen-Teil in Eßlingen selber noch durch ein Erpressungsmanöver entschärft. Die übrigen Passagen ließen sie ohne Gegenwehr durch die Abstimmung laufen und — andersherum — ließen sie ohne Gegenwehr durch die Abstimmung laufen und — annehmen.

Diese Clique war sich offenbar sicher, durch den zentralen Parteiapparat (Plakate, Programmkurzfassungen, Tourneen mit rechter Pronamenz) und durch massenhaft konservative Kandidaten auch in den einzelnen Wahlkreisen den Grünen trotz alledem ihr Gepräge geben zu können.

Dies dürfte theoretisch im Bundestagswahlkampf nicht so einfach sein, da der zentrale Parteiapparat ja im Augenblick nicht mehr vollständig von den rechten Grünen kontrollierbar ist. Im Gegenteil hat sich ja bei den Vorstandswahlen der „Mittelblock“ durchsetzen können.

Jetzt werden die Rechten eine andere Taktik versuchen. Sie haben in Saarbrücken schon viel mehr um das gekämpft, was sie in Eßlingen achselzuckend hergegeben haben. Sie haben um Beschlüsse Geschrei gemacht, die sie in Eßlingen ruhig tolerierten. Dies deutet nicht darauf hin, daß die Linken es nach Saarbrücken leichter haben werden, sondern gerade das Gegenteil wird der Fall sein!

Bei ihrem Roll-Back haben die Rechten folgende Trümpfe in der Hand:

- Bei Spaltungsdrohungen haben sie die Presse hinter sich.
- Die „erfolgreichen“ Parlamentsfraktionen in Bremen und Stuttgart stehen im Zweifelsfall voll hinter einer rechten Spaltung.
- Der linke Opportunismus um „TAZ“, AL etc. wird eher die Saarbrückener Ergebnisse verschonen, als die Gruhl'schen lassen.
- Die Wahlen an der Saar werden nach dem BaWü-Konzept geführt werden. Ein möglicher Erfolg stärkt die Rechten.
- Die Wahlen in NRW werden gewohnenmaßen von den Grünen relativ gut geführt werden. Da trotzdem die Aussichten dort relativ schlecht sind (Kopf-an-Kopf, sichere SPD-Stammwählerschaft), wird ein evtl. Mißerfolg gegen die Linken ausgeschlachtet werden (obwohl mit einem bürgerlichen Wahlkampf noch weniger zu gewinnen wären)!

Bündnisresolution nicht vergessen!

Diese ganze Entwicklung und Gefahr soll jetzt natürlich nicht bedeuten, daß wir die Grünen rechts liegen lassen bzw. nur von außen auf sie einwirken. Natürlich ist auch eine Arbeit in den

Grünen wichtig. Die „Z“ verweist mit Recht auf unsere Bündnisresolution vom Vorkongreß: Nach einem Hinweis auf die Zunahme des Widerstandes bei sich verschärfenden imperialistischen Widersprüchen heißt es da: „Das sind politische Aufgaben, die weit über das hinausgehen, was von uns bisher in AE-Verhandlungen mit einigen linken Gruppen o.ä. gefordert wurde.“

Die „Z“ meint dann demagogisch, mit unserer bisherigen Wahl-Linie der Essentials hätten wir unsere Bündnispolitik wieder auf das Niveau von linken AE-Verhandlungen „heruntergesimpelt“ (Z/3/4). Das sehe ich nicht so.

Die Politik der Essentials hatte doch in der Parteibildungsphase der Grünen die Funktion, — „Pflöcke einzuschlagen“, d.h. zu verhindern, daß die Linke alles in den letzten 10 Jahren Erarbeitete über Bord wirft (inhaltlich und organisatorisch) und in den grünen Zug einsteigt, ohne die Fahrtrichtung zu überprüfen; — um diese Essentials herum die Bunten und Linken zu einem Block zu formieren, mit dem Ziel, möglichst viele dieser Essentials durch ein gemeinsames Vorgehen in Karlsruhe durchzuboxen.

Das war also damals ein Versuch, einen bunten Ausverkauf zu verhindern und gegen einen Illusionismus „Prüfsteine“ aufzubauen. Schon damals waren das keine prinzipiellen Einwände gegen eine Mitarbeit bei den Grünen: „Es bestand im LG eine Möglichkeit darüber, unter genau abzuwägenden Bedingungen zeitlich und örtlich innerhalb der Grünen Fraktionen aufzubauen. Diese Notwendigkeit wird von uns nach wie vor gesehen. Niemals ist von uns auch nur erwogen worden, uns gegenüber den Grünen auf kritische Unterstützung zu beschränken, statt dort mitzuarbeiten und um Einfluß zu kämpfen.“ Oder: „Diese ‚linke Blockbildung‘ verschließt uns also keine denkbare Taktik gegenüber den Grünen, sondern verbessert nur unsere Ausgangsbedingungen für die Entscheidung über die weiteren Schritte.“ (Zitate aus dem 1. Wahlrundbrief des LG, Ende November)

Die Grünen nach links entwickeln?

Die Beschlüsse in Saarbrücken wurden ermöglicht durch das Stimmverhalten des „Mittelblocks“. Die Linke war eher gespalten, was das Aufstellen verschiedener Kandidaten zeigt. Linke des „Mittelblocks“. Die Linke war eher gespalten, was das Aufstellen verschiedener Kandidaten zeigt. Linke Mehrheiten, die ohne oder gegen den Mittelblock erzielt werden (diese Situation ist bei weiteren Masseneintritten von Linken möglich), sind wenig wert: Sie würden dazu führen, daß die Rechten bei einer Abspaltung den „Mittelblock“ mitziehen könnten.

M.E. kommt es also darauf an, den „Mittelblock“ zu radikalisieren. Dies kann nur durch die gesellschaftlichen Kämpfe selbst geschehen, nicht durch Künkeleien in Hinterzimmern. Nur durch die Entfaltung der Linkskräfte, durch die Kampfkraft der Arbeiterklasse etc. können solche schwanken den Kräfte wie das Kleinbürgertum (immer noch die soziale Hauptstütze der Grünen) wenigstens teilweise für den Kampf um Demokratie und Sozialismus gewonnen werden. Daraus folgt für mich, daß wir auf die Entfaltung solcher Kämpfe auch weiterhin unser absolutes Schwergewicht legen müssen und uns nicht total in die grüne Parteiarbeit einspannen lassen dürfen wie die „Z“-Gruppe. Damit diese gesellschaftlichen Kämpfe aber nicht erst in einigen Jahren beim Kleinbürgertum („Mittelblock“) greifen, ist es durchaus sinnvoll, viele „Agenten“ dieser radikalen außerparlamentarischen Kämpfe in den Grünen drinzuhaben, um zu verhindern, daß die rechte Crew durch eine Abschirmtaktik (z.B. geschickte Parteiregie) ihren Verein gegen diese Kämpfe und Erfahrungen abschottet. „Die Meinungsverschiedenheit besteht also nur bezüglich des Ausmaßes einer Mitarbeit in der grünen Wahlbewegung“, heißt es schon im oben zitierten Rundbrief. Oder: Wenn man das Gewicht zu sehr vom Standbein (außerparlamentarische Kämpfe, Bunte und Alternative) auf das Spielbein (Mitarbeit bei den Grünen) verlagert — kippt man um! Das spricht aber nicht dafür, nur wie eine Salzsäule dazustehen und auf die Mitspieler zu vertrauen.

Nochmals zu den Differenzen mit der „Z“

Gerücheweise war zu hören, daß die „Z“-Gruppe jetzt mit der Behauptung haushieren geht, der KB würde jetzt eine Mitarbeit bei den Grünen erwägen, und sie seien deswegen damals rausgeschmissen worden.

Das ist natürlich Quatsch, liebe Genoss/innen. Es war (besser: wäre) für den KB durchaus tragbar gewesen, daß eine Fraktion von ca. 1/5 der Or-

ganisation in die Grünen reingeht, dort einen linken Block aufbaut und meinetwegen auch im AK und in den BuLi's dafür wirbt (bei gleichzeitiger Ablehnung eines Illusionismus à la Bahro — aber das habt ihr ja getan).

Ihr aber habt etwas anderes gemacht (und deswegen kam der Bruch): Ihr habt die Politik mit den Grünen nicht mehr mit uns abgesprochen, sondern stattdessen mit eben den Leuten, die totale Illusionen über die Grünen verbreitet(e)n. Ihr habt begonnen, in der Öffentlichkeit unsere Politik zu diskreditieren, bis hin zu wüsten antikommunistischen Ausfällen auf BuLi-VV's (die — das bezeugen Tonbandprotokolle — von uns verständlich angegangen wurden).

Ihr habt versucht, eine Zusammenarbeit der Bunten und Alternativen Listen zu sabotieren, obwohl ihr euch wortreich davon distanzieret. Stichwort: Die Intrigen gegen den Frankfurter und Münsteraner Kongreß.

Um es mal etwas prägnant auszudrücken: Die Arbeitsteilung, die sich im Augenblick zwischen „Z“-Gruppe und KB eingestellt hat (daß nämlich die „Z“-Gruppe sich total in die Grünen reinhängt und der KB fast völlig außen vor ist), wäre durchaus auch in einer Organisation vorstellbar gewesen. Mit 80 % seiner Kraft hätte der KB dann einen bunten Block geschmiedet, 20 % seiner Mitglieder hätten dies durch eine Linksbildung innerhalb der Grünen ergänzt. Dazu hätte aber ein Minimum an Kooperationsbereitschaft und Verzicht auf Anti-KB-Attacken eurerseits gehört.

Stattdessen führt ihr die „Schlacht um die Mehrheit der Organisation“ ...

Unsere Fehler

Den eingangs erwähnten LG-Beschluß zu einer „linken Blockbildung auch innerhalb der Grünen“ haben wir fälschlicherweise vernachlässigt. Es mag verständlich sein, da es einfach wichtiger war, im allgemeinen grünen Dahinduseln der Linken laut und vernehmlich unsere Skepsis und Ablehnung zu bekunden, aber das fast vollständige Wegkippen des anderen Aspekts („Spielbein“) rechtfertigt das nicht. Es mag verständlich sein, da ein Großteil unserer Wahl-Crew von Anfang an bei der „Z“ war und wir erst neue Kader für diese Arbeit gewinnen mußten (bzw. müssen), aber das darf auch keine Rechtfertigung sein.

Und jetzt?

Und jetzt?

Auch jetzt sollten wir nicht für einen Eintritt in die Grünen werben, weil das (auch bei korrekter Begründung) eher Illusionen über diese Partei schafft.

Ich halte es aber für richtig, daß wir (als KB) zu erkennen geben, daß wir die Bemühungen der linken Grünen unterstützen.

Dies sollte v.a. in propagandistischer und publizistischer Hinsicht geschehen. Massive KB-Eintritte bei den Grünen halte ich für falsch, da — die Zeiten vorbei sind, wo wir unsere Kader von einer tollen Bewegung in die andere warfen und so „verheizten“.

— machtvolle außerparlamentarische Aktivitäten (§218-Tribunal) die Grundlage für Linkerschiebungen bei den Grünen sind (s.o. — Radikalisierung des „Mittelblocks“), — nach langer Abstinenz ein geballtes KB-Engagement uns keine Freunde macht, eher an unserer Ernsthaftigkeit zweifeln läßt.

Wir sollten gezielt dort Kader bei den Grünen einsetzen, wo eine gute Bündnisarbeit möglich und lohnenswert ist.

Mit den linken Grünen sollten wir möglichst weitgehend zusammenarbeiten. Hier meine ich insbesondere die Genoss/innen von der „Z“-Gruppe, von denen uns m.E. nur kleine taktische Fragen trennen, nicht aber prinzipielle Differenzen („historische Chance“).

Insbesondere sollten wir den linken Aktivitäten bei den Grünen zum Gelingen verhelfen. Das meine ich in bezug auf die NRW-Wahl, wo ein links-grüner Wahlerfolg eine tolle Sache wäre. Und ich meine das in bezug auf den 1. Mai in Hamburg. Was spricht eigentlich dagegen, wenn die „Z“-Grünen mit linken Inhalten am 1. Mai-Bündnis mitmachen wollen bzw. was spricht dagegen, wenn sie auch ein paar Privilegien erhalten? Erstens sind sie schon etwas bedeutender als eine Stadtteilgruppe XY und zweitens kann es uns doch nur recht sein, wenn die Grünen offensiv linke Inhalte (meinetwegen auch einen linken Wahlauftritt für die Grünen — da sind wir doch auch dafür!) vertreten... Hier scheint mir die Haltung des Hamburger KB von kleinteilchem Konkurrenzdenken geprägt.

Landtagswahl in NRW: „Kondolenzwahl“ oder „Politischer Frühling“?

„Freunde und Gegner würdigen die Fairneß Heinrich Köpplers – Politiker aller Parteien reagieren mit Anteilnahme und Bestürzung auf den plötzlichen Tod des CDU-Spitzenkandidaten in NRW“ („FR“, 21.4.) – Nachrufe und Kommentare über die „selbstgewählte List“ des Berufspolitikers („FAZ“, 23.4.) füllen in der „heißen Phase“ des Landtagswahlkampfes in NRW die bürgerliche Presse. Hinter der Fassade allgemeiner Betroffenheit und Pietät toben sich die Leichenfledderer aller Fraktionen aus: „Kondolenzwahl“ heißt das Stichwort, das in Parteigremien und Zeitungsredaktionen heiß diskutiert wird. Spekuliert wird darüber, ob der Tod des CDU-Spitzenkandidaten drei Wochen vor dem Wahltag in zusätzlichen Stimmen für die CDU zu Buche schlagen wird und wie das gefördert bzw. verhindert werden kann. Wahljahr 1980...

Die Ausgangslage in NRW

Neun Parteien stellen sich zur Wahl am 11. Mai, außer den drei Landtagsparteien SPD, FDP und CDU, die Grünen, die DKP, die UAP („Unabhängige Arbeiterpartei“), der KBW, die Zentrums-Partei (nicht zu verwechseln mit der „Zentrumsfraktion“) und Fredersdorfs „Bürgerpartei“.

Die letzte Landtagswahl vor fünf Jahren brachte 47,1 % für die CDU gegenüber 51,8 % für die SPD/FDP-Koalition (SPD: 45,1 %; FDP: 6,7 %); die einzige Vergleichszahl für die Grünen stammt von der Europawahl 1979: sie erhielten landesweit 3 % (Bundesdurchschnitt 3,2 %). Bei den Kommunalwahlen im Herbst 79 konnten die Europa-Wahlergebnisse der Grünen durch örtliche Listen (vielfach grün/bunte Bündnisse) allerdings teilweise noch ausgebaut werden.

Der Wahlkampf der etablierten Parteien – würgl

– Die CDU: Strauß, der ja erst vor kurzem sein Herz für die Grünen entdeckt hatte, fand auf der Essener Kundgebung der CDU zum Wahlkampfauftakt auch in Sachen Atompolitik und Industrialisierung zu seiner alten Deutlichkeit zurück: Das Ruhrgebiet müsse wieder (?) zum „industriellen Herz Deutschlands und Europas“ werden („Welt“, 14.4.).

Strauß dachte dabei vermutlich an die glorreichen Zeiten, als Krupp in Essen noch die „Waffenschmiede des Reiches“ war – eine Formulierung, die wiederum der nach Köpplers Ableben nachrückte Spitzenkandidat Kurt Biedenkopf so gelungen fand, daß er noch auf dem CDU-Programmparteitag davon sprach, das Ruhrgebiet zur „Kernkraftwerkschmiede der Bundesrepublik“ („FR“, 19.3.) zu machen.

Auch wenn jetzt im Wahlkampf solche markigen Worte lieber vermieden werden – Kohle und Kernenergie als „gleichermäßen unentbehrliche Energieträger“ bleiben ein wesentlicher Wahlkampfswertpunkt der CDU. Geholt wird auch gegen die Gesamtschule und gegen den „Rotfunk“ WDR – seit Jahren „bewährte“ Kampagnen, die nun zu Wahlkampfzwecken wieder aufgefrischt werden.

Die Sache mit den „zwei unentbehrlichen Energieträgern“ schien den CDU-Wahlkampfstrategen auch zur Vermarktung ihrer beiden Spitzenkandidaten, Köppler und Biedenkopf, geeignet. Mit dem Slogan „Doppelte Energie für Nordrhein-Westfalen“ sollte wohl suggeriert werden, daß beide zusammen ein ebenso unwiderstehliches Duo abgeben würden wie Bud Spencer und Terence Hill (bzw. Asterix und Obelix) – aus der Film- bzw. Comic-Branche weiß man, daß solche Paarungen ankommen!

Nun, da Köppler tot ist, wird erst deutlich, welch makabres Spiel die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten getrieben hat (und noch treibt). Die erste Verunsicherung nach Köpplers Herzinfarkt war schnell überwunden. Als wenn nichts gewesen wäre, entschied man sich in der CDU-Führungsetage dafür, das Wahlkampfkonzept „doppelte Energie“ beizubehalten. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, Köpplers Krankheit sei nicht so schwer wie befürchtet und er werde noch vor der Wahl wieder öffentlich auftreten. „Plötzlich und unerwartet“ starb er dann, nicht bevor die „Bild-Zeitung“ noch ein letztes „Exklusiv-Interview“ über Fragen der Weltpolitik mit ihm machen konnte – nach Recherchen der „FR“ eine Gemeinschaftsproduktion von Biedenkopf und fünf Bild-Reportern und ohne Wissen, geschweige denn Zutun des „Interviewten“ entstanden.

Wenige Stunden nach Fertigstellung des „Interviews“ war Köppler tot, was „Bild“ allerdings nicht hinderte, es am nächsten Tag abzudrucken. Dann kam die Phase der Trauer und Betroffenheit. Bis zu Köpplers Beerdigung wurde der Wahlkampf eingestellt.

Dann ging es „gemeinsam weiter mit ganzer Kraft für unser Land“: diese Parole löste den Slogan von der „doppelten Energie“ ab. Biedenkopf wurde alleiniger Spitzenkandidat, die Köppler-Plakate bekamen schwarze Balken. War die CDU schon nach Köpplers Herzinfarkt bemüht, seine Krankheit politisch zu vermarkten, wenn auch mit „äußerster Sensibilität“ (CDU-Pressesprecher Geraedts), jetzt war kein Halten mehr.

Noch am Morgen nach Köpplers Tod erschien die „Westfälische Rundschau“ mit der Anzeige: „Jeder kann Heinrich Köppler seine besten Wünsche übermitteln. Und zwar so: Wählen Sie schon jetzt die CDU per Brief.“

Der Appell von Strauß auf einer Kundgebung in der Krefelder Eis-sporthalle noch zu Köpplers Lebzeiten, am 11. Mai „gerechte Vergeltung“ für das „Opfer“ Köppler zu üben, ist zum Leitmotiv für die Endphase des Wahlkampfes geworden. Erlaubt ist, was Stimmen bringt – wen kümmert's, daß ausgerechnet Strauß in einer vertraulichen Rede geäußert hat, ein Ministerpräsident Köppler bedeute für ihn „einen Chefminister zum Erzbischof zu machen“ (Spiegel, 28.4.).

Die SPD/FDP: Die Düsseldorf-Koalitionsparteien haben an schwer kranken bzw. kürzlich verstorbenen Wahlkampfmatadoren nichts der CDU vergleichbares anzubieten. Die pietätvolle Zurückhaltung gegenüber der CDU soll in der Endphase des Wahlkampfes noch aufgegeben werden – der „Spiegel“ zitiert Arbeitsminister Farthmann (SPD): „Maul halten bis nach der Beerdigung von Köppler, und dann voll auf Biedenkopf.“ Gegenüber der „grünen Gefahr“ wird die Linie verfolgt: „Nichts ändern, aber mehr drüber reden“, wie sie z.B. Wischnewski nach dem grünen Wahlerfolg in Baden-Württemberg empfohlen hat: die Wähler besser „über die tatsächlichen Leistungen im Umweltschutz aufzuklären“ („FR“, 2.4.). Entsprechend bemüht sich die FDP, „das Unbehagen vieler Bürger an modernen Lebensformen der hochindustrialisierten Gesellschaft“ („FR“, 19.3.) aufzugreifen. Die SPD hat die Umweltpolitik zu einem von vier Wahlkampfswertpunkten erhoben (neben „freiheitliche Gesellschaft“, „Frau und Familie“ und „Friedenspolitik“). „Technik muß dem Menschen dienen“ heißt es im SPD-Wahlkampfprogramm und „Eine Straße weniger kann mehr sein als eine Ziviel“. Allerdings haben die Sozialliberalen offenbar wenig Zutrauen zu ihren eigenen Werbekampagnen und suchen ihr Heil in vollen Breitenreisen gegen die Grünen. „CDU-Wahlhelfer“ heißt das Stichwort, mit dem die Grünen klein gehalten werden sollen.

Wider besseres Wissen unterstellen vor allem die SPD und ihre Sachwalter in den Gewerkschaftsführungen den Grünen in NRW die gruhlische Verzichtsideologie. Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Zöpel verstieg sich gegenüber den Grünen sogar zu dem Ausspruch: „Wir lassen die soziale Umwelt nicht zerstören, indem wir die Ökologie retten“ („FR“, 24.3.).

Ein gemeinsamer Wahlauftritt von Helmut Schmidt und Ministerpräsident Rau soll zusätzlich die Wähler motivieren, „am 11. Mai ein Zeichen für den Kanzler (zu) setzen“. Die Kandidatur von Strauß spielt im Landtagswahlkampf für die SPD zunehmend eine Rolle. Mit dem Hinweis auf das „Sicherheitsrisiko Strauß“ versuchte Schmidt z.B. auf der zentralen Wahlkampfauftakt-Veranstaltung der SPD in Essen, seine Regierung als Garanten des Friedens zu verkaufen. Mag sein, daß das angesichts der realen Kriegsgefahr der SPD schon verloren geglaubte Stimmen zurückbringt.

Die Hauptsorge der SPD neben den Grünen und der drohenden „Kondolenzwahl“ ist eine geringe Wahlbeteiligung. Um ihr gesamtes Wahlerpotential an die Urne zu bringen, haben

sich die Sozialdemokraten etwas besonders „Originelles“ einfallen lassen. Auf riesigen Plakatwänden prangt neben dem Bild des Bundeskanzlers die Parole: „Wahlen gehen statt Strauß!“

Die Grünen – ohne Chance?

Daß neben dem Landesverband Die Grünen nicht noch weitere grüne und dunkelgrüne Listen zur Wahl antreten, ist keineswegs selbstverständlich. Die in NRW beheimatete „Grüne Partei Deutschlands“ des GAZ-Rechtsaußens Wegener hat sogar versucht, die Kandidatur der Grünen beim Landeswahlleiter anzufechten. Ihre Klage, pikantesweise durch einen Rechtsanwalt vertreten, der gleichzeitig SPD-Landtagskandidat ist, wurde allerdings zurückgewiesen. Die „Union konkreter Umweltschutz“ hat ihre Kandidatur inzwischen wieder zurückgezogen. Ob von solcher Seite weiter offen gegen die Kandidatur der Grünen gearbeitet wird, einige sich etwa zur Unterstützung der „Bürgerpartei“ entschließen, muß abgewartet werden.

Gruhl hat mit seinem jüngsten GAZ-Rundschreiben möglicherweise den Startschuß für öffentliche Stimmungsmache gegen die kandidierenden Grünen – aus der Sicht der reinen ökologischen Lehre – gegeben: „Aufgrund der unterschiedlichen Haltung der Landesverbände kann ich den Freunden im Saarland beistehen, werde aber in NRW nicht auftreten.“

Das Programm, mit dem die Grünen in NRW in den Wahlkampf ziehen, kann sich in Teilen durchaus mit den Programmen bunter und alternativer Listen messen. Eine Kurzfassung dieses Programms ist in einer Auflage von 100.000 gedruckt worden und wird damit einen großen Teil der grünen Wähler erreichen (zum Überspringen der 5 % wären in NRW bei einer Wahlbeteiligung von 80 % 480.000 Stimmen notwendig). Als Erfolg für die Linken ist es zu werten, daß in dieser Kurzfassung nicht zuungunsten „heikler“ Themen zensiert worden ist: In den 19 ungefähr gleich langen Abschnitten finden sich auch Forderungen wie ersatzlose Streichung des § 218, 35-Stunden-Woche; gegen die

Partnerschaftsideologie „in Teilen des DGB“ (!); Verbot aller faschistischen Aktivitäten und Organisationen; Anerkennung der Homosexualität als gleichwertige Form von Sexualität; Widerstandsrecht; Gesamtschule als Regelschule. Am Schluß des Kurzprogramms wird es dann völlig „alternativ“: „da die Grünen strikt gegen jede Form von Personenkult sind“ (na ja!), wurden die zwölf vorgestellten Kandidat/innen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Neben dem Spitzenkandidaten, Bauer Maas aus Kalkar, wird so leider auch die Frauenkandidatin Anne Neugebauer (Platz 2 der Landesliste) unterschlagen. Das war nun wirklich nicht nötig.

Der konkrete Wahlkampf sieht örtlich unterschiedlich aus. Neben dem zentralen Wahlkampfplakat „Mut zum politischen Frühling“ gibt es noch eine Reihe weiterer Plakate zu verschiedenen Komplexen, z.B. „Sichere Arbeitsplätze durch selbst bestimmte Betriebe“, „Thallium in Lengerich, Giftgas in Hamburg, daran dürfen wir uns nicht gewöhnen!“ „Atomkraftwerke – für wenige das Geschäft, für viele der Tod – Atomgegner in den Landtag“, „Für selbstverwaltete Jugendzentren und freie Schulen“. Die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 ist auf Plakaten leider mehr als verschlüsselt worden: „Frauen haben ein Recht auf Wunschkind in einer menschenwürdigen Umwelt“. Um gerade in dieser Frage doch noch konkret zu werden, hat die AG Frauen der Grünen in NRW in einem Rundbrief dazu aufgefordert, im Rahmen des Wahlkampfes Unterschriften für das Tribunal gegen den § 218 zu sammeln.

Besonders schwer fällt erwartungsgemäß die Mobilisierung von Arbeitern für eine grüne Stimmabgabe. Der DGB-Landesbezirk NRW wirft sich voll für die SPD ins Zeug – natürlich nicht gegen Strauß und Biedenkopf, sondern gegen die Grünen. In einer Stellungnahme wird den Grünen eine Politik des Nullwachstums vorgeworfen, die „mit Arbeitnehmerinteressen nicht zu vereinbaren“ sei. In einem Interview, abgedruckt in der Zeitung „Revier“ und in der „Neuen“ (9.4.), weist die Kandidatin auf Platz 4 der Landesliste und Betriebsrätin bei Ba-



yer-Leverkusen, Marjanne Hürlen, darauf hin, daß das wohl für Gruhl, nicht aber für den Landesverband NRW gilt. Das weiß der DGB natürlich auch – aber es wird schon was hängen bleiben.

Vereinzelt haben sich auch grüne Kreisverbände an Aktionen gegen Strauß beteiligt, so z.B. in Aachen, wo die Grünen während des Auftritts von Strauß im Fußballstadion mit einem an gasgefüllten Luftballons hochgelassenen Transparent auf sich aufmerksam machten. Trotzdem muß realistische Zweifel bezweifelt werden, ob diese spärlichen Aktivitäten und die im Programm niedergelegten gewerkschaftlichen Forderungen allein ausreichen, um Einbrüche in die traditionell sozialdemokratische Arbeiterschaft des Ruhrgebiets zu erzielen.

Die Grünen also ohne Chance? In jedem Fall wird das Abscheiden der Grünen in NRW für die weitere bundesweite Entwicklung der grünen Partei von großer Bedeutung sein. Falls das Stimmenergebnis dort deutlich unter 5 % bleibt, wird das zweifellos den rechten Grünen Auftrieb geben, die ihre Wahlanalyse heute schon fertig ausformuliert haben; verantwortlich für das Scheitern wird dann das „linksradikale“ Auftreten gemacht werden, dem das gemäßigte Erfolgsrezept von Bremen und Baden-Württemberg gegenübergestellt wird. Daran sollte kein Linker ein Interesse haben.

Offener Brief an die DKP Offener Brief an die DKP Warum ruft ihr nicht zur Wahl der Grünen auf?

An die Mitglieder der DKP in Nordrhein-Westfalen!

Zu den Landtagswahlen in NRW am 11.5. tritt eure Partei, die DKP, an. „Es gibt nur eine Alternative gegen das Bonner Allparteienkartell“ erklärte kürzlich Hermann Gautier, stellvertretender Vorsitzender der DKP (in „UZ“, 22.3.80) zur Begründung eurer Kandidatur auf Landes- bzw. Bundesebene. Tatsächlich war das Wahlergebnis in Baden-Württemberg auch eurer Meinung nach vom „wachsenden Unbehagen in der Bevölkerung mit den in Landtag und Bundestag vertretenen Parteien“ gekennzeichnet (Bezirksvorstand der DKP zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, lt. „UZ“ vom 18.3.). Trotzdem – für euch brachte es Stimmenverluste, allerdings auch den Einzug der Grünen in den Landtag, das habt auch ihr als „Erfolg“ bezeichnet. Viele Protestwähler trauen „der DKP eine Überwindung der undemokratischen 5 %-Hürde nicht zu“ und somit durch Wahlen keine „Veränderung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung“ hieß es in eurem Kommentar („UZ“, 18.3.).

Auch bei den Landtagswahlen im Saarland gewannen die Grünen 1 % (gegenüber den Europawahlen) während die DKP die Hälfte der Stimmen verlor und auf ein halbes Prozent Stimmenanteil sackte.

0,5 %, das war auch das Wahlergebnis, das ihr bisher in NRW erreichen konntet. Dieser Stimmenanteil könnte den Grünen hier entscheidend zum Sprung über die 5 %-Hürde verhelfen und damit zum ersten Mal nach der KPD in den fünfziger Jahren eine Partei mit fortschrittlichem Programm in den Landtag bringen.

Die SPD möchte noch einmal das Potential der Protestwähler zur Wahl der SPD überreden, sonst könnten Biedenkopf und Strauß die Macht gewinnen, die Grünen würden – so die SPD –, weil sie angeblich keine Chancen auf Landtagsmandate hätten, zum Wahlhelfer von Strauß werden.

Deshalb fordern wir euch auf, eure Kandidatur zugunsten einer Wahlempfehlung für die Grünen zu-

rückzuziehen. Ihr schreibt in eurem Wahlkampfblatt, „jeder echte ‚Grüne‘, der rot sieht, wählt darum DKP“. – Warum sollte er nicht die Grünen wählen, wo immerhin die Möglichkeit besteht, daß seine Forderungen für den Umweltschutz auch im Landtag vertreten sind?

Ihr schreibt, daß bei den Grünen „führende Leute das Recht auf Arbeit, auf Mitbestimmung, auf höhere Löhne, auf Konsum verneinen“. Das ist zweifellos richtig. Stellvertretend für die Mehrheit der Grünen in NRW hat eine Landtagskandidatin der Grünen und Betriebsrätin sich von solchen Thesen Gruhls öffentlich abgegrenzt. Das NRW-Programm der Grünen dürfte von euch da kaum kritisiert sein. So hat Gruhl bekanntlich erklärt, daß er in NRW im Wahlkampf auch nicht für die Grünen auftreten wolle, einige rechte Grüne versuchten sogar eine Kandidatur durch Wahl-anfechtung zu verhindern. Es ist ja bekannt, daß innerhalb der Grünen auch rechte und reaktionäre Kräfte vertreten sind, wir vom KB haben uns wegen solcher Aussagen schon häufig den Zorn aus grünen Kreisen zugezogen. Ihr habt allerdings häufig die Grünen insgesamt als rechte Wahlhelfer von Strauß zu verteuflern versucht, obwohl die Mehrheit der Grünen in NRW „gegen alte und neue Nazis“, gegen Berufsverbote und für Abrüstung eintritt. An einigen Orten haben sich grüne Kreisverbände an den Aktionen gegen Strauß beteiligt.

Ihr kritisiert, daß die Grünen in Saarbrücken im Frauenprogramm nur „verwaschene“ Forderungen zum § 218 hätten – in NRW fordern sie mehrheitlich die ersatzlose Streichung des § 218. Die Frauen müssen um den Erhalt ihres Rechts innerhalb der Partei der Grünen in NRW, über ihr Anliegen selbst bestimmen zu können, weiterhin kämpfen. Dieses Recht besitzen sie in der DKP nicht einmal.

Schon in Baden-Württemberg habt ihr erklärt, ihr wolltet euch um ein „Bündnis“ mit den Grünen bemühen. Nach dem letzten Parteitag der Grünen in Saarbrücken ist – euren Erklärungen zufolge – zwischen euch und den Grünen „das Einigende größer als das Trennende“ geworden („UZ“,

28.3.), ein solches demokratisches Bündnis sei „für die Gegenwart und Zukunft der BRD bedeutsam“ (ebenda).

Andererseits sind für euch die Grünen keine „konsequente Alternative“, ihr befürchtet, sie wollen die „Bewegung in eine Partei umfunktionieren“, die vor allem auf Wählerstimmen aus sei – aus eurem Munde allerdings alles andere als eine glaubwürdige Kritik –! Trotzdem – ihr werdet kaum ernsthaft ein Argument aufbringen können, warum ein Wahlerfolg der Grünen in NRW nicht auch nützlich ist für die gesamte demokratische Bewegung. Wenn wir vom KB den Grünen einen Erfolg bei diesen Wahlen wünschen, dann geschieht dies keineswegs deshalb, weil wir die Grünen für die Alternative hielten. Wir waren für ein gleichberechtigtes Wahlbündnis aller demokratischen und alternativen Kräfte eingetreten – ohne jede Abgrenzungen. Ihr sprecht jetzt zwar auch vom Bündnis mit den Grünen – allerdings bisher stand das nur in der „UZ“ einige Male – mehr nicht. Es gibt auch für den Verzicht auf eure aussichtslose Kandidatur zugunsten der Grünen u.E. kaum ein ernstzunehmendes Gegenargument, solange ein Wahlerfolg gegen die etablierten Parteien auch für euch von entscheidender Bedeutung für diese Wahlen ist. Dennoch wird es wohl so sein, daß solche Argumente bei euch kein Gehör finden; erklärte doch Hermann Gautier jüngst unverblümt für die DKP, daß eure „Hauptaufgabe“ im Wahlkampf das „Ziel“ bleibe (!), „Tausende ... als Mitglieder für die Arbeiterpartei zu gewinnen“ („UZ“, 22.3.80). Mit ähnlichen Argumenten tritt auch der KBW in NRW wieder unverdrossen zu den Wahlen an – den ihr ja für eine politische Sekte haltet.

Zwar werden auch diesmal wieder ein Großteil eurer bisherigen Wähler die Grünen wählen – trotzdem, eure Kandidatur wird der demokratischen Bewegung hier keinen Nutzen bringen – im Gegenteil.

Landesverband der „Grünen“ in Westberlin Partner oder Konkurrent zur „Alternativen Liste“?

Nach der provisorischen Gründung eines Westberliner Landesverbandes der „Grünen“ im März wurde auf der dritten Mitgliederversammlung nun auch die offizielle Gründung mit der Verabschiedung einer Satzung beschlossen.

Allerdings kam die Gründung nur deshalb zustande, weil die AL-„Grünen“, die rund 80% aller Westberliner Mitglieder/innen der Grünen stellen, einige Forderungen lassen mußten, die sich in Zukunft noch negativ zu Lasten der AL auswirken könnten.

Nachteilig wirkte sich aus, daß sich auf der MVV am 18.4.80 nur ca. 101 Mitglieder/innen der „Grünen“ einfanden, was vom Kräfteverhältnis zwischen den rechten „Spandauer“, „Grünen“, der sog. „Mittelgruppe“ um RA Schily, Prof. Flechtheim, Rudi Steinke (ehemals „Langer Marsch“) usw. und den AL-„Grünen“ für letztere negativ zu Buche schlug. Leider versäumten es die AL-„Grünen“, mehr Mitglieder für diese MVV zu mobilisieren. Die beschlossene Satzung entspricht fast der Satzung und den demokratischen Strukturen der AL — Unvereinbarkeitsbeschlüsse lehnt der Westberliner Landesverband ab. Der eigentliche springende Punkt war die Frage, ob mit Gründung eines grünen Landesverbandes gleichzeitig bereits ein Konkurrenzunternehmen gegenüber der AL aus der Taufe gehoben wurde oder ob sich die „Grünen“ insgesamt auf die AL beziehen.

„Grünen“ insgesamt auf die AL beziehen.

Ursprünglich lag ein Satzungsentwurf der AL vor, der beinhaltete, daß die „Grünen“

- die AL als die „kommunalpolitische Vertretung“ anerkennen und somit
- keine Konkurrenz zur AL bilden würden.

Damals wurde vorgeschlagen, daß der Landesverband der „Grünen“ sich nur in bestimmte Arbeitsbereiche untergliedert und auf die Bildung von Kreisverbänden in den 12 Bezirken zugunsten einer Mitarbeit in den AL-Bezirksgruppen verzichtet.

Von diesem an sich sinnvollen Vorschlag sind die AL-„Grünen“ abgerückt und es wurde satzungsmäßig vereinbart, daß der grüne Landesverband zunächst eigene, von der AL autonome Kreisverbände gründet. Von einer Anerkennung der AL als kommunalpolitische Vertretung ist nun auch nicht mehr die Rede. Als Kompromiß nahm die MVV der „Grünen“ einen Antrag von Dirk Schneider (AL) einstimmig an, der da lautet:

„Die Grünen - Landesverband Berlin verstehen sich nicht als Konkurrenzorganisation zur AL Berlin. Sie streben im Gegenteil mit der AL ein enges Bündnis an, das die Möglichkeit, beide Organisationen miteinander zu verschmelzen, nicht ausschließt. Bei den Wahlen 1983 in Berlin(West) darf es nur eine gemeinsame Kandidatur aller demokratischen und ökologischen Kräfte geben!“

In der Begründung dieses Antrags heißt es: „...Der grüne Landesverband sollte von seinen satzungsmäßigen Möglichkeiten her ein eigenständiger, lebensfähiger Verband sein, der in der Lage sein muß, autonome Beschlüsse zu fassen. Wie sich das Verhältnis von Grünen und AL in den nächsten Jahren entwickelt, wird von den realen Verhältnissen und von konkreten politischen Aktionen abhängen und sollte nicht im taktischen Machtpoker von Spekulationen hängen bleiben.“

Hier wird also deutlich, daß der Landesverband mit Zustimmung der AL-„Grünen“ eine mehr oder weniger vage Absichtserklärung gegenüber dem Verhältnis zur AL abgegeben hat, die so ziemlich alles offen läßt. Es wird nur von der Möglichkeit einer Verschmelzung von „Grünen“ und AL — natürlich auf der Grundlage, daß sich die „Grünen“ auf die AL beziehen und nicht etwa umgekehrt! — gesprochen. Von daher ist zu erklären, daß auch „wertkonservative“, „Grüne“ und die „Mittelgruppe“ diesem Antrag zustimmen konnten.

Der „Machtpoker“, der verhindert werden sollte, bricht nun natürlich voll aus.

Das Problem besteht darin, daß sich die AL-Bezirksgruppen mit den zu bildenden grünen Kreisverbänden arrangieren müssen. Zum überwiegenden Teil ist das in den Bezirken relativ leicht lösbar, wo die „Grünen“ fast ausnahmslos AL-Mitglieder sind oder sich die „Grünen“ nur formal gründen werden, aber praktisch-politisch in den AL-Bezirksgruppen „auf-

gehen“.

Allerdings gibt es seitens der „Grünen“ Kräfte, die es erklärmaßen ablehnen, mit der AL zusammenzuarbeiten — so u.a. Rudi Steinke, Prof. Martin Jänicke (aus der SPD ausgetreten) usw. Diese Kräfte aus der sog. „Mittelgruppe“ sowie die rechten „Spandauer Grünen“ pokern um einen eigenen, „lebensfähigen“ Landesverband. Sie befinden sich derzeit in einer klaren Minderheit innerhalb der Westberliner „Grünen“ und können im Grunde genommen nur darauf bauen, Schützenhilfe von kompromißbereiten AL-„Grünen“ beim Aufbau ihrer Kreisverbände zu erhalten, denn allein können sie der AL derzeit nicht das Wasser reichen. Die übergroße Mehrheit der AL-„Grünen“ hat aber deutlich zu verstehen gegeben, daß sie nicht bereit sind, auf Kosten der AL Aufbauarbeit für die „Grünen“ zu leisten, sondern daß sie umgekehrt dahingehend wirken wollen, die AL-kritischen „Grünen“ für eine Mitarbeit in der AL zu gewinnen.

Nicht die „Grünen“ sollen ihr Bündnis mit den AL-„Grünen“ erweitern, sondern die AL ihr breites Bündnis um diese „Grünen“.

Dennoch zeichnen sich in dieser Hinsicht bereits Konfrontationen ab.

Die Wahlen für das siebenköpfige „Geschäftsführende Gremium“ des

grünen Landesverbandes gingen sicher nicht wunschgemäß für die AL aus. Die sog. „Mittelgruppe“ stellt drei Vertreter/innen für diesen Vorstand, hinzu kommen noch zwei weitere AL-„Grüne“, die sich im gesamten bisherigen Verlauf der Debatte um die „Grünen“ allzusehr kompromißbereit gezeigt haben. Die radikaldemokratischen Positionen befinden sich also insgesamt in der Minderheit, was den Vorstand betrifft. Das „Geschäftsführende Gremium“ repräsentiert somit nicht die realen Kräftekonstellationen innerhalb der gesamten „Grünen“ in Westberlin (rund 80% AL-„Grüne“, der Rest besteht aus der „Mittelgruppe“ und den „Spandauern“).

Bundespolitisch kann diese Entwicklung bedeuten, daß der Westberliner grüne Landesverband viel von seiner „Würze“ als radikaldemokratische Bastion im grün-bunten Diskussionsprozeß verlieren wird. Es wird sich zeigen müssen, ob die AL-„Grünen“ in diesem Sinne noch genügend handlungsfähig sein werden oder ob die Westberliner bunte „Waffel“ abstumpft. Landespolitisch steht der AL bis zu den nächsten Wahlen 1983 ein Poker mit den „Grünen“ bevor — das ist jedenfalls mit der Gründung des Westberliner Landesverbandes gleich vorprogrammiert worden.

Zu verdanken ist diese Situation



Berliner Grüne bei ihrer Delegiertenwahl

auch den schwankenden AL-„Grünen“, die aus der insgesamt für sie günstigen Kräftekonstellation einiges

verspielt haben. Die Zeche für diesen Kurs wird die AL insgesamt zu zahlen haben.

Stellungnahme von Corny Littmann zu „Grüne in Saarbrücken“ im „Arbeiterkampf“ Nr. 174

Offener Brief an den Arbeiterkampf

Da ich formale Gegendarstellungen nicht als geeignetes Mittel der politischen Auseinandersetzung betrachte, bitte ich euch, meine Stellungnahme zu den Anpisserien gegen mich in dem Artikel „Grüne in Saarbrücken“ (AK 174) in eurer schwulen Jubiläumsausgabe AK 175 abzdrukken, auch wenn sie nicht dem Pressegesetz entspricht.

Euer Berichterstatter vom Parteitag der GRÜNEN schreibt u.a.: „Aber die Erpressungsmanöver der Rechten zeigten doch Wirkung: Corny Littmann (bekannter Aktivist der Schwulenbewegung) brachte eine Resolution ein, in der die Beschlüsse zu den §§ 174-176 wieder abgeschwächt und relativiert werden. Springmann wird darin zugestanden, daß diese Punkte an der Basis der Grünen tatsächlich noch nicht diskutiert seien. Die dazu gefaßten Beschlüsse sollten daher nur als „Auftrag“ verstanden werden, diese Diskussion nachzuholen, deren Ergebnisse durch das Programm natürlich nicht festgelegt seien. Eine Kommission soll eingerichtet werden, um „auf einem der nächsten Parteitage“ erneut über diese Punkte abstimmen zu können. Dieser Text, der dann mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, soll am Ende des entsprechenden Kapitels im Programm ausgedruckt werden.“

Diese (bewußt?) falsche Berichterstattung hat einen pikanten Grund. Wie heißt es doch so schön am Schluß des Artikels: „Für den KB und andere linke Kräfte, die bisher im wesentlichen außerhalb der Grünen Partei geblieben sind, wird nach dem Saarbrücker Parteitag erneut zu überdenken sein, ob sie jetzt durch eine Mitarbeit in der Grünen Partei und Stärkung des linken Flügels gegen die Revanche-Gelüste der Rechten und gegen allzu große „Kompromiß“-Freudigkeit einiger Linker dem Vorankommen der alternativen Wahlbewegung besser dienen können.“ Es liegt mir fern, darüber zu spekulieren, wie ihr diese 180 Grad-Wendung eurer Politik eurer ohnehin schon arg gebeutelten Basis verklickern wollt und könnt. Ihr werdet selbst genug Probleme damit haben.

Worum es mir geht: ihr werft mir — beliebtes Spielchen unter Linken — Opportunismus und Kompromißlerum vor. Ich habe keinerlei Befürchtungen, die Tatsachen und Hintergründe auf den Tisch zu packen. Soll der Leser doch selbst entscheiden.

Zur Information: Die im AK-Artikel erwähnte Resolution bezieht sich auf den Absatz 521 im Parteiprogramm der GRÜNEN. Die Abs. 519-534 sind zusammengefaßt unter dem Titel „4. Gegen die Diskriminierung sexueller Außenseiter“, dies wiederum ist ein Teil des Programmabschnitts „V.5. Soziale Randgruppen“. Abs. 521 hat folgenden Wortlaut: „Die §§ 174 und 176 StGB sind so zu fassen,

daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind“.

Die auf dem Parteitag am Sonntag verabschiedete Resolution bezieht sich in Punkt 2-4. auf diesen Absatz, also auf die §§ 174 und 176 und nicht — wie im AK fälschlicherweise behauptet — auf die §§ 174 bis 176.

Die Resolution hat zu diesen §§ folgenden Wortlaut:

„2. Zu § 174 und 176 StGB (Abs. 521 im Programm der GRÜNEN): Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist: er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird.“

3. Ziffer 2 dieser Resolution wird im Parteiprogramm am Schluß des Abschnittes V.4 (Anm.: d.h. nach dem Abschnitt „gegen die Diskriminierung sexueller Außenseiter“) unter dem Titel „Bemerkungen zu Abs. 521“ ausgedruckt.“

Diese Resolution ist von mir vorgetragen worden, verfaßt haben wir sie im wesentlichen zu dritt: Roland Vagt (Vertreter der GRÜNEN in Brüssel), Otto Schily (Rechtsanwalt, AL und GRÜNE Berlin) und ich. Die Resolution ist mit großer Mehrheit bei etwa 5 Gegenstimmen angenommen worden.

Tatsächlich hat es, ausgelöst durch die Forderung in der Springmann-Resolution nach Rückverweisung der Programmpunkte „Frauen“ und „soziale Randgruppen“ an die Programmkommission, hinter den Kulissen am Sonntag heftige Auseinandersetzungen gegeben. Vertreter der Mittelgruppe heckten, um Springmann und Co. zu beschwichtigen, einen „Kompromiß“ aus, der etwa so aussah: gib du uns § 218, dann geben wir dir die §§ 174 und 176. Kurz bevor dieser „Kompromiß“ als Antrag gestellt wurde, habe ich erst zufällig von diesen Plänen erfahren. Die Diskussion wurde daraufhin außerhalb des Saales fortgesetzt, mehrere Schwule und Lesben kamen hin. Ich und andere haben sehr schnell und energisch deutlich gemacht, daß für uns eine nach-

trägliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt. Wir haben allerdings auch gesagt, daß sich unser Verständnis von Politik in und mit den GRÜNEN nicht darauf beschränkt, Forderungen auf dem Papier nur mit Mehrheiten abstimmen zu lassen. Hier geht es um das grundsätzliche Verständnis des Programms und seiner Umsetzung. Ich seh das so:

Ich gehe davon aus, daß sehr vielen Delegierten die Problematik der §§ 174 und 176 in ihrer ganzen Tragweite nicht bekannt ist bzw. war. Ich gehe davon aus, daß die Stellung zu diesen Paragraphen — gerade auch unter Linken (!) — noch zu sehr geprägt ist vom schlechten Gewissen und nicht vom besseren Wissen. Fragt doch mal in euren Basisinitiativen, wer überhaupt den Wortlaut dieser §§ kennt. Traut euch doch mal, die Vorbehalte von euren „Pädagogen“, die ihr uns privat zutuschelt und gesteht, zu veröffentlichen! Es kann und darf in der Auseinandersetzung um die Forderung der Pädosexuellen nicht darum gehen, daß — wer auch immer — sein schlechtes Gewissen und seine Unwissenheit dadurch vertuscht, daß er auf einem Parteitag oder auf einem „Beratungskongress“ Forderungen mehrheitlich verabschiedet und damit das Kapitel für sich abschließt. Es muß darum gehen, daß sich viele Menschen — ob nun bei den GRÜNEN oder anderswo — diese Forderungen zu eigen, sprich: zu ihren eigenen, machen und sie entsprechend öffentlich vertreten.

In diesem Prozeß — des-sich-zu-eigen-machens — stehen wir ganz am Anfang. Die ausführliche Behandlung der §§ 174 und 176 auf einem der nächsten Parteitage, der damit verbundene Auftrag an die Partei, sich mit dieser Problematik intensiv auseinanderzusetzen und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene sollen gerade diesen Prozeß fördern. Der Beschluß ist damit — auch wenn euch das vielleicht nicht in'n Kram paßt — nicht rückgängig gemacht worden. Die auf den ersten Blick vielleicht etwas verwirrend erscheinende Formulierung in der Resolution „durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt“ soll deutlich machen, daß es gerade nicht um die „erneute“ (AK-Artikel) Abstimmung geht, sondern um die künftige Auseinandersetzung mit diesen §§. Dies kann selbstverständlich zur Folge haben, daß unsere weitergehende Forderung nach ersatzloser Streichung dieser beiden §§ dann beschlossen wird. Was also spricht gegen eine ausführliche Behandlung unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten, was soll daran denn kompromißlerisch oder opportunistisch sein?

Daß ihr diese vermeintliche „Kompromißfreudigkeit einiger Linker“ als Vorwand und Anlaß nehmt, die

Frage eurer Mitarbeit in der Grünen Partei „erneut zu überdenken“, wer soll euch das Schauermärchen eigentlich noch glauben? Wenn schon keine Selbstkritik, dann verzichtet wenigstens auf so eine schäbige Berichterstattung und so billige Tricks. MANN kann auch wirklich etwas elegant die Hosen runterlassen.



Werther Corny!

Welch' vernichtendes Urteil eines gar gestrigen Lehrers. Schäbig und billig sind wir gewesen, und nun stehen wir auch noch — oh weh! — ohne Hosen da! Wo wir uns sogar etwas darauf eingebildet hatten, als einzige linke Zeitung besagte Resolution überhaupt erwähnt zu haben. Aber das war halt ein klassischer Irrtum. Denn in der Tat weist du uns zwei ganz hämmrige Schnitzer nach, die wir — von dir enttarnt — einfach nicht aufrecht erhalten können:

1. Die Resolution betrifft nicht die Paragraphen 174 bis 176, sondern §§ 174 und 176 (das hatte der Berichterstatter übrigens auch schon bekannt: Es handelte sich um einen Übermittlungsfehler am Telefon).
2. Die Resolution besagt nicht, daß — wie im AK behauptet — auf einem der nächsten Parteitage erneut über die Ausführungen zu diesen §§ im grünen Programm abgestimmt wird, sondern lediglich, daß diese Thematik erneut behandelt werden soll. Zu Recht weist du auf diesen signifikanten Unterschied hin.

Daß die Programmbeschlüsse durch die Resolution wieder rückgängig gemacht worden seien, hatten wir übrigens nicht behauptet. Daß die „Mittelgruppe“ eben dies plante, was „du und andere“ zum Glück „schnell und energisch“ verhindern konnten, wußten wir nicht, nehmen wir aber dankbar zur Kenntnis. So wie du die Sache nun darstellst, kann besagter Resolution nur noch Positives abgewonnen werden. Sie scheint die Programmbeschlüsse ja direkt noch zu verbessern. Da ist dir in der hektischen Situation von Saarbrücken wirklich Erstaunliches gelungen: Die Rechten schreiben nach Revision des Programms, die Mittelgruppe will ihnen die §§ 174 und 176 zum Fraß vorwerfen, Corny Littmann verhindert dies, bringt eine Resolution zur Abstimmung, die reinweg positiv zu werten ist ... und es gibt gerade mal fünf Gegenstimmen! Was könnte eindrucksvoller die Überlegenheit der Linken in Saarbrücken demonstrieren?

Ehrlich, Corny — wir haben euch linke Grüne wohl doch unterschätzt. Wir dachten, weil es in Punkt 1 der Resolution heißt, der Beschluß zum § 218 ist gut und soll so bleiben (dies zitiert du leider nicht), und in Punkt 2, die Beschlüsse zu den 174 und 176 sollten weiter diskutiert werden — mit „open end“ — es handle sich um eine „Abschwächung“ bzw. „Relativierung“. So kann man sich irren. Wahrscheinlich liegt es daran, daß wir die „neue historische Kraft“ mit allzu herkömmlichen Maßstäben messen.

de

Studienkonferenz im Europahaus Bemelen (Niederlande): „Die westdeutschen Wahlen in europäischer Perspektive“

Das „Europahaus der Niederlande“ in Bemelen (bei Maastricht) ist eine zum größten Teil vom niederländischen Staat finanzierte Einrichtung für Politische Bildung; es ist der „Internationalen Föderation der Europahäuser“ (FIME) angeschlossen.

Vom „Europahaus“ werden Kurse und Studienkonferenzen für niederländische und ausländische Gruppen (meist aus der BRD und Belgien) über internationale Fragen durchgeführt.

Am letzten Wochenende im März (28./29.3.) fand in Bemelen eine Studienkonferenz über „Die westdeutschen Wahlen in europäischer Perspektive“ statt. Zentrales Thema war die internationale Wirkung eines eventuellen Wahlsieges von Franz (Josef) Strauß.

Die rund 30 Teilnehmer/innen der Konferenz repräsentierten ein sehr breites politisches Spektrum: von Christdemokraten über Liberale und Sozialdemokraten bis hin zu freischwebenden und organisierten Linken. Entsprechend kontrovers wurde diskutiert — zweisprachige Einigkeit bestand jedoch in einem Punkt:

Strauß als Kanzler? — Nein danke! Strauß? — Nee bedankt!!

Als Referenten waren anwesend:

— Marcel van Herpen (Organisator dieser Konferenz, Mitarbeiter des „Europahaus“, Journalist)
— Johan van Minnen (Mitglied des Europa-Parlaments für die niederländische sozialdemokratische Partei van de Arbeid, PvdA)

— Herman Verbeek (Vorsitzender der im niederländischen Parlament vertretenen radikal-demokratischen Politische Partei Radikalen)

— Max Tripels (Mitglied des niederländischen Parlaments für die konservativ-liberale Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD), die zusammen mit der christdemokratischen CDA die Regierung stellt)

— und als Gast aus der BRD: Bernt Engelmann.

Die CDA, Schwester der CDU, hatte trotz vorheriger Zusage keinen Vertreter geschickt.

Über „Europa“ zur neuen Großmacht

Marcel van Herpen eröffnete die Studienkonferenz mit einem Referat über „Die Europapolitik des F.J. Strauß“: Strauß' „zentrales Leitmotiv“ sei das „Trauma der deutschen Teilung“, sein Hauptanliegen die Wiederherstellung des „Deutschland in den Grenzen von 1937“. Dabei gäbe es für Strauß zwei Haupthindernisse: erstens

habe die BRD zu wenig Macht (u.a. weil sie nicht selbst über Atomwaffen verfüge) und zweitens gäbe es Vereinbarungen zwischen den beiden Supermächten (USA und SU) über die gegenseitigen Einflusssphären in Europa.

Strauß verfolge nun eine aggressive Strategie, um über die wirtschaftliche, politische und militärische „Vereinigung“ Europas die BRD wieder (als zentrale Kraft dieses „vereinigten“ Europas) zu einer Großmacht zu machen.

Damit käme die BRD zu Atomwaffen und gleichzeitig würde das internationale Kräfteverhältnis total zugunsten der BRD verändert. Strauß' weitergehende Zielsetzung sei die Zerschlagung des Warschauer Pakts, indem er alle osteuropäischen Staaten aus dem Einflußgebiet der SU und dem Bündnis mit ihr brechen und sie zu einem „Zwischeneuropa“ (bis hin zur Grenze der SU) machen wolle. Dieses „Zwischeneuropa“ müsse sich (dem „vereinigten“) West-Europa anschließen.

Dieses Ziel wolle Strauß mit einer „Strategie der Stärke“ erreichen. Strauß spiele ein gefährliches Spiel mit dem Risiko eines Atomkrieges und er sei somit ganz sicher ein „Sicherheitsrisiko für Europa“.

Als Tendenzen, die seiner Ansicht nach eine Basis für Strauß' Pläne darstellen könnten, nannte van Herpen:

— In den letzten Jahren sei erneut ein Aufblühen der Idee der „Wiedervereinigung Deutschlands“ (eine „nationalistische Welle in Deutschland“) festzustellen und zwar keineswegs nur in rechten und rechtsradikalen Kreisen, sondern auch in Kreisen der SPD (Bahr und Wehner), in Kreisen links von der SPD (hier nannte er Rudi Dutschke, „bestimmte Tendenzen innerhalb der ‚Grünen‘“ und „bestimmte ‚K-Gruppen‘“, namentlich KBW, KPD/ML und KPD) und teilweise sogar in der DDR (auch innerhalb der SED).

— Weiterhin bekäme die BRD für ihre europäischen „Vereinigungs“-Pläne Unterstützung vor allen Dingen aus Italien und den Benelux-Staaten.

— Zudem gäbe es inzwischen über die wirtschaftliche „Zusammenarbeit“ der EG-Staaten hinaus auch schon Überlegungen über eine engere militärische „Zusammenarbeit“. (Als Beispiel nannte er u.a. „ein Gerücht aus einer vertraulichen Quelle“, nach dem es geheime Verhandlungen gäbe über eine eventuelle Zusammenarbeit bei Nuklear-Waffen zwischen der BRD und Frankreich. Nach einem Bericht

der französischen Zeitung „Nouvelle Observateur“ hat der französische Präsident Giscard d'Estaing eine geheime „Untersuchungskommission“ zu den Fragen einer solchen „Zusammenarbeit“ berufen, die nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich eine Empfehlung vorlegen soll).

Strauß — Nein dankel und Schmidt...?

Am Nachmittag des zweiten Tages der Konferenz diskutierten die Politiker im Forum und das Auditorium über die möglichen Auswirkungen der Bundestagswahlen auf die internationale Situation.

Der Sozialdemokrat Van Minnen wie der Radikaldemokrat Verbeek sprachen sich — selbstverständlich — gegen einen Kanzler Strauß aus.

Besondere Beachtung verdient aber, daß auch der konservative Liberale Max Tripels mit seiner Ablehnung nicht hinter Berg hielt: Seine Partei, die VVD, halte einen Wahlsieg der CDU/CSU und einen Kanzler Strauß für „eine gefährliche Entwicklung in Europa“, da dieser „das deutsche Ideal in den Mittelpunkt und über das europäische Interesse“ stellt. Strauß würde ihn „doch ein wenig mit Schrecken an die Zeit erinnern, die nach dem Zweiten Weltkrieg hinter uns lag“ — ungeachtet der sprachlichen Windungen: eine klare Auskunft!

Verbeek (PPR) und Van Minnen (PvdA) wandten sich nicht nur gegen Strauß, sondern auch gegen Schmidt. Van Minnen: „Ich brauche Ihnen natürlich nicht zu sagen, daß die PvdA etwas gegen Strauß hat; ich brauche Ihnen wahrscheinlich noch nicht einmal zu erzählen, daß wir auch etwas gegen Schmidt haben...“

Verbeek kritisierte die SPD und die Sozialdemokratie prinzipiell, da sie „sich schon sehr weitgehend identifiziert hat mit der ‚Wachstumsgesellschaft‘, mit der Aufrüstung, mit Kernenergie, mit Zentralisierung und Bürokratie“ und außerdem mit der „freien Marktwirtschaft“ (die im übrigen die Ursache sei für die „Wachstumsgesellschaft“). Den SPD-Parteitag im Dezember 79 bezeichnete er als weiteren Schritt nach rechts.

Die Grünen

Neben der Diskussion über einen möglichen Wahlsieg von Strauß, den keiner der Versammelten an der Regierungsmacht sehen wollte und einer

mehr oder weniger weitgehenden Kritik an der SPD wurde auch über die Grünen und deren in Aussicht genommene Teilnahme an der Bundestagswahl debattiert.

Bernt Engelmann vertrat die offizielle Linie der SPD: Die Grünen würden sich durch ihre Beteiligung an den Bundestagswahlen objektiv als „Strauß-Helfer“ betätigen. Die Grünen würden Strauß als „vierte Partei“ „wie ein Geschenk vom Himmel“ zufallen, nachdem er sich selbst jahrelang um die Bildung einer solchen „vierten Partei“ bemüht habe, um „das Parteienspektrum zu sprengen“.

Der niederländische Sozialdemokrat Johan van Minnen dagegen konnte sich sowohl dem Standpunkt seiner Partei wie dem der SPD nicht ganz anschließen. Zwar sehe er, daß die SPD jetzt im Wahlkampf die Grünen als ihren Gegner betrachten müsse und er würde auch — als PvdAler — das seine tun, um die SPD im Wahlkampf zu unterstützen, er würde es aber ablehnen, auf (Wahl-)Veranstaltungen (in der BRD) gegen

Die Grünen zu sprechen, wolle er doch auf keinen Fall, daß die Grünen knapp an der 5 %-Hürde scheitern: „Ich glaube, daß wir auch mal nachdenken müssen über die Möglichkeit, daß die BRD ein Drei-Parteien-Staat bleibt, allerdings mit als dritter Partei — anstelle der nichtssagenden, vagen, völlig überflüssigen FDP — einer ‚grünen Partei‘ im Bundestag.“ In diesem Fall wäre auch eine (linke) Regierungskoalition zwischen der SPD und den Grünen möglich. Die Grünen hätten eine reale Chance, die 5 %-Hürde zu nehmen, und er würde „nicht begreifen, wie Menschen in der BRD, seriöse Politiker, sich heute noch herabsetzend verhalten können gegenüber den Grünen...“

Van Minnen sieht außerdem „die große Gefahr, daß die ‚große Koalition‘ zurückkehren würde, weil CDU und SPD meinen, daß sie mit diesen ‚staatsgefährdenden Leuten‘ (Die Grünen) keine Regierung zustande bringen können und ich brauche Ihnen nicht meine persönliche Auffassung zu sagen, daß das in der Tat das Ende der Demokratie in der BRD bedeuten würde. Außerdem würde dies — ich denke in beiden Parteien — auf jeden Fall aber in der SPD zur Spaltung führen.“

Herman Verbeek begrüßte die Herausbildung einer Alternative zu Strauß und Schmidt. Zwar gehe es auf jeden Fall auch darum, einen Wahlsieg von

Strauß zu verhindern, er sei aber trotzdem auch gegen das „kleinere Übel“.

Wenn Strauß die Wahlen gewinnen würde, so sei keinesfalls die „grüne Partei“ dafür verantwortlich, sondern die SPD, die immer weiter nach rechts abgedriftet sei und durch ihre Ignoranz gegenüber u.a. ökologischen Fragen die Entstehung der „Grünen“ mit hervorgerufen habe.

Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ der BRD ...?

Aus dem Auditorium heraus wurde die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt sinnvoll sei, sich als Niederländer in die „inneren Angelegenheiten“ der BRD einzumischen. Ob es nicht sogar den demokratischen und antifaschistischen Kräften in der BRD eher schaden würde, wenn vom Ausland her „Deutschland“ kritisiert wird.

Dieser Auffassung wurde entgegengehalten, wie sehr den Machern des „Modell Deutschland“ daran gelegen sei, daß die BRD im Ausland das Ansehen eines demokratischen Staates genieße, der sich endgültig von seiner Vergangenheit gelöst habe. Erinnert wurde an den kollektiven Amoklauf der westdeutschen Medien, als Helmut Kohl vor einem Jahr in einer Fernsehsendung von niederländischen Bürgern einige Fragen gestellt wurden, aus denen gewisse Zweifel am demokratischen Charakter des westdeutschen Staates sprachen.

Die Kritik des demokratischen Auslands an den Entwicklungen in der BRD, wurde weiter ausgeführt, sei nicht nur für die demokratische Bewegung in der BRD selbst eine wertvolle Unterstützung, sondern auch für die anderen europäischen Länder selbst eine (Lebens-)Notwendigkeit — gerade weil die BRD über die Hegemonie in Europa erneut zur Großmacht werden wolle.

Nicht Schweigen gegenüber den antidemokratischen Entwicklungen in der BRD sei das Gebot der Stunde, sondern erneute und größere Wachsamkeit gegenüber dem Wirken des „Modell Deutschland“ in der BRD selbst wie seinem Vordringen in die anderen Staaten Europas.

Ein Genosse
aus Sittard (Niederlande)

Niederländische Parlamentarier über Strauß

Die Politiker unter den Podiumsteilnehmern der Studienkonferenz im „Europahaus“ Bemelen — „Die deutschen Wahlen in europäischer Perspektive“ — haben einige Fragen des AK beantwortet, von denen wir hier die Auszüge zum Strauß-Komplex veröffentlichen.

— Max Tripels ist Mitglied der rechtsliberalen VVD, die zusammen mit der christdemokratischen CDA derzeit die niederländische Regierung bildet, und Abgeordneter in der Zweiten Kammer („Bundestag“) des Parlaments.

— Herman Verbeek ist Vorsitzender der radikal-demokratischen PPR, die Mitglied der Regierungskoalition im Kabinett Den Uyl war und heute zur Opposition gehört.

— Johan van Minnen ist Mitglied der sozialdemokratischen PvdA und vertritt diese Partei als Abgeordneter im Europa-Parlament.

ARBEITERKAMPF: Wie sehen Sie die Bundestagswahlen in europäischer Perspektive? Welche Bedeutung hätte Ihrer Meinung nach ein eventueller Regierungswechsel in der BRD für Europa? Max Tripels: Ich bin der Meinung, daß, wenn Strauß Bundeskanzler werden würde, dies eine Bedrohung für Europa wäre. Eine Verschärfung der Profilierung und der Standpunkte im Ost-West-Verhältnis wäre die Folge... Von den Niederlanden aus können wir jedoch nur eine abwartende Haltung einnehmen (es sei denn, daß über das Europa-Parlament offenbar — wie ich heute mittag hörte — doch eine Unter-

stützung für die Wahlen gegeben wird in dem Sinne von „In Gottes Namen keinen Strauß in Bonn auf den Thron!“)... Wir als Liberale, wir haben dieselbe Sorge, vor allem nach dem Besuch von Strauß in Amerika...

Ich muß nochmals sagen: Ich habe große Bedenken, auch gegenüber der Person (von Strauß) ..., denn er ist eine außergewöhnlich unberechenbare Figur, eine gefährliche Figur, weil er sich selbst nicht unter Kontrolle halten kann...

Herman Verbeek: Ich denke nicht, daß Strauß so große Chancen hat. Ich denke, daß Schmidt Mittel genug hat, die Wahlen zu gewinnen... Aber wenn Strauß es schafft, das würde ich für sehr schlimm halten.

Es würde innerhalb der BRD z.B. die Notstandsgesetze und Berufsverbote verschärfen, die Medien und die Wirtschaftsmodelle stark nach rechts drängen. Er würde es auch den Gewerkschaften sehr schwer machen...

Ich halte weiter einen Kanzler Strauß für ein großes Risiko, namentlich für die Dritte Welt. Er wird rücksichtslos und gewissenlos Handelsbeziehungen anknüpfen — mehr, noch als die Unternehmer es jetzt unter Schmidt tun können —, namentlich mit Südafrika und den Diktaturen in Lateinamerika.

Johan van Minnen: Die Wahlen in der BRD haben — wer auch Kanzler wird — bestimmt eine Bedeutung für Europa, weil... Westdeutschland in Europa einfach der beherrschende Machtfaktor ist...

Die Veränderungen werden natürlich vor allem spürbar sein, wenn Strauß Kanzler wird. Ich wage vorzusagen, daß dann in seiner Wirkung nicht auf die westdeutsche Politik beschränkt bleibt. Ich wage sogar zu sagen, daß das auf dem Gebiet der praktischen Politik in der BRD...

noch die geringste Wirkung haben würde. Der Westdeutsche im Lande selbst wird nicht soviel davon merken, Europa aber wird es spüren, weil dann eine expansionistischere Politik kommt, in dem Sinne, daß die westdeutsche Wirtschaft nach außen aggressiver wird, aber auch das westdeutsche nationale Denken im Sinne einer eigenen westdeutschen Verteidigungsmacht.

Man würde es spüren in einem Spannungsfeld, daß vor allem innerhalb Europas zum Osten hin entstehen wird, und das ist für Europa natürlich ebenso schlimm wie eine eigene westeuropäische Krise.

Und man würde es auch spüren, weil es in diesem Europa einen schon vorhandenen Trend bestätigen würde. Man darf nicht vergessen: England hat für Jahre nun eigentlich schon eine Mrs. Strauß, Frankreich kann man — was die politische Moral angeht — völlig beiseite lassen und ein Strauß an der Macht in Westdeutschland bedeutet, daß ein äußerst rechts-reaktionärer Machtblock von drei großen Ländern (England, Frankreich, und Westdeutschland) für ein paar Jahre konsolidiert wird — und das ist für Europa natürlich fatal.



Strauß

NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Getreuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß — ein Faschist?
Die „Sonthofener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u.v.a.m.

erschienen im Buntbuch-Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
in der 3. Auflage: 11.000

100 S.
D91
7,50

Martin von Amerongen

„Ein Mann in seiner Position kann sich nicht erlauben, dreiviertel seiner Zeit besoffen zu sein“

Bernt Engelmann über den typischen Kleinbürger Strauß

Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller war der bedeutendste Gast bei dem Symposium über „die westdeutschen Wahlen in europäischer Perspektive“, das am 28. und 29. März im Europa-Haus Bemelen (Niederlande) durchgeführt wurde. Unvermeidlich fiel bei dieser Zusammenkunft viele Male der Name von Franz Josef Strauß, des Politikers, in dessen Handel und Wandel Engelmann sich im Laufe der Jahre spezialisiert hat. So wie Strauß seinerseits spezialisiert ist im Handel und Wandel von Engelmann, der jener Schriftsteller ist, der nach Meinung des bayerischen Politikers in das Kapitel „Ratten“ und „Schmeißfliegen“ einzuordnen ist. Ein Gespräch mit der Laus im Pelz des christ-sozialen Kanzler-Kandidaten.

Schwarzbuch Franz Josef Strauß

Zwischen uns liegt die neueste, erweiterte und aktualisierte Ausgabe von Bernt Engelmanns *Schwarzbuch Franz Josef Strauß*. Die Schrift ist der materielle Zeuge des halblegalen Klimas, worin selbst er, der Vorsitzende des bundesrepublikanischen Schriftstellerverbandes, zu operieren gezwungen ist.

Wir entnehmen diesen Artikel - mit freundlicher Genehmigung seines Verfassers Martin von Amerongen - der im antifaschistischen Widerstand entstandenen und heutigen radikal-demokratischen Wochenzeitung „Vrij Nederland“ vom 5. April 1980. Die vom Verfasser autorisierte Übersetzung ins Deutsche besorgte die Niederlande-Kommission.

„Weil ich absolut sicher bin“, sagt Engelmann, „daß sowohl meine Post geöffnet wie auch mein Telefon abgehört wird, habe ich den Kontakt mit meinen Verleger über eine Art Code unterhalten. Ich sagte zum Beispiel in so einem Telefongespräch: '... Und weil ich doch in Jugoslawien sein muß, kann ich auf dem Rückweg am besten gleich bei dem österreichischen Drucker vorbeigehen.' Dann war meinem Verleger klar, daß ich dabei war, zur dänischen Grenze zu reisen. Oder ich schrieb: 'Ich denke, daß es absolut notwendig ist, das Strauß-Buch spätestens im September auf den Markt zu bringen. Womit gemeint war, wie die Eingeweihten wußten, daß das Buch meiner Meinung nach spätestens im März erscheinen mußte'. So ist es geschehen. Das Buch wurde am 27. März, einen Tag vor Engelmanns Ausflug in die Niederlande, auf einer

27. März, einen Tag vor Engelmanns Ausflug in die Niederlande, auf einer in Bonn veranstalteten Pressekonferenz präsentiert. Kurz zuvor war jeder Satz des Geschriebenen von zwei unabhängigen voneinander arbeitenden Anwaltsbüros mit Röntgenaugen geprüft worden - in dem Wissen, daß Strauß viel daran gelegen ist, Engelmann - schon jahrelang die hinderlichste Laus in seinem Pelz - einmal heftig auf die Nase fallen zu lassen. Engelmann steht schon seit Jahren auf dem Kriegsfuß mit Strauß und seiner Christlich-Sozialen Union. Als diese Partei im Kontext der allgemein wütenden Baader-Meinhof-Psychose vorschlug, auch die Elemente zu internieren, die früher einer „kriminellen Vereinigung“ angehangen hatten, war es Engelmann, der auf den Umstand verwies, daß eine solche Maßnahme die CSU in ernste personelle Schwierigkeiten bringen würde, angesichts der hohen Anzahl von Ex-SSLern unter ihren Funktionären. Der *Bayernkurier* nannte ihn unlängst „einen der aktivsten, verbissensten und hemmungslosesten Agitatoren im linken Hetz-Kartell“. Beim Verfassungsschutz des wachsamsten Freistaates Bayern ist er darüber hinaus als „Sicherheitsrisiko“ registriert.

„Als ob ich die Sicherheit von Bayern bedrohe, und Strauß nicht die meine“, sagt Engelmann. Sein neues *Schwarzbuch* enthält keine schockierenden Enthüllungen, jedenfalls nicht für den Kenner und Liebhaber. Wohl findet man im Anhang das im Faksimile wiedergegebene Anmeldeformular, das *E III f Strauß, Franz c/43 (b)* 1943 den Weg zur Position des „wehrgeistigen Führers“ ebnete; weiter weist dieses Dokument aus, daß der junge Ideologe seit dem 1. November 1937 als Mitglied des nationalsozialistischen Studentenbundes eingeschrieben und seit dem 1. Mai 1937 als „weltanschaulicher Referent“ beim Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps tätig gewesen ist.

„Ich habe langsam genug davon“, sagt Engelmann, „jeden Tag wieder hören zu müssen, daß Strauß unmöglich eine solche Position bekleidet haben kann. Nun kann jeder Zweifler sich mit eigenen Au-

gen davon überzeugen, daß es natürlich alles wahr ist, was ich schon seit Jahren behaupte. Sicher, vergessen und vergeben ist eine schöne Tugend, aber nicht so meine ich - in dem Fall, wo von einer deutlichen Kontinuität zwischen dem Nazi-Propagandisten von damals und dem Politiker von heute die Rede ist, einem Mann, der Äußerungen gebraucht wie: 'Ich bin ein Deutsch-Nationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam'. Bei dieser Art Worte, ausgesprochen von einem sogenannten demokratischen Politiker, laufen mir wirklich Schauer über den Rücken“.

Engelmann spricht mit sicherer moralischer Autorität. In der Zeit, in der Strauß mit der „wehrgeistigen Führung“ der Jugend von München befaßt war, befand Engelmann sich wegen „Judenbegünstigung“ in dem nur ein paar Kilometer entfernt gelegenen Konzentrationslager Dachau.

Ratten, Schmeißfliegen und ein Pseudo-Intellektueller

Engelmann ist der Mann, der unlängst in die öffentliche Diskussion geriet, als er von Strauß und den Seinen, ganz in der Tradition des ehemaligen Reichspropaganda-Ministeriums, als „Ratte“ beziehungsweise „Schmeißfliege“ bezeichnet wurde. Die Affäre war nicht so förderlich für das brandneue Image des „liberalen, modernkonservativen“ (Strauß über Strauß) Ministerpräsidenten von Bayern. Die linke, liberale Presse sprach von einem Beispiel „verbaler Pestilenz“ und sogar Die Welt, unter normalen Umständen ganz auf Strauß u. Co. eingeschworen, konstatierte ablehnend, daß hier mit der Mistgabel argumentiert wurde. Das

tierte ablehnend, daß hier mit der Mistgabel argumentiert wurde. Das *Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt* nannte den Zwischenfall ein Symptom für „die Schwierigkeit des konservativen Lagers, die geistige Auseinandersetzung mit der links-liberalen und linken Intelligenz im angemessenen Stil zu führen“. Ist der Vorsitzende der westdeutschen Schriftsteller-Gewerkschaft mit dieser Feststellung einverstanden? „Es ist ein ungleicher Kampf“, sagt Engelmann, „denn es gibt in der Bundesrepublik kaum ernst zu nehmende mehr oder weniger rechts stehende Intellektuelle. Wenn ich sehr genau nachdenke, komme ich mit viel Mühe auf eine Zahl von fünf - und alle fünf würden sich heftig gegen das Prädikat 'konservativ' wehren. Der Rest der sogenannten konservativen Intelligenz besteht aus mittelmäßigen Journalisten oder jungen Opportunisten, jenem greulichen Schlag künftiger Manager, die man im Hauptquartier der CSU vorfindet. Nein, auf der Rechten ist in der Bundesrepublik kein Gesprächspartner. Darum ist bei uns, anders als in Ländern wie Frankreich oder den Vereinigten Staaten, keine Rede von einem intellektuellen roll back, dank der Nicht-Existenz konservativer Intellektueller. Ich meine, daß ich als Vorsitzender des Schriftsteller-Verbandes diese Erscheinung recht gut beurteilen kann. Es sind mehrere gut organisierte, erheblich finanzierte Versuche unternommen worden, zum Beispiel von der Seite von Springer, um ein rechtes Gegengewicht gegen den Schriftstellerverband zu gründen. Es ist jedesmal wieder ein großer Reifall gewesen. Die wenigen Leute, die man einzufangen verstand, waren Stück für Stück von dem Schlag, mit dem man sich nicht gut zeigen konnte. So konnte sie keinen besseren Vorsitzenden dieses Anti-Pen-Clubs finden, als einen fünfundachtzigjährigen Greis, der sich vornehmlich als fähiger Bergsteiger auszeichnete. Das war also alles höchst absurd.“

Auf den ersten Blick scheint es vielleicht etwas merkwürdig, daß manche meiner Bücher bei demselben Verlag erscheinen, der die letzte Aufsatzsammlung von Strauß auf den Markt gebracht hat. Auch dieser Um-

stand illustriert die merkwürdige Position, worin wir als linke Schriftsteller verkehren. Sie können mich dort, vorausgesetzt, sie wollten es, nicht hinauswerfen. Die Verlage sind zu einem gewissen Maß von Liberalität gezwungen, weil man nun einmal keinen Fonds aufbauen kann aus drei (zweifelloso gut gehenden) Kochbüchern plus dem Werk eines reaktionären Pseudo-Intellektuellen wie Strauß“.

Ein Pseudo-Intellektueller? „Meiner Meinung nach ist Strauß, ungeachtet alles eigenen Schultergeklopfs kaum ein Intellektueller zu nennen“, sagt Engelmann. „Er tut so, als ob er ein Intellektueller ist. In Wirklichkeit ist er ein typischer, mit ganzen und halben wissenschaftlichen Kenntnissen genährter Kleinbürger, der nur über ein paar auswendig gelernte Werke von Cäsar und Plutarch verfügt, was mehr ein Beweis von grenzenlosem Ehrgeiz ist als von intellektueller Potenz“.

Das einzige, was ihm vergönnt ist, sagt Engelmann, ist eine gewisse Form regionaler Partizipation an den Geburtstagen des „Kandidaten vom großen Geld“. Er ist dann Augenzeuge, wie die Dorfstraße unsicher gemacht wird von den Limousinen der Herren Fliek, Siemens und anderer Repräsentanten der westdeutschen Großindustrie. Die werden dann im Hause Strauß festlich empfangen; ein Gebäude, sagt Engelmann, das vom First bis zum Keller mit Waffen vollgehangt ist. „Es ist psychologisch nicht uninteressant“, sagt Engelmann, „wie dieser Mann auch privat in Waffen vernarrt ist. Nichts vermag ihn mehr zu begeistern als eine Pistole oder ein Jagdgewehr. Es tut mir leid, ich kann das nur für eine verdächtige Leidenschaft halten. Er orderte, als er noch Verteidigungsminister war, einmal eine Bestellung über zehntausend Panzer. Was wollte er damit? Man kann, schon wegen des Platzes, den die Dinger brauchen,

meint Engelmann, ist vor allem nicht ohne Risiken, weil sie mit dem Hang zu einem kräftigen Schluck einhergeht. Die Kuba-Krise zum Beispiel ist größtenteils an dem damaligen Verteidigungsminister vorbeigegangen, weil in dem Moment, in dem Russen und Amerikaner an dem Punkt angelangt waren, den Dritten Weltkrieg anzuzetteln, er schlafend unter einem Busch im Garten des Bundespräsidenten lag, das friedlich schnarchende Haupt im eigenen Erbrochenen. „Es muß gesagt werden“, so Engelmann, „daß dieser Mann physisch gesehen wirklich ein Wunder ist. Es ist an sich schon ein Mirakel, daß er noch am Leben ist. Jeder andere mit einer vergleichbaren Lebensweise wäre schon 'lange an einer Leberzirrhose krepirt. Ich will natürlich keine moralistischen Töne anschlagen, aber ein Mann in seiner Position kann sich, finde ich, nicht erlauben, dreiviertel der Zeit besoffen zu sein. Ich weiß doch - und nun spreche ich eben wieder als Dorfnachbar - wie er regelmäßig spät abends von seinen Freunden nach Hause getragen werden muß. Für meine Bekannten vom Fernsehen ist es ein ständiges Thema, daß Strauß sich schon in der Maske so deftig mit Schnaps und Sekt bedient, daß er kaum mehr - das mitleiderregende Gespräch mit Golo Mann war ein Beispiel davon - in der Lage ist, normal zu argumentieren“.

So hat Engelmann auch kopfschüttelnd die Berichte vernommen von dem letzten Besuch des Kanzler-Kandidaten bei seinem Kollegen in spe, dem rumänischen Staatsoberhaupt Ceausescu. „Es war diesmal der rote rumänische Wein, der ihm nicht ganz gut bekam, und in diesem Zustand hat er versucht, seinen Gastgeber dafür zu begeistern, den historischen Pakt zwischen Deutschland und Rumänien neu zu beleben, Länder, die - fand er gut daran taten, gemeinsam gegen die Sowjetunion aufzutreten. Ich meine, welcher normal funktionierende Politiker läßt sich zu dieser Art lebensgefährlicher Betrachtungen verleiten, ob er nun betrunken ist oder nicht?“, nicht?“

Untermenschen

Untermenschen

Er nimmt nochmals liebevoll sein *Schwarzbuch* zur Hand (Auflage 135.000 Exemplare) und sagt, ein gewisses Behagen daraus zu schöpfen, daß also mindestens 135.000 Landsleute sich nun persönlich davon überzeugen können, daß der „wehrgeistige Führer“ Strauß laut Dienstvorschrift ein „aktiver Nationalsozialist“ hatte sein müssen.

Ist es denn, frage ich, so realistisch, Strauß - wie es Engelmann schon Jahre tut - in die Ecke der Nazis zu stellen, während der Mann faktisch viel mehr deutsch-nationale als nazistische Züge aufweist?

„Ich kann weder heute noch in der Vergangenheit die Tatsachen finden, die eine solche abmildernde Umschreibung begründen würden“, sagt Engelmann. „Was haben die weltanschaulichen Referenten wie er anderen getan, als die NSKK-Soldaten zu lehren, daß die Synagogen in Brand gesteckt, die Juden eliminiert und die Slawen als Untermenschen behandelt werden müssen? Ich will alle Umstände in wohlwollender Erwägung ziehen, die zu seinen Gunsten anzuführen sind, aber ich bin so frei, eine kleine Bedingung zu stellen: die betreffende Person muß auf die eine oder andere Weise deutlich gemacht haben, daß sie mit der Vergangenheit gebrochen hat. Davon ist bei Strauß jedoch keine Rede. Wer ist Franz Josef Strauß? Das ist der westdeutsche Spitzenpolitiker, der auf diese oder jene Weise mit allen neofaschistischen Gruppierungen in Verbindung steht - in Europa und außerhalb. Was könnte mich seine agitatorische Vergangenheit scheren, wenn er, so wie manche andere in den fünfziger oder sechziger Jahren, deutlich gemacht hätte, daß er das damals Geschehene bedauert? Aber Strauß spricht noch immer die Sprache der Nazis, mir gegenüber nicht zuletzt. Gut, ich will milde sein: Es mag sein, daß Strauß kein Faschist ist, aber er handelt zumindest so“.

© Martin van Amerongen / Vrij Nederland

© der Übertragung ins Deutsche: Arbeiterkampf



Waffen

Ungeachtet allen äußeren Scheins, so Engelmann, gibt es ein spezielles Band zwischen ihm und dem Kanzlerkandidaten. Sie wohnen nämlich höchst zufällig beide in dem kleinen bayerischen Dorf Rottach-Egern. „Aber es ist schon Jahre her, daß wir zum letzten Mal ein Wort miteinander gewechselt haben. Ab und zu begegne ich ihm wohl noch einmal auf der Straße. Ich gucke dann interessiert und er guckt dann vornehmlich böse. Das ist schon aller Kontakt, den wir haben“.

nirgendwo damit hin oder man müßte beabsichtigen, die DDR damit zurückzuerobieren. Und wie kommt ein Verteidigungsminister auf die wahnsinnige Idee, sich eine Armada von siebenhundert - übrigens inzwischen zu einem wesentlichen Teil abgestürzten - Starfighter anzuschaffen, wenn er damit keine Angriffspläne hat? Die Zeit dafür war, wie bekannt, dem Verteidigungsminister nicht gegeben, weil er einen etwas unberatenen Überfall auf die Redaktionslokale des *Spiegel* veranlaßte, wodurch er zu vorzeitigem Abtreten gezwungen wurde. Strauß' Passion für Waffen, so

Hamburg: Koordinierungstreffen beginnt zu arbeiten

Das Koordinierungstreffen der Hamburger Anti-Strauß-Initiativen und -Organisationen einigte sich am 24.4. auf nebenstehendes Papier als Arbeitsgrundlage.

In Zukunft soll nach dem Konsensprinzip auf gleichberechtigter Grundlage zwischen den Initiativen und Gruppen über gemeinsame Aktionen beraten werden. Mehrheitsbeschlüsse gegen Minderheitsvoten sollen nicht gefaßt werden. Sollte über bestimmte Aktionen keine Einigkeit erzielt werden, ist das Koordinierungstreffen als solches nicht Träger betreffender Aktionen; es können sich aber beliebige Gruppen des Treffens zusammenschließen und die strittigen Vorschläge in eigener Regie durchführen. So weit - so klar: was an Gemeinsamkeit zustandekommen wird, wird nicht zuletzt von der Überzeugungskraft der vorgeschlagenen Aktionen, Veröffentlichungen etc. abhängen.

Als erster Punkt gemeinsam der Aktivität des Koordinierungsausschusses Hamburger Anti-Strauß-Gegner stand die baldige Erstellung eines Anti-Strauß-Infos auf der Tagesordnung. Nach neuem Unwillen über das Vorgehen der „Initiative gegen Rechts. Stoppt Strauß“, die bereits in ihrem Namen ein fertiges Info vorlegte, das den Anschein eines zentralen Infos erweckt, einigte man/frau sich doch schnell darauf, ein erstes gemeinsames Info Mitte Mai herauszugeben. Es soll Termine zu Anti-Strauß-Aktivitäten, Berichte über Repression gegen Strauß-Gegner/innen und über beispielhafte Ak-

tivitäten enthalten, die sich für die Agitation eignen, z.B. Bericht über den gelungenen Workshop in der HbK. Das Info soll als gefaltetes Doppelblatt erscheinen und für die Agitation der Initiativen/Gruppen in ihrer praktischen Arbeit nutzbar sein. Herausgeber soll der Koordinierungsausschuss der Hamburger Anti-Strauß-Gruppen/Initiativen sein.

Redaktionstermin für die Zusammenstellung der ersten Ausgabe des Infos ist der 7.5., 19.00 Uhr im AstA. Die nächste Sitzung des Koordinierungsausschusses am 13.5., AstA, soll das konkrete Konzept der ersten Ausgabe verabschieden.

Im folgenden wurde eine Liste von Veranstaltungen der nächsten Zeit zusammengetragen:

- 2./3.5. Schüler gegen Rechts, Musikveranstaltung, Markthallen;
- 9.5., SHB, Rechtswissenschaften in den Medien, HWP;
- 2. - 19.5., SO/ZDL, Friedenswochen (siehe AK 175);
- 10.5., Friedensdemonstration Hannover, DFU;
- 13.5., BI-Eppendorf, Strauß - kein Kandidat für Frauen, Truck-Stop;
- für Anfang Juli schlägt BI-Eppendorf eine Open-air-Veranstaltung in Kooperation verschiedener BIs vor, evtl. zu koppeln mit Rock gegen Rechts!
- 13.5., Strauß und Kriegsgefahr, „Volksfront ...“, Jarrestr.

(Veranstaltungen für Ende Mai/Anfang Juni wird man/frau demnächst dem ersten Info entnehmen können.)

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitsgrundlage

Die Hamburger Anti-Strauß-Initiativen einigen sich, ein gemeinsames Koordinierungstreffen einzurichten, das nach folgenden Prinzipien arbeitet:

1. die beteiligten Initiativen leisten aktive Anti-Strauß-Arbeit
2. das Koordinierungstreffen ist für alle Anti-Strauß-Initiativen offen, es kann daher keine Wahlempfehlung zugunsten einer zu den Bundestagswahlen kandidierenden Parteien geben.

Das Koordinierungstreffen trifft sich einmal im Monat, bei Bedarf öfter. Ihm kommen folgende Aufgaben zu:

- Vorbereitung, Koordination und Durchführung von Aktionen, Veranstaltungen regionaler Initiativen untereinander,
- Herausgabe von Informationsmaterial, wie z.B. Flugblätter, Presseerklärungen usw. im eigenen Namen („Koordinierungstreffen der Anti-Strauß-Initiativen in Hamburg“); danach folgt die Aufzählung der darin vertretenen Initiativen und Organisationen).

Das „Koordinierungstreffen“ gibt sich einen „Arbeitsausschuß“ (AA), der sich wöchentlich zu einem festen Termin trifft. Dem AA kommen folgende Aufgaben zu:

- Einberufung des „Koordinierungstreffens“ mit Tagesordnung
- Erstellen von Vorlagen, Entwürfen usw. für das „Koordinierungstreffen“

- Erstellen und Verschicken von Info-Material innerhalb des „Koordinierungstreffens“

D.h., der AA trifft keine eigenständigen Entscheidungen, sondern handelt nur im Auftrag des „Koordinierungstreffens“ und tritt nur unter diesem Namen an die Öffentlichkeit. Der AA tagt öffentlich; es sollten die größten Initiativen kontinuierlich, d.h. vertreten durch eine verantwortliche Person, im AA arbeiten.

Arbeitsprinzip von „Koordinierungstreffen“ und AA ist: Entscheidungen über Aktionen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen usw. werden nur bei Konsens aller anwesenden Initiativen gefaßt. Die Initiativen sprechen mit einer Stimme. Es sind nur diejenigen Initiativen entscheidungsberechtigt, die schon auf dem vorherigen Treffen anwesend waren. Es gibt keine Mehrheitsfindung und keinen Delegiertenschlüssel. Alle Initiativen sind gleichberechtigt. Erhebt nur eine Initiative oder Organisation, die anwesend ist, Widerspruch, den sie nicht im Interesse der gemeinsamen Sache zurückstellen kann, ist das „Koordinierungstreffen“ nicht handlungsfähig. Es bleibt selbstverständlich die Möglichkeit, das Vorhaben unter der Verantwortung und im Namen der übrigen, einiger oder auch nur einer Initiative oder Organisation durchzuführen.

Die Initiativen sprechen mit einer Stimme. Es sind nur diejenigen Initiativen entscheidungsberechtigt, die schon auf dem vorherigen Treffen anwesend waren. Es gibt keine Mehrheitsfindung und keinen Delegiertenschlüssel. Alle Initiativen sind gleichberechtigt. Erhebt nur eine Initiative oder Organisation, die anwesend ist, Widerspruch, den sie nicht im Interesse der gemeinsamen Sache zurückstellen kann, ist das „Koordinierungstreffen“ nicht handlungsfähig. Es bleibt selbstverständlich die Möglichkeit, das Vorhaben unter der Verantwortung und im Namen der übrigen, einiger oder auch nur einer Initiative oder Organisation durchzuführen.

Anti-Strauß Aktivitäten in Münster

Anlässlich des für den 23.4. angesetzten Besuchs von Strauß in Münster bildete sich vor Ort ein in seiner Breite wohl bisher einmaliges Bündnis: In der AE schlossen sich „Frauen gegen Strauß“, Autonomes Frauenreferat der FH, UNI-Frauengruppe, DFI, GO-Frauengruppe, Arbeitsgemeinschaft autonomer Hexen, Grüne Alternative Liste (GAL), Kreisverband Münster „Die Grünen“, Aktionsbündnis „Stoppt Strauß“, Komitee „Stoppt Strauß“, Antifa, VVN, DFU, DKP, SDAJ, MSB, DFG/VK, Ini gegen Berufsverbote, SHB, „Volksfront“ (KPD/ML), FB Sozialwesen FH, KB, Wohnraumrettungsinitiative und Arbeitskreis Umwelt zu Aktivitäten zusammen.

So waren geplant eine Podiumsdiskussion, der „Anachronistische Zug“ (am Tag des Auftritts, zum Ort des Geschehens) und ein „RGR“-Fest. Das Fest konnte allerdings auf-

grund räumlicher Schwierigkeiten nicht realisiert werden. Ebenso fielen der „Anachronistische Zug“ und weitere Aktivitäten zum Strauß-Auftritt ins Wasser, denn Strauß sagte zum 23.4. wegen der „Wahlkampfbetriebung“ nach dem Tode Köpplers ab.

So blieb dem Münsteraner Aktionsbündnis lediglich die Podiumsdiskussion, die am 18.4. stattfand. Etwa 100-150 Menschen waren gekommen, um das „Warum und Wie gegen Strauß“ zu diskutieren. Auf dem Podium waren vertreten die Landtagskandidatin der DKP, ein Vertreter der GAL (Ratsherr und Landtagskandidat der Grünen), eine Frau von „Frauen gegen Strauß“, und ein örtlicher Juso-Funktionär und ein GEW'ler.

Antifa-Kommission/KB NRW

Jagdszenen aus dem Vorwahlkampf



Hat das Wort Demokratie in Bayern schon traditionell einen exotischen Beiklang, fragt man sich nun, ob es im Rahmen des diesjährigen Bundestagswahlkampfes seinen ursprünglichen Sinn ganz einbüßen soll.

Die CSU hat zum Kahlschlag ausgeholt, überall, wo ihr Kanzlerkandidat angegriffen wird, schlägt sie zu oder läßt sie zuschlagen.

Die Liste ist bereits beachtlich:

Sonthofen

Ausgerechnet am Ort der denkwürdigen Rede des Kanzlerkandidaten mußte am 22.1.80 eine Veranstaltung der „Volksfront gegen Reaktion und Faschismus“ zum Thema „Franz Josef Strauß - eine Karriere“ ausfallen.

Grund: Die Polizei kassierte vor Veranstaltungsbeginn eine Videokassette, die Gastwirtschaft, die als Veranstaltungsort vorgesehen war, blieb aufgrund ungeklärter Ursache verschlossen.

Die Beschlagnahmung wurde mit dem in der Kassette enthaltenen Satz, Strauß sei ein „korrupter und bestechlicher Minister“ gewesen, begründet. Diese Aussage lege den Verdacht der „üblen Nachrede gegen Personen des politischen Lebens“ nahe.

Der beanstandete Text war tags zuvor auf einer Veranstaltung in Kaufbeuren von drei Polizisten heimlich mitgeschnitten worden („Taz“, 25.1.80). Die Staatsanwaltschaft in Kempten nahm die Gelegenheit wahr, um ein Verfahren einzuleiten („SZ“, 26.1.80).

München

Nachdem auch ein verschärfter Verweis eine Schülerin nicht daran hindern konnte, weiterhin mit einer „Stoppt Strauß“-Plakette zum Unterricht zu erscheinen, verhängte der Direktor des Klenze-Gymnasiums wegen „Nicht-Befolgung einer Anordnung“ eine Woche Schulverbot.

Da der Vater der Schülerin mit einem Verwaltungswiderspruch eine „aufschiebende Wirkung“ erzielte, wurde das Schulverbot nach zwei Tagen ausgesetzt („FR“, 29. und 31.1.80).

Das Gericht kam jetzt zu der Auffassung, daß das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung hinter der Notwendigkeit, die Ordnung im Schulbetrieb aufrecht zu erhalten, zurücktritt („Nürnberger Nachrichten“ - „NN“, 2.2.80). Der bayrische Kultusminister Maier stellte sich hinter den Direktor der Schule.

An der diesjährigen Verleihung des „Theodor-Heuss Preises“ nahm erstmals kein Mitglied der bayrischen Staatsregierung, geschweige denn der Ministerpräsident persönlich, teil. Im Gegenteil ließ die Staatskanzlei wissen, die Einladung könne „lediglich als Provokation gedacht“ gewesen sein. Geehrt wurde nämlich neben anderen der Giessener Professor H.E. Richter, der Strauß durch einen Beitrag in der „Zeit“ sehr verärgert hatte.

Nachdem die Stiftung Kritik am Verhalten der Staatsregierung hatte laut werden lassen, bezeichnete der stellvertretende Ministerpräsident, Hillermeier, die Preisverleihung als „Entgleisung“. Schließlich habe Richter „in der Maske der wissenschaftlichen Darstellung“ Strauß zumindest durch die Wahl der Worte und Formulierungen „mit Hitler“ verglichen („SZ“, 1.3., „NN“, 3.3., „FR“, 4.3.80).

Seit Frühjahr 1976 beschäftigte die Münchener Justiz die Frage, ob man den CSU-Vorsitzenden so bezeichnen darf, wie er sich benimmt - als „Rüpel“. Im dritten Prozeß kam das Gericht zu dem Ergebnis: man darf nicht! Tut man es trotzdem, macht man sich der Beleidigung schuldig. Der Verteiler eines Flugblattes wurde deshalb zu einer Geldstrafe von DM 600,- verurteilt. Als „mildernden Umstand“ sah das Gericht die straubeigene Wortwahl an, doch, so meinte es, eine Beleidigung dürfe nicht mit einer anderen erwidert werden („FR“, 21.3. und „NN“, 27.3.80).

Bei einer Wahlkampfveranstaltung der CSU in München wurden 16 Besucher von der durch die CSU alarmierte Polizei festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Sie hatten, wohl mit der notwendigen Lautstärke, von Stoiber gefordert, die Bezeichnung „Ratte“ und „Schmeißfliege“ für Bernt Engelmann zurückzunehmen („Neue“, 29.3.80).

Regensburg. Eine Anti-Strauß-Plakette „lieferte“ einer Regensburger Maschinenfabrik nun den langgesuchten Grund, einen ihr mißliebigen Jugendvertreter zu entlassen. Dieser reichte eine Klage auf Zurücknahme beim Arbeitsgericht ein. („NN“, 27.3.80).

Neustadt/Oberpfalz. Ihren Beitrag zur Kaltstellung des politischen Gegners sieht der JU-Kreisverband Neustadt/WN in der Forderung, die „Falken“ aus dem dortigen Kreisjugendrat/WN in der Forderung, die „Falken“ aus dem dortigen Kreisjugendring auszuschließen und ihnen alle Förderungsmittel zu entziehen. Als Begründung dient das (von der CSU selbst ausgesteuert) Gerücht, daß die „Falken“ „oft gegen die Grundsätze unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaates“ verstoßen würden („Neue“, 26.3.80).

Nürnberg. In der städtischen Fachoberschule entdeckte die CSU-Stadtratsfraktion „Politische Propaganda und öffentliche persönliche Verunglimpfung des Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß“. Stadtrat Holzbauer (Fraktionsvorsitzender, der mit der ihm eigenen Unversämtheit Ende letzten Jahres noch Subventionen für die „Grauen Wölfe“ gefordert hatte, erkannte in einem Arsch seinen Vorsitzenden. Dies auf einem Plakat von Süverkrup, das eine Gestalt in zu großen Lederhosen mit Seppplut und einem durch ein Gesäß ersetztes Gesicht zeigt.

Holzbauer: „Das Plakat ist geeignet, den Ruf eines Menschen in besonders abstoßender Weise herabzusetzen und zu schädigen ...“

Deshalb forderte er den Oberbürgermeister per Brief auf, das Papier zu entfernen, und gegen den Schulleiter entsprechend vorzugehen.

Kulturreferent Glaser (SPD) ließ daraufhin das Plakat entfernen. („NN“, 7.2., 1.3.80, „Plärrer“ 3/80).

„Aus der Geschichte lernen - nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“, war eine Ausstellung des Schul- und Kulturreferates der Stadt Nürnberg überschrieben, von der über Nacht fünf Tafeln verschwanden, jene fünf, die sich mit dem Abbau demokratischer Rechte in der BRD beschäftigten.

Aufgefallen war das „linksradikale Machwerk“ natürlich einem engagierten Hüter der Demokratie aus den

Reihen der CSU (Stadtrat Lösch), der hinter dem ganzen „kommunistische Propaganda“ witterte.

Alarmiert durch die Frage, ob der BRD angesichts des Abbaus demokratischer Rechte 1988 ein neues 1933 bevorstehe, wandte er sich an seine Freunde und Helfer von der Polizei, die ihm aber keinen Straftatbestand bestätigen konnte.

Insbesondere erbot sich Lösch die „Diffamierung“ eines der CSU nahestehenden Lehrers. Es handelt sich um den in Nürnberg berühmt-berühmten Lehrer Witzsch, der unter anderem seinen Schülern erzählte, im „Altreich“ hätte es keine Gaskammern gegeben. Laut Gerichtsurteil darf von diesem Geschichtsfälscher behauptet werden: „Witzsch verspricht neonazistisches Gift“ und „Witzsch steht auf Seiten von Reaktionen und Faschisten“. Lösch scheint auf die Nähe dieser Person auch noch stolz zu sein. Für das Verschwinden der beanstandeten Tafeln hatte erneut Kulturreferent Glaser gesorgt („NZ“, 1.3., 8.3.80, „Plärrer“, 4/80).

Es währte nicht lange und Lösch fand einen neuen Stein des Anstoßes. Bei einer Veranstaltung des Pädagogischen Instituts und der Schülermitverwaltung einer Berufsschule, auf der R. Kühnl die „Ursachen des Faschismus/Neofaschismus“ darstellte, wurden die von Lösch als „unerträglich“ empfundenen „Stoppt Strauß“-Aufkleber verkauft.

Zur Veranstaltung kam Lösch höchst persönlich und mimte die Rolle des Verfassungsschützers, mit spitzen Fingern inspierte er z.B. den Büchertisch. Die Ergebnisse seiner Recherchen teilte er seinem Chef den Büchertisch. Die Ergebnisse seiner Recherchen teilte er seinem Chef Holzbauer mit, der auch diese Gelegenheit nicht ausließ, in einem Brief an den Oberbürgermeister gegen die von ihm gewitterte „Politische Agitation im Rahmen von Schulveranstaltungen“ zu holzen („NN“, 26.3.80). Strauß-Gegner in Bayern können sich wohl noch auf einiges gefaßt machen, wenn erst einmal die heiße Phase anläuft.

KB/Nürnberg

Engelmann: Strauß ist ein Nazi

Am 30.3. veranstaltete die Initiative „Freiheit statt Strauß“ zusammen mit den Jusos ein Liederfestival, bei dem Strauß von Engelmann als Nazi bezeichnet wurde. Das rief CDU-Biedenkopf auf den Plan, der darin einen unzumutbaren und eklatanten Verstoß gegen das Wahlkampfabkommen erblickte - ähnlich wie auf Bundesebene haben in NRW die Parteien ein Abkommen geschlossen, sich im Wahlkampf nicht gegenseitig zu beleidigen etc. Besonders verwerflich fand Biedenkopf in diesem Zusammenhang das Verhalten von H. Heinemann (SPD-Chef im westlichen Westfalen), der die Rede Engelmanns beklatscht hatte. Heinemann konterte dann „wortgewaltig“: „All dies paßt in das Konzept der Herren Strauß und Biedenkopf, die demokratischen Freiheiten einzuschränken“ („WAZ“, 2.4.80) - kleinlaut fügte er allerdings hinzu, er sei „verspätet zu der Veranstaltung gekommen, während seiner Anwesenheit (sei) ... der Satz vom Nazi-Strauß nicht gefallen“ (ebenda). Die Initiative wird weitere Kundgebungen im NRW-Wahlkampf - in Bielefeld, Herne, Siegen, Duisburg, Münster und Bochum durchführen.

Nach einem Bericht der NRW-Antifa-Kommission

„Gewerkschafter gegen Strauß“ in Hamburg

Die Hamburger „Initiative gegen rechts – Stoppt Strauß“ hatte für den 22. April zu einer Veranstaltung eingeladen unter dem Motto „Strauß – Bedrohung für die Einheitsgewerkschaft“. Über 400 Menschen, größtenteils junge Gewerkschafter, waren der Einladung an den für diese Art von Veranstaltung bislang durchaus ungewöhnlichen Ort gefolgt: Ins Hamburger Gewerkschaftshaus. Gewerkschaftlich war auch das Podium besetzt. Neben dem Hauptreferent Detlef Henschke vom Vorstand der IG Druck und Papier saßen Horst Mayer Vorsitzender der HBV Hamburg, Birgit v. Randow vom Ortsjugendausschuß der HBV, Hans Peter Koch, Betriebsratsvorsitzender der Unilever und NGG-Mitglied sowie als Diskussionsleiter Frank Teichmüller, Sekretär der IG Metall Hamburg.

„Strauß ist Gewerkschaftsfeind Nummer 1“

In kurzen Reden wurde vom Podium auf die gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten von Strauß eingegangen und eine Reihe von Zitaten aus dem berühmten Stoiber-Papier vorgetragen. Horst Mayer machte den Teilnehmern Auszüge aus einem Beschluß seiner Gewerkschaft gegen Strauß bekannt, den der HBV-Ausschuß nach der Nominierung von Strauß zum Kanzlerkandidaten gefaßt hatte. Er versicherte der Versammlung, daß die Versuche zur Spaltung der Gewerkschaften scheitern werden. „Das werden wir, das wird auch der DGB nicht zulassen. Der DGB wird nicht neutral sein, und wenn es nach mir ginge, wäre er noch konsequenter“. Mit dem Wunsch nach mehr Konsequenz spielte Mayer offensichtlich auf den Beschluß des DGB-Nordmark an, nach dem Gewerkschaftsmitglieder nicht unter Nennung von Mitgliedschaft bzw. Funktion an Anti-Strauß-Initiativen teilnehmen dürfen (s. AK 174). Mayer äußerte sich zu diesem Skandal nur sehr vorsichtig: Die Diskussion darüber sei im DGB noch nicht beendet; die HBV werde sich für eine Rücknahme des Beschlusses einsetzen.

Hans Peter Koch befaßte sich u.a. mit den Entlassungen wegen Anti-Strauß-Plaketten und ging dabei auch mit der IG Bau Steine Erden hart ins Gericht, die in ihrer Frankfurter Hauptverwaltung ihre Angestellte Ute Nanay gekündigt hat, weil sie so einen Aufkleber an ihrem Locher hatte. Koch: „Hier wird der Boden für Strauß bereitet!“

Birgit v. Randow ergänzte die Beschreibung des „Strauß-Klimas“ in der Bundesrepublik mit einer Reihe von Beispielen aus der Jugendpolitik in Bayern, die verdeutlichen sollten, was die Jugend unter einem Kanzler Strauß erwartet.

Henschke: „Einheitsgewerkschaft hieß schon immer auch: Einheit gegen rechts!“

Detlef Henschke, bekannter „Vorstands-Linker“ der IG Druck und Papier, hatte seine Rede unter die Frage gestellt: „Was blüht uns, was können wir tun?“ Seine zentrale These: Die Strauß-Kandidatur ist eingebettet in eine erhebliche Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und ist auch nur dadurch möglich. Seit Mitte der siebziger Jahre befindet sich der westdeutsche Kapitalismus in einer krisenhaften Entwicklung. Ausdruck dieser Entwicklung sei beispielsweise der „Tabu-Katalog“ der Unternehmerverbände, den diese mit dem Mittel der Aussperrung durchzusetzen suchen. Bei den drei großen Tarifkämpfen, bei denen es zur Aussperrung gekommen sei, hätten die Gewerkschaften lediglich versucht, sozialen Besitzstand zu verteidigen. Es gehe also den Unternehmern um den Angriff auf vorhandenen Besitzstand der Arbeiter und Angestellten. Das könne von den Gewerkschaften nur mit vereinten Kräften abgewehrt werden. „Ich glaube, die Zeiten sind vorbei, wo sich einzelne DGB-Gewerkschaften mit verschränkten Armen zurückziehen können und zusehen, wie das denn so läuft“.

Als weiteres Beispiel nannte Henschke die Auseinandersetzung um den NDR. Hier gehe es um einen Angriff auf öffentlichen sozialen Besitzstand. Andererseits mache das Beispiel auch deutlich, daß es nicht nur um die Person Strauß gehe. In Sontheim habe Strauß ange-

ben, mit welchen Mitteln er seine Ziele zu erreichen gedenke: Mit Emotionalisierung, mit dem Schüren von Angst vor einer düsteren Zukunft, so daß er sich als „Erlöser“ anbieten könne. Und diese Politik wird auch umgesetzt, beispielsweise wenn sich das „Fuldaer Tageblatt“ darüber beklagt, daß die „Deutschen nicht mehr feindfähig“ seien, wenn der CDU-Abgeordnete Todenhöfer die Aufstellung einer „Eingreiftruppe“ fordere, oder wenn „Bild“ und „Welt“ in ihren Nahost-Artikeln nur noch von „unseren Ölquellen“ schreiben. Henschke beklagte, daß der Bundes-Presse-Rat in seinem Kodex nach wie vor noch nicht die Bestimmungen des Grundgesetz-Artikels 26 aufgenommen habe, der die Aufhetzung und Vorbereitung von Angriffskriegen verbiete.

Ein weiteres Beispiel für die Emotionalisierung à la Strauß sei die Debatte um den Frauen-Kriegsdienst, die unter einem völlig verstellten Begriff von Emanzipation geführt werde. Die Forderung könne doch nur lauten: „Kein Wehrdienst für Frauen!“ Außerdem müsse die Fortsetzung der Entspannungspolitik gefordert werden.

Was ist also zu tun? Recht nebuloös blieb Henschke, als es um die innergewerkschaftlichen Bedingungen eines Kampfes gegen Strauß ging. Ohne auf die durch das DGB-Nordmark-Papier, den geplanten Besuch von DGB-Chef Vetter bei Strauß und ähnliches umrissene Neutralitätsentwicklung im DGB näher einzugehen, verlangte er immerhin: „Es ist unmöglich, daß sich die Gewerkschaften bei der Abwehr eines Franz Josef Strauß Fesseln anlegen lassen“.

Dafür rührte Henschke an ein ungeschriebenes Tabu des DGB: Er griff Norbert Blum an, den Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse und von DGB-Führern gehänselten christlichen Mustergewerkschafter. Wenn Blum die Strauß-Kandidatur unterstütze, so Henschke, dann habe er wohl die DGB-Beschlüsse nicht aufmerksam gelesen.

Zurückkehrend auf seinen Ausgangspunkt stellte Henschke fest, daß über Strauß nicht nur mit dem Stimmzettel abgestimmt werde, sondern vor allem durch das gesellschaftliche Kräfteverhältnis. Deshalb müssen die Gewerkschaften Ernst machen.

Gewerkschaftsprotest

Gewerkschaftsprotest gegen DGB-Beschluß

Der Beschluß des DGB-Nordmark gegen Anti-Strauß-Aktivitäten stößt zunehmend auf Protest. Nachfolgend eine gegen eine Stimme verabschiedete Resolution des Vertrauenskörpers der HDW-Hamburg vom 21.4.80: „Antrag an die Bezirkskonferenz am 9. und 10.5.1980 in Bremen: Die Bezirkskonferenz möge beschließen, daß die IG-Metall-Bezirksleitung Hamburg den DGB-Landesbezirk Nordmark auffordert, sein Schreiben vom 10.3.80 zurückzunehmen. In diesem Schreiben wird u.a. verlangt, daß man in Diskussionen und Initiativen gegen den Kanzlerkandidaten der CSU/CDU, Strauß, seine eigene gewerkschaftliche Funktionsbezeichnung nicht nennen darf.“

Begründung: Gerade als Gewerkschafter sollten wir aktiv werden gegen Gruppen und Personen wie F. Strauß, die in der Öffentlichkeit unverblümt und unmißverständlich die Bekämpfung der

Bereitet die DGB-Führung Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP vor?

Die April-Ausgabe der DKP-nahen „Nachrichten“ weist von einem offensichtlich geheimen Treffen des DGB-Bundesvorstands in Hinterzarten/Schwarzwald vom Januar dieses Jahres zu berichten. Auf diesem Treffen soll eine Kommission eingesetzt worden sein, die das Verhältnis des DGB zur DKP definieren soll. Orientierung soll dabei ein Beschluß der „Deutschen Postgewerkschaft“ (DPG) sein, der einen direkten Unvereinbarkeitsbeschluß gegen DKP-Mitglieder darstellt (wir haben darüber ausführlich im AK berichtet). Der DPG-Beschluß erlaubt zwar, daß DKP-Mitglieder gleichzeitig auch Mitglieder der Gewerkschaft sind, allerdings empfiehlt er, „DKP-Mitglieder und andere Anhänger dieser Ideolo-

gie weder in gewerkschaftliche Funktionen zu wählen, noch sie als Teamer, Ausschußmitglieder oder hauptamtliche Mitarbeiter zu berufen“. Ausdrücklich wird als Ziel gewerkschaftlicher Bildungsarbeit außerdem festgelegt, „die kommunistische Ideologie in ihren menschenverachtenden Zielsetzungen für jeden Gewerkschafter erkennbar zu machen“.

In der Diskussion: Hindernisse im eigenen Haus beseitigen!

Die meisten Diskussionsbeiträge aus der Versammlung beschäftigten sich mit den jüngsten Vorgängen in den DGB-Gewerkschaften, die darauf abzielen, mit einem möglichen Kanzler Strauß ins Geschäft zu kommen. So stellte eine Kollegin vom Altonaer Anti-Strauß-Stammtisch ausführlich den schon genannten Beschluß des DGB-Nordmark vor, den die „offiziellen“ Redner nahezu völlig verschwiegen hatten. Ein Kollege der IG Bau Steine Erden berichtete über die Entlassung von Ute Nanay und gab eine Unterschriftenliste durch die Fischreihen (über 200 Unterschriften wurden gesammelt). Ein „RGO“-Betriebsrat von der HDW ging auf das geplante Treffen zwischen Vetter und Strauß ein und erinnerte daran, daß der ADGB seinerzeit zur Teilnahme an Hitlers Mai-Feiern aufgerufen hatte, um die Nazis zu versöhnen; nur einen Tag später, am 2. Mai 1933, ließ Hitler die Gewerkschaftshäuser besetzen und die Gewerkschaften auflösen.

Ein Kollege von der Flugzeugbau-Firma MBB berichtete davon, wie die IGM-Jugendbetriebsgruppe Schwierigkeiten mit dem Betriebsrat bekommen hatte, weil sie in ihrer Jugendzeit einen Artikel gegen Strauß veröffentlicht wollte.

Reichlich deplaziert wirkte in dieser Reihe der Beitrag eines Betriebsrates von Gruner + Jahr, der, wie er sagte, etwas ablenken wollte von der innergewerkschaftlichen Kritik und stattdessen eine Wahrede für die „alte abgetakelte“ SPD hielt.

Nach einem Schlußwort von Detlef Henschke, in dem er die Gewerkschaftskritiker aufforderte: „Geht hin und sorgt dafür, daß solche Diskussionen in Euren Gewerkschaften möglich sind!“, wurde die Veranstaltung mit einigen Liedern der Hamburger Songgruppe beendet.

Gewerkschaftsprotest

Gewerkschaftsprotest gegen DGB-Beschluß

Einheitsgewerkschaften bis zu ihrer Zerschlagung propagiert haben“.

Treffen Strauß/Vetter verschoben

Das im letzten AK angekündigte Treffen zwischen Strauß und DGB-Chef Vetter ist auf einen nicht bekannten Termin verschoben worden. Auch die Gründe für die Verschiebung sind nicht bekanntgegeben worden. Es ist allerdings zu vermuten, daß eine Erkrankung von Vetter der Grund gewesen ist. Die Krankheit hat ihn auch gehindert, am 1. Mai neben dem Bundeskanzler Schmidt auf der zentralen DGB-Kundgebung in Stuttgart zu reden.

Erfreulich ist der Beschluß des bayerischen DGB, der kurz vor dem 1. Mai den Münchner CSU-Oberbürgermeister Kiesel als Mai-Redner ablehnte, da dieser im Vorjahr unverschämte gewerkschaftsfeindliche Ausfälle vom Stapel ließ. Traurig nur, daß so einer überhaupt reden durfte!

Bereitet die DGB-Führung Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP vor?

Die April-Ausgabe der DKP-nahen „Nachrichten“ weist von einem offensichtlich geheimen Treffen des DGB-Bundesvorstands in Hinterzarten/Schwarzwald vom Januar dieses Jahres zu berichten. Auf diesem Treffen soll eine Kommission eingesetzt worden sein, die das Verhältnis des DGB zur DKP definieren soll. Orientierung soll dabei ein Beschluß der „Deutschen Postgewerkschaft“ (DPG) sein, der einen direkten Unvereinbarkeitsbeschluß gegen DKP-Mitglieder darstellt (wir haben darüber ausführlich im AK berichtet). Der DPG-Beschluß erlaubt zwar, daß DKP-Mitglieder gleichzeitig auch Mitglieder der Gewerkschaft sind, allerdings empfiehlt er, „DKP-Mitglieder und andere Anhänger dieser Ideolo-

gie weder in gewerkschaftliche Funktionen zu wählen, noch sie als Teamer, Ausschußmitglieder oder hauptamtliche Mitarbeiter zu berufen“. Ausdrücklich wird als Ziel gewerkschaftlicher Bildungsarbeit außerdem festgelegt, „die kommunistische Ideologie in ihren menschenverachtenden Zielsetzungen für jeden Gewerkschafter erkennbar zu machen“.

„RGO“-Betriebsräte nach gewonnenen Prozessen wieder auf der Straße

Die beiden „RGO“-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer müssen sich seit Montag, dem 28. April, wieder auf dem Arbeitsamt melden. Obwohl die beiden in der vorhergegangenen Woche ihre Kündigungsschutzprozesse gewonnen hatten, ist ihnen das Recht auf Weiterbeschäftigung und weitere Ausübung ihres Betriebsratsmandats verweigert worden. Der Hoesch-Vorstand hat beschlossen, gegen die Urteile der Kündigungsschutzverfahren in die Berufung zu gehen und die beiden aufgefordert, den Betrieb zu verlassen.

Die „RGO“-Betriebsräte waren am 19. Februar mit Zustimmung der IGM-Betriebsräte fristlos entlassen worden. Der Hoesch-Vorstand und die IGM-Betriebsräte begründeten das vor allem damit, daß die Veröffentlichung des Sozialplanentwurfs ein schwerer Vertrauensbruch gewesen sei und daß Siemon und Bömer für „beleidigende Äußerungen“ in „RGO“-Flugblättern verantwortlich seien. Anfang März erließ das Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung, in der die Hoesch AG verpflichtet wurde, die beiden weiterzubeschäftigen (siehe Arbeiterkampf 173 und 174). Dagegen legte die Hoesch AG Beschwerde ein.

Die Kündigungsschutzklage Bömer gegen Hoesch wurde ein kurzer Prozeß, da der Rechtsanwalt der Hoesch AG sich rausgehalten hat. Die Hoesch AG hatte vorher die Vertagung des Prozesses beantragt, dem wurde aber vom Gericht nicht stattgegeben. Bömer gewann das Verfahren ohne große Auseinandersetzungen.

Im Prozeß von Siemon am 24. April kam es zum Schlagabtausch. Der Anwalt von Hoesch (ein Anwalt des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl) verlas das „RGO“-Statut und wollte damit beweisen, daß Hartmut im Betriebsrat nur die Mitgliederpflichten der „RGO“ erfüllen würde und daß er für alles von der „RGO“ bei Hoesch herausgebe und verteilte Material die Verantwortung trage, ohne daß er presserechtlich in Erscheinung trete. Der Richter ließ sich auf diese Argumentation nicht ein. Im Urteil stellte er fest:

1. Ob die Veröffentlichung des Sozialplan-Entwurfs ein Betriebsgeheimnis ist, ist im Urteil nicht entschieden.

2. Ob die Veröffentlichung des Sozialplan-Entwurfs ein Betriebsgeheimnis gebrochen hätte, müsse in einem Beschlußverfahren geklärt werden und nicht in einem Kündigungsschutzprozeß. Aber selbst wenn ein Bruch der Schweigepflicht vorliege, könne das kein Grund für eine außerordentliche Kündigung sein, sondern nur für ein Verfahren nach § 23 des Betriebsverfassungsgesetzes zum Ausschluß aus dem Betriebsrat.

3. Die „RGO“-Flugblätter haben einen Pressevermerk enthalten und wenn in den Flugblättern Beleidigungen enthalten seien, müsse gegen den Verantwortlichen geklagt werden. Zu einem Kurz-Info, das Hartmut selbst im Betrieb verteilt hatte, stellte der Richter fest, daß darin zwar sehr kritische Anmerkungen zum Sozialplan enthalten seien, daß er aber keinen beleidigenden Inhalt entdecken könne.

Die Freude an diesen beiden gewonnenen Kündigungsschutzklagen ist getrübt durch das Urteil im Weiterbeschäftigungsverfahren. Am 23. April, also zwischen den beiden Kündigungsklagen, fand die vom Hoesch-Vorstand und vom IGM-Betriebsrat angestrebte Beschwerde gegen die einstweilige Verfügung zur Weiterbeschäftigung statt. In diesem Verfahren lehnte der Richter die Pflicht zur Weiterbeschäftigung ab. Nur wenn hundertprozentig klar wäre, daß die Kündigungen rechtsunwirksam sind, müsse der einstweiligen Verfügung stattgegeben werden, meinte der Richter; selbst wenn nur geringe Anzeichen dafür sprächen, daß die Sozialplanverhandlungen Betriebsgeheimnis seien oder daß die Flugblätter Beleidigungen enthielten, so sei das doch nicht hundertprozentig sicher.

Der IGM-Betriebsrat hatte sich dieser Klage angeschlossen. Dafür bekommt er Rechtsbeistand vom DGB, das heißt, dort klagt ein DGB-Anwalt gegen gewerkschaftliche Positionen, wie das Recht auf Weiterbeschäftigung während des Kündigungsschutzprozesses! Ein anderer DGB-Anwalt hatte sich geweigert, das Mandat zu übernehmen, er nannte als

Begründung seinen Terminplan. Der anwesende DGB-Anwalt hatte dann vorm Gericht ähnlich argumentiert wie der Hoesch-Anwalt: Verdachtskündigung gerechtfertigt, die Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber verletzt und keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung und Ausübung des Betriebsratsmandats. Dort wurde von einem DGB-Anwalt gegen Standpunkte vorgegangen, für die Gewerkschaften an anderer Stelle seit langem eintreten.

Das Ergebnis nach drei Prozeßtagen: Da der Hoesch-Vorstand beschlossen hat, in die Berufung zu gehen, bleiben Hartmut Siemon und Norbert Bömer trotz gewonnener Klagen arbeitslos.

Solidarität mit den „RGO“-Betriebsräten

Am Sonntag vor den Prozessen fand eine Solidaritätsveranstaltung mit etwa 320 Teilnehmern statt, auf der über die bevorstehenden Prozesse berichtet wurde. Günter Waltraff, der sein Kommen zugesagt hatte, konnte wegen einer Erkrankung nicht teilnehmen.

Auch die Prozesse selbst wurden gut besucht. Jeweils 40 bis 50 Leute kamen zu den Gerichtsverhandlungen, darunter auch die Vertreter der Regionalpresse, die regelmäßig und recht korrekt darüber berichteten.

Solidaritätskomitee für die entlassenen Betriebsräte

Alice Siemon
Barsinghausenstr. 23
46 Dortmund 14
Tel.: 0231/23 68 15

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch zu den
Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle

Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 350 Original-Dokumenten

mit Gutachten zum RUSSEL-Tribunal

Die Zeitschrift

„DASDA“ zu diesem Buch:

„...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschußterror praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandswillkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenverschönerung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungsge- werkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

Dieses Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „Fälle“ aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie/IG Druck, HBV und GEW (darunter mehrere M a s s e n ausschüsse) umfänglich beschrieben und dokumentiert.

ISBN 3-88305-011-3
650 Seiten DM 22,-

Buntbuch-Verlag, Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 60

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Immer noch nicht verwirklicht!

Dieser Artikel soll noch einmal den neuesten Stand der z.Zt. laufenden Lohnkämpfe aufzeigen. Im AK 163 gaben wir schon einmal eine Übersicht über den damaligen Stand. „Die gewerkschaftsführenden Einzelgewerkschaften und des DGB unterstützen die Lohnkämpfe finanziell und propagandistisch. Allerdings sind sie kein Allheilmittel – wie es offenbar von einigen Gewerkschaftsführern gesehen wird“ schrieben wir damals im Oktober 79. Deshalb soll gleichzeitig untersucht werden, welche Forderungen nach Abschaffung der Leichtlohngruppen und für gerechte Eingruppierung von den einzelnen Gewerkschaften in den Tarifverträgen der letzten Jahre aufgestellt und durchgesetzt wurden. So heißt es in der Funktionärszeitung „Quelle“ (4/79) richtig, daß die 30jährige grundlegende Gleichberechtigung nicht mehr als eine papierne Formel ge-

Eingruppierung“ zwar eingeleitet, der „Rücklauf (aber) nicht ausreichend (sei), um ein repräsentatives Ergebnis vorlegen zu können. Die Fragebogen-Aktion bestätigte jedoch, daß noch immer eine Vielzahl der weiblichen Arbeitnehmer niedriger eingruppiert ist als die Männer bei teilweise gleichwertiger Tätigkeit. Obwohl wir in den letzten Jahren die sogenannten Frauenlöhne in den Tarifverträgen abschaffen konnten, ist die Frage der richtigen Eingruppierung noch nicht überall gelöst.“

Die Lohnkämpfe der 29 Kolleginnen der Firma Heinze (Fotobetrieb), die auf Zulagen, wie sie die männlichen Kollegen mehrheitlich erhalten, klagten, weil sie die gleiche Arbeit verrichten, sind vom Landesarbeitsgericht Hamm zurückgewiesen worden. Das Gericht konnte keine Diskriminierung erkennen! Im Betrieb selbst versucht die Geschäftsleitung, die Männer in andere Lohngruppen ein-

zufügen (z.B. als Maschinenführer), so daß nicht mehr von gleichwertiger Arbeit gesprochen werden kann. Die Frauen wollen jetzt vor das Bundesarbeitsgericht ziehen, wobei ihnen auch hierfür – wie bisher – die IG Druck Rechtsschutz zugesagt hat. Die IG Druck-Frauen, die z.Zt. die meisten Klagen unterstützen, haben diverse Aktionen auf den Straßen und vor Gericht sowie Unterschriftensammlungen zur Unterstützung der klagenden Kolleginnen durchgeführt. Die Heinze-Kolleginnen berichten auf dem Frauenausschuß der IG Druck, Essen (20.9.): „Trotz des negativen Ausgangs ist die Stimmung bei den Heinze-Kolleginnen gut. Ihre Entschlossenheit, ihr Recht bis zur letzten Instanz geschlossen zu vertreten, hat sich durch das Urteil sogar noch verstärkt. Schon jetzt haben viele – auch nicht unmittelbar betroffene – Kolleginnen angekündigt, daß sie auf jeden Fall nach Kassel zur Verhandlung vor das Bundesarbeitsgericht fahren wollen.“ Mittlerweile haben die Frauen auch eine Dokumentation über ihren Kampf herausgegeben: „Wir wollen gleiche Löhne!“ (siehe nachfolgenden Kasten).

Oft wird auf die Frauen dadurch massiver Druck ausgeübt, daß von den Kapitalisten angedroht wird, die männlichen Kollegen ebenfalls zurückzustufen. In einem uns bekannten Fall – den Ewald-Werken, Söbberheim – hatte die Unternehmensleitung um die Zustimmung des Betriebsrates zur Herabstufung der Männer geklagt und den Prozeß gewonnen!

Zwar erhalten diese die Differenz jetzt als Ausgleichszulage; für die klagenden Kolleginnen war dies offenbar aber Grund, nach ihrem verlorenen Prozeß nicht in Revision zu gehen. Wie in anderen bekannten Fällen hatten die Richter auch hier entschieden, daß die fünfzehnprozentige Zulage für Nachtschicht und Lohngruppe 2 gegenüber den Frauen, die in Wechselschicht arbeiten und in Lohngruppe 1 eingestuft sind, nicht ungerechtigt sei.

Häufige Argumentationen sind auch, daß der Marktwert der Männer eben höher sei, daß nur sie in Nachtschicht zu beschäftigen seien. Und jeder(r) handele seine Zulagen eben selber aus. So oder ähnlich wurden in den Fällen der klagenden Frauen bei beiden Ewald-Werken, Papierwerken Schickedanz und Foto-Heinze geurteilt.

Zu der einzigen erfolgreichen Lohnkämpferin, I. Einemann, Betriebsrätin in einer Delmenhorster

Brotfabrik, die vor Gericht einen Vergleich erstritt, ist mittlerweile eine weitere Gruppe hinzugestoßen: 37 Frauen des Kunststoffverpackungsbetriebes Schmalbach Lubeca, Velbert, erhalten rückwirkend ab Juni '79 den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen. Die Frauen hatten mit Unterstützung der IG Chemie im September '79 Klage beim Wuppertaler Arbeitsgericht eingereicht. Sie verlangten den gleichen Lohn – nämlich Lohngruppe 3 (DM 9,75 pro Stunde), anstatt wie bisher Lohngruppe 2 (DM 9,46 pro Stunde). Bei gleicher Arbeit – die Frauen schufteten täglich am Fließband – hatten sie die Männer teilweise sogar angelernt. Diese Diskriminierung durch die Kapitalisten war wohl zu offensichtlich für die Herren Richter. Am ersten Prozeßtag im November '79 willigte die Unternehmensleitung in die Forderung nach Lohngruppe 3 ein, jedoch mit der Einschränkung, daß für die Frauen hieraus kein Rechtsanspruch abzuleiten sei. Das Gericht formulierte jedoch am zweiten Prozeßtag im Januar einen Vergleich, nach dem die Kolleginnen ohne Einschränkung den gleichen Lohn erhalten müssen wie ihre männlichen Kollegen.

Dies Ergebnis ermutigte auch 90 Kolleginnen der Niederlassung in Lübeck, gegen die ungleiche Bezahlung anzugehen. Bisher waren sie in Leichtlohngruppe 2 eingestuft. Gemeinsam mit dem Betriebsrat der Firma konnte eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden, nach der die Kolleginnen ab 1. April in die gleiche Lohngruppe wie die Männer eingestuft werden. Mit dem Hinweis, daß die Kolleginnen nach dem erfolgreichen Ausgang der Velberter Frauen ebenfalls vor das Arbeitsgericht ziehen würden, gab hier der Kapitalist seine Zustimmung zu einer Vereinbarung. Abzuwarten bleibt z.Zt. noch die Entscheidung des Arbeitsgerichtes Wetzlar, vor dem 24 Frauen der Firma Thyssen-Draht, Aßlar, klagten. Auch hier wird von der Gewerkschaft, der IG Metall, Rechtsschutz gewährt. Die Kolleginnen fordern Lohngruppe 5, nachdem sie bis jetzt jahrelang zwei Gruppen niedriger als die Männer eingruppiert waren. Zwar macht keiner ihrer männlichen Kollegen die gleiche Arbeit – die Kolleginnen arbeiten als Wicklerinnen und müssen 90 verschiedene Kabelsorten unterscheiden und die jeweils richtigen Arten dann selbständig aufspulen – jedoch gibt es zumindest vergleichbare Tätigkeiten. Mitte März beschloß das Arbeitsgericht, zunächst folgende Punkte zu klären: „Ein Gutachter wird beauftragt, er soll die Frage der Anlernfähigkeit

am wirtschaftlichen Wachstum der Kapitalisten orientieren, daß z.B. Frauenforderungen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit noch nie an der Spitze gewerkschaftlicher Forderungen gestanden haben. Noch immer existieren Frauenlöhne in den einzelnen Tarifverträgen. In der hessischen Metallindustrie z.B. wurden die untersten Lohngruppen bis 1974 wie folgt beschrieben: „... einfache Arbeiten, die in dem betreffenden Betrieb üblicherweise von Frauen ausgeführt werden ...“ Eine „rühmliche“ Ausnahme bildet der Baden-Württembergische Metallverband: Dort wurde in den Tarifabschlüssen im Jahre 1967 in den Tätigkeitsbeschreibungen neben dem Hinweis auf körperliche Belastung auch ausdrücklich auf geistige und nervliche Belastung hingewiesen. „Hierunter wird verstanden Nervenbelastung bei gleichförmiger Arbeit, besondere Beanspruchung der Sehnerven bei Kleinststellen und Arbeiten mit der Lupe ...“ In fast allen anderen Tarifverträgen und in den anderen Branchen wie z.B. NGG, Landwirtschaft, Holz, Papier finden sich weiterhin frauendiskriminierende Kategorien der „einfachen“ oder „leichten“ Arbeit. Weiterhin wird in den Tarifverträgen der Faktor Ausbildung sehr hoch bewertet. Dadurch sind Frauen von vornherein in einer schlechteren Position. Denn auch heute noch sind 90 Prozent aller Arbeiterinnen in „Hilfsarbeiten“ tätig. In Angestellten-Tarifverträgen sind die unteren Gehaltsstufen durchweg durch negative Kriterien gekennzeichnet, also z.B. durch Fehlen von bestimmten Anforderungen, welche in den darüberliegenden Gehaltsgruppen honoriert werden: „Verantwortung, Erfahrung, selbständiges Arbeiten, Dispositions-Befugnis.“ Diese Angaben bieten weite Interpretationsspielräume zur Auslegung.

Tarifverhandlungen – wo bleiben unsere Frauenforderungen?

Am 15. Januar 1955 fällt das Bundesarbeitsgericht ein Grundsatzurteil in Sachen Lohngleichheit. Festgestellt wurde, daß der Gleichheitsgrundsatz des Artikel 3 des Grundgesetzes nicht nur die staatliche Gewalt, sondern auch die Tarifvertragsparteien, also Unternehmerverbände und Gewerkschaften, als unmittelbar geltendes Recht bindet. „Eine Tarifklausel, die generell und schematisch weiblichen Arbeitskräften bei gleicher Arbeit nur einen bestimmten Hundertsatz der tariflichen Löhne als Mindestlohn zubilligt, verstößt gegen den Grundsatz der tariflichen Löhne als Mindestlohn zubilligt, verstößt gegen den

junktur – in der nordrhein-westfälischen Metallverarbeitung die beiden unteren Lohngruppen. Nachdem sich die Verhandlungen über ein Jahr hingeschleppt hatten, kam folgendes Angebot der Kapitalisten: Ab Juli 1973 sollte die Lohngruppe 1 gestrichen werden; Lohngruppe 2 sollte jedoch bis 1975 zunächst beibehalten werden. Dieser Vorschlag wurde von der IG Metall unterschrieben. Als in den Tarifverhandlungen im Jahre 1975 von der IG Metall erneut die Forderung nach Streichung der Lohngruppe 2 erhoben wurde, lehnten die Unternehmer mit dem Argument ab, daß nach Wegfall dieser Lohngruppe die dort eingestuft Frauen nach Lohngruppe 4 und noch höher eingestuft werden müßten. Das schien der IG Metall-Verhandlungskommission ein einleuchtendes Argument: So stand im neuen Lohnrahmentarif unverändert die Lohngruppe 2. Sie wurde lediglich zum 1. Januar '76 von 80 auf 82 Prozent des Ecklohns angehoben. Außerdem sorgte die IG Metall sogar mit ihrer Unterschrift dafür, daß diese letzte Leichtlohngruppe im nordrhein-westfälischen Tarif den Arbeiterinnen mindestens bis zum 30. Juni '78 erhalten blieb.

Zu Beginn jener Tarifverhandlungen gab es Anfang '75 – im „Internationalen Jahr der Frau“ – in mehreren Betrieben Warnstreiks. So legten z.B. 600 Arbeiterinnen der Bottroper Haushaltsgerätefabrik, Krups an zwei Tagen die Arbeit nieder. Der Frauenausschuß der IG Metall-Verhandlungsstelle Hagen gab hierzu unter der Überschrift „Unruhe bei den Frauen in der Metallindustrie“ ein Flugblatt heraus: „Wir Frauen sind nicht die Stiefkinder der Metallindustrie ... 1975 das internationale Jahr der Frau? Für uns Frauen in den Betrieben, an den Fließbändern, der blanke Hohn! Wir wollen keine Proklamationen, wir erwarten Taten!“ „Wir Frauen appellieren an die Solidarität aller in der Metallindustrie ... tätigen Arbeiter und Angestellten ...“

Auch in Hessen wurde in den Tarifverhandlungen Anfang '75 die unterste Lohngruppe erneut festgeschrieben, wenn auch die Relation zum Ecklohn – wie übrigens in vielen anderen Tarifgebieten auch – angehoben wurde. In anderen Tarifgebieten, in denen noch mehrere Leichtlohngruppen vorhanden waren, erreichte die IG Metall immerhin, daß die jeweils unterste gestrichen wurde. Dies war allerdings als ein Ergebnis bereits früher vereinbarter Stufenpläne zu sehen, die eben jetzt wirksam wurden.

Dies sind nur einige Beispiele,



blieben ist. Schuld daran haben allerdings – die Frauen selbst.

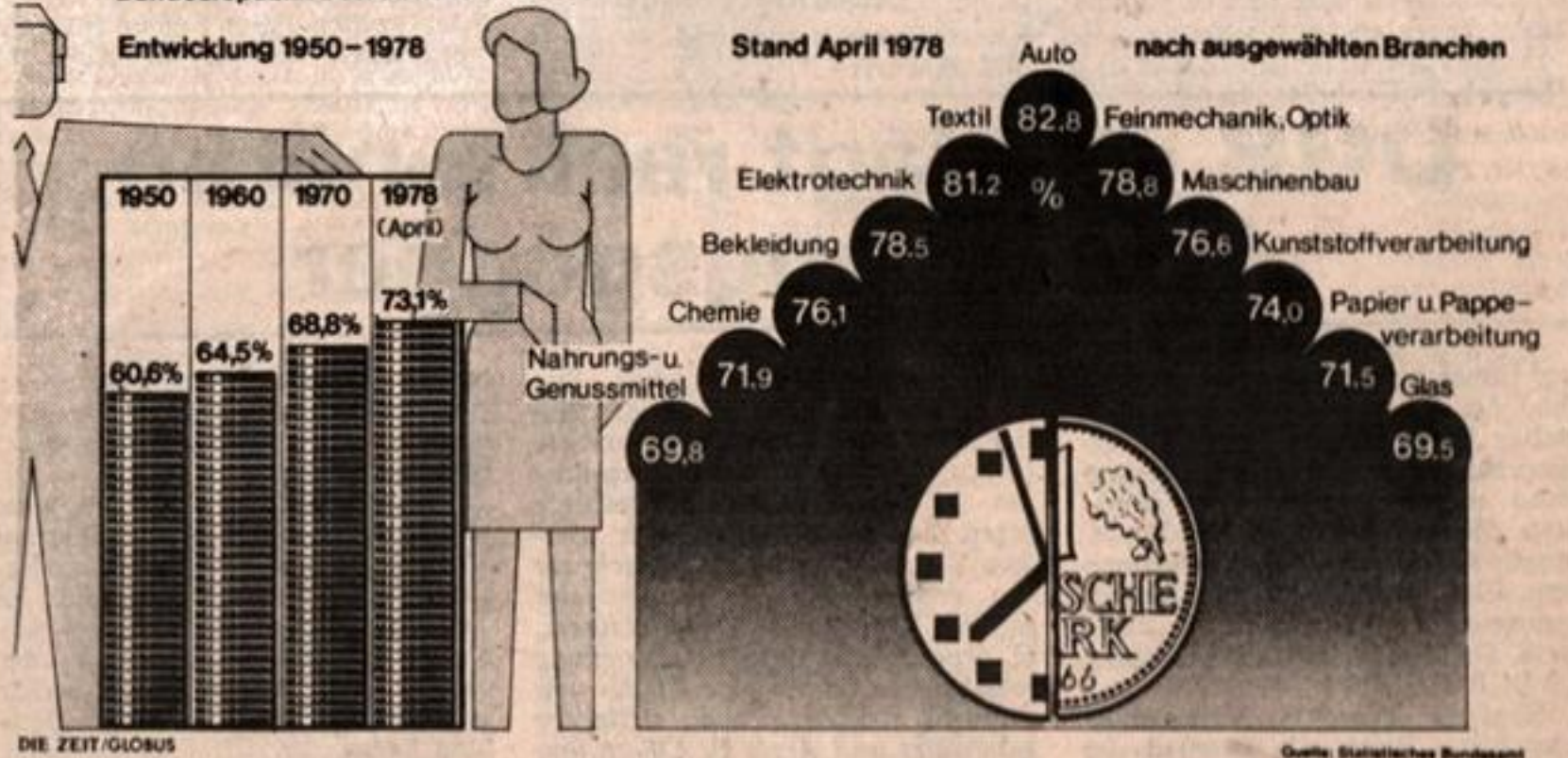
Die „Quelle“ meint, daß es ja genügend Vereinbarungen und Gesetze gäbe, aber: „Es liegt schlicht und einfach daran, daß geltendes Recht nicht durchgesetzt wird.“ Deshalb hätte A. Renger auch ihre Unterstützung bei den Klagen zugesagt. „Die Resonanz auf ihre Aktivität war nicht gerade berauschend. Die Arbeitgeber-Meinung, Frauen hielten eher still, mit ihnen könne man alles machen, wird durch die Frauen selbst bestätigt.“

Aktion gerechte

Aktion gerechte Eingruppierung und Lohnkämpfe

1974 wurde von den Frauen der IG-Druck die „Aktion gerechte Eingruppierung“ erstmalig bundesweit ausgerufen. Fragebogen und Handlungsanweisungen leiteten die Aktion ein. „Kolleginnen berichteten auf der 6. Bundesfrauenkonferenz der IG-Druck und Papier 1977: Innerhalb von 4 Wochen haben wir Versammlungen in 17 Abteilungen durchgeführt mit insgesamt 400 Wortmeldungen zu Eingruppierungsfragen. Überall ist ausführlich diskutiert worden. Der Frauenausschuß hat sich eingeschaltet. Alle diese Aktivitäten führten dazu, daß auf einmal die Unternehmensleitung sich bereit erklärte zu verhandeln. Das war vor einem Jahr und heute haben wir ein Ergebnis. Ab April wurden ca. 350 Kolleginnen höhergruppiert, und dabei handelt es sich um echte Lohnerhöhungen zwischen DM 0,18 und DM 0,80 für die Stunde – keine über tariflichen Lohnbestandteile sind angerechnet worden. Und dann haben wir den gleichen Weg beschritten bei der Eingruppierung von 650 Angestellten im Außendienst; hier haben wir Gehaltserhöhungen bis zu 350 DM durchsetzen können“ (L. Doormann, „Keiner schiebt uns weg“). Die Aktion wurde ausgeweitet auf die Rationalisierung im Angestelltenbereich „Aktion Frauen im Büro“. Auch hier haben Umfragen ergeben, daß 61% der Frauen sich nicht richtig eingruppiert fühlen, und 52% bestätigen, daß ihre Arbeitsplätze durch Rationalisierungsmaßnahmen in Gefahr seien. Andere Einzelgewerkschaften haben diese Aktionen ebenfalls durchgeführt. So die IG Metall im „Jahr der Frau“ 1975. Eine Auswertung liegt nicht vor. Die IG Chemie berichtet in ihrem Geschäftsbericht zur Frauenarbeit (1976–1979), daß die „Aktion richtige

Stundenverdienste weiblicher Arbeiter in % der Männerverdienste Bundesrepublik Deutschland



(Zeitdauer) und die Spezialisierung der Arbeit untersuchen. Die Tarifvertragsparteien wurden mit einem Schreiben aufgefordert, eine klare Definition über die körperlichen Belastungen der Lohngruppen 2, 3 und 4 vorzulegen“ („WdA“, 20.3.80). Interessant ist hierbei, daß die geforderte Lohngruppe 5 überhaupt nicht erwähnt wird, und daß für das Gericht offenbar nur körperliche Belastungen zählen, wenn es um gerechte Eingruppierung geht!

Frauendiskriminierende Tarifverträge

Die „Aktion richtige Eingruppierung“ hat sicher der einen oder anderen Frau geholfen. Auf der anderen Seite zeigen die Jahr für Jahr stattfindenden Tarifverhandlungen, die sich

Lohnungleichheitsgrundsatz und ist nichtig“, so das Bundesarbeitsgericht (C.Pinl, „Das Arbeitnehmerpatritariat“).

Bis heute erfolgte keine Streichung der unteren Lohngruppen! Ab und zu wird die Forderung erhoben, aber zum Teil mit einer seltsamen Begründung. Hierzu heißt es in einem 1972 von der Abteilung Frauen beim DGB-Bundesvorstand herausgegebenen Manuskript „Volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit“: „Die Leichtlohngruppen müssen fallen, damit nicht eines Tages auch Männer in die leichten und einfachen Lohngruppen abrutschen“ (ebenda).

Die IG Metall kündigte 1971 – zur Zeit der sogenannten Hochkon-

die aufzeigen, wie wenig ernsthaft die Gewerkschaftsführung sich für die Abschaffung der Leichtlohngruppen einsetzt(e).

Wird der Abstand zu den „Männerlöhnen“ geringer?

Eine der wichtigsten Argumentationen zur frauenfreundlichen Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer ist, daß schließlich der Abstand der unteren Lohngruppen zum sogenannten Ecklohn immer geringer würde. Das ist erst einmal richtig, aber der Ecklohn, der im Jahre 1950 z.B. die höchste bzw. zweithöchste Tarifgruppe war, steht jetzt im Mittelfeld oder noch niedriger (In der Metallindustrie ist er anhebter von insgesamt zehn Stellen). Fortsetzung nächste Seite



Das Lied, das vor dem Gericht in Gelsenkirchen entstand

Wir wollen gleiche Löhne!

... unter diesem Titel haben die Heinze-Frauen eine Dokumentation zu ihrem Kampf herausgebracht. Ausführlich berichten sie über ihre Diskussionen im Betrieb, den langen Gang durch die Gerichtsstufen – bis hin zu dem Schritt, jetzt vor's Bundesarbeitsgericht zu ziehen. Jede Einzelne kommt zu Wort und spricht über ihre persönlichen Erfahrungen, die sie während des Kampfes machte. „Diese Dokumentation soll anderen Frauen Mut machen, auch für ihre Interessen einzutreten“, schreiben die Heinze-Frauen und „Wie der Prozeß auch endet, wir selbst und alle, die Anteil daran genommen haben, haben auf jeden Fall bei der Klageaktion gewonnen, denn wir haben gelernt, für unsere Interessen einzutreten und wir haben alle mehr Selbstbewußtsein“.

Das Buch ist erschienen unter der Reihe rororo aktuell 4623, herausgegeben von Marianne Kaiser. Das Buch ist über das ARBEITERBUCH, Grindelhof 45, 2 Hamburg 13, erhältlich.

Fortsetzung von der letzten Seite

len zu finden). Nach oben sind inzwischen neue Lohngruppen für Facharbeitergruppen hinzugekommen.

Auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag '71 wurde eine Resolution verabschiedet, in der gefordert wird: „Die Tarifverträge sind so zu gestalten, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen sowohl prozentual als auch in gleichen Geldbeträgen für alle Lohn- und Gehaltsgruppen durchsetzbar sind.“ Jahr für Jahr werden daher in den Tarifverhandlungen Prozentforderungen erhoben und als „Bonbon“ für die unteren Lohngruppen höchstens zusätzlich geringe Sockelbeträge abgeschlossen.

Bereits im Jahre '70 wurde jedoch auf der Frauenkonferenz der IG Metall für lineare Forderungen plädiert, so daß jede(r) Beschäftigte den gleichen Geldbetrag erhält.

E.Loderer, Vorsitzender der IG Metall meinte hierzu: Lineare Lohnforderungen seien Forderungen „im Sinne einer abstrakten Gerechtigkeit“ („Expres“, 4/73).

Frau sieht, die Gewerkschaftsführung selbst hat recht wenig getan, um die Lohnungleichheit und selbst die Leichtlohngruppen abzuschaffen.

In den Tarifkommissionen, in de-

nen die Vorstandsempfehlungen für die Tarifpolitik „durch demokratische Abstimmungen abgesegnet“ werden, sitzen meist Männer unter sich. „In den Gewerkschaften Bekleidungsindustrie (Beschäftigungsanteil der Frauen: 82%) sind etwa die Hälfte der Tarifkommissionsteilnehmer weiblich“, jedoch „in der Textilindustrie sind es dagegen weniger als 10 Prozent (Anteil der Frauen an den Beschäftigten: 52%). Die Tarifkommissionen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung werden auf Bezirksebene gewählt, dabei entfallen auf jede Verwaltungsstelle nur ein, zwei oder drei Mandate, die dann fast regelmäßig an männliche Kollegen vergeben werden“ (C.Pinl).

In den letzten Tarifrunden wurden kaum noch Forderungen nach Abschaffung der Leichtlohngruppen aufgestellt (im Jahr 78/79 lediglich in zwei Bezirken der IG Metall). Wenn hier nicht der Kampf gegen die Lohndiskriminierung von Frauen aufgenommen wird, können auch Lohnklagen nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit bewirken.

♀ Kommission Betrieb und Gewerkschaft ♀

DGB verklagt reaktionären Abtreibungsgegner

Der Ulmer Arzt Siegfried Ernst, Mitglied der württembergischen evangelischen Landessynode, wurde im vergangenen Jahr vom DGB-Bundesvorstand angezeigt wegen Verunglimpfung der gewerkschaftlichen Forderungen zum § 218 in Baden-Württemberg. Das Amtsgericht Donaustadt verurteilte den Arzt jetzt zu 1.600 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung des DGB.

Siegfried Ernst ist kein unbeschriebenes Blatt. Als Mitglied der CDU (früher auch Stadtrat) und Vorsitzender der Europäischen Ärzteaktion betreibt er seit Jahren an vorderster Front aus faschistoider Sicht den Kampf gegen die Abtreibung. Baden-Württemberg ist bekanntlich ein von der CDU regiertes Bundesland, das neben Bayern die schlechtesten Bedingungen in der BRD für Abtreibungen vorzuweisen hat. Besondere Richtlinien durch Kreisverbände, Krankenhäuser und Klerikale erschweren schwanger gewordenen Frauen, die kein Kind haben wollen, die Abtreibung enorm. Selbst die Möglichkeiten, den „reformierten“ § 218 auszunutzen, sind fast ausgeschlossen, weil Ärzteschaft und Reaktionäre ein breites Bündnis geschlossen haben. 1976 hat die Synode, der S. Ernst angehört, eine grundsätzliche Verweigerung eines ärztli-

chen Eingriffs ausgesprochen. Der DGB-Landesbezirk forderte die Einrichtung von Modellzentren, brachte Informationsblätter zur Neuregelung des § 218 heraus und protestierte gegen das Unterlaufen dieser „Reform“. „Modellzentren bezeichnete ein evangelischer Landessynodaler gar als 'Embryonal-Mord-Syndikate, in denen gegen Geld auf Bestellung massenweise ungeborene Kinder umgebracht werden, Frauen zeitlebens geschädigt und Ärzte zu Killern umfunktioniert werden'. Modellzentren seien eine 'antimenschliche Einrichtung zum Vollzug des modernen Holocaust an Ungeborenen'. Der DGB wird in die Nähe der NSDAP gerückt“ (Dr. med. Siegfried Ernst, Schreiben vom 16.2.79, aus „Analyse und Dokumentation § 218 des DGB in Baden-Württemberg“). Diese und ähnliche Ansprüche waren vor Gericht verhandelt worden. Doch die wahre faschistische Gesinnung dieses Mannes wird mit seinem folgenden Vergleich deutlich:

„... nicht einmal Hitler wagte es, die Ärzte öffentlich zum Töten aufzufordern und sie zum Bruch ihrer Berufspflicht, 'niemals zu schaden und niemals zu töten', öffentlich zu zwingen. Seine Massenliquidationen fanden unter dem Siegel strengster Geheimhaltung statt. Heute aber

maßt sich der DGB an, diese Forderung öffentlich an die Ärzteschaft und die Landesregierung zu stellen“ (Dokumentation s.o.).

Angesichts dieser Tatsache ist das Urteil, 1.600 DM, ein schlechter Witz, das den DGB kaum zufriedenstellen dürfte und schon gar nicht die Tausende geschädigter und diskriminierter Frauen, die nur Recht täten, diesen Mann massenhaft zu verklagen. Doch S. Ernst hat bereits Berufung gegen das Urteil angekündigt, er erklärte: „Die DGB-Forderung nach – so der Arzt wörtlich – 'mehr sozialer Tötung' ungeborenen Lebens sei eine Beleidigung der Ärzteschaft“ („FR“, 5.4.80).

♀ Kommission Betrieb und Gewerkschaft ♀



Berufstätigkeit von Müttern verfassungswidrig?!

Auch Teile der hessischen SPD scheinen sich inzwischen engagiert an dem Kreuzzug zur Rettung der Familie zu beteiligen (die Vorreiterrolle der süd-hessischen CDU an diesem Manöver haben wir schon im AK 172 beschrieben).

Im Lahn-Dill-Kreis wurde einer Lehrerin die Verlängerung des Anstellungsvertrages verweigert, da ihre „Hauptbeschäftigung ihre Tätigkeit als Hausfrau und Erzieherin ihrer drei Kinder sei, denn sie lebe in einer 'intakten Familie'“ („Frankfurter Neue Presse“ – „FNP“, 7.3.80). Ihre Lehrbeauftragung sei daher „als Nebenbeschäftigung einzustufen, die nicht dem Kündigungsschutz unterliege“.

Die hessische SPD-Landesregierung, die hier vertreten durch ihren Kultusminister als Arbeitgeber fungiert, zieht in ihrer Begründung für die Kündigung sogar das Grundgesetz heran: Schließlich sei dort der „intakten Familie ein außerordentlich hoher Stellenwert“ zugemessen („FNP“, 7.3.80).

Die Lehrerin, die nach dem 2. Staatsexamen nicht in den Schuldienst übernommen worden war („Lehrerschwemme“?!), und seitdem halbjährlich sich immer wieder um eine Einstellung in den Schuldienst

beworben hat, sich jedoch immer mit befristeten Arbeitsverträgen begnügen mußte, ging vors Arbeitsgericht Wetzlar. Dort bekam sie recht. Das Gericht verpflichtete das Land, die Lehrerin weiter zu beschäftigen. „Das Land, so heißt es in der Urteilsbegründung, könne sich nicht auf das Grundgesetz berufen, „um einer Mutter als Arbeitnehmerin den Kündigungsschutz zu versagen“ („FNP“, 7.3.80). Außerdem habe die Frau durch ihre ständigen Bewerbungen bewiesen, „daß sie ihre wesentliche Aufgabe nicht allein in der Führung des Haushalts und der Erziehung ihrer Kinder sehe“ (ebenda; Aktenzeichen: 2 Ca 248/79).

Das Land hat tatsächlich Berufung gegen das Urteil angekündigt. Die hessische Landesregierung scheint die Ende Januar von allen Parteien im Bundestag einmütig bekundete Entschlossenheit, „die Familie als wichtigste Gliederung der Gesellschaft weiter zu stärken“ („FR“, 25.1.80), äußerst ernst zu nehmen.

Auch Dr. Bernhard Löwenberg, seines Zeichens CDU-Landrat im südhessischen Main-Taunus-Kreis, macht sich stark für den Kampf gegen die Verrottung der Familie: Dort war einer Lehrerin der Arbeitsvertrag

zum 1. Januar gekündigt worden, weil sie schwanger war, und ihr Mutterschutz am 17. Februar dieses Jahres angefangen hätte. Das war dem Landrat zu viel Unterrichtsausfall:

„Der Kreisausschuß habe das Interesse einer Vielzahl von Schülern mit dem Interesse der betroffenen Lehrerin sehr wohl abgewogen“ und sei dabei zu dem Schluß gekommen, daß der Rauswurf der Lehrerin als ein „Beitrag zur Kinderfreundlichkeit und Familienpolitik“ einer Verlängerung des Anstellungsvertrages vorzuziehen sei!!! („FAZ“, 11.4.80).

Dr. Löwenberg ist uns übrigens in seinem übergroßen Eifer, in uns Frauen wieder Lust zur Familiengründung und zum Kinderkriegen zu erwecken, schon einmal aufgefallen: Er gründete im Februar dieses Jahres in seinem Landkreis die CDU-Propaganda-Gruppe „Aktion Leben“, ein Verein, der sein Vorbild im Bischofsitz Limburg-Weilheim hat, wo er als „flankierende Maßnahme zum § 218“ mit dazu dienen soll, an der Indikation zu sägen.

♀ KB Frauengruppe/Frankfurt ♀

Das neue Mutterschutzgesetz muß erst von den Frauen erkämpft werden

Seit fast einem Jahr ist der Mutter-Mutterschaftsurlaub für sie nicht gel-

ten. Immer wieder versuchen die Kapitalisten, den werdenden Müttern die „sozialen Leistungen“ durch die Betriebsvereinbarungen abzurufen. Vielfach haben die Frauen auch keine juristische Handhabe, sich dagegen zur Wehr zu setzen. So sind z.B. die „Vermögenswirksame“ Leistung, das Weihnachtsgeld, wenn es nicht tariflich abgesichert ist (was in den meisten Fällen der Fall ist), eine „freiwillige“ Entscheidung der Kapitalisten. Ebenso kann es frau passieren, daß ihr Erholungsurlaub um die Hälfte gekürzt wird, weil sie Mutterschaftsurlaub in Anspruch genommen hat. Dies schlägt sich natürlich auch auf das Urlaubsgeld nieder. Nach den „Informationen zum Mutterschaftsurlaub“ haben Mütter zwar 2 Monate nach dem Mutterschaftsurlaub Kündigungsschutz, aber keine Garantie, ihren alten Arbeitsplatz wieder einzunehmen. „Hierbei kommt es vielmehr in erster Linie auf den im Arbeitsvertrag vereinbarten oder in einer Betriebsvereinbarung oder Tarifvertrag geregelten Gegenstand und Umfang der Arbeitsleistung an“. Über das tatsächliche Aus-

maß der Verstöße gegen das Mutterschutzgesetz vermag frau nur zu spekulieren. „Werdende Mütter wandten sich ratsuchend an die Behörde; das Amt ging über 100 Beschwerden nach und sorgte für Abhilfe“ (Nürnberger Nachrichten, 6.2.80).

Was an der einen Ecke investiert wird, soll aus den ohnehin schon benachteiligten alleinstehenden Frauen wieder herausgepreßt werden. „Mit der Verabschiedung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 23. November '79 wurde die rechtliche Grundlage zur Durchsetzung einer von der SPD/FDP-Regierung angestrebten Sparmaßnahme auf dem Rücken alleinstehender Mütter und Väter und deren Kinder geschaffen“ („Neue“, 15.4.80). In erster Linie sind hier Beamte und Angestellte betroffen. Sie sollen zukünftig 100 Mark pro Kind weniger Unterhalt bezahlt bekommen. In West-Berlin werden vom Öffentlichen Dienst bereits Fragebögen an alleinstehende Mütter und Väter verschickt, um die Kürzungen der Einkommen vorzunehmen.

♀ Kommission Betrieb und Gewerkschaft ♀

Schwangere Frauen werden immer noch willkürlich gekündigt

Erst kürzlich ist wieder ein Fall einer 17-jährigen Kollegin bekannt geworden, die am Ende ihrer Probezeit gekündigt wurde, obwohl sie schwanger ist. Die Kollegin Heike P. arbeitete in der Metallwarenfabrik G.Krumm-macher in Augustin/Sieg. Kurz bevor sie mit einem festen Anstellungsverhältnis rechnete, wurde sie gekündigt. Vor Gericht erfuhr sie dann den Hintergrund von den beauftragten Rechtsanwälten des Herrn Krumm-macher, der seinen Namen zu recht trägt: „Die Klägerin (erwies sich) von vorneherein für den Betrieb als vollständig ungeeignet“ (Welt der Arbeit, 12.4.80). Da die Kollegin zum Zeitpunkt der Kündigung bereits schwanger war, urteilte das Gericht auf Wiedereinstellung. Doch Krumm-macher erklärte: „Daß wir die Schwangerschaft nicht erwarten konnten, weil sie erst 17 Jahre alt und unverheiratet war, ist doch wohl selbstverständlich“ (WdA, 12.4.). Er will die Kündigung trotzdem durchziehen, seine Rechtsanwälte sollen „alle Register ziehen“. Als erstes soll eine vertrauensärztliche Untersuchung durchgeführt werden, nebenher werden zynische Gerüchte und Einschüchterungsversuche gestartet. Angeblich hatte die Kollegin gleichzeitig mehrere Verlobte und ihre Arbeit hätte sie eh „böswillig und schlecht ausgeführt“. Der Gipfel ist, daß Krumm-macher jetzt weismachen will, daß das Mutterschutzgesetz für Auszubildende nicht anzuwenden sei. Juristisch ist diese Frage bereits ge-

klärt. Auszubildende Frauen haben den gleichen Mutterschutz und Anspruch auf Mutterschaftsurlaub; sie dürften nicht gekündigt werden und haben Anspruch nach dem Mutterschaftsurlaub ihre Ausbildung weiter zu führen (Informationen zum Mutterschaftsurlaub, 1.7.1979). Bislang mußte Krumm-macher monatlich 400 Mark an die Kollegin Heike P. zahlen, das entgeltliche Urteil kann eigentlich nur für die Kollegin ausgehen.

Erstauslich hoch sind die Zahlen von gekündigten schwangeren Kolleginnen. Vielfach sind es ledige Frauen. Die Dunkelziffer ist auch hier nicht auszumachen: „Das Gewerbeaufsichtsamt Nürnberg ist ... zuständig für die Zulassung von Kündigungen während der Schwangerschaft. 1979 wurden etwa 30 Prozent mehr Anträge auf Zulassung einer Kündigung gestellt, als im Jahr vorher. Betroffen waren hiervon insgesamt 205 Frauen. In 118 Fällen wurde eine Kündigung zugelassen, in 87 Fällen jedoch nicht genehmigt“ (Nürnberger Nachrichten, 6.2.80). Das ist ein enorm hoher Anteil. Bedenkt frau, daß diese Zahlen nur für den Nürnberger Raum ausgewiesen wurden und in der BRD wahrscheinlich tausende schwangere Frauen gekündigt werden, können wir nur hoffen, daß die Frauen mehr Mut haben, an die Öffentlichkeit und vor die Gerichte zu gehen, wie die Kollegin Heike P.

♀ Kommission Betrieb und Gewerkschaft ♀

DGB-Grundsatzprogramm: Schwur auf die Staatstreue

Seit Oktober 1979 liegt ein vom Bundesvorstand des DGB erarbeiteter Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vor, das auf einem außerordentlichen DGB-Kongreß im März 1981 verabschiedet werden soll. Der Entwurf orientiert sich weitgehend am jetzt gültigen Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1963, das als 'Godesberg des DGB' gelten kann. Damals wurden die 'Wirtschaftspolitischen Grundsätze des DGB' aus dem Jahre 1949, die eine deutliche Absage an die "chaotische Marktwirtschaft" enthielten, revidiert. Die unter maßgeblicher Beteiligung des damaligen IG Bau-Steine-Erden-Vorsitzenden Leber weitgehend durchgesetzte Identifikation mit diesem Staat und seiner Wirtschaftsordnung wird im neuen Entwurf weiter vorangetrieben. Einzelne Formulierungen im vom DGB-Bundesvorstand einstimmig verabschiedeten Entwurf sind dabei direkte Entgegenkommen an die CDU und die von ihr gegenwärtig betriebene Kampagne gegen die Gewerkschaften. Wer bei der Neufassung des Programms aus dem Jahre 1963 erwartet, daß es die seitdem wesentlich veränderten Bedingungen gewerkschaftlicher Interessensvertretung reflektiert, sieht sich enttäuscht: wirtschaftliche Krise, Massenarbeitslosigkeit, Einführung neuer Technologien, Flächenaussperrung, Niederlage im Kampf um Mitbestimmung etc. haben die Gewerkschaftsführer nicht zum Überdenken ihrer programmatischen Aussagen anregen können. Den Grund dafür plaudert Volker Jung in seiner Einleitung zur „Struktur des Entwurfs“ in schöner Offenheit aus: Es gab „Bessernisse, eine gründliche Analyse der derzeitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation würde überwundene, zu weit gehende Schlußfolgerungen nahelegen. Daher wurde festgelegt, bei der Überarbeitung von dem Text des geltenden Grundsatzprogramms auszugehen, um sich auf seine unbestrittene Autorität stützen zu können“. An diesem faulen Kompromiß hat die DGB-Führung viereinhalb Jahre lang gebrütet (auf dem DGB-Bundeskongreß 1975 wurde der Auftrag zu einer Neuformulierung des Programms erteilt).

Staatstreue

Die entscheidenden programmatischen Weichen wurden bereits auf dem Düsseldorfer DGB-Kongreß 1963 gestellt. B. Otto charakterisiert in seinem Buch „Gewerkschaftsbewegung in Deutschland“ (Köln 1975) die Veränderungen folgendermaßen: „Das neue Grundsatzprogramm anerkennt den gesellschaftlichen Pluralismus und definiert die Rolle der Gewerkschaften als die eines stabilisierenden Faktors der Gesellschaft. Damit ist der Weg von der antikapitalistischen Zielsetzung zur gewerkschaftlichen Reformvorstellung, zur evolutionären Veränderung der bestehenden Ordnung, vorgezeichnet“ (S. 134). Der jetzt vorgelegte Entwurf setzt diesen Weg fort. In ihm findet sich ein Bekenntnis, auf das man 1963 noch verzichtete: „Die Gewerkschaften bekennen sich zur parlamentarischen Demokratie und zum Mehrparteiensystem“. Dieser Satz wurde im übrigen vor Veröffentlichung mit den CDU-Sozialausschüssen abgestimmt („Welt“, 4.9.79). Neu aufgenommen wurde auch eine längere Würdigung des Grundgesetzes. Wie weit die Gewerkschaftsführung in ihrer Identifikation mit diesem Staat zu gehen bereit ist, beweist vor allem ein Satz im neuen Entwurf, der inzwischen auf breiten gewerkschaftlichen Protest gestoßen ist: „Die innere Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung von Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit“. Angesichts der Überwachung von Betriebsräten durch den Verfassungsschutz, der gegen den Widerstand der Gewerkschaften verabschiedeten Notstandsgesetze und des Ausbaus des Polizeiapparates, ist dieser Satz eine offene Provokation. Da hilft es auch nichts, daß diese programmatische Aussage mit quasi-gewerkschaftlicher Interessensvertretung begründet wird: „Die Gewerkschaften müssen auch die Interessen der Arbeitnehmer, die im öffentlichen Bereich für die innere Sicherheit zu sorgen haben, zur Geltung bringen“. So arbeitnehmerfreundlich, wie dies klingt, ist es allerdings nicht. Immerhin werden hier die Interessen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten mit denen ihres Arbeitgebers gleichgesetzt. Ob hier die neu in den DGB aufgenommene Gewerkschaft der Polizei die Feder geführt hat oder ob die Gewerkschaftsführer einfach ihre fehlende Distanz zu diesem Staat nicht verheimlichen konnten?

Wie weit die Sorge der Gewerkschaftsführer um das Wohl dieses Staates und seiner Wirtschaftsordnung geht, beweist auch eine Passage aus dem Abschnitt 'Vollbeschäftigung'. Dort heißt es im neuen Entwurf: „Der Verwirklichung und Sicherung der Vollbeschäftigung sind alle Institutionen, die die Beschäftigung beeinflussen, zu verpflichten ... An der Durchsetzung einer sozialen und beschäftigungssichernden Politik in den Unternehmen orientieren sich

auch die Betriebs-, Mitbestimmungs- und Tarifpolitik der Gewerkschaften“. Immerhin ging der DGB bisher davon aus, daß die Sicherung der Vollbeschäftigung Aufgabe des Staates sei. Indem die Gewerkschaften ihre Tarifpolitik in diese Aufgabe einbeziehen, schließen sie sich der Argumentation an, daß die Tarifpolitik Auswirkungen auf das Ausmaß der Arbeitslosigkeit hat. Von dort bis zur Kapitalisten-Argumentation, Lohnverzicht sichere Arbeitsplätze, ist es dann nur noch ein kleiner Schritt.

All dies war einigen Gewerkschaftsführern noch nicht genug. In einem Vorentwurf zur Präambel (abgedruckt in der „FR“ vom 3.9.79) hatten sie den Satz, daß über die Mitbestimmung eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft angestrebt wird, so geändert, daß die Umgestaltung der Gesellschaft nicht mehr als Ziel des DGB angegeben wird. Nach einer Meldung der „Welt“ (4.9.79) war dies ein Kernpunkt der Auseinandersetzungen im DGB-Bundeskongreß 1978 unmißverständlich festgestellt: „Allen Bestrebungen, das bestehende DGB-Grundsatzprogramm dahingehend zu ändern, daß die Hauptziele für eine menschengerechtere Gesellschaft aufgegeben werden, muß ein entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden“.

Einheitsgewerkschaft

Eine der auffälligsten und skandalösesten Veränderungen im jetzigen Programmtext gegenüber dem Grundsatzprogramm von 1963 findet sich bei der Definition der Einheitsgewerkschaft. Hier scheint die CDU die Feder des DGB-Bundesvorstandes geführt zu haben: „Die Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialistischen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt ... Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar“. Gestrichen wurde hingegen ein Satz aus dem Programm von 1963, wo es hieß: „Die Gewerkschaften bekräftigen ihre Entschlossenheit zur weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz“.

Der stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer (CDA), Klaus-Dieter Zemlin, hat inzwischen angekündigt, daß er die Erwähnung der christlich-sozialistischen Richtungen als eine der beiden Hauptrichtungen der Gewerkschaftsbewegung für einen „Schlüsselsatz“ hält, den es „mit aller Entschlossenheit“ („FR“, 31.3.80) zu verteidigen gelte. Mit der Erwähnung der „christlich-so-

zialen Richtungen“ hat der Bundesvorstand des DGB der „entschlossenen Initiative (der CSU), die DGB-Gewerkschaften zur Einhaltung der Überparteilichkeit zu zwingen“ (CSU-„Rohmaterialien“) nachgegeben.

Gleichzeitig leugnet diese Formulierung, daß Kommunisten ein Teil der Gewerkschaftsbewegung sind und waren. Auf die von Emil Carlebach in den DKP-nahen „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (4/80) vorgetragene Kritik, daß auch Kommunisten am Aufbau der Einheitsgewerkschaft beteiligt waren, hat inzwischen Heinz Oskar Vetter geantwortet. Vetter macht sich darüber lustig, daß Carlebach „die Definition der Einheitsgewerkschaft mit einer eigenständigen kommunistischen Tradition anreichern will (die es in der demokratischen Gewerkschaftsbewegung nie gegeben hat). Es bleibt zu hoffen, daß bei der Diskussion nicht Koalitionen entstehen, die falsche Weichenstellungen für die Einheitsgewerkschaft versuchen. Diese Formulierung sollte keineswegs über die Bereitschaft zur notwendigen Härte in derartigen Auseinandersetzungen hinwegtäuschen“ („Die Quelle“, 4/80).

Die „Härte in derartigen Auseinandersetzungen“ ist bekannt: Die Geschichte der Kommunisten in den Gewerkschaften ist auch die Geschichte von Diffamierungen und Massenausschlüssen. In der Weimarer Republik — damals gab es noch keine Einheitsgewerkschaften — arbeiteten die Kommunisten im sozialdemokratisch geführten ADGB mit, wo mehrere Massenausschließungen gegen sie geführt wurden. Zwischen der ADGB-Führung und den christlichen Gewerkschaften gab es schon damals Vereinigungstendenzen, deren Grundlage allerdings nicht der Gedanke der Einheitsgewerkschaft, sondern die politische Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum war. Nach der Niederlage des Faschismus war unter den Gewerkschaften an der Basis der Gedanke einer antifaschistischen Einheitsfront weit verbreitet. Auf der anderen Seite versuchten im Exil überwinternde Funktionäre wie Fritz Tarnow die Weichen für antikomunistische Richtungsgewerkschaften zu stellen. Aufgrund der Stimmung unter den Massen mußten sich aber auch diese Kräfte antikapitalistisch und sozialistisch geben. Auf dieser politischen Grundlage wurde die Einheitsgewerkschaft aufgebaut, woran auch die CDU beteiligt war (Ahlener Programm, 1949). Mit der Herausbildung der CDU zur offenen kapitalhörigen, reaktionären Partei ging logischerweise auch ihr Einfluß im DGB-Apparat zurück. Dies muß man sich vor Augen halten, wenn die CDU (und damit ihre heutige politische Grundlage) per Grundsatzprogramm hofiert werden soll.

Neben der Aufwertung der CDU-Kräfte beinhaltet der Programmtext mit der Warnung vor „politischen Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen“, eine deutliche antikomunistische Abgrenzung. Denn es entspricht dem Sprachgebrauch der DGB-Führer, daß kommunistische Einflußnahme auf die Gewerkschaftspolitik „Mißbrauch“ oder „Unterwanderung“ ist, während eine sozialdemokratische oder christlich-reaktionäre Einflußnahme dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft entspricht.

In diesem Zusammenhang gibt auch die Streichung des Gebots zur „politischen Toleranz“ zu denken. Vetter hat in seinem schon erwähnten Aufsatz in „Die Quelle“ (4/80) dies folgendermaßen begründet: „Der ohne Zweifel positive Klang des Begriffs war abzuwägen gegen die große Gefahr seiner mißbräuchlichen Nutzung: Auf Toleranz werden sich möglicherweise auch Kräfte berufen, die am Erhalt der Einheitsgewerkschaft gar nicht oder nur vordergründig interessiert sind“. Die Gewerkschaftsführer, die mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen und Ausschlüssen ein beredtes Zeugnis ihres Verständnisses von Einheitsgewerkschaft abgelegt haben, werden dann jeweils entscheiden, wer „überzeugt“ oder wer nur „vordergründig“ am Erhalt der Einheitsgewerkschaft interessiert ist.

Recht auf Arbeit

Die Gewerkschaftsführer brüsten sich damit, daß sich das Grundrecht auf Arbeit wie ein roter Faden durch den Entwurf zieht. Jedoch sind auch hier einige bemerkenswerte Neuformulierungen festzustellen.

Im vom DGB-Bundesvorstand verabschiedeten Entwurf taucht die Formulierung: „einen angemessenen Arbeitsplatz unter menschenwürdigen Bedingungen“ auf, während im bisher gültigen Grundsatzprogramm von einer „seiner Persönlichkeit entsprechenden dauerhaften Tätigkeit“ die Rede war. Dreierlei fällt auf:

Die Formulierung „dauerhafte Tätigkeit“ ist gestrichen. Es wurde ein Satz angefügt, der unschöne Gedanken an Sozialpläne aufkommen läßt: „Die Arbeitnehmer und ihre Familien sind umfassend vor den unsocialen Folgen des strukturellen Wandels zu schützen“.

Die „der Persönlichkeit entsprechende Tätigkeit“ legt nahe, daß Arbeitsplätze angestrebt werden, die den Fähigkeiten und Neigungen des Einzelnen entsprechen. Dies stand auch explizit in einem Vorentwurf zum Programm („FR“, 3.9.79), während die jetzige Formulierung „angemessen“ sich mehr am Sprachgebrauch der „Zumutbarkeit“ im Arbeitsförderungs-gesetz orientiert. Der in einem Vorentwurf enthaltene Satz, daß vorhandene Arbeitsplätze erhalten bleiben müssen, solange keine gleichwertigen bereitgestellt worden

Aussperrung

Im gültigen Grundsatzprogramm wird das Thema Aussperrung nicht erwähnt, obwohl wenige Monate vor der Verabschiedung, im April 1963, in Baden-Württemberg 350.000 Metaller ausgesperrt worden waren. Die jetzt verabschiedete Formulierung lautet: „Die Aussperrung als Willkürinstrument der Arbeitgeber ist in jeder Form verfassungswidrig und muß verboten werden. Die Aussperrung wird von den Gewerkschaften als Angriff auf ihre Betätigungsmöglichkeiten und ihren Bestand solidarisch bekämpft“. Die ausschließliche Orientierung auf ein gesetzliches Verbot und der Verzicht auf gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen die Aussperrung hatte schon bei der Diskussion des „Aktionsprogramms“ im vergangenen Jahr zu Auseinandersetzungen geführt. Damals hatte die IGM vorgeschlagen, „den gewerkschaftlichen Kampf mit allen Mitteln gegen die Aussperrung mit dem Ziel eines generellen Verbots der Aussperrung“ („Die Neue“, 12.5.79) in das Aktionsprogramm aufzunehmen. Wenn auch die Formulierung „mit allen Mitteln“ abgeblockt wurde, so



Nach viereinhalbjähriger intensiver Arbeit.....

...können wir Ihnen heute das geringfügig geänderte Grundsatzprogramm.....



...zur Kontrolle vorlegen!

seien („FR“, 3.9.79), wurde nicht übernommen.

Direkt gegen die Arbeitslosen gerichtet ist die neue Formulierung: „Jeder, der arbeiten kann und will, hat Anspruch auf einen menschenwürdigen Arbeitsplatz“. Damit wird der Demagogie Vorschub geleistet, daß einige Arbeitslose überhaupt nicht arbeiten wollen.

Arbeitszeitverkürzung

Diese Forderung, die immerhin ein Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit in letzter Zeit war, findet sich nur in zwei belanglosen Formulierungen im Entwurf: „Die gesetzliche Höchstarbeitszeit ist zu verkürzen“. Und an anderer Stelle: „Die Verkürzung der Arbeitszeit dient der Humanisierung der Arbeit“. Wenn diese Sätze auch einen Fortschritt zum gültigen Grundsatzprogramm des DGB darstellen, das sich zum Thema Arbeitszeitverkürzung ausschweigt, so spiegeln sie dennoch keinesfalls den Stand der gewerkschaftlichen Diskussion wider. In dem im vergangenen Jahr verabschiedeten „Aktionsprogramm“ des DGB, das die kurz- und mittelfristigen Ziele der Gewerkschaftsarbeit festlegt, wurde nach einer Auseinandersetzung das Ziel der 35-Stunden-Woche aufgenommen. Von einem langfristigen Grundsatzprogramm müßte man eigentlich erwarten, daß es darüber hinausgeht, nicht, daß es dahinter zurückfällt.

Atomkraftwerke

Die DGB-Führung gibt einiges darauf, einen neuen Abschnitt „Umweltschutz“ im Entwurf aufgenommen zu haben. Das umstrittene Thema der AKWs wird dort jedoch noch nicht einmal erwähnt. In einem anderen Abschnitt („Öffentliche und freie Gemeinwirtschaft“) findet sich hingegen eine Passage, die (bei einer Umformulierung) wörtlich mit dem Programm von 1963 übereinstimmt. Die gesamte Diskussion über die Gefahren der AKWs und der Atom-müll-Lagerung hat also die DGB-Führer noch nicht einmal zur Neuformulierung ihrer Standpunkte angeregt. Im Entwurf heißt es: „Die wachsende Bedeutung der friedlichen Nutzung der Kernenergie erfordert staatlichen Eigentum an allen Kernbrennstoffen und eine strenge Kontrolle des Kernstoffkreislaufes im Hinblick auf eine Koordinierung der gesamten Energiepolitik sowie aus Gründen des Arbeits- und Bevölkerungsschutzes“. Die Änderungen ge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der letzten Seite

genüber dem Programm von 1963 bestehen nun darin, daß der Ausdruck „Atomindustrie“ durch „friedliche Nutzung der Kernenergie“ und das Wort „Reaktorbau“ durch „Kernbrennstoffkreislauf“ ersetzt wurden. Im dem im vergangenen Jahr verabschiedeten Aktionsprogramm, das sich auch für AKWs ausspricht, fand sich immerhin noch ein minimales Zugeständnis an die AKW-Gegner: „Auf die Nutzung von Kernenergie muß verzichtet werden, wenn sich nach einer erneuten Überprüfung beim Reaktorbau herausstellen sollte, daß die Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden kann“.

Frauen

Hier hatte der DGB-Bundesvorstand vom Bundeskongreß '78 einen klaren Auftrag mit auf den Weg bekommen: „Die Delegierten des 11. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB bitten den Bundesvorstand, bei der Überarbeitung des Grundsatz- und Aktionsprogrammes des DGB darauf zu achten, daß gegenüber den unerläßlichen Schutzrechten der weiblichen Arbeitnehmer ihr Recht auf berufliche Entfaltung stärker in den Vordergrund gestellt wird“ (Antrag 5). Überprüfen wir, wie weit der Bundesvorstand diesem Auftrag gerecht geworden ist. Zunächst wurden zwei Sätze aus dem Programm von 1963 herausgenommen: „Besondere Regelungen sind für den Arbeitsschutz weiblicher Arbeitnehmer erforderlich ... Für weibliche Arbeitnehmer ... ist die Rente durch Festsetzung einer besonderen Altersgrenze vorzeitig zu gewähren“. Diese Sätze wurden ersatzlos gestrichen. Andere Formulierungen gegen die Benachteiligung der Frauen finden sich im Entwurf nicht.

Die Formulierung in der Präambel zum Programm wurde geringfügig verbessert: 1963 lautete sie: „Die strukturellen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft haben weitgehend die Eingliederung der Frau in den Arbeitsprozeß bedingt. Ihre Gleichberechtigung im Arbeitsprozeß und ein ihrer Konstitution entsprechender sozialer Schutz sind notwendig“.

Jetzt heißt es: „Es ist unerträglich, daß Frauen noch immer benachteiligt werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund kämpft in gewerkschaftlicher Tradition um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen“. Der Leser mag selbst entscheiden, ob der Bundesvorstand damit dem Auftrag des Hamburger Bundeskongresses nachgekommen ist. Ein Hinweis: Der Satz aus dem „Aktionsprogramm 79“: „Die Ausbildung von Mädchen und Frauen in technischen Berufen ist besonders zu fördern“, findet sich im vom Bundesvorstand vorgelegten Entwurf nicht.

Die Ausbildung von Mädchen und Frauen in technischen Berufen ist besonders zu fördern“, findet sich im vom Bundesvorstand vorgelegten Entwurf nicht wieder.

Diskussion

Intensiv geführt wurde die Diskussion um den Programmtext bisher in der „Holzarbeiter-Zeitung“. Walter Fabian, ehemaliger Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, kamen dort zunächst ungute Erinnerungen an den DGB-Kongreß 1963, wo das Programm in einem „vorberittenen Zusammenspiel zwischen dem jeweiligen Kongreßvorsitzenden und dem jeweiligen Sprecher der Antragskommission“ („FR“, 3.4.80) durchgezogen wurde. Am neuen Programmtext kritisierte er vor allem die Neudefinition der Einheitsgewerkschaft, den Begriff „innere Sicherheit“ und die unbefriedigende Kampfansage gegen die Aussperrung. In der Ausgabe 4/80 der „Holzarbeiter-Zeitung“ kritisiert Günter Arndt die unzureichenden Aussagen zum Thema Abrüstung. Und in der Mai-Ausgabe der „Holzarbeiter-Zeitung“ kritisieren zwei Gewerkschafter die Aussagen zur Einheitsgewerkschaft. Der frühere Chefredakteur der „Metall“, Jakob Moneta, hat in einem längerem Vortrag (abgedruckt in der „Was tun“ vom 17.4.) eine kritische Einschätzung des Entwurfs vorgelegt.

Bemerkenswert, wie sich Heinz Oskar Vetter mit den Kritiken am Entwurf auseinandersetzt. In einem Beitrag in „Die Quelle“ (4/80) kündigt er an, „auf einige bisher veröffentlichte Diskussionsbeiträge und Stellungnahmen einzugehen“, setzt sich dann aber — abgesehen von einem polemischen Seitenhieb gegen die DKP — ausschließlich mit der Kritik der CDU-Sozialausschüsse auseinander. Nicht zuletzt daran zeigt sich, wem die Gewerkschaftsführer in der gewerkschaftlichen Diskussion Bedeutung zumessen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

12. IG-Metall-Jugendkonferenz: Deutliche Abgrenzung gegen antikommunistischen Druck

„Wir kämpfen für unsere Zukunft: in antifaschistischer Tradition, gegen reaktionäre Entwicklungen!“ Das war das Motto der 12. Jugendkonferenz der IG Metall, die vom 24. bis 26. April 1980 in Travemünde stattfand.

Die Konferenz, an der 800 Leute teilnahmen — 223 davon delegiert — hat eine besondere Bedeutung, da die Hälfte aller Jugendlichen im DGB bei der IG Metall organisiert ist. Politisch lag die Bedeutung der Konferenz vor allem darin, daß die IG Metall bisher am deutlichsten von allen DGB-Gewerkschaften gegen die reaktionären

Vorwürfe der „kommunistischen Unterwanderung“ Stellung bezogen hat. Diese Haltung wurde zumindest von den Delegierten auf der Konferenz noch einmal nachdrücklich bestätigt.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß die IG Metall-Führung nicht prinzipiell den Kommunisten (hier gemeint: DKP und SdAJ) ein Recht auf Mitarbeit zugesteht, sondern lediglich deren Stärke und Einfluß für ungefährlich hält und deshalb keinen Anlaß für eine Kampagne gegen eine angebliche „Unterwanderung“ sieht.

Loderer: Unterschied zwischen „Einflußnahme“ und „Unterwanderung“

In Loderers Referat auf der Jugendkonferenz wurde eins recht deutlich: Die DKPler werden solange noch akzeptiert, wie sie sich brav auf der offiziellen Linie bewegen. Loderer sagte zwar: „Der Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung entstammt der Giftküche des politischen Gegners und ist dem Waffenarsenal der Reaktion entnommen“... zugleich zog er aber auch unübersehbar Grenzen: „Andererseits haben wir, die Demokraten in unserem Lande, mit der Politik der Kommunisten auch leidvolle Erfahrungen gemacht. Wir kennen beispielsweise die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik.“ Desweiteren läßt sich Loderer über die RGO-Politik der Weimarer KPD aus. Diese Politik war seiner Meinung nach Schuld an der Spaltung der Arbeiterbewegung. Kein Wort verliert er über die reaktionäre Politik der SPD damals. Kein Wort über das langsame Hinüberführen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes durch seine Führer in den Nazi-Staat.

Als Beispiel für die „Unterwanderabsichten“ der Kommunisten führt Loderer die Thesen der alten KPD zur Gewerkschaftsarbeit an. „Die These 37 enthielt im einzelnen die Aufforderung, mit den Unorganisierten gemeinsame Aktionen und Kampfhandlungen auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführung durchzusetzen.“ (wie schrecklich!)... „Der Vorstand der IG Metall verlangte angesichts dieser Politik, die eine klare Verletzung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft und den Versuch der Unterwanderung darstellte, eine Loyalitätserklärung von den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären.“ (Wer nicht unterschrieb, wurde damals ausgeschlossen — ähnlich wie bei den heutigen Unvereinbarkeitsbeschlüssen). Loderer wußte: Die IG Metall wehrt diese Funktionäre. (Wer nicht unterschrieb, wurde damals ausgeschlossen — ähnlich wie bei den heutigen Unvereinbarkeitsbeschlüssen). Loderer weiter: „Die IG Metall wehrt diese Politik erfolgreich ab. Gleiches würden wir heute tun.“ (Hervorhebung AK).

Weiter begründet er dann noch, warum die DKP für die Gewerkschaftsführung heute ungefährlich ist: „Bei der Beurteilung der Politik und der Stärke der DKP in den Gewerkschaften und in der IG Metall müssen wir zwischen Einflußnahme und Unterwanderung unterscheiden. Die wenigen Positionen, die von Kommunisten eingenommen werden, sind, gemessen an der Gesamtzahl unserer Funktionäre, verschwindend klein... Nirgendwo zeigen sich in den Gewerkschaften des DGB Anzeichen dafür, daß Kommunisten die Gewerkschaftspolitik steuern, sei es im Gesamten oder in Teilbereichen.“

Wie dieses Thema auf der Konferenz von den Delegierten diskutiert wurde, geht aus einem Bericht von Teilnehmern hervor: „Durch fast alle Bereiche der Anträge zog sich die Auseinandersetzung mit dem Oberursel-Papier und dessen Folgen für die Gewerkschaftsarbeit. Von vielen Verwaltungsstellen kamen sehr konkrete Beispiele für die Auswirkungen dieser in der Öffentlichkeit ausgetragenen Kampagne. Es wurde klar herausgestellt, daß auch Kommunisten ihren Platz in der Gewerkschaft hätten und nach ihrer konkreten Arbeit vor Ort zu beurteilen seien. Doch leider hatte diese Diskussion einen negativen Beigeschmack. Denn der Begriff Kommunisten geht bei vielen anscheinend nur bis zur DKP und SdAJ. Für viele sind halt alle anderen Links-extremisten Chaoten und Maoisten. Initiativanträge, die sich mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen befaßten, wurden mit der Begründung: die gäbe es schon länger — deshalb kein Initiativantrag möglich, abgelehnt.“

Benz zur Freizeit- und Bildungsarbeit

Georg Benz („linkes“ IGM - Vorstandsmitglied) sprach sich in seinem Referat auf der Jugendkonferenz gegen eine losgelöste Freizeitarbeit aus. „Wir sträuben uns auch nicht gegen den Ausbau gewerkschaftlicher Kultur- und Freizeitarbeit, denn sie dient dem Jugendlichen in seiner persönlichen und politischen Entwicklung. Die Verbindung von betrieblicher Arbeit mit Freizeitaktivitäten ist kein trojanisches Pferd, in dem sich Gewerkschaftsarbeit versteckt, sondern Ergebnis von im Betrieb geknüpfter und in der solidarischen Aktion erprobter Beziehungen. Das erreichen wir nicht, wenn wir darauf warten, bis der Jugendliche vielleicht über Flipper, Kicker oder Fußballturniere Vertrauen zu uns gewonnen hat... Wer Tendenzen zu Resignation und Apathie bei Jugendlichen überbewertet und als Vehikel zu einer von der gewerkschaftlichen Organisation losgelösten sogenannten offenen Jugendarbeit benutzt, der verkennt die Situation. Die Praxis unserer Arbeit zeigt, daß wir der Verunsicherung und Perspektivlosigkeit bei Jugendlichen dadurch begegnen können, daß wir klar sagen wer wir sind und was wir wollen.“

Benz stellt schließlich in seiner Rede zwei Prinzipien auf: „1. Die Jugend der IG Metall ist integrierter Bestandteil der Gesamtorganisation. 2. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt im Betrieb.“

Dahinter steht die Erfahrung, daß Jugendarbeit, die sich isoliert, neben oder außerhalb der Organisation abspielt, wirkungslos bleiben muß. Dies ist eine der wichtigsten Konsequenzen der Lehrlingsbewegung Ende der 60er Anfang der 70er Jahre.“

Hinter diesen Überlegungen steht die berechnete Befürchtung, daß eine mehr offene Jugendarbeit der Gewerkschaften, die sich nicht so stark auf die Gremien fixiert, erheblich hinter diesen Überlegungen steht die berechnete Befürchtung, daß eine mehr offene Jugendarbeit der Gewerkschaften, die sich nicht so stark auf die Gremien fixiert, erheblich schlechter von oben zu kontrollieren ist. Der betriebliche Apparat ist für Benz immer noch der beste Garant für eine Jugendarbeit im sozialdemokratischen Sinne.

In diesem Zusammenhang wollen wir Benz noch einmal zitieren, wo er auf alternative Lebensformen und die Grünen eingeht: „Ohne grundlegende Veränderung dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist ein lebenswertes Leben nicht erreichbar. Es ist ebenso wenig durch eine Flucht in idyllisches Landleben erreichbar. Solche Fluchtwege können in unserer Gesellschaftsordnung immer nur wenigen offenstehen... Ein Teil der Jugend schließt sich dieser Bewegung an, ohne sich bewußt zu sein, daß diese scheinbare Alternative bereits negative politische Auswirkungen hat. Ohne das Verhalten der Grünen bei den letzten Landtagswahlen in Schleswig-Holstein hätten Albrecht und Stoltenberg nicht die Möglichkeit gehabt, den NDR zu zerschlagen.“ Auch ein Wahlsieg von Strauß werde durch eine Kandidatur der Grünen erleichtert, meint Benz.

Gewerkschaftliche Initiativen gegen Strauß gefordert

Nicht nur in den Reden von Loderer und Benz gab es eindeutige Stellungnahmen zur Straußkandidatur. Auch von den Delegierten wurde hier eine klare Kampfansage formuliert. Einige Teilnehmer der Konferenz berichteten: „In vielen Anträgen zur Rechtsentwicklung war Strauß und sein Programm der Schwerpunkt. Mehrheitlich beschlossen wurde folgender Antrag: Die Delegierten der 12. Jugendkonferenz der IG Metall fordern

alle jugendlichen Mitglieder und die arbeitende Jugend insgesamt auf, nicht bis zum Wahltag zu warten, sondern schon jetzt aktiv zu werden und in diesen Initiativen mitzuwirken... Die 12. Jugendkonferenz wendet sich entschieden gegen weitere Gespräche zwischen Strauß und dem DGB-Vorsitzenden H.O. Vetter, die dazu geeignet sind, Franz-Josef Strauß aufzuwerten.“

In diesem Zusammenhang wurde auch die Kündigung einer Angestellten bei der Verwaltung der Bau-Gewerkschaft, wegen des Tragens einer Anti-Strauß-Plakette vehement kritisiert. Auch Loderer bekam sein Fett ab. Auf's Korn genommen wurden seine Äußerungen in der Bild-Zeitung, er würde sich jeder Regierung gegenüber loyal verhalten.

Leider wurde bei diesen Anträgen die SPD kaum kritisiert.

Andere Anträge kritisierten die Entlassung der „an-Redakteure. Ein Initiativantrag forderte deren Wiedereinstellung. Dagegen wurde argumentiert, diese Forderung sei illusorisch, da die Arbeitsplätze inzwischen neu besetzt seien. Gegen die Empfehlung der Antragskommission stimmte die große Mehrheit dem Antrag schließlich zu. Ein weiterer Antrag forderte, die Suspension Hawrells wieder rückgängig zu machen.“

Afghanistan als Testfall?

Unter dem Eindruck des Überfalls der US-Imperialisten auf den Iran, diskutierte der Kongreß über die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Zur Politik der USA, UdSSR und BRD gab Loderer folgende Einschätzung ab: „Ich gehe davon aus, daß keine beiden Supermächte den großen Konflikt will. Denn jeder weiß, daß es beim Einsatz modernster Waffen keinen Sieger mehr geben kann, sondern nur Verlierer... Einerseits haben wir Verständnis für die Gefühle des amerikanischen Volkes, andererseits darf man nicht aus verletztem Stolz in uferlose Konflikte hineinschlittern.“ Und schließlich in Verständnis für die Gefühle des amerikanischen Volkes, andererseits darf man nicht aus verletztem Stolz in uferlose Konflikte hineinschlittern.“ Und schließlich in Abgrenzung zu den Linken: „Man sollte nicht leichtfertig von ‚Kriegstreibern‘ und ‚Kriegshetzern‘ reden und dabei den Eindruck von Einseitigkeit vermitteln.“

Diese Argumentation verharmlost die Pläne der US-Imperialisten — die BRD wird in diesem Zusammenhang gar nicht erst erwähnt. Ihr fällt laut Loderer die Rolle zu, „die Friedenspolitik in Europa fortzusetzen.“

Die Diskussion um diese Themen hatte jedoch noch einen wesentlichen anderen Aspekt.

„Die Stellung zu Afghanistan wurde von allen, Presse und Konferenzteilnehmern, als Test für den Einbruch der Kommunisten in den Gewerkschaften beurteilt“ („taz“ 28.4.).

„Die Delegierten sprachen sich dann mehrheitlich gegen einen Olympia-Boycott aus, aber auch mit großer Mehrheit gegen den Einmarsch der UdSSR. Zwar versuchten die DKPler noch ihre eigentliche Position zu retten, indem sie gegen das Wort ‚Einmarsch‘ ins Feld zogen, was aber wenig nützte“ (aus einem Bericht von Teilnehmern) „Nur sieben oder acht der 223 Delegierten... weigerten sich, den Einmarsch in Afghanistan als ‚eklatanten Bruch des Völkerrechts‘ zu verurteilen“ („FR“, 28.4.). Da die DKP bestimmt nicht nur mit 8 Delegierten auf der Konferenz anwesend war, kann das nur heißen, daß die DKP/SDAJ-Leute hier — wohl aus Angst vor Konsequenzen — gegen den Standpunkt ihrer Partei stimmten.“

Beschlüsse und Entschlüsse in Kurzform

Frauen

Anträge zu Frauenfragen kamen auf dieser Konferenz, wie fast immer in der IGM, zu kurz. Eigentlich gab es

nur zwei Anträge. Ein Antrag sprach sich gegen die Benachteiligung von Mädchen beim Zugang für qualifizierte Ausbildungsplätze aus und für einen verstärkten Zugang in gewerblich-technische Berufe. Der andere Antrag wandte sich gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr. Beide Anträge wurden angenommen, mit der Zielsetzung, am Ort dazu zu arbeiten.

Schmude blüht ab

Von den Delegierten einhellig — in Form eines Initiativantrages — abgelehnt wurde die Rede des Bildungsministers Schmude. Dieser hatte sich mit dem Motto der Konferenz auseinandergesetzt und war dabei zu folgenden Ergüssen gekommen: „Wir dürfen nicht mit Argumenten — und Gedichten und Liedern — kämpfen, die vor vierzig, dreißig Jahren berechtigt waren, weil sie genau trafen, die aber heute abgestanden sind, weil sie nicht mehr zutreffen und also auch nicht mehr treffen.“ Er sprach in diesem Zusammenhang das Lied Moorsoldaten an. In dem Initiativantrag heißt es dazu: „Faschismus kann nicht geschichtslos bekämpft werden. Deshalb verzichten wir auf die falschen Empfehlungen des Bundesministers.“

Atomprogramm

Trotz einer längeren Rede Loderers, in der dieser die Delegierten beschwor, den vorliegenden Antrag zur Energiepolitik (Antragsteller war der Jugendausschuß beim Vorstand der IGM) abzulehnen, wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. In dem Antrag heißt es: „Obwohl wir die Sicherheit der Arbeitsplätze unserer Kollegen in der Kernenergieindustrie und der Zulieferbetriebe für äußerst wichtig erachten, erscheint es uns nicht vertretbar, das Ziel der Vollbeschäftigung um jeden Preis anzustreben... Die Delegierten der 12. Jugendkonferenz der IG Metall fordern deshalb einen Verzicht auf den weiteren Ausbau der Kernenergie sowie die mittelfristige Stilllegung bisher betriebener Kernanlagen.“

Friedenspolitik

Die Delegierten unterstützen den Brief der Schriftsteller Grass, Kirsch usw. an die Bundesregierung. Es wurde außerdem eine große Friedenskundgebung gefordert, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie ihren „Entspannungskurs“ fortsetze. Abgelehnt wurde die Stationierung neuer Atomraketen in Europa sowie der Bau und die Entwicklung neuer Rüstungsprojekte.

Tarifpolitik

fortsetze. Abgelehnt wurde die Stationierung neuer Atomraketen in Europa sowie der Bau und die Entwicklung neuer Rüstungsprojekte.

Tarifpolitik

„Die Vergütung in den einzelnen Ausbildungsjahren soll um den Erhöhungsbetrag angehoben werden, der für die unterste Lohngruppe erreicht wird.“

Die VW-Lehrlinge streikten während der Tarifrunde für diese Forderung. Sie soll jetzt über einen Stufenplan langfristig verwirklicht werden. „Gleichzeitig soll eine einheitliche Auszubildungsvergütung für alle Ausbildungsjahre erreicht werden.“ Die bisherige Tarifpolitik wurde von den Delegierten kritisch beurteilt.

Berufsbildungsjahr

„Die Delegierten... stellen zusammenfassend fest, daß die bisherige Praxis des schulischen Berufsbildungsjahres keinen Beitrag zur Reform der Berufsbildung leistet, sondern im Gegenteil einen Rückschlag für die Jugendlichen unseres Landes darstellt. Unter diesen gegebenen Bedingungen kann die IG Metall dem weiteren Ausbau des schulischen BGJ nicht mehr zustimmen.“

Weitere Forderungen:

- Streikrecht für Auszubildende — auch Teilnahme an Urabstimmungen.
- Wiederaufnahme des Kampfes um die 35-Stundewoche.
- Verbot der Grauen Wölfe und aller westdeutschen faschistischen Organisationen.
- keine Unterstützung des türkischen Militärrégimes durch die Bundesregierung
- Unterstützung der Alphabetisierungskampagne in Nicaragua durch die IG Metall. Auf der Konferenz selber wurde damit schon praktisch begonnen. Gesammelt wurden über 3000 DM sowie etliche Schreibblöcke und Kugelschreiber.

Lehrlingskommission in Zusammenarbeit mit Teilnehmern der Konferenz

Bettgeflüster

Darüber

spricht

man

nicht

Als ich mir als kleines Mädchen an die Mose faßte, da sagte meine Mutter zu mir: 'Kind, was machst du denn da. Das tut man nicht'. Darüber spricht man nicht. Heute ist dies natürlich alles anders. Das Thema Sexualität wird frei diskutiert in der Linken. Frauen sind emanzipiert. Alles easy????

Uns ist aufgefallen, daß man/frau über den größten Teil der Sexualität auch heute noch nicht spricht. Darunter leiden besonders die Frauen.

Allgemein gesagt wird, daß jeder Mann chauvinistisch ist. Konkret ausgeführt wird dies selten, im sexuellen Bereich nie.

Gerade weil das Thema „Bett“ tabu ist, brauchen die Männer nicht zu fürchten, wegen ihrem subtilen und offenen Chauvinismus im Bett angegriffen zu werden.

Gerade weil dies ein „peinliches“ Thema ist, redet frau kaum über die Sauerheiten, die im Bett ablaufen, und wenn, dann leise, hinter vorgehaltener Hand. Wir schreien es jetzt laut!

Meistens denkt frau: „Ich hab ja selber schuld! Warum hab ich nicht gesagt, daß er mir weh tut“, oder „Warum hab ich nicht gesagt, daß ich nicht die Pille nehme“ usw.

Ein häufig vorkommender Fall von chauvinistischem Verhalten im Bett ist, wenn eine Frau vorher explizit sagt, daß sie nicht mit dem Typen schlafen will oder kann (weil die Gefahr einer Schwangerschaft besteht), und der Mann sie dann auf die eine oder andere Weise überlistet oder „rumkriegt“ und doch mit ihr schläft. Die Folge, wie eine Abtreibung oder auf jeden Fall die Angst davor, trägt sie ja.

Und das alles passiert immer wieder als eine sorglose Selbstverständlichkeit der Männer.

Wir selber waren erschrocken über uns, wieviel wir allnächtlich hinnehmen.

Auch im AK ist Sexualität konkret berichtet bisher so gut wie tabu. Beispiel: Vor etwa einem Jahr erschien im AK ein Artikel mit der Überschrift „Zu viert im Bett – was nun?“ Allein zu dieser Überschrift kamen Sprüche wie „Der AK ist doch kein Porno“ usw.

Wir sind allerdings der Meinung, daß diese Themen mit solchen Sprüchen nicht abgetan sein können. Gerade im Interesse der Frauen muß dieses Tabu auch im AK unbedingt durchbrochen werden.

FRAUEN, MACHT DAS PRIVATE ÖFFENTLICH!

„Wie zärtlich ...“

Wir liegen im Bett und schmusen rum. Ich sage, daß wir nicht miteinander schlafen können, ich nehme die Pille nicht und auch sonst nix, und es ist gerade die Zeit, wo die Gefahr einer Schwangerschaft besonders groß ist. Er sagt: „Ja, ist klar, Du müßtest ja auch eine Abtreibung durchmachen und nicht ich“ usw.

Ich denke, daß das in Ordnung ist; war ja schon ein paar Mal so. Und ein Typ kann seinen Orgasmus auch an und nicht ich“ usw.

Ich denke, daß das in Ordnung ist; war ja schon ein paar Mal so. Und ein Typ kann seinen Orgasmus auch anders kriegen, weiß ich.

Dann schmusen wir wieder rum. Ziemlich lange und mir gefällt es sehr. (Hat auch lange genug gedauert, bis er einigermaßen geschnallt hat, was ich mag). Ich bin sehr erregt. Er sagt, daß es ihm schwerfällt, nicht mit mir zu schlafen, daß ihm aber trotzdem klar ist, daß nix läuft. Danach streichelt er noch einmal besonders zärtlich die Innenseiten der Oberschenkel, die Mose und die Klitoris, um dann „in mich einzudringen“. Nach kurzer Zeit ist mir klar, was er da „berechnend“ durchgeführt hat. Ich sage ihm, er solle aufhören. Er tut's.

Allmählich werde ich immer wütender. Ich hab mich austricksen lassen; er hat mich noch mal ein bißchen mehr erregt und darauf spekuliert, daß ich dann schon nicht schnallen werde, was abläuft; darauf, daß ich für kurze Zeit vergesse, was es für mich bedeutet, wenn er jetzt mit mir schläft.

Kurze Zeit, aber lang genug, um „in mich einzudringen“ (das Wort erinnert mich an einbrechen). Mir wird klar, jetzt hab ich auf jeden Fall die Bauchschmerzen aus Angst vor einer Schwangerschaft und vielleicht noch einer Abtreibung.

Ich sage ihm, daß ich sehr sauer bin. Er guckt mich betont schuldbehaftet an. Meine Person ist so einem Typen völlig egal, denke ich, müßte ihn aus dem Bett schmeißen, aus der Wohnung, egal wie spät es jetzt ist.

Aber ich weiß, daß er dann „ganz“ geht, und ich weiß, daß ich im Moment in bezug auf Zärtlichkeit von ihm abhängig bin.

Also schmeiß ich ihn nicht raus, mildere meine Worte. Drehe mich um, um zu schlafen. Er redet und redet von seinen schlechten Gewissen und daß er deswegen jetzt nicht schlafen könne...

Ich denke, daß er jetzt wohl auch noch Mitleid haben will.

Mir ist zum Kotzen, und ich muß an die Worte „ausschaben“ und „absaugen“ denken. Dann schlafe ich.

Ausschnitt aus einem Brief an einen sogenannten Freund!

Nun gut; genug der einleitenden, besänftigenden Worte:

Nun gut; genug der einleitenden, besänftigenden Worte:

Ich finde Dich ekelhaft, undurchsichtig und verständnislos. Aber weil ich Dich (frag bloß nicht warum!) mag und weiß, daß ich selber für meine Gefühle und Urteile verantwortlich bin, sag ich Dir oft nichts davon und lenke die Wut und den Ekel auf mich selber. Sowa kann dann dazu führen, daß ich mit Dir (oder irgendjemand anders, je nachdem, wer gerade „Auslöser“ war) gegen meinen Willen bumse, mich absichtlich selbst erniedrige, damit mir unterbewußt alles ehrlicher erscheint, weil ich mich selbst vergewaltigen lasse und vergewaltige. Wie weit diese Selbstzerstümmelung geht, zeigt vielleicht, daß ich sogar schon mit dem Gedanken gespielt habe, auf den Strich zu gehen, denn das ist ja schließlich noch die ehrlichste Prostitution.

Ich habe Dir anfangs geschrieben, daß ein großer, wenn nicht gar der größte Teil meiner Wut auf mich selbst gelenkt wird (siehe selbstzerstümmelnde Prostitution). Bisher wäre also im Grunde (aus Deiner Sicht) nichts dagegen einzuwenden, da ich ja schließlich niemand anders dadurch angreife, aber das ist nicht wahr: Ich hasse Dich oft, vor allem, wenn mir Deine „männliche Überlegenheit“ auffällt, z.B. wenn ich sehe, daß Du es besser kannst, wenn Du schneller einen Orgasmus kriegst, oder wenn Du gar Sprüche machst wie: Ich habe es nötig abzunehmen (spaßiger frauenfeindlicher Spruch, hahaha!).

Wenn Du derartige Sprüche einfach nur nicht mehr bringen würdest, würde das auch nicht so furchtbar viel ändern, weil ich dann eben anhand anderer Scheiße erkennen würde, wie wenig Du und alle anderen sogenannten linken, fortschrittlichen Typen in bezug auf die Frauenfrage im Kopf haben! DAS NERVT MICH!

Selbstbewußtsein?!

Es war Morgen. Am Abend hatten wir miteinander geschlafen. Ich kann nicht sicher sagen, ob ich es nicht auch aus dem Zwang heraus getan habe, ich müßte mal wieder mit 'nem Typ schlafen. Er fragte nicht, ob ich die Pille nehme. Ich nahm sie auch nicht. Mein Problem natürlich.

Am nächsten Morgen mußte er früh aufstehen. Wir schmusten miteinander herum. Mehr auf seine Initiative hin. Ich war sehr müde. Mit einer Selbstverständlichkeit wie am Vorabend legte er sich auf mich, drang ein. Ich war nicht sehr erregt. Ich versuchte, meinen Unterleib so zu lagern, daß es mir bei meiner Unerregtheit möglichst wenig weh tat. Er bekam seinen Orgasmus. Ich hatte mal wieder die Schmiere in mir. Ich war zum einen noch immer sehr, sehr müde, zum anderen tat meine Scheide weh. Sie tat noch den ganzen Tag lang weh. Mein Körper? Ich ekelte mich...

Eigentlich wollte ich hierüber nicht schreiben, weil der entsprechende Typ (Namen nennen wir zwar nicht, aber er erfährt natürlich trotzdem, daß er gemeint ist) erst zweimal mit 'ner Frau geschlafen hat und mich als 'ne total „erfahrene“ Frau sieht, die weiß, was sie will, und aufgeschlossen und unverklemmt ist. Aber diesen Gedanken, wie „unerfahren“, „hilflos und unsicher“ dieser Typ doch ist, steht gegenüber, daß ich Schmerzen hatte. Ein ätzendes Gefühl. Ich sage aufgrund von Peinlichkeiten nicht, was ich will. Was hab ich da bloß im Kopf?

Dadurch, daß ich, daß wir Frauen, aufgrund von Rücksicht Typen verschonen, dadurch ändern die sich nie!

Was hab ich da bloß im Kopf? Dadurch, daß ich, daß wir Frauen, aufgrund von Rücksicht Typen verschonen, dadurch ändern die sich nie!

Und diese Schmerzen, dieses aufgeriebene Juckgefühl kommt wieder. Ich will das Recht haben, mit allen Mitteln durchsetzen zu können, meinen Körper zu lieben und mich nicht vor ihm ekel zu müssen.

„Ein Abschied“?

Sie war bei einem Freund zu Besuch, einem festen Freund, wenn man so will. Sie saßen da und tranken Wein, während sie sich überlegte, welche Erklärung sie dafür abliefern sollte, daß sie bald gehen würde. Sie schwiegen einander an; es war gut, daß eine Platte lief.

„Laß uns jetzt das Essen machen“, sagte er. „Ich habe keinen Hunger“, sagte sie. – „Dann komm doch mit in die Küche“. – „Ich werde gleich nach Hause gehen“, sagte sie, und hatte dabei das Gefühl, sich verteidigen zu müssen.

„Ich will gar nicht, daß du gehst“, sagte er, stand auf, ging zum Klavier, setzte sich und fing zu spielen an. Er spielte gut, sie konnte es nicht so gut.

Sie saß noch immer da, starrte aus dem Fenster, hinter dem sie ohnehin nur Umrisse dessen, was draußen war, erkennen konnte.

„Ich möchte, glaube ich, mal wieder alleine sein“. Sie stand auf, stieß sich dabei ihren kleinen Zeh und ging zu ihm ans Klavier; er spielte immer noch. Ein wenig krampfhaft umarmte sie ihn, küßte sie seinen Nacken, streichelte sie die Beule in seiner Hose, wodurch er sich verspielte und schließlich aufhörte.

Sie machte ihn absichtlich geil und redete sich selbst Geilheit ein. Sie sagte sich selbst, daß sie, als beide bereits nackt auf dem Boden lagen und er bereits eingedrungen war, kurz vor einem schon lange nicht mehr gehabt Orgasmus sei. Wenn sie kurz zwischendurch daran dachte,

wie sie wenig später in ihrem Zimmer sitzen und lesen würde, sich durch Musik geborgen fühlen würde, kam ihr ins Bewußtsein, daß sie dieses jetzt gar nicht wollte. Sie stöhnte danach aber sofort noch lauter, noch überzeugender als zuvor.

Als er nach einigem Stöhnen schlief in ihr lag, und er sie wieder fragte, ob sie einen Orgasmus gehabt habe, antwortete sie, nach einem kurzen Überlegen, ob sie lügen sollte, doch mit einem „Nein“, sagte sogar noch: „Es nervt mich, wenn du mich jedesmal fragst, ob ich einen gehabt habe. Weißt du, ich fühle mich dann wie unter einem Leistungsdruck. Mir ist es oft völlig egal, ob ich einen Orgasmus kriege, oder nicht“.

Sie wurde durch die Türklingel erlöst. Er hüpfte aus ihrer warmen, weichen besudelten Höhle heraus und öffnete die Tür. Sie hatte genug Zeit, sich anzuziehen, ohne ihn durch Worte an ihren Abschied erinnern zu müssen.

Der Wind draußen war kühl, erfrischend. Sie erkannte jetzt mehr als nur die Umrisse: die Zweige winkten ihr zu und die Mondin lächelte sie an. Sie hatte noch einmal „Tschüß“ gerufen und die Tür hinter sich geschlossen. Würde sie sie beim nächsten Abschied zuschlagen?

Egoismus?

Ich schlafe mit 'nem Typen das erste Mal. Er liegt oben. Ich finde es besser so, sonst ist es immer so anstrengend. Sein Schwanz dringt ein. Hart. Die Hautfalten in meiner Scheide werden gequetscht und gedehnt. Mir wäre alles langsamer wesentlich lieber. Soll ich jetzt was sagen? Wäre ja besser. Seine Hüftknochen drücken auf meine Schenkel. Aber ich will ja nicht kleinlich erscheinen. Er dringt weiter ein. Jetzt in der Vagina drinnen. Ach, nun ganz oder gar nicht – ein sensibler Orgasmus liegt für mich eh nicht mehr drin. Er dringt also jetzt ganz tief ein. Der Schwanz berührt meinen Muttermund. Tut 'n bißchen weh. Es dauert nicht lange, und ich bekomme einen Orgasmus. Ich finde es eher schade, weil für mich jetzt erstmal alles vorbei ist. Er ist noch lange nicht so weit. Jetzt fasse ich den Mut zu sagen, daß es mir lieber wäre, wenn er hinausrutschen würde mit seinem Schwanz, weil es mir sonst nur noch weh tut.

„Oh, diese Emanzen, aber ich bin ja gar nicht so“. Er geht hinaus. Ist sauer, weil er keinen Orgasmus hatte.

Ich versuche, ihm zu erklären, daß ich es gerade für mich als Frau ungeheuer wichtig finde, nur das zu tun, was ich auch will und schön finde.

Er fragt, ob ich beim Nehmen und Geben von Zärtlichkeiten immer so egoistisch bin. Ich bin müde. Im Laufe des Abends schlafen wir noch ein.

Geben von Zärtlichkeiten immer so egoistisch bin. Ich bin müde. Im Laufe des Abends schlafen wir noch ein zweites Mal miteinander, wo er seinen Orgasmus bekam. Ich nicht. Ich hatte bloß die Schmiere in mir.

Ein Geständnis

Seitdem wir miteinander im Bett lagen, war ich am Überlegen, wann ich ihm denn nun sagen würde, daß ich die Pille nicht nehme. Meine Gedanken gingen von „Vielleicht fragt der ja sogar“, bis zu „Nachher hatte der Typ vielleicht gar nicht vor zu bumse, und wie steh' bzw. lieg' ich dann da mit meinem Spruch: ich nehm' aber die Pille nicht“.

Ich war mit seinem Schwanz beschäftigt und er tatschete ab und zu ziemlich brutal mit seinen scheinbar recht unbeweglichen Fingern an meiner Mose rum. Ich fühlte mich (wie immer) total verunsichert und wagte nicht zu sagen, daß er zu brutal sei. Also spielte ich das Spiel weiter mit, bis er dann schließlich auf mir lag. Jetzt mußte ich es sagen. Theoretisch sollte es sehr selbstbewußt klingen – frau ist ja eine emanzipierte Genossin – außerdem war ich recht sauer, daß er mich nicht gefragt hatte, ob ich die Pille nehme, und ob ich überhaupt Bock auf Schwanzficken habe. Was rauskam, klang allerdings sehr schüchtern, eher wie ein schuldbehaftetes Geständnis. Dafür wurde ich aber auch gleich gütig mit dem Spruch „Ich bin dir auch nicht böse“ von ihm belohnt.

Dieses „Erlebnis“ mit einem Genossen im Bett ist weder ein Einzel- noch ein Extremfall. Reichlich viele Genossen oder linke Typen verhalten sich derartig im Bett. So fiel z.B. in genau derselben Situation von einem anderen Genossen der Spruch: „Kann ich doch nicht wissen, alle Frauen in deinem Alter nehmen doch die Pille...“.

Immer wieder

Immer wieder strample ich, um mich von der Frauen-Rolle zu befreien. Immer wieder finde ich aber doch Gefallen daran sie zu spielen, erniedrige mich selbst, lasse in mich hineinstoßen und stoße mich selbst, empfinde so etwas wie Lust (was ist Lust?) dabei. Ich will's nicht mehr! Doch wäre Koitus-Verdammung und -Verbannung auch kein Ausweg. Der Stoß geht tiefer als die Gebärmutter reicht.

Schlaftablette

Die große Liebe mit uns war vorbei. Es ging mir u.a. deswegen nicht gut. Ich hatte abends aus Frust eine starke Schlaftablette genommen, um vom Rest des Tages nichts mehr mitbekommen zu müssen. Er kam spät abends. Am nächsten Morgen, ich war noch sehr müde von der Tablette, begann er, mit mir herumzuschmusen. Ich wußte: entweder ich mache mit, dann bleibt er mir noch ein wenig, oder ich sage ihm, daß ich zu müde und kaputt bin.

Ich sagte es ihm. Er fuhr genervt zusammen und sagte: „Na gut, dann eben nicht“.

Es dauerte nicht lange und wir standen auf, frühstückten und er ging schnell fort. Er ging weit fort.

Aachen: CDU im heiligen Krieg gegen die Abtreibung. Kein Geld für Pro Familia

Aachen: 9.1.80: Der Sozialausschuß der Stadt Aachen tagt. Die CDU-Mehrheit verweigert einen Zuschuß von 25.000 DM an die Beratungsstelle der Pro Familia. Der größte Teil der Unterstützung für die Beratungsstelle – beantragt sind 160.000 DM – kommt vom Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen (NRW).

Hier ein kurzer Überblick über das, was in Rat und Ausschüssen von Aachen gegen die Pro Familia beschlossen wurde:

19.11.79: Der Sozialausschuß beschließt einen „Fonds für Schwangere und Mütter von Kleinkindern“ mit 60.000 DM. Er soll der Sozialen Indikation die Grundlage entziehen. Der Ausschuß lehnt einen nachträglichen Betriebskostenzuschuß an Pro Familia ab (nach „Klenkes“, Jan. '80).
9.1.80: Der Sozialausschuß lehnt einen Zuschuß von 25.000 DM für Pro Familia für das Jahr 1980 ganz ab (nach „Aachener Nachrichten“/AN, 12.1.80).

15.1.80: Der Finanzausschuß beschließt (mit Stimmen der SPD und einer Frau und eines Typen von der CDU): Die Pro Familia erhält 15.000 DM, wie 1979 („AN“, 17.1.80). Übrigens hat die CDU-Mehrheit im Sozialausschuß 12.000 DM zur Unterstützung des Vereins „Frauen helfen Frauen“ nicht bewilligt.
2.2.80: Die „Aachener Volkszeitung“ („AVZ“) berichtet: Der Sozialausschuß habe den Tagesordnungspunkt Pro Familia vertagt.

5.2.80: Die „AVZ“ berichtet: Der Finanzausschuß hat über Pro Familia diskutiert.
7.2.80: Im Stadtrat lehnt die CDU-Mehrheit alle SPD-Anträge zum Haushalt ab, u.a. auch den 25.000-DM-Zuschuß für die Pro Familia („AVZ“).
Schon seit über einem Jahr führen Kirche und CDU/CSU eine Kampagne gegen die „Liberalisierung der Abtreibung“. Am 10.4.79 berichtete die „AVZ“, z.B., im Landtag sei über neue, z.T. liberalere Richtlinien zur Anerkennung von Beratungsstellen diskutiert worden. Die CDU protestierte: Abtreibung dürfe nicht als „Recht, auf das man Anspruch hat“, erscheinen.

Die Aachener CDU-Politiker sind beunruhigt:

1978 wurden im Stadtgebiet 1739

Die Aachener CDU-Politiker sind beunruhigt:

„1978 wurden im Stadtgebiet 1739 Kinder von deutschen Staatsangehörigen geboren, gegenüber einer Zahl von 1422 Indikationen zum Schwangerschaftsabbruch“ („AVZ“, 5.2.80). Damit die Deutschen nicht aussterben, müssen Frauen Kinder kriegen, egal was sie selber wollen ... Was Wunder, daß die „AVZ“ (CDU-nahe) eine intensive Propaganda gegen Abtreibung und für „soziale Hilfe“ macht und munter gegen die Pro Familia hetzt. Die „AVZ“ machte unter anderem auch ein Interview mit der kirchlichen Schwangerschafts-„Beratungsstelle“ „Rat und Hilfe“. Wenn es Pro Familia nicht gäbe,

könnte frau in Aachen sich nur an diese „Beratungsstelle“ wenden.

In Aachen ist die Pro Familia der CDU ein Dorn im Auge, weil sie den Frauen helfen will, selber eine Entscheidung zu treffen und ihnen nicht von vornherein die Kinder aufschwätzt, wie „Rat und Hilfe“.

„Die Abtreibungsfälle, die dort (bei Pro Familia) bescheinigt werden, erfolgen nach Meinung der CDU nicht im Rahmen des Grundgesetzes. Gemäß § 218 müsse die soziale Hilfe im Vordergrund stehen.“ (Nach „AVZ“ 5.2.80). Bürgermeisterin Dr. Kruse meint, daß „nirgendwo deutlich wird, daß bei den Beratungen durch Pro Familia zunächst einmal dem Klienten aufgezeigt wird, daß nach wie vor der Schwangerschaftsabbruch strafbar ist“.



Was wird werden, wenn nächstes Jahr die Unterstützung der Pro Familia als Modellversuch von Bund und Land ausläuft? Die CDU freut sich schon darauf, daß Pro Familia dann ganz auf die Stadtkasse angewiesen sein könnte. Es war hauptsächlich im Stadtrat, Sozial- und Finanzausschuß, wo sich die SPD für Pro Familia einsetzte. Die CDU sei auf eine Grundsatzentscheidung gegen den „reformierten“ § 218 aus, erkannte die SPD. Laut „AN“, 12.1.80, sagte die Stadträtin Hildegard Lisse (SPD), die von den Bischöfen und der CDU angezettelte Kampagne gegen den § 218 werde in Aachen genutzt, „um diese Einrichtung kaputt zu machen“.

Die Pro Familia greift von Anfang an diese Einrichtung kaputt zu machen.

Die Pro Familia ergriff von Anfang an selber die Initiative: Zu der Ratsitzung, in der noch einmal 25000 DM Zuschuß gefordert wurde, konnte sie schon über 1200 Unterschriften vorlegen. Die Unterzeichner erklärten: „Ich halte die Arbeit der Pro Familia für notwendig und wende mich gegen die Kriminalisierung der Schwangerschaftskonfliktsberatungen“.

Eine Pressekonferenz und ein Interview im WDR taten ihr Übriges, um den Fall aus der Heimlichkeit von Ausschüssen und Stadtrat herauszubringen.

Eine Genossin aus Aachen

Das autonome Frauenhaus in Bremen wurde vor über drei Jahren in Eigeninitiative von den Frauen des „Ver eins Frauen helfen Frauen“ aufgebaut und zuerst durch Spenden und viel unbezahlte Arbeit finanziert. Durch gute Öffentlichkeitsarbeit (z.B. über das Ausmaß der Gewalt in der Ehe) und durch offensichtliche Tatsachen (das erste Frauenhaus platzte schon bald nach der Eröffnung aus den Nähten, obwohl nach Senatsmeinung für Bremen gar kein „Bedarf“ vorhanden war) gelang es den Frauen, den Senat zur finanziellen Unterstützung des Frauenhauses zu zwingen. Für 1977 und 1978 bekam das Frauenhaus Zuschüsse aus dem Bremer Haushalt – 1978 z.B. insgesamt 285.000 DM. Diese Finanzierung war an keine besonderen Bedingungen gebunden, das Frauenhaus konnte also autonom nach eigenem Konzept arbeiten. Probleme gab es allerdings trotzdem genug: die Überbelegung (zeitweise über 20 Frauen), deshalb forderten die Frauen schon bald ein zweites Frauenhaus; die fehlenden räumlichen und finanziellen Möglichkeiten für eine angemessene Kinderarbeit (bis zu 40 Kinder sind im Frauenhaus); Beschwerden, daß Kinder die Schule schwächen würden; Beschwerden der Nachbarschaft über die Frauenhauskinder; Einschaltung der Schulbehörde bei offensichtlichen Schwierigkeiten der Kinder; der katastrophale Wohnungsmarkt, speziell für Frauen aus dem Frauenhaus, womöglich noch mit mehreren Kindern oder für eine Frauen-WG usw. usw.

Seit etwa einem Jahr aber ist die weitere Existenz des Frauenhauses gefährdet. Wieso und warum und wie's weitergeht, schildert dieses Interview:

Frage: Seit einem Jahr steht ihr in harter Auseinandersetzung mit dem Bremer Senat um die weitere Finanzierung des Frauenhauses (FH). Wie ist es dazu gekommen?

Antwort: Im Februar 79 hat sich der Senat an uns gewandt und gesagt, daß aus haushaltstechnischen Gründen eine andere Finanzierung des FH eingeführt werden müsse, und die einzig mögliche Finanzierungsform sei die nach dem Bundessozialhilfegesetz, nach § 72 – d.h. eine Finanzierung über Pflegesätze wie bei jedem staatlichen Heim. Für uns war ziemlich schnell klar: Auf diese Art der Finanzierung lassen wir uns nicht ein. Denn bundesweit kämpfen ja die autonomen Frauenhäuser gegen diesen Paragraphen, weil er die Frauen, die von ihren Männern geschlagen werden, entmündigt und diskriminiert (Gesetzestext: „...Personen, bei denen besondere soziale Schwierigkeiten der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft entgegenstehen, ist Hilfe zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu gewähren, wenn sie aus eigener Kraft hierzu nicht fähig sind...“). Wir haben also gesagt, daß wir weiter aus dem Haushalt finanziert werden wollen. Dann hatten wir einige Verhandlungen mit Senats- und Behördenvertretern, es kam aber zu keinerlei Einigung. Bis Juli bekamen wir dann aber noch Zuschüsse, außerdem eine Abschlagszahlung, nachdem wir nochmal bei Bürgermeister Koschnik (SPD, Bremer Regierungschef) waren. Endgültig vorbei war's aber am 31. Juli 79.

Frage: Wie habt ihr das eingeschätzt, daß der Senat euch im letzten Jahr plötzlich das Geld gestrichen hat – nachdem er das FH immerhin 2 Jahre aus dem Haushalt unterstützt hat?

Antwort: Wir sehen das als eine ganz klare politische Entscheidung des Senats, insofern als sie gemerkt haben, daß sie sehr wenig Einfluß auf das FH haben, daß sie keine direkte Kontrolle ausüben können und daß ihnen unsere Art, Frauenhausarbeit zu machen, unbequem war. Einfach deshalb, weil wir z.B. versucht haben, das Haus kollektiv zu leiten, was uns auch gelungen ist. Das war aber für den Senat und die Sozialbehörde ein Unding. Durch die andere Finanzierungsform wollen sie versuchen, uns stärker zu kontrollieren. Klar wird das auch, wenn man sich die Bedingungen für die Finanzierung nach dem BSHG ansieht: Die erste ist

gleich eine Aufnahmebeschränkung – wir dagegen sagen ganz klar: Wir nehmen jede Frau auf, sonst würde auch das Problem Gewalt in der Ehe verschleiert. Die zweite Bedingung ist, daß wir keine auswärtigen Frauen mehr aufnehmen sollen, und die dritte, daß auch die Aufenthaltsdauer eingeschränkt wird – wegen der wir immer dafür sind, daß jede Frau selbst entscheidet, wann sie aus dem FH auszieht. Ja, und die vierte Bedingung ist, daß im FH nur Fachkräfte arbeiten, was unserer Meinung nach zu einer Hierarchie unter den Mitarbeiterinnen führen würde, weil bei uns unterschiedlich qualifizierte Frauen, z.B. auch ehemalige Bewohnerinnen, mitarbeiten.

Frage: Wie hat der Senat die Streichung der Gelder fürs FH öffentlich begründet? Ich erinnere mich an ganz dicke Anschuldigungen gegen euch wegen der Buchführung.

Antwort: Ja, das stimmt, sie haben ganz klar gesagt, unsere Buchführung sei nicht in Ordnung, deshalb müßten sie eine andere Finanzierungsform anwenden zwecks besserer Kontrolle. In der Presse stand das dann so: das Frauenhaus habe (Steuer)Gelder veruntreut! Inzwischen hat sich aber gezeigt, daß das unhaltbare Behauptungen waren. Wir konnten belegen, daß wir das Geld fürs FH ausgegeben haben.

Frage: Nachdem ihr die Erpressung des Senats (entweder Finanzierung über Pflegesätze oder Geldhahn zu) abgelehnt habt, hattet ihr ja nur die Möglichkeit, damit an die Öffentlichkeit zu gehen und euch über Spenden zu finanzieren. Wie habt ihr das gemacht?

Antwort: Wir haben die Auseinandersetzung mit dem Senat schon am Anfang öffentlich gemacht, erst recht aber von dem Zeitpunkt ab, wo der Senat die Verhandlungen abgebrochen hat. Wir haben Pressekonferenzen gemacht, Radiosendungen, Flugblätter, Unterschriftensammlungen – alles mit ziemlich großer Resonanz: Wir haben viele Anrufe und Briefe und auch Spenden gekriegt. Und dann haben wir auf sämtlichen Veranstaltungen Redebeiträge gehalten, Spendenaufrufe gemacht, außerdem Solidaritätsfeste initiiert – auch wieder relativ erfolgreich. Bei all diesen Formen von Öffentlichkeitsarbeit haben wir immer versucht, nicht nur das aktuelle Problem, sondern auch das dahinterliegende – Gewalt in der Ehe – deutlich zu machen. Außer durch die Spenden haben wir das FH durch 3 ABM-Stellen finanziert, die noch bis zum 31.3.80 liefen, und über eine Spende von 20.000 DM durch 3 ABM-Stellen finanziert, die noch bis zum 31.3.80 liefen, und über eine Spende von 20.000 DM vom Berliner Netzwerk. Mit all dem zusammengekommen konnten wir uns ein 3/4 Jahr über Wasser halten.

Frage: Der Senat und die Sozialbehörde haben euch ja vorgeworfen, daß bei euch kein fester Ansprechpartner sei – und dieser Vorwurf tauchte immer im Zusammenhang mit der Behauptung, ihr hättet Gelder veruntreut, und mit angeblich total chaotischen Zuständen im FH auf. Damit sollte ja euer Prinzip der kollektiven Arbeit angegriffen werden. Wie habt ihr darauf reagiert?

Antwort: Kollektiv! – Wir haben nach außen hin immer deutlich gemacht, daß wir uns nicht auseinanderdividieren lassen in Verantwortliche und Nichtverantwortliche. Bei Pressekonferenzen, bei Verhandlungen mit dem Senat usw. war immer die ganze Frauenhausgruppe anwe-

send. In Bezug auf die Arbeit im Haus aber wußte der Senat sehr wohl, wen er für bestimmte Sachen ansprechen konnte. Hinter solchen Vorwürfen steht im Grunde, daß der Senat eine andere Vorstellung vom FH hat: so wie ein staatliches Heim mit Heimleitung, die für alles verantwortlich ist.

Frage: Nach all den Auseinandersetzungen seid ihr jetzt – nach insgesamt einem Jahr – aber doch einen Kompromiß in der Finanzierung eingegangen. Warum und wie sieht der aus?

Antwort: Die Situation im März dieses Jahres war praktisch so, daß wir vor der Alternative gestanden haben, entweder wir machen das FH zu oder wir versuchen nochmal neu, Verhandlungen mit dem Senat aufzunehmen und dabei vielleicht doch Kompromisse zu erreichen. Wir haben sehr lange hin und her überlegt, sind dann aber doch zu dieser Lösung gekommen. Denn: Wir haben jetzt zwar die Finanzierung über Pflegesätze akzeptiert, allerdings nur bis Ende des Jahres, gleichzeitig haben wir aber mit dem Senat eine Zusatzvereinbarung abgeschlossen, in der all die Kontrollpunkte, die der Senat uns damals aufdrücken wollte, extra geregelt sind. Da steht z.B. drin, daß die Aufenthaltsdauer im FH nicht eingeschränkt wird, daß es keine Aufnahmebeschränkungen gibt, daß keine Auskünfte über die Frauen verlangt werden und Heimaufsicht entfällt, außerdem der Verein „Frauen helfen Frauen“ die Einstellungsfrage für die im FH beschäftigten Frauen hat und nicht der Senat usw. Erstaunlicherweise hat sich der Senat auf diese Regelungen eingelassen. Wir schätzen das so ein, daß der öffentliche, der politische Druck letztendlich doch so stark war, daß ihm nichts anderes mehr übrig blieb. Politischer Druck war auch von den anderen Parteien da, z.B. die FDP und auch die „Grünen“ haben in der letzten Haushaltsdebatte den Antrag gestellt, uns für 1980 in den Haushalt zu nehmen, sie haben insgesamt 400.000 DM für Frauenhäuser gefordert. Das hat einigermaßen Wirbel gemacht und war bestimmt auch ein Grund, daß dieser Kompromiß so zustande gekommen ist.

Frage: Ihr habt ja diese Finanzierung über Pflegesätze nur bis Ende 1980 angenommen. Wie stellt ihr euch das weiter vor, was ist das Ziel eurer Öffentlichkeitsarbeit?

Antwort: Wir haben diese Finanzierungsform nur als Übergangslösung angenommen; das steht auch ganz klar in dieser Zusatzvereinbarung. Die Finanzierung über Pflegesätze ist nur eine Übergangslösung, die wir 1981 in den Haushalt wollen. Wir sehen diese Zeit auch als Möglichkeit an, um wieder zu Kräften zu kommen, um wieder einigermaßen Ruhe ins Haus zu kriegen, um die dringende Renovierung zu machen. Außerdem ist jetzt endlich die Finanzierung der Kinderkassen für die Frauenhauskinder gesichert, so daß wir auch unter etwas besseren Bedingungen weiterarbeiten können. Wir wollen dann mit neuer Kraft den Kampf um eine Stelle im Haushalt weiterführen. Das Hamburger Frauenhaus ist auch 1 1/2 Jahre über Pflegesätze finanziert worden und hat es jetzt für 1980 geschafft, in den Haushalt zu kommen. Das ist auch unser Ziel!

(Die Fragen stellte eine Genossin der AG Frauen, Bremen)

Die Opfer von Vergewaltigungen nicht vergessen!!

Liebe Frauen! Liebe Männer!

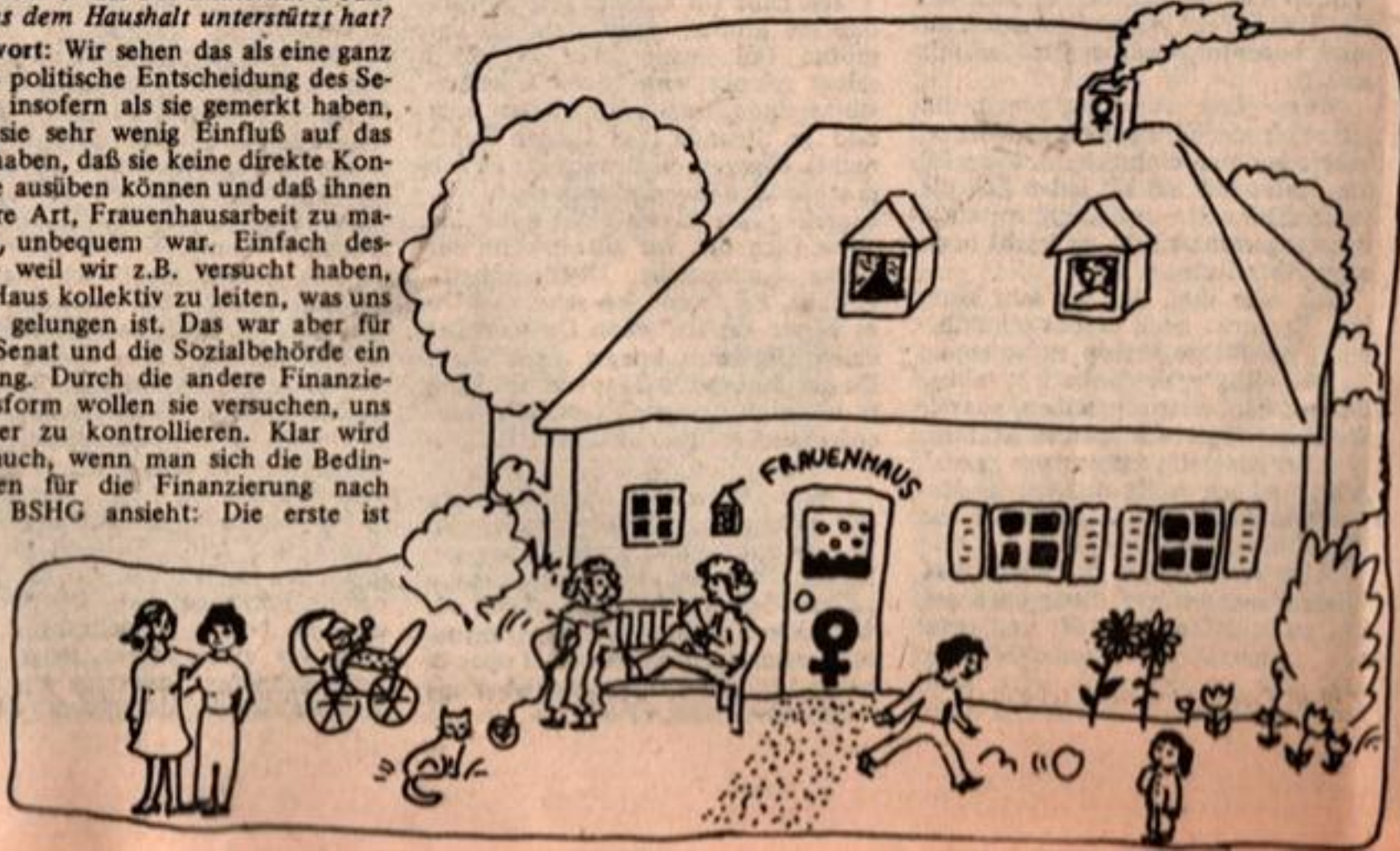
Erinnert Ihr Euch noch? Medine A., Türkin, Opfer einer (versuchten) Vergewaltigung, war aus dem Fenster gesprungen und hatte sich beide Füße gebrochen. Da Uwe Maefert den Mann gegen die Frau vertreten hatte, gab es damals den „Offenen Brief“ der AG Frauen, der einigen Staub – besonders bei den Anwälten – aufgewirbelt hat. Der Mann wurde freigesprochen und damit gab's auch keinen Schadensersatz für die physischen Qualen, die Medine A. zu erleiden hatte. Im AK 169 war dann ein Brief von vier Erzieherinnen abgedruckt, die die Anwälte Maefert und Scharmer auf-

forderten, durch eine Spendensammlung wenigstens für eine materielle Wiedergutmachung zu sorgen. Was passierte? Gar nichts! Gespendet wurde unseres Wissens auch nichts. Das, so fanden wir, ist nun allerdings kein Grund, nichts mehr zu tun. Also zog eine Genossin von uns los und siehe da, in einigen Tagen waren 415,- DM zusammen! Wir hoffen, das ist ein guter Anfang!

Mit solidarischen Grüßen

IKAH

Spenden sind unter dem Stichwort „Medine A.“ erbeten auf das Konto Bernd Schulz Nr. 390989-206 Postsparkasse Hamburg.



Dänische Frauen demonstrieren gegen Krisenpläne

Nach den Uneinigkeiten zum 8. März (der AK berichtete darüber), fanden sich die wichtigsten Frauenorganisationen Kopenhagens jetzt zusammen, um gemeinsam ihren Protest gegen die

arbeiterfeindliche, frauenfeindliche und kinderfeindliche Politik der sozialdemokratischen Minderheitsregierung Anker Jørgensens vorzutragen.

Wenn man sich die im Parlament noch abzusehenden Regierungspläne ansieht, wundert es nicht, daß die Frauen auf die Barrikaden gehen.

- Der Reallohn soll um 5 - 10% gesenkt werden.
- Steigende Arbeitslosigkeit wird einkalkuliert.
- Stärkere Kontrolle, ob die Arbeitslosen dem Arbeitsmarkt auch wirklich zur Verfügung stehen (Frauen stehen nur dann dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, wenn ihre Kinder einen Kindergarten- o.ä. Platz haben).
- Trotz steigender Arbeitslosenzahlen sollen die Ausgaben der Arbeitsämter drastisch reduziert werden.
- Die Sozialhilfe soll gesenkt werden.
- Die Preise für Kindereinrichtungen

sollen wesentlich erhöht werden, gleichzeitig sollen die Kindergärten usw. mit 10% überbelegt werden.

- Teilweiser Baustopp für Kindereinrichtungen, totaler Baustopp für Kleinkinderhorte.
- Senkung des Kindergeldes.
- Weiterhin sollen die Ausgaben der Kommunen und Ämter wesentlich reduziert werden — Schulen und Krankenhäuser werden hier die wichtigsten Sparobjekte sein.

Gleichzeitig soll die Industrie tüchtig gefördert werden, um die Wirtschaft anzukurbeln und durch Export das ständig größer werdende Zahlungsbilanzdefizit abzubauen.

Das ganze läuft u.a. darauf hinaus, Frauen massenweise vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. „Entweder wird es zu teuer, auf die Kinder aufpassen zu lassen, oder es ist kein Platz aufzutreiben“.

Seit Beginn der Krise im Jahr 1974 wurden große Anstrengungen unternommen, viele Frauen „an den Herd“ zurückzutreiben. Es wurden so viele Frauen entlassen, daß heute jedes vierte Mitglied der Frauen-Arbeitergewerkschaft arbeitslos ist. Staat und Kommune haben mit Gesetzesänderungen und Erlassen das ihre getan, vielen Frauen das Recht



Demonstration am 24. April in Kopenhagen gegen die „Spar“politik

auf Arbeitslosenunterstützung zu nehmen.

Auf der anderen Seite werden immer mehr Frauen durch den seit Jahren stetig fallenden Reallohn ihrer Männer auf den Arbeitsmarkt gezwungen. „Es ist nicht mehr möglich, von einem Lohn zu leben“.

Am 24. April fand die Frauendemonstration in Kopenhagen unter den folgenden Parolen statt:

- Nieder mit dem reaktionären Krisenplan
- Gegen die verstärkte Frauenarbeitslosigkeit

- Gegen die Funktion der Frauen als Arbeitskraftreserve
- Gegen die Sparpläne auf dem Gebiet der Kindereinrichtungen
- Für 26 Wochen Schwangerschaftsurlaub und 8 Wochen davor — bei vollem Lohnausgleich

Aber nicht nur die Frauen wehren sich. Nach Aufhebung des Lohn- und Preisstopps Anfang des Jahres begann eine Streikwelle, die sogar sonst verschont bleibende Bereiche wie Kaufhäuser (hauptsächlich Frauen) erfaßte. In den ersten 10 Wochen dieses Jahres wurden ca. 400 so-

genannte wilde Streiks durchgeführt.

Über gemeinsame nationale Aktionen beraten wurde in den letzten Wochen auf verschiedenen regionalen Vertrauensleutenkonferenzen. Der 8. Mai wurde zum nationalen Protesttag erklärt. Alleine in Kopenhagen haben bisher 400 Vertrauensleute zur Demonstration aufgerufen.

Damit haben sich die wichtigsten Organisationen links von der Sozialdemokratie zu gemeinsamem Vorgehen zusammengefunden.

Dänemark-Kommission

KPF-Frauen sehen rot

„Wir sind das beste Instrument zur Befreiung der Frauen“, so lautete die kühne Behauptung der „Humanité“, Zentralorgan der KPF, anlässlich des Prozesses gegen einen KPF-Funktionär wegen sexistischer Gewalt (siehe AK 174).

Frauen, die innerhalb der KPF organisiert sind, sehen das anders: Seit Mai 1979 gibt eine Gruppe von „Feministinnen und Kommunistinnen“ eine Zeitschrift mit dem Titel heraus: „Sie sehen rot“ (Anm. „feministisch“ nennen sich in den sogenannten „romanischen Ländern“ praktisch alle in der Frauenbewegung aktiven Fraktionen). „Nach zehn Jahren Abwesenheit in der Frauenbewegungsszene ... wird es allerhöchste Zeit, über unseren Platz und unsere Rolle als kommunistische Frauen innerhalb der Bewegung zur Befreiung der Frauen und über den anstehenden feministischen Kampf innerhalb unserer Partei nachzudenken“ (Nullnummer von „Elles voit rouge“, Mai 1979).

Sie sind Feministinnen geworden „aufgrund der Kämpfe, die wir in unserem privaten und gesellschaftlichen Leben geführt haben ... und auch dank der autonomen Frauenbewegung. Der Feminismus hat innerhalb unserer politischen Praxis einen neuen Widerspruch aufgeworfen: Wir müssen nicht nur gegen den Kapitalismus Stellung beziehen, sondern auch gegen den Sexismus, dessen Opfer wir sind, auch seitens unserer guten Genossen...“ (ebenda).

Trotz ständiger Beschuldigungen vom Generalsekretär Marchais oder der „Frauenexpertin“ Madeleine Vincent fühlen sich die Genossinnen von „Elles voit rouge“ nicht wohl innerhalb ihrer eigenen Partei — denn eine Partei oder Organisation ist nicht vor der herrschenden Ideologie, wie durch ein Wunder, geschützt.

Viele Frauen der KPF haben bislang individuell oder insgeheim in Frauengruppen gearbeitet. Sie wollen nicht mehr „gespalten, eingeschränkt, mit Schuldgefühlen beladen“ werden, sondern überall, innerhalb und außerhalb der Partei, „feministisch und kommunistisch“ sein, „gemeinsam mit den Frauen der autonomen Frauenbewegung kämpfen, mit Frauen anderer Organisationen, mit Frauen innerhalb der KPF ... Kommunistin und Feministin zu sein, bedeutet nicht, sektiererisch zu sein. Innerhalb einer Organisation zu arbeiten, bedeutet nicht, daß wir möchten, daß alle Frauen in diese Organisation kommen, und daß wir alles verdächtigen und verurteilen, was anderswo läuft. Im Gegenteil. Revolutionärin zu sein bedeutet, jeden Kampf gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung zu unterstützen, bedeutet Solidarität und Unterstützung ... Eine breite Debatte, eine intensive Informationsarbeit und die Ablehnung jeglicher Unvereinbarkeit sind die Voraussetzungen, um zu verstehen, zu lernen, zu wissen, um eine größere Klarheit zu bekommen“ (ebenda).

Zum Chauvinismus der KPF

Die herrschende Ideologie der KPF zur Frauenfrage kann kurz zusammengefaßt werden:

1. Anatomie = Schicksal. „Frauenexpertin“ Madeleine Vincent referierte auf einer nationalen Konferenz der KP zur Frauenfrage im Juni 1978, ursprünglich sei die Unterdrückung quasi etwas „Natürliches“ gewesen, zumal sie sich auf die biologischen Unterschiede zwischen Frau und Mann gestützt habe. — Im übrigen ist dies keine neue „These“; bereits Marx schrieb in der „Deutschen Ideologie“, die ursprüngliche Arbeitsteilung habe diejenige während des Geschlechtsverkehrs reproduziert; dieses habe als Grundlage die „Stärke“ des Mannes und die „Schwäche“ der Frauen (eine nicht besonders marxistische These, wenn man/frau davon ausgeht, daß die Produktionsverhältnisse die zwischenmenschlichen Verhältnisse bestimmen...).

2. Technisch-wissenschaftlicher Fortschritt = Befreiung der Frauen.

Damit können die revisionistischen Parteien immer sehr einfach ihre „Verspätung“ auf diesem Sektor erklären: Denn bevor die Herren der Schöpfung nicht die Atombombe und die Fließbandarbeit erfunden hatten, war ja „objektiv“ die Befreiung der Frauen nicht möglich. Diese ist erst heute — und noch besser: erst morgen — so richtig machbar.

3. Unterdrückung der Frauen: nur durch das Kapital, ansonsten durch den Heiligen Geist.

Zwar redet die Partei gelegentlich von „falschen Verhaltensweisen“, „falschen Sitten und Gebräuchen“ — nie wird sie aber die direkten Nutznießer dieser „Sitten und Gebräuche“ konkret nennen: nämlich die Männer.

4. Bei allen falschen „Angewohnheiten“ sind allerdings die Partei und die Arbeiterklasse, die beide „per Definition“ keinerlei Interesse an Ausbeutung fremder Arbeitskraft haben, immun gegen Frauenfeindlichkeit — laut Georges Marchais ist die KPF „die Partei, wo die Frauen auf allen Ebenen den Männern gleichgestellt sind“.

Noch vor einigen Jahren meinte die KPF allerdings zur freien Abtreibung, das sei nur für die Frauen der Bourgeoisie ein Problem. Erst 1974 entschloß sich die KPF, die Forderung nach freier Abtreibung zu unterstützen — allerdings mit Einschränkungen.

Warum sehen sie rot?

Die KPF-Frauenopposition kritisiert den naturalistisch-ökonomistischen Ansatz ihrer Partei zur Frauenfrage (s.o.), wo Frauen als passive, unverantwortliche Individuen dargestellt werden, wo kein tatsächlicher Kampf gegen das „patriarchalische System“ geführt wird, wo Frauen höchstens das Recht haben, gemeinsam mit der Arbeiterklasse zu kämpfen, aber kei-

nerlei Ansprüche und Rechte auf eine eigene Organisation aufgrund ihrer spezifischen Unterdrückung.

Sie greifen die „Ignoranz und Feindseligkeit“ der KPF-Haltung gegenüber der autonomen Frauenbewegung an, die nur aus „Verachtung, Lügen und Gleichsetzungen“ bestünde. „Die Partei sieht dort nur ‚Hysterikerinnen und Schreihälse‘, die entweder von der LCR oder von der PS instrumentalisiert werden; sie streitet den Frauen damit jede Fähigkeit ab, selber eine Bewegung zu schaffen“.

Die Partei stelle nicht die „heilige Familie“ in Frage, sondern wolle sie verfestigen, indem sie diese „bewohnbar“ macht und nur Forderungen zur materiellen Verbesserung aufstellt. „Kinderkrippen und Kindergelder werden nicht die objektive Rolle der Familie zerstören — man braucht sich dazu nur die ‚sozialistischen Länder‘ anzusehen...“. An anderer Stelle schreiben die Genossinnen: „Das Patriarchat wird nicht einfach verschwinden, indem eine neue Regierung oder ein neues Wirtschaftssystem an die Macht kommt“.

Die Frauen innerhalb der KPF, die unzufrieden sind, haben keine Rechte: „Die Partei ignoriert sie und verweigert ihnen ihre Presse. Oder sie drückt ihnen ihre totale Verachtung aus mit ihrem ewigen Zahlenargument: 200.000 Frauen und nur 5 Protestlerinnen“.

Deswegen werfen sie die Frage nach dem Recht auf autonome Frauenstrukturen innerhalb der Partei auf.

Innerhalb der KPF wie anderswo sind weniger Frauen als Männer an „verantwortlichen Stellen“, reden weniger Frauen als Männer auf Treffen und Terminen, werden Frauen mit sogenannten „weiblichen“ Arbeiten bedacht. Zwar redet die KPF von „Förderung der Frauen“. Allerdings meinen die Genossinnen: wo die reale, sexistische Unterdrückung negiert wird, kann auch keine reale Gleichberechtigung der Frauen herbeigekünstelt werden. Für eine tatsächliche Gleichberechtigung müßten die Frauen „ihr eigenes Bewußtsein schärfen, ihre eigenen Analysen ihrer Unterdrückung und Ausbeutung machen. Nur wenn sie sich gemeinsam organisieren, werden sie Gewicht und Einfluß bekommen über die Ideologie, die Praxis und die Strukturen der Partei, und werden sie die Männer zwingen können, sich zu verändern. Das bedeutet für uns die Möglichkeit, uns in nicht-gemischten Strukturen zu treffen. Die Frauenstrukturen sind kein Rückschritt, wie es Madeleine Vincent behauptet, sondern ein Recht, das wir uns erstmal erobern müssen“.

Sie wollen nicht mehr länger die „sensiblen, menschlichen Wesen“ sein, die ihren „originellen Beitrag“ zur „Großen Sache“ leisten — sondern wollen selber die Politik mitbestimmen.

Sie führen den Chauvinismus der KPF auch auf deren gesamtpolitische Vorstellungen zurück: „Die Partei ... stellt nicht die Frage des Zerstörens,

des Stürzens der Macht, ... sondern der Anpassung, der Reform, der Rationalisierung... Sie eröffnet also nicht tatsächlich eine revolutionäre Perspektive“. Sie fragen: „Eine Selbstverwaltungspolitik, die nicht die Frage der Staatsmacht stellt, ist sie denn etwas anderes als eine sozialdemokratische Verwaltung?“ Gegen die Propagierung des „Schritt für Schritt“-des „Machbaren“ meinen sie: „Ist es nicht gerade der Mangel an revolutionären Perspektiven, der die Massen entmutigt?“ Und weiter werfen sie auf: Ist eine Partei, die der Frauenfrage so wenig Beachtung schenkt, eine wirklich revolutionäre Partei? Verdient eine Revolution, die die Frauenfrage bremsen und einengt, den Namen „Revolution“? Sie selber wollen „bis zum Schluß“ kämpfen und meinen damit, daß „ein revolutionärer Kampf gegen einen Staatsapparat nicht ohne eine Partei der Arbeiterklasse, die die Macht übernimmt, möglich ist. Dieses ‚bis zum Schluß‘ bedeutet also, daß wir einen besonderen Kampf innerhalb unserer politischen Organisationen zu führen haben, damit der Feminismus dort seinen ihm gebührenden Stellenwert bekommt... Dieses ‚bis zum Schluß‘ meint, daß keine Revolution möglich ist, ohne insbesondere innerhalb der Arbeiterklasse die Verhältnisse zwischen Frauen und Männer tiefgreifend zu verändern und die Verhältnisse zwischen den Frauen selber... Für uns bedeutet Feminismus die Stärke, die uns zu diesem ‚bis zum Schluß‘ des revolutionären Kampfes ermutigt“ (alle Zitate aus der Nullnummer von „elles voit rouge“).

Nach Erscheinen dieser ersten Nummer haben die Genossinnen zahlreiche Post von Frauen aus der KPF bekommen. In der Nummer 1 ihrer Zeitschrift fassen sie die Fragen zusammen:

— Viele Frauen fragten sie, weshalb sie den „Unterschied“ zwischen Frau und Mann leugnen würden; es gebe doch so was wie „weibliches Wesen“.

— Bestritten wurde zum Teil, daß der Mann objektiv eine Unterdrückungsfunktion habe; das sei je nach dem verschieden.

— Viele fragten danach, welche Vorstellungen zu autonomen Strukturen innerhalb der KPF sie hätten; ob es nicht überhaupt darum ginge, welche Partei heute notwendig sei, und ob sich nicht die Frauen isolieren würden.

— Kritisiert wurde, daß sie bislang nichts zur Sexualität geschrieben hätten; und schließlich: wie könne Frau Feministin und gleichzeitig in der KPF organisiert sein?

Die Genossinnen sind in ihrer ersten regulären Nummer zunächst auf diese letzte Frage eingegangen. Insgesamt fordern sie dazu auf, Beiträge, Stellungnahmen, Kritiken selber zu schreiben, damit die Zeitschrift ein tatsächliches Forum wird, und sie innerhalb der Partei auch mehr werden.

Zur oben genannten Frage versuchen sie, ein Bild zu entwerfen, weshalb

Frauen in die KPF gehen und auf welche Schwierigkeiten sie stoßen: „Für viele Frauen war der Eintritt in die Partei der Beginn eines ‚feministischen Bewußtseins‘ ihrer eigenen Existenz, ihres eigenen Werts... Nur, in der patriarchalischen Logik darf diese ‚Befreiung‘ nicht allzuweit gehen und soll sich also darauf begrenzen, der Partei zu dienen.“

So werden kommunistische Frauen eingezwängt zwischen die klassischen hierarchischen und patriarchalischen Strukturen einerseits und die fleißig genährte Illusion andererseits, das „Frauenproblem“ sei dort schon gelöst... Wieviele haben die Partei schon verlassen aus den gleichen Gründen, wegen derer sie eingetreten waren!

Es gibt verschiedene Verhaltensweisen: Die häufigste: totale Unterstützung der Politik der Partei, Negierung der persönlichen Unterdrückung... Das ist die gut bekannte Identifizierung mit den männlichen Genossen.

Die gefährlichste: Forderung nach Erfüllung der eigenen Identität als Frau schlechthin, mit dem einzigen Willen, nach seinen „Bedürfnissen“ zu leben... Ein Fuß in der Partei, ein Fuß in der Frauenbewegung, ohne sich mit der einen wie mit der anderen auseinanderzusetzen.

Die verständlichste: Austritt. Oft, um innerhalb der Frauenbewegung zu arbeiten. Das Ende eines bestimmten Kampfes, der Beginn eines anderen. Mit einer nie wirklich liquidierten Vergangenheit: „Ich war mal in der Partei“. Sieg des Feminismus? Oder eher Scheitern des Marxismus?

Die schwierigste: Kampf innerhalb der Partei. Die feministische, revolutionäre Infragestellung der Grenzen des Marxismus und auch derjenigen der Frauenbewegung. Es geht nicht um zwei Kämpfe, sondern darum, daraus einen einzigen Kampf zu machen. Jedes Element des Klassenkampfes muß auf die Realität des Geschlechterkampfes hin total neu überdacht werden... Unter den mehr als mißbilligenden Augen unseres „befreienden Vaters“ kämpfen wir für die Einführung feministischer Ideen und beteiligen uns an der Frauenbewegung, auch wenn unsere „doppelte Mitgliedschaft“ uns dort manchmal vor Probleme stellt.

Für uns ist es auch wichtig zu versuchen, den 250.000 Frauen der Partei zu zeigen, daß die Befreiung sich nicht auf einen Posten oder auf einen Paragraphen in einer Kongressresolution beschränkt, sondern daß wir vielmehr als kommunistische Frauen uns an den Kämpfen der Frauen mit unseren Positionen und unseren Analysen beteiligen müssen“ (Nr. 1 von „elles voit rouge“, Oktober 79).

Über alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten zur gesamten Politik der KPF hinweg — wir wünschen den Genossinnen von „elles voit rouge“ viel Erfolg in ihrem Kampf!

Frankreich-Kommission

Ein fortschrittliches Institut soll aufgelöst werden

Seit vier Jahren spitzt sich die Auseinandersetzung zwischen der Leitung der Universität Hamburg und dem Sozialpädagogischen Zusatzstudium (SPZ) immer mehr zu. Bisher hat die Universitätsleitung versucht, durch ein Wechselbad von Kompromißvorschlägen und Drohungen das SPZ zu disziplinieren. Da aber alle Versuche auf dieser Ebene fehlgeschlagen sind, ist das Universitätspräsidium dazu übergegangen, die Auflösung des SPZ anzustreben.

Einige klärende Worte zum SPZ selbst

Das SPZ ist ein Studiengang an der Hamburger Uni, den man und frau neben dem Studium her mitmachen kann. Grundüberlegung während der Entwicklungszeit des SPZ war, daß in nahezu allen Studiengängen keine Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Phänomenen wie Jugendarbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit, Kriminalität, Obdachlosigkeit etc. stattfand und auch heute noch nicht stattfindet.

Deshalb sollte am SPZ eine Möglichkeit geschaffen werden, unabhängig von den traditionellen Studiengängen Veranstaltungen über eben diese gesellschaftlichen Erscheinungen anzubieten. Während der Studentenbewegung und in der Zeit danach entwickelte sich das SPZ zu einem Institut mit fortschrittlichen Inhalten. Grundkonsens war, keine „wissenschaftlich-wertneutrale“ Haltung einzunehmen, sondern an den verschiedenen Fragen eine parteiische Stellung zu entwickeln. So wurde z.B. im vergangenen Wintersemester eine Veranstaltung unter dem Titel „Stadtteilarbeit in Altbauvierteln“ angeboten. In dieser Veranstaltung sollte versucht werden, einmal die ökonomischen Bedingungen, unter der Stadtteilanierung vollzogen wird, aufzuarbeiten, die Betroffenheit der Anwohner darzustellen und auch Schritte zu entwickeln, wie den Betroffenen in ihrem Kampf um den Erhalt des Wohnraums geholfen werden kann.

Ein weiteres Beispiel: Im Seminar „Zur Situation der Arbeiterjugend in der BRD — am Beispiel der Unterelbe“ wurde die Lage der Jugendlichen erarbeitet, ihre Betroffenheit in der heutigen Industriegesellschaft und die gesellschaftlichen Ursachen für ihre Arbeitslosigkeit.

In den letzten Semestern kamen noch Seminare zur Frauenfrage hinzu. Einen sehr großen Raum nahmen Veranstaltungen zum Thema Jugend- und Rockerarbeit, aber auch „Knaververanstaltungen“ und Grundlagenveranstaltungen zum Thema Sozialarbeit/Pädagogik ein.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Arbeit im SPZ ist der Theorie-Praxis-Bezug. Neben den oben beschriebenen Veranstaltungen werden auch Projekte angeboten. Z.B. im Rahmen der Jugendarbeit konnten Studentinnen und Studenten in einem Jugendzentrum mitarbeiten und so in der Praxis konkrete Erfahrungen sammeln. Neben dieser Arbeit in einem Projekt wurde auch eine theoretische Aufarbeitung der entstehenden Probleme geleistet.

Im Laufe der Jahre hatten sich am SPZ viele Lehrbeauftragte zusammengefunden, die ein mehr oder weniger einheitliches Interesse an einer fortschrittlichen Arbeit in der Universität hatten. Viele von ihnen standen selbst in einer sozialpädagogischen oder sozialarbeiterischen Arbeit als Sozialarbeiter, Pfarrer, Hochschullehrer oder sind Rechtsanwalt, Mediziner oder Lehrer.

Neben der inhaltlichen Ausrichtung des SPZ stand gleichberechtigt die Forderung nach demokratischer Beschlußfassung im SPZ. Wesentliche Fragen sollten auf Institutsvollversammlungen entschieden, das Lehrprogramm offen zwischen Lehrbeauftragten, Dozenten des SPZ und Studenten diskutiert werden.

Neben den hochschulpolitischen Fragen sollten auch allgemeinpolitische Themen behandelt werden. Veranstaltungen gegen die wachsende Repression in der BRD oder zur Solidarität mit den Kämpfern der Völker in der sog. Dritten Welt gehörten mit zum allgemeinen Semesterprogramm.

All dies bewirkte natürlich eine Politisierung derjenigen, die im SPZ studierten, und wenn alles gut geht, weiterhin studieren werden. Innerhalb der Universität bildete dieser wenn auch kleine Bereich einen Herd steter Unruhe, auch gerade dann, wenn die Universitätsleitung versuchte, in das SPZ einzugreifen. Für viele waren die Lernprozesse am SPZ, in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den

oben beschriebenen Themen, ein wesentlicher Teil im Finden einer Berufs- oder auch Lebensperspektive. Heute arbeiten einige frühere SPZler als Rechtsanwälte, Mediziner, Lehrer oder in politischen Arbeitszusammenhängen, und versuchen dort, fortschrittliche Arbeit zu leisten.

Es ist nur zu klar, daß ein solcher Bereich offiziell in der Uni nicht gern gesehen ist. In den Kreisen der konservativen Professoren wurde offen gegen das SPZ in der diffamierenden Weise gehetzt. Es ist das „Chaoten-Institut“, die am SPZ tätigen Lehrpersonen permanent als „wissenschaftlich unqualifiziert“ eingeschätzt worden usw..

Der Streit ums SPZ

Die Auseinandersetzung zwischen Universitätsleitung und SPZ dauern nun schon vier Jahre. Es würde wirklich ein Buch füllen, schriebe man alle die Querelen und das ganze Ausmaß des Tauziehens um das SPZ auf.

Im vergangenen Wintersemester versuchte die Universitätsleitung eine neue Form der Lehrveranstaltungsplanung für das SPZ durchzusetzen. Bisher entschied das SPZ mehr oder weniger autonom, verglichen mit anderen Fachbereichen der Universität sogar relativ frei. Das ist auch einer der Gründe, warum sich das SPZ während der Zeit vor 1979 vergleichsweise unabhängig von der fortschreitenden Formierung an der Hamburger Universität als fortschrittlicher Bereich halten konnte.

Mit dem Plan der inhaltlichen Regulierung des SPZ durch eine massive Beeinflussung der Zusammensetzung des Lehrkörpers (sprich der Lehrbeauftragten) und der Aufstellung des Lehrplans sollte das Institut diszipliniert werden. Die Umsetzung dieses Planes wurde jedoch von der Universitätsleitung selbst gestoppt: Mitte März 1980 wurden alle Lehrauftragsmittel für das SPZ gestrichen! Als Grund für die Streichung wurde angegeben, daß die Mittel für die Besoldung der Lehrbeauftragten zur Deckung der Kosten einer am SPZ eingeklagten Dozentenstelle genommen werden sollten. Im Frühjahr 1980 hatte nämlich ein Lehrbeauftragter des SPZ auf eine feste Anstellung in der Universität Hamburg geklagt, da sich seiner Ansicht nach aus der Tatsache, daß er viele Semester lang am SPZ Lehraufträge erhalten hatte, ein Rechtsanspruch auf eine feste Einstellung ergeben hätte. Und ein Arbeitsgericht gab ihm in dieser Ansicht Recht!

Mit der Streichung der Lehrauftragsmittel wurden nahezu 75 % der Lehre des SPZ gestrichen. Die Lehrbeauftragten zogen daraufhin alle vors Arbeitsgericht und klagten auf eine einstweilige Vergütung, ihre Lehraufträge für das Sommersemester durchführen zu können. Die meisten der Lehrbeauftragten bekamen auch in dieser Frage Recht, und die Universität Hamburg wurde dazu verdonnert, die meisten Lehrbeauftragten für das Sommersemester 1980 wieder einzustellen.

Sind die Hochschulen kommunistisch unterwandert?

Eine Kleine Anfrage stellte die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag an die Bundesregierung. Ausgangspunkt ist ihre große Sorge um den Mißerfolg all ihrer bisherigen Bemühungen, Juso-Hochschulgruppen und den Liberalen Hochschulverband endlich zu Koalitionen mit dem CDU-Zögling RCDS zu bewegen. Durch deren Bevorzugung von Koalitionen mit Kommunisten könne der „möglicherweise falsche Eindruck“ entstehen, die Studentenschaft stehe unter starkem Einfluß kommunistischer Studenten.

Doch die Bundesregierung kann beruhigen, dieser Eindruck sei „sicherlich falsch“. Allerdings sei sie nicht in der Lage auf die Zusammenarbeit bestimmter Gruppen zu drängen. Übersetzung: sie hält es unter den gegebenen Bedingungen für politisch unklug, die Jungsozialisten zu einem Bündnis mit dem RCDS zu drängen. Denn man dürfe nicht „um einen Teil der jungen Generation, die später Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen hat, Zäune eines politischen Ghettos ziehen.“

Über diese Urteile war die Universitätsleitung einigermaßen sauer. Denn mit diesen Urteilen wurden genau die Lehrbeauftragten per Gerichtsentcheid wieder in die Universität reingebbracht, die die Universitätsleitung als die eigentlichen Träger des fortschrittlichen SPZ lieber rausgehakt hätte.

Die Reaktion der sich sonst gern liberal gebenden Uni-Leitung waren auch entsprechend. Zunächst wurde den Lehrbeauftragten ein unverschämter Brief geschrieben, in dem ihnen abermals mit der Kündigung gedroht wurde. Dies soll für den Fall geschehen, daß die Lehrbeauftragten sich nicht an die inhaltlichen Weisungen der Uni-Leitung halten.

Gleichzeitig sinnst die Uni-Leitung auf die Schließung des SPZ. In einer Vorlage eines ehemaligen stellvertretenden Universitätspräsidenten heißt es, daß für die Zukunft keine weiteren Studenten und Studentinnen am SPZ immatrikuliert werden sollen, und sich über die Anstellung der Dozenten an anderen Fachbereichen der Uni schon Gedanken gemacht werden sollten.

Tumult und Protest gegen Professorenwillkür

Diese Gedanken wurden in einer Beschlusvorlage von der Universitätsleitung auf einer Sitzung des Akademischen Senats präsentiert (der Akademische Senat ist das höchste Organ der universitären Selbstverwaltung). Selbst von einem der beiden stellvertretenden Uni-Präsidenten wurde kritisiert, daß hiermit die Auflösung des SPZ betrieben werde. Jedoch hatten sich die „liberalen“ und die rechten Professoren auf eine gemeinsame Gangart eingeschwenkt — und so nahm die Sitzung ihren Lauf. Aber nur bis zu dem Zeitpunkt, als für alle anwesenden SPZ-Studentinnen und Studenten klar war: hier läuft nichts mehr! Gedacht, getan, die Sitzung des Akademischen Senats ging im munteren Tumult unter, der Tanz auf den Tischen demonstrierte den Professoren hautnah, was von ihnen und ihren Vorstellungen gehalten wurde.

Trotz aller Auflösungsbestrebungen wird das SPZ weitermachen. Und gerade gegen den erklärten Willen der Universitätsleitung.

Jetzt wird vielleicht die Frage nach der Art der Unterstützung für das SPZ in manchen Köpfen sein: nun, da gibts schon einige Möglichkeiten: zunächst können alle, die Zeit und Lust haben, am SPZ anfangen zu studieren, auch Nichtimmatrikulierte. Aber das gilt natürlich nur für Hamburger. Alle anderen sollten schriftlich protestieren, an uns und die Uni-Leitung schreiben. Wenn ihr das tut, dann bekommt ihr auch demnächst eine Broschüre über den gesamten Konflikt zugesandt. Unsere Adresse: Fachschaftsrat SPZ, Sedanstr. 19, 2000 Hamburg 13 (die Adresse der Unileitung: Siemensallee 1, 2000 Hamburg 13).

Ein Genosse des SSB (Hamburg)

Studenten besetzen Verwaltungstrakt

An der Bremer Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie (HfSS) gelang es den Studenten und Studentinnen, die Zulassung von 40 Kommiliton/innen zur Prüfung durch eine fünftägige Besetzung des Verwaltungstrakts zu erzwingen. Die Hochschüler/innen sahen sich zu dieser Aktion veranlaßt, da trotz mehrfacher Eingaben in die Gremien, trotz vieler Gespräche mit Hochschullehrern und trotz einer, dann abgelehnten, einstweiligen Verfügung, 40 Student/innen des 6. Semesters nicht zur Abschlußprüfung zugelassen werden sollten, weil sie die Zulassungsbedingungen der inzwischen in Kraft getretenen Studienordnung nicht erfüllten.

Die neue Studienordnung war mit Beginn des 5. Semesters herausgekommen (September '79), ohne damit zugleich rechtsgültig zu sein. In dieser unsicheren Situation entschieden sich 40 Student/innen des Arbeitsvorhabens „Randgruppen“ für ein „Kommunikations- und Verhaltenstraining“ nach der alten Ordnung. Erst im November '79 traf ein Rechtsbescheid ein, daß sie nach der neuen Studienordnung ein Praktikum „Supervision“ am Anfang des 5. Semesters hätten aufnehmen müssen. Nach diesem verspäteten Bescheid bemühten sich die Student/innen weiter um eine Übergangsregelung, auf die sich die Hochschulleitung nicht einließ. Rektor Lanzerath: „Die Studenten sind sehenden Auges in diese Situation gegangen. Sie haben jetzt auch die Folgen zu tragen“ („Weser-Kurier“, 17.4.80).

Die Student/innen hätten ihr Studium um ein halbes Jahr verlängern müssen, um das Praktikum „Supervision“ zu erbringen. Dies hätte für sie unter anderem bedeutet:

- „noch ein halbes Jahr länger finanziell abhängig vom BafoG bzw. von den Eltern“;
- „ein halbes Jahr länger an der HfSS, das andere Jahr arbeitslos oder angewiesen auf Aushilfsjobs, da die Praktikumsstellen erst zum 1.10. 1981 wieder frei werden“;
- „die bereits sicheren Praktikumsstellen für das Anerkennungsjahr gehen verloren“ (Flugblatt der Besetzer/innen vom 16.4.80).

In dieser Situation besetzten 60 Student/innen am Morgen des 16.4. den Verwaltungstrakt der HfSS. Sie kündigten an, daß sie vor der „Anerkennung des Kommunikations- und Verhaltenstrainings anstelle der Supervision als Voraussetzung zur Abschlußprüfung“ die Besetzung nicht beenden würden, und sie forderten die schriftliche Anerkennung ihrer Forderung von Senat und Prüfungsausschuß. In einer Vollversammlung, vier Stunden nach Beginn der Besetzung, sicherten die Student/innen der HfSS den Besetzer/innen ihre volle Unterstützung zu, und viele unterstützten die Besetzung auch praktisch!

Forderung von Senat und Prüfungsausschuß. In einer Vollversammlung, vier Stunden nach Beginn der Besetzung, sicherten die Student/innen der HfSS den Besetzer/innen ihre volle Unterstützung zu, und viele unterstützten die Besetzung auch praktisch!

Senat und Hochschulleitung versuchten es zunächst mit einem harten Kurs gegen die Besetzer/innen. Noch am ersten Tag wurde der Strom im Verwaltungstrakt abgedreht und den Besetzer/innen mit dem Aufdrehen der Heizung (90 Grad) gedroht. Der Senat gab sich optimistisch: „Die Hausbesetzung wird sich totlaufen“ („Weser-Kurier“, 17.4.80). Am 17. April wurde gegen 12 Uhr das Wasser abgestellt, um 15 Uhr aber unterbreitete der Senatsvertreter einen „Kompromißvorschlag“: die Student/innen sollten die „Supervision“ in den Ferien oder im Anerkennungsjahr nachmachen, sie sollten sich also auf eine 50-Stunden-Woche und ein Anerkennungsjahr ohne Abschlußprüfung einlassen. Die Besetzer/innen wiesen dieses Ansinnen zurück und beharrten auf ihrer „maximalistischen“ Forderung. Daraufhin griff der Senat erneut zur Peitsche und stellte um 17 Uhr das Telefon ab. Aber die Besetzung lief sich nicht „tot“, sondern Student/innen liefen zu den Besetzer/innen. Viele übernachteten im Verwaltungstrakt, oder sie brachten Nahrungsmittel, Getränke und weitere Hilfsmittel.

Nach Meinung der CDU-Bürgerschaftsfraktion war das Verhalten des Senats bis hierhin viel zu milde: „Es ist ein Skandal, daß vielleicht 50 oder 60 Studenten erlaubt wird, eine ganze Hochschule mit fast 1000 Studenten zu blockieren, so daß stündlich Tausende von Mark an Steuergeldern verlorengehen, ohne daß hiergegen eingeschritten wird“ („Weser-Kurier“, 21.4.80).

Nachdem die Besetzer/innen ihre Aktion auch über das Wochenende weitergeführt hatten, trat am Montagmorgen der Akademische Senat zu seiner regulären Sitzung zusammen. Der AS entschied sich für eine Übergangsregelung für die betroffenen Student/innen, die voll auf der Linie ihrer Forderungen liegt. Nach diesem Beschluß stimmte auch der Senat zu, aber nicht, ohne abermals zu betonen, daß er nicht bereit sei, „solche Hausbesetzungen als Mittel der hochschulpolitischen Auseinandersetzung zu akzeptieren“ („Weser-Kurier“, 22.4.80). Senator Franke forderte den Rektor denn auch umgehend auf, Maßnahmen gegen die namentlich bekannten Beteiligten zu ergreifen und empfahl eine „abmahnende Anordnung“ („Bremer Nachrichten“, 22.4.80).

Die Student/innen brachen ihre Besetzung am Abend des 21. April ab, nachdem ihnen der Beschluß des AS schriftlich vom Rektor übergeben worden war. Das Flugblatt am nächsten Morgen hatte den treffenden Titel: „Hurra! Wir haben's geschafft“.

KB/Bremen

Streik an der Fachhochschule für Sozialwesen in Braunschweig

Bereits seit Semestern gibt es an der FH folgende Studiensituation:

Viele Seminare sind überfüllt — teilweise drängeln sich bis zu 100 Teilnehmer in viel zu kleinen Räumen. Um überhaupt noch eine Durchführung zu ermöglichen, kommt es vor, daß in einigen Seminaren die Teilnehmer durch Losverfahren und Münzwurf ermittelt werden.

Immer mehr Seminare werden bereits belegt angeboten, d.h. der Teilnehmerkreis wird schon im vorangehenden Semester festgelegt, so daß beispielsweise Erstsemester überhaupt nicht die Möglichkeit haben, diese Seminare zu belegen. Von einer „freien“ Wahl der Seminare und einem selbstorganisierten und an den eigenen Interessen orientierten Studium kann also nicht mehr die Rede sein.

Neben den miesen Lernbedingungen sind auch die angebotenen Lehrinhalte nicht an den Interessen der zukünftigen Sozialarbeiter orientiert. Es fehlen Angebote und kritische Positionen zu aktuellen Themen und Tendenzen in der Sozialarbeit wie z.B. Auseinandersetzung um das neue Jugendhilfegesetz, Sozialarbeiter in Polizeifunktion, die besondere Rolle der Frau in der Sozialarbeit etc.

Wie bereits in den vergangenen Semestern vertrittete die Fachbereichs-

leitung auch dieses Mal wieder auf das nächste Semester. Dann sollten mehr Dozenten eingestellt werden und so weiter...

Damit wollten sich die Student(inn)en nicht mehr zufrieden geben. Auf einer mit 150 Leuten sehr gut besuchten VV beschlossen sie bei nur 3 Gegenstimmen einen Streik für die Zeit vom 28. — 30.4.

Gefordert wurden u.a.

- die Einrichtung eines Projektstudiums
- bessere Praktika
- fachübergreifende Veranstaltungen als Alternative zum Fächersalat
- selbstorganisiertes und selbstbestimmtes Lernen
- Einstellung von Dozenten, die eine Ausbildung im Sinne der Student(inn)en gewährleisten.

Während der Streiktage fanden Arbeitsgruppen zu Themen wie Tendenzen in der Sozialarbeit, Frauen und Wissenschaft, die Verabschiedung der neuen Prüfungsordnung etc. statt. Es wurde lebhaft über unsere Forderungen und unsere Vorstellung zum Studium diskutiert. Die Auseinandersetzung über die Lernsituation und die Studieninhalte ist in Gang gekommen. Das ist bereits ein Erfolg des Streiks.

KB Braunschweig

Ein Diskussionsbeitrag

An alle Studenten-Genoss/inn/en.

Als ich vor gut einem Jahr nach Hamburg wechselte, hatte ich mir recht wenige „gute Vorsätze“ mitgebracht; nur eines war völlig klar: nämlich, daß ich keine Uni- oder speziell SSB-Arbeit mehr machen werde. Seitdem wollte ich schon lange meine Gedanken dazu aufschreiben, hab's aber nie so richtig gepackt, weil's ja auch noch genug andere Sachen zu tun gab. Der Artikel „Resigniert im Kopf – radikal im Bauch?“ hat mir denn nun doch den entscheidenden Tritt gegeben.

Ich will im Folgenden gar nicht so sehr auf die einzelnen Aussagen und Behauptungen eingehen, die im Artikel aufgegriffen sind. So weit sie Erfahrungsberichte sind – und da sind ja sehr viele dabei – sind sie sicher sehr typisch für die politische Situation der (z.T. ehemaligen) Aktivist:innen in der Studentenpolitik.

Mir scheint aber, schon da liegt der Haken in der Herangehensweise an das Problem, nämlich: die Resignation der Aktivist:innen wird beschrieben (das „Leck-mich-am-Arsch-Gefühl der ‚trägen Masse‘ gegenüber“) und sehr ernst genommen, aber eben aus den Augen der nunmehr resignierten Aktiven. Die „träge Masse“ erscheint hier als ein fast anonymes Gegenüber – gewissermaßen Objekt –, die allenfalls nur noch paukt oder sich total verweigert; in jedem Fall scheint ihr „politisches Handeln ... nicht mehr funktional“.

Auf der anderen Seite ist ja auch der Artikelschreiber bewußt – die Bildunterschrift zeigt es –, daß die Studenten nicht einfach nur träge geworden sind, denn sie stellen ja „unbestreitbar immer noch einen großen Teil der linken Bewegungen“. Und so verstehe ich auch die letzte Frage „Müssen wir wirklich kleinere Brötchen backen – oder vielleicht nur andere als bisher?“ als vorsichtigen Zweifel an den davor genannten Lösungsvorschlägen der studentischen Krise, die ja (fast) alle nicht neu sind und in dem Rahmen geläufiger und gängiger bleiben.

Diese Vorschläge beziehen sich m.E. noch zu sehr auf eine politische Situation, wie sie es vor vielleicht vor 5 oder 6 Jahren gegeben hat, aber nicht auf die Situation heute. Diese Änderung ist so umfassend, daß weder alte Fragen angebracht noch alte Antworten richtig sind.

Anders gesagt: wir haben Politik an/mit Objekten versucht und dabei nicht gemerkt, daß eben unser „Objekt“ sich geändert hat. Resignation der Aktivist:innen incl. Publikumsbeschimpfung ist die eine Antwort; der „Aktivismus“ mit „Publikumsbeschimpfung“ ist die andere Antwort; idiotische Massenrhetorik a la MSB die andere und politisch gefährlichere.

Ich halt's für notwendig, wirklich unvoreingenommen, d.h. ohne resignierten Blick und ohne Aktivitäten z w a n g im Hintergrund zu untersuchen, was sich nun getan hat.

Im AK-Artikel hat die Genossin ja u.a. zwei Erklärungen zitiert: die eine

ist von den Bochumer BGs; sie erklären die Massenresignation aus der Gleichgültigkeit gegenüber dem Studium. Da dies heute ja nicht mehr Garant für „gehobene“ Stellung im späteren Leben und für den Erfolg individueller Aufstiegswünsche ist, sind auch die Studienbedingungen für die einzelnen Studenten uninteressant geworden. Es wird halt gepaukt und gepaukt.

Die andere Erklärung spricht von einem „neuen Sozialisationstypus“: der auf Konsum, Passivität, Individualismus und Konformität getrimmte junge Mensch ist demnach objektiv zu politischem Denken und Handeln nicht mehr in der Lage.

Das ist zunächst natürlich genauso richtig wie es allgemein ist. Wenn aber – und das kommt unter'm Strich dabei heraus – es demnach eine objektive und umfassende Entpolitisierung der Studenten geben soll, so sind diese Erklärungen verwirrend und falsch, und sie sind tatsächlich eine Gedankenkonstruktion „der Linken, um den eigenen Schwierigkeiten auszuweichen“.

Ich möchte dagegen im Folgenden einige eigene Erfahrungen einbringen, die so sicherlich pointiert aber meines Wissens typisch für die studentische Situation sind:

Die Uni ist mir am liebsten, je weiter ich von ihr weg bin; meine Seminare kann ich noch so legen, daß ich nur an einem Tag überhaupt in die Uni muß. In der Regel sitze ich bei mir zu Hause am Schreibtisch und lerne dort. Sollte mal wieder eine Studien- oder Prüfungsverschärfung ins Haus stehen, gehörte ich sicherlich nicht zu denen, die dagegen mobilisieren, sondern eher zu denen, die halt mehr pauken.

Bin ich dann mal in der Uni, bin ich nur partiell anwesend: nichts sehen, nichts fühlen und nichts tasten ist die beste Möglichkeit, der f a k t i s c h e n Einöde zu entgehen und sie nicht zu verinnerlichen. Denn die ist wirklich extrem menschenfeindlich: nur Beton um sich zu haben, ist eine Provokation von Sinnlichkeit im weitesten Sinn. Was von mir in der Uni lebt, ist das, was in meinem Kopf drin ist – und das macht ja nun wirklich nicht Leben aus. Aber gerade diese Sinnlichkeit ist ja eine der wichtigsten Voraussetzungen für politisches Engagement: sie ist die Basis für Wut, Angst, Frust, Hoffnung, Freude etc. Für die meisten Linken sind ja derartige Erfahrungen eigener emotionaler Betroffenheit Ursache für weitergehendes Engagement gewesen, nicht bloße Kopfarbeit.

Und diese menschenfeindlichen äußeren Bedingungen für Arbeit an der Uni bzw. Studium haben ja auch entsprechend gewirkt: schon fast sprichwörtlich ist die Unverbindlichkeit, mit der Studenten miteinander umgehen – dies mittlerweile schon in der hohen Selbstmordrate faßbare psychische und soziale Elend resultiert m.E. direkt aus den oben ge-

nannten Faktoren: obwohl Student, fehlt mir in der Uni das bißchen Heimatgefühl, das ich brauche, um dort überleben und auch mich wehren zu können. Denn das Sich-wehren-können entspringt ja dem Unterschied zwischen meinen Vorstellungen, wie es sein müßte und der tatsächlichen Situation. Dazu wiederum ist das Bewußtsein Voraussetzung, daß ich Student/in bin, die Uni zumindest zeitweise ein wichtiger Lebensbereich für mich ist. Aber dieses Bewußtsein fehlt mir; es hat quasi eine innere Emigration aus der Uni stattgefunden. Vielmehr habe ich fast planmäßig damit begonnen, sowohl meine persönlichen Kontakte als auch meinen politischen Arbeitsbereich aus der Uni auszusiedeln. Eine Entpolitisierung hat es dadurch nicht gegeben – und nach und nach entdeckte ich, daß es zahlreichen Student:innen/innen so geht. Ich treffe relativ viele auf Veranstaltungen oder in Initiativen, bzw. höre davon; in keinem Fall läuft von denen/uns aus irgendwas in der Uni.

Ich meine also, daß diese „innere Emigration“ nicht mein Privatproblem ist, sondern Ausmaße angenommen hat, die uns zwingen, uns näher damit zu beschäftigen, auch bzw. gerade weil das Problem des psychischen Elends von uns Linken in der Vergangenheit geradezu stiefmütterlich behandelt worden ist. Mir scheint's jetzt aber politisches Faktum geworden zu sein, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, um sinnvoll vorgehen zu können.

Meine Gedanken konsequent zu Ende gedacht würden sicherlich auch auf politische Aktivitäten hinauslaufen, die u.U. von der Uni getrennt sind, in jedem Fall aber gegen die Vorstellungen, die in dem AK-Artikel „Resigniert im Kopf – radikal im Bauch?“ aufgeführt sind, sprechen.

Das Problem, daß die Uni ein sehr wichtiger gesellschaftlicher Bereich ist, den wir nicht kampflos den Rechten überlassen dürfen, ist mir bewußt. Ich kann mir im Moment auch relativ wenig praktikable Lösungswege vorstellen. Mit einem Willenskraftakt schaffen wir es aber in jedem Fall nicht, und darum sollten die berechtigten Fragen nach Lösungswegen nicht alternativ zu grundsätzlichen Infragestellungen unserer Politik gestellt werden – auch wenn das Letztere zur Konstatierung unserer momentanen Unfähigkeit führen könnte. Mir scheint, das wäre allzumal ehrlicher und für einen Aufbau unserer Studentenpolitik förderlicher als illusiongeladene Vorschläge zu „neuen“ Aktionen.

Neben Zuordnungen zu Keimform-, Zweckbündnis-, Utopisten- bzw. zu anderen ehemaligen Fraktionen im KB, fand ich's gut, wenn die Kenner der Studenten-Szene auf meine Sichtweise der Dinge eingehen würden.

th.

Kritische
Stellungnahmen
zur
Jugendhilfe-Reform

Mit einem Neuen Jugendhilfegesetz, geplant seit Regierungsantritt von SPD/FDP und in verschiedenen Entwürfen wiederholt vorgelegt, wird es aller Voraussicht nach vor den Bundestagswahlen nichts mehr. Der seit November 1978 vorliegende Entwurf der Bundesregierung findet nicht die Zustimmung von CSU/CDU, weil er „familienfeindlich“ sei.

Und anders als bei der „Reform“ des elterlichen Sorgerechts reicht die Bundestagsmehrheit von SPD/FDP nicht zur Verabschiedung, weil Jugendhilfe zu großen Teilen Ländersache ist und mithin der Bundesrat, wo die CDU die Mehrheit hat, wahrscheinlich zustimmen müßte.

Gegen den vorliegenden Entwurf hat es erheblichen Widerstand der Betroffenen gegeben, insbesondere auf dem Jugendhilfetag in Köln 1978. Danach hat es allerdings einige Schwierigkeiten gegeben, den Protest zusammenzuschließen, weil unterschiedlichste Bereiche von dieser „Reform“ betroffen sind, die bisher nur in geringem Maße zusammenarbeiten: die Jugendlichen und Mitarbeiter(innen) in den Heimen, Kinderinitiativen, Jugendzentren uam.

Gegen eine besonders üble Gesetzesverschärfung, die explizite Einführung der „geschlossenen Unterbringung“ (= Knast im Heim) von Jugendlichen, hat die Zeitschrift „päd-extra Sozialarbeit“ eine Unterschriftensammlung initiiert – mit dem Ergebnis, daß der Staatssekretär im zuständigen Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit mitteilte, man werde die Paragraphen wohl ein bißchen umformulieren.

Kritik an den vorliegenden Entwürfen hat jetzt auch eine Arbeitsgruppe formuliert, die gemeinsam von der Kommission Sozialpädagogik der (west)deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, dem (west)deutschen Jugendinstitut und dem Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit durchgeführt wurde.

In einer von 27 Erziehungswissenschaftler(innen) unterzeichneten Stellungnahme wird herausgestellt, daß in den letzten Jahren die Aufgaben, die Einrichtungen der Jugendhilfe eigentlich leisten sollten, erheblich größer geworden sind.

Aufgezählt werden Probleme wie Kindesmißhandlungen, kinderfeindliche Wohnumwelt, Schulstreß, Jugendarbeitslosigkeit, Zukunftsangst, liche Wohnumwelt, Schulstreß, Jugendarbeitslosigkeit, Zukunftsangst, Alkohol- und Drogenabhängigkeit, besondere und zunehmende Schwierigkeiten ausländischer Kinder.

„Diese Probleme“, so heißt es in der Stellungnahme, „sind nicht verursacht durch das Versagen von Eltern, Kindern, Lehrern und Ausbildern... Sie sind Ausdruck ungelöster Konflikte und krisenartiger Veränderungen in der Bundesrepublik...“ („FR“, 26.3.80).

An die Jugendhilfe, die mit diesen Problemen fertig werden soll, werden vier Grundforderungen gestellt:

– „Jugendhilfe wird ihrer Aufgaben gerecht mit Angeboten und Leistungen, die Schwierigkeiten und Probleme nicht als individuelles Versagen oder Schuld aufgreifen, sondern auf die Verbesserung von gefährdenden Sozialisations- und Lebensbedingungen gerichtet sind“.

– „Jugendhilfe solle nicht erst eintreten, wenn etwas passiert ist; vorbeugende, offene, begleitende Hilfen... die die Selbsthilfe der Betroffenen aktivieren können“, würde immer wichtiger.

– „Flexibilität statt Bürokratismus“ d.h. „traditionelle Einrichtungen zu öffnen und im Alltag der Betroffenen zu arbeiten“.

– Demokratisierung der Jugendhilfe, d.h. Beteiligung der „Betroffenen an den Entscheidungs- und Ausführungsprozessen“.

Das „familienfeindliche“ Gesetzesvorhaben

Nach diesen Forderungen wird in der Stellungnahme der Entwurf der SPD/FDP-Regierung angegriffen:

Der Entwurf sei keinesfalls „familienfeindlich“; im Gegenteil: er nehme den Funktionsverlust der Familie nicht deutlich genug wahr: „Vielleicht geht auch er aus von einer idealisierten Familie und überschätzt und überfordert zugleich damit deren Fähigkeiten, auf sich ge-

stellt die im Gemeinwesen, in Schule und Arbeitswelt erzeugten Problemlagen ihrer Kinder erfolgreich zu bewältigen“.

Jugendliche würden kaum noch als Träger von Grundrechten behandelt. Als Beispiel wird genannt, daß hilfesuchende Jugendliche nach den Vorstellungen der Bundesregierung ohne Zustimmung der Eltern nicht mehr beraten werden dürfen.

Deshalb wird das Fehlen jeder Mitbestimmungsklausel für Jugendliche angegriffen.

Kritisiert wird auch, daß weiterhin „staatliche Eingriffe“ im Vordergrund stehen sollen. Diese Maßnahmen seien besonders ausführlich geregelt, während „vorbeugende Hilfen“ (also das, was die Jugendlichen täglich und wirklich brauchen: Beratungsstellen, Jugendhäuser usw.) unverbindlichen „Kann“-Vorschriften unterliegen sollen.

In diesem Zusammenhang sieht die Stellungnahme auch die geplante Gängelung von Initiativgruppen und Selbstorganisationsformen, die nach dem Gesetzesentwurf in Zukunft Jahre vorher angemeldet werden müssen, wenn sie finanzielle Förderung bekommen wollen. Ganz richtig heißt es dazu im Rückblick: „Die Entwicklung der Sozialarbeit/Sozialpädagogik in den letzten 20 Jahren ist aber ohne Initiativgruppen, ohne ihr solidarisches Engagement und ihre politisch-pädagogische Phantasie nicht denkbar“.

Entscheiden sprechen sich die Verfasser(innen) der Stellungnahme auch gegen den geplanten Ausbau des Repressionsarsenals aus. So soll nach dem Regierungsentwurf das Register von jugendrichterlich angeordneten Erziehungsmaßnahmen (das es zentral für die BRD gibt) auf weitere „Hilfen zur Erziehung“ – so nennt sich das im Gesetzesentwurf – ausgedehnt werden. Auch die Einrichtung des Heimknastes (= „geschlossene Unterbringung“) wird in der Stellungnahme angegriffen.

Nur eins vermißt man in dieser Stellungnahme, die sehr viel schon von Betroffenen und Opfern der Jugendhilfe geäußerte Kritik aufnimmt: die Frage bzw. Überlegung, wie denn überhaupt ein Jugendhilfegesetz, wie es sich fortschrittliche Sozialarbeit vorstellen könnte, zustande kommen kann.

Kinderkommission Hamburg

Kinderkommission Hamburg

Anzeige



Diese Broschüre ist ein Ergebnis rund 1-jähriger gemeinsamer Diskussion und Vorbereitung auf den DJHT 1978. Von den ca. 20 Kinder- und Jugendinitiativen, die sich als ein Bereich des Arbeitszusammenhangs „Jugendpolitisches Forum“ in den DJHT 1978 einbringen, haben die folgenden Beiträge beigetragen: Tili Eulenspiegel Kette e.V., Kinderhaus in der Heinrichstraße e.V., Westerberliner Kindertage, Kinderhaus in der Deutschesstraße (München), Hamburger Babyinitiativen, AG Bethanien (West-Berlin), Kinderhaus in der Chokoladenfabrik und das Team des Kinder- und Jugendhauses in Osnabrück. Die Beiträge werden wir zum Teil als Selbstdarstellung, aber auch als Einstieg in die Diskussion um die zentralen Jugendpolitischen Probleme, von denen wir alle in den unterschiedlichen Arbeitsgebieten betroffen sind.

zubeziehen über
Kinderhaus
Heinrichstr. 14 a
2000 Hamburg 50

Jetzt reicht's! Streik gegen
Fessenheim auch in Freiburg

Wie in Staufen (siehe AK 175) wird es nun auch in Freiburg an verschiedenen Schulen Streiks gegen das AKW Fessenheim geben.

Zur Auswertung der bisherigen Aktionen trafen sich am 18.4. auf Initiative der Lehrer-Gruppe der Staudinger Gesamtschule, die eine große Demo für besseren Katastrophenschutz organisiert hatte, rund 60 Schüler, Lehrer und Eltern.

Es herrschte Einstimmigkeit darüber, künftig die Forderung nach Stilllegung von Fessenheim in den Mittelpunkt zu stellen, und nicht länger nur besseren Katastrophenschutz zu fordern. Die Idee eines Streiks auch an Freiburger Schulen wurde von den Anwesenden begeistert aufgenommen.

Am darauffolgenden Montag trafen sich die Schüler unter sich. 45 Schüler aus 17 Freiburger Schulen beschlossen mit wenigen Gegenstimmen, einen Streik durchzuführen. Hauptforderung des Streiks soll zwar die Stilllegung von Fessenheim sein, diese sollte aber während der Vorbereitungszeit über die Forderung nach mehr Katastrophenschutz hergeleitet werden, um bisher uninformatierten

Schülern die Gefahren, die von Fessenheim ausgehen, besonders deutlich zu machen. Als Termin für den Streik wurde der 9. Mai festgelegt. Inzwischen laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Ein Koordinationsausschuß sorgt dafür, daß allen Schulen fundierte Informationen über Fessenheim zukommen; er sendet Vertreter in die SR-Sitzungen, auf denen über den Streik beschlossen wird. Und das schon jetzt mit Erfolg: Auf allen Schülerratssitzungen, die bisher abgehalten wurden, beschlossen die Schülervertreter, sich am Streik zu beteiligen. Sogar am katholischen Mädchenprivatgymnasium ST. URSULA, welches nicht einmal einen Schülerrat besitzt, beschlossen die Klassenrechnerinnen, den Streik zu unterstützen. An die Direktoren der Freiburger Schulen wurde ein Brief mit Fragen zum Katastrophenschutz geschickt, den diese bis zum 5. Mai beantworten sollen. An die Elternvertreter und Stadträte wurden Mitteilungen mit der Bitte um die Unterstützung des Streiks verschickt. An jeder der beteiligten Schulen hängen Wandzeitungen aus, wurden Informationsstände aufge-

stellt oder Flugblätter verteilt. Verschiedene Organisationen und Gruppen (Asta, Jusos, Bunte Liste, Freiburger BIs) bekundeten mit Unterstützungsdressen ihre Solidarität. Noch in dieser Woche sind mehrere Informationsveranstaltungen mit verschiedenen Referenten (Walter Mossmann, Jo Leinen, Peter Book) geplant, um auch in den letzten Tagen den Streik optimal vorzubereiten. Am 9. Mai – dem Tag des Streiks – sieht das Programm folgendermaßen aus: Kundgebungen vor jeder Schule, Sternmarsch in die Innenstadt, Kundgebungen vor dem Regierungspräsidium und dem französischen Konsulat. In der 6. Schulstunde begeben sich die Schüler wieder zurück in ihre Schule, denn damit ist erstens eine Diskussion mit den Zurückgebliebenen möglich, zweitens gilt dann das Fernbleiben formaljuristisch als Zuspätkommen (man weiß ja nie...). Wenn alles gut geht, wird der Kampf gegen Fessenheim mit diesem Streik bestimmt eine neue Intensität erreichen.

Ein Schüler aus Freiburg

Urteil im Nazi-Stil gegen Behinderte

Rechtzeitig – bevor am 1.1.1981 das Jahr des Behinderten eingeläutet wird – hat die Deutsche Justiz ihr Verhältnis zu den Behinderten klar gestellt. Am 25.2.80 sprach die 24. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt einer Touristin in einem Prozeß gegen ein Neckermann Reisebüro eine Senkung ihrer Reisekosten um 50% zu. Der ausschlaggebende Grund dafür war, daß sich die Klägerin durch die gleichzeitige Anwesenheit von Behinderten in ihrem Hotel belästigt fühlte.

In der Urteilsbegründung heißt es u.a. sinngemäß: Es kann der Klägerin nicht verwehrt werden, das Leid auf der Welt zumindest während des Urlaubs nicht sehen zu wollen. Die Reiseveranstalterin muß dafür sorgen, daß sie die Belegung des Hotels „im Rahmen des Üblichen“ hält. Das Gericht hält es nur für „im Rahmen des Üblichen“, wenn die Behinderten ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend erheblich unterrepräsentiert sind.

Schließlich stellte das Gericht fest, daß durch die Anwesenheit der Behinderten im Hotel tatsächlich

eine Wertminderung vorgelegen habe, „da diese auf sensible Menschen störend wirken können.“

Da fragt man sich natürlich, wie solche Urteile auf sensible Behinderte wirken können? Aber hierzulande hat die Abqualifizierung dieser Menschen als minderwertig ja Tradition.

Daß das Frankfurter Urteil auch kein Einzelfall ist, zeigen Beispiele wie die Lufthansa, bei der Behinderte vor dem Abflug ein ärztliches Attest vorlegen müssen, daß ihr „Zustand und Verhalten nicht zur Belästigung der Mitreisenden führt“ (laut „Kennzeichen D“, ZDF, 17.4.80).

Das Urteil von Frankfurt hat inzwischen zu zahlreichen Protesten geführt. Behinderte organisierten eine Veranstaltung in Köln und Straßenaktionen in Frankfurt, um auf ihre Diskriminierung durch diesen Richterspruch hinzuweisen.

Eine AK-Leserin und ein AK-Leser aus Esslingen



Die Mitglieder der schwedischen Behinderten-gruppe sonnten sich am Swimmingpool, spielten Karten und saßen auch in der Bar

Buchbesprechung: Geschichten aus Freakland

Was sind Freaks? Na klar, wird jeder sagen, das sind die (links-)radikalen Individualisten, Spontis und viele andere. Und das stimmt ja auch. Aber eben nur zum Teil. „Freak“ heißt eigentlich wörtlich „behindert“. Also noch eine Bedeutung. Nimmt mensch beides zusammen, dann hat mensch genau die Freaks, denen Ursula Eggli ihre „Wegwerfgeschichten“ gewidmet hat. Diese „Wegwerfgeschichten“ sind zum Schmunzeln, aber wer zwischen den Zeilen liest, wird auch etwas nachdenklich. Denn die Hauptpersonen in diesem „Aufhängenbuch“ sind Behinderte – die Freaks. Nach einem Geleitwort („Für Freaks und alle, die es werden wollen“) und zwei Vorwörtern erklärt sie einem – hoffentlich – schmunzelnden Leser:

„Das reich der freaks ist ein wunderbares, ebenes land in irgendwo – nahe bei überall. Es ist dort, wo das normale verpönt, das abnormale die norm ist. Es ist dort, wo es wesen gibt mit vier rädern am hintern und mit holzstöcken als beine oder mit fehlenden gliedern. ... Regiert wird das reich der freaks vom könig und seiner schwester ludmilla. Ludmilla ist eine ebenso eifrige wie unbegabte hobbywegwerfgeschichtenschreiberin, und dieser leidenschaft frönen eigentlich alle im freakland. ... Die wegwerfkultur ist die einzige kultur, die zählt im freakland. Es gibt wegwerffilme, wegwerfbilder, wegwerfbasteleien und wegwerfskulpturen. Es gibt eingalieder, einstundenlieder und einsekundenlieder. Und am allerliebsten haben die freaks doch die eintagsweserereien. ... Bewacht und bedient werden die freaks von sogenannten wärtern. Sie haben weiße häubchen der verschiedensten sorten auf dem kopf und manchmal auch eine weiße masche unter dem kinn. Das sind dann die oberwärter. Die wärter machen ständig ein strenges gesicht und rennen den ganzen tag mit fieberröhrchen und nachttöpfen herum. ... Wärter wie freaks sind geschlechtslos. Trotzdem gibt es immer wieder neue freaks. Menschen sind in der regel auch freaks, bevor sie erwachsen und dadurch „normal“ werden. Wenn sie klein sind, haben sie vier räder am hintern und freakische allüren, aber das wächst sich leider oft sehr schnell aus. „Normal“, das brauche ich wohl nicht besonders zu erwähnen, ist das größte schimpfwort, das es im freakland gibt. Da die freaks aber ein gutmütiges volk sind, gebrauchen sie das wort relativ

selten. Hie und da wenden sie es auf Menschen an, aber diese fühlen sich dadurch nicht gekränkt.“

Zwischendurch ein Wort zur Autorin Ursula Eggli: Sie ist selbst behindert und lebt in einem Behindertenheim in der Schweiz. Bekannt wurde sie, als sie ihr Tagebuch „Herz im Korsett“ veröffentlichte. Darüber hinaus wirkte sie maßgeblich an dem Film der Schweizer Regisseurin Marlies Graf „Behinderte Liebe“ mit. Liebe ist auch das Thema einer Wegwerfgeschichte aus dem hier vorgestellten Buch. Vorher soll hier aber noch Ursulas Adresse genannt werden, bei der ihre Bücher bestellt werden können:

Ursula Eggli
Reichenbachstr. 122
CH-3004 Bern
Schweiz

(Die Geschichten aus „Freakland“ kosten übrigens 15,80 DM)



„Das verlorene herz“

Der blinde Raffael hatte sich sterblich verliebt in die redigewandte Adeltraude. Wenn er von fern das vertraute surren ihres rollstuhls hörte, tastete er sich mit seinem weißen stock so schnell er konnte hinterher. Und wenn gar Adeltraudes liebliche Stimme an sein ohr drang, und das war oft der fall, denn Adeltraude redete den ganzen tag, schlug sein herz so schnell und heftig, daß er meinte,

es müsse ihm vor liebe zerspringen. Adeltraude aber ahnte nichts von dieser heißen liebe, denn sie trug ihr herz im korsett.

Eines tages geschah es sogar, daß der blinde Raffael sein herz ganz an Adeltraude verlor. Und das spielte sich folgendermaßen ab:

Raffael stand gerade in der butterblumenwiese, als Adeltraude vorbeirollte. Wieder hörte er das geliebte surren ihres rollstuhls. Und da, ja, da nahm er seinen ganzen mut zusammen, riß sich sein brennendes herz aus der brust und streckte es Adeltraude entgegen mit den worten: „Angebetete Adeltraude, nimm dies als pfand meiner liebe zu dir.“ In der hast aber stieß Raffael an einen großen stein, stolperte über den weißen stock und ließ dabei sein herz fallen.

Obwohl er den ganzen morgen herumtastete, fand er es nicht mehr im hohen gras. So kann man wohl mit fug und recht behaupten, Raffael habe sein herz an Adeltraude verloren.

Adeltraude aber, und das ist das tragische an der ganzen geschichte, war so in ihr reden vertieft gewesen, daß sie vorübergerollt war und vom ganzen mißgeschick nichts bemerkt hatte.

Eines tages aber zerbrach Adeltraudes korsett und sie mußte es zum korsetzflicker bringen. An diesem tag konnte sie nicht so schnell herumfahren und nicht mehr so viel reden, da das korsett sie nicht schützte und stützte. Darum bemerkte sie, als sie so langsam und stumm des wegs rollte, plötzlich neben dem sträßlein in den butterblumen ein rotes herz schlagen und pulsieren.

„Nanu“, dachte sie, „das ist doch Raffaels herz, was tut denn das hier im unkraut?“

Sie hob es vorsichtig auf und brachte es Raffael zurück. Raffael hob die blinden augen gegen die warmen sonnenstrahlen und sagte inbrünstig: „Ich liebe sie, Adeltraude, das herz gehört ihnen.“

Dies rührte Adeltraude so sehr, daß sie ihr eigenes herz, das ja heute nicht im korsett steckte, herausnahm und es Raffael schenkte.

So lebten fortan weißer stab und rad einträchtig beieinander. Niemand wunderte sich darüber, obwohl die freaks sich doch sonst leidenschaftlich gern wundern.“

Martin
Behindertenkommission, Hamburg

Behinderte sind auch (!!)

Menschen?

Behinderte sind auch Menschen? Vielgehört – gerngehört, oder so in etwa könnte das Motto lauten, mit dem die „Behindertenfrage“ abgehandelt wird. Und wie sieht das denn nun in der Realität aus?

Nun, gesellschaftlich spielen wir Krüppel eine total nebensächliche Rolle. Eigentlich sind wir nur als Kostenfaktor relevant, Machtmittel haben wir objektiv keine. Im Gegenteil, wir sind vielfach abhängig von Nichtbehinderten, d.h. daß wir einer permanenten Existenzangst leben, was aus uns wird, wenn die Nichtbehinderten uns „fallen“ lassen?!

„Behinderte sind auch Menschen“, heißt die verlogene Parole, hinter der sich vom Mitleid bis zur Sozialeuthanasie ein ganzes Spektrum von unehrlichen, verkrampften Verhaltensweisen uns gegenüber verbirgt. Was heißt denn „Behinderte sind auch (!) Menschen“? Was heißt das vor allem für Linke?

Was bedeutet in diesem Zusammenhang: Solidarität?

Wenn wir das fragen, geht uns dabei durch den Kopf, wie leichtfertig – scheinbar selbstverständlich – damit umgegangen wird – „Solidarität mit allen Unterdrückten – is’ gebongt, Alter!“ Aber so leicht lassen sich keine Vergleiche ziehen, auch wenn es in der Erscheinungsform und den Folgen der Unterdrückung Parallelen geben mag. So darf nicht einfach übersehen werden, daß Frauen, Kinder, Schwule, Behinderte, alte Leute etc. alle zusätzlich unterdrückt werden; daß dabei noch erhebliche Unterschiede bestehen: Frauen sind keine Randgruppe, sondern 50 % der Menschheit; auf die kann man nicht verzichten, auf Krüppel schon (wie man heute und bei den Nazis sehen

verzichtet, auf Krüppel schon (wie man heute und bei den Nazis sehen kann). Kinder bleiben nicht immer Kinder, werden natürlich gebraucht, um den Fortbestand des Kapitalismus zu sichern, Schwule sind immerhin vollwertige Arbeitskräfte ... usw. Uns kommt es hier nicht auf einen traurigen Konkurrenzkampf an, nach dem Motto: Wer ist am meisten unterdrückt? oder sowas, sondern wir wollen darauf hinaus: Solange das Leistungsdenken und Leistungsprinzip Grundlage und Kriterium für die Beurteilung und Bewertung von Menschen ist, solange werden wir Krüppel als minderwertig gelten und behandelt werden – und uns minderwertig fühlen. Und das ist eben der springende Punkt! Leistungsdenken haben wir alle im Kopf, sowohl Nichtbehinderte wie Krüppel, nur mit dem Unterschied, daß wir dieses Leistungsdenken im Widerspruch zu unseren Fähigkeiten und Möglichkeiten übernommen haben und uns damit gegenseitig anschießen. Sämtliche Nichtbehinderten sind mit den gesellschaftlichen Normen großgeworden, haben diese Normen verinnerlicht, sie können sich objektiv anpassen, von den Fähigkeiten her. Sie können ein Leben lang sich selbst ernähren, ohne daß sie diesen Job gerne tun müssen, sie können sich dem allgemeinen Streß unterordnen ..., und selbst wenn sie sich vom Kopf her diesen Normen widersetzen, sind diese erst einmal Grundlage ihrer Bewertungs- und Beurteilungsmaßstäbe. Beispiel: Was ist ein kämpferischer Behinderter: – Einer, der trotz (!) seiner Behinderung wie die Nichtbehinderten „rumrödel“, in der ideologischen, politischen Debatte mitmisch, jeden Termin beinahe selbstverständlich wahrnimmt, zu sämtlichen politischen Themenbereichen Standpunkte bezieht, mit unzweifelhafter Beständigkeit seine AKs versilbert, keine Demo, Veranstaltung etc. ausläßt, bereit ist, sogar Verantwortung zu übernehmen... und und und...!

Wenn er sich zunehmend aus diesen Aktivitäten heraushält, u.a. weil er mehr Zeit für „persönliche Dinge“ beansprucht, was dann? – Unpolitisch? Oder er feststellt, daß „Krüppelpolitik“ als eine stolze Bereicherung der politischen Bandbreite angesehen wird, die Nichtbehinderten in der unmittelbaren Zusammenarbeit und „Konfrontation“ sich selbst gar nicht einbeziehen? Die logische Konsequenz davon ist, daß seine Politik noch schwerer einzuschätzen und nachvollziehbar wird und – letztlich nicht ernst genommen wird! – Also politischer Rückzug?

Das heißt auf Deutsch, daß Linke auch erstmal das Leistungsdenken draufhaben – oder woher kommen die Ängste, im Ak zu schreiben, in der BI zu versagen, nicht genug AKs

zu verkaufen, politische Fehler zuzugeben, Schwierigkeiten in der politischen Arbeit, den Genossen gegenüber, in der politischen Einschätzung, Lust- und Bocklosigkeit und sonstige „menschliche Schwächen“ einzuge stehen...? – Oder im Alltagsleben, wenn ein Genosse voller Genugtuung hervorhebt, daß er im letzten halben Jahr nicht einmal krank war, im Betrieb einsatzfähig war, also nicht gefehlt hat? Inwieweit kommt hier nicht die Angst zum Tragen, kranksein bedeutet gleichzeitig schwach und damit nicht vollwertig sein?

Bei wem schwirren nicht wage Gedanken durch den Kopf, was ein/e Revolutionär/in ist, sein kann, sollte, müßte ...? Wie oft wird revolutionäre Disziplin (?) verwechselt mit moralischem Druck, als politischer Mensch der Revolution verpflichtet?

Diese Fragen müssen sich die Nichtbehinderten von uns stellen lassen, weil sie damit im Kopf Schwierigkeiten haben müssen, mit uns umzugehen. Also welche Bedeutung messen Linke /Kommunisten der „Krüppelfrage“ überhaupt bei? Inwieweit kommen sie nicht wieder in die Rolle hinein, zu sagen: „Euch unterstützen wir natürlich auch ...!“

Wir wollen das mal konkreter machen: Neben der Frauenfrage entwickelt sich im KB die Kinderfrage, wobei gegen die Auffassung gestritten werden muß, Kinder behindern (huch!) die Eltern in der politischen Arbeit. Da ist er doch schon wieder, der Leistungsdruck. Wie sieht das denn mit uns Krüppeln aus? Werden wir z.B. ernst genommen? Wird uns nicht automatisch ein gewisser Schonraum eingeräumt, indem Kritik an uns entweder gar nicht oder aber immer mit einem schlechten Geleitwort an uns entweder gar nicht oder aber immer mit einem schlechten Geleitwort geäußert wird? Das mag aber keiner zugeben, weil er/sie den Anspruch hat, Behinderte als „normal“ zu betrachten. Wer will denn schon als Behindertenfeind dastehen?!

Und wie sieht's mit den eigenen Schwierigkeiten gegenüber uns Krüppeln aus?

Es geht doch jedem die Selbstverständlichkeit ab, wenn er sich vorstellen soll, ob er mit einem Schwerbehinderten zusammenleben würde? Wer kann sich denn schon ungewollt mit einem Spastiker unterhalten und ihm offen ins Gesicht sehen, wenn dessen Gesicht von der Anstrengung verzerrt ist und ihm womöglich noch der Speichel fließt? Wer kommt denn nicht in den Konflikt, ob er nochmal und nochmal nachfragen soll, wenn er es beim dritten und vierten Mal immer noch nicht verstanden hat? Wer packt denn schon aus mit seinen Beobachtungen, Gefühlen, Unsicherheiten, die er durch den Krüppel bei sich ausgelöst sieht? Wer traut sich denn schon, einzugestehen, daß er eigentlich doch Mitleid empfindet, daß er sich schämt, mit dem Krüppel aufzufallen oder aber sich unheimlich gut vorkommt, daß er nach außen hin als sozial engagierter erscheint, sich in die Rolle des Gönners begeben kann ...??? Wer macht sich denn die Mühe, bringt die Geduld auf, einen Stotterer ohne Hektik ausreden zu lassen, ohne für ihn Sätze beenden zu wollen? Wer bringt es denn fertig, einen Gehbehinderten ganz alleine die Treppe rauf- oder runterschleichen zu sehen, ohne im Kopf die Unsicherheit zu haben, soll ich ihm nun helfen oder nicht? Wer ist denn nicht davon überzeugt, daß es mit seiner Hilfe als Nichtbehinderter „besser geht“?

Welcher Nichtbehinderte hat denn nicht damit zu kämpfen, daß er uns Krüppeln viele Dinge nicht zutraut und sich deshalb lieber im Geheimen entscheidet, uns damit nicht zu „überlasten“...? Wir hören jetzt mal auf, weil wir nicht alle Fragen stellen wollen, die wir meinen, daß ihr sie im Kopf haben müßt. Wir verlangen einfach, daß der erste Schritt zu einer möglichen solidarischen Auseinandersetzungsebene damit beginnen muß, daß Nichtbehinderte sich „angreifbar“ machen, indem sie uns ihren Schrott im Kopf endlich mal eingestehen. Solange es keine Offenheit von Seiten der Nichtbehinderten gibt, ist für uns deren „Solidarität“ nur eine leere Sprachhülle mit der Befürchtung, ihrer sozialen Geltungssucht zu dienen. Und darauf können wir gerne verzichten!

U. und Chr., Krüppel aus Hamburg

Drogenknäste:

Selektion und Zwangstherapie

1972 wurde das alte „Opiumgesetz“ verändert und verschärft als „Betäubungsmittelgesetz“ (BTMG) verabschiedet. Damals hieß es, es sollten die Großdealer inhaftiert werden, nicht aber die abhängigen Verbraucher. Verbunden mit einer immer schärferen Auslegung des Gesetzes durch viele Richter füllten sich stattdessen mehr und mehr die Gefängnisse mit Fixern.

In Westberlin sind beispielsweise 15 % der Gefangenen von Tegel, 20 % der Jugendstrafanstalt Plötzensee und 70 % der Insassen der Lehrter Straße („TAZ“, 14.12.79) Drogenabhängige. In Baden-Württemberg sind bei den männlichen Insassen 20 %, bei denen unter 21 Jahren 30 % und bei den weiblichen Gefangenen sogar 50 % drogenabhängig („TAZ“, 5.2.80).

Eine neue Gesetzesvorlage sieht vor, das Strafmaß derart heraufzusetzen, daß ein Aussetzen zur Bewährung gar nicht mehr möglich wird. Verkauft wird dieser Gesetzentwurf mit dem Slogan „Therapie statt Strafe“, als sei in der BRD ein neuer sozialreformerischer Frühling in Sicht.

Wohl aufgrund von Widersprüchen innerhalb der Regierungs-Koalition und vielleicht auch wegen der Proteste von vielen therapeutischen Einrichtungen ist die angekündigte Verabschiedung in dieser Legislaturperiode nicht mehr sicher. In der Praxis werden jedoch schon zügig Tatsachen geschaffen, die deutlich machen, was unter „Therapie statt Strafe“ zu verstehen ist: Zwangstherapie im Drogenknast!

Der Knast hat viele Gesichter

In den unterschiedlichsten Formen planen, bauen bzw. praktizieren die Bundesländer Sonderprogramme und Sondertrakt für Fixer.

Bayern hat in Parsberg schon seit Februar sein 8-Millionen-Bauwerk eröffnet. Aufgenommen werden sollen 60 Jugendliche bis zu 25 Jahren nach dem Jugendstrafrecht (JGG § 93a), nach dem Verwahrgesetz d.h. psychiatrische Zwangseinweisung und nach dem Elternrecht. Obwohl diese „Klinik“, der der laut Pressemitteilung die „für die Behandlung sucht-kranker Jugendlicher erforderlichen therapeutischen Mittel und sozialen

„Klinik“, der der laut Pressemitteilung die „für die Behandlung sucht-kranker Jugendlicher erforderlichen therapeutischen Mittel und sozialen Hilfen zur Verfügung stehen“, mit einem hohen Doppelzaun umgeben ist, sind gleich zwei Jugendliche aus dieser „Chance für alle, die nicht freiwillig in Therapie gehen“ (Daytop-Gesellschaft in Bayern), anlässlich einer Besichtigung von Richtern geflohen („SZ“, 12.3.80).

Westberlin verfügt schon über mehrere Variationen von Sonderstationen. In Frohnau wurde im Januar ein Ableger der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik eröffnet. Hierhin werden 56 zwangsuntergebrachte Drogenabhängige, soweit sie sich „freiwillig“ bereiterklären, verlegt. Der Jugendknast Plötzensee verfügt über eine eigene Drogenstation und das Frauengefängnis Lehrter Straße hat Sondertrakt mit Wohngruppen für einen Teil der Fixerinnen. Bei der Diskussion um das neue „feste Haus“ (Einrichtung für psychiatrisch untergebrachte „Rechtsbrecher“), das in „Bonnies Ranch“ geplant wird und das in seiner architektonischen Struktur den Hochsicherheitstrakten gleichkommt, stellte sich heraus, daß auch hier daran gedacht wird, Drogenabhängige einzusperren („TAZ“, 31.10.79). Weiterhin ist Westberlin noch neben Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen am dem Projekt Brauel bei Zeven beteiligt.

In diesem „Landeskrankenhaus“ oder auch „Entziehungsanstalt für straffällig gewordene drogenabhängige Jugendliche und Heranwachsende“ sollen 100 Fixer, umgeben von mehreren Zäunen aus Nato- oder anderem Draht, eingeliefert werden. Die Umbaukosten des ehemaligen Kinderkrankenhauses betragen 3,2 Mio. DM, von denen 1 Mio. der Bund zahlt.

Hessen hat auch einen Wohngruppen-vollzug im Frauenknast Frankfurt Preungesheim eingeführt („Hamburger Abendblatt“, 10.8.79).

Im Psychiatrischen Krankenhaus (PKH) Gießen sollen ab 1981 die Bauarbeiten für eine 6,6 Mio. teure, hochgesicherte Suchtstation mit 70 Plätzen beginnen. Auch in anderen PKH's des Landes sind derartige Pläne im Gespräch.

Baden-Württembergs Justizminister Eyrich plant einen Knast für 40 Drogenabhängige, in dem sie zwangsweise therapiert werden sollen („TAZ“, 5.2.80).

Ob die Einrichtung nun von der Justizbehörde gebaut und „Klinik“ genannt wird oder der Ableger einer Nervenklinik mit Strafgefangenen ist — die Bedingungen sind immer dieselben. Wie schon bei der Behandlung von politischen Gefangenen erprobt, steht der „Sicherheitsgedanke an erster Stelle. Da es sehr schwer ist, die Knäste „clean“ (frei von Drogen) zu halten, werden die hier Inhaftierten in völliger Isolation gehalten, also keine Urlaubsregelung, Besucher nur hinter der Trennscheibe, keine Freistunde mit anderen Gefangenen. Insofern drängt sich die Parallele zu den Hochsicherheitstrakts geradezu auf und soll auch gar nicht verheimlicht werden. Baden-Württembergs Justizminister Eyrich: „Das Sicherheitsproblem ist enorm, das stimmt. Aber wir werden damit fertig werden“. Dabei verweist er auf „einige Erfahrungen, die wir in Stammheim gesammelt haben“ („Welt“, 25.1.80).

Zuckerbrot- und Peitschentherapie

Gemessen an den vielen inhaftierten Fixern sind die angeführten Plätze im Sondertrakt natürlich sehr wenige. Es sollen nur diejenigen dorthin verlegt werden, bei denen auch mit Erfolg zu rechnen ist. Fragt sich nur, wie das Gericht so eine für jeden Drogentherapeuten unmögliche Erfolgsprognose treffen soll. Selektionskriterium wird dann wohl wie so oft die sozioökonomische Herkunft und das entsprechende Wohlverhalten vor Gericht sein. Erwähnenswert ist auch, daß die Drogenstrakts nur für Heranwachsende bis 25 Jahren geplant werden; die übrigen sind schon aufgegeben.

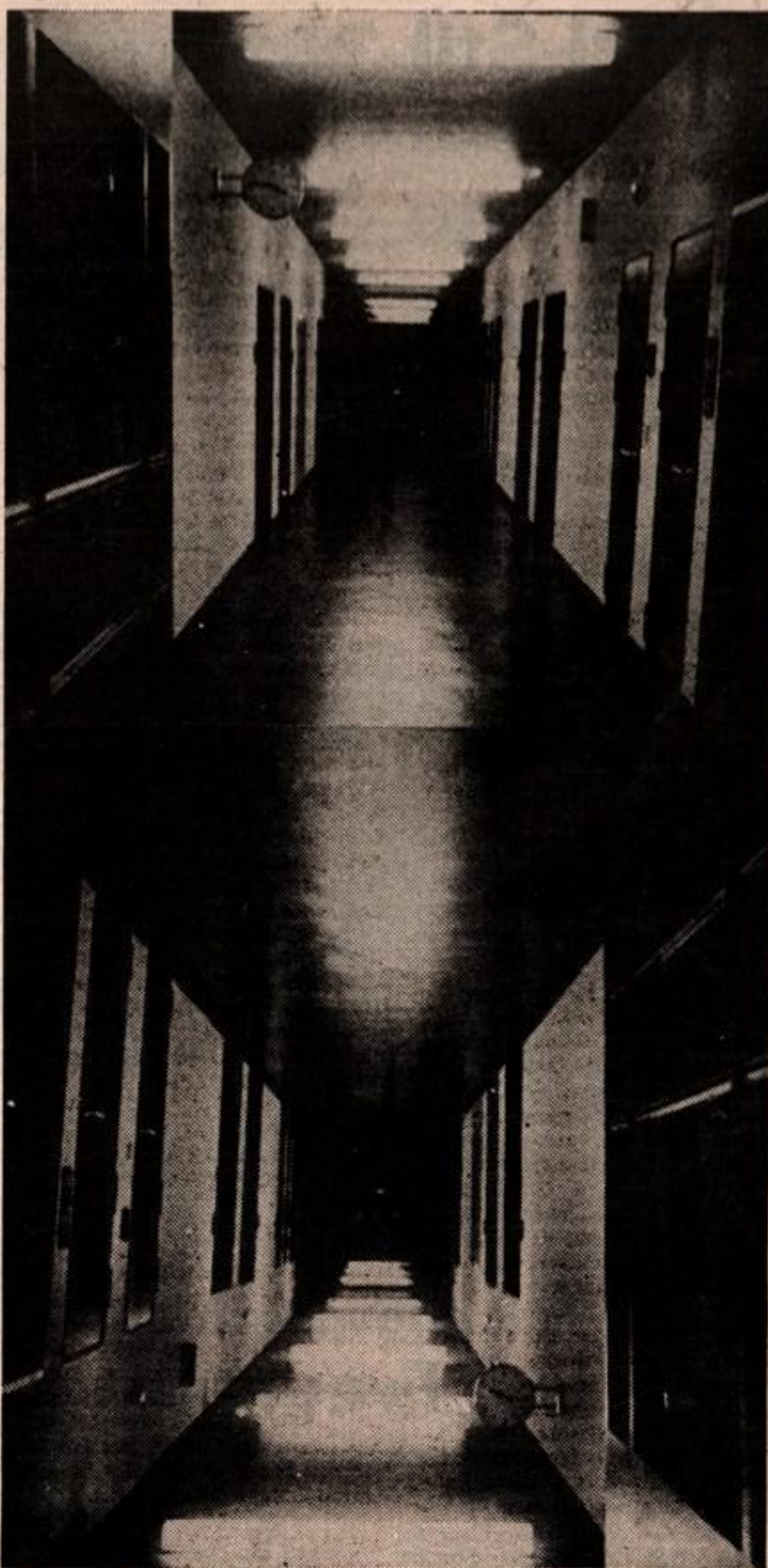
In den Knästen, wo der Wohngruppenvollzug gleich an die Station angegliedert ist, wie in der Lehrter Straße und Preungesheim, geschieht die Verlegung in die Wohngruppe auf freiwilliger Entscheidung der Gefangenen hin. Allerdings wird der Freiwilligkeit etwas nachgeholfen, indem Privilegien für die Frauen in der Wohngruppe geschaffen werden. Offener Zellenvollzug, großzügigere Einrichtung, mehr Beschäftigung und Gespräche (eben die Therapiegruppe) und vor allem die Hoffnung, über diesen Weg schneller wieder raus zu kommen. Die anderen, die Unwilligen, kriegen den Knast umso mehr zu spüren.

Die Frauen von Preungesheim und Lehrter Straße haben gegen diese Versuche, die Fixerinnen zu spalten, protestiert. In Preungesheim haben Frauen eine Selbsthilfegruppe anstelle einer Therapiestation für sich durchsetzen können. Die Westberliner Frauen der Station 3 haben Mitte März gegen die geplante Einführung dieser Wohngruppen für die willigen Abhängigen mit einem Hunger- und Durststreik protestiert. Neben vielen anderen Forderungen haben sie den „Vollzug der offenen Türen“ für alle sowie grundsätzliche Gleichbehandlung aller Drogenabhängigen gefordert („TAZ“, 19.3.80).

Die Frauen von Preungesheim und Lehrter Straße haben gegen diese Versuche, die Fixerinnen zu spalten, protestiert. In Preungesheim haben Frauen eine Selbsthilfegruppe anstelle einer Therapiestation für sich durchsetzen können. Die Westberliner Frauen der Station 3 haben Mitte März gegen die geplante Einführung dieser Wohngruppen für die willigen Abhängigen mit einem Hunger- und Durststreik protestiert. Neben vielen anderen Forderungen haben sie den „Vollzug der offenen Türen“ für alle sowie grundsätzliche Gleichbehandlung aller Drogenabhängigen gefordert („TAZ“, 19.3.80).

Der Pusch hat System

Dabei ist von diesen Abteilungen therapeutisch wirklich nichts besonderes zu erwarten. Das Angebot besteht im wesentlichen aus Beschäftigungs- und Arbeitstherapie. Der Personalschlüssel ist derart, daß an eine intensive Auseinandersetzung mit den Fragen der Betroffenen gar nicht zu denken ist. In Preungesheim wird z.B. „Arbeitstherapie, Belastungs- und Fitneßtraining und Aufbesserung der intellektuellen Fähigkeiten“ betrieben; über



Drogenknast: Behördlich „clean“ und perfekt!

den Personalaufwand werden keine Angaben gemacht, u.U. ist es das reguläre Knastpersonal. In Frohnau sind 24 Stunden Arbeitstherapie angesetzt, mit Holz-, Web- und Industrie(!)arbeit. Weiter-, Aus- und Fortbildungsprogramme gibt es nicht („TAZ“, 17.1.80). Gruppengespräche gibt es nur zwei- bis dreimal in der Woche („TAZ“, 17.1.80). Für das baden-württembergische Projekt sieht Herr Eyrich einen Psychotherapeuten, einen Sportlehrer und einen Arbeits-erzieher vor. Am personalintensivsten steht noch Brauel da, wo z.B. zehn Sozialarbeiter und mehrere Ärzte und Psychologen auf die Leute losgelassen werden sollen. Bei 100 Insassen aber auch nicht viel.

In Plötzensee sind schon die Beschäftigten an die Öffentlichkeit getreten; unter den gegenwärtigen Bedingungen könnten sie eigentlich nur „Pfuscharbeit auf unbestimmte Zeit“ machen. Die Häftlinge sprechen von „totalem Stumpfsinn“, „man gam-melt den ganzen Tag rum“.

Bei diesem Angebot ergibt sich von selbst, daß lediglich ein Anpassungs-training, mit der Bedrohung durch stärkere Repression im Nacken, möglich ist. Das therapeutische Personal kann nur konfliktberingende Funktionen ausüben, damit der Laden besser läuft.

Für die Gefangenen heißt diese „therapeutische“ Umgebung, daß für sie die Knastverhältnisse verschleiert werden. Das klare Gegenüber von Schließer und Knacki wird verwischt zugunsten einer undurchschaubaren „therapeutischen Gemeinschaft“. Jede Zwangsmaßnahme soll so als gutgemeintes Hilfsangebot verkauft werden. Widerstand ist zwecklos, und-dankbar und nur das mutwillige Aus-schlagen der eigenen Chance.

Der Kölner Drogentherapeut und Diplom-Psychologe Heinrich Breuer hält Knast und Therapie für einen unlösbaren Widerspruch: „In An-spie-lung auf die Versuche, das unhaltbare Einsperren von Drogensüchtigen in regulären Gefängnissen durch die Ein-richtung sogenannter ‚Drogenknäste‘ abzulösen, meinte Breuer: ‚In der Ar-beit mit den Strafgefangenen ist die wichtigste Erfahrung, daß Therapie

im herkömmlichen Sinn auf die Aus-nahmesituation ‚Strafvollzug nicht über-tragen werden kann. Wesentliches Ziel von therapeutischer Behandlung ist ja, dem Klienten eine selbständige und zufriedenstellende Lebensführung zu ermöglichen. Daß dies unter Be-dingungen im Gefängnis nicht möglich ist, ist unmittelbar einsehbar‘, ist ja, dem Klienten eine selbständige und zufriedenstellende Lebensführung zu ermöglichen. Daß dies unter Be-dingungen im Gefängnis nicht möglich ist, ist unmittelbar einsehbar“ („DVZ“, 20.3.80).

Die Selbsthilfegruppe aus Preun-gesheim schreibt zur Therapie: „Wäh-rend eines Therapieaufenthaltes/ Zwangstherapie werden Norm- und Formstruktur auf die Abhängige pro-jiert, die diese als ihre eigene an-nimmt. Damit meine ich, sie wird mit Verhaltensmustern vollgestopft, um ihre Arbeitsfähigkeit dem Kapital und dem Staat zur Verfügung zu stellen..., durch subjektive Problembewältigung die Fehler ihres Verhaltens bei sich selbst zu suchen und nicht im Ur-sprung: also im System, in der Gesell-schaftsform“.

Offen bleibt in sämtlichen Entwür-fen, was nun ist, wenn die Gefange-nen trotz aller sozialstaatlicher Bemü-hungen wider Erwarten doch rückfä-lig werden sollten. Sicher ist wohl, daß es in dem Fall an dem Konzept der Zwangstherapie nicht gelegen ha-ben wird. Eher wird der Betreffende zu den Störern gerechnet werden, dem doch nun alles geboten wurde, „aber er wollte ja nicht“. Von jedem Ver-such, nochmal eine Therapie außer-halb der Mauern anzufangen, wird er wohl von vorneherein geheilt sein.

In der letzten Zeit mehrten sich auch die Diskussionsbeiträge, die da-für plädieren, die Drogenabhängigen auf alle Fälle einzusperren, da sie „In-fektionsträger“, also „ansteckend“ seien! Baden-Württembergs Justizmi-nister Eyrich will auf diesem Sektor die Vorreiterrolle spielen. In einem acht-seitigen Rechtsgutachten hat er sich für die Änderung des Unterbringungs-gesetzes eingesetzt. Aufgrund der Ge-fährdung der Allgemeinheit und schwerwiegender Selbstgefährdung sollen die Grundrechte auf Freiheit bei Drogenabhängigen eingeschränkt wer-den, vergleichbar der Unterbringung eines Entmündigten in einer geschlos-senen Anstalt („Welt“, 25.1.80).

Zusammengenommen kommt da-bei heraus, daß ein großer Teil der Menschen, die aufgrund der Lebens-bedingungen in dieser Gesellschaft nicht zurecht gekommen sind, jetzt nur noch abgeschoben werden soll. Eine ähnliche Entwicklung gibt es auch im Jugendhilferecht in bezug auf geschlossene Heime. Probleme, die bislang mit Sozialarbeit gelöst werden sollten, werden jetzt gleich dem re-pressiven Bereich zugeordnet. Zu Recht fühlen sich die freien therapeu-tischen Einrichtungen, die in Form von Wohngemeinschaften Therapie für Drogenabhängige anbieten, in ih-rer Existenz bedroht. So schreibt „ju-gend hilft jugend“ aus Hamburg: „Solange die Zwangsstationen selbst nicht in Frage gestellt werden, werden die freien Träger vor der Alternative stehen, sich entweder in die zwangs-therapeutische Kette zu integrieren oder aber sich mit einer massiven Ge-fährdung ihrer Existenz auseinander-setzen müssen“ (psychologie heute“ 5/80).

Drogenkommission

Drogenkommission
KB/Gruppe Hamburg

Drohende Schließung der DROBS Gießen erfolgreich verhindert!



Im letzten AK haben wir berichtet, daß die Drogenberatungsstelle in Gießen auf dem Hintergrund aller möglichen Vorwürfe erpreßt werden sollte, einen Beirat der Behörde als Kontrollorgan zu akzeptieren. Das Team hatte beschlossen, in dem Fall die Drogenberatung zu schließen, da eine vertrauensvolle Zusammen-arbeit mit Drogenabhängigen vollstän-dige Anonymität gegenüber den Be-hörden beinhaltet. Am 28. April sollte die entscheidende Sitzung der Kreisverwaltung sein.

Um gegen die drohende Schlies-sung zu protestieren, hatten die Ar-beitsgemeinschaften der Drogenein-richtungen aus Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen und Hessen am 25.4. zu einer Demonstration und Podiumsdiskussion aufgerufen. Es kamen 300 Mitarbeiter aus Drogen-beratungsstellen und Therapieein-richtungen aus dem ganzen Bundes-gebiet, dabei waren einzelne oft De-

Fortsetzung von der letzten Seite

legierte für ein ganzes Team. Die verantwortlichen Politiker, die zur Podiumsdiskussion geladen waren, hatten es vorgezogen, sich die zu erwartenden Kritiken nicht anzuhören und waren nicht erschienen. Die Zeit wurde dann für Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften genutzt.

Insgesamt wurde eine engere Zusammenarbeit der AGs gegen die wachsende Repression in allen Bundesländern beschlossen und die Erarbeitung und Herausgabe einer gemeinsamen Dokumentation zu den Drogenkämpfen.

Die Mitarbeiter der Gießener Drogenberatungsstelle wurden dann noch eine Woche im unklaren über ihr weiteres Schicksal gelassen. Die Kreisverwaltung entschied am 28.4. lediglich über 124.000 DM Finanzierung, die Frage des Beirats blieb ungeklärt. Dann endlich zum Ende des Monats war auch die Landesfinanzierung von 190.000 DM sicher und der Beirat schmolz zu einem allgemeinen Diskussionsgremium der Drogenprojekte auf Landesebene, ohne Kontroll- und Einspruchs Kompetenzen dahin. Obwohl immer noch 58.000 DM fehlen, haben die Mitarbeiter beschlossen, unter diesen Bedingungen weiterzumachen.

Auf dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung im Drogenbereich: Ausbau des repressiven Bereichs und Zerschlagung vor allem der Projekte mit Selbstverwaltung und demokratischen Strukturen, ist die Weiterfinanzierung der Drogenberatungsstelle Gießen ein erfreulicher Erfolg. Der Erhalt der politischen Unabhängigkeit war nicht zu erwarten und ist nur durch die breite Solidarität aus dem ganzen Bundesgebiet zu erklären.

Gesundheitstag '80

Auf dem Gesundheitstag in Westberlin (14.-18.5., s. AK 175) finden u.a. auch einige interessante Veranstaltungen für im Drogenbereich arbeitende Menschen statt:

- "Das Problem mit den Drogen" - Vertreter verschiedener DROBS'en, Therapie- und Nachsorgeeinrichtungen referieren und bieten AG's zu folgenden Themen an: Stoff aus der Apotheke, Alkohol, Verquickung von Strafe und Therapie durch Kriminalisierung und Zwangstherapie, Alternativen zu bestehenden Einrichtungen (Grenzen der Rehabilitation, wieviel Sucht braucht unsere Gesellschaft zum Funktionieren? Gibt es gute und böse Drogen? Legalisierungskampagnen u.a.); "der Weg zurück" und Nachsorgeprobleme. Termin: Donnerstag, 15.5., 11 - 20 Uhr in der FU - "Rostlaube".

- "Sozialpsychiatrie von oben - selbstorganisierte Projekte von unten"; Podiumsdiskussion, Referate, Arbeitsgruppen u.a. mit Demokratischen Psychiatrie Italien, SSK-Köln, PSIFF - Westberlin, Der Lotse - Hamburg. Termin: Mittwoch, 14.5., 16-18 Uhr im Audimax der FU.

- Infostand und Arbeitsgruppen der "Free Clinic" - Heidelberg. Termin: Donnerstag, 15.5., 9-18 Uhr in der FU - "Silberlaube".

- u.a.m.

Das genaue Programm ist gegen Einsendung von DM 5 auf das Psch. Kto. 13 966-105 Bln-W, Stichwort "Gesundheitskatalog" zu erhalten. Telefonische Auskunft (nur in dringenden Fällen): 030/31 70 76.

Hausbesetzung Straßenschlacht im Westend

"Wir geloben Besserung. Nächsten Samstag wird ordentlich besetzt". Das war das Resümee einer Gruppe von jungen Wohnungssuchenden, die am 26.4. in Frankfurt versuchten, ein Haus in der Guillolettstraße 34 zu besetzen.

Noch bevor sie richtig drin waren und sich verbarrikadieren konnten, vom Beginn notwendiger Renovierungsmaßnahmen ganz zu schweigen, kam bereits die Polizei und räumte das Haus. Originalton des Polizeiberichts: Da es sich „um eine von den Beamten beobachtete und noch nicht abgeschlossene Aktion handelte, bestand in diesem konkreten Fall die Situation, daß die Polizei aus den gegebenen Rechtsbestimmungen diese Störung unaufschlabbar zu beseitigen hatte“ (FR, 28.4.). Originalton des Einsatzleiters: „Die Schweine machen wir kalt!“ (taz, 29.4.)

kann mit Recht auch behauptet werden, daß Hausbesetzungen durch die Wohnungsnot gesteuert sind und als letztes Mittel auch offensichtlich notwendig sind - zumal besonders Wohngemeinschaften bei Vermietern kaum eine Chance haben und durch die Sanierungen billiger Wohnraum immer knapper wird.

Die vorläufig festgenommenen Hausbesetzer richteten sich zunächst bei der Polizei ein: „In den Transportwagen war der Maschendraht zerschnitten, in Knast Gitter demontiert und Türen ausgehängt, hin und wieder explodierten Silvesterknaller, in den Zellen wurden kleine Lagerfeuer angezündet und durch die Knastflure schwebten dicke Haschwolken“ - weiß die taz zu berichten, so daß die Bullen schließlich froh waren, die Besetzer wieder los zu sein.

Eine andere Gruppe von Leuten zog durch die Innenstadt, dabei

Stadt Planung

Von Chas Addams



Wie bei frankfurter Polizeiaktionen üblich, bekamen auch Passanten und Presseleute die Knüppel zu spüren. Eine Frau bekam einen Tritt in die Nieren und mußte ins Krankenhaus, acht Personen hatten am Ende der Aktion Platzwunden durch Knüppelhebe.

52 Hausbesetzer wurden vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Ermittlungen wegen „Hausfriedensbruch“ wurden eingeleitet.

Zwei der Besetzer flüchteten sich akrobatisch aufs Dach und entgingen so der Festnahme.

Polizeipräsident Knut Müller befürchtet „eine gesteuerte Aktion“ und rechnet mit weiteren Hausbesetzungen.

Bei 22 000 Wohnungssuchenden in Frankfurt, darunter 5000 Notfälle,

bezog ein NPDler hinter einem Info-Stand noch einige Hiebe.

Da zur gleichen Zeit auch noch eine (verbotene) Demonstration zu Carters Iran-Intervention angekündigt war, bestimmten am ganzen Tag mehrere Hundertschaften das Geschehen in der Frankfurter Rundschau: „Polizeikräfte durchkämmten mal die B-Ebene Hauptwache, eilten dann wieder zu den Schauplätzen im Westend, regelten das US-Generalkonsulat wie auch das Amerikahaus im Reuterweg ab. Niemand schien so recht zu wissen, worum es bei all der Hektik ging.“

Es wurde eben mal wieder „Staat“ gezeigt - doch davon wird kein Wohnraum geschaffen.

Wohnungskommission

Bundesweites Treffen von Hausbesetzern und Mieterinitiativen in Köln

Am 17. und 18. Mai 1980 findet in der besetzten ehemaligen Kantine der Mauerwerke in Köln-Ehrenfeld ein Hausbesetzer-treffen statt. Eingeladen sind alle Hausbesetzergruppen und Mieterinitiativen und solche, die es werden wollen. Auf dem letzten Hausbesetzer-treffen im Februar in der besetzten Augenklinik in Göttingen haben die anwesenden Mieterinitiativen und Hausbesetzergruppen beschlossen, künftig enger zusammenzuarbeiten und gegenseitig Informationen auszutauschen. Um ein großes Hausbesetzer-treffen zu organisieren und die Inhalte vorher abzuklären, soll dieses Vorbereitungstreffen in Köln stattfinden. Da wir nicht

unbegrenzt Platz in der Kantine haben, bitten wir Euch, nur maximal 2 Leute aus jeder Gruppe zu entsenden. Außerdem müßten Schlafsäcke und Luftmatratzen mitgebracht werden. Um uns auf das leibliche Wohl von Euch vorbereiten zu können, müssen wir bis spätestens 10. Mai 80 wissen, wieviele Leute kommen. Bitte schreibt uns oder ruft uns an: Mieterselbsthilfe Ehrenfeld, Marienstr. 21, c/o Gisela Schmidt, 5 Köln 30.

Das Treffen findet in der Mauerwerk-Kantine, Marienstr. 35-37, 5 Köln 30 statt. Tel.: 550 27 72 oder 55 36 70. Beginn: Sonnabend 12.00 Uhr.

Haus weg

Hamburg. Als die Erzieherin Johanna Hameister morgens zur Arbeit ging, war die Welt noch in Ordnung. Als sie abends zurückkam, war das Haus, in der sie eine Wohnung gemietet hatte, eine Ruine.

Ein Erdbeben? Von wegen - mit städtischer Genehmigung konnte der Grundeigentümer, die Bauregie Nordwest, mal eben ein Haus abreißen, das ihr schon lange ein Dorn im Auge war. Nicht etwa wegen Baufälligkeit, sondern weil bei einer Neubebauung ganz andere Profite zu erzielen seien werden.



Geschwister-Scholl-Str. 111: Einen Tag zuvor wohnte hier Johanna Hameister

Der Trick ist einfach und wirksam, zumal die Behörden keine Skrupel haben. Der Baudezernent im Hamburger Bezirksamt-Nord sagt, wie es geht: „Wir haben vom Grundeigentümer einen Brief erhalten, in dem er uns auf den katastrophalen baulichen Zustand des Gebäudes hingewiesen hat. Eine Besichtigung ergab, daß das Haus mit Gewalt beschädigt worden war. Die Bauregie Nordwest erhielt daraufhin eine Ver-

fügung, in der sie zur sofortigen Räumung und zum Abbruch des Hauses aufgefordert wurde“ (HA, 25.4.). Was hier die Stadt sich leistet, kann schon nicht mehr als das normale Geschäft der Mittäterschaft bei der Stadtzerstörung bezeichnet werden - sie fordern sogar selbst auf, Häuser abzureißen!

Nachbarn alarmierten die Mieterin auf ihrer Arbeitsstelle, daß ihr Haus abgerissen wird. Kommentar der Behörde: „Da durch den katastrophalen Zustand des Hauses Gefahr für Leib und Leben der Mieterin bestand,

mußten wir sofort handeln.“

Allerdings: Johanna Hameister war die letzte von 12 Mietern, die dort wohnte und von ihren Kündigungsschutzrechten Gebrauch machte.

Kommentar zu diesem Gangsterstück: „Ich bin empört, wo soll ich je wieder eine so preisgünstige Wohnung finden?“

Wohnungskommission

Eine neue Variante der Mietervertreibung oder: „Alternatives Wohnen“ einmal anders

Seit Jahren wird verstärkt mit Mietwohnungen spekuliert, die in Eigentumswohnungen umgewandelt und gewinnbringend verkauft werden. Der Käufer kann auf Eigenbedarf klagen und den Vermieter an die Luft setzen. Um die Mieter nicht gänzlich der Spekulation auszuliefern, wurde ins Bürgerliche Gesetzbuch eine Regelung aufgenommen, wonach der Käufer einer solchen Eigentumswohnung sich gegenüber dem Mieter drei Jahre lang nicht auf

In Zeitungsartikeln ist öfter von einer juristischen Lücke zu lesen. Ich bin auch der Ansicht, daß es sich hierbei um eine Lücke handelt, auf die jedoch die dreijährige Sperrfrist entsprechend angewendet werden muß. Sonst wird es gar nicht lange dauern, bis die Wohnraum-spekulanten in diese Lücke eindringen, die Fluktuation am Wohnungsmarkt beschleunigen und damit die Wohnungspreise hochtreiben.

Es ist überhaupt nicht schwer,

Eine neue Variante der Mietervertreibung oder: „Alternatives Wohnen“ einmal anders

Seit Jahren wird verstärkt mit Mietwohnungen spekuliert, die in Eigentumswohnungen umgewandelt und gewinnbringend verkauft werden. Der Käufer kann auf Eigenbedarf klagen und den Vermieter an die Luft setzen. Um die Mieter nicht gänzlich der Spekulation auszuliefern, wurde ins Bürgerliche Gesetzbuch eine Regelung aufgenommen, wonach der Käufer einer solchen Eigentumswohnung sich gegenüber dem Mieter drei Jahre lang nicht auf Eigenbedarf berufen kann - der Mieter hat also eine gewisse Schonzeit.

Einige Leute in Hamburg - Jung- lehrer, Studenten, Rechtsanwälte -, die bisher eher die Mieterbewegung unterstützten, haben im Lehmweg ein Haus gekauft und eine Lücke im Mieterschutzgesetz entdeckt, die ihnen einen Rauschmiß der Mieter erlaubt, ohne an die Dreijahresfrist gebunden zu sein - Wohnungsspekulanten können von ihnen viel lernen!

Die Rechtsanwälte Krüger und Wiese, die die Mieter vertreten, schreiben zu dem bisher einmaligen Fall, der aber Schule machen kann: „Der ursprüngliche Eigentümer hat vor einem Jahr das gesamte Haus an eine Käufergemeinschaft verkauft, die aus genau so vielen Leuten besteht, wie Wohnungen im Hause sind. Diese Käufergemeinschaft hatte unter sich bereits die Wohnungen aufgeteilt und jedem von sich eine Wohnung zugedacht. Inzwischen hat diese Käufergemeinschaft auch die Aufteilung in Eigentumswohnungen beantragt.“

Nach dem Wortlaut des Gesetzes gilt jedoch die dreijährige Sperrfrist in diesem Fall nicht. Sie gilt nur dann, wenn erst das Wohnungseigentum begründet wird und dann die Wohnungen einzeln verkauft werden, nicht jedoch wenn das Haus insgesamt an eine derartige Gemeinschaft verkauft wird, die die Wohnungen dann nachträglich unter sich aufteilt.

Hiergegen wendet sich der Protest der Mieter am Lehmweg 29. Drei von ihnen sind bereits unter Berufung auf angeblichen Eigenbedarf von ihrem jeweiligen Vermieter gekündigt worden. Gegen die Geschwister F. läuft bereits eine Räumungsklage.

In Zeitungsartikeln ist öfter von einer juristischen Lücke zu lesen. Ich bin auch der Ansicht, daß es sich hierbei um eine Lücke handelt, auf die jedoch die dreijährige Sperrfrist entsprechend angewendet werden muß. Sonst wird es gar nicht lange dauern, bis die Wohnraum-spekulanten in diese Lücke eindringen, die Fluktuation am Wohnungsmarkt beschleunigen und damit die Wohnungspreise hochtreiben.

Es ist überhaupt nicht schwer, sich vorzustellen, daß ein derartiger Spekulant ein Mietshaus erwirbt, sich per Anzeigen eine entsprechend große Käufergemeinschaft, wie Wohnungen vorhanden sind, heranzieht und sein Haus dann über vorgefertigte Formularverträge, die in solchen Situationen sehr schnell erarbeitet werden, an diese Gemeinschaft verkauft, wobei intern sogleich vereinbart wird, daß diese Gemeinschaft die Aufteilung in Wohnungseigentum später vornimmt.

Der Zweck der dreijährigen Sperrfrist, nämlich Kaufinteressenten abzuhalten und so die Wohnraum-spekulation einzudämmen, wird so umgangen.

Im Fall Lehmweg laufen z.Zt. die Räumungsklagen. Eine erste Klage wurde Anfang April in der ersten Instanz abgewiesen; die Klägerin konnte keinen Eigenbedarf nachweisen (Urteil vom 11.4.80, Geschäfts-Nr. 40 C 118/80). Gleichzeitig erhöhten die neuen Hausbesitzer die Mieten für einige Mieter - um bis zu 40%. Eine bewährte Methode um Mieter rauszuekeln.

Daß heute Leute mit linkem Anspruch die Situation als Mieter satt haben, ist gut zu verstehen. Daß sie sich ein Haus kaufen, weil sie gut verdienen und Ersparnisse haben und vielleicht auch neue Wohnformen erproben wollen, das kann auch noch nachvollzogen werden. Daß sie sich dabei aber noch gewiefter verhalten als ein „normaler“ Hausbesitzer, zeigt, daß sie ins andere Lager übergewechselt sind und zum Gegner der Mieterbewegung geworden sind.

Einige hamburger Mieterinitiativen haben bereits ihren Protest angemeldet.

Wohnungskommission

Unsere blauen Jungs in Bonn

„Wir Politiker trinken zuviel“, klagte der CSU-Bundestagsabgeordnete Riedl gegenüber der BILD. „Kein Gespräch, kein Termin ohne Schnaps. Das beginnt morgens: Kaffee mit Cognac oder Whisky. Dann geht es weiter bis spät in die Nacht. Dazu noch die vielen Zigaretten. Dieses Leben macht kaputt. Ich kenne Abgeordnete, die schaffen mittags mindestens zwei Mittagessen und abends drei Empfänge. Und dann noch die vielen Arbeitssessen. Für die Gesundheit eine Katastrophe. ... Auch ich spreche mich von diesen Sünden nicht frei. In den Kühlschränken der Abgeordneten zimmer sollten mehr Milchkruten statt Schnaps und Weinflaschen stehen.“ (Bild, 29.4.)

Drogenkommission/KB Hamburg

Antifaschistischer Kampf unter der Bedingung der Strauß-Kandidatur

Unter diesem Thema fand am ersten Abend des Antifaschistischen Bundeskongresses (vgl. AK 175) eine Plenumdiskussion statt.

Leider konnten von den verabredeten einleitenden Referaten nur zwei vorgetragen werden; das dritte zum Thema „Politische und ökonomische Hintergründe der Strauß-Kandidatur“ mußte entfallen, da der Referent – in Anlehnung an die Entscheidung des KABD, sich nicht am Bundeskongress zu beteiligen – seine Zusage rückgängig gemacht hatte.

„Strauß stoppen, die SPD entlarven...“

Der erste Beitrag zum Thema „Für welche Politik steht Strauß?“ wurde eingeleitet mit einer knappen Auflistung der in der Anti-Strauß-Debatte vertretenen unterschiedlichen Positionen:

1) Die Auffassung, die SPD sei gefährlicher – weil raffinierter – als die CDU/CSU (früher „ML“, heute u.a. KABD-Position). Konsequenz: Der Anti-Strauß-Kampf wird als Ablenkung von der Auseinandersetzung mit der SPD begriffen und abgelehnt.

2) Schmidt gleich Strauß („Jakke wie Hose“) – Position der ehem. „KPD“, verbreitet auch bei den „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (Absplittung des KBW) sowie in Teilen der alternativen und Sponti-Szene; diese Position ist am Anti-Strauß-Kampf ziemlich uninteressiert.

3) Strauß gleich Faschismus. V.a. im linkssozialdemokratischen Spektrum verbreitete Behauptung, die die Wahl des „kleineren Übels“ wieder attraktiver machen soll.

4) Strauß als Kandidat des „entspannungsfeindlichen Rechtskarts“ und ggf. als Wegbereiter eines neuen Faschismus. Position der DKP/VVN u.ä.; in der Praxis starke Neigung zur opportunistischen Anpassung an die „entspannungsfreundliche“ SPD, an die DGB-Spitze etc., bei gleichzeitiger Total-Abschottung nach links.

5) Strauß als „natürlicher“ Ausdruck einer in der Bevölkerung vorhandenen Rechtsentwicklung („Sehnsucht nach dem starken Mann“). Praktische Konsequenz: Zynische „ohne-mich-Haltung“ zum antifaschistischen Kampf. Diese Auffassung – als „schlechteste Tradition der deutschen Intellektuellen“ gekennzeichnet – wurde in letzter Zeit v.a. in der „taz“ vertreten. Kennzeichen – wurde in letzter Zeit v.a. in der „taz“ vertreten.

6) Strauß als Ausdruck der vom westdeutschen Imperialismus verfolgten Politik, mittels reaktionärer Mobilisierung/Polarisierung einen Zustand herbeizuführen, über den seit etwa 10 Jahren durch die SPD/FDP-Regierung betriebene Faschisierung (bzw. Rechtsentwicklung) erneuert – und ggf. erheblich – verschärft werden kann. Vertreter dieser Position sind v.a. der KB sowie einige bunte/alternative Gruppen.

Im weiteren Verlauf seines Referates konzentrierte sich der Referent v.a. darauf, die vom KB vertretene Position in der Anti-Strauß-Bewegung näher zu skizzieren. Sein Fazit: „Der Strauß-Antritt signalisiert die Bereitschaft der westdeutschen Bourgeoisie, der globalen Krise mit schärferen Mitteln zu begegnen, als die SPD sie ggf. garantieren kann. Insbesondere geht es wohl auch darum, den Einfluß der Kräfte links von der SPD auszuschalten, sie – entweder mit der Drohung der Verschärfung des politischen Kurses (Strauß!) in die Arme der SPD zurückzutreiben, – oder sie ggf. mit offener Repression zu zerschlagen.“

Eine Regierung Strauß wäre nicht der „Faschismus an der Macht“, aber sie würde eine weitere, erhebliche Senkung der Hemmschwelle für den BRD-Imperialismus bedeuten, sich neuerlich faschistischer Methoden zur Krisenlösung zu bedienen und erhöhe auch die Gefahr offener internationaler Konfrontationen. Die Parole „Stoppt Strauß“ sei daher goldrichtig. Andererseits: Ein Wahlsieg der Schmidt-SPD, der auf Kosten der linken, alternativen Basisbewegung zustande käme, wäre gleichfalls als Niederlage der Linken zu werten und sei gleichbedeutend mit einer erheblichen Verschiebung des gesamtgesellschaftlichen Klimas nach rechts. Daher müsse die Arbeitslinie für die nächste Zeit lauten: „Stoppt Strauß, entlarvt,

kritisiert die SPD, stärkt die eigenen Aktivitäten an der Basis“.

Anti-Nazi und Anti-Strauß-Kampf miteinander verbinden

Der zweite vorbereitete Beitrag beschäftigte sich mit der Erörterung von Problemen, „die sich für die praktische Politik der antifaschistischen Gruppen und Initiativen angesichts der Strauß-Kandidatur ergeben“. Im Zentrum des Referates stand die Auseinandersetzung mit der Politik der Sozialdemokratie zu Strauß und gegenüber dem organisierten Neonazismus.

Trotz einiger Maßnahmen gegen die Neonazis (Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, Prozesse gegen die „Hansa“-Bande) sei die generelle staatliche Linie der Legalisierung neofaschistischer Organisationen und Propaganda nicht in Frage gestellt: Die NPD rangiert nach wie vor als FDGO-konforme Partei, die türkischen Grauen Wölfe genießen staatliche Deckung, und Alt-Nazi Schönhorn durfte gar am Tag des Hoffmann-Verbotes eine „NSDAP“ konstituieren, ohne daß staatlicherseits bislang dagegen vorgegangen worden wäre...

Die Strauß-Kandidatur sei kein

Grund, den Kampf gegen die Neo-

nazis abzuschwächen oder gar – wie ordnungsgemäß – Kampf gegen die Neonazis abzuschwächen oder gar – wie von linkssozialdemokratischer Seite erwünscht – vollständig und ausschließlich auf Anti-Strauß umzuorientieren. Gerade angesichts der Strauß-Kandidatur und seiner möglichen Kanzlerschaft, die auf eine erhebliche Erweiterung des politischen Spielraumes für Neofaschisten jeder Couleur hinauslaufen würde, sei der Anti-Nazi-Kampf nach wie vor eine wesentliche Aufgabe.

Andererseits könne sich die antifaschistische Bewegung nicht auf Anti-Nazi-Aktivitäten beschränken; sie komme „gegenwärtig nicht darum herum, sich mit der Strauß-Kandidatur und den dadurch sichtbar gewordenen Gefahren auseinanderzusetzen“.

Es gehe darum, „die bisherige Arbeit gegen den Neonazismus weiterzuführen und mit dem Kampf gegen Strauß zu verbinden“. Dies umso mehr, als die gegen Strauß gerichtete Mobilisierung der SPD nicht darauf gerichtet sei, „antifaschistische Bewußtsein zu entwickeln und dies in breitem Maßstab in die politische Auseinandersetzung mit dem Programm des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten einzubringen... Schließlich ist man sich in Kreisen der Sozialdemokratie sehr wohl darüber im klaren, daß ein entsprechendes antireaktionäres Bewußtsein und Engagement sich unversehens auch gegen sie selbst richten könnten“.

Im Hinblick auf die Bundestagswahlen stehe die Antifa-Bewegung daher vor der Aufgabe, 1) den auch von SPD-Kreisen unterstützten Versuch anzugreifen und zu widerlegen, Strauß als demokratischen Politiker darzustellen. „Demgegenüber sollte es gerade das spezielle Anliegen der antifaschistischen Arbeitskreise und Aktionsinitiativen sein, auf die Zusammenhänge von Faschismus, Neonazismus und dem ultrareaktionären „Konservatismus“ Straußscher Prä-

gung hinzuweisen“.

2) „Die ansprechbaren Teile des sozialdemokratischen Spektrums... dafür gewinnen bzw. in ihren eigenen desbezüglichen Anstrengungen zu unterstützen, die „Stillhalte- und Unvereinbarkeitspolitik von SPD/DGB zugunsten einer gleichberechtigten antifaschistischen Aktionsinitiative aller Strauß- und Nazigegner zu durchbrechen“;

3) „erwarten wir von der grünen und alternativen Wahlbewegung, daß sie den antifaschistischen Kampf – sei es gegen Strauß, sei es gegen Neonazis – nach Kräften unterstützt und in dieser Frage ihren selbstgestellten Ansprüchen gerecht wird“.

Für gemeinsame Aktionen/Aktivitäten seien dabei minimale Voraussetzungen erforderlich: Keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse, keine Wahlempfehlung, aktiver Einsatz für die gemeinsame Sache.

Wichtig sei darüberhinaus, die Aktivitäten nicht nur auf den Wahltag auszurichten. „Stattdessen muß die größere politische Aufgeschlossenheit während der Wahlzeit genutzt werden, um die Basis für antifaschistisches von der Sozialdemokratie unabhängiges Engagement auch längerfristig zu verbreitern und zu stabilisieren“.

„Volksfront“: Wir sind gar keine

Während die von der KPD/ML gegründete „Volksfront“ zur Sache selbst fast nichts zu sagen hatte

gründete „Volksfront“ zur Sache selbst fast nichts zu sagen hatte und sich allenfalls vehement dagegen wehrte, sie würde mit ihrer undifferenzierten Gleichsetzung von Strauß und Faschismus sozusagen den „ML“-Flügel der Sozialdemokratie abgeben, gaben ihre Vertreter einige interessante Äußerungen über ihr Selbstverständnis ab.

„Volksfront“-Geschäftsführer U. L. gab zu, es sei das Problem der „Volksfront“, daß sich in ihr nicht alle Antifaschisten vereinigen hätten. Sekundiert wurde diese Erklärung von einem zweiten Vertreter, der in dem Namen „Volksfront“ einen Anspruch formulieren will, den die konkrete Organisation noch nicht eingelöst hätte („So leicht machen wir uns das nicht!“). Im übrigen – so dieser Vertreter – sei es äußerst schädlich, die als Produkt der KPD/ML zu bezeichnen; sie würden ja auch nicht die diversen Antifa-Komitees, Initiativen etc. als KB- oder KABD-Anhängsel denunzieren wollen.

Antifaschistische Arbeitskreise

Kritisch zu vermerken bleibt die Tatsache, daß die antifaschistischen Gruppen in der Plenumsdiskussion unterrepräsentiert waren. Zu Wort meldeten sich Vertreter(innen) von Arbeitskreisen aus Erlangen, Essen, Frankfurt, Stuttgart, Braunschweig und Dortmund.

Der Erlanger Genosse orientierte in seinem Beitrag wesentlich auf die Arbeit in und mit den Gewerkschaften, die als Hauptpotential im antifaschistischen und Anti-Strauß-Kampf anzusehen seien. Auf jeden Fall sei die Behauptung falsch, daß Anti-Strauß-Aktivitäten die Kollegen an die SPD/DGB-Spitze fesseln würden. Stattdessen habe man sogar die Erfahrung machen müssen, daß sich führende Gewerkschaftsfunktionäre unter Hinweis auf die „Einheitsgewerkschaft“ z.T. sogar gegen ein Anti-Strauß-Engagement

Ungeachtet ihrer „unterschiedli-

chen Funktionen“ hält die SAG SPD und CDU/CSU in gleichem Maße für gefährlich. Trotzdem rufe sie zur SPD-Wahl auf, da die Sozialdemokratie an der Regierung wirksamer zu entlarven sei. Darüberhinaus sei derzeit jede andere Wahlempfehlung – auch für die „Grünen“ – sektierisch, weil in der Arbeiterschaft nicht vermittelbar. Auch Anti-Strauß-Aktivitäten müßten daher auf jeden Fall an eine Wahlempfehlung für die SPD gekoppelt sein. Entsprechend wurde von einer SAG-Genossin sogar dafür geworben, der sozialdemokratischen Initiative „Freiheit statt Strauß“ beizutreten....

KABD: „In erster Linie den Einfluß des SPD-Reformismus bekämpfen“

Mit einer mündlichen Stellungnahme vertreten war auch der KABD, der sich zuvor gegen den Bundeskongress ausgesprochen hatte und – mit unterschiedlichem Erfolg – darauf hingewirkt hatte, beteiligte KABD-Sympathisanten aus den Vorbereitungen herauszuziehen.

Im Namen der „Zentralen Leitung“ des KABD wurde eine Stellungnahme vorgelesen, in der die Nichtbeteiligung am Bundeskongress begründet wurde. Demnach stände die „Einrichtung von ständig arbeitenden Antifa-Komitees bzw. Arbeitsgruppen... objektiv nicht an“, da die Ziele des BRD-Imperialismus derzeit „am besten von der SPD/FDP-Regierung durchgeführt“ würden. Dies, obwohl der KABD selbst wachsende Anstrengungen des „BRD-Imperialismus als führende Kraft des EG-Blocks“ vermerkt, in diesem Zusammenhang von erhöhter Kriegsgefahr, „Militarisierung von Staat und Gesellschaft“ u.a.m. spricht.

Für den KABD ist jedenfalls klar, daß die „Stoppt-Strauß-Bewegung“ nur vom Kampf gegen den „SPD-Reformismus“ ablenkt. Auch der Kampf gegen die „tatsächlichen faschistischen Kräfte“ sei z.Zt. eher nebensächlich. „Entweder haben die Faschisten sich verstärkt auf die Heranbildung ihrer Stoßtrupps verlegt, oder sie schließen sich bei den Wahlen anderen Parteien an, wie in diesem Monat bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg den Grünen“.

„Volksfront“: Wir sind gar keine

Während die von der KPD/ML gegründete „Volksfront“ zur Sache selbst fast nichts zu sagen hatte

gründete „Volksfront“ zur Sache selbst fast nichts zu sagen hatte und sich allenfalls vehement dagegen wehrte, sie würde mit ihrer undifferenzierten Gleichsetzung von Strauß und Faschismus sozusagen den „ML“-Flügel der Sozialdemokratie abgeben, gaben ihre Vertreter einige interessante Äußerungen über ihr Selbstverständnis ab.

Antifaschistische Arbeitskreise

Kritisch zu vermerken bleibt die Tatsache, daß die antifaschistischen Gruppen in der Plenumsdiskussion unterrepräsentiert waren. Zu Wort meldeten sich Vertreter(innen) von Arbeitskreisen aus Erlangen, Essen, Frankfurt, Stuttgart, Braunschweig und Dortmund.

Der Erlanger Genosse orientierte in seinem Beitrag wesentlich auf die Arbeit in und mit den Gewerkschaften, die als Hauptpotential im antifaschistischen und Anti-Strauß-Kampf anzusehen seien. Auf jeden Fall sei die Behauptung falsch, daß Anti-Strauß-Aktivitäten die Kollegen an die SPD/DGB-Spitze fesseln würden. Stattdessen habe man sogar die Erfahrung machen müssen, daß sich führende Gewerkschaftsfunktionäre unter Hinweis auf die „Einheitsgewerkschaft“ z.T. sogar gegen ein Anti-Strauß-Engagement

Ungeachtet ihrer „unterschiedli-

sträuben würden.

Der Genosse aus Essen berichtete über den Essener Anti-Strauß-Protest im Herbst letzten Jahres. Damals sei es möglich gewesen, eine breite Aktionseinheit (einschließlich sozialdemokratischer Kräfte) zusammenzubekommen, ohne sich dabei auf eine Wahlempfehlung festzulegen. Für die weitere öffentliche Anti-Strauß-Arbeit schlug der Genosse vor, sich weniger in Spekulationen zu ergängen, ob Strauß nun Faschist sei oder nicht, sondern die konkret absehbaren Auswirkungen seines Programms herauszuarbeiten und in die öffentliche Aufklärungsarbeit einzubringen.

Eine Vertreterin der Frankfurter „Bl gegen den Nazi-Buchladen“ betonte, sie halte es für nötig, sich im antifaschistischen Kampf auf die Neonazis zu konzentrieren. Sie seien als gegen die Linke gerichtete Terrorgruppen eine konkrete Gefahr. Demgegenüber sei die CDU/CSU in Frankfurt bislang nicht als „Terrororganisation“ in Erscheinung getreten...

Weitere Stellungnahmen

Ein Vertreter der Hamelner „Wahlgemeinschaft Atomkraft Nein Danke!“ (WAG) sprach sich – analog der SAG-Position – für die Wahl der SPD aus. Hingegen brachte ein VVN-Mitglied aus Hannover die Wahlfrage als ein für ihn ungelöstes Problem ein. Strauß sei zweifelsohne Faschist. Die CSU habe es beispielsweise bis heute nicht für nötig gehalten, sich von ihrem damaligen Mitglied und Bürgermeister, dem NS-Verbrecher Heinrichsohn zu distanzieren.

Die „Grünen“ seien aber auch keine Alternative: Der VVN-Mann verwies auf seine persönlichen Erfahrungen mit Hausleiter und dessen AUD, der er jahrelang angehört habe. Hausleiter habe seinerzeit sogar den ehemaligen Goebbels-Adjutanten Prinz zu Schaumburg-Lippe in seinen Verein aufgenommen....

Bleibe zum Schluß noch die „Trotzkistische Liga Deutschlands“ (TLD) zu erwähnen, die gegen alles polemisierte, was an realer Bewegung existiert: „Rock gegen Rechts“ sei eine Behinderung des antifaschistischen Kampfes, man sei stattdessen für die Mobilisierung gewerkschaftlicher „Kampfgruppen“, für den Sieg der „Roten Armee“ in Afghanistan und dergleichen mehr.

Antifa-Kommissionen Hamburg und NRW

Wie kriminell ist die NPD?



ca. 250 Seiten ISBN 3-88305-006-7

Dieses Buch über die NPD liefert Analysen, Dokumente und schildert personelle Zusammenhänge, die den kriminellen Charakter der NPD belegen. Weiter ausführliche Beweisführung über die Legalisierung der NPD, über Verwaltung, Justiz und Polizei, und ein ausführliches Register über Namen und Organisation und Literatur.

buntbuch

verlag lerchenstr. 75 2000 hamburg 50

Aus der Neonazi-Szene

Nazis gegen Krieg?

Am 26. April tauchten zum wiederholten Mal 8-10 Mitglieder des „Hansa“-Banden-Ablegers „NRAF“ in der Bremer Einkaufsstraße auf. Sie verteilten ein Flugblatt zum „Militaristenaufmarsch im Weserstadion“.

Nach einer fortschrittlich klingenden Einleitung (NATO-Feder in Anwesenheit von Bundespräsident Carstens): „Angesichts der amerikanischen Drohungen, den Iran zu überfallen und angesichts der Boykottkampagne gegen die Olympischen Spiele kann dieses Militärspektakel nur als Teil einer systematischen psychologischen Kriegsvorbereitung gewertet werden“ (Zitat aus dem Nazi-Flugblatt) werden die nationalistischen Interessen hinausgelassen: „In unserer Reichshauptstadt Berlin liegt die Staatsgewalt auch ganz offiziell noch immer in den Händen ausländischer Besatzer. Im Westen des Deutschen Reiches hingegen haben die Amerikaner mit Waffengewalt eine sogenannte ‚BRD‘ errichtet, deren formale Souveränität nicht über ihren Charakter als amerikanische Besatzungszone hinwegtäuschen kann“.

Da sich diesen Samstagmorgen viele DGBler, SDJler und Genoss/innen des KB in der Innenstadt befanden, gelang es in einer gemeinsamen Aktion, einigen Nazis die Flugblätter abzunehmen. Die Polizei traf erst einige Zeit später ein und nahm neben drei Nazis – darunter Gerd Töpfer – gleich noch fünf Antifaschisten als „Zeugen“ mit.

Zwei der festgenommenen und mehrere der geflüchteten Nazis waren die gleichen, die am 1. März unter dem Namen „Volksbewegung gegen Überfremdung“ Flugblätter mit rassistischem Inhalt in der Innenstadt verteilt hatten (vgl. AK 174).

Trotzdem hat die Polizei angeblich keine Handhabe gegen die Nazis, denn die Behörden „ermitteln zwar ständig, aber Geständnisse und eindeutiges Beweismaterial liegen noch nicht vor“ (Staatsanwalt von Bock und Polach lt. „Weser-Kurier“; 26.4.80).

Antifa-Kommission Bremen

Bombenanschlag gegen Auschwitz-Ausstellung

Esslingen. Zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit hat eine „Deutsche Aktionsgruppe“ einen Bombenanschlag verübt. Diesmal auf die Wohnkurzei „Zeit“ hat eine „Deutsche Aktionsgruppe“ einen Bombenanschlag verübt. Diesmal auf die Wohnung des CDU(!)-Landrats, der die Schirmherrschaft über die Auschwitz-Ausstellung und die derzeit stattfindende Deutsch-Polnische Woche übernommen hat. Der Sachschaden betrug 20.000 DM. Schon am 21. Februar war vor der Auschwitz-Ausstellung im Esslinger Landratsamt eine Bombe explodiert. Polizei und Verfassungsschutz: Nichts genaues weiß man nicht...

Ein Genosse aus Freiburg

Brandanschlag auf linke Wohngemeinschaft

Am 16.4. brannten zwei Zimmer einer Wohngemeinschaft in Celle völlig aus, ein weiteres Zimmer wurde „durchsucht“ und vollkommen zerstört, die übrige Wohnung durch Löschwasser und Ruß vernichtet; Gesamtschaden 200.000 DM! Ein dummer Zufall oder Pyromanen am Werk? Diesen Eindruck muß auf jeden Fall der/die Leser der „Cellischen Zeitung“ bekommen („Bisher unbekannte Brandstifter verschafften sich Zugang in die Wohnung und legten das Feuer“ („CZ“ 18.4.).

Doch die bekannten Fakten, die auf den Täterkreis schließen lassen, sprechen für sich:

- Der Wohngemeinschaft, die in Celle aktiv für die „TAZ“ arbeitet, wurde ein paar Tage vor dem Brandanschlag massiv gedroht (siehe Faksimile).
- Der Drohung vorausgegangen waren Hakenkreuz-Schmierereien auf der Wohnungstür,
- sowie permanentes Zerstören von Fahrrädern der WG-Mitglieder. Diese Tatsachen veranlaßten die Polizei aber nicht, sofort zielstrebig nach den Tätern zu fahnden. Im Gegenteil, die Bewohner wurden stundenlang verhört und über ihre politische Meinung, über WG-Besucher und über die große Menge der „Tageszeitungen“ in der Wohnung befragt.

Nachdem einige der Betroffenen zu diesen Punkten die Aussage verweigerten, wurden sie offiziell in den Kreis der möglichen Täter mit aufgenommen!

Um etwas Licht in die Sache zu bekommen, sollten Leser, die die „Unterschrift“ (Zeichen) kennen, ihre Informationen an den AK schicken.

Antifa-Kommission des KB in Braunschweig



Verfassungsschutzkampagne gegen türkische Demokraten

In der Türkei wurden von den Grauen Wölfen, den Terrorbanden der faschistischen MHP des Hitler-Verehrsers Türke, seit Beginn der Demirel-Regierung Hunderte von politischen Morden verübt. Türke gehört zu den wichtigsten politischen Stützen des Regierungschefs Demirel; 1974-1977 war Türke schon einmal stellvertretender Ministerpräsident von Demirel, als Chef der Staatspolizei und des Geheimdienstes! So konnten seine Terrorbanden die Schaltstellen im Geheimdienst, bei der Polizei, ja selbst in sozialen Bereichen und teilweise im Militär einnehmen. Großkotzig erklärte MHP-Vize Tahir noch unter der sozialdemokratischen Ecevit-Regierung: „Für die MHP ist es gleichgültig, ob sie in der Regierung ist oder nicht. Wir herrschen so oder so“ (zitiert nach „Metall“, Sept./78).

Während Ecevit „vom internationalen Kapital blockiert“ wurde („Metall“ März '80), ist die Herrschaft von Demirel und Türke der Bundesregierung Milliarden wert. Das erklärt auch, warum bisher die Grauen Wölfe, deren Mitgliederzahl man in der BRD bereits 1978 auf 20.000 schätzte, und die MHP in der BRD weitgehend vom Staat geduldet und geschützt werden.

Nach den Morden an Celalettin Kesim am 5.1. in Westberlin und an Ilias Yildrin am 16.2. in Hannover wurde die Forderung nach dem Verbot der Grauen Wölfe weit über die Linke hinaus laut. Schon 1978 forderte die IG Metall das Verbot der Grauen Wölfe („Metall“, 15.11.78). Jetzt fragten Thüsing (SPD) im Bundestag und andere Abgeordnete in Landtagen an, ob gegen die Grauen Wölfe ein Verbot erwogen würde: 1.000 Westberliner Gewerkschafter forderten per Unterschrift das Verbot. Unter den Augen der Polizei war Kesim erstochen worden. Der Mord „hätte möglicherweise verhindert werden können, wenn die Hinweise auf faschistische Umtriebe im Bereich der türkischen Mitbürger ... früher ernst genommen worden wären“ („FR“, 1.4.80), erklärte der Westberliner DGB.

Von „Integration“, aber auch vom „Verbot ausländischer Extremisten und faschistischer Organisationen“ sprach Innensenator Ulrich („SZ“, 28.1.80). Zwar halte er die von „Rechtsextremisten ausgehende Gefahr für größer“, aber man solle nicht „das Gesamtproblem Islam in eine rechtsextremistische Ecke stellen“ („Tagesspiegel“, 27.1.80). Vor dem Tod Kesims habe es „einen Angriff auf rechtsextremistische Flugblätter gegeben“, 21.1.80: „Vor dem Tod Kesims habe es „einen Angriff auf rechtsextremistische Flugblätter gegeben“, „wahrscheinlich“ von Mitgliedern des „pro-sowjetisch orientierten“ Türkischen Arbeitervereins.

Anfang April forderte der Westberliner Staatsschutz Mitgliederlisten von 8 türkischen Vereinen, die innerhalb von 2 Wochen abzugeben seien. Auskünfte, über welche Vereine Listen gefordert wurden, verweigerte der Staatsschutz. Der u.a. betroffene Verein der Arbeiterjugend der Türkei erklärte dazu: da „die Polizei in dieser Stadt bislang bei zahlreichen Anschlügen von Grauen Wölfen nicht eingriff – von der Strafverfolgung der Täter ganz zu schweigen – so wundert es uns, daß nun die bisherigen Opfer Auskunft über ihre Mitglieder geben sollen“ („taz“, 14.4.). Statt dieser „Einschüchterung“, diesem „ersten Schritt zum Verbot demokratischer Ausländerorganisationen“ wird die „Bestrafung der Täter“ gefordert. Aber dazu sind die Behörden angeblich nicht in der Lage. Während in demokratischen Vereinen die Polizei im letzten Jahr Theaterrequisiten als „Waffen“ beschlagnahmte, gibt es gegen die Rechten angeblich keine Fakten.

„Wir haben ja schon große Schwierigkeiten, die Vorgänge in der Türkei voll zu begreifen und zu verstehen“, erklärte Innensenator Ulrich, und fügte zur MHP hinzu: „Sobald wir irgendwo Ansätze haben, aus denen sich ganz eindeutige Fakten nachweisen lassen, wird die Innenministerkonferenz sicher ein Verbot aussprechen“ (zit. nach der Broschüre „Stoppt die grauen Wölfe“).

Nun, da sollte sich die SPD vielleicht bei der CDU erkundigen! Denn beim Besuch von Türke 1978 in Westberlin waren die CDU-Abgeordneten Lindemann, Brins und Lange mit von der Partie. Der Kreuzberger CDU-Fraktionsvorsitzende, Wolfgang Krüger, behauptete gar (im „Spandauer Volksblatt“), er habe sich „intensiv mit der Berliner Türken-Szene vertraut gemacht“. Offensichtlich hat er mit den Mördern selbst gesprochen! Ein Mitglied der

„Türkischen Nationalen Sicht“ (MDT) habe ihm zum Mord an Kesim gesagt: „Das sind wir gewesen und wir sind stolz darauf“.

Die MDT habe sich beschwert, daß man nicht sie, sondern die Grauen Wölfe verantwortlich mache, die laut CDU-Krüger keineswegs die „Bösewichter“ seien, wie sie die „deutsche und türkische Linke“ immer wieder darstellen wollten. Sie seien „eher passiv, zum Teil defensiv“. Ähnlich erklärte Kittlaus, vom Staatsschutz, daß die Bedeutung der Grauen Wölfe nur von den Linken „hochgespielt“ würde. Dies sei ja bei Kesim auch von „Erfolg“ gewesen! – Die CDU fordert das Verbot aller Extremisten. Dabei hat sie auch die Unterstützung des DGB-Organisationssekretärs in Westberlin, Straußfeld, der ankündigt, man müsse „alle extremistischen Aktivitäten ... und nicht nur die von rechts“ verbieten („tsp“, 24.2.). Ähnlich beantwortete die Bundesregierung Thüsing's Anfrage im Bundestag: „Verbot von Vereinen“ sei „kein Allheilmittel“; zudem unterscheide die Bundesregierung „nicht zwischen linken und faschistischen Türken“ („Neue“, 19.1.).

Noch unversämter verhielt sich die niedersächsische Regierung im Zusammenhang mit dem Mord an Yildrin. Der Vorsitzende der türkischen Gemeinde erklärte, er habe die Polizei „schon frühzeitig auf die Gefahr von Anschlügen aufmerksam gemacht. Es sei jedoch nichts unternommen worden“ („HAZ“, 21.2.80).

Als im August letzten Jahres ihm die Autoreifen zerstochen, sein Fahrrad mit Hakenkreuzen beschmiert wurden, er sogar der Kripo die Namen der mutmaßlichen Täter gab – erfolgte nichts! Einem der Mörder seien 10.000 Mark für die Tat angeboten worden, das war ebenfalls bekannt. Die Kripo stellte sich dumm: ihr sei „nichts bekannt“. Ein Flugblatt türkischer Faschisten, das zum Judenmord aufrief – ebenfalls unbekannt! Kripo-Chef Kleine: „Die Mentalität von Ausländern, insbesondere Türken, ist bei der Aufklärung von Verbrechen ein für uns kaum überwindbares Hindernis“ (ebenda). So behauptete das niedersächsische Innenministerium auch nach dem Mord unverdrossen, über das Treiben der Grauen Wölfe in Hannover gäbe es „keine Erkenntnisse“; in Niedersachsen seien Graue Wölfe „bisher überhaupt nicht in Erscheinung getreten“ („FR“, 22.2.).

Verfassungsschutz deckt Graue Wölfe

Verfassungsschutz deckt Graue Wölfe

In der jüngsten Ausgabe der „Metall“ heißt es dazu, seit Demirel und Türke in der Türkei (seit Ende '79) „wieder das Sagen haben“, laufe „eine Propagandawelle, gesteuert vom Verfassungsschutz ...“, um die türkischen Faschisten wieder hoffähig zu machen. In der zweiten Februarwoche luden leitende Verfassungsschützer den Korrespondenten einer Nachrichtenagentur zu einem „Gespräch“ nach Köln ... Die Hüter der Verfassung beklagten sich über die „negative Berichterstattung“ gegen die türkischen Rechtsradikalen und machten die Aufklärungsarbeit über deren Aktivitäten zur Ursache der politischen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen türkischen politischen Gruppen in der Bundesrepublik. In Zukunft, so die Verfassungsschützer erwarten sie eine „vorsichtige Berichterstattung“.

Die „Metall“ berichtet außerdem, daß evangelische Kirchenkreise den „zunehmenden Druck“ des VS in Sachen Graue Wölfe beklagen: der VS wolle „die Grauen Wölfe hoffähig machen“ – entweder aus politischer Naivität oder weil die Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst wieder klappt, nachdem dort alle demokratisch gesinnten Beamten entlassen und an ihrer Stelle „Graue Wölfe“ eingestellt wurden“ (s.o.).

Springers „Hamburger Abendblatt“ berichtet ganz offen über die Vorstellungen des VS: Der VS meine, „daß extrem linke Gruppierungen genauso viele Anschlüsse ansetzten“ (HA, 15.2.); außerdem würden „viele türkische Vereine von Ostberlin finanziert und gelenkt“, die Linke verstehe es „besser, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren“. Es sei „völlig verfehlt, nur gegen rechte Türkenvereine ein eventuelles Verbot auszusprechen“.

Die BRD-Lobby für die türkischen Faschisten

Bei den VS-Aktivitäten handelt es sich bestimmt nicht um Naivität. So ist die VS-Beauptung, daß die Grauen

Wölfe nicht mit der NPD zusammenarbeiten, eine schlichte Lüge. Bereits 1970 bestätigte NPD-Chef Thaddeus die Zusammenarbeit, insbesondere den Austausch von Jugendgruppen in Jugendlagern (Rekrutierungsfeld für Banden-Ausbildung) und lud Türke zu sich ein (vgl. AK 165). Im AK 151 hatten wir Türke's Anweisung vom 28.7.77 an seine BRD-Organisation abgedruckt, in der es heißt: „Um die vorgesehenen Ziele zu erreichen, sind unbedingt die Aktionseinheit unserer Partei und der NPD sowie deren Erfahrung und Arbeitsmethoden auszunutzen.“

Es scheint geradezu eine Empfehlung bei den Ausländerbehörden zu sein, wenn man sich als Grauer Wolf bekennt. So wurde in Hannover für einen Türken Asyl beantragt, weil er als Mitglied des „Türkes-Kommando“ in „blutige Schlägereien“ mit Anhängern Ecevit's verwickelt gewesen sei und als Verfolgter in der BRD Schutz suche; ebenso gab es Asyl-Ersuchen wegen Mitgliedschaft in der MHP; unter Ecevit wurden Türke's-Mordkommandos immerhin noch steckbrieflich gesucht (vgl. AK 164).

Bekannt ist auch dem VS, daß die Grauen Wölfe sich unter anderem aus dem Heroin-Schmuggel in die BRD finanzieren und sich gleichzeitig damit auch Waffen beschaffen. Demirel hatte seinen Wahlkampf '74 u.a. mit dem Versprechen geführt, den Heroin-Anbau in der Türkei wieder zu legalisieren.

Bei einem Verfahren im Juni '79 gegen zwei türkische Heroinhändler in Duisburg brachte sich der eine um; aber immerhin sagte der MSP-Abgeordnete Halit Kakraman offenerherz aus, daß MSP-Chef Erbakan, Minister der Demirel-Regierung, selbst groß am Rauschgifthandel verdiene. Das Verfahren wurde eingestellt. Dokumentiert ist ebenfalls, daß der MHP-Senator Bayhan bei Marseille mit Rohopium geschnappt wurde.

In Westberlin wurde der Heroinhändler Kakers mit seinen zwei Leibwächtern, Mitgliedern der Grauen Wölfe, geschnappt; man entdeckte bei ihm unversteuerte Überweisungen im Werte von 500.000 DM, z.t. an ultrarechte Vereine (s. AK 165). Als Zulieferer von Chemikalien für die Heroin-Produktion in der Türkei ist die Firma Maerck aus Darmstadt ins Gerede gekommen. – Geld sollen die Grauen Wölfe außerdem vom CIA erhalten. Das erklärte ein MHP-Vor-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

Stoppt die 'Grauen Wölfe'

Deutsche und Ausländer genötigen gegen Faschismus

Dokumentation des Terrors der 'Grauen Wölfe' in Westberlin

Herausgeber: Initiativkomitee gegen türkische Faschisten Postlagerkarte Nr. 007 804 B, 1000 Berlin 61 Geld bitte auf das Postscheckkonto Berlin West, Nr. 17 65 39-103 überweisen.

Inhalt: – Terror der 'Grauen Wölfe' in der Türkei; Struktur der Auslandsorganisationen der MHP; Zusammenarbeit von MHP und CDU/CSU; Zusammenarbeit von MHP und NPD; Heroinhandel; Asyl für 'Graue Wölfe' – Chronologie des Auftretens der 'Grauen Wölfe' in Westberlin; Läden der MHP in Westberlin; Läden der Islamfanten in Westberlin; Türkische Faschisten besuchen die BRD – Türkische Faschisten gegen Frauen – Widerstand gegen die 'Grauen Wölfe' – Bücher zum Thema

Fortsetzung von der letzten Seite

standsmittglied (lt. „Metall“, Sept 78). Der MHP-Verantwortliche in München, Hasan Oraltay, ist Angestellter des CIA-Senders „Radio Liberty“. In München war es auch, wo am 1. Mai '78 Türke mit seinen Begleitern Kemal Ilıcak (dem Bruder des Herausgebers des Tercüman, Propaganda-Organ der MHP, für Europa in Darmstadt gedruckt) und Murat Bayrak (türkischer Kapitalist, der Terrorkommandos der Grauen Wölfe auf seinem Betriebsgelände ausbilden läßt), mit F.J. Strauß zusammentraf („Metall“, 6.9.78). Strauß hat dabei der MHP zugesagt, daß ihr „in Zukunft ... ein günstiges psychologisches Klima in der BRD mit entsprechender Propaganda geschaffen werden und zudem die politische Stellung der MHP in Europa verbessert werden müsse“ (s.o.). Eine Anfrage dazu von drei SPD-Abgeordneten im bayerischen Landtag Anfang Januar dieses Jahres wurde zwar nicht bestätigt, aber auch nicht dementiert („SZ“, 20.2.80). Einen Monat nach diesem Strauß-Treffen, am 17./18.6.78, wurde eine „Europäische Föderation“ der türkischen Faschisten mit 70 rechtsradikalen Vereinen gegründet. Die MHP und die Grauen Wölfe sind seither offiziell von der Bildfläche verschwunden (Auslandssektionen türkischer Parteien wurden für verfassungswidrig erklärt); an ihrer Stelle sind religiöse und kulturelle „Idealistenvereine“ und „Korankurse“ getreten („Metall“, ebd.). Die Zentrale sitzt in Köln. Ostern '79 lud das Islamische Kulturzentrum Köln zum 1. islamischen Deutschlandtreffen, 133 Gemeinden, d.h. 60% der islamischen Gemeinden der BRD, sind diesem Dachverband angeschlossen. Der Haupt-Imam, Harun Resit Tüyoğlu, scheute sich nicht, in Recklinghausen 3000 Türken zuzurufen, er werde „solange kämpfen und falls erforderlich, mit seinen Anhängern sterben, bis es von Zypern bis Oslo überall Koranschulen und Moscheen gibt und die türkischen Fahnen wehen“. Wer dabei sterbe, sei „ein Kriegsheld“. Die Juden seien „Haupt-Verursacher aller Übel.“ (nach „WAZ“, 23.6.79, Übersetzung nach Tonbandaufzeichnung). Dennoch: Bei einem Hearing im Bundestag bestritt das Kulturzentrum jede Beziehung zur MHP und MSP! Inzwischen wurde Antrag als Organisation des Öffentlichen Rechts (einschließlich staatlicher Steuererhebung/Kirchensteuer) beantragt.

Die NRW-Landesregierung beschienigte prompt, die Korankurse seien „vorbildlich“ („Welt“, 9.4.79). So hat nach Angaben des MSP-Pressesprechers Rassoul (im Buch „Das wahre Gesicht der Süleymancilar“) der Kölner Erzbischof, Kardinal Höffner, dem Kulturzentrum eine „beträchtliche Geldsumme“ zur „Förderung der Verständigung zwischen Christen und Moslems“ geschenkt.

Höffner, dem Kulturzentrum eine „beträchtliche Geldsumme“ zur „Förderung der Verständigung zwischen Christen und Moslems“ geschenkt.

Chilenische Verhältnisse

Es läßt sich ahnen, welche Verbindungen verantwortlich sind, wenn es immer wieder vorkommt, daß Graue Wölfe die Polizei zu Razzien und Festnahmen linker und demokratischer Türken veranlassen können.

D.h. aber auch, daß türkische Demokraten, deren namentlich bekannte Vertreter allenthalben den Morddrohungen und Mordanschlägen türkischer Faschisten ausgesetzt sind, weitgehend schutzlos sind. Man kann ahnen, welche Eskalation die derzeitige VS-Kampagne gegen „linke Extremisten“ und für deren Verbot erfahren würde, wenn die Linken ihren Schutz notgedrungen aus eigener Kraft verstärken würden. Man kann dem BRD-Imperialismus nicht nur die aktive Förderung „chilenischer Zustände“ in der Türkei bescheinigen, wie es die „Metall“ nennt (März 80), sondern ebensolcher Zustände unter den Türken in der BRD.

Türkische Linke in der BRD —

die neue RAF?

Verfassungsschutz und Regierungsstellen behaupten seit Jahren beharrlich, daß Gewalttaten der türkischen Faschisten in der BRD „kaum erkennbar“ seien. Zugleich soll die türkische Linke in die Ecke einer Terrorbande gerückt werden.

So wurde langfristig, seit dem 24. 11.69 nämlich, am BKA der Ausbau einer Zentrale für „Erfassung und Auswertung aller Nachrichten über politisch motivierte Verbrechen von Ausländern“ betrieben. Der Bundesinnenminister beauftragte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BFV), eine „Referatsgruppe Ausländerüberwachung“ zu bilden. Seit 1970 bestehen besondere „Organisationseinheiten“ bei den Länderzentralstellen des BKA zur Bekämpfung „ausländischen Terrors“. (Alle Informationen: Russell-Buch 5, S.91.) Unter Berufung auf das BFV schrieb die CSU nach „Quick“: „Die Verbindungen deutscher Terroristen reichen also nicht nur bis in das benachbarte Ausland. Terrorismus ist international, die Verflechtung weltweit. Aus diesem Grund beobachten die Kölner Verfassungsschützer auch die extremistischen Ausländerorganisationen in der BRD. Dazu zählen Gruppen wie AASPE — eine griechische maoistische Studentenorganisation mit ca. 60 Mitgliedern; ZIB — der „Verein Türkischer Arbeitnehmer Zoller-Albstadt“, eine von 79 Untergruppen der kommunistisch beeinflussten „Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“, d.h. der FIDEF.

Eine der oben genannten Organisationseinheiten bei den Länderzentralstellen, nämlich die „Direktion Spezialaufgaben der Verbrechensbekämpfung“ der Westberliner Polizei, hat jetzt zum Schlag gegen linke türkische Vereine ausgeholt. Unter Androhung von Zwangsmitteln sollen diese Vereine die Namen ihrer Mitglieder rausrücken. Bezeichnend für das ganze Unternehmen ist die Weigerung des Westberliner Innensensors, die Namen der rechtsextremistischen Vereine bekanntzugeben, die auf dieser Liste auch vertreten sein sollen. Datiert vom 9.4.80 wurden acht türkische Vereine aufgefordert, binnen 14 Tagen, Namen und Adressen ihrer Mitglieder vorzulegen. Absender ist die Direktion Spezialaufgaben der Verbrechensbekämpfung.

Der Polizeipräsident in Berlin
Direktion Spezialaufgaben
der Verbrechensbekämpfung

BERLIN

Der Polizeipräsident in Berlin, Tempelhofer Damm 1-7, 1 Berlin 42

Mit Postzustellungsurkunde
An den Vorstand
Verein der Arbeiterjugend
aus der Türkei e.V.

Gesch.-Z.
(Bitte immer angeben)

Dir VB P 12-07720/64

Zimmer

Fernruf (030) / Apparat
699 3407

Intern

Datum

9.4.1980

Sehr geehrter Herr **...**

Ich fordere Sie als Mitglied des Vorstandes des Vereins der Arbeiterjugend aus der Türkei e.V. gemäß § 20 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 28.7.1966 (Gesetz- und Verordnungsblatt - GVBl. S. 1311/ Bundesgesetzblatt - BGBI. I S. 457) auf, mir innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt dieses Schreibens Namen, Geburtsdaten und Anschriften aller Mitglieder Ihrer Vereinigung mitzuteilen.

In der Begründung dieser Maßnahme heißt es:

„Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist erforderlich, da es im öffentlichen Interesse liegt, die verlangten Informationen sofort zu erhalten, weil - wie die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen türkischen Gruppierungen gezeigt haben - die öffentliche Sicherheit und Ordnung beeinträchtigt ist und dieser Entwicklung durch eine strengere Überwachung politisch tätiger Ausländervereine unverzüglich entgegengetreten werden muß und der Ausgang eines evtl. Rechtsstreites nicht abgewartet werden kann.“ (Zit. nach Presseerklärung des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins (TDA).

Dem Verein der Arbeiterjugend aus der Türkei wurden gleich Zwangsmittel angedroht:

„Sollten Sie dieser Aufforderung nicht ... nachkommen, werde ich gegen Sie ein Zwangsgeld in Höhe von 1000,- DM festsetzen. Ich drohe Ihnen hiermit dieses Zwangsmittel an.“

Einige der betroffenen türkischen Vereine haben auf die unverschämte Aufforderung der Polizeibehörden richtig reagiert: Sie verweigerten die Herausgabe der Mitgliederlisten mit der Begründung, daß sonst damit zu rechnen sei, daß diese von der Polizei an die Faschisten weitergegeben werden. Eine wohlbegründete Sorge angesichts der notorischen Deckung faschistischer Verbrecher durch die Behörden!

Ausländerkommission
KB/Gruppe Hamburg

Protesterklärung

Sollen die Opfer verboten werden?

Nach dem Mord an Celalettin Kesim dachten staatliche Institutionen über ein Verbot „extremistischer“ Ausländerorganisationen nach. Die faschistischen Täter und ihre Opfer wurden bei diesen Überlegungen vermischt. Innensenator Ulrich, der Kreuzberger Bezirksbürgermeister Pletschker (beide SPD) und „Staatschutz“-Leiter Kittlaus meinten damals, linke Ausländervereine seien „ohne weiteres“ mit Repressalien zu belegen, während man gar nicht wisse, wer die „Grauen Wölfe“ eigentlich seien.

Innensenator Ulrich begründet die Nichtverfolgung der „Grauen Wölfe“ mit außenpolitischer Rücksichtnahme auf die Verhältnisse in der Türkei. Da die MHP möglicherweise an der türkischen Regierung beteiligt sein wird, soll sie hier nicht verfolgt werden. Jetzt, vier Monate nach dem Mord an Celalettin Kesim gibt es konkrete Schritte zur Verfolgung fortschrittlicher Ausländervereine. Acht vom „Staatschutz“ als extremistisch bezeichnete Vereine müssen ihre Mitglieder (Name, Adresse, Geburtsdatum) der Polizei melden.

Wir können diese Aufforderung nur als Drohung interpretieren, die die Arbeit der fortschrittlichen Ausländervereine behindern soll. Da das Ausländerrecht Ausländern kaum politische Betätigung zubilligt, müssen die angeführten Mitglieder unter Umständen mit Ausweisung rechnen. Die Unterzeichner protestieren gegen die von Senat und Polizei praktizierte Gleichsetzung von Tätern und Opfern der letzten Auseinandersetzungen und werten sie als Einschüchterung und als ersten Schritt zum Verbot fortschrittlicher türkischer Vereine.

Wir fordern das Verbot der Tarnvereine der MHP und die sofortige Bestrafung der Täter sämtlicher Überfälle.
Wir treten für die uneingeschränkte politische Betätigung der fortschrittlichen Ausländerorganisationen ein.

Erstunterzeichner dieser Protesterklärung sind u.a.
Verein der Arbeiterjugend der Türkei/Westberlin
Alternative Liste/Westberlin
Dirk Schneider (AL-Abgeordneter, Kreuzberg)
Jürgen Michalek (Mitverfasser der Dokumentation „Stoppt die ‚Grauen Wölfe‘“)

Erstunterzeichner dieser Protesterklärung sind u.a.
Verein der Arbeiterjugend der Türkei/Westberlin
Alternative Liste/Westberlin
Dirk Schneider (AL-Abgeordneter, Kreuzberg)
Jürgen Michalek (Mitverfasser der Dokumentation „Stoppt die ‚Grauen Wölfe‘“)
Unterschriftenlisten bis zum 4.5.1980 zurücksenden an Verein der Arbeiterjugend der Türkei, Kottbusserdamm 79, 1 Berlin 61

Erneute Morddrohung in Hamburg

Nach dem Mordanschlag vom 24.3. (siehe AK 175) haben die türkischen Faschisten in Hamburg ihre Morddrohungen und Einschüchterungsstrategie fortgesetzt.

Besonderes Angriffsziel ist dabei der Verein der fortschrittlichen Arbeiter aus der Türkei.

So wurden am 7.4. in den Nachtstunden die Scheiben des Vereins eingeschmissen. Kurz zuvor hielt sich vor dem Verein ein mit Türken besetzter Ford Taunus, Kennzeichen HH-DX 1578, auf.

Vorher hatte es gegen Mitarbeiter des Arbeitervereins telefonische Morddrohungen gegeben.

Am 17.4. fanden zwei Mitglieder des Arbeitervereins, darunter der Vorsitzende, persönlich abgegebene Morddrohungen in ihren Briefkästen. Darin heißt es (Brief eins):

„Roter Kommunist, ... Du Hund von Mao und Bastard von Lenin, nach unseren Untersuchungen haben wir festgestellt, daß Du der kommunistischen Unterkunft ... als Vorsitzender angehörst. Dein und das Ende einiger anderer Mitglieder wird in kürzester Zeit kommen. Es ist besser, wenn Du Dir überlegst ...“

Gott soll den Türken schützen. Hamburg wird Grab der Kommunisten.“
Brief zwei:
„He Du, der seine Mutter in der Türkei verkauft, seine Frau den Kommunisten überläßt, der die Kommunisten zusammengebracht hat, Du Hurtensohn, die Antwort, die Du ver-

dient hast, wirst Du bald kriegen. Gott soll den Türken schützen. — TIT“ (Türkische Racheeinheit).

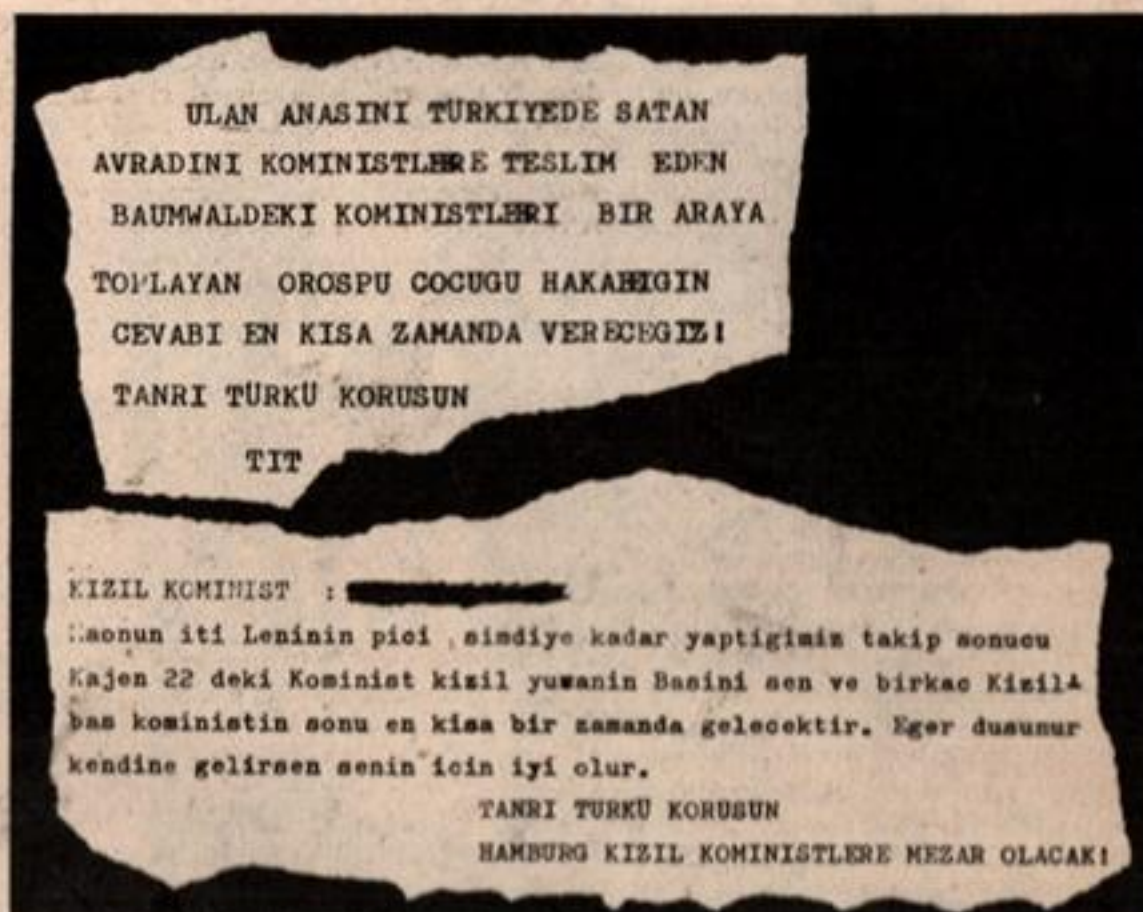
Am 23.4. ging eine weitere Morddrohung bei dem Vorsitzenden des Vereins ein: „Roter Kommunist, wenn Du Dich nicht von Deiner Ideologie abwendest, werden wir Deine Wohnung aufsuchen und alles auf den Kopf stellen, genau wie Dich selbst... Gott soll den Türken schützen. — TIT“.

Die „TIT“ ist eine faschistische Terrororganisation in der Türkei.

Die Tatsache, daß die Faschisten über Namen und Adressen von Vereinsmitgliedern verfügen, bedeutet eine akute Bedrohung, die jederzeit in Mordanschlägen enden kann. Bei den Behörden läge eine erhebliche Mitverantwortung.

Als von den Bedrohten Anzeige bei der Polizei erstattet wurde, wurden die hauptsächlich nach der Arbeit des Vereins und seinen Mitgliedern ausgefragt, bis die Bullen nach dem Kern der Sache fragten: „Sind Sie Kommunist?“

Weitere Provokationen: Am 26.4. verteilten in Pinneberg Mitglieder des Hamburger Türk Ocagi (faschistisches Zentrum) gemeinsam mit Mitgliedern der türkischen Moschee Hetzflugblätter gegen die türkische Linke. Als sich einige Frauen weigerten, diese Flugblätter anzunehmen, wurden sie von den Faschisten beschimpft und bedroht. Glücklicherweise waren sofort einige türkische Antifaschisten zur Stelle, die Schlimmeres verhindern konnten.



Am 27.4. jedoch wurde einer der Antifaschisten am Pinneberger Bahnhof am helllichten Tag von den Faschisten überfallen und zusammengeschlagen.
Das Büro des Arbeiter-Samariter-Bundes in Altona wurde in den letzten Tagen wiederholt von Grauen Wölfen „besucht“, die die Mitarbeiter und Besucher des Büros provozierten. In der Nacht vom 22./23.4.

beschierten die Faschisten die Wände und Fenster des Büros mit Hakenkreuzen und MHP-Zeichen.

Sofortige Inhaftierung der am Mordanschlag beteiligten Faschisten!

Sofortige Schließung des Türk-Ocagi in der Barthelstraße!

Ausländer-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

türkei information

AUS DEM INHALT

- Türkei-Hilfe Für Wen?
- Kurzmeldungen
- Die aktuelle ökonomische Lage in der Türkei
- Frauen
- Meldungen aus dem Widerstand
- BRD information
- NPD hetzt gegen Ausländer
- Berliner Staatsschutz behandelt Opfer und Täter gleich
- Präsidentenwahl
- Folterungen
- Der faschistische Terror in Agri

Hochsicherheitstrakt: Die Übergriffe auf die Gefangenen häufen sich!

Die Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt Westberlin werden vom Staatsapparat einschließlich Gerichten weiter brutalisiert. Isolation ist nicht der einzige Versuch, die Gefangenen zu brechen; die Angriffe auf die Gefangenen haben an Schärfe zugenommen:

— So wurden die Frauen (angeklagt im zweiten Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni“) von männlichen Bullen ausgezogen, als sie sich weigerten, die entwürdigenden Durchsuchungen über sich ergehen zu lassen (das gleiche passierte auch in Lübeck, siehe AK 174).

— So wurde die Trennscheibe bei Privatbesuchen wieder eingeführt.

— So wurden Hofgang und Umschluß, teils per Gerichtsbeschuß, teils anstaltsintern wieder verkürzt. Den Frauen z.B. wurde laut „Tagespiegel“ (Tsp.) vom 18.4. an sechs Wochenenden der Umschluß gesperrt; es findet nur noch Einzelhofgang statt, und der Hofgang wird von zwei auf eine Stunde reduziert.

— Besuche wurden vorzeitig abgebrochen.

— Die Rollkommandos werden immer brutaler, die Übergriffe haben sich gehäuft.

Die Gefangenen nehmen dies nicht wehrlos hin, sondern bestehen auf ihren Rechten und leisten Widerstand.

Am 11.4. wurde Ralf Reinders von einem Bullen mit „na, du Schwein“ „angesprochen“. Daraufhin schlug ihm Ralf ins Gesicht. Zum Hintergrund und was dann passierte, hat Ralf am 14.4. einen Antrag im Prozeß eingebracht:

„Ich stelle den Antrag, das Verfahren solange auszusetzen, bis Maßnahmen ergriffen sind, die das Leben und die Gesundheit der Gefangenen garantieren.“

Im Hochsicherheitstrakt ist schon aus baulichen Gründen die Gesundheit der Gefangenen gefährdet. Was jetzt noch hinzukommt, sind die körperlichen, zum Teil mit Knütteln und Schlüsselbunden bewaffnet vorgetragenen Angriffe gegen uns.

Am Donnerstag, den 10. April 1980, ist uns eine Mitteilung gemacht worden, die wie folgt aussah: wir sollten vorsichtig sein, da Hahnfeld (Anstaltsleiter von Moabit) planen würde, einen Gefangenen aus Trakt 10, der eine Verletzung erlitten hat, zu verlegen. Die Verletzung wurde, wie folgt aussah: wir sollten vorsichtig sein, da Hahnfeld (Anstaltsleiter von Moabit) planen würde, einen Gefangenen aus Trakt 10 exemplarisch zusammenschlagen zu lassen, damit die anderen Gefangenen endlich Ruhe geben.

Diese Mitteilung habe ich übrigens meinem Anwalt Portius am Freitag, den 11.4.80 weitergegeben. Den Anwalt entbinde ich zur Bestätigung dieser Aussage von der Schweigepflicht...

... das Ziel der Anstalt ist es nicht, uns nur Besuche mit Trennscheibe — oder gar nicht — zu genehmigen, ihr Ziel ist es, in Verbindung mit dem Staatsschutz, die Verkleinerung der Traktgruppe propagandistisch vorzubereiten. Die Verlegungen sind bereits geplant, bei Andreas (Mitangeklagter) sogar schon konkret.

Eine Verkleinerung kann der Öffentlichkeit am besten über aggressive, stets angreifende Gefangene verkauft werden...

Klar sind wir, besser ich, am Sonntag in die Falle getappt. Aber ich wäre auch reingetappt, wenn ich gewußt hätte, daß da welche lauern — nur hätte ich dann auch anders gehandelt.

Am Sonntag, den 13.4.80, bin ich nach Beendigung der Freistunde — die etwas zu früh beendet wurde — langsam zur Hofstube gegangen. Vor mir liefen Gerald, Andreas, hinter mir Fritz. Die anderen sind nicht zur Freistunde gegangen. Ich habe vier Bullen wahrgenommen, die alle schon beim Ausschluß zur Freistunde dabei waren. Der eine sondete Gerald ab, dann rückte Andreas nach und wurde gerade gesondet, als der Bulle, der auf meiner Höhe stand „na, du Schwein“ zu mir sagte...

Also für das „Schwein“ hätte ich ihm nicht mal 'ne Ohrfeige gegeben, aber da er sich noch als Besuchsbrecher und Schläger hervorgetan hatte, habe ich ihm eins mit der Faust aufs Auge gegeben. Als der Bulle dann nochmals auf mich zu-

ging, habe ich gesehen, daß er blutete, und ihn mit einem leichten zweiten Schlag abgewehrt.

Daraufhin stürzte sich der Bulle, der Andreas abgesondet hat, auf mich und hielt meinen rechten Arm fest. Als ich dann noch Andreas ankommen sah, hab ich zu ihm gesagt, er solle sich raushalten, es ist schon vorbei.

Da der zweite Beamte, der an meinem Arm hing, nichts außer festhalten gemacht hat, hab ich auch nicht geschlagen, obwohl die Möglichkeit bestand. Danach hat mir jemand in die Haare gefaßt, gezogen und dann hagelte es Schläge mit Knütteln, Fußstritten und Faustschläge. Das ging 'ne Weile, bis mich ein Schlag gegen die Hauptschlagader von den Füßen riß und ich 'nen Augenblick wie K.O. war. Dann haben mich zwei Bullen hochgerissen und die Arme auf den Rücken gedreht und mich zur Zelle zurückgeführt. Auf diesem Weg hat mir dann jemand mit 'm Knüttel ins Gesicht geschlagen. Zum Beleg dieses Berichtes beantrage ich, die Aufnahmen der installierten Überwachungskameras hier im Gerichtssaal abzuspielen.

Als man mich dann in die Zelle stieß, hab ich gesehen, daß da welche mit Helmen standen. Ich habe dann erst später von den anderen gehört, daß die Bullen bereits mit Helmen hinter der Flurtüre gelauert haben. Also war die ganze Geschichte eine gezielte Provokation. Denn wieso stehen sie mit Helmen hinter der Tür, wenn von uns nur die Hälfte zur Freistunde ist? Aber das ist auch egal. Sie wollten die Auseinandersetzung, weil sie ihr Zerstörungsprogramm gegen die Gefangenen weiter verschärfen wollen.

Wir werden das aber nicht so einfach hinnehmen. Und uns ist dabei klar, daß wir nicht die ersten wären, die in Gefängnissen der BRD draufgehen. Aber uns ist auch klar, daß wir im Innern gesund bleiben wollen, und dazu gehört es auch, sich auf jeden Fall zu wehren, koste es was es wolle!

Tatsächlich war Ralf Reinders nach dem Überfall der Bullen auf ihn übel zugerichtet. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Walter Venedey, teilte in einer Presseerklärung mit, am Sonntag sei es zu „schweren Übergriffen“ von etwa 25 Anstaltsbeamten gegen Reinders gekommen, wobei dieser erhebliche Verletzungen erlitten habe. Außerlich erkennbar seien ausgedehnte Blutergüsse. An der Stirn und im Gesicht seien Schlagstockabdrücke sichtbar. Die Verletzungen im Gesicht seien Reinders erst zugefügt worden, nachdem dieser überwältigt worden war und keinerlei Gegenwehr leistete („Spanndauer Volksblatt“, 15.4.80).

Was im Hochsicherheitstrakt geschieht, ist in der Tat der konzentrierte Versuch, Gefangene zu brechen, mit allen Mitteln, koste es, was es wolle. In Stammheim hat es — vor den „Wundern“ — auch so angefangen!

Westberliner
Anti-Repressionskommission des KB

★ Urteile im „Unterstützerprozeß“

Westberlin: Der nunmehr dritte Prozeß wegen „Unterstützung der Bewegung 2. Juni“ endete für vier Angeklagte mit Freispruch, für einen Angeklagten mit einem Jahr auf Bewährung.

Damit ist das dritte Urteil gesprochen, in dem die „Bewegung 2. Juni“ als „terroristische Vereinigung“ juristisch festgeschrieben wurde, was eine Vorverurteilung für die Angeklagten im Hauptverfahren bedeutet, das noch nicht abgeschlossen ist. Erhard Österreich wurde für schuldig befunden, Fritz Teufel seinen Führerschein und Personalausweis überlassen zu haben, und dies in dem Wissen, damit eine „terroristische Vereinigung“ unterstützt zu haben.



Die verurteilten AGIT-Drucker

BGH bestätigt skandalöses Urteil: Bis zu 1 Jahr Knast für Agit-Drucker!

Zur Vorgeschichte

Nach mehreren Beschlagnahmen des INFOS Berliner Undogmatischer Gruppen, eine Zeitung der westberliner Szene, die es sich auch im eisigen Klima des Jahres '77 nicht hatte nehmen lassen, das Für und Wider des bewaffneten Kampfes offen zu diskutieren, setzte die Staatsanwaltschaft im Oktober '77 zum großen Schlag an: sie hielt sich an die Drucker des INFOS und vier Mitglieder des AGIT-Druckkollektivs wurden verhaftet. Einer der vier AGIT-Drucker wurde nach wenigen Tagen wieder freigelassen, die anderen blieben bis Juli '78 in Haft, teilweise im Sicherheitsbereich der U-Haftanstalt Moabit.

Im Juni '78 begann der Prozeß gegen die AGIT-Drucker. Die Anklage und auch das spätere Urteil stützen sich auf die folgenden Straftatbestände: Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten (§ 88a), Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§ 111), Werbung für terroristische Vereinigungen (§ 129a) und Billigung von Straftaten (§ 140). Trotz verschiedener gegenteiliger Gutachten, unter anderem auch von Prof. Walter Jens, kommt das Gericht zu dem Schluß, die inkriminierten Artikel im INFO seien „geeignet“, „die Bereitschaft anderer zu fördern, Gewalttaten zu begehen“. Dafür und für in einigen Artikeln angeblich enthaltene „Werbung für eine terroristische Vereinigung“, zieht das Gericht die Drucker des INFOS in die Verantwortung. Sie hätten sich „vor Druckbeginn rechtlichen Rat über eine mögliche Strafbarkeit ihrer Druckaufträge einholen müssen“ (Kommentar zum Urteil von W. Schmidt-Pabst, in: Das Urteil vom Agit-Prozeß, S. 24). Damit macht das Gericht — nach Verlegern und Buchhändlern — die Drucker zur Zensurinstanz der Linken!

In der Begründung für das hohe Strafmaß — 9 Monate bis zu einem Jahr — erklärt das Gericht seine händlern — die Drucker zur Zensurinstanz der Linken!

In der Begründung für das hohe Strafmaß — 9 Monate bis zu einem Jahr — erklärt das Gericht ganz offen, „daß die zu verhängende Strafe geeignet sein muß, andere gleichgestellte Personen von ähnlichen Taten abzuschrecken“ (aus dem Urteil, S. 87).

Die Entscheidung des BGH

Vor dem Bundesgerichtshof argumentierten die Verteidiger der AGIT-Drucker, „daß der § 88a auch politisch sehr umstritten sei und demnächst wieder abgeschafft werden solle. In dieser Situation dürfe man die Anwendung dieser Vorschrift nicht noch ausdehnen“ (Tagesspiegel, 25.4.80). Doch davon ließ sich der

BGH nicht beeindrucken, lediglich sei erneut zu prüfen, ob man den Angeklagten nicht Bewährung zubilligen könne! Daß mit diesem höchstrichterlichen Urteilsspruch die „Terroristengesetze“ auf einen noch größeren Kreis von Personen ausgeweitet werden, ist dem Senatsvorsitzenden Schmidt durchaus bewußt. „Der Richter mahnte seine Kollegen in den unteren Instanzen, dieses Urteil nur vorsichtig anzuwenden“ (Tagesspiegel, 25.4.1980).

Der BGH, an dessen Rechtsprechung alle anderen Gerichte sich gebunden fühlen, verschärft die Möglichkeiten zur Anwendung des § 88a in einer Zeit, wo allort, von Baum

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshof hat jetzt die vor etwa einem Jahr gesprochenen Urteile gegen die vier AGIT-Drucker bestätigt und damit erstmals in der Geschichte der „Terroristengesetze“ (§ 129 a) und den Maulkorbparagrafen (§ 88 a) auf Drucker ausgeweitet. Ab sofort sind damit allen bundesdeutschen Gerichten Tür und Tor geöffnet, nicht nur Herausgeber und Verteiler, sondern auch die Drucker mißliebiger Schriften wegen „Beihilfe zur Werbung für eine terroristische Vereinigung“ in den Knast zu schicken.

Das illustrierte Strafgesetzbuch.

Falsch:

Diese Aussagen
sind in Zukunft strafbar:
§ 140 : Öffentliche Billigung von Straftaten



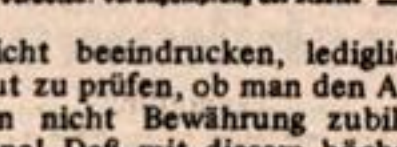
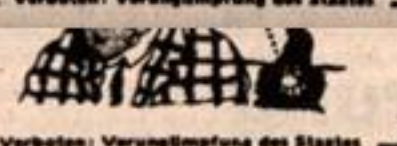
§ 111 : Öffentliche Aufforderung zur Begehung von Straftaten



§ 88a : Befürwortung von Gewalt

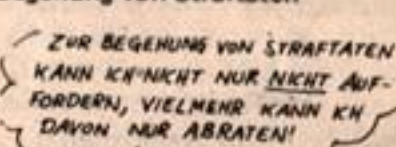


§ 90 : Verunglimpfung des Staates



Richtig:

Diese Sätze
sind hinfort erlaubt:
§ 140 : Öffentliche Billigung von Straftaten



bis zu Gewerkschaftskreisen, in der Diskussion ist, genau dieses Gesetz wieder abzuschaffen. Gleichzeitig verurteilt er die AGIT-Drucker auch nach § 129a, ein Gesetz, das aller Wahrscheinlichkeit nach in die Fußstapfen des alten 88a treten soll. Wie sehr eine Ausdehnung des § 129a sogar auf die Drucker die Publikationsmöglichkeiten der Linken weiter beschneidet, liegt auf der Hand.

Bleibt nur zu hoffen, daß sich die linken und fortschrittlichen Drucker davon nicht einschüchtern lassen. AGIT druckt immer noch...

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Urteile im „PLO-Prozeß“

Sechs Palästinenser sind am 24. April im sog. „PLO-Prozeß“ zu zweieinhalb bis dreieinhalb Jahren Knast verurteilt worden, weil sie angeblich einen Sprengstoffanschlag auf ein (leeres) Westberliner Tanklager geplant haben sollen.

Der Anklagevorwurf und das Urteil stützen sich auf die Aussagen des ehemaligen Mitangeklagten El-Harti, der seine Haftverschönerung dazu nutzte, „unterzutauchen“. Bei El-Harti handelt es sich um einen Agenten des israelischen Geheimdienstes (siehe AK 167,168,173).

Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer die Ansicht vertreten, „daß, auch wenn man davon ausgehe, El-Harti sei ein Geheimdienstmitarbeiter, dies nichts an dem Wahrheitsgehalt seiner Aussage ändere“ (Tagesspiegel, 18.4.80). Im Urteil beteuerte das Gericht, „die belastenden Aussagen des ehemaligen, seit seiner Haftverschönerung flüch-

tigen Mitangeschuldigten El-Harti seien nur „mit Vorsicht und bedingt verwendet“ worden. Die Gestalt El-Harti, bei dem es sich wahrscheinlich (!) um einen Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes handelt, sei „im Dunkeln und im Zwielicht geblieben“ („Tsp.“, 25.4.80). Am Urteil selbst änderte dies freilich nichts.

Zu dem politischen Hintergrund des Prozesses der Bonner PLO-Vertreter AL-Frangi: „Um die deutsch-palästinensischen Kontakte zu stören und die PLO als Terrororganisation darzustellen, sei der israelische Agent El-Harti auf die Gruppe der jetzt in Moabit angeklagten Palästinenser angesetzt worden. Er habe als „agent provocateur“ gewirkt und vorgeschlagen, neben dem geplanten Sprengstoffanschlag auf das Lankwitzer Tanklager der Firma Mabanaft auch den Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde, Galinski, zu ermorden“ („Tsp.“, 9.1.80).

Selbst im Knast waren die angeklagten Palästinenser nicht vor dem israelischen Geheimdienst sicher; wie ihre Landsleute in Bayern waren auch sie illegal von israelischen Agenten im Knast aufgesucht und verhöört worden.

Daß u.a. der „Tagesspiegel“ relativ ausführlich über die unglaublichen Vorfälle um den „PLO-Prozeß“ berichtet hatte, brachte ihm eine höchsttrichterliche Rüge ein: „Scharfe Kritik übte die Vorsitzende an der Presse, die ihrer Ansicht nach von außen versucht habe, auf den Prozeß einzuwirken. Es sei versucht worden, die Szene zu einem Tribunal zu machen“ und eine politische Entscheidung herbeizuführen“ („Tsp.“, 25.4.80). Das Gericht aber ließ sich in seiner „Unabhängigkeit“ nicht beirren.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Günter Sonnenberg im Hungerstreik

Presseerklärung

Mein Mandant, Günter Sonnenberg, befindet sich seit Montag, den 21.4.1980 in der JVA Bruchsal im Hungerstreik. Wie bereits in meiner Presseerklärung vom 28.3.1980 dargestellt, bedeuten die Haftbedingungen meines Mandanten seit seiner Verlegung nach Bruchsal am 19.3.1980 für ihn totale Isolation. Diese Situation wurde von ihm nicht länger hingenommen.

Mit seinem Hungerstreik verbindet Günter Sonnenberg folgende Forderungen:

1. Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu Gruppen von mindestens 15 Personen.
2. Zulassung von Ärzten des Vertrauens.
3. Kontrolle der Haftbedingungen durch internationale Gremien.
4. Informationsfreiheit (keine Beschlagnahme von Zeitungen und Zeitschriften).

Günter Sonnenberg hat außerdem der Anstaltsleitung gegenüber erklärt, er werde zusätzlich in den Durststreik treten, falls bei ihm mit einer Zwangsernährung begonnen würde oder falls er auf den Hohenasperg zurückverlegt werden sollte.

Hungerstreikerklärung von Walter Karius

Die folgende Erklärung von Walter Karius, Gefangener in der JVA Schwerte, wurde uns von der Gefangenengruppe Ergste zugesandt. Walter befindet sich seit dem 17.4. in einem unbefristeten Hungerstreik, um — wie die Gruppe schreibt — ge-

gen seine unsoziale, unmenschliche und dem Vollzugsziel widersprechende Urlaubsablehnung zu protestieren. Walters Situation zeigt, daß auch für „kleine Gefangene“ eine große Öffentlichkeit hergestellt werden müsse.

Gefangenengruppe „Ergste“
Hier: Walter Karius
Gillstr. 1
5840 Schwerte 4

Schwerte, 24.4.80

Erklärung:
Ich stellte am 3.4./7.4./10.4.80 je einen Urlaubsantrag. Diese drei Anträge wurden mir abgelehnt. Beim ersten begründet sich die Ablehnung darauf, daß ich erst im Dez. 1979 festgenommen wurde (werde ich noch näher erklären). Beim zweiten Antrag wurde es dann begründet: Ein falscher Urlaubsparagraf wurde angekreuzt. Beim letzten dann faßte man von Seiten der Anstaltsleitung einfach die Ablehnungen zusammen. Anscheinend hatte man keine neuen Gründe mehr finden können.

Ich benötige den Urlaub dringend, weil meine zukünftige Frau im Januar 1980 unser Kind geboren hat, wir eine Ehe anstreben und ich aus diesen Gründen den Kontakt zu Frau und Kind festigen will. Dieses wird mir aber durch die Anstaltsleitung der JVA Schwerte unmöglich gemacht.

Man wirft mir vor, meinen letzten Urlaub mißbraucht zu haben, dem ist

aber nicht so. Meine Urlaubsüberziehung war familiären Charakters.

Die Anstaltsleitung begründet ihre Ablehnung mit dem Mißbrauch des Urlaubs, wie es in dem Vollzugsgesetz festgelegt ist. Aber im gleichen Vollzugsgesetz heißt es auch: „Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.“ Die soziale Verantwortung wird mir vorgeschrieben, indem man mir den Kontakt zu meiner zukünftigen Frau und meinem Kind erheblich erschwert und stört. Dieses kann und darf nicht der Sinn und das Ziel des Vollzuges sein!

Durch die Entscheidung der Anstaltsleitung werden soziale Bindungen bedenkenlos zerrissen, und um gegen diese Unmenschlichkeit zu protestieren, entschloß ich mich zu einem unbefristeten Hungerstreik, den ich erst dann abbrechen werde, wenn man mir, auch als Gefangener, mein Recht auf Menschsein zugesteht! Ich brauche Hilfe!

Walter Karius

Die Gefangenengruppe „Ergste“ erklärt sich solidarisch mit Walter!

Betr. Einbürgerung Tamara Tschikowani

Flensburg, 19.3.80

Liebe Freunde!
Endlich ist es soweit: Mein Prozeß gegen das Landesinnenministerium Schleswig-Holstein um Einbürgerung geht weiter. Am 21. Mai um 11.30 Uhr findet die Verhandlung in 2. Instanz vor dem OVG in Lüneburg statt. Beteiligt ist daran auch der schleswig-holsteinische Vertreter des „Öffentlichen Interesses“, beigeladen ist der Bundesminister des Innern.

Solltet Ihr bis zum Prozeß noch Informationen oder Unterschriftenlisten benötigen, wendet Euch bitte an meine neue Adresse.

Die 2. veränderte Auflage meiner Broschüre — mit dem Titel „Ta-

mara muß eingebürgert werden!“

— enthält das neueste VS-Material und die Entgegnung meines Anwalts, sowie zahlreiche Solidaritätserklärungen. Sie ist zum Preis von 3 DM bei mir erhältlich. Für Geldspenden steht nach wie vor mein Sonderkonto 405 299 bei der Kreissparkasse Flensburg (BLZ 215 501 00) bereit.

In der Hoffnung auf Eure weitere Unterstützung!

Tamara Tschikowani

Tamara Tschikowani
Untere Lautrupsweg 6
2390 Flensburg

Tel. 0461/20618
tagsüber 0461/23074.

Schmücker und kein Ende

„Ein Toter von Amts wegen? — Die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker“ — so heißt die Broschüre einer westberliner Initiative für die Revision der im letzten Sommer gesprochenen Urteile im Schmückerprozeß. Die Broschüre stellt die (bis her!) bekanntgewordenen Fakten zusammen, die alle darauf schließen lassen, daß der Verfassungsschutz über seinen Agenten und heutigen Kronzeugen Bodeux an der Erschießung des einstigen „2. Juni“-Mitglieds und späteren VS-Spitzels Ulrich Schmücker zumindest beteiligt war. Die Urteile des Schmücker-Prozesses (4 Jahre bis lebenslanglich) stüt-

zen sich im wesentlichen auf die mehr als zweifelhaften Aussagen dieses Jürgen Bodeux. Die restlose Aufklärung der Rolle des Verfassungsschutzes in dem Mordfall Schmücker ist im Prozeß durch eine Reihe von Aussageverweigerungen verhindert worden. Anstelle des Verfassungsschutzes sitzen Wolfgang Weißblau und Ilse Jandt schon seit 5 1/2 Jahren in Untersuchungshaft.

Die Broschüre ist für 2,50 DM zu bestellen bei:
c/o Anke v. Gierke
Rathenower Str. 29
1000 Berlin 21
Spendenkonto: A. v. Gierke
PSchK Bln-W Nr. 1974 49-100

»Damit später keiner sagen kann, er habe es nicht gewußt!«

Unter diesem Thema fand am 24. April eine Veranstaltung zum Hochsicherheitstrakt in Freiburg statt. Als Veranstalter trat ein Bündnis von Gruppen auf, das die Theatergruppe „Kettenkarussell“, die Freiburger BI gegen Kernenergieanlagen, den Buchladen „Jos Fritz“, den Antifaschistischen Arbeitskreis Freiburg, zwei Schülerzeitungen, die Medienwerkstatt, die Bewohner und Besetzer des Dreisam-Ecks, die Druckwerkstatt „Im Grün“ und den Kommunistischen Bund umfaßte.

Im Gegensatz zur Stammheim-Veranstaltung vor zwei Jahren war es diesmal sehr leicht, Bündnispartner für die Veranstaltung zu gewinnen und schon beim Flugblattverteilen stellten wir fest, daß ein Interesse am Thema Hochsicherheitstrakt bestand.

An der Veranstaltung, die von über 300 Leuten besucht wurde, war für Freiburger Verhältnisse beachtlich ist, nahmen Christa Cullen, Mitglied der internationalen Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolationshaft, Sabine Wackernagel, die Schwester von Christoph Wackernagel und Rechtsanwalt Ulrich Roeder, der Verteidiger von Irmgard Möller teil.

Die Veranstaltung war von uns nicht als reine Informationsveranstaltung geplant, sondern als Solidaritätsveranstaltung mit den Gefangenen. Wir wollten nicht wieder einmal nur darüber jammern, daß ja alles so schlimm ist; wir wollten erreichen, daß sich in Freiburg eine Knapstruppe bildet und daß sich der Widerstand gegen die Hochsicherheitstrakte regt, weil eben alles so schlimm ist.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Christa Cullen die Arbeit der internationalen Kommission vor und versuchte uns an Beispielen darzulegen, was es überhaupt bedeutet, im Knast zu sein, denn wir können, so Christa, vom Knast nur reden wie der Blinde von den Farben.

Schwerpunkt von Christas Rede waren die Forderungen der Gefangenen und die beschissene Situation von Günter Sonnenberg, der am 19.3. in den Knast von Bruchsal verlegt wurde. Er schreibt zu seiner Situation: „Meine Haftbedingungen sind jetzt wieder Totalisolation. So offen und brutal habe ich es nicht erwartet.“ Günter Sonnenberg befindet sich jetzt wieder im Hungerstreik. Er fordert, mit Siegfried Haag und Roland Mayer zusammengelegt zu werden.

Zur Frage Normalvollzug oder interaktionsfähige Gruppe führte Christa das Beispiel von Lutz Taufert an, für den der Umschluß oder die Teilnahme am Fernsehen nur dann möglich ist, wenn er mit der Anwesenheit von zwei Nazi-Schlichtern einverstanden ist. Das ist er natürlich nicht, was Konsequenzen hat.

Durch die Briefe von Christoph Wackernagel, die von seiner Schwester Sabine vorgelesen wurden, ging über den Normalvollzug das gleiche Urteil hervor. „Normalvollzug“ gibt es, aber meist nicht für politische Gefangene. Sie sollen erst mal gebrochen werden, dann ist „Normalvollzug“ möglich.

Durch die Briefe von Christoph Wackernagel, die von seiner Schwester Sabine vorgelesen wurden, ging über den Normalvollzug das gleiche Urteil hervor. „Normalvollzug“ gibt es, aber meist nicht für politische Gefangene. Sie sollen erst mal gebrochen werden, dann ist „Normalvollzug“ möglich.

Hochsicherheitstrakte — Mittel zum „perfekten Mord“?

„Entweder ihr werdet wie Mahler — oder ihr verreckt wie Meins!“ Das ist die Alternative, vor der die Staat der Gefangenen stellt. Abschwören und die politische Identität aufgeben oder im Trakt verrecken, denn „sobald sich jemand vom Terrorismus los-sagt, wird er sofort in den Normalvollzug verlegt“ (Berlins Justizsenator Meyer).

Um die in den Hochsicherheitstrakten geplante Vernichtung der Gefangenen besser verdeutlichen zu

können, gingen wir auf die Forschungen zum Hochsicherheitstrakt ein, mit denen ab 1965 in den USA begonnen wurde. Die „FR“ vom 5.8.77 schrieb damals: „Es fanden und finden Versuche des CIA statt, den menschlichen Verstand zu kontrollieren. Es sollten Methoden entwickelt werden, mit deren Hilfe man Informationen von einem Menschen gegen dessen Willen und ohne dessen Erinnerung erhalten kann.“

Solche Versuche wurden ab 1971 auch an der Psychiatrischen und Neurologischen Klinik in Hamburg-Eppendorf unter Leitung von Prof. Dr. med. Gross durchgeführt.

Gross und seine Leute erbauten sich eine „camera silens“, einen schwingungsfrei aufgehängten und absolut isolierten Raum und begannen die Vernichtungsforschung mit dem Ziel, Methoden zu entwickeln, um Einzelpersonen oder eine Gruppe umzuerziehen zu können, um Schuldgeständnisse herauszubekommen und an verschwiegene Tatsachen heranzukommen.

Das Mittel dazu war die Erreichung der sensorischen Deprivation. Sensorische Deprivation bedeutet eine drastische (totale) Einschränkung der sinnlichen Wahrnehmung, also Isolation von der Umwelt durch Aushungerung der Seh-, Hör-, Riech-, Geschmacks- und Tastorgane.

Die Sensorische Deprivation legt die Sinnesorgane lahm und führt zu einer extremen Desorientierung und Desintegration des isolierten Menschen.

Was z.B. alles möglich ist, zeigt ein Versuch, der mit Studenten durchgeführt wurde. Diesen Studenten war vor dem Test die Türkei völlig gleichgültig.

Nachdem die Versuchspersonen aber 24 Stunden in der Kammer zugebracht hatten, spielte ihnen der Versuchsleiter ein Tonband mit einer Propagandarede für die Türkei vor. Ein zweiter Fragebogen enthielt dann, daß die primitive Belehrung gewirkt hatte. Die Studenten waren der Türkei nun freundlich gesinnt. Bei einer Gruppe von Studenten, die nicht in der Kammer waren, verfehlte die Propaganda ihre Wirkung.

Doch zur Erreichung der sensorischen Deprivation, also zur Vernichtung der Gefangenen, braucht man keine „camera silens“, keinen dunklen Raum. Eine Situation wie die, in der sich die Frauen im Lübecker Hochsicherheitstrakt befinden, reicht völlig aus:

- wo nur der Blick auf eine Landschaft und Umgebung möglich ist, die sich nicht verändert,
- wo kein Kontakt mit anderen Gefangenen besteht,
- wo die Akustik desorientierend wirkt,
- wo es keinen Geräuschhintergrund gibt
- und auch keine Anhaltspunkte, die gibt
- und auch keine Anhaltspunkte, die „gestern“ von „vorgestern“ unterscheiden.

Dazu Prof. Gross: „Die Bedingungen für die sensorische Deprivation werden nicht durch die Tatsache der Dunkelheit erreicht, sondern durch die Tatsache der absoluten Unveränderlichkeit und Kontinuität der sinnlichen Wahrnehmung bestimmt. Eine total weiß gekalkte Zelle, weiße Möbel und ein mit einem Fliegenschutzgitter verhängtes Fenster haben, insbesondere wenn sie monoton die visuelle Wahrnehmung bestimmen, die gleiche Funktion.“

Der holländische Psychiater Sjef Teuns sagte dazu bereits am 11. Mai 1973: „Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sensorische Deprivation wohl das zur Zeit geeignetste Mittel zur Zerstörung spezifischer menschlicher Vitalsubstanz ist. Sensorische Deprivation ist zugleich die menschlichste und unmenschlichste Methode der verzögerten Auslö-

schung von Leben. Über Monate und Jahre angewendet ist sie der sprichwörtliche „perfekte Mord!“ (Sjef Teuns).

Dieser „perfekte Mord“ ist in den Hochsicherheitstrakten eingeplant. Doch richten sich die Hochsicherheitstrakte nur gegen Genossen der RAF, 2. Juni oder RZ?

Dazu einer, der es wissen muß, ein gewisser Herr Herold:

„Die Betrachtung aller bisherigen historischen Erscheinungsformen des Terrorismus lehrt, daß er stets eine frühe Ausdrucksform für den Beginn von Perioden war, deren Merkmale eine zurückblickende Forschung als Phase der Umorientierung, der geistigen Ablösung von bis dahin für verbindlich gehaltenen Denkkategorien, des Heraufkommens neuer Wert- und Leitbilder, tiefgreifende ökonomische Veränderungen, kurzum des grundlegenden Wandels erklärt. ... Unter dem Einfluß beschleunigter technischer und technologischer bedingter Entwicklungen und infolge grundlegender energietechnischer Veränderungen (gemeint sind AKW bzw. ANTI-AKW-Bewegungen) sind die europäischen Staaten in erhebliche Orientierungs- und Anpassungsschwierigkeiten geraten. ... Von einer solchen strategischen Sicht her erlangt die Bekämpfung des Terrorismus natürlich einen ganz anderen Stellenwert, er ist ein Thema, das sich für den Staat als existenziell erweisen kann. Wenn der Terrorismus ein erstes Glied einer Gefahrenkette sein kann, deren Inhalte möglicherweise aus ganz anderen, nicht voraussehbaren Strömungen kommen, so genügt es nicht mehr, ihn lediglich in Schach zu halten, er muß beseitigt werden.“ („FR“, 3. Mai 79).

Im Klartext: Erst die „Terroristen“, dann das „Umfeld“, dann die AKW-Gegner und dann die ... es wird wohl kein Ende abzusehen sein.

In einem Brief des Plenums der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) Hamburg an amnesty international heißt es: „Wir sind und fühlen uns auch deshalb vom Hochsicherheitstrakt betroffen, weil die verschärfte Isolationshaft und der programmierte Terror in den Trakts nicht allein das Leben der Gefangenen aus der Guerilla jetzt konkret bedroht, sondern weil sich diese Maßnahmen der Bundesregierung auch gegen uns und gegen alle richten; die Widerstand leisten gegen das lebensgefährliche Atomprogramm. So wurden ... von Albrecht ... unmittelbar nach Beginn der Flächenbohrungen für die geplante „WAA“ in Gorleben ca. 100 Zellen im nahegelegenen Celle freigegeben, um weitere Inhaftierungen von AKW-Gegnern vorzubereiten — in einem Gefängnis, das u.a. einen Hochsicherheitstrakt enthält.“

Was nun?

Eins war am Schluß der Veranstaltung klar: Die Betroffenheit war da. Eins war am Schluß der Veranstaltung klar: Die Betroffenheit war da. In der Diskussion ging es dann auch hauptsächlich um die Frage, wie wir etwas gegen die Hochsicherheitstrakte machen können. Daß man etwas machen kann, zeigen die Besetzung der Schaubühne in Berlin, die Besetzung des Badischen Kunstvereins in Karlsruhe, die Demos in Hamburg und Berlin und andere Aktionen, die die geplante Vernichtung der Gefangenen in die Öffentlichkeit brachten. Wir in Freiburg wollen den Kampf jetzt aufnehmen. Interessierte für 'ne Knapstruppe gibt es schon.

Wir packen's an: Weg mit dem Hochsicherheitstrakt! Unterstützt die Forderungen der Gefangenen: Zusammenlegung zu 15er Gruppen oder Verlegung in den Normalvollzug!

Wilhelm Wild (freischwebender Unterstützer der KB-Gruppe Freiburg)

Freispruch für Rechtsanwältin Aune Riehle

Mit einer völlig an den Haaren herbeigezogenen Anklage versuchte die Karlsruher Staatsanwaltschaft in Zusammenarbeit mit der Polizei (Abt. Staatsschutz?), Karlsruhes einziges linkes Anwaltsbüro zu zerschlagen.

Ein ehemaliger Mandant von Rechtsanwältin Aune Riehle hatte im Herbst '77 gegenüber einem Polizeibeamten behauptet, seine Anwältin hätte zu ihm gesagt, im Polizeirevier Südstadt würden Strafanzeigen nur dann behandelt, wenn die Beamten „etwas zu saufen und bezahlt“ kämen. Daraufhin wurde sofort ein Ermittlungsverfahren gegen Aune Riehle eingeleitet. Bei der richterlichen Vernehmung erklärte Charles Schaeffer jedoch, daß seine Anschuldigung nicht stimmt. Deswegen wurde er wegen Meineids verurteilt.

Jetzt, drei Jahre später, wurde plötzlich ein Schnellverfahren gegen

Aune Riehle eingeleitet: Am 26.2. wurde Charles Schaeffer erneut vom Untersuchungsrichter vernommen und konnte sich plötzlich wieder „erinnern“, daß Aune so etwas gesagt hätte. Am 29.2. erhob der erste Staatsanwalt Frank Anklage wegen „Verleumdung der Polizei“. Aune Riehle erhielt eine „Erklärungsfrist“ von einer Woche und Richter Kreiser setzte den Hauptverhandlungstermin auf den 21.3. an. Später wurde der Termin auf den 11.4. verlegt, obwohl der Wahlverteidiger von Aune Riehle, Dr. Zimmermann, an diesem Tag einen anderen Gerichtstermin hatte. Die Verhandlung am 11.4. dauerte dann bis abends 21.30 Uhr, weil offensichtlich noch für den 1. Verhandlungstag die Verurteilung geplant war.

Trotzdem waren 140 Leute beim Prozeß und die Fragen der Verteidigung brachten den Kronzeugen der-

maßen durcheinander — er mußte u. a. zugeben, daß er im Anwaltsbüro angerufen u. gedroht hat, Aune Riehle „das Handwerk zu legen“ —, daß es sogar Richter Kreiser zuviel wurde. Es mußte ein 2. Verhandlungstag angesetzt werden, zu dem auch Zeugen der Verteidigung geladen wurden und der schließlich mit Freispruch endete. Das ist in erster Linie ein Erfolg der Solidarität und darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es bei der Karlsruher Staatsanwaltschaft und der politischen Polizei offensichtlich Leute gibt, die schon seit '77 daran arbeiten, Aune Riehle loszuwerden. Interessant ist dabei auch, daß „Vertreter der Staatsanwaltschaft und der Anwaltskammer“ als Zuschauer bei der Verhandlung anwesend waren (BNN, 12.4.).

Eine Genossin aus Karlsruhe

Borwin Wulf Zur Präambel einer neuen „Magna Charta“

Über die (Un-)fähigkeit, scheinbar kunstvoll gestrickte „Mißverständnisse“ zu konservieren und gleichzeitig an abstrakten Utopien zu basteln

Eine „Magna Charta für alle Inhaftierten in Gefängnissen, psychiatrischen Anstalten, Fürsorge- und Erziehungsheimen“ ... auf den ersten Blick betrachtet ... wer — wer sich seine Sensibilität für menschliches Leid, seine Empörung und seinen Haß gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Erniedrigung, Entrechtung des Menschen durch den „Menschen“ noch bewahrt hat (!) — könnte nicht für eine solche Magna Charta sein?!

Jedoch — „bei näherem Licht besehen“? Blicke das Vertrauen in eine „Magna Charta“ für die o.g. Zielgruppe nicht doch nur mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, und zwar in der Praxis, in der Realität, letztlich nur ein nicht zu verwirklichender Traum? Eine solche „Magna Charta“ also nur ein Fetzen Papier? Widerspruch also zwischen Anspruch und Verwirklichung wegen manifesten unmenschlicher staatlicher Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, und dieser Widerspruch unauflosbar? Wie's doch — in der Praxis jedenfalls (und nur auf die kommt es letztlich doch an!) — mit all dieser Art von Papier und Menschenrechtsinstitutionen a la

- den vier „Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegzeiten“,
- der „Haager Landkriegsordnung“,
- der „Europäischen Konvention für Menschenrechte“,
- der „KSZE-Schlussakte“,
- oder den Bestimmungen der Vereinten Nationen, wie
- den „Mindestgrundsätzen für die Behandlung der Gefangenen“,
- der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“,
- dem „Pakt über bürgerliche und politische Rechte“,
- der „Erklärung zum Schutze aller Personen vor Folter“,

geschehen ist bzw. nach wie vor geschieht!

Zweifel dürfen angesichts dessen doch wohl zumindest erlaubt sein. Denn erfahrungsgemäß hat doch das Pochen auf ... und die Reklamierung von kodifizierten Grund- und Menschenrechten leider nur selten zum Erfolg — dafür nur um so mehr zu Sozialkosmetik und Illusionen — geführt. Letztlich zum tatsächlichen Erfolg jedoch hat erfahrungsgemäß doch allemal nur geführt, wenn sich Rechte praktisch erkämpft bzw. genommen und wenn diese Rechte durch vorhandene Gegenmacht abgesichert wurden!

Diese Zweifel in die Brauchbarkeit/Nützlichkeit einer neuen „Magna Charta“ seien hier erst einmal — mehr grundsätzlich — vorangestellt. Sie resultieren nicht aus Kleingläubigkeit in eine eigene oder solidarische Kraft. Sondern diese Zweifel resultieren schlichtweg auch aus den geschichtlichen Erfahrungen und der Analyse der bestehenden gesellschaftlichen und der politischen Kräfteverhältnisse jedenfalls (in) der BRD. Mit bloßer Euphorie, mit Wortklingel, mit bloßen Wunschvorstellungen, kraftmeierischen Sprüchen und mit Voluntarismus ist den Entrechteten und Unterdrückten jedenfalls nicht gedient.

Geschichtsklitterung und Demagogie

Geschichtsklitterung und Demagogie

Aber der Entwurf dieser neuen „Magna Charta“ erweckt m.E. nicht nur — gefährliche — Illusionen. Er ist auch — jedenfalls soweit es die sog. Präambel anbelangt — voll von schier ungläubigen Unwahrheiten und unerträglich bössartigen Diffamierungen.

1.) Da wird behauptet:

„daß man ... die Hochsicherheitsstrakte des Justizministers Meyer als einen Erfolg des Hungerstreiks der »politischen« Gefangenen bezeichnet (siehe Erklärung von Till Meyer und Andreas Vogel), mutet wie ein makaberer Witz an und bestätigt nur, daß man selber an einem erfolgreichen Ausgang des Hungerstreiks gezweifelt hat.“

Die Verlogenheit und der Zynismus dieser Unterstellung, die offensichtlich auf evtl. Unkenntnis der meisten Leser spekuliert, wird deutlich, wenn man liest, was Till Meyer und Andreas Vogel am 13.6.79, als sie ihren Hungerstreik nach 55 Tagen unterbrechen, tatsächlich sagten:

„Die Berliner Justizbehörde hat in Verhandlungen mit unseren Anwälten und uns die verbindliche Zusage gemacht, die Forderung nach Bildung von interaktionsfähigen Gruppen als Ausgleich für die fortdauernde Isolation und Sonderbehandlung zu erfüllen. Durch Zusammenlegung der Gefangenen und Vergrößerung der Gruppe sowie die Erweiterung der Kommunikationsmöglichkeiten durch tagsüber offene Zellen und Umschluß soll dies erreicht werden. [...] Zugesagt wurde die Abschaffung der Trennscheibe bei Besuchen von Bekannten und Verwandten; außerdem soll häufiger Besuch genehmigt und die Besuchszeit verlängert werden. [...] Die erkämpfte Änderung der Haftsituation ... bedeutet allerdings nicht, daß die jahrelange Isolation und Sonderbehandlung aufgehoben oder der Staatsschutz von seiner Vernichtungslinie ... abgerückt wäre. [...] Justizsenator Meyer hat auf der Pressekonferenz vom 7.6.79 die von uns in der Hungerstreikerklärung vom 20.4.79 charakterisierte Funktion der neuen vollelektronisch überwachten Spezialtrakts als verdeckte Vernichtungsmaschinen der perfektionierten Isolation in seinem typischen Zynismus verdeutlicht. Er sagte, wir würden erst dann normale Haftbedingungen bekommen, wenn wir uns von dem bewaffneten Kampf „lossagen“. Das

meint, jeder, der das dreckige Angebot der „Resozialisierung“ nicht annimmt, d.h. nicht aufgibt, soll derart psychisch und physisch zerstört werden, daß er zwar lebend rausgelassen werden kann, aber zu keinem Widerstand mehr fähig ist. Deshalb hört der Kampf mit der Änderung und der Zusage nicht auf...“

Resümee: Der Hochsicherheitsstrakt wird nicht als Erfolg des Hungerstreiks von den politischen Gefangenen ausgegeben, sondern entlarvt als das, was er ist: als „verdeckte Vernichtungsmaschine der perfektionierten Isolation“.

2.) In dem Entwurf der Magna Charta wird weiterhin behauptet:

„Es stimmt einfach nicht, daß man in früheren Hungerstreiks für eine Integration eingetreten ist, man hat nur für eine Gleichstellung mit den anderen Gefangenen gehungert, ohne näher zu definieren, wie diese Gleichstellung aussehen sollte.“

Die Haltlosigkeit dieser, die politischen Gefangenen diffamierenden falschen Behauptung, wird evident, wenn man an entsprechender Stelle der Hungerstreikerklärungen nachliest.

So heißt es in der HS-Erklärung bzgl. des ersten Hungerstreiks vom 17.1.73 bis 16.2.73:

Die politischen Gefangenen führen diesen Hungerstreik, um „gegen ihre Sonderbehandlung und insbesondere gegen ihre Isolation und Absonderung innerhalb der Haftanstalten“ zu kämpfen.

In der HS-Erklärung bzgl. des zweiten, am 8.5.73 begonnenen Hungerstreiks, heißt es u.a.:

„Unser Hungerstreik im Januar/Februar war erfolglos. Die Zusagen der Bundesanwaltschaft zur Aufhebung unserer Isolation waren Dreck. Wir befinden uns wieder im Hungerstreik und verlangen:

- Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen!
- Freie politische Information für alle Gefangenen — auch aus außerparlamentarischen Medien!

Unser Hungerstreik ist nichts anderes als unsere einzige Möglichkeit zu solidarischem Widerstand in der Isolation.“

Und in der Erklärung zum dritten Hungerstreik, der vom 13.9.74 bis zum 5.2.75 dauerte, heißt es u.a.:

„Die Abschaffung der Isolation ist die Bedingung, die wir uns erkämpfen müssen, wenn Selbstorganisation der Gefangenen, wenn revolutionäre Politik, wenn Befreiungskampf im Ge-

fängnis überhaupt eine realistische Möglichkeit von proletarischer Gegenwehr haben soll...“

Resümee: Mit einem ebenso üblen wie plumpen und durchsichtigen Taschenspielertrick versuchen die Verfasser der Präambel des Entwurfs der „Magna Charta“, zu konstruieren bzw. dem Leser weiszumachen, zwischen der expressis verbis nicht gestellten Forderung nach „Integration“ in den „Normal“-Vollzug einerseits und andererseits der gestellten Forderung „gegen die Isolation und Absonderung innerhalb der Haftanstalten, gegen Sonderbehandlung und für Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen“, bestünde ein Widerspruch. Wer so verfährt, betreibt pure Demagogie!

Klar war — jedenfalls bis zum 3. Hungerstreik — immer, und zwar nicht nur für die originär betroffenen politischen Gefangenen und gleichfalls für Staat/Justiz usw., sondern auch für die die politischen Gefangenen „draußen“ unterstützenden Personen und Gruppen, z.B. die „Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD“ (KGF), die „Schwarze Hilfe“ (SH) u.ä. Organisationen/Gruppen, daß sowohl die räumlich-architektonischen Trennungen (z.B. Sonder- und Tote Trakts), als auch die „inneren“ Haftbedingungs-trennungen (E i n z e l f r e i s t u n d e n, E i n z e l b a d, Einkauf nach Liste, d.h. ohne die Möglichkeit, den „Laden“ — und schon gar nicht in Gemeinschaft — betreten zu können; keinerlei Möglichkeit, am (Gemeinschafts-)Gottesdienst und an sog. (Gemeinschafts-)Veranstaltungen wie Kino, Fernsehen usw. u.s.f. teilnehmen zu können; keine Möglichkeit, die Knastbücherei besuchen zu können; usw. u.s.f.), aufgehoben werden sollten.

3.) In dem Entwurf der Präambel der Magna Charta heißt es weiter:

„Damals wurde zu Recht kritisiert, daß die sog. politischen Gefangenen ... sowieso schon eine privilegierte Position innehaben, und die Forderung nach Gleichstellung mit den anderen Gefangenen von diesen als Hohn empfunden wurde.“

Wer noch heute — 1980 — so argumentiert, wo es doch seit 1970 politische Gefangene aus der bewaffneten Linken und sonstige politische Gefangene in den Gefängnissen der BRD

gibt, wo es doch seit 1970 politische Gefangene aus der bewaffneten Linken und sonstige politische Gefangene in den Gefängnissen der BRD und in Westberlin gibt, und obgleich doch die katastrophalen Folgen der langandauernden Isolations- und Vernichtungshaft seit Jahren wahrlich nicht nur Insidern bekannt sind, der darf sich dann auch nicht darüber mokieren, wenn man ihm menschenverachtenden Zynismus, Rotzigkeit, Staatsschutzdenken oder Ignoranz vorwirft. Denn entweder hat der noch immer nicht begriffen oder — was wahrscheinlicher ist — der will nicht versuchen zu begreifen, was jahrelange systematische soziale Isolation bzw. sensorische Deprivation bedeutet bzw. welche (Staatsschutz-)Funktion sie hat:

a) Der holländische Psychiater, Prof. Sjef Teuns, der jahrelang die Auswirkungen von sozialer Isolation und sensorischer Deprivation erforscht und angeprangert hat, schreibt:

„Unter sensorischer Deprivation verstehen wir eine drastische Einschränkung der sinnlichen Wahrnehmung — des Sensoriums —, durch die der Mensch sich in seiner Umwelt orientiert, also Isolation von der Umwelt durch Aushungerung der Seh-, Hör-, Riech-, Geschmacks- und Tastorgane... Sensorische Deprivation ist ... die ... unmenschlichste Methode der Auslöschung von Leben. Über Monate und Jahre angewendet, ist sie der sprichwörtliche »perfekte Mord«, für die keiner — oder alle, außer den Opfern — verantwortlich ist... Immer wieder zeigt sich dann, daß unter dem intensiven und langandauernden Druck der sensorischen Deprivation neben Angst und panischen Reaktionen meistens folgende konstante Begleiterscheinungen zum Vorschein kommen: Störungen der Wahrnehmung und der Erkenntnis (Halluzinationen, Autoskopie, illusorische Verfälschungen) und vegetative körperliche Störungen wie etwa deformiertes (verstärktes) Hungergefühl, Schlaf-Rhythmusstörungen, funktionelle Herzleiden...“

b) Und „amnesty international“ (ai) schreibt:

„Folgen des gewaltsamen Reizentzugs sind unerträgliche Angstzustände, Verwirrungen, Halluzinationen... Ziel solcher Deprivationen ist, Widerstandskraft und Identität des Opfers zu zerschlagen, um Geständnisse, Informationen, Konformität zu erreichen. Diese Prozeduren werden so lange wiederholt, bis das Opfer im Sinne der Erwartungen des Folterers

reagiert.“

c) Und in dem 1975 in Paris erschienenen Buch, „La Torture Propre“, von J.C. Lauret und R. Lasier, heißt es zur „Sauberen Folter“:

„Warum seine Zeit mit dem Qualen menschlicher Leiber verlieren, wenn man Gehirne direkt beeinflussen kann? Dank der Wissenschaft kann man sich blutige körperliche Manipulationen sparen... der »Mentizide« ist die Zukunft der Repression. Ohne Zweifel ist eine Umwälzung in Gange. Die Folter wird »sauber«. Man muß sich die Hände nicht mehr schmutzig machen. Das Blut, der Schweiß, der Urin, die Exkremente, die Tränen, die Schreie sind in der neuen Inquisition abgeschafft. Die Technologie ist beruhigend, denn sie erlaubt es, auf Distanz zu arbeiten. Sie macht den unappetitlichen Hautkontakt mit den Opfern überflüssig. So mancher, der es nicht fertigbrachte, einen anderen Menschen ins Gesicht zu schlagen, ist bereit, ihn zu quälen, wenn er wissenschaftliche Apparaturen dabei einsetzen kann. Es ist eine Sache, auf einen Knopf zu drücken und jemandem, der fest auf einem Stuhl angeschnallt ist, einen Elektroschock zu versetzen, und es ist eine andere Sache, ihm eine brennende Zigarette auf der Brustwarze auszudrücken oder ihm den Kopf unter Wasser zu drücken, bis er erstickt. Die Technologie entschuldigt den Folterer, indem sie ihn in einen scheinbar wissenschaftlichen und objektiven »Versuchsaufbau« integriert und seine Verantwortung mindert.“

Im übrigen sind die Verfasser der Präambel der „Magna Charta“ zu fragen:

a) Von wem und weswegen wurde damals zu Recht kritisiert...?

b) Worin bestand denn die (angeblich) privilegierte Position der politischen Gefangenen?

c) Warum wurde die Forderung nach Gleichstellung mit den anderen Gefangenen von diesen »anderen«, also »normalen« Gefangenen, als Hohn empfunden?

zu a): Die (angeblich) privilegierte Position der politischen Gefangenen wurde — zuerst einmal und sich dann wie tibetanische Gebetsmühlen perpetuierend — von der Justiz nach „draußen“ lanciert und anschließend von der bürgerlichen Presse kolportiert.

von der Justiz nach „draußen“ lanciert und anschließend von der bürgerlichen Presse kolportiert. Also: von unseren Feinden/Gegnern. Seit wann aber sind unsere Gegner/Feinde Kronzeugen für Wahrheit und Wahrhaftigkeit?! Und: Wann/wo hatten „normale“ Gefangene — jedenfalls damals von 1970 bis hin zur Zeit der Hungerstreiks — jemals Gelegenheit, sich z.B. durch eigenen Augenschein von dem — lt. Justiz und Presse — angeblich ja privilegierten Zelleninterieur der politischen Gefangenen zu überzeugen (wer erinnert sich nicht daran, daß von „Quick“, „Bild“ usw. — beispielsweise über die Stammheimer politischen Gefangenen — behauptet wurde, sie aßen Kaviar, würden Sekt trinken, jeder von ihnen hätte rd. 200 private Bücher auf seiner Zelle, jeder von ihnen besäße an die 20 oder mehr Zeitungsabonnements, männliche und weibliche Gefangene lägen miteinander im Bett usw. u.s.f.)? Niemals — bzw. wohl kaum — hatten „normale“ Gefangene jemals derartige Einblicksmöglichkeiten. Ich selbst habe in Hamburg und Lübeck bekanntlich über 17 Monate in Isolations- und Sonderhaft in Sicherheitstrakten gesessen. Niemals hatte auch nur ein einziger „normaler“ Gefangener jemals Gelegenheit, auch nur einen Blick in meine Zelle auf „alle meine Privilegien“ zu werfen. Wurde ich aus meiner Zelle — jeweils mit mehreren Beamten — herausgeholt, wurden vorher erst einmal alle „normalen“ Gefangenen, falls sie sich zufällig auf dem Sondertrakt (der UHA Hamburg) befanden bzw. sogar auf allen vier Trakten (JVA Lübeck) unter Verschluss gebracht — erst alsdann wurde ich, umringt von Beamten, herausgeholt — dermaßen groß war offensichtlich die Ansteckungsgefahr, die von meinen „Privilegien“ ausging. Und durch die Zellenfenster konnte ich kein Gefangener in unsere Zellen hineinschauen. Aber was soll's... Im übrigen will ich hier auch gar nicht pro domo reden, denn von anderen politischen Gefangenen weiß ich, daß es bei ihnen damals nicht anders, z.T. nur noch viel schlimmer war.

zu b): Es ist richtig, daß zahlreiche politische Gefangene — allerdings bei weitem nicht alle (!) — von „draußen“ durch politische Solidarität und/oder durch materielle Hilfe unterstützt wurden, daß die meisten von ihnen einen — und manchmal auch mehrere — Vertrauensanwälte..., und daß sie — jedenfalls überwiegend — eine andere Sozialisationsgeschichte hatten/



haben, als die Mehrzahl der „normalen“ Gefangenen. Nur hatten diese Art von „Privilegien“ nichts oder nur sehr wenig mit den konkreten Haftbedingungen zu tun, denen die politischen Gefangenen — regelmäßig vom ersten Tage an — ausgesetzt waren und zum nicht geringen Teil noch heute ausgesetzt sind:

• Was für eine verquaste Denkstruktur steht dahinter, wenn man politische Gefangene für ihre z.T. andere — sie gegenüber „normalen“ Inhaftierten, insbesondere insoweit sie aus den sog. gesellschaftlichen „Unterschichten“ kommen, z.T. „abhebende“ — Sozialisationsgeschichte offensichtlich „bestrafen“ will?! Also vielleicht nach dem Motto: Per se einen Malus für jeden politischen Gefangenen, insoweit er nicht die Klippschule besuchte?!

Gemessen an den nicht zu leugnenden Interessen der absoluten Mehrzahl der „normalen“ (Untersuchungs-)Gefangenen, nämlich ihre „ganz gewöhnliche kriminelle Identität“ bzw. das ihnen vorgeworfene Faktum sowohl im Vollzug als auch vor Gericht soweit als irgend möglich zu leugnen, d.h. sich anzupassen, mitzuspielen, sich vollzugs- und prozeßkonform zu verhalten, zu kollaborieren oder um Gnade zu betteln und gemäß d i e s e n ihren Interessen auch Offizial- bzw. Wahlverteidiger zu instrumentalisieren, geschah/geschieht im Zusammenhange politischer Gefangener doch

s e n ihren Interessen auch Offizial- bzw. Wahlverteidiger zu instrumentalisieren, geschah/geschieht im Zusammenhang politischer Gefangener doch bekanntlich regelmäßig qualitativ etwas völlig anderes, etwas völlig dem Entgegengesetzten:

Nicht nur „bekennen“ sich politische Gefangene regelmäßig offen zu ihrer Identität..., nicht nur „spielen“ sie sowohl im Vollzug als auch im Gerichtssaal in der Regel nicht mit. Im Gegenteil: die gegen sie geführten Prozesse versuchen sie — häufig zusammen mit ihren Verteidigern —, (zu Recht) zur Anklagetrübene gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, gegen Staat und Justiz und für die Rechtmäßigkeit ihrer „Delikte“ umzufunktionieren. De facto — vor allem jedoch in den Augen der „normalen“ Gefangenen — wird dabei jedoch das „Besitzen“ eines (politischen) Verteidigers nun nicht etwa zum Privileg, sondern eher zu „Makel“ und Handicap, führt(e) regelmäßig nicht nur zur nicht mehr zu überbietenden Voreingenommenheit und zu tiefstem Mißtrauen und subtilen oder offenen Feindschaft seitens des Gerichts dem Angeklagten (und seinem — politischen — Verteidiger) gegenüber, sondern auch zu einer höheren Verurteilung (im Knast stereotyp zu hörender Spruch von „normalen“ Gefangenen: „Was soll ich denn mit'm linken Anwalt? Du hast wohl'n Ei auf'm Dach! Wenn 'de Dir'n linken Anwalt nimmst, kriest'ste doch von Haus aus schon ein Jahr extra zu“). Fazit: In den Augen zumindest sehr vieler „normaler“ Gefangener sind die politischen Gefangenen mit ihren (im Geiste tendentiell ähnlich und manchmal doch auch gleichgesinnten) Rechtsbeiständen also nicht privilegierte, sondern „Angeschissene“.

Übersehen wird im übrigen von den Verfassern der Präambel der „Magna Charta“ auch folgendes:

Auch objektiv stellt(e) das Haben eines oder mehrerer Vertrauensanwälte für die politischen Gefangenen — in den Augen der überwiegenden Mehrzahl der „normalen“ Gefangenen — kein Privileg, sondern häufig nur Erschweris dar: Während doch der bürgerliche Anwalt in der Regel von der Justiz relativ wohlgehten ist/ blieb, wurden/werden linke Anwälte zumindest doch zu quasi-„kriminellen“ Komplizen ihrer Mandanten stigmatisiert und im Prozeß ihrer Rechte beraubt bzw. beschnitten (Verteidiger-ausschlußgesetz, körperliche Durchsu-

chung der Anwälte, Beschlagnahme der Verteidigerpost, Verbot der Mehrfachverteidigung, Beschneidung des Rechtes der Abgabe von Erklärungen vor Gericht, Kontaktsperregesetz, richterliche Zensur der Verteidigerpost, prozeßvorbereitende Gespräche im Knast nur hinter der Trennscheibe u.a.m.). Wer erinnert sich nicht an die — gar nicht lustige — satirische Zeichnung mit der bezeichnenden Glosse: „Da der Angeklagte sich einen Verteidiger seiner Wahl genommen hat, beantrage ich Anklage wegen krimineller Vereinigung“. Fazit: Ein dermaßen seiner Rechte zu Lasten der (politischen) Gefangenen beraubter Verteidiger ist — jedenfalls in den Augen der meisten „normalen“ Knackis — alles andere als ein Privileg.

zu c): Die Forderung nach Gleichstellung mit den anderen (also den „normalen“) Gefangenen wurde von den „normalen“ Gefangenen vor allem deshalb als Hohn empfunden, weil „normale“ Gefangene sowohl innerhalb des Vollzugs (durch Schließen usw.), als auch von „draußen“ — über die bürgerlichen Medien — systematisch falsch informiert und gegen die politischen Gefangenen aufgehetzt wurden; der Verfasser erlebt das — ganz nebenbei — noch heute häufig.

Festgemacht an bestimmten phänomenologischen Erscheinungen, vermischt mit Lügen, wurde ihnen qua Kalkül systematisch suggeriert, sie selbst seien — bzgl. ihrer Haftbedingungen — gegenüber den politischen Gefangenen unterprivilegiert, sie litten Mangel, hätten „bedauerlich, bedauerlich zwar“) Nachteile und Erschwernisse in Kauf zu nehmen, „und d a s alles wegen dieser paar — und dazu noch privilegierten Terroristen“.

Das ist doch wahrlich eine eigenartige Sache mit der Konkurrenz und dem Neid. So habe ich es hier in Santa Fu, wo ich mich jetzt fast ein volles Jahr im „Normal“-Vollzug befinde (gemeint ist hier das sog. gelockerte Santa Fu-Modell), noch nicht ein einziges Mal erlebt, daß jene „normalen“ Gefangenen, die mehr oder weniger vielfältigste Privilegien — jedenfalls gemessen an anderen „normalen“ Gefangenen hier — haben, sich für die zuletzt genannten einsetzen; deren unterprivilegierte „Lebensstandard“ wird von den Privilegierten (z.B. die jede Menge Geld, die 'nen Farbfernseher, 'ne Stereoanlage, Teppiche, Sideboards, Sportdreß usw. usf.) nämlich überhaupt nicht wahrnehmen.

Unabhängig davon ist es m.E. ein ebenso signifikantes wie eigenartiges Phänomen, daß — außer der Mehrheit der Menschen „draußen“, auch der ghettoisierten — auch „normale“ Gefangene in der Regel offensichtlich völlig unfähig sind, zu begreifen, was insbesondere jahrelange soziale Isolation (Ausschluß von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen im Knast, Ausschluß von dem Gemeinschaftshofgang usw.), also so gut wie mit niemandem sprechen zu können, bedeutet, und daß insbesondere jahrelange soziale Isolation (Ausschluß von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen im Knast, Ausschluß von dem Gemeinschaftshofgang usw.), also so gut wie mit niemandem sprechen zu können, bedeutet, und daß insbesondere jahrelange soziale Isolation bzw. sensorische Deprivation nicht etwa durch das etwaige Vorhandensein eines Radios oder Fernsehers, einer Schreibmaschine, von Zeitungen, Büchern usw. und 'nen Anwalt zu haben, kompensiert werden. Fazit: Es ist das zweifelhafte „Verdienst“ der Verfasser der Präambel einer neuen „Magna Charta“, die Fähigkeit zu besitzen, scheinbar kunstvoll gestrickte „Mißverständnisse“ über die angeblichen Privilegien der politischen Gefangenen neu gestrickt zu haben. Oder — mit Rosa Luxemburgs etwas abgewandelten Worten — anders ausgedrückt: Es gibt gewisse Leute, die offensichtlich ein Interesse daran haben, daß es Leichen gibt, die als Eigenschaft die einzige haben sollen, sich nicht zersetzen zu sollen.

4.) Es ist — jedenfalls nach meiner Kenntnis und Erfahrung — richtig, daß Teile von uns politischen Gefangenen einen ebenso objektiv falschen wie unerträglichen (politischen) Avantgardeanspruch vertreten und offensichtlich auch heute noch immer vertreten. Und auch ich habe es — um mit Peter Paul Zahl zu sprechen (s. ID Nr. 319/80) — satt, daß jeder, der nicht nur und nur auf dem Konzept Stadtguerilla abfährt und der den Kriegsgefangenenstatus zu fordern für absurd, für politisch falsch, in jedem Fall jedoch für nicht durchsetzbar, hält, von gefangenen Genossen aus der RAF und ihren Protagonisten „draußen“ als Schwein, als BKA-Bulle, als Konvertit, als Verräter o.ä. charakterisiert und diffamiert wird. Verlorengelangen ist ihnen — so sie sie jemals hatten — jede Bescheidenheit, die doch den Revolutionär (jedenfalls viele auch ihrer angeblichen „Vorbilder“) auszeichnet(e). Die Sprache, die von ihnen gesprochen wird, ist erstarrt zu toten Metaphern (à la den fast austauschbaren Kommandoerklärungen), d.h. sie ist nicht nur total entfremdet,

sie ist auch z.T. schreckliches Stalinistengegeifer. Eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung wird (allerdings nicht nur) von ihrer Seite aus schon längst nicht mehr gesucht und geführt. Ein gemeinsames solidarisches Ringen um — notwendigerweise vielfältigste — Strategien und Taktiken, wie der gemeinsame Feind — „der Apparat der Mörder und Henker“ (PPZ) — zu bekämpfen, subversiv zu überlisten, phantasievoll zu zermürben, zu schlagen und — evtl. — zu besiegen ist, findet nicht mehr statt. Sie dekretieren ex cathedra, was Sache zu sein hat, und wer dem nicht folgt, wer z.B. Zweifel, Ängste, Widersprüche artikuliert, wird zum „Müll“, zur „Sumpfbüte“, zur „Kreatur der Counterinsurgency“ (Arndt-Müller und Armin Newerla in ihren Schlußworten in „Stammheim“). Es gibt offensichtlich — scheinbar gerade innerhalb der Linken — eine Form der Frigidität, die weitaus schlimmer ist als die — so denunzierte — angebliche sexuelle Frigidität, und sie kann jegliches Geschlecht befallen: die Frigidität des Herzens nämlich, jener angeblich bourgeoise Luxus, der mit der Logik des Verstandes das Gefühl des Menschen eiskalt abmurkst.

Trotz meiner Ablehnung also, den Kriegsgefangenenstatus für mich als politischer Gefangener jetzt in der BRD zu reklamieren und für dessen Durchsetzung beispielsweise zu hungerstreiken, halte ich es zumindest für nachdenkenswert, ob der Forderung nach Realisierung der Integration der politischen Gefangenen in den „Normal“-Vollzug gegenüber der Forderung und der Realisierung von interaktionsfähigen Gruppen der politischen Gefangenen (die dann allerdings ganz erheblich größer als nur 15 politische Gefangene sein sollten, und wo die äußeren und inneren Strukturen selbstverständlich nicht „modernen“ Mausoleen à la den HS-Trakts ähnlich sein dürften!!!) der Vorzug zu geben ist.

Über die (Un-)Fähigkeit, an abstrakten Utopien zu basteln

Wenn auch nicht explizit, so sagen die Verfasser der Präambel der „Magna Charta“ doch sinngemäß nichts anderes als: Alle Gefangenen..., alle Internierten saßen in einem Boot. Und der Tatsache wegen, daß alle (lt. Entwurf der „Magna Charta“...) „mehr als 500.000 Menschen...“) ohne Rechte in der BRD lebten, zur Arbeit gezwungen würden, keinen Anspruch auf Informationsfreiheit haben, nicht lesen und schreiben dürften, was sie wollen, in menschenwürdigen Unterkünften leben, nicht ausreichend versichert seien, keinen Anspruch auf Urlaub haben, der häufigen Willkür von Richtern und Anstaltsleitern ausgesetzt seien, weil sie nur Verbote und Pflichten kennen würden..., deswegen seien alle Gefangenen und Internierten Verbündete.

Diese Auffassung — wie die im übrigen wohl auch daraus resultierende Parole: „Freiheit für alle Gefangenen!“ — halte ich, wenn nicht für falsch, so doch zumindest für fragwürdig. Sie geht aus von einem seien alle Gefangenen und Internierten Verbündete.

Diese Auffassung — wie die im übrigen wohl auch daraus resultierende Parole: „Freiheit für alle Gefangenen!“ — halte ich, wenn nicht für falsch, so doch zumindest für fragwürdig. Sie geht aus von einem total abstrakten Bild, von einer voluntaristischen Projektion, von einer Erklärung...: alle Gefängnisinsassen, alle Internierten seien prinzipiell Brüder, Schwestern, Menschen. (Der Ehrlich- und Aufrichtigkeit halber muß ich hier allerdings sagen, daß ich die o.g. Meinung und Parole vor knapp einem Jahr auch selbst noch vertreten habe (s. „Große Freiheit“, Juni-Ausgabe 79); sie entstand mehr aus meiner spontanen, unreflektierten Freude darüber, der Isolationshaft entronnen und in einen sog. „normalen“, „gelockerten“ Strafvollzug verlegt worden zu sein).

Es stellt sich aber doch die Frage: Wieso eigentlich sollte man(n)/frau/mensch — wo wir doch „draußen“ nicht bereit waren/sind, uns als Verbündete u n menschlicher Wesenzüge und Charaktere zu begreifen — dies plötzlich dann tun, wenn solche unmenschlichen Typen und Charaktermasken „normale“ Gefangene — oder, wie es seit einiger Zeit ja auch heißt, soziale Gefangene — heißen?

In der Tatsache, daß in den Vollzugsanstalten, psychiatrischen Anstalten usw. 500.000 und mehr Menschen gezwungenermaßen hausen, in diesen deprivierten Massen — quasi als Vehikel — ein revolutionäres oder wenigstens ein prärevolutionäres Subjekt zu sehen, ist eine mechanistische Vorstellung, ist ein Mythos. So wenig, wie beispielsweise die Arbeitslosen traditionell in Deutschland und auch in der jünsten Vergangenheit in der BRD — tendentiell anders als z.B. in Italien — Hebel (sozial-)revolutionären Aufbruchs gewesen sind, werden es in der BRD die derzeitigen out-drops und die der nächsten Jahre sein: deklassierte (Fach-)Arbeiter, Rocker, Frauen, ausländische Arbeitsemigranten, wegrationalisierte Bauern, Drogenabhängi-

ge, lehrstellensuchende Schulentlassene u.a.m. sein. In einer sich verschärfenden Krise kehren sich ihre Frustrationen/Aggressionen in der Regel leider nicht gegen den (die) eigentlichen Verursacher ihres Elends, sondern gegen ihregleichen. Das ist, so weit ich das überblicke, in fast allen Metropolen so oder ähnlich. Das Massaker von Santa Fe, wo sich die Gefangenen gegenseitig abschlachten und wo m.W. nicht ein einziger ihrer aller gemeinsamen Unterdrücker dabei drauf ging, ist nur ein Beispiel für diese Einschätzung; es ist — wenn vielleicht auch nicht in der Dimension — prinzipiell übertragbar auf jedenfalls viele BRD-Knäste (bei uns hier in „Santa Fu“ wurde Ende letzten Jahres „nur“ ein Mitgefangener erschlagen — von einem oder mehreren Mitgefangenen, wohlgeköpft, und nicht, wie z.B. in der JVA Mainz, von Aufseher/Staatsbediensteten).

Aber so weit muß es ja gar nicht erst kommen!

- Was, so frage ich mich und Euch, verbindet mich/Euch und die sonstigen politischen Gefangenen, mit „normalen“ Gefangenen hier: faschistischen Massenmördern — Schreibtischtätern à la dem Dr. Hahn, der für rd. 260.000fachen Mord verurteilt wurde —, oder faschistischen Schlächtern à la dem Wilhelm Rosenbaum (und von dem Kaliber haben wir hier mehrere), die jüdische Frauen, Männer, Kinder erschlugen, ersäufte, erschossen, erhängten und an der Wand zerschmetterten? Wo habe ich mit denen in Haft eine gemeinsame Identität, gemeinsame Interessen? ... Wo habe ich mit denen auch nur eine Sekunde was zu tun?

- Was, so frage ich mich und Euch, verbindet mich/Euch und die sonstigen politischen Gefangenen, mit „normalen“ Gefangenen hier und anderswo — und wir haben hier bei insgesamt rd. 600 sog. Schwerstkriminellen von dieser Kategorie nicht wenige —, die „draußen“ aus Passion Zuhälter waren, die es hier — jedenfalls z.T. — noch sind, die (un-)regelmäßig entweder „draußen“ bei ihren Frauen abkassieren lassen oder hier, wenn ihre „Bräute“, „Hühner“, „Pferdchen“, „Traber“, sie besuchen kommen, und die sie „zur Sau machen“ oder ihnen „was vor die Nuß schlagen“, wenn die Kasse (mal) nicht stimmt? Wo habe ich..., wo habt Ihr..., wo haben die sonstigen politischen Gefangenen mit denen — nur weil sie zufälligerweise auch mal im Knast landeten — eine gemeinsame Identität? Auf welcher gemeinsamen Basis soll mit denen gegen Ausbeutung und Unterdrückung im Knast gekämpft werden, wo die doch selber wie die Parasiten z.T. noch immer von Ausbeutung und Unterdrückung (ihrer Frauen) leben?!

- Wo ist da eine gemeinsame Identität..., wie könnte sie gemeinsam entwickelt werden?... Was, so frage ich mich und Euch, verbindet Euch/mich und die sonstigen politischen Gefangenen mit „normalen“ (sozialen) Gefangenen,

- Wo ist da eine gemeinsame Identität..., wie könnte sie gemeinsam entwickelt werden?... Was, so frage ich mich und Euch, verbindet Euch/mich und die sonstigen politischen Gefangenen mit „normalen“ (sozialen) Gefangenen,

- die (ein Kapitän und ein Bootsmann hier) einen blinden Passagier, einen Farbigen, mit der Eisenstange erschlugen, um ihn anschließend im Roten Meer den Haien zum Fraß vorzuwerfen, und wo zumindest der eine der beiden offensichtlich noch weit entfernt von jedem Unrechtsbewußtsein ist;

- die — en gros und en detail — „draußen“ Rauschgiftdealer waren und die es hier im Knast — qua Überzeugung (!) — nach wie vor noch sind, und die dafür (mit-)verantwortlich sind, daß zahlreiche Mitgefängene hier nicht nur suchtabhängig werden, sondern daß es — im Ergebnis der Suchtabhängigkeit — hier bereits zu den furchtbarsten Exzessen, Verletzungen usw. gekommen ist;

- die „draußen“ — als sog. Wirtschaftsberater z.B. — Millionenbetrügereien begingen und die bereits jetzt wieder von hier aus ihre Fäden nach Liechtenstein, den Bahamas, der Schweiz u.ä. Briefkastenfirmenparadiesen spinnen;

- die auch jetzt noch, z.T. über Strohmannen, Geschäftspartner von Bordellen, „Massagesalons“ u.ä. Etablissements sind;

- die es — als Hauseigentümer oder auch als bloße Mieter (!), die sie waren/sind — für „völlig normal, richtig und clever“ bezeichnen, „daß man, wenn man Grundstücks- und Hauseigentümer ist, so viel wie nur irgend möglich an Miete aus den Leuten herauspreßt; wem das nicht passe, der kann ja ausziehen!“;

- die (mehrere Gefangene) auf eine junge Frau eine hohe Lebensversicherung abschlossen, anschließend mit ihr über Land fahren, sie bei lebendigem Leib aus dem Auto rausstießen und so lange über sie hin- und herfahren, bis wirklich keinerlei Leben mehr in ihr war, um anschließend die Versicherungsprämie zu kassieren;

- die sich noch heute stolz als berufsmäßige Einbrecher und Diebe — beispielsweise von wertvollen Gemälden, Teppichen, Pelzen, Porzellan usw. (z.B. auf Bestellung von Hehlern) — bezeichnen, und die den flotten Spruch auf den Lippen haben, so ihnen jemand (ein Wachmann beispielsweise) bei ihren Einbruchstouren in die Quere komme, schösse man „selbstverständlich sofort“ (als erster), „schließlich sei man doch kein Doofmann!“;

- deren ganzes Sinnen, Trachten und Handeln auch hier im Knast noch darauf ausgerichtet ist, z.T. übers Glücksspiel, über Geldverleih gegen (Wucher-)Zinsen und durch permanente Geschäftemacherei, Geld und Gut zu scheffeln: der eigene Schwarz/Weiß-Fernseher, und möglichst „selbstverständlich“ ein Farbfernseher, die tausende Mark kostende Armbanduhr von „Du Pont“ oder ne „Omega“ oder ne „Rolle“; die aufwendige 3 bis 4.000 Marks-Stereoanlage, der Teppichboden und/oder der — möglichst kostbare — Teppich, das große Aquarium mit den Zierfischen, der hunderte Mark kostende Papagei, goldene/silberne Kettchen, Ringe usw. muß her, man selbst und die eigene Zelle — als Statussymbol — soll schließlich so weit wie irgend möglich „wohnlich“ und „behaglich“ eingerichtet sein. (Daß wir — „wir“ — unterstelle ich hier mal — die gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge für solche Erscheinungen zu kennen meinen, indem wir (uns) sagen, auch im Knast wird ja nur die „draußen“ herrschende gesellschaftliche Wirklichkeit mit ihren Bildern, an denen „man“ sich orientiert, reproduziert, wo also allein W a r e n-beziehungen herrschen..., diese Erklärungsversuche ändern nichts an den manifesten (Un-)Bewußtseinsstrukturen in den Köpfen der Menschen im Knast);

- die sich einen Dreck dafür interessieren, wenn jemand auf die Isolationsstation oder in die „Glocke“ verbracht oder vom Rollkommando geschlagen und getreten wird...; Hauptsache, sie sind es nicht, und Hauptsache, sie können weiterhin unangefochten Fußball, Tischtennis, Handball, Billard, Tennis usw. spielen, Kraftsport und Leichtathletik hier betreiben, zum Schach spielen (in der Knastmannschaft) rausgehen und — und d a s vor allem und häufig um fast jeden Preis — in Urlaub gehen; — die hier Verrat und nochmals Verrat üben, die als agent provocateur dienen, die Mitgefängene, die kritische Artikel (z.B. in der „TAZ“) bringen, z.B. die Schreibmaschine zertrümmern (wie gerade hier jetzt kürzlich bei einem Mitgefangenen geschehen) oder die — hier: „normale“ (soziale) — Mitgefängene, die wegen knastinterner Schweinereien an die Öffentlichkeit gehen, über das anstaltseigene TV-Studio zur Pogromhetze „gegen solche den Anstaltsfrieden störenden Mitgefängenen“ aufrufen oder die sie — wie in der Gefangenen-Zeitung „Santa Fu-Magazin“ (v. 28.2.80) — als „destruktive oder gar chaotische Parteigänger linker Vereinigungen“, als „unsere Erzfeinde“ öffentlich gehen, über das anstaltseigene TV-Studio zur Pogromhetze „gegen solche den Anstaltsfrieden störenden Mitgefängenen“ aufrufen oder die sie — wie in der Gefangenen-Zeitung „Santa Fu-Magazin“ (v. 28.2.80) — als „destruktive oder gar chaotische Parteigänger linker Vereinigungen“, als „unsere Erzfeinde“ denunzieren, und wo offen von „eliminieren“ geschrieben wird.

Die Reihe der Beispiele könnte hier beliebig fortgesetzt werden. Und mit solchen u.ä. „normalen“ (sozialen) Mitgefängenen soll eine gemeinsame Solidarität angeraten und praktisch herzustellen sein? Zwischen ihnen und den politischen Gefangenen und Euch soll eine gemeinsame Identität von prinzipiell gleichermaßen Unterdrückten bestehen, soll gegenseitiges Vertrauen herzustellen sein? Durch Integration der politischen Gefangenen in die „normalen“ (sozialen) Gefangenen kann kollektiver Widerstand gegen die allen Gefangenen vorerhaltenen Rechte entwickelt werden?

Nein, nein, ich weiß nicht, Leute ... Solidarität wird d a n n zur Kumpale..., (neue) Humanität wird d a n n repressiv, wenn sie auf Toleranz zur herrschenden Inhumanität, zur Nicht-Brüderlichkeit hinausläuft, nur weil Inhumanität und Nicht-Brüderlichkeit hier unter dem Etikett, „Gefangene sind sie a l l e“, firmiert. Sagt jetzt nicht, in den Gefängnissen und sonstigen Internierungslagern gäbe es doch bereits schon ne massenhafte Verweigerung. Ja und nein. Die „heimliche“ Verweigerung aber, die die meisten „normalen“ (sozialen) Gefangenen betreiben, hat nicht das geringste mit politisch-bewußter Verweigerung/Gegner- und Feindschaft zu tun!

Nehmt es mir also bitte nicht übel, wenn ich zu Eurem Ziel als hier vorläufiges Fazit nichts anderes mehr als: Tagträumeri, Traumtänzeri, Bastelei an abstrakten Utopien und zweifelhaften Illusionen, zu sagen weiß. Oder braucht Ihr — hier mal ganz konkret im Zusammenhang des Forderungskatalogs der „Magna Charta“ —

noch mehr Begründungen und Beweise?!

1. Der „Kommentar der Woche“ in unserer zweiten Gefangenenzeitung, und zwar dem „Wochenschauer“ (vom 10.2.80), zu der „Magna Charta“ (mit einer anderen Präambel allerdings) lautet — hier auszugsweise:

„Und der auf dem Thron saß, sprach, Siehe, ich mache alles neu!“ (Offenbarung 21, 5). In diesem Haus mögen auch einige auf dem Thron gesessen haben, denn auch sie wollen alles neu machen. Schade nur, daß sie den Blick für das Realistische und Objektive verloren haben. Denn das Ausgedachte kann bestenfalls in einem Witzblatt zum Tragen kommen. Doch hören wir selbst: Die Weltverbesserer verfaßten ein Gesuch und forderten 25 »Verbesserungen«. Das ganze soll per Unterschriftensammlung einen ernsten Charakter erhalten und zum Anliegen aller werden: Hier liegt die Gefahr begründet, man kann nicht mehr lachen, sondern muß während die Stimme erheben. (...) Können sie nur zum Ziel haben, die Verdummung des Insassen und um »Stimmung« gegen die Anstaltsleitung zu machen. Ich halte es daher für meine Pflicht, aufzuzeigen, daß die Unterzeichnung dieser Petition unsinnig, ja, geradezu gefährlich ist. (...) Auf Seite 2 dieses achtseitigen Schriebs wird die Abschaffung der Gefängnisse, psychiatrischen Verwahr- und Fürsorgeanstalten, in denen der Mensch ausgebeutet, entrechtet, mißhandelt, isoliert und in seiner Würde als Mensch mißachtet wird, gefordert. Ein Staat ohne Gefängnisse ist eine Utopie, und nur Träumer vermögen so etwas zu fordern. (...) Und weil wir uns in der Karnevalszeit befinden, will ich die Forderungen...: »täglich wahlweise Bohnenkaffee, Tee oder Milch«, nicht verschweigen. Ich kann vor dem Schrieb nur warnen...“.

(Hieran wird m.E. praktisch auch nichts dadurch geändert, daß etwas mehr als die Hälfte der hier Einsitzenden bereit waren, den Forderungskatalog der „Magna Charta“ zu unterschreiben. Denn f o l g e n wird hier daraus absolut nichts. Jedenfalls nichts im — von mir aus — sozialrevolutionären, libertären, subversiven, militanten o.ä. Sinne, und auch nicht „mit aller Härte“, wie sich das die Verfasser der „Magna Charta“ offensichtlich vorstellen. Zumindest in Santa Fu hat das hier seit 1972 seit dem großen Gefangenenaufstand triumphierende sog. liberale Vollzugsmodell mit seinen weitgehend tagüber offenen Zellen und Knasthöfen, mit der hier herrschenden Besuchsregelung (alle 14 Tage zwei Stunden; für LLer jede Woche zwei Stunden) bei Kaffee, Kuchen usw., mit den vielen Sportmöglichkeiten, mit der Möglichkeit, Privatkleidung tragen und sich die eigene Zelle weitgehend nach eigenem Geschmack (und privatem Geldbeutel) einrichten zu können, mit der — seit 1977 aufgrund des StVollzG. relativ bundeseinheitlich geltenden — Ausgangs- und Urlaubsregelung usw. usf., die kollektive Freisetzung von Frust, Aggressionen, Wut, Haß und sinnlicher Betroffenheit weitgehend, wenn nicht gar völlig verbaut. Ja, man kann sogar mit Fug und Recht sagen, daß das Santa-Fu-Modell, welches ja sehr vieles von dem, wovon Gefangene und Internierte in anderen, zumal ähnlichen Knästen in der BRD noch träumen, quasi als Pilotprojekt vorweggenommen hat..., man kann also sagen, daß dieses Santa-Fu-Modell, indem es die traditionelle Knastisolation (mit Zellen dicht usw.) seit 1972 Schritt für Schritt beseitigte, erst alle menschlich negativen, destruktiven Erscheinungen des nunmehr massenhaften Verrats, der Servilität, der Karriere, der Konkurrenz, der „modernen“ Vereinzelung (von unzähligen „Klassen“ in der — einen — Klasse von gut 600 Gefangenen), der Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen und Konflikten Dritter, der gegenseitigen Ausbeutung usw. und einer — rein egoistisch-materialistischen — Konsumentenkultur, wieder zu neuem Leben erweckt hat).

2. Eine in Lübeck-Lauerhof einsitzende „normale“ (soziale) Gefangene, schreibt in einem (hier auszugsweise wiedergegebenen) Brief vom 5.2. d.J. an ihren hier in „Santa Fu“ einsitzenden Ehemann:

„Du mußt nicht gleich ungeduldig werden, wenn die Post mit einiger Verzögerung ankommt, aber ich werde es auf Rechnung Deiner Nervosität setzen. Man hatte hier wohl über Gebühr zu tun, nämlich unsere lieben »Halbstarkern« waren böckig. Du hast es bestimmt gelesen oder auch im Radio gehört. Etwas Verbitterung lag schon in meinem Munde, als ich hörte, sie seien jetzt in einem öffentlichen Krankenhaus untergebracht. Mein durchschnittlich gesunder Menschenverstand registrierte: Es ist also doch möglich, in ein ordentliches Krankenhaus zu kommen... Analytisch be-

Fortsetzung von der letzten Seite

trachtet ist also Lebensgefahr nicht gleich Lebensgefahr. Es wird die Reverenz vor ungezogenen, renitenten, fanatischen Geschöpfen, denen man vergessen hat, rechtzeitig den Hosensboden zu versohlen, gemacht. Ein Mensch dagegen, der über lange Jahre anderen Arbeit und Brot gegeben, Lehrlinge ausgebildet hat, Kinder zu wohlgezogenen jungen Männern hat reifen lassen, dieses Leben wird nicht gewürdigt...

(Für denjenigen, der vielleicht nicht weiß, wer hier — als Adressat — von jener „normalen“ (sozialen) Inhaftierten gemeint ist: Gemeint sind die Lübecker Frauen aus der RAF, als sie dort im HS-Trakt waren, die den Hunger- und Durststreik begannen

und die dann zeitweise in ein öffentliches Lübecker Krankenhaus verlegt wurden).

Angesichts aller dieser Strukturen, Phänomene, Erfahrungen und Fakten — und ich bin mir sicher, daß sie in gleicher oder ähnlicher Form für alle anderen Knäste in der BRD bzgl. „normalen“ (sozialen) Gefangenen weitgehend verallgemeinert werden können —, habe ich zumindest großes Verständnis für den Wunsch politischer Gefangener, in interaktionsfähigen Gruppen unter sich bleiben zu wollen, so richtig und selbstverständlich es an sich auch ist, wie es in der Präambel zu der neuen „Magna Charta“ heißt: „Wer seine politische Identität nur in der permanenten Bestätigung durch Gleichdenkende erhalten

zu können glaubt, beweist eigentlich nur die Schwäche dieser Identität und zimmert damit gleichzeitig an seinem eigenen Ghetto“.

Es gibt mir jedoch zu denken, wenn ein politischer Gefangener, der vor erst rund zwei Wochen hierher verlegt wurde, der ununterbrochen seit 1974 bis jetzt in Isolationshaft saß (davon nur ganz wenige Monate Umschluß und Freistunde zusammen mit zwei anderen politischen Gefangenen hatte), daß der bereits jetzt — nach rund 14 Tagen „Normal“-Vollzug von „Santa Fu“ — diesen „Normal“-Vollzug als einzigen psychischen Terror, als Horrordimension, als total kaputten Wahnsinnsknast sinnlich erfahren und begriffen hat.

Die unheimlichen Berufsverbote in den Personalbögen

Die Praxis der Berufsverbote sei nun endlich „demokratisiert“, auf ein „vernünftiges“ Maß gebracht worden, so wird jedenfalls wahlpropagandistisch verkündet. Im größten Bundesland, das sozial-liberal regierte NW, hat man sich nicht nur ein kleines „Hintertürchen“, sondern ein großes Scheunentor gelassen, um unliebsame Mitarbeiter(innen) zu passenden Momenten rauszuwerfen, ohne größere Probleme.

Der Personalbogen des Landschaftsverbandes Rheinland z.B. enthält inquisitorische Fragen, deren Beantwortung das Berufsverbot zumindest latend bedeutet:

— „Gehören oder gehörten Sie einer Vereinigung oder Organisation an, von der Sie wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß sie nach ihrer Tätigkeit und ihren Zielen die freiheitlich demokratische Grundordnung der BRD untergräbt oder sonstige verfassungsfeindliche Ziele verfolgt?“

— Sind Sie für eine solche Vereinigung oder Organisation tätig oder tätig gewesen?

Die Antworten müssen eidesstattlich versichert abgegeben werden, was bedeutet, daß bei nachträglichen („erfolgreichen“) Spitzel-Erkundungen jedermann-frau wegen Verstoß gegen Treu und Glauben fristlos gekündigt werden kann.

Man muß sich die Beteiligung der AKW-Gegner vor Brockdorf II durch die Herren Minister (TV) in Erinnerung rufen (Verfassungsfeinde,... Jeder der da mitmacht setzt sich ins Unrecht, untergräbt die fdGO...), um die Tragweite auch der unklaren Formulierungen wie „Umständen“ nach,

„annehmen“ (spielen die AKW-Gegner doch den Kommunisten in die Hände, erledigen deren Arbeit!) und „sonstige“ Ziele zu erkennen.

Da niemand erwarten kann und auch nicht erwartet, daß hier ein vernünftig denkender Mensch mit „ja“ antwortet, können die Fragen nur als eine permanente Bedrohung, als ein Disziplinierungsinstrument verstanden werden. Ziel ist ein Verhalten nach dem Motto: Nur nicht auffallen, sonst kommt noch was raus und rein in die Personalakte und schwupp... BBB(Bums Bist Buten)

Wie zum Hohn lesen wir in einer „Beilage zum Personalbogen“, die eine „persönliche Erklärung“ zur Personalakte ist, über die fdGO belehrt und gedroht, daß bei einem Verstoß dieser Dienst- und Treuepflicht mit einer Entfernung aus dem Dienst zu rechnen ist!

Die fdGO sei, so die Belehrung, eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt u.a. folgende grundlegende Prinzipien beinhalte:

— freie Entfaltung der Persönlichkeit

— Bildung und Ausübung einer Opposition.

Da wird belehrt, daß sich Angestellte nach BAT § 8 und Arbeiter nach BMT-GII an die fdGO zu halten haben, ansonsten, nach Abmahnung zwischen Gewerkschaft und Unternehmer, laut § 54 BAT bzw. § 53 BMT-GII außerordentlich gekündigt werden.

— § 8 BAT: Der Angestellte hat sich so zu verhalten, wie es ... erwartet wird. Er muß sich durch sein gesamtes Verhalten (außerdienstlich ?) zur fdGO bekennen.

In den Erläuterungen dazu werden verschiedene Gerichtsurteile zitiert, u.a.:
Verwaltungsgericht Hamm, u.a.:

B.Verf. GE vom 22.5.78 Angestellte des öffentlichen Dienstes schulden dem Arbeitgeber Loyalität... sie dürfen den Staat und seine Verfassungsordnung nicht angreifen... können wegen „Verletzung dieser Dienstpflichten fristlos entlassen werden...“

Spruch des BAG vom 20.7.77: Lehrer und Erzieher müssen gesteigerten Anforderungen genügen. Sie dürfen sogar während der schulpraktischen Ausbildung gefeuert werden.

— § 54 BAT: Arbeitgeber und Angestellte sind berechtigt, das Arbeitsverhältnis aus einem wichtigen Grund fristlos zu kündigen.

Die Erläuterung dazu: Wichtige Gründe sind „... wenn dem Arbeitgeber nach Treu und Glauben nicht zuzumuten ist, das Arbeitsverhältnis ... fortzusetzen, mit anderen Worten, wenn das für ein Arbeitsverhältnis notwendige Vertrauen in gar keiner Weise mehr besteht“.

— § 55 BAT: Dem unkündbaren Angestellten kann aus seiner Person, oder in seinem Verhalten liegenden wichtigen Gründen fristlos gekündigt werden.“

Der Arbeitgeber kann einem Angestellten aber auch „... wenn eine Beschäftigung zu den bisherigen Vertragsbedingungen aus dienstlichen Gründen nachweisbar nicht möglich ist, zum Zwecke der Herabgruppierung um eine Vergütungsgruppe kündigen...“

Leht der Angestellte (das, Verf.) ab, so gilt das Arbeitsverhältnis mit Ablauf der Kündigungsfrist als vertragsgemäß aufgelöst...“

P.d.kl. Hamburg

P.d.kl. Hamburg

Bei Neonazis keine hinreichend begründeten Zweifel

Er habe „die Schüler geradezu einseitig kanalisiert im Sinne neofaschistischer Doktrin“ urteilte das Münsteraner Schulkollegium als Einstellungsbehörde anlässlich der Verbeamtung eines Geschichtslehrers am Bielefelder Helmholz-Gymnasium. U.a. habe er seine Schüler veranlaßt „Werke rechtsradikaler Prägung“ und „neofaschistische Pamphlete übelster Machart“ zu bestellen, ohne seinen Schülern „die fatale Einseitigkeit solchen Schrifttums bewußt zu machen“. Diese Tatbestände belegen laut Schulkollegium den „Verdacht zum Teil schwerwiegendsten dienstlicher Verfehlungen und Mängel in der Unterrichtsgestaltung“.

Trotzdem kam das Schulkollegium schließlich doch zu dem Schluß, daß sich der Beamtenwärter in seiner Probezeit „bewährt hat“, nachdem es ihm vorher bereits zweimal die Probezeit verlängert hatte.

Als die Schülervertretung des

Helmholz-Gymnasiums und Bielefelder Anifaschisten den Fall dieses Geschichtslehrers an die Öffentlichkeit brachten und verlangten, diesen Lehrer nicht mehr unterrichten zu lassen, beschäftigte sich Kultusminister Girgensohn schließlich mit dem Fall.

Dabei müssen die neofaschistischen Umtriebe dieses Lehrers den Schulbehörden schon seit langem bekannt gewesen sein, denn schon gegen seine frühere Unterrichtstätigkeit in Bad Salzuflen hatte es Proteste von Eltern und Schülern gegeben. Hier hatte er seinen Geschichtsunterricht mit Sprüchen wie „Sozialismus ist Mord“ und „Neger sind im Durchschnitt unintelligent als Weiße“ garniert.

Aufgrund der Beschwerden war er schließlich zu einer dienstlichen Anhörung geladen worden. Ergebnis dieser Anhörung war, daß keine hinreichend begründeten Zweifel an der Verfassungstreue dieses Lehrers bestünden. Danach erfolgte seine Ver-

setzung nach Bielefeld.

Ein so zaghaftes Vorgehen wie im beschriebenen Fall ist sonst gar nicht die Art der Münsteraner Einstellungsbehörde. Bei dem Lehrer und aktiven Antifaschisten Christoph S. führten die 1978 vorgebrachten Zweifel an seiner Verfassungstreue (wegen vermuteter DKP-Mitgliedschaft) keineswegs zu einer Verlängerung der Probezeit. Der Regierungspräsident leitete Christoph S. Bewerbung erst gar nicht an das Kultusministerium weiter. Begründung des Regierungspräsidenten: Damit solle verhindert werden, daß Christoph S. wohlmöglich „irrtümlich“ in den Schuldienst eingestellt werde. Eine gerichtliche Entscheidung über Christoph S. Einstellung steht bisher noch aus.

Vielleicht sollte sich Kultusminister Girgensohn auch einmal um diesen Fall kümmern!

Berufsverbote-Kommission Hamburg

Gesinnungsschnüffelei gerichtlich abgesegnet

Durch das Bundesverwaltungsgericht ist jetzt auf Antrag des Landes NRW höchstrichterlich festgestellt worden, daß Eintragungen in die Personalakte eines Beamten über dessen Parteimitgliedschaft und auch über die Teilnahme zum Beispiel an Demonstrationen der DKP zulässig sind. Hierbei läßt es das Gericht jedoch nicht bewenden. In dem Urteil heißt es, daß solche „Notizen“ sogar dann zulässig seien, wenn sie sich später als unzutreffend erwiesen. „Es mußten auch Vorkommnisse in den Personalakten eingetragen werden, die in sich die Behörden nicht zu Disziplinarmaßnahmen veranlaßten. Es genüge, wenn „die Vorfälle - etwa bei meh-

rerer gleichartigen Beschuldigungen hierzu Anlaß geben könnten“ („ÜZ, 21,4,80)

Das Land NRW hatte das Bundesverwaltungsgericht angerufen, nachdem das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen und das Obergericht des Landes Münster bezüglich der Vermerke in der Personalakte des DKP-Mitglieds Jochen Weiler unterschiedliche Urteile gesprochen hatten.

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist von höchster richterlicher Ebene grünes Licht für Gesinnungsschnüffelei und Willkür gegeben worden. Wenn selbst Hinweise und „Notizen“ aufgenommen werden können, deren Richtigkeit nicht

erwiesen ist, so kann mit Leichtigkeit durch die Häufung solcher „Notizen“ ein Disziplinarverfahren sprich Berufsverbot vorbereitet werden. Offen ist hierbei noch, wie solche Informationen an die Behörde gelangen. Es liegt die Vermutung nahe, daß hier, nach der angeblichen Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz, die Behörden Handhaben erhalten, um in eigener Regie Informationen zu sammeln, die dann bei passender Gelegenheit zur Entlassung des Beamten verwandt werden.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 5902

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr vor Kerstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim
Verkauf: Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bücherstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
Uni/Mensa

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heilmstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurlenplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh.
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
Buchladen Bundschuh, Tigelstraße 39

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 - 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch
(Altstadt/Mensa) Kontakt über
Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienste 12 - 14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gesamthochschule

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag:
Hamburger Satz- und Verlags-
Kooperative GmbH, Lerchen-
straße 75, 2000 Hamburg 50;
Fernruf Hamburg 43 53 06 oder
43 53 20; Redaktion Hamburg
43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/
Verlagsanschrift; Abonnements-
preis jährlich DM 55,-; im Abruf,
sonst PSchA Hamburg 27175-
203 (BLZ 200 100 20) oder
Dresdner Bank Hamburg
4810 68500 (BLZ 200 800 00);
Einzelpreis DM 2,-; erscheint
14-tägig. Bei Nichterschienen
durch höhere Gewalt kein Ent-
schädigungsanspruch. Auflage
dieser Ausgabe: 8.600.
Einem Teil dieser Auflage ist
Prospektmaterial beigelegt. Hierau

Haltet den Brzezinski auf — Stoppt den US-Amoklauf

Frankfurt. 1500 Teilnehmer versammelten sich am 29.4. zu einer kurzfristig organisierten Demonstration gegen den US-Überfall auf den Iran. Auf Antrag der Falken hatte das Aktionsbündnis "Rock gegen rechts" am Tag des Bekanntwerdens der amerikanischen Kommandoaktion diese Initiative diskutiert und beschlossen. Vier Tage lang wurde mit einem Flugblatt mobilisiert, in dem besonders betont wurde, daß mit dem Scheitern des US-Überfalls die Gefahr keineswegs beseitigt sei. Vielmehr sei zu befürchten, "daß sich die US-Regierung - unter 'Zugzwang' zu fatalen weiteren Schritten entschließen könnte".

Die Bundesregierung wurde angegriffen, daß sie sich mit den NATO-Raketenbeschüssen, mit der Unterstützung des Olympiaboykotts wie auch der Wirtschaftsmaßnahmen gegen den Iran und mit ihrer Türkei-Politik im Schlepptau der US-Kriegspolitik befinde. Auf der Demonstration selbst tauchte in vielen Parolen der Vergleich zur Aggression der USA gegen Vietnam auf.

Mehr als die erreichte Mobilisierung war in der kurzen Zeit sicher nicht zu erwarten. Zwei Vorteile der Frankfurter Demonstration gegenüber anderen Aktivitäten in anderen Städten sind festzuhalten: Erstens war es eine gemeinsame Aktion des breitesten möglichen linken Spektrums (einschließlich SDAJ und MSB). Zweitens war

es kein reiner "Insider"-Protest, sondern das Aktionsbündnis versuchte, einen maximalen Öffentlichkeitseffekt zu erreichen: durch ein verständlich gehaltenes Flugblatt, eine gewisse Mobilisierungszeit und eine geeignete Demonstrationstrasse im abendlichen Geschäftsverkehr. Ein weiterer nicht zu unterschätzender Erfolg war es, überhaupt eine genehmigte Demonstration durchzusetzen; noch am 26.4. hatte die Stadt eine von AStA und CISNU geplante Demonstration gegen die Repressionen im Iran verboten. Begründung: die aktuelle, durch die US-Kommandoaktion entstandene Situation! Dies grenzt immerhin an Notstandspraktiken: Im Krisenfall darf nicht mehr protestiert werden.

Trotz dieser positiven Aspekte darf

nicht verkannt werden, daß es auch in Frankfurt nur der 'harte Kern' der Linken war, der auf die Straße ging. Schon zwei Tage später - auf der Maidemonstration - spielten Parolen und Transparente gegen die Kriegsgefahr eine eher klägliche Rolle. Es wird noch viel zu tun sein, um aus dem Kampf für Frieden eine wirklich massenhafte Bewegung zu machen. Leider haben sich die Frankfurter Grünen, die ja den Anspruch erheben, breite Kreise der Bevölkerung ansprechen zu wollen und zu können, bisher überhaupt nicht in die Aktivitäten 'eingeklinkt' und damit eher den Verdacht genährt, doch im wesentlichen eine Ein-Punkt-Bewegung zu sein.

KB/Gruppe Frankfurt



1.500 Leute protestierten am 29.4. in Frankfurt gegen den US-Überfall auf den Iran

Kampfstoff-Unfall in der Sowjetunion

Seit Ende März geistert durch die Presse ein Bericht über einen angeblichen Unfall bei der Herstellung bakteriologischer Waffen in der Nähe der sowjetischen Stadt Swerdlowsk. Zwar können wir selbstverständlich nicht letztendlich beurteilen, ob es eine Seuche mit „unnatürlicher“ Ursache gab oder nicht. Die von der westdeutschen Presse präsentierten 'Belege' sind allerdings derart dürftig, daß Zweifel unbedingt angebracht sind.

1. Die Seuche in Swerdlowsk

Sicher ist, weil die Sowjetunion es nicht bestreitet, daß es im Frühjahr 1979 eine Milzbrand-Seuche in der Umgebung von Swerdlowsk gab. Milzbrand ist eine Krankheit, die hauptsächlich bei pflanzenfressenden Säugetieren (Rindern usw.) auftritt. „Die Tiere bekommen Schüttelfrost, Fieber und Atemnot; der Tod kann plötzlich oder nach mehreren Tagen eintreten. Das Blut ist teerartig, nicht gerinnend, die Milz blutig geschwollen“ (Brh.).

Milzbrand (Anthrax) ist auch auf Menschen übertragbar, durch Berühren infizierter Tiere, Einnahme von ungare infizierten Fleisch, Einatmen des Bacillus oder durch Fliegen (Schmierinfektion). In allen Fällen besteht die Gefahr einer Blutvergiftung, die lebensgefährlich ist.

Es ist also durchaus möglich, daß die Milzbrand-Seuche einen natürlichen Ursprung hatte, wie die sowjetischen Behörden behaupten. Milzbrand tritt beim Menschen am häufigsten als lokale (d.h. begrenzte) Krankheit auf, als Pustel bzw. Karbunkel. Mit Antibiotika und Sulfonamiden ist Milzbrand relativ gut zu bekämpfen, sodaß es nicht sonderlich einleuchtet, warum die SU zur Herstellung bakteriologischer Waffen gerade diesen Erreger und nicht einen anderen benutzen sollte. Einziges Argument dafür könnte es sein, daß der Milzbrand-Erreger der einzige krankheitserregende Vertreter der sporenbildenden Bakterien ist. Die bei ungünstigen Lebensbedingungen von den Bakterien hervorgerufenen Sporen sind äußerst widerstandsfähig.

Der CIA forscht ...

Gut ein Jahr nach der Milzbrand-Seuche (die sich damals in der SU nachlesen ließ, denn es wurde vor der

Einnahme von Milch und rohem Fleisch gewarnt) präsentierte das US-Außenministerium einen Sensationsbericht über den angeblichen Kampfstoff-Unfall. Die Informationen des Außenministeriums, „die über längere Zeit von Geheimdienst-Experten zusammengetragen worden“ seien (FAZ, 20.3.), besagten, daß „Teile der Zivilbevölkerung“ von einem Kampfstoff-Unfall betroffen worden seien. Einen Tag zuvor noch schrieb die FAZ, daß „möglicherweise auch Menschen zu Tode gekommen seien“. Die einzigen Belege für die Thesen der „Geheimdienst-Experten“ bestehen darin, daß 1) die Stadt Swerdlowsk schon seit Jahren für westliche Journalisten gesperrt ist und daß 2) die sowjetische Zeitschrift „Literaturnaya Gaseta“ von einer Maul- und Klauenseuche berichtete, statt wie Novosti und TASS von einer Milzbrand-Epidemie. Sehr verdächtig ... wo doch in der SU alles gleichgeschaltet ist ...

Es fiel der Sowjetunion angesichts derartiger „Beweise“ nicht schwer, die Berichte als „irres Gerede“ zurückzuweisen.

Rechtzeitig kam Amtshilfe für den CIA: Am 26. März meldete die 'Welt' (Spezialist auf der Suche nach sowjetischen Stützpunkten und Wunderwaffen), die israelische Zeitung „Maariv“ habe „unter Berufung auf jüdische Emigranten“ erfahren, daß die Seuche zuerst sowjetische Offiziere, dann Zementarbeiter usw. erfaßte. „Alle Einwohner und Häuser in der Gegend wurden desinfiziert, und Flugzeuge besprühten das Gelände drei Tage lang“.

Merkwürdig nur, daß sich diese Emigranten erst jetzt, zufällig zeitlich deckungsgleich mit dem CIA-Bericht, an derart dramatische Ereignisse erinnern...

Aber zum Glück gibt's ja noch den „Spiegel“, der am 7.4. an der Reihe war, eine stichhaltige Version zu liefern. Der „Spiegel“ wußte sogar mehr als die „Welt“, daß nämlich die Seuche „mindestens 300, möglicherweise aber bis zu 1.000 Sowjetbürgern das Leben gekostet“ habe — „melde-ten Emigranten“. 1.000 Tote — obwohl „alle Einwohner“ desinfiziert wurden. Eine teuflische Krankheit! Damit die Meldungen zusammenpassen, behauptete der „Spiegel“, Milzbrand sei „meist tödlich“. Das

Fortsetzung nächste Seite

Sportpalast-Stimmung im Weserstadion!

Zwei Tage vor dem 35. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, am 6. Mai, werden im Bremer Weserstadion 1700 Rekruten öffentlich verurteilt werden. Bundespräsident Carstens, Mitglied der NSDAP während des Faschismus und erzkonservativer Politiker nach dem Krieg, wird diese öffentliche Verurteilung anlässlich des 25. Jahrestages des westdeutschen Beitritts zur NATO vornehmen. Die gesamte NATO-Spitze und hohe bundesdeutsche Politiker werden an der militärischen Großveranstaltung teilnehmen, die vom Fernsehen übertragen wird. In einer Zeit, in der US-Präsident Carter die „volle und aggressive Unterstützung“ der europäischen Verbündeten für seine Kriegspläne fordert und weitgehend erhält, hat sich eine Veranstaltung allein den Zweck militaristischer Verhetzung und psychologischer Kriegsvorbereitung.

„Säbelrasseln und militärische Kraftmeierei“

„Säbelrasseln und militärische Kraftmeierei“

Gleich nach Bekanntwerden der Verurteilung gaben die Alternative Liste, die Bremer Grünen und die Jusos Presseerklärungen ab, in denen gegen dieses militaristische Zeremoniell protestiert und dessen Absetzung gefordert wird.

In der SPD kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Nachdem deutlich wurde, daß eine beachtliche Zahl von SPD-Mitgliedern gegen die öffentliche Verurteilung war, übte die Bonner SPD-Spitze massiven Druck aus. Wehner sprach den Bremern die Fähigkeit ab, die Situation richtig einzuschätzen und erklärte, daß die öffentliche Verurteilung ein „normaler Vorgang“ sei (nach „Weser-Kurier“, 23.4.80).

Kriegsminister Apel warnte die Bremer SPD, sich mit Absetzungsforderungen „selbst ins Knie zu schiefen“, denn jede Demonstration gegen die Bundeswehr bei einer Verurteilung sei auch eine Demonstration gegen das Fundament der Entspannungspolitik („WK“, 23.4.80).

Koschnick hob die Notwendigkeiten des Bundestagswahlkampfes hervor, der es von der SPD fordere, die Partei als sicheren Garanten des westlichen Bündnisses darzustellen und nicht den Konservativen das Feld zu überlassen (ebd.).

Doch in diesem Fall kam der Druck zu spät: Die Querelen in der SPD gipfelten an der Öffentlichkeit. Die AFA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) verabschiedete eine Resolution, in der „angesichts der sich verschärfenden internationalen Lage, in der militärische Demonstrationen ihre Eigengesetzlichkeit entwickeln“, das „Säbelrasseln“ im Weserstadion fast einstimmig verurteilt wurde (nach „Bremer Nachrichten“, 24.4.80). Mit der gleichen Begründung forderte einen Tag später der Unterbezirk Ost mit klarer Dreiviertel-Mehrheit die Absetzung der öffentlichen Verurteilung. Scharfmacher der Minderheit war der örtliche IGM-Chef Weinkauf, der fragte, ob er in die Rük-

stungsbetriebe gehen und die Arbeiter auffordern solle, die Fertigung einzustellen, „wenn wir nicht mal die öffentliche Verurteilung zulassen.“ Zu Recht wies der Bundestagsabgeordnete Waltemathe darauf hin, daß die Politiker sich vor dem „Votum für einen Olympiaboykott Gedanken um die Interessen der deutschen Sportartikelindustrie hätten machen müssen“ („WK“, 26.4.80). Die SPD-Frauen stellten in einer Protestresolution fest: „Gerade in der jetzigen internationalen Lage sollte alles unterlassen werden, was nach Säbelrasseln und militärischer Kraftmeierei aussehen könnte“ („WK“, 25.4.80).

Eine „Krisensitzung“ ohne den US-Reisenden Koschnick faßte der SPD-Landesvorsitzende Kunick vor der Presse zusammen: „Wenn es sich noch organisatorisch machen läßt, sollte man die Veranstaltung auf militärischem Gelände ... stattfinden lassen“ („WK“, 26.4.80). Kunick betonte wie alle SPD'ler, daß die Bremer SPD ungeachtet der Beschlüsse ohne Abstriche hinter der Bundeswehr als demokratischer Armee zur Friedenssicherung stehe. Deshalb sollten sich „Sozialdemokraten an keinen Demonstrationen beteiligen, die sich dem Eindruck nach gegen die Rekruten wenden“ (ebd.). Eine „Friedens-Demonstration“ werde an anderer Stelle stattfinden und solle nicht auf Aktionen vor dem Weserstadion orientieren („BN“, 26.4.80).

Nach seiner Rückkehr aus den USA sorgte Koschnick dann für Ordnung. Die Veranstaltung wird nun so abrollen wie geplant, denn schließlich müßten alle „demokratischen Kräfte“ hinter Bundeswehr und NATO stehen, mit denen „wir den Frieden sichern können“ („BN“, 29.4.80). Koschnick bestritt, daß Carstens jemals eine „große Feldparade mit Fahrzeugen“ gefordert habe und tat dies als „Mißverständnis“ ab ...

Wie üblich: DKP spaltet!

Dieses offen militaristische Spektakel im 'linken' Bremen hätte eigentlich auf den einheitlichen Protest aller demokratischen und fortschrittlichen Menschen und Organisationen treffen müssen. In diesem Sinne luden eine Stadtteilgruppe der BBA (Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen) und die Gruppe „Krieg dem Krieg“ sehr frühzeitig alle fortschrittlichen Organisationen Bremens zu Bündnisverhandlungen mit dem Ziel eines gemeinsamen Vorgehens ein. Zwar erschien ein SDAJ'ler kurz, doch er verschwand ohne Aussage. Bald danach machten dann DKP und SDAJ ihre Bündnisgespräche mit Jusos und Judos, während aus dem Kreis der Linken niemand eingeladen worden war; einige BBA'ler, die ohne Einladung erschienen waren, wurden rausgeschmissen! Aus dem DKP/Juso-Kreis gibt es inzwischen einen Aufruf, der jedoch bis auf die Gruppe „Christen für den Sozialismus“ von keiner Initiative aus-

serhalb des revisionistischen Spektrums unterschrieben wurde.

Während es für das Bündnis der Basisinitiativen und linken Organisationen von Beginn an klar war, daß Aktionen aller Art nur am und im Weserstadion enden könnten, versuchten die Jusos gemäß den Beschlüssen der SPD, den Kreis um die DKP zu einer Demonstration weg vom Weserstadion zu bewegen. Dies brachte die Revisionisten in einige Nöte, hatten sie doch gemerkt, daß auch die meisten Jugendverbände zum Weserstadion wollten.

Das Ergebnis aller Versuche, wenigstens zu einheitlichen Aktionen zu kommen, ist ein akzeptabler Kompromiß: Die Linken machen eine Demonstration durch die Innenstadt, die sich dann mit dem DKP/Juso-Kreis zu einem Zug bis wenige hundert Meter vor dem Weserstadion vereinigt. Dort wird die Demonstration offiziell aufgelöst ...

KB Bremen

... (unvollständig)

KB Bremen

Lokale Großaktion gegen Militaristen-Show

„Flensburgs linke Szene soll besonders stark sein, sagt man“ (Flensburger Tageblatt - FT -, 27.3.80). Das war der zähneknirschende Kommentar im reaktionären Lokalblatt Flensburgs, nachdem zwei Tage vorher eben jene „Szene“ eine „öffentliche Verurteilung“ von 130 Soldaten des Jägerbataillons 381 auf dem zentralen Platz Flensburgs (dem Südermarkt) lautstark und massiv gestört hatte. Eine in der Tat herausragende Begebenheit in der Geschichte der Flensburger Linken in den letzten Jahren!

Worum ging es nun?

Das Jägerbataillon 381 feierte 10-jähriges Bestehen, daher deren Schritt in die Öffentlichkeit zur Militarismus-Show. Etwas vermessen wollten sie ihr „gutes Verhältnis zwischen Bürgern und ihren (?) Soldaten festigen“, so schrieben sie. Daher: großes „Hum-Ta-Ta...“ mit „Tag der offenen Tür“, „Gästeschießen“ und eben der seit 1945 ersten öffentlichen Verurteilung auf dem Flensburger Marktplatz. Und das vor dem Hintergrund der akuten Kriegsgefahr!

Diese Provokation brachte Bewegung in die radikaldemokratische und linke Szene Flensburgs. Spontan entstand ein „Aktionsbündnis“, dem viele unabhängige Einzelpersonen und eine ganze Reihe von Initiativen und Organisationen (19 Gruppen!) angehörten: Die Treffen dieses Kreises waren - ohne jegliche Einladung oder Mobilisierung - in der Zeit vor der Aktion regelmäßig (!) von über 60 Leuten besucht. Eine „Antimilitaristische Woche“ mit zahlreichen Initiativen - Theater, Musik, Film, Ton-

Dia-Show, usw.usf. - wurde organisiert. In der Presse kam es zu einer heftigen Leserbriefschlacht - allerdings wohl dosiert und -zensiert durch die erzkonservativere Redaktion des FT! Und dann der Höhepunkt: Einmal der kollektive „Bitt-Gottesdienst“ der kritischen 12 Pastor(inn)en, den am Abend vor der Verurteilung bestimmt 500 Leute besuchten! Schließlich die Gegenaktion selbst: Die Kundgebung und der nachfolgende kurze Demonstrationsmarsch durch die Ladenstraße war schon ein druckvoller Beweis der Stärke des Protestes, etwa 800 bis 1000 Menschen nahmen daran teil! Beim lautstarken, praktischen Widerstand waren es sicherlich noch weitaus mehr. Immerhin waren die Redner, als Star dabei der „Neutronen-Bomben-Gegner“ (das behauptet er jedenfalls) und „Entspannungs“-Politiker (wahrlich...) Egon Bahr in Person - zwar zu sehen, jedoch zum Glück nicht zu verstehen! (Nebenbei: Noch am nächsten Morgen zeigte sich Herr Bahr „tief erschüttert und betroffen“ ob der Greulichkeiten, die ihm da widerfahren sind. Er wolle daher dringend mit den Beteiligten das „Gespräch“ suchen).

Die massiven Proteste - Pfiffe, Buh-Rufe, Sprechchöre („Laßt die Jungs nach Hause“, „Frieden schaffen ohne Waffen“, „Aufhören“, usw.) hatten die Show verhindert, usw. - die Flensburger Linke - haben sie ermutigt! Die große Resonanz in der Bevölkerung ist vor allem der Breite und Vielfalt des Bündnisses zu verdanken. Von liberalen, pazifistischen (Pastoren, Teile der dänischen Minderheit,

des SSW) bis zu anarchistisch-kommunistischen Strömungen reichte das Spektrum der Beteiligten. Sogar einzelne DKP'ler und Jusos ließen sich blicken (für eine tatsächliche Beteiligung waren sie sich zu fein, bzw. war ihnen die Abgrenzungspolitik wichtiger!). Dagegen demonstrierte selbst der KBW Flexibilität und hatte diesmal den Mut zur Zusammenarbeit mit „kleinbürgerlichen und spontaneistischen Elementen“. Hervorzuheben ist außerdem die sachlich-objektive Berichterstattung der dänischen und SSW-Presse. Sogar der dänische Rundfunk und die dänische „Bild“-Zeitung berichteten ausführlich. Allesamt mit antimilitaristischem Grundton!

Es bleibt zu hoffen, daß die Linke die Erfahrung der sachlich-solidarischen Zusammenarbeit bewahrt, vor allem auch für weitere Arbeitsfelder, wie z.B. auch einer nötigen Arbeit unter dem Motto „Stoppt Strauß“. Übrigens: Das „Aktionsbündnis“ will den Bahr beim Wort nehmen und hat ihn und andere zu einer Podiumsdiskussion für den 16. Mai eingeladen.

Und:

Wer die inzwischen dokumentierten Ereignisse genauer verfolgen will, sollte sich an:

O. Schröder
Brixstr. 4
2390 Flensburg
wenden. Die Dokumentation kostet 2 Mark (bitte in Briefmarken und Porto beifügen!).

Ein KB-Genosse aus Flensburg

Fortsetzung von der letzten Seite

Spionage - Affären

Teil der Kriegsvorbereitungen

stimmt eindeutig nicht (s.o.), was man sogar im „Spiegel“ eine Seite später lesen kann. Der Leser des „Spiegels“ ist somit gut vorbereitet für die Schlussfolgerung: „Allein der Lungenmilzbrand gilt als absolut tödlich. Dieses Leiden aber kann nur durch die Inhalation von Milzbrandsporen übertragen werden – ein eindeutiges Indiz dafür, daß es sich auch in Swerdlowsk um den Anthrax-Kampfstoff gehandelt haben muß“ (15/80). (Bacillus anthracis ist der wissenschaftliche Begriff für den Milzbrand-Erreger.) Richtig ist daran, daß Lungenmilzbrand durch Einatmen der Sporen verursacht wird. Aber diese Krankheit gibt es sehr viel länger als bakteriologische Kampfstoffe. Von wegen „eindeutig“. Kurzum, die „Beweise“ für einen Kampfstoff-Unfall lassen mehr Rückschlüsse auf das Niveau westdeutscher Zeitungen als auf etwaige Waffen der SU zu.

Hintergründe des Spektakels

Seit dem 26. März 1975 ist das „Abkommen über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und giftiger Waffen sowie über deren Vernichtung“ in Kraft. Die USA verkündeten 1975 die vollzogene Vernichtung aller von der Konvention betroffenen Waffen; England und die UdSSR beteuerten, derartige gar nicht zu besitzen ... Da „eine Überprüfung der Richtigkeit solcher Aussagen im Abkommen nicht vorgesehen“ ist (SIPRI Jahrbuch), heißt das natürlich gar nichts. Die BRD, die bekanntlich auch keine Giftstoffe wie Tabun oder Soman hat (schließlich ist Stoltzenberg ja nicht die BRD), hat es bislang vorgezogen, das Abkommen gar nicht erst zu ratifizieren („Wechselwirkung“, Nr. 3).

Lange vor dem CIA-Bericht fand eine Tagung der Vorbereitungsguppe für die 1980 stattfindende Konferenz zur Überprüfung der Konvention über das Verbot der bakteriologischen Waffen statt. Nach dieser Tagung äußerte Frank Barnaby vom Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), „eine große Anzahl von Experten (befürwortet), daß die moderne Gentechnologie dazu verwendet werden wird, effektive bakteriologische Waffen zu produzieren“ (New Scientist nach Wechselw. Nr. 3). Daß es sich dabei nicht nur um Visionen durchgedrehter Militärs handelt, macht neben anderen ein Vorfall in England deutlich: „Nach dem Pockentod einer Fotografin in einem Forschungslabor in Birmingham 1978, der Großbritannien zum einzigen wegen Pocken unter Quarantäne gestellten Land der Welt machte, waren sämtliche bakteriologischen Forschungseinrichtungen aus den Händen der Universitäten und des Gesundheitsministeriums genommen und unter Aufsicht des Verteidigungsministeriums in Porton Down zusammengefaßt worden“ (Neue, 3.4.).

Das Afghanistan- und Olympia-Boykott-Klima war auf jeden Fall geeignet, um den CIA-Bericht wirkungsvoll zu placieren. „Das treibt den Leuten den Angstschweiß auf die Stirn“ – zitierte die FAZ „einen amerikanischen Regierungsvertreter“. „Welt“ und „Spiegel“ sind sich darin einig, daß die Sowjetunion auf dem Sektor der Biologischen und Chemischen Waffen haushoch überlegen sei – und daher der Aufbau entsprechender NATO-Kapazitäten auf der Tagesordnung stehe.

Biologische Waffen sind als Verteidigungswaffen unbrauchbar, da zwischen Infektion und Ausbruch der Krankheit meistens mehrere Tage liegen (bei Milzbrand beispielsweise 2 bis 8 Tage). Biologische Waffen dienen der Vernichtung der Zivilbevölkerung. Es liegt auf der Hand, daß für B-Waffen möglichst schwer zu bekämpfende Krankheitserreger verwendet werden. Der Verlauf einer in Gang gesetzten Epidemie kann niemand vorhersehen, derartige Waffen können nicht gezielt eingesetzt werden. Auch im „Frieden“ sind biologische Waffen eine äußerst ernste Gefahr, insbesondere sei durch die Genmanipulation die Möglichkeit besteht, völlig unbekannte, in ihrer Wirkung unberechenbare Erreger herzustellen. Auf die Frage, ob „nicht künstlich geschaffene Mutanten aus den Labors entweichen und ganze Landstriche entvölkern (können) wie einst die Pest“, antwortete der Chef der mit Genmanipulation beschäftigten US-Firma CETUS: „Klar, möglich wäre das schon ...“ („Spiegel“ 4/80).

J., RGW-Kommission

Ein paar Tage lang gab es im März Zeitungsmeldungen, nachdem Rolf Kreibich, früherer Präsident der „Freien Universität“ Westberlin, jetzt Direktor im „Institut für Zukunfts-forschung“, offiziell unter „Spionageverdacht“ gebracht worden war. Beamte der „Spionageabwehr“ durchsuchten Kreibichs Wohnung; „Staats-schutz“-Leute verhörten Kreibich und seine Frau, die gleich mit verdächtigt wurde. Über die konkreten Verdachtsmomente gegen Kreibich war bis heute absolut nichts zu erfahren. Eine erste Meldung, wonach das 1960 aus der DDR „geflüchtete“ Ehepaar Kreibich von einem 1979 aus der DDR „geflüchteten“ Wissenschaftler denunziert worden sei, wurde von der Justiz bereits am nächsten Tag dementiert. Vom Staats-anwalt war lediglich zu hören, das Material gegen Kreibich beziehe sich auf die Jahre 1960 bis 1969/70 (– in jenem Jahr wurde Kreibich FU-Präsident, was wegen der bekannten linkssozialdemokratischen Haltung Kreibichs die Springerpresse schon damals zu wildem Gekreis veranlaßte).

Praktiken, wie sie hier gegen die Kreibichs angewendet wurden, gehören heute zum BRD-Alltag. In der bürgerlichen Presse ist der Vorfall nach spätestens einer Woche total vergessen. Auch in der Linken rührt sich kaum etwas. Dabei ist die Geschichte der Spionage-Affären der letzten Jahre durchaus größter Aufmerksamkeit der Linken und der demokratischen Öffentlichkeit wert. Wer weiß schon, daß Dutzende verurteilten „Spione“ in der BRD hinter Gittern sitzen – und welcher Linke wäre schon auf den Gedanken gekommen, die Forderung nach „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ auch auf diese Menschen zu beziehen? Selbst größte Skandale – und nur von diesen soll im folgenden die auch auf diese Menschen zu beziehen? Selbst größte Skandale – und nur von diesen soll im folgenden die Rede sein – haben in der Linken bisher kaum Aufmerksamkeit geweckt. Ein paar Wochen nach dem kurzlebigen „Fall Kreibich“ wurde Mitte April auf Antrag von Generalbundesanwalt Rebmann ein Sozialpädagoge von der Fachhochschule Düsseldorf festgenommen. Grund: „dringender Verdacht der Spionage“ für die DDR. Konkrete Vorwürfe: Keine. Länge der Meldung in der Tagespresse: Neun Zeilen...

Der „Fall Cremer“

Friedrich Cremer ist 60 Jahre alt, Arzt, Bürgermeister in einem unterfränkischen Dorf und Landtagsabgeordneter der bayerischen SPD. Ende Januar, 1979 wurde er verhaftet, 20 Tage später gegen 300.000 DM Kaution aus der Haft entlassen. Es ging um den „Verdacht geheimdienstlicher Agententätigkeit“ für die DDR. Im Februar 1980 begann in München der Prozeß gegen Cremer, der bis Anfang Mai dauern soll.

Die Anklage gegen Cremer in der Sprache der Justiz: Cremer sei „hinreichend verdächtig, spätestens seit 1975 bis Ende 1978 Beziehungen zu Mitarbeitern des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) unterhalten zu haben“. Die Fakten: Cremer stand seit 1975 in Verbindung mit einem Dr. Richter vom Aufbau-Verlag der DDR. Man traf sich gelegentlich und debattierte, vorwiegend über Medizinisches. Insgesamt sollen zehn bis 16 Treffen stattgefunden haben. Das vorletzte dieser Treffen, im Juni 1978 in Stockholm, wurde bereits von BRD-Agenten „beschattet“ und fotografiert. Der Dr. Richter aus der DDR hatte zu diesem Treffen einen „Bekannten“ mitgebracht, dessen allzu penetranter Diskussionsstil Cremer schnell auf den Geist ging, so daß er das Gespräch abbrach. Immerhin: Die BRD-Geheimdienste hatten ihre Fotos und entdeckten, daß der „Bekannte“ des Dr. Richter kein Geringerer gewesen sei als Markus Wolf, Leiter der „Aufklärung“ im MfS, was die bürgerliche Presse mit „Spionage-Chef der DDR“ übersetzt. Daß Markus Wolf sich persönlich um Cremer bemüht habe, wird in einem Prozeß-Gutachten der Anklage als besonders schwerwiegend gewertet: Wolf treffe sich nur mit „hochkarätigen Agenten“. Freilich, im „Spiegel“, der es wohl wissen muß, war schon am 5.3.79 über den Hintergrund von Wolfs Reise nach Stockholm zu lesen: Er habe dort mit seiner Ehefrau „Teile der Wohnungseinrichtung“ eingekauft, sei mit ihr „auf Sightseeing-Tour“ gegangen und habe nebenbei „einen Porno-

Klub besucht“. – Es ist gewiß nicht ungewöhnlich, daß sich DDR-Funktionäre unter irgendeinem dusseligen Vorwand selbst eine „Dienstreise“ ins westliche Ausland verschreiben, um Spesen zu verbüßeln und ihrer Ehefrau oder Freundin etwas zu bieten.

Jedenfalls: Die gesamte Anklage gegen Friedrich Cremer enthält in keinem einzigen Punkt den Vorwurf, Cremer habe irgendwas Konkretes „verraten“. Es hat auch noch niemand andeuten können, was ein Mensch in Cremers Position Besonderes zu „verraten“ haben könnte.

Der § 99 StGB („Geheimdienstliche Agententätigkeit“) setzt nicht voraus, daß Staats- oder sonstige Geheimnisse „verraten“ wurden: Bestraft werden kann, wer „für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist“, bzw. sogar schon, wer sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt (Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren). – Es kommt also nicht auf den Charakter der übermittelten Tatsachen und Gegenstände an (bei diesen kann es sich z.B. um allgemein zugängliches wie Fahrpläne, Telefonbücher o.ä. handeln), sondern auf die wissentliche Beziehung zu Agenten einer ausländischen Macht. In dem Prozeß gegen Cremer geht es folglich nicht um den Nachweis irgendeines konkreten „Verrats“, sondern nur darum, ob Cremer hätte wissen können und müssen, daß der Dr. Richter aus der DDR ein MfS-Agent ist. (Wobei Letzteres von der Justiz keineswegs bewiesen, sondern lediglich als Tatsache vorausgesetzt wird).

Für Cremers Verteidigung (er wird witzigerweise u.a. von CSU-Höcherl vertreten) geht es also lediglich darum, Cremers „Arglosigkeit“ gegenüber dem Dr. Richter plausibel und glaubwürdig zu machen. Beispielsweise legte die Verteidigung ein Gutachten vor, daß bei Cremer als Folge eines Autounfalls „eine andauernde Verhaltensänderung eingetreten“ sei, „die zu einer erheblichen Reduzierung der Kritikbereitschaft führte“ („Spiegel“, 10.3.80) – Cremer sei also „zu naiv“ gewesen, um den Dr. Richter aus der DDR als bösen Agenten zu erkennen und der BRD-Justiz auszuliefern.

Für die Reaktion der liberalen Presse auf den Cremer-Prozeß ist bezeichnend, daß sie dieses Stichwort unbarmherzig aufnimmt. Gerhard Mauz vom „Spiegel“ beispielsweise, sonst schon manchmal ganz positiv aufgefallen (z.B. Berichterstattung über NS-Prozesse), höhnt diesmal zynisch: „Wenn Friedrich Cremer so arglos gewesen ist, wie er behauptet – dann wäre das fast noch schlimmer, als wenn er im Sinn der Anklage schuldig wäre. Es gibt einen Punkt, von dem an die Aufgeschlossenheit eines Politikers bodenlos genannt werden muß“. „Verstand und Gewissen“ Cremers seien „von Ehrgeiz und Eitelkeit ruiniert“, oder es habe Cremer von vornherein an beidem gefehlt („Spiegel“, 18.2.80).

Auch von seiner Partei, der SPD, wird Cremer total im Stich gelassen – ob Spion oder vertrauensselig-trotteliger Verhaltensgestörter, das politische Leben des Dr. Cremer dürfte beendet sein. Der Staatsanwalt hat am 24.4. zweieinhalb Jahre Haft gegen Cremer beantragt. Das Urteil soll am 5.5. gesprochen werden.

Schmunzelgeschichten vom KGB

Eine Auswahl der hübschesten Gruselstories der Rechtsprelle über die Umtriebe des KGB (ehem. „Jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“) haben wir im folgenden zusammengestellt. Es handelt sich wohlgeordnet nicht um Satire. Alle angegebenen Artikel sind tatsächlich erschienen und waren offensichtlich ernst gemeint!

1. Am 4.6.76 meldete die „Quick“: Der Schlagersänger Karel Gott sei Agent des CSSR-Geheimdienstes. Originalton „Quick“: „Karel Gott eroberte die Hitlisten, und der tschechische Geheimdienst sang mit“. Eine lange Liste weiterer Agenten folgte – Schlagersängerinnen, Filmschauspielerinnen usw. Originalton „Quick“: Die Künstlerbrigade des CSSR-Geheimdienstes ist ständig auf der Achse. Gastspiele, Tourneen, Kulturaustausch-Programme sorgen dafür, daß sie in der ganzen Welt herumkommen. Und sie benutzen ihre Reisen für ständig neue Kontakte“.

2. „Bild am Sonntag“ gab am 25.7.76 eine plausible Erklärung für die (damals schon 182) Starfighter-Abstürze: „ein ferngesteuerter Agent des KGB“ habe „konstruktive Änderungen an deutschen Starfightern vorgenommen, die zu Abstürzen führen mußten“. Premiere dieser Enthüllung war standesgemäß in Löwenthals faschistoidem „ZDF-Magazin“. Erzähler war jener aus der CSSR geflüchtete westliche „Spitzenagent“ Frolik, der u.a. auch schon die story über Karel Gott an die „Quick“ verkauft hatte. (Man erinnert sich an den TV-Werbeslogan „Frolik schmeckt jedem Hund!“).

3. In der „Deutschen Zeitung“ (CDU-nahe) vom 21.7.78 wurde der bekannte Phantom-Terrorist Carlos als „ein perfekter Killer des KGB“ enttarnt. Die KP Kubas habe bereits im Dezember 1975 die Aufstellung einer „Europa-Brigade“ mit Sitz in Paris beschlossen. Diese Zentrale „knüpfte auch die Fäden zum „Top-Terroristen“ Carlos“.

4. Die „Welt“ vom 2.11.79 berichtete unter der Überschrift „Finanziert Moskau Kampagne gegen mo-

derne Waffen?“. Zwei rechte niederländische Parlamentsabgeordnete hatten Krach geschlagen. Ihrer Meinung nach sei „die vorjährige Propaganda-Kampagne gegen die Neutronenwaffe ... von sowjetischer Seite reichlich mit Geld und Flugbillets unterstützt worden“.

5. „Bild“ behauptete am 28.12.79: „40 enge Mitarbeiter Khomeinis stehen im Dienst des sowjetischen Geheimdienstes KGB; auch Persiens Armee und Verwaltung sind von KGB-Agenten unterwandert“. Die Sowjetunion sei möglicherweise „der Drahtzieher des Teheraner Geiseldramas“.

6. „Welt“ am 4.2.80: „Ost-Berlin setzt Türken als Spione ein“. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR baue ein „Spitzelnest“ in den „Ballungszentren türkischer Gastarbeiter in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Frankfurt“ auf. „Diese Aussagen hellen den Ermittlungen zufolge den politischen Hintergrund zwielichtiger türkischer Organisationen auf“. Quelle: Ein „türkischer Spion“, der sich in Westberlin der Polizei gestellt habe – höchstwahrscheinlich ein faschistischer Provokateur.

7. Die „Welt“ vom 13.2.80 berichtete: Der vom türkischen Regime blutig unterdrückte Volksaufstand in Izmir sei nach Meinung ebendieses Regimes von „Drahtziehern“ in Ostberlin angestiftet worden. Von dort aus „operiere“ nämlich seit Jahren die verbotene KP der Türkei – mit politischer und finanzieller Unterstützung der „DDR“. Das türkische Regime sei der Meinung, daß der Aufstand von Izmir „das Werk kommunistischer Berufsrevolutionäre und Agitatoren“ sei. Die „Anstachelung von entlassenen Arbeitern“ in Izmir sei „mit geradezu generalstabsmäßiger Akribie vorgenommen“ worden. Überschrift der „Welt“-Meldung: „Die Terroristen schicken Ost-Berlin“.

8. „Welt“ vom 18.2.80: „Sowjetische Agenten“ hätten in Spanien versucht, „Unruhen im Stil des Pariser Mai (1968)“ anzuzetteln. Es habe „Verbindungen zwischen der sowjetischen Botschaft und einigen außerparlamentarischen kommunistischen Gruppen, vor allem in den Universitäten“ gegeben.

Der „Fall Dürbeck“

Heinz Dürbeck ist 67 Jahre alt. Früher war er Vorstandsmitglied der Gewerkschaft IG Metall. Am 2. September 1975 wurde Heinz Dürbeck verhaftet, am 6. Oktober 75 wieder aus der Haft entlassen. Im Juni 1978 wurde der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben, der Beginn des Prozesses wurde mehrmals hinausgezögert.

Die Anklage wirft Heinz Dürbeck vor, er habe vom März 1957 bis zu seiner Verhaftung 1975 „Erkenntnis-se aus dem Bereich der IG Metall an Mitarbeiter des MfS geliefert“.

Auch gegen Heinz Dürbeck liegt kein einziges konkretes Beweisstück vor, was er „verraten“ haben könnte. Wieder, wie bei Cremer, geht es lediglich um das Bestehen eines Kontakts. Dürbeck hatte nämlich seit 1957 Kontakt zu Gewerkschaftsfunktionären der DDR, die zugleich MfS-Agenten gewesen seien. Dies hätte Dürbeck wissen müssen, meint die Anklage. Daß die betreffenden Gewerkschaftsfunktionäre aus der DDR tatsächlich für das MfS gearbeitet haben, wird – eine weitere Parallele zum Cremer-Prozeß – gar nicht erst bewiesen, sondern unterstellt.

Der „Fall Dürbeck“ ist beispielhaft dafür, wie leicht gerade Gewerkschafter unter Spionage-Verdacht gestellt werden, wenn sie sich nicht an die antikommunistische Staatsdoktrin gegenüber DDR-Funktionären halten. 1976 wurde Hans Faltermeier vom Vorstand der ÖTV wegen „geheimdienstlicher Tätigkeit“ für die DDR zu zwei Jahren Haft verurteilt. Der 1974 unter Verdacht gestellte DGB Funktionär Walter Böhm hatte mehr Glück: Er wurde 1975 voll rehabilitiert.

Heinz Dürbeck indessen scheint sich aufs Glück nicht verlassen zu wollen: Er meldete sich per Postkarte am 21.2.80 aus Mailand und teilte mit, daß er sich dem Prozeß nicht stellen werde, da es ihm an Vertrauen in die BRD-Justiz fehle...

Der „Fall Grunert“

Rolf Grunert (damals 51) hatte schon einige Skandale hinter sich, als er 1977 unter Spionage-Verdacht verhaftet wurde: Der Hamburger Kriminalkommissar, seit 1972 Vorsitzender des rechten Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), hatte beispielsweise 1971 Strauß zu einer BDK-Veranstaltung eingeladen und bei diesem Anlaß selbst in einer Rede die Gewerkschaften als „Todfeinde der Demokratie“ bezeichnet. Bekannt war auch Grunerts Eintreten für die Schaffung einer straff zentralisierten Bundespolizei nach dem Vorbild des FBI. Andererseits sorgte er 1972 für Wirbel, indem er eine Äußerung des Hamburger Kripo-Vizechefs Bertling bekannt gemacht hatte: Es gebe „Sachbearbeiter, die wissen alles besser, die gehören ja am besten in den Gasofen“. Ein von Bertling deswegen angezettelter Disziplinarverfahren gegen Grunert mußte eingestellt werden.

Der „Tag der Rache“ kam am 21. Mai 77 mit der Verhaftung als angeblicher MfS-Agent. „Bild“ behauptete: „Grunert könnte dem Osten Top-Informationen geliefert haben: Er kannte alle geplanten Maßnahmen gegen Kommunisten und Terroristen, er kannte auch die bundesweiten Fahndungsmaßnahmen und Fahndungslisten. Er war auch über alle wichtigen Entscheidungen der Innenminister informiert“ (23.5.77).

Diesen Spekulationen der Springerpresse widersprach allerdings im Prozeß der wichtigste Zeuge, der Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Herold: „... Grunert habe nur Papiere einsehen können, die allgemein zugänglich waren“. Die Leitlinien der BKA-Arbeit habe „der Gegner viel billiger und einfacher in meinen veröffentlichten Aufsätzen nachlesen können“ (zit. nach „Neue Presse“ Frankfurt, 22.12.78).

Es lief, wie in den meisten derartigen Skandal-Prozessen: Konkrete Beweise oder auch nur Vermutungen, was Grunert verraten haben könnte, gab es vor Gericht überhaupt nicht. Die Beweise reduzierten sich schließlich auf folgendes:

1. Grunert habe zwischen 1973 und 1977 ungefähr 30mal Kontakt zu einem MfS-Agenten gehabt. Grunert hat diesen Kontakt nicht bestritten;

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der letzten Seite

Nach seinen Angaben handelt es sich um einen Bekannten seiner in Ostberlin lebenden Schwester, der Funktionär der DDR-Gewerkschaft FDGB ist. Grunerts Absicht sei es gewesen – so argumentierte er im Prozeß – durchaus glaubwürdig – durch persönliche Anbahnung von Kontakten zum FDGB seinem im Schatten der DGB-Polizeigewerkschaft stehenden BDK mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

2. Drei Telefonnummern in Grunerts Notizbuch, wobei es sich um MfS-Nummern gehandelt habe. Grunert behauptete im Prozeß, diese Nummern vom Bekannten seiner Schwester bekommen zu haben.

Selbst das Gericht kam schließlich zur Schlußfolgerung, Grunert sei lediglich eine „schillernde Persönlichkeit“, die ihrem „Tatendrang“ erliegen sei. Keinesfalls habe Grunert, „um des Verrats willen verurteilt“. Daß er überhaupt irgendwas verraten habe, wurde lediglich in allgemeiner Form unterstellt. Der dreieinhalbmonatige Prozeß endete am 21.12.78 mit der Verurteilung Grunerts zu 2 1/2 Jahren Haft. Da Grunert bis zu diesem Zeitpunkt schon 19 Monate in U-Haft gesessen hatte, wurde er nach dem Urteil aus der Haft entlassen.

Grunert, offenbar Bulle mit Leib und Seele, hat inzwischen versucht, sich als Privatdetektiv eine neue Existenz aufzubauen. Sympathie wird kein Linker für solche Leute empfinden. Trotzdem verdient die Praktizierung bürgerlichen Rechts auch in solchen Fällen unsere volle Aufmerksamkeit.

Eine Kette von Skandalen

+ Heinrich Burger war Sprecher des SPD-Landesvorstandes Westberlin. Gemeinsam mit seiner von ihm inzwischen geschiedenen Frau Kathryn Burger, Pressereferentin der ÖTV in Westberlin, soll er von Ende 1968 bis zur Verhaftung im Juni 1976 „heimdienstliche Tätigkeit“ für die DDR geleistet haben. Einzige Zeugin der Anklage war Kathryn Burger, die das Verfahren durch einen Gang zur Polizei selbst ins Rollen gebracht hatte. Burger soll dem MfS Material aus der SPD-Fraktion und dem SPD-Landesvorstand Westberlin geliefert haben. Er selbst bestreitet im Prozeß alle Vorwürfe. Trotzdem wurde er im Mai 1977 zu sieben Jahren Haft verurteilt. Für Frau Burger gab es anderthalb Jahre Haft und sofortige Entlassung aus der U-Haft.

+ Rudolf Fahrig war an einem Institut in Freiburg beschäftigt. Im August 1979 wurde er wegen „heimdienstlicher Tätigkeit“ für die DDR zu 10 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Sein Arbeitsplatz wurde ihm gekündigt. Die Verurteilung in Freiburg wird angefochten.

Im August 1979 wurde er wegen „heimdienstlicher Tätigkeit“ für die DDR zu 10 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Sein Arbeitsplatz wurde ihm gekündigt. Die Verurteilung beruhte darauf, daß Fahrig einem Schwager in der DDR – ebenfalls Wissenschaftler – in der Zeit von 1974 bis 1978 rund 30 in der BRD öffentlich zugängliche (!) Publikationen über das Gebiet der Krebs- und Genforschung gegeben bzw. geschickt hatte. Im März 1980 wurde das Urteil wegen Mängeln in der Beweisführung aufgehoben – diese Entscheidung berührt aber nicht die Substanz des Urteils.

Die Verurteilung Fahrigs hatte auch in der liberalen Presse Kritik ausgelöst, da in diesem Urteil deutlich wurde, daß die geltende Rechtsprechung in der Tendenz jeden wissenschaftlichen Austausch „zwischen Ost und West“ kriminalisiert. Insofern steht jeder Wissenschaftler, der Kontakt zu DDR-Kollegen hat, bereits mit einem Bein im Knast. Unterstrichen wird das durch Presse-Meldungen wie „Moskau tarnt Spione als Wissenschaftler“ („Welt“, 28.2.80): Mehrere führende Mitglieder der sowjetischen Delegation auf der Hamburger Wissenschaftskonferenz (im Rahmen der KSZE) seien KGB-Leute, also Agenten des sowjetischen Geheimdienstes. So wird aus einer KSZE-Konferenz, die offiziell noch der „Entspannungspolitik“ entspricht, schon halbwegs ein kriminelles Unternehmen. Immerhin sollte die KSZE „Schlußakte“ von Helsinki ja den freien Austausch von Ideen, Forschungsergebnissen u.ä. garantieren!

+ Robert Skottke, damals 53, stand im Nov./Dezember 1978 in Celle vor Gericht. Skottke war Meister in der Forschungsabteilung einer Firma in Wedemark (bei Hannover) gewesen. Als solcher soll er – so lautete die ursprüngliche Anklage – zwischen 1963 und 1977 „fortlaufend Neuentwicklungen auf dem Gebiet der Elektronik“ an die DDR „verraten“ haben („Frankf. Allgemeine“, 30.11.78). Diese Anklage mußte jedoch vollständig fallengelassen werden, da die Beweise fehl-

ten und Skottke die Vorwürfe bestritt. Verurteilt wurde er trotzdem – zu 15 Monaten Haft. Er sei nämlich, so hieß es nun im Urteil, von 1963 bis 1977 „ein sogenannter Wart-Agent gewesen, der für einen Einsatz im Spannungsfeld zur Verfügung gestanden habe... Nach Überzeugung des Gerichts spionierte der Angeklagte in der Bundesrepublik nichts aus; sein eigentlicher Auftrag wäre vielmehr erst im Krisenfall gekommen“ („Tagesspiegel“/Tsp. Westberlin, 6.12.78). Verlängerungen dieses Urteils bieten sich an: DKP'ler könnten verurteilt werden, weil sie „im Krisenfall“ die DDR unterstützen könnten; oder Mitglieder der „K-Gruppen“ könnten verurteilt werden wegen ihrer eventuellen Absicht, „im Krisenfall“ bewaffnete Aktionen zu unternehmen („sogenannte Wart-Terroristen“).

+ Ein ähnliches Verfahren wurde im März 1979 bereits gegen Maja Z. (26) praktiziert. Sie hatte in einem Hamburger Reise-Büro gearbeitet, das mehr oder weniger von der DDR abhängt und in dem vorwiegend DKP-Mitglieder beschäftigt sind. Verhaftet wegen „Verdacht der geheimdienstlichen Tätigkeit“ wurde Maja Z. am 9.3.79 unter dem Vorwurf, sie habe einen Auftrag des MfS gehabt, in Hamburg „einen Stützpunkt aufzubauen und Nachrichten anderer Agenten in Hamburg umzusetzen“ („Bild“, 10.3.80).

Einziger Belastungszeuge ist in diesem Fall, wie in manchen ähnlichen, der BND-Agent Stiller, eine der miesesten Figuren dieser miesen Szene. MfS-Mitarbeiter Stiller (31) hatte schon „jahrelang“ für den BND gearbeitet (vgl. z.B. „Spiegel“ vom 5.3.79 und „Bild“ vom 12.7.79). Als ihm schließlich in der DDR der Boden zu heiß wurde, setzte er sich am 18.1.79 in die BRD ab, wo er seinen Einstand gleich mit einigen Dutzend Denunziationen angeblicher DDR-Agenten gab. Was die Denunziationen dieses als „Bonns erfolgreichster Spion“ („Bild“, 12.7.79) gefeierten BND-Mannes wert sind, zeigt der „Fall Maja Z.“: Frau Z. wurde festgenommen, weil ihr Name in Stillers Notizbuch stand. Und das kam so: „Stiller hat sich mal mit ihr getroffen. Aber sein Versuch, sie als Agentin anzuwerben, scheiterte. Erst ein zweiter Versuch habe dann geklappt“ („Bild“, 10.3.79). Verhaftet wurde Maja Z. also lediglich auf Grund der Aussagen des Mannes, der sie angeblich angeworben hatte.

Und dieser Mann ist ein Agent und Provokateur des BND. Es geht schon toll zu in diesem freiheitlichen Rechtsstaat!

+ 6 Monate U-Haft bescherte der freiheitliche Rechtsstaat der Sekretärin Hanneliese Regentin. Sie war Sekretärin des CDU-Pechvogels Rainer Barzel und 1977 in Verdacht geraten, als in jeder Politikers-Sekretärin ein durch DDR-Gigolos gefügig gemachtes „spätes Mädchen“ vermutet wurde. Im März 1977 kam sie wegen des „Verdachts nachrichtendienstlicher Tätigkeit“ für die DDR in U-Haft, im September 1977 wurde sie entlassen, im Dezember 1978 wurden die Ermittlungen gegen sie endgültig eingestellt. Ihr Fall rührte schließlich sogar die Springer-Presse zu einigen Krokodilstränen: „... Freunde meiden sie, die CDU hat sie beurlaubt, zahlt ihr nur das halbe Gehalt (1400 Mark brutto)“ („Bild“, 14.10.78).

Im September 1975 geisterte eine jener beliebten Geschichten aus tausendundeiner Nacht durch die einschlägigen Medien: „östliche Geheimdienste“ hätten den CDU-Rechtsaußen Dregger kidnappen wollen. Anschließend sollte der Vorfall als Selbstentführung dargestellt werden, um Dregger lächerlich zu machen. Diese hübsche Gruselstory hatte allerdings ein weniger heiteres juristisches Nachspiel: Im November 1976 wurde der Autoelektriker Peter Schellhorn „wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit“ zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Er war nämlich im September 1975 mit einer Kamera in der Nähe von Dreggers Villa in Fulda erwisch worden. Was wollte er mit der Kamera? Na logisch, die Entführung Dreggers vorbereiten! Eine besonders originelle Note brachte die Justiz noch in die Sache, indem sie als Auftraggeber der angeblich geplanten Dregger-Entführung nicht etwa das MfS oder wenigstens den KGB benannte, sondern ausgerechnet den ungarischen Geheimdienst, von dem ansonsten keine einzige Aktivität in der BRD gemeldet wurde.

+ „Wegen heimdienstlicher Tätigkeit für die DDR und wegen Diebstahls“ wurde im Dezember 1977 ein 36-jähriger Mann in Westberlin zu einem Jahr Haft verurteilt. („Tsp.“, 13.12.77). Der Mann habe, so das Gericht, „Fluchthelfer“ in einem einschlägigen Westberliner Lokal belauscht und entsprechende Informationen in Ostberlin (wo die Verlobte



„Was wollen Sie denn, reinwaschen können Sie sich doch immer noch!“

und das Kind der Verurteilten leben) an das MfS weitergegeben. Außerdem habe er „Fluchthelfer“ einen Stadtplan geklaut, auf dem diese sich „Fluchtwege“ u.ä. markiert hatten – deswegen die zusätzliche Anklage wegen Diebstahl.

In einem Rechtsstaat wie der BRD ist es nicht verwunderlich, daß „Fluchthelfer“ aus der DDR, meist von kriminellen Banden organisiert, nicht nur straffrei ist, sondern geradezu als Rechtsgut gilt, das vor Ausspionierung durch die DDR geschützt werden muß.

Der „Fall Holtz“

Der 1978 kurzlebig von CDU/CSU, Springerpresse und Löwenthal („ZDF-Magazin“) inszenierte Spionage-Skandal um den SPD-Bundestagsabgeordneten Uwe Holtz soll hier gesondert dargestellt werden, weil ersich von sonstigen Fällen dieser Art grundlegend unterscheidet: Die SPD stellte sich vor den Abgeordneten und nahm scharf gegen die Diffamierungskampagne Stellung.

Die Affäre begann am 2. 8. 78 damit, sich der rumänische CIA-Agent Ion Papeca in den Westen absetzte und – ähnlich wie einige Monate später der bereits erwähnte BND-Agent Stiller – einen ganzen Koffer voll Denunziationen auspackte. Eine seiner Anschuldigungen: Im Bundestag sitze ein Agent des rumänischen Geheimdienstes! Ende August '78 gab Generalbundesanwalt Rebmann den Verdächtigen bekannt: Uwe Holtz (34), Mitglied des Bundestags seit 1972. Der Bundestag hob seine Immunität auf, das Büro von Holtz wurde durchsucht. Zugleich wurde auch Joachim Broude-Gröger, persönlicher Referent von Egon Bahr, von Rebmann als einer der Verdächtigen benannt. Die Affäre endete Ende September '78 mit einer knappen Erklärung Rebmanns, der Verdacht gegen Holtz, Broude-Gröger und andere sei nunmehr „ausgeräumt“.

Der „Fall Holtz“ bekam seine Dimension durch den Versuch der CDU/CSU und der rechten Medien-Mafia, auf diesem Umweg Egon Bahr und die gesamte „Neue Ostpolitik“ der SPD ins Zwielicht zu bringen: Bahr habe seinen Referenten Broude-Gröger zu warnen und zu decken versucht und damit die Ermittlungen behindert. Man werde gegen Bahr strafrechtlich deswegen vorgehen, drohte die CDU/CSU. Zur selben Zeit wurde ein angebliches Geheimpapier Bahrs ins Spiel gebracht, in dem dieser die „Neutralisierung“ der BRD vorgeschlagen habe. Bahr habe bereits 1967/68 zusammen mit drei weiteren SPD-Spitzenpolitikern Kontakte zur KP Italiens und über diese zur KPdSU und SED geknüpft. Mit diesen Kontakten sei die „Neue Ostpolitik“ eingeleitet worden. Außerdem seien vor der Bundestagswahl 1969 drei Politiker der SPD und drei von der FDP in Moskau gewesen und hätten dort konspirative Gespräche geführt, deren Inhalt immer noch nicht bekannt gemacht worden sei („Frankf. Rundschau“ vom 11. 9. 78 und andere).

Aus dem „Fall Holtz“ sollte so ein „Fall Bahr“ gemacht werden, aus diesem wiederum ein „Fall Brandt“ und womöglich ein „Fall SPD“ – dies auf dem Höhepunkt des Landtagswahlkampfes in Hessen (Wahlen am 6. 10. 78). Aus dieser Konstellation erklärt sich die sehr harte und geschlossene Antwort der SPD auf den inszenierten Spionage-Skandal. Andere Affären zeigen, daß dies keineswegs auf reale Differenzen zwischen CDU/CSU und SPD-FDP in punkto Spionage schließen läßt: Die SPD vertritt exakt denselben Spionage-Begriff wie die CDU/CSU und die Justiz, hat folglich auch reinweise Sozialdemokraten und Ge-

werkschafter, die als Spione diffamiert wurden, fallengelassen und in die Pfanne gehauen. (14. 2. 78).

Erwähnt sei am Rande – zur Veranschaulichung der Geisteshaltung von Teilen der BRD-Linken beim Thema Spionage – die Reaktion der inzwischen bankrott gegangenen „KPD“ zum „Fall Holtz“: Die „Rote Fahne“ erschien am 6.9.78 mit der Überschrift: „Spionageaffäre in Bonn: Bahrs Pläne müssen auf den Tisch!“ – „Das beharrliche Schweigen der Bundesregierung“, die „Hektik“ der SPD und „der Ausfall Wehners gegen den CIA“ seien der Beweis, daß „durch die Spionageaffäre ... ein Licht auf die dunkle Politik gewisser SPD-Kreise gefallen“ sei, „vor allem auf die Figur Egon Bahrs“. Hinter dem „Spionagefall“ würden „sich Pläne und Kontakte Bahrs mit der Sowjetunion bringen würden“. Von der Bundesregierung würden „Spione und Agenten förmlich eingeladen, in der BRD zu spionieren!“ Die CDU/CSU mußte sich von der „KPD“ in diesem Zusammenhang auch noch verhalten lassen, sie sei eine „zahnlose Opposition“ („RF“, 6.9.78 - S.1 und 3). In der „Roten Fahne“ vom 13.9.78 war zu lesen (S.3): „Bahr verwischt seine Spuren“. Die Ermittlungen in dem „Spionagefall“ würden überhaupt nur „zum Zwecke der Vertuschung“ geführt. – RF vom 20.9.78: Der mittlerweile für die Urheber selbst peinlich gewordene „Spionage-Skandal“ bleibt in dieser und den folgenden Ausgaben der „Roten Fahne“ völlig unerwähnt.

„Sieht nach Regen aus? ...“
„Ja, die Spione fliegen heute so tief“

„Sieht nach Regen aus? ...“
„Ja, die Spione fliegen heute so tief“

Skandal-Inszenierungen wie im Falle des Abgeordneten Cremer und des Wissenschaftlers Fahrig sind Begleiterscheinungen der Abkehr von der „Neuen Ostpolitik“. Im Zuge dieser etwa 1970 einsetzenden Politik waren Ost-West-Kontakte wie die von Cremer oder Fahrig nicht nur geduldet, sondern geradezu erwünscht. Das Ziel, durch Förderung solcher zwischenmenschlicher und fachlicher Kontakte den außenpolitischen Gegner „aufzuweichen“, stand im Vordergrund der Überlegungen. Mit dem „Fall Cremer“, dem „Fall Fahrig“ und ähnlichen Praktiken wird direkt angeknüpft an die Rechtsprechung vor der „Neuen Ostpolitik“, deren letztes prominentes Opfer der Foto-Großhändler Hanns Heinz Pörsch wurde: Porst wurde im Juli 69 zu 2 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt – „... nicht ... weil er Staatsgeheimnisse verraten hat, sondern weil seine Beziehung zum MfS in der Zukunft einmal den Tatbestand des Verrats von Staatsgeheimnissen hätte erfüllen können“ (G. Mauz im „Spiegel“ vom 14.4.80). Porst hatte in biederliberaler Weise private Kontakte in die DDR gepflegt. Irgendein „Verrater“ wurde ihm von der Justiz von vornherein nicht unterstellt. Die Konstruktion war lediglich: Porst hätte nach den Plänen des MfS später ein „Spitzenagent“ werden können, falls er (was in der Tat möglich schien) Karriere in seiner Partei, der FDP, gemacht haben würde.

Die seit ein paar Jahren offensichtlich wieder zunehmende Kriminalisierung solcher Art von Ost-West-Kontakten bewirkt in erster Linie massive Einschüchterung bei den Betroffenen, z.B. Wissenschaftlern, Parteifunktionären usw., die mit Branchen-Partnern aus der DDR oder sonstigen RGW-Ländern zu tun haben. Eine massive Verschlechterung dieser Art von Beziehungen auf allen Ebenen ist damit

automatisch vorprogrammiert, ohne daß die Bundesregierung dazu irgendeine offizielle Anweisung zu geben bräuhete. Die Ent-„Normalisierung“ marschiert.

Ein weiterer Effekt ist die Pflege des Feindbildes OST. „Feind hört mit“, hieß eine der Parolen, mit denen die Nazis in der Bevölkerung das Mißtrauen gegen alles und jeden zu schüren und auszunutzen versuchten. Die jetzige Kampagne der rechten Medien, in jedem Arzt, Wissenschaftler, Funktionär etc. „von drüben“ unbedingt den MfS-Agenten zu wittern, mit dem man allenfalls ein „Guten Tag“ wechseln darf („Schönes Wetter heute“ könnte schon als verbotene Weitergabe von Informationen gelten ...), produziert mit Zwangsläufigkeit die Abschottungsmechanismen des Kalten Krieges erneut.

Insofern muß die juristische und medienmäßige Verschärfung des Themas „Spionage“ durch die Herrschenden als zuverlässiges Indiz für eine beabsichtigte weitere außenpolitische Verschärfung auf allen Gebieten verstanden werden, einschließlich der Vorbereitung auf militärische Konflikte.

Interessanterweise entspricht die offizielle Spionage-Statistik sehr genau den außenpolitischen Trends: Die „Neue Ostpolitik“ brachte von 1970 bis 1975 ein Absinken der „Verdachtsfälle“ in Sachen Spionage von 1315 auf 948 und der eingeleiteten Ermittlungsverfahren von 410 auf 289. Dann folgte die Trendwende: 1976 wurden 1359 „Verdachtsfälle“ und 455 eingeleitete Ermittlungsverfahren gemeldet – also bereits mehr als zu Beginn der „Neuen Ostpolitik“ („Welt“, 19.6.77). Die Springerpresse schrieb: „Kein Staat der Erde ist durch östliche Spionage so gefährdet wie die Bundesrepublik Deutschland“ („Welt“, 30.3.77) und „Östliche Geheimdienste gefährden die Sicherheit der Bundesrepublik wie nie zuvor“ („Welt“, 19.6.77).

Die seit 1976 registrierte Steigerung der „Verdachtsfälle“ und Ermittlungsverfahren wird staatlicherseits gern so interpretiert, daß im Schutze der „Neuen Ostpolitik“ die östliche Spionage-Tätigkeit gegen die BRD leichter geworden sei und daher erheblich zugenommen habe – was erstens die Unaufrichtigkeit östlicher Entspannungspolitik zeige und zweitens die Notwendigkeit verstärkter Spionage-Abwehr seitens BKA, BGS usw. beweise. Realistischer ist es aber, zwei andere Gründe für den Anstieg der Statistik zu vermuten: Da ist zum einen die 1976 einsetzende systematische Computerfahndung durch die Spionageabwehr des VS (vgl. dazu z.B. „Quick“ vom 22.3. und „Spiegel“ vom 5.3.79), die in der Tat bessere Fangergebnisse brachte. Und da ist zum anderen das skrupellose Vorgehen bei der Erhebung

(vgl. dazu z.B. „Quick“ vom 22.3. und „Spiegel“ vom 5.3.79), die in der Tat bessere Fangergebnisse brachte. Und da ist zum anderen das skrupellose Vorgehen bei der Erhebung von „Verdachtsmomenten“ und Einleitung von Ermittlungsverfahren ebenso wie bei der juristischen Erledigung. Das heißt: Es gibt nicht mehr Spione, aber die Definition des Begriffs Spion ist ausgedehnt worden.

Für die psychologische Kriegsvorbereitung ist das Bild von der ständig zunehmenden Spionagetätigkeit „des Ostens“ gegen die BRD bestens geeignet. Obwohl in Spionage-Prozessen drastische Urteile schon jetzt üblich sind, fordern die Verantwortlichen „höhere Strafen für Spione“ („Welt“, 18.12.79). So im Dezember 79 der VS-Präsident Richard Meier in der „Quick“. So Generalbundesanwalt Rebmann am 21.3.79 in der „Bild“. Rebmann sorgte sich dort, daß es den Ostspionen manchmal zu leicht gemacht werde, daß die Gerichte den Strafraum nicht voll ausschöpfen, daß öfter mal lebenslängliche Haft ausgesprochen werden sollte.

Angesichts solcher Praktiken hält es der Staat für ratsam, deren potentielle Kritiker vorbeugend auch gleich als Werkzeuge des MfS oder des sowjetischen Geheimdienstes KGB zu diffamieren. Hamburgs VS-Chef Horchem in der „Zeit“: Es gebe „Sachkenner“, die „die sich häufenden Angriffe gegen Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland als Kampagne ansehen und sie zu einem wesentlichen Teil auf die Giftküche des KGB ... zurückführen ... Von Dezember 1978 bis heute sei keine Woche vergangen, in der nicht wenigstens in einem der führenden deutschen Magazine oder in einer überregionalen Zeitung eine „Enthüllung“ über den Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst (MAD), den Bundesnachrichtendienst (BND), das Bundeskriminalamt oder die Polizei allgemein und die Bundesanwaltschaft erschienen sei“ (nach „Frankf. Rundschau“, 26.10.79).

Auch dieser Artikel ist also ein Beweis für die verstärkte Wühlstätigkeit des KGB gegen den freiheitlichen Rechtsstaat.

Krieg in Europa?



Der März-Ausgabe des „Etincelle“ (Zeitung der OCT) entnahmen wir das folgende Interview mit Antoine Sanguinetti, Vize-Admiral, Kandidat der PS bei den Kommunalwahlen 1977 in Toulon, Mitglied der Organisation DLIM („Rechte und Freiheiten innerhalb der Militärinstitution“), einer Unterstützungsorganisation der französischen Soldatenbewegung.

Etincelle: Wir möchten zunächst Ihre Meinung über die gegenwärtige Kriegspropaganda in der westlichen Welt erfahren, die sich insbesondere nach dem Einmarsch in Afghanistan entwickelt hat.

Sanguinetti: Ich weiß nicht weshalb man die Kriegspropaganda auf Afghanistan zurückführt. Diese Propaganda ist meiner Meinung nach viel älter. Schon eine ganze Zeit vor der sowjetischen Intervention haben die USA die SALT II-Abkommen angegriffen. Dann kam es zu den Ereignissen im Iran, und gleich in diesem Zusammenhang sprachen die USA von bewaffneten Aktionen zur Befreiung ihrer Geiseln.

Zwischen diesen beiden Ereignissen haben die USA Szenen wegen einer angeblichen sowjetischen Brigade aufgeführt, die auf Kuba stationiert sein sollte, und haben wochenlang kriegslüsterne Reden geschwungen... In diesem Sinne ist Afghanistan nur eine bequeme Ausrede für eine Propaganda, die schon seit einem Jahr läuft.

Aus alldem folgt für mich, daß wegen dieser Anlässe kein Krieg geführt werden wird. Die Affäre mit der sowjetischen Brigade auf Kuba, die Kriegsambitionen gegenüber dem Iran sind fallen gelassen worden. Man redet von „Normalisierung der Situation“. Ebenso wenig wird man einen Krieg wegen Afghanistan inszenieren.

Was allerdings auf der anderen Seite feststeht, ist, daß seit Monaten eine regelrechte Propaganda für den Krieg geführt wird, und daß eine große Zahl von Menschen daran auch ein Interesse hat. Die Frage ist, weshalb die Frage ist, wo ein solcher Krieg stattfinden soll, wenn einer stattfindet. Ich persönlich meine, in Europa. Denn ich glaube, daß nur Europa eine weltweite Bedeutung hat, die einen Weltkrieg hervorrufen könnte. Wenn ein Krieg in Europa passiert, wird es entweder deswegen sein, weil die USA die SU dazu getrieben haben, oder vor allem, weil viele sich darauf geeinigt haben, daß ein Krieg notwendig ist, um die USA aus der Krise des Kapitalismus zu retten.

Etincelle: Ihrer Meinung nach besteht also keine aktuelle Kriegsgefahr?

Sanguinetti: Meiner Meinung nach geht es heute darum, die öffentliche Meinung an diese Möglichkeit zu gewöhnen. Bislang ist auf ganz andere Weise gekämpft worden als anlässlich Afghanistan. Ich war z.B. sehr zornig, daß die USA mit tausenden von Soldaten Vietnam kaputt gemacht haben, und dazu kein Krieg stattgefunden hat. Ebenso wenig für Kambodscha...

Es geht heute um die Schaffung eines Klimas, wo die Menschen an diese Idee gewöhnt werden sollen.

Etincelle: Diese Möglichkeit steht im Widerspruch zum Geist der Trilateralen Kommission. Diese Kommission, wo Carter und Barre (1) eine wichtige Rolle gespielt haben, hatte eher die Strategie, die SU wirtschaftlich zu schwächen, als eine militärische Konfrontation ins Auge zu fassen. Versucht nicht Giscard, diesen trilateralen Geist gegen die allzu kriegslüsterne Reden der USA aufrechtzuerhalten? Die USA reden von Boycott der Sowjetunion, von Getreideembargo, von Technikembargo?

Sanguinetti: Ich finde, Sie sind witzig, wenn Sie der Trilateralen unterstellen, sie sei frei von jedem

Kriegsgedanken. Die Trilaterale ist vor allem eine Kommission, die untersuchen soll, wie man die kapitalistische Macht in der Welt sichern kann. In diesem Rahmen sind die Mittel variabel und hängen von der internationalen Entwicklung ab.

Vor einigen Jahren vertrat sicherlich die Trilaterale, daß es genügen würde, die Massenmedien zu beherrschen, das demokratische Spiel zu manipulieren – da wurden auch Carter und Barre mit hohen Regierungsposten für ihren Einsatz in der Sache belohnt.

Das Westrücken war schon immer auch ein Mittel der USA, um die SU ökonomisch zu schwächen. Aber irgendwann tritt ein Moment ein, wo dies nicht mehr ausreicht.

Und wir kommen vielleicht zu einer Epoche, wo der Kapitalismus an seinem eigenen Versagen stirbt, weil er sich der heutigen Welt nicht anpassen konnte. Und wenn so etwas eintritt, dann ist es das beste Mittel, die Welt und das System zu ändern. Es wäre nicht das erste Mal, daß ein Krieg geführt wird, um ökonomische Interessen zu verteidigen.

Ich glaube, daß wir heute an einem Punkt angelangt sind, wo der Kapitalismus große interne Schwierigkeiten hat, auch aufgrund der enormen Konkurrenz zwischen den USA und dem einzigen Block, der sogar mächtiger ist als er: der Europablock.

Wir sind heute in einer Periode, wo zum ersten Mal in der Geschichte das Bruttosozialprodukt Europas höher liegt als das der Amerikaner.

Das beste Mittel für die USA, um das Gleichgewicht wiederherzustellen, ist vielleicht die Liquidierung des Konkurrenten. Dann wäre keine Rede mehr von den europäischen Autos, von der europäischen Stahlindustrie oder von der europäischen Elektronik.

...Das ist natürlich nur eine Möglichkeit, aber es lohnt sich immer, alle Möglichkeiten zu durchdenken, damit man nicht überrascht wird.

Etincelle: Wie erklärt sich dann die Politik von Giscard und des europäischen Kapitalismus angesichts der US-Kriegspropaganda? Dieser europäischen Kapitalismus, auch wenn er heute eine große wirtschaftliche Macht hat, ist auch seit Jahren in der Krise...

Sanguinetti: Die Krise des Kapitalismus hat die Kapitalisten selber nie größer gestört, sie stört vor allem die Völker. Die Krise hindert die Kapitalisten nicht, ihre Profite zu machen. Die Europäer, die das Spiel der Trilateralen mitgemacht haben, solange es darum ging, die Interessen des Kapitalismus zu verteidigen, merken jetzt, daß das Ganze sich gegen sie dreht, daß vielleicht die Zerstörung Europas geplant ist, daß Millionen von Toten einkalkuliert werden, und daß man sich vielleicht lieber aus dem Spiel zurückziehen sollte. Das erklärt vielleicht die europäische Zurückhaltung.

Etincelle: Wie beurteilen Sie die Haltung der BRD von Schmidt und Strauß, der größten europäischen Macht, die, folgt man dieser Logik, eigentlich die größte Gegnerin der heutigen US-Politik sein müßte? Es ist doch so, daß heute Strauß der energischste Befürworter des Bündnisses mit den USA ist?

Sanguinetti: Ja. Aber Strauß ist derzeit in der Opposition. Strauß könnte in der Tat das privilegierte Instrument dieser US-Politik in Europa sein: Schmidt ist etwas zurückhaltender. Die USA werden meiner Meinung nach dieses Spiel nur treiben, wenn sie sicher sind, sich zurückziehen zu können. Ein Beispiel ist die Affäre um die europäischen Missiles. Das Ziel dieses Unternehmens ist die Möglichkeit, die heutigen Missiles

langfristig durch weniger perfektionierte Missiles für die Europäer zu ersetzen, d.h. Pershing II auf dem deutschen Territorium zu installieren. Daß Helmut Schmidt nicht allzu besorgt ist, da die BRD frei entscheiden kann, ist nicht verwunderlich...

Vielleicht werden diejenigen, die an einem Krieg in Europa interessiert sind, sich dafür engagieren, daß Strauß statt Schmidt an die Macht kommt.

„Sicherheitsdoktrin“ und Faschisierung

Etincelle: Ist Ihrer Meinung nach der Rechtsruck in Europa – Thatcher in Großbritannien, Strauß evtl. in BRD, der rechte Sieg bei den französischen Legislativwahlen '78 – ein zusätzlicher Kriegsrisikofaktor?

Sanguinetti: Jedes Mal, wo die Rechte an der Macht ist, bedeutet es eine erhöhte Kriegsgefahr gegen links.

Etincelle: Seit einigen Jahren vollzieht sich dieser Rechtsruck in Europa. Einige reden von eingeschränkter Demokratie, andere von Faschisierung des Staatsapparates.

Alle sind sich einig: der Autoritarismus verschärft sich.

Sanguinetti: Meiner Meinung nach ist diese Verschärfung vorhersehbar gewesen und ein kontinuierlicher Prozeß. Dies ist überhaupt nicht auf die aktuelle Konjunktur zurückzuführen; es ist ein direktes Ergebnis des atlantischen Bündnisses, das als Doktrin die „Sicherheitsdoktrin“ hat, wie alle übrigen Bündnisse, an denen die USA beteiligt sind. Die Sicherheitsdoktrin bedeutet unausweichlich eine Doktrin der Aufrechterhaltung des Systems und nicht der Verteidigung der Völker. Sie führt zwanghaft zu einer Faschisierung innerhalb der Länder, wo sie praktiziert wird.

Etincelle: Könnten Sie diesen Gedanken präzisieren?

Sanguinetti: Früher redete man von „Sicherheitsdoktrin“, nicht von „Sicherheitsdoktrin“, nicht von „Sicherheitsdoktrin“.

Etincelle: Könnten Sie diesen Gedanken präzisieren?

Sanguinetti: Früher redete man von Verteidigung, nicht von Sicherheit. Finden sie mal in den 45er Jahren das Wort Sicherheit in Zusammenhang mit Verteidigung oder Armee!

Die USA haben in den beiden Weltkriegen eingegriffen, in denen sie nichts zu verteidigen hatten. Die USA haben für die Verteidigung von Interessen gekämpft, die nichts mit der Verteidigung ihres Territoriums zu tun hatten. Die USA kämpften für die Sicherheit ihrer Außeninteressen: sie haben in dem Zusammenhang die Sicherheitsdoktrin aufgebaut. Diese Außeninteressen sind immer ökonomische Interessen. Sie kämpfen für ein ökonomisches System, das System des freien Unternehmens und des freien Tausches, weil das ihre Stärke ausmacht.

Wenn dieses System angegriffen wird, wenn man also eine bestimmte Wirtschaftsposition ausdrückt, dann bedeutet es eine Gefahr für die USA. Das ist die Basis der Sicherheitsdoktrin der USA. Das wurde durch das atlantische Bündnis 1945 kodifiziert. Diese Doktrin ist diejenige des wirtschaftlichen Imperiums der USA. Sie ist eine gefährliche Doktrin: in dem Moment, wo Sie sagen, das kapitalistische System ist nicht gut, werden Sie automatisch zum Feind der USA, und Sie werden verfolgt. Innerhalb der USA hat es schnell Folgen gehabt: der McCarthyismus, die Jagd auf Kommunisten.

Und wenn Sie sich im permanenten Krieg befinden, dann können Sie keine Bremse mehr tolerieren, dann heißt es, immer schneller reagieren. Dann können Sie noch gar nicht mal mehr die Kontrolle der Legislative machen über die Exekutive tolerieren, und das führt dann zu solchen Affären wie Watergate.

In Lateinamerika sind die meisten Militärs auf US-Schulen gewesen, wo

ihnen diese Doktrin eingeblutet worden ist, die die Verteidigung der Wirtschaft mit der Verteidigung der Nation verwechselt. Und jedesmal, wenn die Völker aufgrund der Misere rebellierten, gab es eine schnelle militärische Reaktion. Viele latein-amerikanische Nationen, die Militärdiktaturen nie gekannt hatten, sind heute zu solchen mit Hilfe der CIA geworden.

Durch den Aufbau der NATO haben die europäischen Militärs auch begonnen, so zu denken: Verteidigung der Nation – Verteidigung der Wirtschaft. Das atlantische Bündnis läuft direkt über die Politiker. Seit Giscard an der Macht ist, hört man nicht mehr von Verteidigung der Nation und nur noch von Sicherheit der Nation reden...

Das heißt, daß ein permanenter Kriegszustand in Kauf genommen wird, was zur Aushöhlung aller Institutionen führt...

Etincelle: In Italien wird vor allem das Bild des Terrorismus an die Wand gemalt, um neue Gesetze durchzusetzen.

Sanguinetti: Aber so läuft das doch immer! Die Meinungsfreiheit wird unterbunden, Leute, die sich nicht ausdrücken können, machen einen kleinen Terrorismus, dann setzt man ihnen einen Großterrorismus entgegen und schon ist alles klar.

Etincelle: Was in Frankreich erstaunlich ist, ist der Widerspruch zwischen Rede und Praxis der Regierung in Sachen Repression...

Sanguinetti: Was erstaunt Sie denn? Sehen Sie doch, wer in Frankreich an der Macht ist: das sind Reste von Vichy und von der OAS (2). Sie waren alle entweder bei der einen oder bei der anderen Sache dabei... Mich wundert das alles nicht, mich wundert nur, daß die Franzosen es nicht merken!

Etincelle: Glauben Sie, in Frankreich existiere die Gefahr einer faschistischen Entwicklung?

Sanguinetti: Aber ich bitte Sie: nicht merken!

Etincelle: Glauben Sie, in Frankreich existiere die Gefahr einer faschistischen Entwicklung?

Sanguinetti: Aber ich bitte Sie: wir sind mitten drin! Das ist wirklich nicht mehr die Frage einer „Gefahr“. Sehen Sie die Medienpropaganda, sehen Sie doch, wie viele Bullen auf der Straße herumlaufen! Was mich schockiert: wenn ich in die DDR fahre, sehe ich kaum Bullen auf der Straße – wenn ich aber wieder „in den Westen“ zurückkomme, da treffe ich sie überall! Wie früher! Die kümmern sich um alles! Natürlich sind wir mitten im Faschismus! Sogar Chirac (3) hat das mal gesagt, er nannte das den „hinterhältigen Faschismus“, er war eben neidisch!

Etincelle: Aber für eine faschistische Entwicklung braucht man Kräfte, die diesen Faschismus tragen – und abgesehen von den kleinen faschistischen Gruppen existieren diese Kräfte nicht in Frankreich...

Sanguinetti: Jedes Mal, wenn die Hälfte des französischen Volkes für Giscard stimmt, stimmt sie für den Faschismus! Man darf doch wirklich nicht vergessen, daß Giscard im Geist der Nazi-Kollaborateure erzogen wurde, daß sein Vater ja auch wegen Kollaboration vor Gericht mußte. Seine ganze Kindheit ist ja davon geprägt worden! Da er aber intelligent ist, hat er verstanden, daß man nicht so übertrieben reden soll, wie die Nazis es tun, sondern daß man lieber unter der Hand seine Praxis erledigt und nach außen etwas anderes erzählt. In Frankreich gibt es mittlerweile eine ansehnliche Zahl von Menschen, die wegen ihrer Gesinnung im Gefängnis sitzen. Das ist alles sehr bequem: man beschäftigt die öffentliche Meinung mit Sacharow. Dann heißt es: Laßt uns dafür kämpfen, daß Sacharow im Vorort von Moskau statt im Vorort von Gorki leben kann – und diejenigen, die hier im Gefängnis wegen der gleichen Sache sitzen, die werden veressen!

Das läuft ganz einfach, wenn man sowieso alle Massenmedien zur Verfügung hat.

...dann müssen wir die Ferien der Deutschen organisieren

Etincelle: Wir erklären Sie sich dann die mangelnde Reaktion der Linken?

Sanguinetti: Fehlt es ihr an Reaktionen? Was wollen Sie denn, was sie tun soll? Terrorismus? Das wäre noch schöner im Moment! ... Ich komme aus einer Region (4), wo man auf die Straße geht. Aber dies wird immer alles verlogen von den französischen Massenmedien berichtet.

Etincelle: Sie sagten, Giscard sei ein Faschist. Es stimmt, daß er sehr rechts steht, er hat aber eine liberale Redeweise, und seine Politik ruft Widersprüche hervor. Wenn die Linke sich auf diese Widersprüche beziehen würde, dann könnte sie vielleicht die gegenwärtige Entwicklung stören?

Sanguinetti: Ja – wenn die Linke wirklich vor hätte, die Macht zu übernehmen! Ich glaube nicht, daß die gesamte Linke das tatsächlich vor hat!

Ich glaube, viele Leute denken, irgendwann mal wird es einem, wie eine reife Frucht, in den Schoß fallen, und bis dahin hat man sowieso noch Zeit! Ich bin durch eine Sache erstaunt: viele Linke erzählen immer, sie seien die Arbeiterpartei, und daß sie irgendwann einmal, mit der Hilfe der Arbeiterklasse, die Macht übernehmen würden. Diese Leute gucken nicht um sich. Zum ersten Mal in der französischen Geschichte – das beweisen alle Statistiken – ist die Zahl der Produzenten in Frankreich – also Arbeiterklasse und Landarbeiter – niedriger als die der Nicht-Produzenten, d.h. der Angestellten! Das heißt, wenn man sich nur auf die Arbeiterklasse stützen will, würde man eine Minderheit bleiben, auch wenn man ihre Stimmen zu 100 % erhält. Aber diese Analyse machen die Linken nicht.

Früher waren die französischen Minderheit bleiben, auch wenn man ihre Stimmen zu 100 % erhält. Aber diese Analyse machen die Linken nicht.

Früher waren die französischen Arbeiter in Paris, und sie haben ihre Regierung gestürzt. Heute sind sie nicht mehr in Paris. Früher waren sie eine Mehrheit in Frankreich, heute sind sie eine Minderheit. Jetzt sind die „weißen Kragen“ (5) in der Mehrheit.

Wenn alle Franzosen „weiße Kragen“ tragen werden, dann wird es keine Möglichkeit zur Revolution mehr geben – und wir werden dann die Ferien der Deutschen organisieren müssen! Und da glaubt die Linke, sie hätte Zeit?

Nein, die Linke hat keine Zeit. Wissen Sie nicht, daß diejenige Sache, die die Kapitalisten in der Welt am wenigsten ausstehen können, die französischen Arbeiter sind? Also, entweder muß sie jetzt gewinnen, oder die Zeit ist um!

Aber viele machen ja keine Analyse – dafür schwätzen sie, was denn wichtiger wäre, das eine oder das andere.



Anmerkungen d.O.:

- 1 Barre ist Premierminister in der französischen Regierung.
- 2 Vichy-Regime: Kollaborations-Regime des Marschalls Petain während der Besetzung Frankreichs durch die Nazis.
- 3 Chirac: Chef der „RPR“ („Sammlungsbewegung für die Republik“); Freund von Strauß.
- 4 Sanguinetti kommt aus Korsika...
- 5 „weiße Kragen“: seit der Commune Bezeichnung für Angestellte und Beamte.

Frankreich-Korruption

Atommacht Israel

Inzwischen wird immer deutlicher, warum der Atombombenversuch am 22.9. in südafrikanischen Gefilden nur im Dickicht von Vermutungen und Agenten-Geschichten gehandelt wird, während offiziell möglichst alles dementiert wird. Die Sache weitet sich ständig aus. Inzwischen gibt es bereits Vermutungen, es könne sich auch um eine Neutronenbombe handeln, die dort gezündet wurde. Bereits in AK 174 berichteten wir, daß es sich – laut Springers „WELT“ – im Grunde um einen israelischen Atomwaffentest gehandelt habe. Wir können diese Vermutungen hier durch entsprechende Angaben erhärten, zudem wurde der Aufbau Israels und Südafrikas zur Atommacht gemeinsam – mit intensiver Unterstützung des BRD-Imperialismus – betrieben. Schon 1973 hatte Israel während des Oktoberkrieges seine Atomwaffen in der Luft, um bei Verschlechterung der Kriegslage diesen Vernichtungsschlag zu führen. Angesichts des seitens des US-Imperialismus androhten Kriegszugs in den Nahen Osten erklärte jüngst die „Frankfurter Allgemeine“, daß Israel im Grunde die einzige Macht sei, die konsequent ihr Militärpotential zu militärischen Kriegen im Nahen Osten einzusetzen bereit sei und auch vor einem Einsatz von Atomwaffen wohl nicht zurückschrecken würde – es sei eben nicht „erpreßbar“.

Dieser Artikel stellt den Aufbau Israels als Atommacht und seine Atomverbindungen zu Südafrika dar.

Bis in die 50er Jahre reichen die atomaren Ambitionen Israels zurück.

1956 Beginn von Verhandlungen Israels mit Frankreich zum Bau eines Atomreaktors. Hintergrund ist schon zu diesem Zeitpunkt das Interesse an der A-Bombe: Der Sinai-Feldzug (bei dem Israel „sein“ Gebiet beträchtlich ausdehnte) ist zwar gerade gewonnen, der israelischen Führung reicht das aber nicht. Staatschef Ben Gurion führt mit der französischen Regierung deshalb Geheimverhandlungen.

1958 In der Negev-Wüste bei Dimona entsteht der französische Reaktor. Dieser „verhältnismäßig große Reaktor“ schrieb die „New York Times“ (15.3.65) könne „zur Produktion von Plutonium für Atomwaffen benutzt werden“. Die Phosphatvorkommen in der Negev-Wüste enthalten Uran-Anteile, die bei der Verarbeitung des Phosphats – hauptsächlich als Düngemittel – freierwerden. Die Phosphatvorkommen sind fast unerschöpflich. Offiziell verlautet, dort entstehe eine „Textilfabrik“, die „Fabrik“ wird jedoch abgeschirmt wie ein Staatsgeheimnis, selbst der Luftstrom über der Anlage ist absolutes Sperrgebiet. Ein israelischer Mirage-Pilot, der versehentlich diese Zone überquerte, wurde von seinen eigenen Landstreitkräften abgeschossen. (Stern-Serie, vom 13.3. - 10.4.80). Später wird noch ein zweiter Atomreaktor in Nachel Sorek an der Küste südlich von Tel Aviv errichtet.

1967/68 Wieder hat Israel einen Krieg gewonnen (Sechstage-Krieg), wieder einmal wird das zum Anlaß genommen, den Bau der Atombombe zu forcieren – ein entsprechender Beschluß wird gefaßt.

1967 besucht der ehemalige Kanzler der BRD, Erhard, das Chaim-Weizmann-Institut. Dieses Institut ist „das wissenschaftliche Zentrum der westdeutsch-israelischen Atomwaffenforschung in Rohovoth, das zum großen Teil von westdeutschen Monopolgruppen, unter anderen von der Fritz-Thyssen-Stiftung und der Stiftung Volkswagenwerk, finanziert wird. Die Forschungsergebnisse dieses Instituts stehen der westdeutschen Atomforschung auf vertraglicher Grundlage zur Verfügung. Außerdem sind über 70 westdeutsche Atomwissenschaftler unmittelbar im Chaim-Weizmann-Institut tätig“ („Das Bonner Kernwaffenkartell“, Berlin 1969). Schirmherr des Instituts war der CDU-Abgeordnete und ehemaliges SA-Mitglied Birrenbach.

Doch zum Bau von Atombomben sind entsprechende Uranmengen vonnöten. Gerade nach dem neuerlichen Aggressionskrieg Israels kann es sich diesem Material aber nicht auf offiziellem Wege beschaffen, die Imperialisten sind zu diesem Zeitpunkt nicht dazu bereit.

Israel mußte sich den benötigten Stoff also auf anderem Wege besorgen. So wurde 1977 durch Veröffentlichungen amerikanischer Kon-

größen bekannt, daß der israelische Geheimdienst in Zusammenarbeit mit anderen Geheimdiensten und verschiedenen Regierungen Europas 1968 eine ganze Schiffsladung mit 200 Tonnen leicht angereichertem Uran in seinen Besitz gebracht hat. Mit dieser Menge kann Plutonium für mindestens 20 Atombomben vom Hiroshima-Typ hergestellt werden.

Das ganze liest sich wie eine „James-Bond-Story“: 1968 kauft die westdeutsche Firma „Asmara Chemie GmbH“ 200 Tonnen Uran, das – je nach Quelle – aus Zaire oder Südafrika stammen soll. In 560 Fässern mit der Aufschrift „Plumbat“ wird das Uran in Antwerpen auf den westdeutschen Frachter „Scheersberg“ geladen. Der Frachter sticht Richtung Genua in See, taucht aber erst Monate später unter anderem Namen mit neuer Besatzung wieder auf. Weder vom Kapitän und der Mannschaft noch von der Ladung existiert eine Spur, die entsprechenden Seiten aus dem Bordbuch sind rausgetrennt. Angeblich war die gesamte alte Mannschaft vom israelischen Geheimdienst und hat die brennenden Fässer auf hoher See auf ein israelisches Schiff umgeladen.

Wenn das ganze Manöver auch als „Piratenstreich“ und „Husarenstück“ einiger verwegener israelischer Agenten verbreitet wurde, so war es doch mehr die wohlwollende Unterstützung der BRD, der USA und anderer Staaten, die Israel direkt zur Atombombe verholfen hat. So gehörte zur Kundschaft der BRD-Firma, die den Ankauf des Urans offiziell getätigt hat (Asmara Chemie GmbH), sowohl die US-Armee als auch die Bundeswehr. Einer der Geschäftsführer der Asmara Chemie hatte gute Beziehungen zum Bonner Verteidigungsministerium.

Nach Informationen des US-Magazins „TIME“ hat die Regierung Kiesinger Israel zugesichert, den Uran-Kauf als eine private Transaktion verschleiern zu können („FR“, 24.5.77). Die Verschiffung wurde dann von den höchsten Stellen in der EURATOM-Behörde genehmigt.

Das Uran tauchte nie wieder auf, die Asmara Chemie meldete auch den Verlust nicht. Später leitete die Frankfurter Staatsanwaltschaft eine Untersuchung ein, die aber bald wieder eingestellt wurde. Was ist auch Schlimmes dabei, wenn ein paar hundert Tonnen Uran verschwinden, wenn sie in den „richtigen“ Händen gelandet sind? Die belgischen und italienischen Behörden leiteten ebenfalls „Untersuchungen“ ein, zu Verfahren kam es aber nicht. Spätestens 1969 haben also sämtliche betroffenen Regierungen – einschließlich der amerikanischen – von dem „Verschwinden“ der Uran-Ladung gewußt. Aber dies rührte die Regierungen nicht. Auch bei den späteren Enthüllungen – erst im „Spiegel“, jetzt im „Stern“ – gab es keine Reaktionen der Regierungen, man hätte ja auch entweder lügen oder die Beteiligung zugeben müssen.

Aber auch aus den USA hat Israel waffenfähiges Nuklearmaterial bezogen. So sagten CIA-Agenten vor einem amerikanischen Untersuchungsausschuß aus, 1965 habe Israel 61 Kilo angereichertes Uran aus den USA erhalten. Das Material sei aus einem Werk in Apollo (Pennsylvania) abgezweigt worden. In diesem Werk wurde angereichertes Uran für amerikanische U-Boote erzeugt. Außerdem ist gemeinsam mit der israelischen Regierung ein Zweitwerk unterhalten worden (nach „SZ“, 21.8.77).

Offiziell bestätigt hat sogar die US-Regierung den Verlust von insgesamt 4 Tonnen (!) Uran und Plutonium innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren. Das Material reicht nach Expertenschätzungen für ca. 500 Atombomben. Wo der Stoff geblieben ist, wurde nie veröffentlicht (nach „SZ“, 6.8.77).

Alles in allem bestätigen diese Informationen, daß Israel zur Atomwaffe nicht zufällig gekommen ist, sondern daß die atomare Bewaffnung solcher Länder ein kalkül imperialistischer Militärpolitik ist.

1973 Nach einem Bericht der „TIME“ aus dem Jahre 1977 erwog die israelische Führungsspitze während des Jom-Kippur-Kriegs im Oktober 1973 zeitweise, ihre Atombomben über Ägypten abzuwerfen. Die in den unterirdischen Tunneln in der Negev-Wüste gelagerten Bomben waren schon in die umgerüsteten Kfir- und Phantomjäger geladen, die Maschinen waren startklar („SZ“, 6.4.77).

„24 Stunden steht die Welt am Rande eines Atomkriegs – ohne daß die Welt davon weiß. Dann wendet sich das Kriegsglück am Golan und an der Suez-Front: Israels Soldaten bringen den Feind zum Stehen und schlagen zurück“ („Stern“, 20.3.80). Die Bomben kommen wieder in die unterirdischen Gänge.

1976 In Verhandlungen mit den USA sichert sich Israel die Lieferung von zwei weiteren Reaktoren. Der Bau ist Mitte der 80er Jahre geplant.

Eine 13-köpfige Delegation des amerikanischen Senats, die 4 Monate später nach Israel fährt, um die „friedliche“ Verwendung vor dem endgültigen Verkauf zu prüfen, läßt die israelische Regierung glatt abblitzen: Der von amerikanischen Abgeordneten gewünschte Besuch im Reaktor Dimona wird verweigert.

Gleichzeitig wird feierlich der dritte Atomreaktor Israels eingeweiht. Dieser Reaktor („Pelletron-Beschleunigungs-Reaktor“) hat natürlich „keine Verbindung zur Waffenproduktion“ („FR“, 5.11.76), wie sogleich von der Regierung erklärt wird.

In diesem Jahr tauchen aber immer massiver Gerüchte über Israels Atomwaffenbesitz in der internationalen Presse auf.

Als bekannt wird, daß Israel inzwischen bereits über 20 A-Bomben verfügt, entschuldigt sich beziehungsweise der damalige CIA-Chef George Bush bei der israelischen Regierung für die Indiskretion. Zwei Jahre später bestätigte erneut eine veröffentlichte CIA-Geheimstudie den Einstieg Israels in den Atomclub.

Immer wieder erklärt die Regierung Israels, daß sie nicht die erste sein wird, die im Nahen Osten Atomwaffen anwenden wird, nachdem auch Ägypten öffentlich den Aufbau einer Atommacht angekündigt und entsprechende Hilfe der Imperialisten verlangt hat.

1979 Am 22. September wird von einem amerikanischen Satelliten ein typischer Atomblitz vor der südafrikanischen Küste beobachtet. Nach der israelischen Tageszeitung „Yedioth Aharonot“ hat der israelische Oberst Horev kurz vor diesem Ereignis bestätigt, daß Israel in der Lage sei, Atomwaffen zu produzieren (nach „DVZ“, 20.3.80).

1980 Die CBS-Fernsehgeseilschaft behauptet in einer Sendung, die beobachtete Explosion vor der südafrikanischen Küste sei auf die Zündung einer israelischen Atombombe zurückzuführen.

Zusammenarbeit Israel - Südafrika

Die Meldungen über die Hinter-

Zusammenarbeit Israel - Südafrika

Die Meldungen über die Hintergründe der beiden Atomblitze am 22. September 1979 werfen ein Schlaglicht auf die nukleare Kooperation zwischen Israel und Südafrika. Traditionell existiert die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Staaten in Form einer Arbeitsteilung: Israel liefert das „know how“, die technisch-militärische Qualifikation, Südafrika dagegen die Rohstoffe. So auch auf dem Nuklear-Sektor: Bereits in den 50er Jahren lieferte Südafrika Uran für den Atomreaktor in Dimona und wurde dafür am technologischen Fortgang des israelischen Atomprogramms beteiligt. Es folgte ein regelmäßiger Austausch von Atomexperten und eine sehr enge Verbindung zwischen den beiden atomaren Forschungsinstituten.

Diese Informationen stammen aus einem Buch-Manuskript, das seit mehreren Wochen von der israelischen Militäzensur blockiert wird (Eli Teicher/Ami Doran, „Die Geschichte der israelischen Atombombe“).

Der amerikanische Fernsehgigant CBS veröffentlichte den Text allerdings Ende Februar, und aus dieser Quelle stammte auch die Information, bei der Atomexplosion am 22.9.79 habe es sich um eine israelische Bombe gehandelt.

Obwohl der israelische Verteidigungsminister Weizmann und die südafrikanische Regierung sofort dementierten, kann es an der intensiven atomaren Kooperation zwischen beiden Staaten keine Zweifel geben.

Angeblieh soll Südafrika schon 1966 Israel angeboten haben, auf seinem Territorium die erste israelische Atombombe zu testen, das wurde aber offenbar vom damaligen Premierminister Levi Eschkol nicht für opportun gehalten, jedenfalls lehnte er ab.

Die Zeiten haben sich geändert:



Kurz vor der im September 79 beobachteten Atomexplosion über dem Süd-Atlantik traf sich Oberst Amos Horev zu „Beratungen“ mit südafrikanischen Kollegen. Horev ist Chef des Technischen Instituts in Haifa (Technion), war früher einer der führenden Wissenschaftler im Verteidigungsministerium und ist heute noch in der israelischen Nuklearforschung tätig („DVZ“ Nr. 12/80; „FAZ“, 10.11.79). Horev selbst hat dort bestätigt, daß Israel in der Lage sei, Nuklearwaffen zu bauen.

Der zeitliche Zusammenhang dieses Besuchs kann kein Zufall sein, selbst wenn es sich um eine südafrikanische Bombe gehandelt haben sollte, dazu ist die Atomforschung der beiden Länder zu stark verflochten.

Am 15./16. März 80 hielt sich der israelische Verteidigungsminister Weizmann zu einem Geheimbesuch in Südafrika auf. In einem Bericht der englischsprachigen „Jerusalem Post“ hieß es: „Es ist fast sicher, daß Weizmann Südafrika besucht hat“ (nach „NEUE“, 21.3.80). Auch die Morgenzeitung „Davar“ und der israelische Rundfunk berichteten über diesen Besuch. Daß er von offizieller Seite dementiert wurde, ist selbstverständlich.

Welche Dimensionen die Beziehungen Israel-Südafrika wirklich haben, zeigen einige Beispiele: „Südafrika kann in Kooperation mit Israel auch die Tatsache nutzen, daß Israel auf wissenschaftlichem Gebiet über langjährige und zum Teil auch institutionell abgesicherte Kontakte mit Westeuropa und den USA verfügt. So gibt es für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der BRD die MINERVA Gesellschaft, eine Tochtergesellschaft der Max-Planck-Gesellschaft...“

Im Rahmen dieser Gesellschaft (lt. „Bonner Kernwaffenkartell“) unterhielt etwa das Chaim-Weizmann-Institut direkte Verbindungen zum Heidelberger Max-Planck-Institut für Kernforschung. Ihr Direktor, Gentner, war Vorsitzender eines gemeinsamen „steering committees“, das die Forschungsarbeiten abstimmt.

Im Januar 1974 tagte die 7. europäische Konferenz über Physik und Chemie nuklearer Reaktionen im Kibbutz Genossar in Israel, veranstaltet vom israelischen Weizmann-Institut der Atomenergie-Kommission, der europäischen physikalischen Gesellschaft und der israelischen physikalischen Gesellschaft.

„Für den Fall einer weiteren Verschärfung des Waffenembargos gegen Südafrika“ meint die Johannesburg Financial Mail (7.6.1974), „könnte unser strategischer Bedarf wenigstens zum Teil durch Israel befriedigt werden. Auch diese Rolle kann Israel nur in Kooperation mit seinen imperialistischen Freunden spielen“ (Zitate und Fakten nach Sondernummer des 3. Weltmagazins, „Israel-Südafrika-Kooperation imperialistischer Vorposten“).

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß die israelisch-südafrikanische Kooperation keinesfalls isoliert betrachtet werden darf, sondern als ein Faden im Netz der imperialistischen Atompolitik zu sehen ist. Jedes öffentliche Klagen etwa der

BRD oder USA über die Weiterverbreitung von Atomwaffen ist von daher reine Heuchelei.

Genauso zielstrebig, wie Israel ein eigenes Atom-Potential aufbaut, beteiligt sich sein Geheimdienst an allen Aktionen gegen die „islamische Bombe“.

So war der MOSSAD (israelischer Geheimdienst) im letzten Jahr an den Veröffentlichungen über die pakistische Atombombe beteiligt. Sogar ein gemeinsames Kommando-Unternehmen auf die Atomanlagen in Pakistan sollen Israel und USA geplant haben, bei dem die international berühmten israelischen Überfallkommandos eine wesentliche Rolle spielen sollten. Das Ganze wurde seitens des MOSSAD kräftig mit Gerüchten angeheizt: So sollen Ghaddafi und der Irak das Geld für die „islamische Bombe“ gegeben haben, Arafat hätte das ganze Geschäft vermittelt.

Ein anderes Kommandounternehmen richtete sich direkt gegen den Irak: Im April 1979 lagerten in einem kleinen französischen Hafen die Kernstücke der beiden Atomreaktoren „Tamuz I“ und „Tamuz II“, die Frankreich an den Irak liefern wollte. In der Nacht vom 5. auf den 6. April 1979 brachte ein israelisches Agententeam Sprengladungen an den beiden Reaktorteilen an und jagten sie in die Luft. Das Atomgeschäft Irak-Frankreich war vorerst geplatzt (nach „Stern“, 12/80).

So sichert Israel seine atomare sie in die Luft. Das Atomgeschäft Irak-Frankreich war vorerst geplatzt (nach „Stern“, 12/80).

So sichert Israel seine atomare Vormachtstellung im Nahen Osten auch von der „anderen Seite“ her ab.

Was will Israel mit der Bombe?

Daß sich für die israelische Regierung der Entschluß zum Einsatz der Atombombe nur aus dem konkreten Kriegsablauf ergibt, also eine rein taktische Frage ist, hat das Beispiel des Jom-Kippur-Krieges bereits gezeigt. Welche Bedeutung diese Bereitschaft für den Imperialismus hat, verdeutlicht ein Leitkommentar der „FAZ“ vom 15.4.80:

„Als sich kürzlich ein amerikanischer Journalist mit einem israelischen Regierungsvertreter ... unterhielt, meinte der Israeli, was denn der Westen davon halten würde, wenn Israel die Ölquellen am persischen Golf besetzen würde. Israel sei ja wohl derzeit die einzige Macht, die das könne.“

Vorsichtig ausgedrückt: es würden sich wohl inner- und außerhalb Israels genügend Juden finden, die im Verzweiflungsfall zu einem neuen Massada bereit wären. Siebzug nach Christus töteten sich fast tausend jüdische Widerstandskämpfer in dieser Bergfestung am Toten Meer gegenseitig, um nicht in die Hände der Römer zu fallen. Der Unterschied zum antiken Massada wäre freilich heute, daß das hochgerüstete Israel sein Waffenpotential wohl kaum gegen sich selbst richten würde.“

Das ist schon mehr als eindeutig. Doch die „Frankfurter Allgemeine“ vergaß nicht hinzuzufügen, daß Israel für seine Rolle als imperialistischer Vorposten auch den Einsatz seiner Atomwaffen einkalkuliert: „Ob die Juden zu einer Atomwaffe greifen könnten und wollten oder nicht: Israel ist letztlich nicht erpreßbar“, es würde militärisch jedes Mittel einsetzen.

KB/Gruppe Nürnberg

Erster Anlauf gescheitert



Die gescheiterte Militäraktion der USA gegen den Iran – angeblich zur Befreiung der etwa 50 amerikanischen Geiseln in der Teheraner US-Botschaft – hat an der Absicht der USA, im Iran militärisch zu intervenieren, keinen Zweifel gelassen – zu intervenieren, auch auf die Gefahr hin, einen dritten Weltkrieg anzuzetteln.

US-Präsident Carter münzte die gescheiterte Militäraktion propagandistisch in eine „humanitäre Aktion“ zur Befreiung der Geiseln um – und das nicht nur, um den „War Powers Act“, unter dem Eindruck des schon verlorenen Vietnam-Krieges 1973 geschaffen, zu umgehen, nach dem der Kongreß bei militärischen Aktionen im Ausland ein Einspruchsrecht besitzt. Carter betonte, man werde sich jetzt weiter mit „friedlichen (?) Mitteln“ für die Befreiung der Geiseln einsetzen. Sein Sicherheitsberater Brzezinski hingegen bediente sich wie üblich der klaren Sprache der US-Imperialisten: Der gescheiterte Versuch solle den Iranern eine Warnung sein, nicht an dem Willen der USA zum Einsatz militärischer Mittel zu zweifeln („Frankfurter Rundschau“, „FR“, 29.4.80).

Eine lang geplante Aktion

Unterstrichen wurden diese Drohungen anschaulich durch das fast gleichzeitige Eintreffen zweier weiterer Flugzeugträger, „Constellation“ und „Eisenhower“, plus Begleitschiffe im Indischen Ozean, die angeblich die dort stationierten Flugzeugträger „Nimitz“ und „Coral Sea“ ablösen sollen. Zumindest die „Nimitz“ war an der Militäraktion direkt beteiligt. Dieses Timing – Eintreffen der Flugzeugträger nur Tage nach der Aktion – ist ein weiterer Beleg für die lang angelegte Planung der Militäraktion (vgl. AK 175) und für eine – statt der offiziellen „Geiselfreiung“ – möglicherweise größer angelegte Vergeltungsaktion. Dazu würden z.B. Meldungen passen, daß die USA zur Absicherung der Militäraktion bereit waren, die Luftwaffe einzusetzen, um den Abtransport der Geiseln zu schützen. Angriffe auf iranische Militärstützpunkte (da lagert zumindest hochwertiges Kriegsmaterial) waren ebenfalls eingeplant („FR“, 3.5.80).

Diese beiden Fakten – Entsendung weiterer Flugzeugträger, geplanter massiver Einsatz der amerikanischen Luftwaffe gegen Iran – sollten eigentlich Beleg dafür sein, daß die „lächerlichen“ Anläufe des Scheiterns der Militäraktion – technische Mängel an Hubschraubern, Kollision eines Hubschraubers mit einem Transportflugzeug in der Dunkelheit –, über deren wahres Ausmaß man nur spekulieren kann, der Aggressivität des US-Imperialismus keinen Abbruch tun. Ein Hinweis nur: Die iranische Luftwaffe bombardierte schon am nächsten Tag die zurückgelassenen intakten Hubschrauber, in denen sich auch die Einsatzpläne befunden haben sollen. Ein Indiz dafür, daß die US-Imperialisten zumindest in der

iranischen Armee über eine stattliche Anzahl Kollaborateure verfügen.

Nur zwei Tage vor der Militäraktion einigten sich die Außenminister der neun EG-Staaten in Luxemburg darauf – nicht zuletzt auf Grund des ständigen Drängens der USA –, am 31.5. Sanktionen entsprechend der Anfang Januar von den USA vorgelegten UN-Resolution gegen Iran zu ergreifen, wenn nicht bis zum 17.5. (bis dahin könnte das iranische Parlament zusammengetreten sein, dessen restliche Mitglieder in einem zweiten Wahlgang am 9.5. gewählt werden) Fortschritte in der Geiselfrage erzielt worden seien. Japan schloß sich dem Vorgehen an („FR“, 23.4.80). Die USA hatten ausdrücklich immer wieder betont, daß die wirtschaftlichen

USA hatten ausdrücklich immer wieder betont, daß die wirtschaftlichen und politischen Sanktionen, wenn sie von allen Bündnispartnern getragen und sich als wirksam erweisen würden, militärische Aktionen verhindern könnten. Daß es sich bei den Auseinandersetzungen um Boykottmaßnahmen nur um Propaganda handelte, bei der mit den angeblich „friedlichen“ Absichten der USA über die längst bestehenden Aggressionspläne hinweggetäuscht werden sollte, hat die Militäraktion hinreichend bewiesen.

Carter selbst gab zu, daß die Militäraktion lange (seit November) und sorgfältig geplant worden sei. Im November fand das Geheimtreffen hoher Regierungs- und Militärspitzen in Camp David statt, auf dem grundsätzliche Einigung über eine militärische Intervention in spätestens sechs Monaten erzielt wurde (vgl. AK 175). Vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse gewinnen die Äußerungen Brzezinskis auf dem damaligen Treffen neue Bedeutung: „Alle Hinweise, die wir haben, deuten darauf hin, daß der Beginn einer militärischen Operation sofort die Intervention gewisser ‚befreundeter‘ hoher Offiziere auslösen wird, die versuchen werden, die Macht in Teheran zu ergreifen, das Kriegsrecht einzuführen und Ordnung und Sicherheit im Iran herzustellen. Es ist weiter notwendig, daß der Präsident ein genaues Datum für eine Intervention festsetzt, damit größte Geheimhaltung gewahrt werden kann. Ein Ultimatum ist nicht notwendig.“ („Neue“, 3.1.80, „afrique-asie“, 10.12.79, vgl. AK 169).

Diese Äußerungen deuten auf sehr weitreichende Pläne hin – Carter äußerte den festen Willen zum Sturz Khomeinis in diesem Gespräch –, der Versuch, 300 km von Teheran entfernt einen Stützpunkt (?), gedacht zum Auftanken der Hubschrauber, was auch in der Luft möglich ist) zur Befreiung der Geiseln anzulegen, stärkt im Grunde diese Annahme. Während immer häufiger unmittelbar vor der Militäraktion mit militärischen Mitteln gedroht wurde, deren unmittelbar bevorstehender Einsatz jedoch noch immer abgestritten wurde, veröffentlichte der ehemalige CIA-Agent Miles Copeland, früherer Leiter der CIA-Abteilung für politische Aktionen und 1953 an den Putschplänen des CIA im Iran (ge-

gen Mossadegh) beteiligt, einen detaillierten möglichen Plan für eine Geiselfreiung in der amerikanischen Zeitung „Washington Star“, auf den z.B. auch in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 22.4.80, also zwei Tage vor der Militäraktion, hingewiesen wurde.

Während alle offiziellen Verlautbarungen (Carter, Sicherheitsberater Brzezinski, „Verteidigungsminister Brown“) nur die nach der gescheiterten Militäraktion sowieso bekannten Fakten zugaben, stimmten alle Darstellungen in Zeitungen über die Pläne der Geiselfreiung fast haargenau mit Copelands Gedankenspielen überein. Was also war wirklich geplant?

Putschpläne

Putschpläne

Die USA hatten sich nie mit dem Sturz des Schah-Regimes – und dem damit einhergehenden zumindest zeitweisen Verlust ihres Einflusses im Iran abgefunden. Als der Sturz des Schah-Regimes nicht mehr aufzuhalten war, versuchten sie eine kontrollierte Ablösung des Regimes. Am 10.1.79 reiste der stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber General Huyser in den Iran. Nur sechs Tage später verließ der Schah Iran, die Regierung Bakhtiar wurde eingesetzt. Als auch diese Regierung, die immerhin die Monarchie sichern sollte, von den Massen hinweggefegt zu werden drohte (am 9. Februar begann der bewaffnete Aufstand in Teheran), einigten sich Bakhtiar, Bazargan und hohe Militärs auf eine möglichst kontrollierte Ablösung. Das Militär erklärte seine Loyalität gegenüber Khomeini und der neuen Regierung Bazargan, es wurde versucht, die Armee, die sich in Auflösung befand, noch einigermaßen geordnet zurückzuziehen, um die vollständige Auflösung zu verhindern. Bazargan sah seine Aufgabe vor allem darin, die Staatsmacht möglichst schnell wiederherzustellen (vgl. AK 148).

Bis heute ist das nicht gelungen, und bis heute haben die USA nicht davon abgesehen, die Entwicklung im Iran in ihrem Sinne zu beeinflussen zu suchen. So meldete die „New York Times“ vom 18.4.80 mißglückte Putschpläne von CIA und iranischen Offizieren (nach „UZ“ vom 25.4.80 sollen 80.000 Soldaten und Offiziere der iranischen Armee – das sind ungefähr 20 % – ins Ausland gegangen sein). Die „Welt“ vom 25.10.79 berichtete, daß General Oveissi (verantwortlich für das Blutbad in Teheran 1963, als es zu ersten großen Demonstrationen seit dem CIA-Putsch 1953 kam, und als militärischer Befehlshaber in Teheran verantwortlich für die Massaker am 8.9.78, dem schwarzen Freitag; gleich nach dem Schah verließ auch Oveissi den Iran, aus Gesundheitsgründen – tatsächlich wäre er nach dem Aufstand auch umgehend hingerichtet worden) an der iranisch-irakischen Grenze eine schlagkräftige Armee aufbaue. Dies wurde der iranischen Regierung von den Kurden selbst gemeldet, statt aber gegen General Oveissi und seine Kumpanen

aktiv zu werden, griff die iranische Armee die Kurden an.

Die iranischen Machthaber haben nach der gescheiterten Militäraktion eine Anweisung Brzezinskis vom 6.8.79 veröffentlicht, in der angeordnet wird, daß alle Kontakte zu politischen Kräften, rassischen und nationalen Minderheiten im Iran nur über das Außenministerium mit Wissen des CIA-Chefs zu laufen habe.

Jede Opposition im Iran soll zerschlagen werden

Die – immerhin schon ein dreiviertel Jahr alte und sicherlich längst bekannte – Anweisung Brzezinskis wird von den Machthabern im Iran gezielt ausgenutzt, um mit jeder Opposition gründlich aufzuräumen. So dient u.a. diese Anweisung dazu, die Behauptung der Machthaber zu untermauern, Linke, Demokraten und nationale Minderheiten seien nichts weiter als Agenten des US-Imperialismus.

Kurz vor der Militäraktion begannen die iranischen Machthaber mit einem neuen blutigen Angriff sowohl auf die Kurden (in Kurdistan herrscht Bürgerkrieg, vgl. Artikel und Interviews in diesem AK) als auch auf die Universitäten des Landes, die gewissermaßen Zentren der linken Kräfte sind. Ausgenutzt wurden dabei die sich ständig steigenden Drohungen der USA gegen den Iran. Seit ihrem Beginn wurde die Botschaftsbesetzung – und die äußere Bedrohung durch die USA – systematisch angewendet, um von den innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken (Unfähigkeit der jetzigen Machthaber, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen) und die Errichtung einer neuen Diktatur voranzutreiben (das Vorgehen gegen linke Kräfte, gegen die um Demokratie und Autonomie kämpfenden nationalen Minderheiten wurde erleichtert, die Massen standen wieder hinter Khomeini, alle anstehenden Abstimmungen – Verfassungsreferendum, Präsidentschaftswahlen, Parlamentswahlen – konnten ungestört durchgeführt werden).

Am 18.4. beschloß der Revolutionsrat, daß bis zum 21.4. alle politischen Gruppen ihre Büros in den Universitäten zu räumen haben, die politische Betätigung auf dem Universitätsgelände wurde verboten. Der Sprecher des Revolutionsrates und Hochschulminister Habibi drohte unverhüllt mit Gewaltanwendung, wenn die Linken ihre Büros nicht räumen würden. Die Studenten traten nach diesem Beschluß an vielen Universitäten in den Sitstreik und wurden noch vor Ablauf des Ultimatums von Hezbollahs (dem Namen nach „Anhänger der Partei Gottes“, in Wirklichkeit aufgehetzte Lumpen, die gegen Geld alles zu tun bereit sind und seit Beginn der „Islamischen Republik“ gegen jede linke Demonstration, gegen Zeitungsbüros und Büros der Linken eingesetzt werden) bewaffnet angegriffen. In vielen Universitäten, z.B. Schiraz, Täbriz, Ahwaz,

Meshed, Teheran, Rascht und Zahedan kam es zu blutigen Schlächten, bei denen sehr viele Menschen getötet (die Studenten geben für Teheran 27 Tote an, offizielle Quellen sprechen von drei, „The Guardian“, 24.4.80) und hunderte verletzt wurden. Der Terror der Hezbollahs und Revolutionsgarden herrschte wieder – wie schon im August 79 – auf den Straßen Teherans und vieler Städte.

Der iranische Staatspräsident Bani Sadr begrüßte am 22.4. auf einer Kundgebung in der geräumten Universität Teheran ausdrücklich die „Kulturrevolution“ – so die offizielle Bezeichnung für die blutigste Aktion seit dem Aufstand im Februar 1979. Dank des Einsatzes von Volk (!) und Revolutionsgarden sei die

1979. Dank des Einsatzes von Volk (!) und Revolutionsgarden sei die drohende Welle der Anarchie abgewendet worden. Die Menschen sollten ihr Schicksal selbst bestimmen und sich gegen Verschwörer und Unruhestifter in „Kurdistan und Khuzistan (Erdölprovinz), in Industrie und Landwirtschaft“ zur Wehr setzen („FR“, 23.4.80). Khomeini unterstützte die „Kulturrevolution“ u.a. mit den Worten: „Ihr habt recht, euch zu empören, wenn ihr Bilder von Marx und Lenin an den Wänden seht!“ und forderte die Unabhängigkeit der Universitäten von Imperialismus, Kommunismus und Marxismus („FR“, 23.4., „NZZ“, 22.4.). Und die Zeitung der „Islamischen Republik-Partei“ schrieb: „Jede westlich geprägte Sichtweise ist ein Brückenkopf für die Rückkehr der USA in unser Land. Unser Volk hängt immer noch dem ‚american-way-of-life‘ nach und auch der amerikanischen Art zu denken, der amerikanischen Sichtweise von ‚Menschenrechten‘. Das Volk liebt es immer noch, Winston zu rauchen ... Ist das nicht ein Warnsignal? Unter solchen Bedingungen besteht der einzige Weg nach wie vor darin, anti-amerikanische und antiwestliche Gefühle beim Volk zu stärken. Die Besetzung (der US-Botschaft) ist daher eine sehr nützliche Waffe, die nicht durch Öl-Gelder oder Maschinen-Importe ersetzt werden kann.“ (nach „taz“, 22.4.). Nach der gescheiterten amerikanischen Militäraktion wurde die Hetze gegen Oppositionelle zu einer wahren Verfolgungsjagd gesteigert. Unter der Überschrift „Die Suche nach ‚Komplizen der Amerikaner‘ schafft ein Klima der Hexenjagd“ schildert „Le Monde“ (2.5.) wie mittels Denunziationsaufrufen und breit gestreuten Verdächtigungen die Verfolgungen der linken und fortschrittlichen Kräfte enorm verstärkt werden.

Während die iranischen Machthaber als Grund für das Scheitern der amerikanischen Intervention den lieben Gott und die Anziehungskraft des Jenseits bemühen (für gläubige Moslems, die deshalb den Märtyrertod nicht fürchten), setzen sie bei der Ausmerzungen der eigenen Opposition auf sehr profane Mittel (siehe oben). So ließen die Geiselnnehmer verlauten: „Die Welt und die heroi-

Fortsetzung nächste

Fortsetzung von der letzten Seite

sche und kämpferische islamische Nation haben gesehen, daß er (Carter) überhaupt nichts machen kann, und sie sieht, wie sehr Gott den Unterdrückten hilft, und sie sieht, wie er seine Engel schickt, um Euch beim Widerstand zu helfen und Eure Standfestigkeit zu stärken." Dagegen benutzte Bani Sadr die Militäraktion, um das blutige Vorgehen gegen jede Opposition propagandistisch zu untermauern: „Ich muß feststellen, daß die Entwicklung in Kurdistan, in der der linke Flügel, der Gegner des Islams, Unruhen stiftet, und daß die Entwicklung an den Universitäten, wo linke amerikanische Gruppen für Unruhen gesorgt haben, ebenso etwas mit der militärischen Intervention Carters in Iran zu tun haben wie die von dem illegalen irakischen Regime an der Grenze ausgelösten Zwischenfälle.“ („FR“, 30.4.80).

Diese massive Hetze ist allerdings auch Ausdruck eines Dilemmas, in dem sich die iranischen Machthaber befinden: Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten sind in absehbarer Zeit nicht zu lösen und werden die Menschen, die für den Sturz des Schah-Regimes gekämpft haben, aber auch die Anhänger des alten Regimes, zunehmend gegen das Khomeiny-Regime aufbringen. Die allzu gründliche Ausnutzung der Geiselfrage, um über die wirklichen Probleme hinwegzutäuschen, verlangt wahrnehmbar, daß Härte in der Geiselfrage gezeigt werden muß – auch wenn sich das Mittel schließlich abgenutzt haben wird.

Die markigen Drohungen Irans mit dem Stopp der Erdöllieferungen an westliche Industrienationen sind, wenn es hart auf hart kommt, eine leere Drohung. Die Erdölwanne liegt eher in den Händen der großen Mineralölkonzerne und der Imperialisten, als in den Händen der iranischen Machthaber. Solange sie – wie im Augenblick – auf die Lieferung von Erdöl aus imperialistischen Erdölstaaten rechnen können (Saudi-Arabien hat die Förderung erheblich erhöht, Irak reißt sich darum, mit höheren Lieferungen für den Iran einzuspringen).

In Wirklichkeit entspricht der derzeitige Export iranischen Erdöls dem Weltüberschuß, darüberhinaus könnten Ausfälle sofort ausgeglichen werden. Anzunehmen ist viel eher ein Erdölabbauboykott der imperialistischen Länder. Japan hat die Einfuhr bereits wegen „Überteuering“ iranischen Öls (liegt um 2,5 Dollar über dem jetzt von Kuwait verlangten 32,5 Dollar pro Barrel) gestoppt. Als Mossadegh 1952 die iranischen Erdölquellen verstaatlichte, haben die Imperialisten kein iranisches Öl mehr abgenommen und auch auf diese Weise zum Sturz der Regierung Mossadegh beigetragen. Die iranische Regierung ist heute noch viel mehr auf Petro-Dollars angewiesen (z.B. muß auf Grund der Zerstörung der Landwirtschaft im Zuge der Landreform unter dem Schah-Regime der größte Teil der Nahrungsmittel eingeführt werden); die Wirtschaft ist von den USA so vollständig abhängig gemacht worden, daß auch ein Einspringen der Ostblock-Staaten, die für die Abnahme von Öl sicher Kompensationsgeschäfte verlangen werden, nur mit großen Schwierigkeiten möglich sein wird.

Die Interventionsdrohung besteht nach wie vor

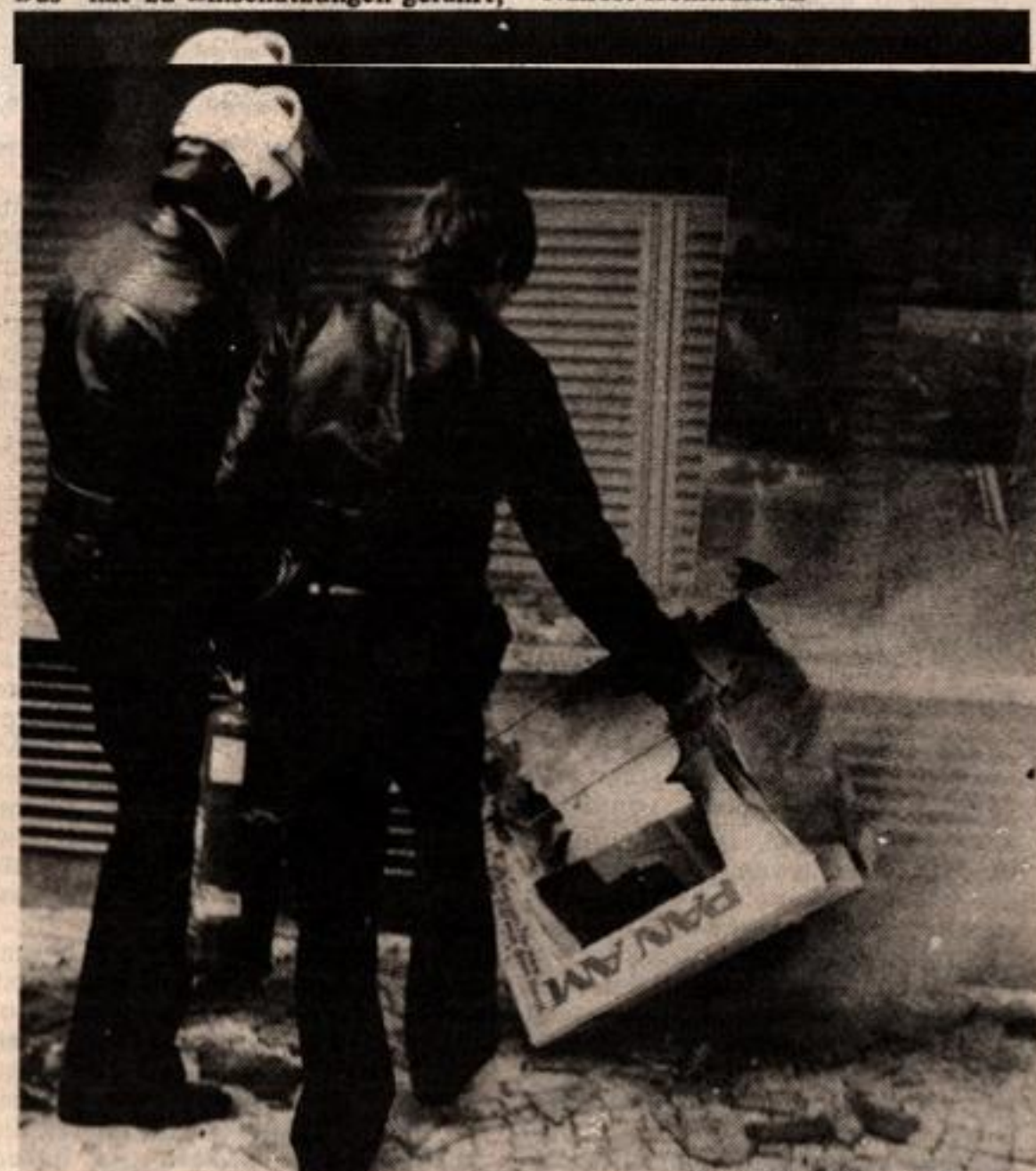
Zusammenfassend sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Botschaftsbesetzung und die Interventionsdrohungen der USA – die eine reale Bedrohung darstellen – von den Machthabern im Iran (zwischen Khomeiny und dem Revolutionsrat und dem angeblich „liberalen“ Staatspräsidenten Bani Sadr gibt es in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten, vgl. AK 171 zur Einschätzung Bani Sadr) äußerst geschickt ausgenutzt werden, um jede Opposition auszulöschen. (Was der „Antiimperialismus“ der reaktionären Religiösen für einen Inhalt hat, wird sehr gut am oben abgedruckten Zitat der „Islamischen Republik-Partei“ deutlich.) Damit soll das Scheitern dieses Vorhabens im August/September 1979 (Hatz auf Linke und Demokraten in den Städten, Krieg gegen Kurdistan) wieder wettgemacht werden. Damals war Khomeiny nicht mehr unangreifbar, er wurde vorsichtig kritisiert; die amerikanische Bedrohung aber hat ihn wieder über jede Kritik erhoben, obwohl die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten enorm zunehmen und die allgemeine Unzufriedenheit wächst, was – trotz allem – in den letzten Monaten zu einem kontinuierlichen Anwachsen der Anhängerschaft der Linken, vor allem der fortschrittlichen religiösen Volksmodjahedin, geführt hat.

Die Provokationen der US-Imperialisten kamen fast immer „zur rechten Zeit“, um von den iranischen Machthabern innenpolitisch ausgenutzt werden zu können, insbesondere zur Unterdrückung der Linken. Das hat zu Einschätzungen geführt,

daß ein stabiles Khomeiny-Regime den Imperialisten nur lieb sein könnte. Damit werden allerdings die tatsächlich bestehenden Interessensgegensätze zwischen den derzeitigen Machthabern im Iran (so USA-treu oder -hörig der eine oder andere im Wirrwarr tatsächlich oder vermeintlich Mächtiger auch sein mag, z.B. wird in einem Interview mit ehemaligen CISNU-Genossen geäußert, daß man von Ayatollah Beheshti, Vorsitzender der Islamischen Republik-Partei, nicht sicher weiß, ob er nicht am liebsten mit den USA zusammenarbeitet, „Pflasterstrand“, 9.2.80) und den US-Imperialisten leugnig.

Seit November 79, mit dem Rücktritt der Regierung Bazargan (der kurz vorher noch in Alger mit Brzezinski vertrauliche Gespräche führte), ist eine Politik der größeren nationalen Unabhängigkeit von den USA gemacht worden, der direkte Einfluß der US-Imperialisten (über viele Einflußmöglichkeiten sie auch im Militär und bei bestimmten Schichten der Bevölkerung verfügen mögen) konnte bisher im Iran nicht wiederhergestellt werden, die objektiven Bedingungen für einen steigenden Einfluß der Linken wachsen, und schließlich: Die blutige Unterdrückung demokratischer und revolutionärer Kräfte führen die derzeitigen Machthaber im Iran im Eigeninteresse durch, nicht als Handlanger der US-Imperialisten oder in deren Interesse. Diese Einschätzung würde zu einer Unterschätzung der Aggressivität der US-Imperialisten führen, und schließlich auch die drohende Gefahr eines dritten Weltkrieges verkennen.

Nahost-Kommission



Das hamburger „Pan Am“-Büro nach einem Besuch durch die Anti-US- Demonstration.

Chronologie der Botschaftsbesetzung

Oktober
22. Der Schah verläßt Mexiko und reist in die USA für eine angeblich medizinische Behandlung ein. (Inzwischen werden Vermutungen, wonach die Behandlung des Schah in den USA nicht in erster Linie seiner Krankheit, sondern der besseren Koordinierung der Putschpläne der USA dienen, immer lauter.)
31. In einer diplomatischen Note protestiert Iran formal gegen die Aufnahme des Schah in den USA und fordert seine Auslieferung an den Iran.

November
4. Vierhundert „Islamische Studenten“, Anhänger Khomeinys, stürmen die US-Botschaft in Teheran. Sie drohen, die Geiseln solange gefangen zu halten, bis der Schah aus den USA in den Iran geschickt worden ist, um dort vor ein Gericht gestellt zu werden.
5. Washington weist die Forderung nach Auslieferung des Schah zurück und fordert die Freilassung der Geiseln. Ayatollah Khomeiny annulliert den Freundschaftsvertrag zwischen Iran und den USA.
6. Die Regierung von Ministerpräsident Barzagan tritt zurück. US-Präsident Carter weist jeden Gedanken an eine militärische Aktion zurück.
10. Der UN-Sicherheitsrat fordert einmütig die Freilassung der Geiseln. Carter befiehlt, alle Iraner, die sich illegal in den USA aufhalten, auszuweisen.
13./14. Carter stoppt alle Ölimporte aus Iran und friert die iranischen Guthaben (8 Mrd. Dollar) auf amerikanischen Banken ein.

15. Teheran lehnt den Dollar als Zahlungsmittel ab.
15. Teheran lehnt den Dollar als Erdölzahlung ab.
19. Drei Geiseln werden freigelassen. Ayatollah Khomeiny warnt, daß die übrigen als Spione angeklagt werden könnten.
20. Washington spricht von der Möglichkeit einer militärischen Aktion (zu dieser Zeit finden die Geheimgespräche hoher Regierungs- und Militärspitzen in Camp David statt, in der militärisches Eingreifen in sechs Monaten verabredet wird. Wie Carter jetzt öffentlich zugegeben hat, laufen die Vorbereitungen für das gescheiterte militärische Eingreifen seit dieser Zeit).
Zehn weitere Geiseln, Schwarze und Frauen, werden freigelassen.
21. Die Botschaftsbesetzer drohen, die Geiseln im Falle einer militärischen Aktion zu exekutieren.
28. Bani Sadr ersetzt Ghotbzadeh als Außenminister.

Dezember
3. In einem Referendum wird bei hoher Stimmenthaltung die Verfassung der islamischen Republik angenommen.
7. Carter schließt eine militärische Aktion aus, solange die Geiseln gefangen gehalten werden.
12. Auf Anordnung der US-Regierung müssen die meisten iranischen Diplomaten die Vereinigten Staaten verlassen.
15. Der Schah verläßt die USA und reist – da kein anderes Land ihn haben will – nach Panama.

Januar
13. Die USA bringen eine Resolution in den UN-Sicherheitsrat ein, mit der Sanktionen gegen Iran verhängt werden sollen. Die Resolution scheitert am Veto der Sowjetunion. Nach offiziellen US-Quellen ist eine Seeblockade Irans in Erwägung gezogen worden.
27. Bani Sadr wird mit 75 % von etwas mehr als 60 % der Wahlberechtigten zum Präsidenten gewählt. Er kritisiert die Botschaftsbesetzer als Kinder, die nicht wissen, was sie tun.

Februar
2. Der iranische Revolutionsrat will eine internationale UN-Kommission zur Untersuchung der Verbrechen in der Regierungszeit des Schah zulassen.
7. Die USA setzen weitere Sanktionen vorerst aus.
13. Bani Sadr äußert, daß Khomeiny einem Plan zur Freilassung der Geiseln zugestimmt habe.
23. Die UN-Kommission reist in den Iran. Khomeiny verfügt, daß erst das noch zu wählende Parlament über die Freilassung der Geiseln entscheiden wird. Voraussichtlicher Termin: Ende April. (Khomeiny widerspricht damit dem von ihm protegierten Präsidentschaftskandidaten und stellt sich auf die Seite der Islamischen Republik-Partei, die die Mehrheit im Revolutionsrat hat und mit ihrem Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl unterlegen war. Seit diesem Zeitpunkt – und nicht erst seit dem Beschluß des Revolutionsrates vom 7. April – waren der US-Regierung die Vorstellungen der iranischen Machthaber über die Freilassung der Geiseln bekannt.)

März
11. Die UN-Kommission verläßt Iran, ohne einen Fortschritt in der Geiselfrage erzielt zu haben.
23./24. Stunden bevor das Auslieferungsgeschehen der iranischen Regierung in Panama eintrifft, verläßt der Schah Panama und reist nach Ägypten.
25. Carter fordert ultimativ die Freilassung der Geiseln.
31. Am Tag vor dem Jahrestag der Islamischen Republik zieht Washington weitere „wirtschaftliche“ und „politische“ Sanktionen in Erwägung.

April
7. Carter bricht die diplomatischen Beziehungen zum Iran ab und stoppt alle US-Exporte in den Iran.
22. Auf der EG-Außenministerkonferenz in Luxemburg wird beschlossen, am 31. Mai Sanktionen gegen Iran entsprechend der von den USA im Januar vorgelegten UN-Resolution in Kraft treten zu lassen, wenn bis zum 17. Mai keine Fortschritte in der Geiselfrage erzielt worden seien.
25. Carter gibt das Scheitern der in der Nacht zuvor erfolgten militärischen Aktion gegen den Iran – zur Geiselfreilassung – bekannt. (Angaben u.a. aus „Le Monde“ und „The Guardian“, 26.4.80.)

Rapid Deployment Force – neue US-Invasionstruppe

Erste Schritte zum Aufbau einer 110.000 Mann starken Invasionstruppe werden derzeit vom Pentagon unternommen.

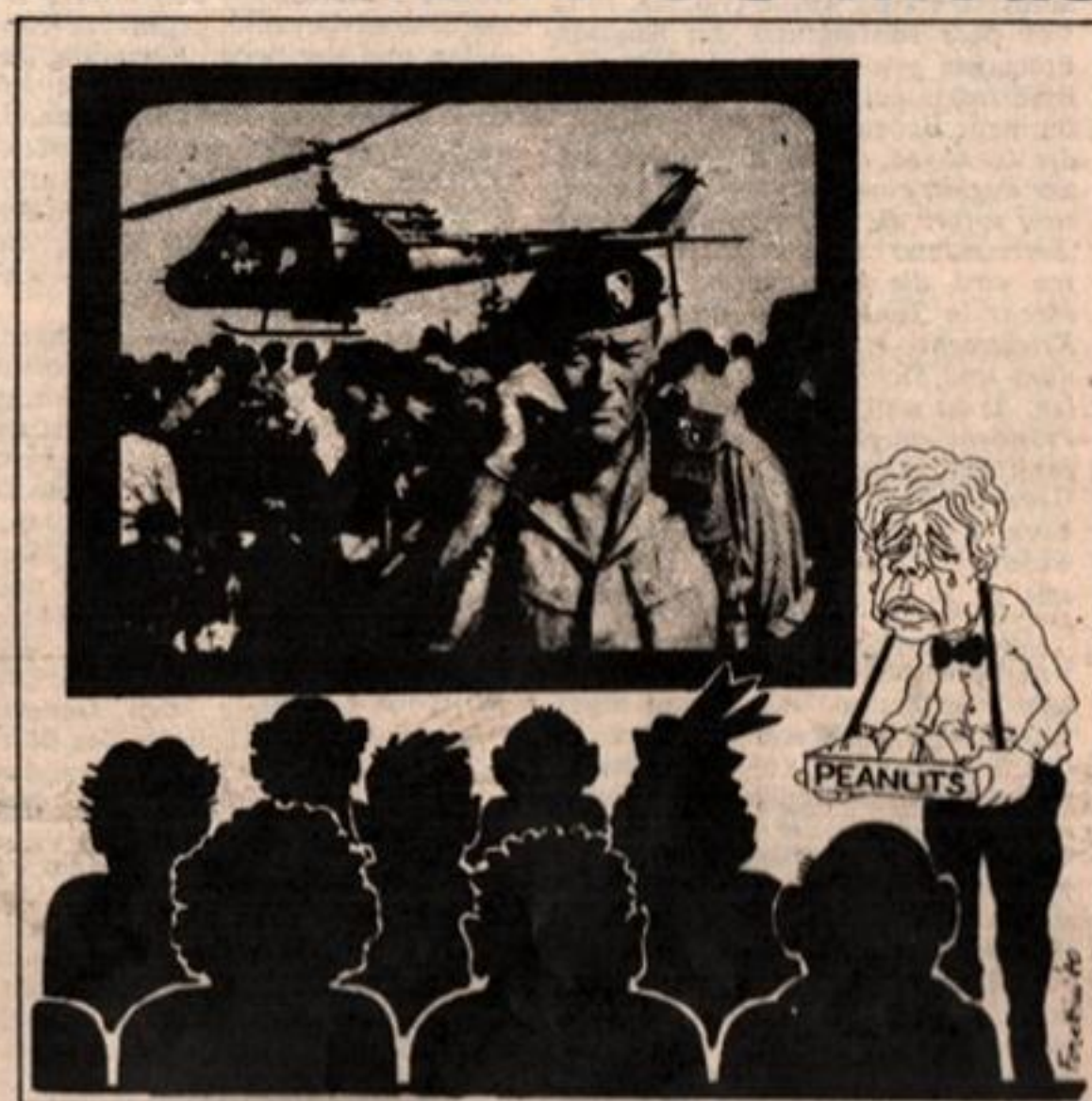
Ursprünglich war es Henry Kissinger, der in seiner Zeit als Harvard-Professor bereits das Konzept einer besonders ausgerüsteten und trainierten taktischen Eingreiftruppe entwickelte. Es war die Carter-Regierung, die jetzt angesichts der derzeitigen Weltlage dieses Konzept wieder ausgrub und es forciert in Angriff nahm.

Diese Eingreiftruppe, sie läuft unter dem Namen Rapid Deployment Force (RDF), soll nach Aussagen der Verantwortlichen für „Ereignisse, die die amerikanischen Interessen irgendwo in der Welt bedrohen“ geschaffen werden. Für das Finanzjahr '81 liegt dem Kongreß hierfür bereits ein 1 Milliarden Dollar-Haushaltsplan vor. Es wird geschätzt, daß die Summe in den nächsten Jahren noch auf das Zehnfache ansteigen wird. Schon für das nächste Finanzjahr ist die Rede von einer zusätzlichen Forderung von einer Milliarde Dollar, die für den Aufbau einer sofort im Indischen Ozean zu stationierenden RDF-Truppe verwendet werden soll. Dies entspricht den Plänen des Pentagon und des Verteidigungsministeriums, die eine Stationierung der Invasionstruppe „Knapp-hinter-dem-Horizont“ der jeweiligen Krisengebiete vorsehen. So soll zum Beispiel der Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean zu dem Flottenstützpunkt ausgebaut

werden. Allein bis zum Juli dieses Jahres sollen dort fünf Nachschubtransporter mit Verpflegung für 10.000 Soldaten anlanden.

Das Konzept des Pentagon ist, die RDF als taktischen, freiverfügbaren Verband für Invasionen und kleinere militärische Auseinandersetzungen zu haben, ohne dabei die Schlagkraft der restlichen Verbände zu schwächen. Um dieses zu gewährleisten, ist daran gedacht, in einem solchen Fall die 50.000 Reservisten zu mobilisieren und in die Verbände in USA und Europa einzugliedern. So ist es verständlich, daß Carter besonderen Wert auf die Registrierung legt (siehe auch unseren Artikel in AK 174). Daß die RDF eindeutig als Invasionstruppe geplant ist, zeigt schon die Zusammensetzung: Das Rückgrat wird von der 82. Luftlandedivision gebildet, die (ähnlich wie die Green Berets bei den Marines) eine Eliteeinheit ist. Darüber hinaus werden Spezialtruppen aus allen vier Waffengattungen zusammengezogen. Besonderes Gewicht wird auf amphibische Landeeinheiten gelegt.

Bezeichnend ist auch, daß die Hauptverantwortung für den Verband bei Robert Komer liegt. Komer war einst Leiter des berühmten „Pazifizierungsprogramms“ in Vietnam. Unter Johnson war er verantwortlicher Planer der militärischen Aktionen in Vietnam von 1965-68. Jüngst flog er nach Brüssel, um die Alliierten von der Notwendigkeit einer Unterstüt-



zung der US-Verbände im Indischen Ozean zu überzeugen.

Großer Wert wird vom Pentagon auch auf die Ausrüstung des Verban-

des gelegt. So sollen 280 Mio. Dollar für die Umrüstung von Schiffen zu Nachschubtransportern, die sich ständig in der Nähe von zukünftigen

Angriffszielen aufhalten sollen, ausgegeben werden. Weitere 66,7 Mio. Dollar sollen in die Erstausrüstung mit Verpflegung gehen. Außerdem wird für 80 Mio. Dollar ein Großraumtransportflugzeug geplant, das in der Lage ist, Panzer über tausende von Kilometern ohne Nachtanken zu transportieren und das in der Lage ist, auf kurzen, improvisierten Landebahnen zu landen. 185 Mio. Dollar sollen für die C-5A Transporter (Galaxy) zur Überholung bereitgestellt werden. Um Zivilflugzeuge vom Typ DC-10 auf militärische Zwecke umzurüsten, werden vom Pentagon 100 Mio. Dollar gefordert. Für die Versorgung von Brückenköpfen sollen Transporthubschrauber umgerüstet werden; hierfür sind 194 Mio. Dollar veranschlagt. Und zuletzt verlangt das Pentagon noch 342 Mio. Dollar zum Aufbau einer Flotte amphibischer Landefahrzeuge.

Nach den bisherigen Plänen soll diese neue Einheit Mitte der achtziger Jahre voll einsatzfähig sein. Daß aber schon bald mit der Einsatzfähigkeit zu rechnen ist, zeigte die Aussage des derzeitigen Kommandeurs der Truppe. Vor einem Kongreß-Hearing widersprach er Presseberichten, die behaupteten, daß vor 1983 nicht mit der Einsatzfähigkeit der Truppe zu rechnen sei. (nach Guardian, 30.4.80).

USA-Kommission

Bürgerkrieg in Kurdistan Interview mit Bahman Nirumand

Nachfolgend drucken wir zwei Interviews ab, die ein Genosse aus Westberlin vor kurzem im Iran machen konnte. Die Interviews werden demnächst mit fünfzehn weiteren als CISNU-Report veröffentlicht. Wir danken dem Genossen, daß er uns die Interviews zusammen mit anderem Material zur Verfügung gestellt hat.

Das Interview mit Bahman Nirumand ist um den ersten Teil gekürzt, in dem über die Entstehung des „Rats der Völker“ gesprochen wird. Im „Rat der Völker“ sind alle demokratischen und revolutionären Organisationen der nationalen Minderheiten vertreten, er wurde auf einer Konferenz im Juli 1979 gegründet, um den Kampf der Völker um Autonomie und Demokratie zu verstärken. Der abgedruckte Teil handelt von den Schwierigkeiten, die in der letzten Zeit in der Arbeit aufgetreten sind und ein Ausdruck für die Schwierigkeiten der linken Organisationen sind, gegen eine übermächtige Reaktion eine Zusammenarbeit zu entwickeln.

In dem Interview mit Ayatollah Seyed Ezzedin Hussein, der der oberste sunnitische Geistliche der iranischen Kurden ist und eng mit den revolutionären Organisationen zusammenarbeitet, wird von den ständigen Provokationen der Zentralgewalt gegen die Kurden berichtet. Das Interview ist einen Monat alt, inzwischen haben sich die Kämpfe in Kurdistan zu einem neuen Bürgerkrieg entwickelt.

Die neuen Kämpfe entstanden, als die kurdischen Widerstandskämpfer (Peschmerga) verhindern wollten, daß die iranische Armee an der Grenze zu Irak Aufstellung nimmt. Die Kurden hatten gerade angesichts der gegenseitigen Drohungen und Grenzzwischenfälle zwischen Irak und Iran angeboten, die Grenze selbst zu schützen. Das Grenzgebiet zur Türkei und zum Irak (etwa von Urmieh bis Kermanshah) ist befreites Gebiet. Die Kurden vermuteten – zu Recht –, daß unter dem Vorwand eines drohenden iranischen Angriffes die Armee ins Grenzgebiet einmarschieren und von dort die befreiten Gebiete besetzen sollte (Irak hat schon vor längerem den Grenzstreifen in Kurdistan entvölkert und die Kurden zu Hunderttausenden in den Süden Iraks deportiert).

Diesem Plan war die Aufforderung Bani Sadr vorausgegangen, die Waffen abzugeben, was die Kurden natürlich nicht gemacht haben. Inzwischen haben die iranische Armee und die Revolutionsgarden (die bei den Kurden besonders verhaßt sind) ein Blutbad unter den Kurden, vor allem unter der Zivilbevölkerung angerichtet. Viele Städte wurden mit der Luftwaffe und mit schwerer Artillerie angegriffen. Besonders betroffen ist Sanandaj, aber auch Saqez, Paveh und Bikan. U.a. wurden gezielt Krankenhäuser zerstört. Unter der Zivilbevölkerung gab es bis jetzt tausende Tote. Ezzedin Hussein klagte in einem Aufruf die Armee an, ein Massaker unter der Bevölkerung, unter den Frauen, Kindern und Alten anzurichten, während sie sich „schwach vor den Peschmerga“ zeige („Le Monde“, 26.4.80). Die Peschmerga haben sich in die Berge zurückgezogen und verwickeln dort die Revolutionsgarden und die Armee in Kämpfe. Es ist zu hoffen, daß es ihnen auch diesmal gelingt, die Aggressoren vernichtend zu schlagen, wie schon im August/September 1979.

Nahost-Kommission



Vertreter der Nationaldemokratischen Front im Rat der Völker

Frage: Welche Schwierigkeiten sind in letzter Zeit bei Euch aufgetreten?

Nirumand: Natürlich gab es nicht nur Erfolge in der kurzen Lebensgeschichte des Rates. Die komplizierte politische Situation im Iran, die Vielfalt der politischen Kräfte und nicht zuletzt die unterschiedlichen objektiven Verhältnisse in den Gebieten der iranischen Völker haben uns mit Problemen konfrontiert, die z.T. die Arbeit des RDV beeinträchtigen.

Der RDV hat inzwischen eine große Basis – v.a. innerhalb der unterdrückten Völker selbst – gewonnen und ist nach wie vor bemüht, die bei der Konferenz gesetzten Ziele zu verwirklichen.

Das politische Engagement verschiedener Organisationen führte zu politisch-ideologischen Auseinandersetzungen, die z.T. die am Anfang bestehende Harmonie bei der Zusammenarbeit der Mitglieder des Rates gestört haben. Dazu gehört z.B. die Position der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) – ihre Absicht, separate Verhandlungen mit der Regierung zu führen. Dazu gehören die Position der Volksfedayin den Machthabern gegenüber und die Widersprüche in ihrer Politik, die in den letzten Monaten zu beobachten sind. Dazu gehören die Auseinandersetzungen, die innerhalb der arabischen Bevölkerung in Khuzistan geführt wurden wie auch z.B. die völlig unterschiedliche Entwicklung der Produktivkräfte in Azerbaidschan im Vergleich zu Beludschistan, wodurch andere Frage-

stellungen in den Vordergrund traten. Alle diese Auseinandersetzungen und Probleme führten dazu, daß einzelne Mitgliedsorganisationen zeitweise dem Rat fernblieben oder ihn sogar hier und da öffentlich angriffen.

Frage: Da die Volksfedayin auch außerhalb des Iran die bekannteste linke Organisation sind, steht ihre Politik im Mittelpunkt unseres Interesses. Könntest Du Deine Kritik an ihnen etwas präzisieren?

Nirumand: Die Volksfedayin haben bekanntlich mehrmals ihre Position gegenüber der Regierung geändert. In den letzten Monaten haben sie unter dem Begriff 'liberale Bourgeoisie' versucht, alles zu subsumieren, was ihnen nicht ins Konzept paßt. Dazu gehören sowohl Bazargan und seine Anhänger als auch Teile der Geistlichkeit. Weiterhin zählen sie die nationaldemokratische Front ebenso dazu wie zahlreiche kommunistische Organisationen. Schließlich sind die Volksfedayin in ihrer Analyse der Klassen im Iran so weit gegangen, daß sie sogar den Rat der Völker – in dem sie selbst als Mitglied tätig waren – als eine Organisation bezeichneten, die mit der liberalen Bourgeoisie Hand in Hand arbeitet (laut 'Rigai gel' – Organ der Volksfedayin/Zweig Kurdistan). Abgesehen einmal davon, ob es so etwas wie eine liberale Bourgeoisie im Iran überhaupt geben kann, ist es natürlich äußerst fragwürdig, wie man von Kompradoren bis zu Kommunisten alles unter diesen Begriff bringen kann. V.a. aber taucht die Frage auf, wie ein Bündnis wie der RDV – in dem ausschließlich revolutionäre Organisationen mitarbeiten bzw. mitgearbeitet haben (u.a. auch die Volksfedayin) – als liberal-bourgeois bezeichnet werden kann. Es sei die Frage gestattet, inwieweit die Volksfedayin durch ihre Aktivität im RDV zu dessen Verwandlung beigetragen haben.

Frage: Welchen Stellenwert für den Kampf der iranischen Völker besitzt die kurdische Bewegung für Autonomie und Demokratie?

Nirumand: Man kann eindeutig sagen, daß die kurdische Befreiungsbewegung weit an der Spitze steht. Man kann sogar so weit gehen und sagen, daß das Schicksal der iranischen Revolution nicht zuletzt in Kurdistan bestimmt wird. Der Grund liegt darin, daß der Kampf des kurdischen Volkes auf einer langen Tradition beruht und die Bevölkerung dadurch sehr

bewußt ist. Zudem sind die revolutionären Organisationen sehr stark in den Massen verankert, so daß man sagen kann, daß nahezu die gesamte kurdische Bevölkerung unter der Führung dieser Organisationen steht. Dies wurde auch durch die Parlamentswahlen sowie durch die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung (an der sie nicht teilnahmen) bestätigt.

Deshalb liegt dem Regime sehr viel daran, dieses Bollwerk der iranischen Revolution zu sprengen und die revolutionären Organisationen des kurdischen Volkes zu liquidieren. Der erste Versuch im August 1979 scheiterte am tapferen Widerstand des bewaffneten Volkes, der zweite große Versuch soll mit Hilfe der Armee und Pasdaran in den nächsten Wochen durchgeführt werden. Die Auseinandersetzungen mit Irak sollen als Alibi für die Niederschlagung des kurdischen Volkes auf beiden Seiten der Grenze dienen.

Frage: Welche theoretische und praktische Bedeutung besitzt für Euch die Verbindung der nationalen Frage mit der Klassenfrage?

Nirumand: Die Forderung nach Autonomie und Selbstbestimmung darf niemals von den existierenden Klassenkämpfen innerhalb dieser Völker getrennt werden. Je nach Umfang und Niveau des Klassenkampfes wird die Autonomiebewegung in ihren Forderungen die aktuellsten Momente der Klassenausscheidungen mit aufnehmen müssen.

Innerhalb der Völker des Iran ist das Problem der Bauern und ihrer Kämpfe mit bürgerlichen und feudalen Großgrundbesitzern besonders wichtig. Wir sehen, daß v.a. in Kurdistan, aber auch in Turkmen Sahara der Kampf um Autonomie in erster Linie durch die Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Großgrundbesitzern konkretisiert wurde. Dort wurden Bauernräte gegründet, die z.T. die angestrebte Autonomie in einem begrenzten Bereich bereits realisieren.

Wer also behauptet, daß die Forderung nach Autonomie 'bürgerlich' oder 'liberal' sei, der hat keine Ahnung von den tatsächlichen Geschehnissen in diesen Gebieten.

Der Rat der Völker hat in allen seinen bisherigen Analysen, Erklärungen und Aktionen das Moment des Klassenkampfes als den eigentlichen Inhalt der Forderung nach Autonomie voll berücksichtigt.

Interview mit Ayatollah Seyed Ezzedin Hussein am 1.4.80 in Mahabad

Frage: Fast jeden Tag gibt es in kurdischen Städten und Dörfern bewaffnete Zusammenstöße zwischen militärischen Kräften der Zentralregierung (und ihren Freunden) sowie Peschmerga. Offiziell heißt es, „kurdische bewaffnete Aggressoren“ hätten die Armeeeinheiten angegriffen bzw. Unruhen angezettelt, in die das Militär schlichtend eingreifen mußte. Worin sehen Sie die Ursachen für diese Kämpfe? Wer ist der Aggressor?

Ayatollah Ezzedin Hussein: Überall in Kurdistan haben ausschließlich die bewaffneten Kräfte der Regierung im Verlauf des letzten Jahres Kämpfe provoziert. Nach ihrer Niederlage im letzten Krieg (Ende August bis Ende Oktober '79; Khomeini erklärte damals den Kurden den „totalen Krieg“ – Anm.) versuchen sie, jetzt einen neuen Anlauf. Sie bedienen sich dabei verschiedener Mittel. Eine Methode bestand und besteht darin, Großgrundbesitzer Waffen zu geben und damit die sogenannten Moslem-Peschmerga (Peschmerga und Muselman) auszurüsten. Wir haben die Namen vieler dieser Feudalisten, denen in Teheran (viele aus Kurdistan vertriebene Feudalisten wohnen jetzt in Teheran, Anm.) Geld für diesen Zweck gegeben wurde. Vier dieser Herren sind z.B. Khalil Khan Maleki, Yahier Amini, Firouz Khan Dastgin und Gham Khan Amini. Diese und viele andere derartige Leute sind keine guten Menschen. Die meisten von ihnen haben mit dem damaligen Regime, z.B. mit dem SAVAK zusammengearbeitet.

Frage: Wer hilft den Feudalisten, gibt ihnen Waffen und Geld und hält die „Moslem-Peschmerga“ am Leben?

Ayatollah Ezzedin Hussein: Es ist die Regierung. Sie erklärt, unsere Gegner seien Moslems – aber was

sind wir? Sind wir keine Moslems?

Diese sogenannten Moslems haben z.B. viele unschuldige Menschen im Dorf Ghelatan abgeschlachtet. Diese „Moslem-Peschmerga“ und Regierungstruppen haben in Paveh, Nosud, Kamyaran und anderen Orten – z.B. in West-Aserbaidschan – die Peschmerga der DPK (Demokratische Partei Kurdistans), Komeleh (Zusammenschluß revolutionärer Organisationen) und anderer Organisationen angegriffen.

Welchen Grund hatten sie dafür? Erinnern wir uns daran, daß Bani Sadr am Ende des alten Jahres (nach dem persischen Kalender beginnt das neue Jahr am 21.3.; gemeint sind die letzten Tage des Esfand 1358, Anm.) sagte, er könne bewaffnete kurdische Gruppen nicht akzeptieren. Wenn wir die Waffen nicht niederlegten, würde es zum Krieg kommen. Und die Armee kam zurück nach Kurdistan und provozierte Kämpfe. Sie haben die Armee zurückgebracht, um ihre Macht, ihre Autorität wieder zu errichten. Das ist ihr einziges Ziel. Von der Zusammenarbeit mit Feudalisten versprechen sie sich Erfolg, erwarten sie, daß sie ihrem Ziel näher kommen.

Die Regierung meinte, sie müßte vorher keinerlei Zugeständnisse machen, unsere Rechte nicht anerkennen. Wir haben unsere Waffen wieder ergriffen und uns dagegen zur Wehr gesetzt. In Worten haben sie Fortschritte angekündigt und z.B. erklärt, die Armee wolle nur gewöhnliche Manöver abhalten. Tatsächlich aber haben sie damit neue vollendete Tatsachen geschaffen. Das kurdische Volk hat immer wieder erklärt, daß es die Probleme durch Verhandlungen und nicht durch Krieg lösen will. Es liebt den Krieg nicht, es wünscht ihn nicht. Und die Kurden haben das

bewiesen, z.B. in den letzten acht Monaten, aber auch davor. Wenn die Regierung mit den Provokationen aufhören und unsere Rechte akzeptieren würde, wäre Frieden.

Wir führen keinen Kampf gegen äußere Feinde – wir kämpfen nicht gegen eine fremde Armee. Warum sollte eine Lösung durch Verhandlungen nicht möglich sein?

In den letzten vier Monaten hat die Regierung einige Delegationen zu uns geschickt – unter Leitung von Foruhar, Sabaghian und anderen. Aber die hatten nichts zu sagen und wollten oder konnten nicht Wort halten. Aber die Kurden hoffen immer noch auf eine Verhandlungslösung.

Frage: An Ihren Worten wird deutlich, daß das sogenannte Kurdenproblem eine nationale und soziale Frage darstellt. Die Regierung erklärt einerseits ständig, daß sie für die sogenannten Mostazafin (Besitzlosen, Anm.) eintreten würde. Andererseits unterstützen sie praktisch Feudalisten, bittet diese aber manchmal, „ihre“ Land doch lieber freiwillig abzugeben, weil es sonst evtl. zu spät für sie sein könnte. Gegen diese unheilige Allianz sind in Kurdistan verschiedene nichtreligiöse und religiöse Organisationen – wirklich demokratische Kräfte – angetreten. Welche Art und Intensität der Zusammenarbeit dieser Kräfte wird bereits praktiziert?

Ayatollah Ezzedin Hussein: In zwei Gebieten in West-Aserbaidschan (Margawar und Targawar) wurden Bauern von ihrem Land, z.T. sogar aus ihren Häusern vertrieben. Ihre Proteste bei der Regierung aber hatten – wie üblich – keinen Erfolg. In anderen Gegenden (z.B. Divandarreh – zwischen Sanandaj und Dagez) hat sich Ähnliches abgespielt. Sie wissen

ja, daß es sehr viele Bauern hier gibt, weil Kurdistan praktisch ohne Industrie ist. Die Regierung verspricht den Bauern: Wir werden euch Boden geben, wir machen eine Landreform – aber tatsächlich helfen sie den Großgrundbesitzern.

Nun zu den fortschrittlichen Kräften in unserer Region. Am wichtigsten sind die Demokratische Partei Kurdistans, Komeleh und die Volksfedayin (und das Büro von Ayatollah Hussein, daß von allen diesen Gruppen als Koordinierungsstelle anerkannt wird). Diese Gruppen haben gemeinsam in der „Kurdischen Delegation für Verhandlungen mit der Regierung“ gearbeitet.

Außerdem gibt es noch kleinere Organisationen wie Peykar und Volksmojaheddin. Trotz ideologischer Differenzen nehmen alle Gruppen nach ihren Kräften am bewaffneten Kampf gegen die Aggressoren teil.

Frage: Wie können wir in der BRD und Westberlin Ihrer Meinung nach unsere Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes für Demokratie und Autonomie zeigen?

Ayatollah Ezzedin Hussein: Wir möchten Ihnen die Situation in Kurdistan und im gesamten Iran so darstellen, wie sie wirklich ist. Wenn Sie z.B. versuchen, gegen die Propaganda des Regimes Tatsachen zu setzen, so helfen sie schon.

Die Regierung unterstützt hier nur reaktionäre Kräfte. Sie läßt z.B. Massaker anrichten wie in Ghelatan – noch schlimmer als die Morde im Dorf Karna vom Sommer letzten Jahres. Selbst der Abgesandte von Ayatollah Khomeini, Mehdi Bahaduran, mußte offiziell zugeben, daß so mächtige Leute wie Tschamran (er ist „Verteidigungsminister“, Anm.) ihre Finger bei solchen Vorfällen im Spiel hatten. Deshalb sagen wir, daß

Blut an den Händen der Regierung klebt.

Dagegen behaupten Radio, Fernsehen und ein Großteil der Presse wie „Dschumhuri Eslami“ („Islamische Republik“ – Organ der „Islamischen Republik Partei“, Anm.), es handle sich nicht um einen Krieg zwischen Regierung und freiheitsliebenden Kurden, sondern um Streit zwischen Sunniten und Schiiten, zwischen Kurden und Aserbaidschanern. Aber das ist nicht wahr.

Wir glauben – und wir können es jeden Tag sehen –, daß das Volk in allen Teilen Irans grundsätzlich gleiche Interessen hat und sich brüderlich einigen kann. Warum sollten einfache Menschen aus Turkmen Sahara (Turkmenistan, Anm.), aus Beludschistan, Aserbaidschan, usw. aufeinander schießen? Wir sind Brüder (Mann könnte ruhig auch an die Schwwestern denken, d. süsser) – und Schritt für Schritt schreitet ihre Hilfe für uns voran, wächst Solidarität füreinander.

Unser Ziel ist es, wirkliche Demokratie in ganz Iran zu errichten, und dann unsere gemeinsamen Vorstellungen von Autonomie zu verwirklichen. Ohne Demokratie in Iran kann es auch keine echte Autonomie für Kurdistan geben!

Wir würden uns freuen, wenn Sie als Freund des kurdischen Volkes und der anderen Völker Irans in Westdeutschland die Lügenpropaganda unserer Regierung mit den tatsächlichen Geschehnissen und den tiefen Ursachen konfrontieren würden.

Wahrheitsgemäße Berichterstattung und auch praktische Solidarität erwarten wir aus Ihrem Land vor allem von den fortschrittlichen Organisationen.

Gesetz wurde erst sehr lange in allen Massenorganisationen diskutiert, bevor es verabschiedet wurde, und ist nicht einfach von oben durchgedrückt worden, weil es einen Fortschritt darstellt, sondern es ist zunächst darum gegangen, die Bevölkerung für dieses Gesetz zu gewinnen.

B.: Wir haben nach dem Kongreß die Möglichkeit gehabt, mit einigen Frauen aus besetzten Städten wie Keren und Asmara oder aus Dörfern zu sprechen. Die Frauen aus den Städten berichteten, daß sie im Untergrund arbeiten müssen, um der Verfolgung der Äthiopier zu entgehen. Die Unterdrückung in den Städten stellt sich so dar, daß Frauen von Äthiopiern vergewaltigt oder zur Heirat gezwungen werden. Viele ihrer Genossinnen sind schon ins Gefängnis gekommen, viele wurden dort umgebracht.

Die Frauen aus den Dörfern erzählten, daß manchmal äthiopische Soldaten ins Dorf kommen, schwangere Frauen umbringen und die Hütten in Brand setzen.

C.: Ich möchte zur politischen Tätigkeit der Frauen in den Städten etwas mehr sagen. Die Frauen arbeiten ständig unter Lebensgefahr. Sie treffen sich nur in ganz kleinen Zirkeln, um nicht aufzufallen und kennen sich aus Sicherheitsgründen nicht beim Namen, damit sie auch unter Folter die Namen ihrer Genossinnen nicht preisgeben können. Eine Frau erzählte uns, wie erstaunt sie war, auf dem Frauenkongreß mitten in Sahel ihre Nachbarin aus Asmara wiederzutreffen, von der sie nicht geglaubt hatte, daß sie auch in einer Massenorganisation tätig ist.

Massendesertationen aus der äthiopischen Armee

AK.: In allen Berichten aus Eritrea tauchen die Deserteure auf, die aus der äthiopischen Armee zur EPLF überlaufen. Warum desertieren diese Menschen trotz der Gefahren, und wie werden sie von der EPLF behandelt?

B.: Wir haben mit mehreren Deserteuren gesprochen. Alle haben berichtet, daß viele Bauern direkt vom Marktplatz weg oder aus dem Dorf heraus zwangsrekrutiert werden. In der äthiopischen Armee erhalten sie eine kurze Ausbildung, und es wird ihnen erzählt, daß im Norden in der Provinz Eritrea eine arabische Invasion stattfindet und sie nun ihr Mutterland verteidigen müssen. Dann werden sie nach Eritrea geschickt. Ihnen wird versprochen, daß sie nach drei Monaten wieder in ihr Dorf zurückkehren können.

Diese Bauern, für die der Krieg ohne jeden Sinn ist, kommen als Miliz in die Armee und werden dort viel schlechter behandelt als die regulären Soldaten. Die Versorgung besteht aus trockenen Keksen und Wasser, sie erhalten lediglich ein Sechstel des üblichen Soldes, und sie werden als Kanonenfutter immer in die vordersten Frontlinien geschickt.

Natürlich müssen sie weit länger in Eritrea bleiben als nur drei Monate. Über ihren Radiosender „Stimmen der Massen“ ruft die EPLF die Bauern auf, zu desertieren, und klärt die Bauern über die Ursachen der Auseinandersetzungen auf. Aus dieser Situation heraus hat es gerade bei der sechsten Offensive viele Leute gegeben, die zur EPLF übergelaufen sind.

Nach eigenen Berichten wurden sie von der EPLF sehr freundlich aufgenommen, werden von ihr mit Kleidung und Nahrung sowie medizinisch versorgt. Die Deserteure bleiben sechs Monate bei der EPLF. Während dieser Zeit bekommen sie eine politische Ausbildung, ihnen werden die Hintergründe des Eritrea/Äthiopien-Konflikts vermittelt, und sie lernen in Amharisch lesen und schreiben. Nach dem halben Jahr können sie entscheiden, ob sie zurück in ihre Heimat, ob sie ins Ausland oder ob sie bei der EPLF mitkämpfen wollen.

AK.: Wie werden im Vergleich dazu die Kriegsgefangenen in Händen der EPLF behandelt?

B.: Wir haben ein Lager mit 700 Kriegsgefangenen besucht, von denen wir mit einigen sprechen konnten. Über ihre Lage in der äthiopischen Armee haben sie die gleichen Dinge wie die Deserteure erzählt. Die Kriegsgefangenen werden ebenfalls sehr gut medizinisch und nahrungsmäßig versorgt. Sie erhalten politische Erziehung und Alphabetisierungskurse.

Da sie am Anfang nur in ihrem Camp herumsaßen und nichts zu tun hatten, sind viele durch die wenige Bewegung krank geworden. Daraufhin hat die EPLF den Gefangenen angeboten, daß sie im Lager arbeiten können, wenn sie es wollen. Anfanglich waren die Gefangenen sehr mißtrauisch, aber als sie gesehen haben,



daß sie wirklich nicht zur Arbeit gezwungen werden, haben viele der Kriegsgefangenen Arbeiten im Lager übernommen.

Wir haben gehört, daß zwischen 1977 und 1979 ungefähr 6.000 Kriegsgefangene gemacht wurden, von denen ca. 2.000 inzwischen wieder zurückgeschickt worden sind. Sie werden mit Lastwagen an die Grenze gebracht und dort sich selbst überlassen. Für die äthiopischen Kriegsgefangenen ist dies eine sehr gefährliche Situation, weil sie von ihrer Regierung nicht anerkannt werden und wie Deserteure behandelt, also erschossen werden. Viele gehen deshalb in die Nähe ihrer Heimatdörfer, leben dort im Wald und lassen sich von ihren Familien versorgen.

C.: Die EPLF behandelt die Gefangenen nach den Regeln der Genfer Konvention, aber sie erhält keine Unterstützung vom Internationalen Roten Kreuz oder anderen Institutionen. Das IRK erkennt nicht an, daß die EPLF Kriegsgefangene macht, weil sich das IRK nicht in „innerstaatliche Angelegenheiten“ mischen will.

B.: ... Deshalb sind die Gefangenen eine große Belastung für die EPLF, die Nahrungsmittel und Versorgung aus ihren eigenen Vorräten bestreiten muß.

Über 1.000 Barfußärzte der EPLF

A.: Daß die Behandlung der Gefangenen wirklich hervorragend ist, wird auch davon belegt, daß wir im Zentralkrankenhaus, das in Sahel liegt, einen Kriegsgefangenen gesehen haben, dessen schwere Beinverletzung dort behandelt wurde.

AK.: Kannst Du mehr über das Zentralkrankenhaus und das Gesundheitswesen erzählen?

A.: Ja; wir waren alle überrascht, solch ein Krankenhaus in Sahel zu finden. Es bestand aus vielen Zelten, in denen die Patienten untergebracht waren. Daneben gab es weitere Zelte für die Spezialabteilungen. Das Operationszelt sah überhaupt nicht so aus, wie wir uns in Europa Operationszentren vorstellen. In dem Zelt waren einfach ein Tisch, ein Ventilator und einige medizinische Geräte, aber bis auf ganz schwere Kopf- und Augenverletzungen wird dort alles operiert.

Fünf Ärzte sowie Pfleger und Schwestern versorgen die Patienten, denen ein Labor und Röntgengeräte zur Verfügung stehen.

AK.: Was könnt Ihr zur Ausbildung von Barfußärzten und -ärztinnen sagen?

A.: Die EPLF versucht, ziemlich viele Barfußärzte im „field“ auszubilden. Schon heute ziehen über 1.000 Barfußärzte z.T. mit mobilen Kliniken durchs Land, versuchen, die Kranken zu versorgen und gleichzeitig die Bevölkerung über Hygiene aufzuklären.

Alle möglichen englischen Fachbücher werden in Tigrinia übersetzt. Für die Barfußärzte wird eigens ein Magazin herausgegeben, durch das sie ihre Kenntnisse ständig erweitern können. Außerdem bringen sie eine medizinische Zeitung für die Bevölkerung raus.

C.: ... in der drinsteht, wie die Zivilbevölkerung durch bestimmte Sicherheitsvorkehrungen Krankheiten vermeiden kann. Auch im Gesundheitswesen verläßt sich die EPLF auf die eigenen Kräfte. Als wir aus dem ELF-Feld rauskamen, trafen wir zwei französische Ärzte, die bei Operationen im „Central Military Hospital“ geholfen hatten und nun zurückführten. Zur gleichen Zeit kam eine Gruppe von 15 italienischen Spezialisten, um verletzte Kämpfer zu operieren. Auf diese Fachkräften aus dem Ausland will sich die EPLF nicht verlassen müssen. Wenn sie welche in Anspruch nimmt, dann nur, um von ihnen zu lernen. (wird fortgesetzt)

Übles Spiel mit kambucheanischen Flüchtlingskindern

Die ersten Indochinaflüchtlinge waren von den diversen bürgerlichen Politikern noch werbewirksam in den Arm genommen und mit warmen Decken und Spielzeug versehen worden. Nachdem das Flüchtlingselend jetzt anderen Schlagzeilen Platz gemacht hat, beginnt der gar nicht so rosige BRD-Alltag.

Die meisten derjenigen, die aufgrund der Schilderungen vom „goldenen Westen“ unsägliche Strapazen auf sich genommen hatten, haben sich ihre neue Existenz sicher angenehmer vorgestellt. Am schlimmsten trifft es jedoch diejenigen, die überhaupt nicht danach gefragt worden sind, nämlich sogenannte Waisenkinder, die aus thailändischen Lagern in der BRD verschleppt wurden. In einer von der Springer-Presse („Berliner Morgenpost“) breit aufgezogenen Kampagne waren im September 1979 aus Thailand 109 „Waisenkinder“ ausgeflogen worden. Schon damals hatte das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge vor solchen Aktionen gewarnt („Le Monde“, 17.8.79). In einem Treffen mit Hilfsorganisationen hatten UNO-Vertreter in Genf erklärt, „angesichts der Tatsache, daß unter dem Pol-Pot-Regime in Kambodscha Kinder systematisch von ihren Eltern getrennt wurden, könnten keine Kinder aus den Lagern geholt werden, bevor das Rote Kreuz Zeit habe, Verwandte der rund 6000 alleinlebenden Kinder aufzuspüren“ („SZ“, 13.12.79).

Das Deutsche Rote Kreuz, das in Bezug auf die Kampuchea-Hilfe stets die Politik der Anerkennung des Pol-Pot-Regimes und einer Sabotage der Hilfe in Kambodscha verfolgt hatte (siehe Kasten), rührte solche Argumente nicht. Nachdem über die Springer-Presse eine Million DM gesammelt worden waren, mußten die Kinder nun auch her. Noch bevor sie in der BRD eingetroffen waren, hatte das DRK die Adoptionsparole ausgegeben. Nachdem es sich nun herausstellte, daß die Kinder keinesfalls alle Waisen sind, schwenkte man jetzt auf Pflegefamilien um. Zunächst wurden die Kinder in einem Kindererholungsheim in Bad Dürrenheim (Schwarzwald) untergebracht.

Dann begann ein Tauziehen zwischen dem Betreuerteam einerseits (dem es um eine menschenwürdige und nach ihren Bedürfnissen ausgerichtete Unterbringung der Kinder ging) und dem DRK sowie dem Landesjugendamt andererseits. DRK und Behörde ging es vor allem um

eine möglichst zügige Vermittlung der Kinder, ohne sich um deren Interessen zu scheren. Denn das vorgesehene System der Pflegefamilien widerspricht völlig den Bedingungen, unter denen die Kinder in Kampuchea normalerweise leben. „Aufgewachsen in einer bäuerlichen Großfamilie oder im Kollektiv der Pol-Pot-Zeit, ist die Gruppe für die entscheidende stabilisierende Faktor. Erste Erfahrungen in Dürrenheim bestätigten diese Aussagen. Die Kinder schliefen lieber im 100-Mann-Saal als in kleinen Zimmern, fühlen sich in der großen Gruppe am wohlsten. Dazu kommt, daß eine Assimilation in deutschen Familien und die damit einhergehende Zerstörung ihrer kulturellen Identität, eine perspektivische Rückkehr nach Kampuchea unmöglich macht“ („taz“, 12.2.80).

Trotz der Proteste der Betreuer, die auch von prominenten Fachleuten unterstützt wurden, wurden bis Ende Februar 17 Kinder an Pflegeeltern vermittelt – immerhin hatten sich nach der Pressekampagne fast 10.000 Leute gemeldet, die Kinder aufnehmen oder gleich adoptieren wollten.

Mit welchen Vorstellungen die zukünftigen Pflegeeltern dabei teilweise ankamen, zeigt die Äußerung einer Familie auf die Frage, ob sie denn auch ein deutsches Kind adoptieren wollten: „Deutsche Kinder im Alter um zehn sind schon in der Pubertät und dann immer so aggressiv. Ein asiatisches Kind entspricht mehr unserer Mentalität“ („taz“, 12.2.80). Als auf ihre Forderung des Zusammenhalts der Gruppe nicht eingegangen wurde, kündigten 46 der Betreuer ihre Stellung.

Den Kindern half es auch nichts, daß sie sich aus Protest gegen die

Trennung mit Fieber niederlegten. Sie werden weiter in alle Himmelsrichtungen vermittelt. In West-Berlin läuft die Sache ganz ungeniert im Zusammenspiel aller Beteiligten ab (die Kinder ausgeschlossen). Dort wurde zwecks Verwendung der Spendengelder ein Gremium aus Roter Kreuz, Senatsvertretern und einem Redaktionsmitglied der „Berliner Morgenpost“ gebildet.

DRK = Hilfsorganisation ?

Ausgerechnet das „Deutsche Rote Kreuz“, das sich in der Vergangenheit immer wieder darüber beschwert hatte, daß die (von ihm nach wie vor nicht anerkannte) Regierung in Phnom Penh angeblich Hilfsleistungen nach Kampuchea blockiere, hat es abgelehnt, „Hilfsgüter für Kambodscha der von der Theologin Uta Ranke-Heinegann geförderten Organisation „Vietnamhilfe“ in Düsseldorf nach Phnom Penh zu fliegen“ („SZ“, 19.4.80).

„Und immer wieder betont die Morgenpost, ihre Spender würden Wert darauf legen, daß das Geld in Berlin bleibt“ („taz“, 12.2.80). Das heißt im Klartext: Für unser Geld wollen wir jetzt auch die entsprechenden Kinder haben! Zynischer kann man wohl eine propagandistische weidlich ausgeschaltete Flüchtlings„hilfe“ kaum betreiben.

Asien/Australien-Kommission



Führungsspitze des inneren Widerstands der Inselrepublik in Haft

Terrorurteile auf Taiwan

und Behörde ging es vor allem um

Terrorurteile auf Taiwan

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der VR China, verbunden mit dem Abbruch der Beziehungen zwischen den USA und Taiwan, verstärkt sich die Opposition gegen das diktatorische Kuomintang-Regime in Taipeh.

Zur Erinnerung: Am Ende des chinesischen Bürgerkrieges (1945-1949) war die von Tschiang-Kaischek geführte Kuomintang (Nationalpartei) vom chinesischen Festland vertrieben worden und hatte sich auf der Insel Taiwan (Formosa) niedergelassen.

Dabei war schon 1947 ein Aufstand der Einwohner Taiwans gegen die Eindringlinge blutig niedergeschlagen worden (über 20.000 Tote). Obwohl die Festlandchinesen nur ca. 15% der Bevölkerung Taiwans stellen, halten sie die Regierungsgewalt fest in der Hand. Die Kuomintang, die nach dem Tode Tschiang-Kaischeks von dessen Sohn Tschiang-Tsching-kuo geführt wird, geht nach wie vor von der irren Vorstellung aus, sie repräsentiere das ganze China und träumt nach wie vor davon, das Festland zurückzuerobieren. Ein solcher Kurs mußte natürlich in der derzeitigen politischen Situation zu außenpolitischer Isolierung führen.

Das hat andererseits wiederum Rückwirkungen auf die innenpolitische Lage. Die bürgerliche Opposition (eine andere kann sowieso nicht auftreten, da die Insel seit 1949 unter Kriegs- und Ausnahmezustand steht) setzt sich im wesentlichen aus Leuten taiwanesischer Herkunft zusammen. Ein wichtiger Kristallisationspunkt dieser Opposition ist die liberale Zeitschrift „Formosa“. Die Forderungen an die Kuomintang lauten im wesentlichen: „Aufgabe des Alleinvertragsanspruchs, eine Zwei-China-Politik, Zulassung von Oppositionsparteien, freie und direkte Wahlen für

alle politischen Körperschaften, Aufhebung des Kriegsrechts und Meinungsfreiheit“ („FR“, 18.4.80).

Mit ihren Forderungen hatten oppositionelle Kandidaten bei kommunalen Wahlen 1977 (Parteien oder Listen der Opposition sind nicht zugelassen) immerhin insgesamt 25% der Stimmen sowie in zwei Landkreisen und in der Hauptstadt Taipeh und in der Industriestadt Kaohsiung sogar die absolute Mehrheit erhalten.

In Kaohsiung war es am 10. Dezember 1979 zu blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten der Opposition und der Polizei gekommen. Anlaß war der „Tag der Menschenrechte“.

„Um 20.30 Uhr begannen die Teilnehmer unter Mißachtung des Demonstrationsverbots ihre Fackeln zu entzünden. Danach griffen sie die unbewaffneten Polizisten, die nur Schutzschilde trugen, mit Schlagstöcken, Fackeln, Glasscherben, Steinen und Ziegelsteinen an. Zur gleichen Zeit hielten die Rädelführer Ansprachen von den Lautsprecherwagen aus. Sie diffamierten die Regierung und versuchten damit, bei den Zuhörern auf Sympathie zu stoßen. Die Zuschauer, deren Zahl mittlerweile auf 10.000 (!) angestiegen war, zeigte aber keinerlei Bereitschaft, sich an den Gewalttätigkeiten zu beteiligen und verhielten sich völlig passiv“ („Freies Asien“, 24.1.80).

Daraufhin setzte eine wahre Hexenjagd auf Oppositionelle ein. Auf den Herausgeber von „Formosa“ wurde ein Kopfgeld von 500.000 Taiwan Dollars (= ca. 25.000 DM) ausgesetzt. Wer ihn versteckte, wurde mit Strafen zwischen 15 Jahren Gefängnis und der Todesstrafe bedroht.

Im Zusammenhang mit der Demonstration wurden insgesamt 53 Leute festgenommen, womit, weit über ein Drittel der politischen

Führungsspitze des inneren Widerstands der Inselrepublik in Haft sitzt („FR“, 18.4.80).

Folter und Mord als Begleitmusik

Gegen acht der Festgenommenen wurde der Prozeß eröffnet – vor einem Militärgericht. Vorgeworfen wurde ihnen: Aufruhr mit der Absicht, die Regierung zu stürzen als Ergebnis einer von Peking gesteuerten kommunistischen Verschwörung gegen das Kuomintang-Regime. Durch Folter während der Haft wurden die Angeklagten zu Geständnissen gezwungen. M. Watarida, Mitglied einer japanischen Menschenrechtsorganisation, der in Taiwan nach den Unruhen verhaftet worden war, wurde ebenfalls gefoltert. „Unter anderem schlug man ihm mit einem Kabel auf die bloßen Fußsohlen und hinderte ihn am Schlafen durch schmerzhaften Druck auf den empfindlichen Nerv im Ellenbogengelenk. Watarida wurde erst entlassen, nachdem er ein Geständnis abgelegt und versprochen hatte, in Japan die formosianischen Menschenrechtsvertreter zu bespitzeln“ (ebenda).

Zu einer besonders brutalen Aktion kam es, als die Mutter eines der Angeklagten mit japanischen Menschenrechtsvertretern telefonisch über die Foltern gesprochen hatte. Ein Killerkommando überfiel die von zahlreichen Bullen umstellte Wohnung und schloß die Mutter und die sechsjährigen Zwillingstöchter von Lin I-Hsiung ab; die zehnjährige Tochter wurde schwer verletzt. Dieses offensichtlich von der Kuomintang angeordnete Blutbad sollte dann „Agenten Pekings“ in die Schuhe geschoben werden.

Im Prozeß selbst, der sich über mehrere Tage erstreckte und zu dem ausländische Beobachter und Journalisten zugelassen waren, widerriefen die Angeklagten dann ihre unter Folter erpreßten Geständnisse. Trotzdem wurden sie zu Gefängnisstrafen verurteilt; der Direktor der Zeitschrift „Formosa“, Shih Ming-teh, sogar zu lebenslänglich.

Asien/Australien-Kommission

Die Frauen arbeiten unter Lebensgefahr

(Ein Interview)

Leben in Eritrea heute

Teil 1)

Angela, Barbara und Cornelia, drei Studentinnen der Bremer Universität, waren von Ende September 1979 bis Januar d.J. in Eritrea und im Sudan unterwegs. Im Oktober 1979 besuchten sie die ELF, die ihre Zentralbasis in Barka, dem westlichen Tiefland Eritreas hat. In Sahel, der Zentralbasis der ELF, waren sie von Ende November bis Anfang Dezember. Weitere zwei Wochen verbrachten sie Ende Januar in verschiedenen eritreischen und äthiopischen Flüchtlingslagern im Sudan. In dem Gespräch, das Genossen der Bremer Ortsgruppe des KB mit ihnen führten, schildern sie vor allem das Leben in den befreiten Gebieten der EPLF, weil sie dort die Praxis der Befreiungsbewegung gut studieren konnten. Im ELF-Gebiet wurden meist nur politische Diskussionen mit den Verantwortlichen geführt. Die Genossinnen schildern das Leben der eritreischen Bevölkerung unter den schweren Bedingungen der äthiopischen 6. Offensive (seit 1978), die siegreich in der Schlacht um Nagfa zurückgeschlagen werden konnte. Gegenwärtig bereiten der äthiopische DERG mit seinen sowjetischen und kubanischen Beratern eine neue Offensive vor. Die sowjetischen Waffenlieferungen nach Asmara (Eritrea) sind in den letzten Wochen sprunghaft angestiegen, täglich werden neue Waffen ausgeladen, der Hafen quillt bereits über mit militärischem Material („International Herald Tribune“, 23.4.80). Nordwestlich von Asmara kam es jüngst zu Überfällen der EPLF auf die Transporte in Richtung Keren (ebenda). Nach Meldungen aus Beirut soll der Sudan seine Grenze zu Äthiopien für den Nachschub der eritreischen Befreiungsbewegungen gesperrt haben (wir berichteten darüber). Weder die EPLF noch die ERA (der militärische Flügel) haben bisher diese Berichte bestätigt. Nach ihren Angaben funktioniert der Nachschub nach Eritrea ungestört. Dieser Nachschub besteht vor allem aus Treibstoffen für Fahrzeuge und Dieselgeneratoren in Werkstätten und Spitälern, Grundnahrungsmitteln, Rohstoffen für Werkstätten, Medikamenten und anderen Hilfsgütern. Es ist also zu einem großen Teil Material, das für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur für die Zivilbevölkerung in den ländlichen Gebieten Eritreas benutzt wird. Nach Berichten eines Eritrea-Hilfskomitees aus der Schweiz, das kürzlich zwei Lastwagen mit Hilfsmitteln in Eritrea der EPLF übergab, sehen die Eritreer der Zukunft optimistisch entgegen, trotz der empfindlichen Behinderung, die die Schließung der Grenze mit sich bringen würde. Für die Eritreer war die Schlacht von Nagfa ein Wendepunkt und hat ihnen starken Auftrieb gegeben, ihr Land vollständig vom militärisch überlegenen ausgerüsteten Gegner zu befreien (lt. „NZZ“, 23.4.80). Gerade angesichts der Thesen vom „Mythos des Internationalismus“, die im Kern auf die Verweigerung der Unterstützung revolutionärer Befreiungsbewegungen hinauslaufen (vergl. Kursbuch 56), zeigen die Augenzeugenberichte, daß der dialektische Zusammenhang von Massenmobilisierung und revolutionärer Führung nicht einseitig aufgesprengt werden kann, ohne die Bewegung selbst zu treffen. Wir rufen zur solidarischen Unterstützung der EPLF auf! Ortsgruppe Bremen und Afrika-Kommission.

AK: Können Sie genauer schildern, in welcher Form sich der Krieg auf das Leben der Bevölkerung ausgewirkt hat? Es gab Berichte darüber, daß von Seiten der Äthiopier chemische Kampfmittel angewandt worden seien. Habt Ihr davon etwas mitbekommen?

B.: Die Äthiopier setzen tatsächlich Napalm- und Splitterbomben zur Vertreibung der eritreischen Guerillas und der Zivilbevölkerung ein. Im „field“ haben wir diese Splitterbomben gesehen, haben nicht-explodierte russische Bomben gesehen und haben immer wieder gehört, daß auch Entlaubungsmittel eingesetzt worden seien. Durch die ständigen Luftangriffe ist es für die Zivilbevölkerung in Eritrea kaum mehr möglich, Landwirtschaft zu betreiben. Manchmal kommen die Äthiopier in die Dörfer, bringen Frauen, Kinder, Männer um und brennen die Ernte nieder.

Eine besondere Repression, die sich systematisch gegen die Nomaden gerichtet hat, war das Vergiften der Brunnen und Wasserstellen; ausserdem wurden auch ihre Herden häufig bombardiert.

AK: Inwieweit war denn unter diesen Bedingungen noch ein normales Leben möglich?

B.: Für die Zivilbevölkerung praktisch überhaupt nicht mehr! Das ganze Leben der Befreiungsbewegungen spielte sich nachts ab: die Arbeit in den Werkstätten, Kochen, Transporte, alles mußte nachts gemacht werden!

C.: Trotz all dieser schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen hat uns, wo immer wir waren, verwundert, wie locker und gelöst die Atmosphäre der Kämpfer/innen untereinander war. Wir hatten die Vorstellung, daß Leute, die Tag für Tag voll einsatzbereit sein müssen und ständig erleben, wie Freunde und Verwandte sterben, irgendwie hart und verbittert geworden sein müßten. Umso erstaunter waren wir, als wir sogar an der Front und im militärischen Ausbildungslager kleine Musikgruppen antrafen, die auf selbstgebastelten Gitarren traditionelle und revolutionäre Lieder sangen und dazu tanzten. Überall wird viel gelacht und sich viel erzählt. Die Umgangsformen sind ausgesprochen herzlich, fast zärtlich.

AK: Barbara hat eben schon die Werkstätten der EPLF erwähnt. Ihr habt im Sahel selbst welche besichtigen können. Was wurde dort hergestellt, und wie wurde dort gearbeitet?

A.: Im Sahel gibt es verschiedene Werkstätten: Metall- und Lederwerkstatt, Schneiderei, Holz- und Uhrmacherwerkstatt, Garagen und Schmieden. Diese Werkstätten haben uns sehr beeindruckt; dort wird fast alles hergestellt, was die Organisation braucht. Das geht von Krücken für Kriegsverletzte über Musikinstrumente bis zur Reparatur und teilweiser Eigenherstellung von Gewehren. Nichts wird weggeworfen, alles irgendwie wiederverwendet, um wirklich unabhängig von fremder Hilfe zu sein.

Besonders aufgefallen ist uns der hohe Anteil von Frauen, die dort in den Werkstätten arbeiten. Die Frauen machen ungefähr 40% der in den Werkstätten Arbeitenden aus und leiten auch Männer an!

C.: Metallteile, die von abgestürzten Flugzeugen oder zusammengeschnittenen Panzern stammen, werden eingesammelt. Dann werden sie in einem sehr geschickten Verfahren, das sich die EPLF-Kämpfer für diese schwierigen Bedingungen ausgedacht haben, zusammengeschmolzen, wobei Metalle mit unterschiedlichen Schmelzpunkten getrennt werden. Diese Metalle werden dann später an der Drehbank zu wichtigen Werkzeugen weiterverarbeitet.

A.: Auch zahlreiche Maschinen sind nicht eingeführt worden, sondern von ihnen selbst hergestellt. Der Großteil der Maschinen ist von den Äthiopiern erbeutet und ist im strategischen Rückzug oder schon vorher bei Nacht aus den Städten rausgeholt worden.

AK: Welche Verwaltungsstrukturen gibt es in den Werkstätten?

A.: Es ist für uns deutlich geworden, daß hier eine Wirtschaft unter den Bedingungen des Krieges aufrechterhalten werden muß, und die Entscheidungen sehr zentralistisch getroffen werden. Dies machte sich nicht nur an der Front bemerkbar, sondern auch in den Werkstätten.

Dort gibt es einen von oben bestimmten Verantwortlichen, der auf Grund seiner fachlichen Kompetenz eingesetzt worden ist. In konkreten Situationen müssen erstmalig die von ihm kommenden Weisungen ausgeführt werden, aber auf den wöchentlichen Kritik/Selbstkritik-Sitzungen – die in allen Bereichen der EPLF stattfinden – können ihn alle kritisieren, und er muß zu jeder Kritik Stellung beziehen.

Von uns war für uns allerdings nicht erkennbar, wer der Leiter ist, da er sich weder durch einen besonderen Kommandierten hervorragen hat, noch sonst irgendwelche Privilegien genoss.

AK: Ich denke, daß in den Werkstätten sehr hart und viel gearbeitet wird. Wie ist das Arbeitsklima unter diesen Bedingungen?

B.: Überall, ob in den Werkstätten oder an der Front, konnten wir sehen, wie kameradschaftlich und solidarisch das Verhältnis der Kämpfer untereinander und zu den Führern oder Leuten in höheren Positionen ist. In den Werkstätten haben wir oft erlebt, daß Arbeiter/innen, die mit ihren Arbeiten fertig waren, zu anderen hingegangen sind, die noch beschäftigt waren, und dort mitgeholfen haben.

An der Front haben wir einmal mehrere Stunden nicht bemerkt, daß wir einen hohen Militärführer vor uns hatten, weil es keine Rangabzeichen gibt, und weil sein Verhalten und seine Lebensbedingungen denen der anderen Kämpfer entsprachen. Auch hier an der Front war der solidarische, ja zärtliche Umgang miteinander bemerkenswert.

C.: Die Arbeit in den Werkstätten beginnt am Nachmittag mit Einbruch der Dunkelheit. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind unheimlich diszipliniert und arbeiten schnell und konzentriert; sie lassen sich auch durch Besucher nicht ablenken.

Parallel zur Arbeit in den Werkstätten findet tagsüber theoretischer begleitender Unterricht statt. Was praktisch gelernt wird, wird nochmal theoretisch durchgenommen.

Wir hatten gehört, daß die Kämpfer, nachdem sie die drei bis sechsmonatige Ausbildung im militärischen Ausbildungslager beendet haben, keinen Einfluß auf die Wahl ihrer zukünftigen „Arbeitsstelle“ haben. Die Organisation entscheidet darüber, ob jemand an die Front, in die Verwaltung oder in die Werkstätten kommt. Auf unsere Frage, ob sie nicht lieber in einem selbstgewählten Bereich reich tätig sein wollten und dann vielleicht mehr leisten könnten, weil ihre individuellen Wünsche berücksichtigt

würden, bekamen wir immer wieder die Antwort, es wäre egal, an welcher Stelle sie etwas für die Revolution tun würden. In Hinblick auf das gemeinsame Ziel wäre alles das gleiche. – Für uns ein ungewöhnliches Denken.

AK: Angela hat vorhin auf den hohen Anteil von Frauen hingewiesen, die in den Werkstätten arbeiten. Werden die Frauen dort von den Männern akzeptiert?

B.: Ich habe mit einem Mann in den Werkstätten gesprochen, weil ich mich über den hohen Anteil der Frauen dort gewundert habe. Er erzählte, daß es vor vier bis fünf Jahren noch undenkbar gewesen wäre, daß Frauen dort mitarbeiten. Deshalb seien viele Diskussionen geführt, bei denen die Männer am Anfang zu den Frauen gesagt hätten, „Ihr könnt das nicht“, aber die Frauen haben sich unheimlich dagegen gewehrt und sich für ihre gleichberechtigte Teilnahme an allen Arbeiten eingesetzt. Inzwischen, meint er, sei es selbstverständlich geworden, daß die Frauen überall mitarbeiten, und es sei kein Diskussionspunkt mehr.

C.: Daß die Beteiligung von Frauen am Befreiungskampf mittlerweile eine ziemliche Selbstverständlichkeit geworden zu sein scheint, haben wir ständig beobachten können. Wir haben nicht gesehen, daß sich Kämpfer der EPLF sonderlich patriarchalisch betragen haben, sondern Männer und Frauen hatten sehr gleichberechtigte Umgangsformen miteinander. Die Frauen haben einen äußerst selbstbewußten Eindruck auf uns gemacht, haben alle schweren Arbeiten genauso verrichtet wie die Männer. Und die Männer sind genau wie die Frauen am Kochen und am Wäschewaschen beteiligt. Insofern scheinen da echte Fortschritte gemacht worden zu sein.

1. Frauenkongreß der EPLF

Wir haben das Glück gehabt, daß wir am Ende November stattgefundenen ersten Frauenkongreß der EPLF teilnehmen konnten. Dieser Kongreß tagte drei bis vier Tage, und es trafen sich dort ungefähr 150 Frauen, die aus dem Mittleren Osten, aus Europa und aus verschiedenen Teilen Eritreas gekommen waren. Eine Frau erzählte uns, daß sie sich nachts aus der Stadt herausgeschlichen mußte, um an diesem Kongreß teilzunehmen. Sie erzählte, daß sie sich um an diesem Kongreß teilnehmen zu können. Einige von ihnen waren 15 - 20 Tage zu Fuß gelaufen, teilweise mit ihren Kindern auf dem Rücken oder an der Hand, haben sich durch die äthiopischen Linien geschmuggelt, um sich hier, irgendwo im Sahel, mit ihren Genossinnen treffen zu können.

Auf dem Frauenkongreß haben sie ihr Programm besprochen und verabschiedet, haben sich eine Leitung gewählt und haben weitere Schritte überlegt, wie sie noch mehr Frauen für die Frauenmassenorganisationen gewinnen können und wie ihre weitere Tätigkeit in den Massenorganisationen aussehen soll.

A.: Die Frauen auf dem Kongreß waren gewählte Delegierte der Frauenmassenorganisationen der EPLF. Überall in den eritreischen Dörfern und Städten und im Ausland gibt es Zweige der Massenorganisationen der EPLF, die ihre Delegierten hier zum Kongreß gesandt haben. Der Kongreß hat deshalb eine große Bedeutung, weil erstmals die verschiedenen Gliederungen der Frauenmassenorganisationen sowohl aus Eritrea wie aus dem Ausland vereinheitlicht wurden.

C.: Dieser Kongreß war also der Gründungskongreß einer Frauenorganisation und hätte schon 1978 statt-



finden sollen. Wegen der aktuellen militärischen Lage, die sich damals rapide verschlechtert hatte, mußte dieser Kongreß verschoben werden. Dieser späte Termin bedeutet also nicht, daß die Frauen erst jetzt politisch aktiv geworden sind, vielmehr können fast alle Frauen mehrere Jahre Erfahrungen in politischer Arbeit in den Massenorganisationen in den Städten und Dörfern vorweisen.

B.: Der Kongreß war für mich besonders beeindruckend vor dem Hintergrund der traditionellen Rolle der Frau in Eritrea. Ein erheblicher Unterschied besteht zwischen Frauen, die im Hochland leben, vorwiegend Christen sind und sowohl Feld- wie Hausarbeit verrichten, während die Frauen aus dem Tiefland vor allem Moslems sind und ihre Lebensbedingungen dementsprechend noch schlechter sind. Beim Besuch einer Ansiedlung von Nomaden durften wir die Frauen in ihren Zelten besuchen. Sie befanden sich auf einem großen Bett, das durch Vorhänge vom Rest des Zeltes abgetrennt war. Schüchtern und ängstlich streckten sie uns ihre Hand entgegen.

Hinterher in Gesprächen haben wir gehört, daß die Frauen wirklich nur auf's Bett beschränkt leben, daß ihre einzige Funktion darin liegt, Kinder zu bekommen, und sie ansonsten überhaupt keine Rechte haben. Sie dürfen nicht einmal einkaufen oder Wasser holen.

Solche Nomadenfrauen, die in diesen Verhältnissen aufgewachsen sind, haben wir auf dem Kongreß gesehen. Eine von diesen „traditionellen“ Frauen ist selbstbewußt zum Mikrofon gegangen und hat vor allen Anwesenden eine Rede gehalten...

Ich habe meinen Augen kaum getraut, weil ich immer noch das Bild von den verschleierte Frauen in den Zelten vor mir hatte.

A.: Die Frauen in ihren traditionellen Lebensverhältnissen zu sehen, war für mich deshalb wichtig, weil ich mit europäischen Ansprüchen über Frauenemanzipation nach Eritrea gekommen bin. Wenn man dann hört, daß die EPLF ein Ehegesetz rausgebracht hat, das die monogame Ehe und die freie Partnerwahl für beide sichert, während wir hier in Europa die Kleinfamilie gerade abschaffen wollen, dann erscheint einem solch ein Gesetz nicht unbedingt als Fortschritt. Und dann haben wir die Frauen in den traditionellen Gesellschaftsstrukturen erlebt, haben mitbekommen, wie ein Mann fünf Frauen hat, die alle vollkommen rechtlos sind, die den Mann vor der Ehe nicht kannten, sondern von ihren Eltern verkauft wurden. Unter diesen Voraussetzungen begriffen wir erst den enormen Fortschritt, der durch das neue Ehegesetz eingeleitet wurde.

Am Ehegesetz konnten wir auch sehen, wie vorsichtig die EPLF bei ihren Veränderungen vorgeht. Das

Fortsetzung nächste Seite



Mit dem Rücktritt der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierungsjunta ist das bisherige Bündnis zwischen antisozialistischer Bourgeoisie und den Volkskräften offen von der Bourgeoisie aufgekündigt worden, nachdem schon in den letzten Wochen deutlich geworden war, daß sie unter den momentanen Machtverhältnissen kaum etwas zum Wiederaufbau Nikaraguas beizutragen gedenkt. Zum Anlaß für ihren Rücktritt nahmen die bürgerlichen Kräfte die Bildung des „Staatsrates“, an dem sie nicht in der von ihnen gewünschten Stärke beteiligt werden sollen.

Violeta Barrios de Chamorro ist die Witwe des von den Somozisten ermordeten Verlegers Joaquín de Chamorro, der die oppositionelle Zeitung La Prensa herausgegeben hatte. Sie repräsentierte die konservative, von ihrem Mann geprägte, antisozialistische Opposition in der Regierungsjunta. Am 19. April erklärte sie aus „gesundheitlichen Gründen“ ihren Rücktritt. Nur wenige Tage später folgte ihr der vierzigjährige Alfonso Robelo Callejas, der als Vorsitzender der Unternehmerorganisation Demokratische Bewegung in der Junta vertreten war. Angeblich soll diese Organisation seit längerem auf eine solche Entscheidung hingearbeitet haben (SZ, 24.4.80).

Robelo und seine Partei werfen den Sandinisten vor, die Grundlagen für einen „politischen Pluralismus“ zerstört zu haben und damit den Zielen der Revolution gegen Somoza untreu geworden zu sein. Gemeint ist damit ein Abkommen zwischen den verschiedenen am Sturz Somozas beteiligten Gruppen über die Einrichtung eines sog. „Staatsrates“, der bis teiligten Gruppen über die Einrichtung eines sog. „Staatsrates“, der bis zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung die Legislative bilden soll. Die ursprünglich vorgesehene Verteilung der geplanten 33 Sitze im Staatsrat wird den neuen Verhältnissen in Nikaragua in keiner Weise gerecht, einige bürgerliche Organisationen, wie z.B. die Unabhängige Liberale Partei oder die Christlich-soziale Volkspartei sollten, obwohl verschwindend klein, im Staatsrat vertreten sein, während einige erst nach dem Sturz gegründete Massenorganisationen mit mehreren tausend Mitgliedern nicht vertreten sein sollten. Der Vorschlag, den Staatsrat auf 47 Mitglieder zu erweitern und diese Organisationen ebenfalls zu beteiligen, wurde von den bürgerlichen Kräften kritisiert — die FSLN wolle die ganze Macht an sich reißen (NZZ, 25.4.80).

Daß es sich bei dem Rücktritt der bürgerlichen Kräfte aus der Regierung tatsächlich um einen Wendepunkt in der Politik der Bourgeoisie handelt, wird aus dem Zusammentreffen mit anderen Ereignissen deutlich: Kurz nach dem Rücktritt Robelos setzten die Eigentümer der größten Tageszeitung Nikaraguas, La Prensa, den bisherigen Chefredakteur Xavier Chamorro ab, weil ihnen die politische Linie des Blattes als zu sandinistenfreundlich erschienen war (TAZ, 25.4.80). Die Reaktion der Mitarbeiter übrigens — sie besetzten das Lokal der Zeitung, um die Wiedereinstellung

Nikaragua: Die Bourgeoisie steigt aus



des Chefredakteurs zu erzwingen — wurde hierzulande als Versuch der FSLN hochgespielt, massiv Einfluß auf die Zeitung zu nehmen (NZZ, 25.4.80).

Hohe Mitglieder amerikanischer Regierungskreise, des Außen- und Verteidigungsministeriums erklärten unter Hinweis auf den Rücktritt der beiden Juntamitglieder, daß sich Nikaragua unaufhaltsam (?) zu einem „cubafreundlichen, marxistischen Staat“ entwickle. Die Regierung der USA glaube nicht mehr an eine Wandlung Nikaraguas zu einer „freiheitlich-rechtlichen Demokratie westlicher Prägung“. Zwar wolle sich die Regierung noch für die versprochenen Kredite in Höhe von 75 Millionen Dollar verwenden, aber ob der Kongreß angesichts der veränderten Lage zustimme... (SZ, 29.4.80).

Die Bourgeoisie Nikaraguas verfügt nicht über die politische Macht, obwohl sie in der Regierung und den einzelnen Ministerien vertreten ist, ja sogar einige wichtige Positionen wie das Wirtschaftsministerium übernommen hatte. Sehr zum Ärger aller bürgerlichen Journalisten liegt die wirkliche politische Macht bei der FSLN, die es verstanden hat, ihren Rückhalt in der Bevölkerung in reale Machtpositionen umzusetzen. Die Bourgeoisie verfügt zur Zeit weder über organisierte politische Kräfte, die

Rückhalt in der Bevölkerung haben, noch über militärische Kräfte. Ihre Stärke liegt im wesentlichen in der Verfügung über den Produktionsapparat, vor allem angesichts der katastrophalen Versorgungslage. Zwar hat die Enteignung der Besitztümer der Somozafamilie dem Staat mit einem Mal Einflußmöglichkeiten auf einen sehr großen Teil der nikaraguanischen Wirtschaft gegeben; allerdings stellte sich heraus, daß die Somozas zu einem großen Teil im unproduktiven Sektor, im Finanz-, Handels- und Dienstleistungsbereich investiert hatten, kaum aber in der Lebensmittelproduktion. Darüber hinaus war ein großer Teil dieser Betriebe nur rentabel, weil die Profite aus Steuermitteln finanziert wurden. Kurz: die nikaraguanische Bourgeoisie hat in der Versorgung Nikaraguas immer noch eine wichtige Schlüsselrolle. Diese versucht sie im Kampf um die politische Zukunft Nikaraguas ins Spiel zu bringen. Zugute kommen ihr ebenfalls ihre Beziehungen zu den Unternehmerorganisationen der anderen mittelamerikanischen Länder und zum Imperialismus, der durch Manipulationen an der Währungssituation, die Vergabe von Krediten und Lebensmitteln Einfluß zu ihren Gunsten nehmen kann.

Enrique Schmidt, ehemaliger Sprecher der FSLN in der BRD und heute

Polizeichef von Managua, äußerte sich in einem Interview zu der Frage, wieso nicht auch der Rest der Bourgeoisie enteignet wird:

„Noch einen anderen Faktor möchte ich erwähnen: Ich denke dabei an die Haltung, die manche Genossen in Europa einnehmen, wenn sie so etwas hören. Hier gibt es eine andere Realität. Abgesehen davon, daß nur unser politisches Bündnis es ermöglicht hat, daß die revolutionäre Bewegung an die Macht kommt, gibt es auch andere Schwierigkeiten. Wir haben hier große Probleme mit den Kader, vor allem mit den guten Kadern, die die Fähigkeit zur Verwaltung haben. Wir haben sogar Probleme mit den Betrieben, die schon verstaatlicht sind. Wir haben keine Kräfte und hoffen trotzdem, die Produktion zu erhöhen. Doch das hängt größtenteils von der Verwaltungsfähigkeit ab, die man in den Betrieben hat. So spielen in Bezug auf weitere Verstaatlichungen nicht nur die politischen Fragen eine Rolle, sondern auch unsere Möglichkeiten, Kader einzusetzen, die in den Betrieben die Produktion in Gang bringen. Denn wir können nichts gewinnen, wenn wir unüberlegt Betriebe nur aufgrund prinzipieller Überlegungen verstaatlichen, ohne daß wir darauf vorbereitet wären, die Betriebe auch produzieren zu lassen.“ (TAZ, 11.4.80).

„Nikaragua wird dem Volk von El Salvador zu Hilfe eilen“

Angesichts der Konzentration von Söldnerheeren an der Grenze zu Guatemala und Honduras hat der Innenminister von Nikaragua, Tomas Borge, jetzt angekündigt, daß die Sandinistas erneut zu den Waffen greifen und dem Volk von El Salvador zu Hilfe eilen würden, sobald eine militärische Intervention von außen begönne. Bisher hatte die FSLN, zumindest offiziell, immer einen Standpunkt der strikten Nichteinmischung vertreten. Laut Prensa Latina, der offiziellen kubanischen Nachrichtenagentur erklärte Borge in Prag: „Jeder Angriff gegen dieses Land wird wie ein Angriff gegen unser eigenes Land angesehen“ (FAZ, 10.4.80).

Aufgespießt

Eine Tragödie hat der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blum, auf einer Reise durch Mittelamerika entdeckt: „Zentralamerika ist das Experimentierfeld des kommunistischen Terrors“, berichtete er der „Welt“. Und um seinem Ruf als „linker“ CDU-Politiker gerecht zu werden, fügte er hinzu: „Zugleich versucht eine Oberschicht, an ihren Privilegien festzuhalten“ („Welt“, 10.4.80).

ABC!

Die Alphabetisierung in Nicaragua beginnt. Weil 1 Mio Menschen lesen und schreiben lernen müssen. Als Voraussetzung für wirkliche Demokratie.

Gebraucht werden 40 Mio Dollar. Wenn wir helfen, ist dies Ziel schnell erreicht.

Alphabetisierung: A und O des neuen Nicaragua.



Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrichstr. 10 · 5600 Wuppertal 1
Bitte fordern Sie Informationsmaterial an.
Stadtparkasse Wuppertal
Konto 976 738 (BLZ 330 500 00)
Stichwort „Alphabetisierung“
Spendenquittung möglich.

Peru: Linkes Wahlbündnis geplatzt. Machtkämpfe der Trotzkisten

wurde auch die Sitzverteilung der Kandidaten zugunsten der Trotzkisten geregelt, 50% aller erreichbaren Sitze sollten die trotzkistischen Organisationen bekommen, die restlichen 50% sollten sich die ML-Organisationen und die sogenannten zentristischen Kräfte (Vanguardia Revolucionaria und andere) teilen. Diese Zugeständnisse an die Trotzkisten ergaben sich aus ihrer Stärkposition, über die sie mit Hugo Blanco als dem eindeutig aussichtsreichsten und bekanntesten Kandidaten der Linken verfügten.

Die ML-Organisationen sind trotzdem über ihre Schatten gesprungen und haben die Bündnisvereinbarungen unterschrieben. Offensichtlich haben sie dann an einzelnen Punkten versucht, das Kräfteverhältnis im Bündnis zu ihren Gunsten im nachhinein zu verändern, etwa durch die Forderung, die Parole „Für eine demokratische Volksregierung“ in die Wahlagitierung mit aufzunehmen.

In den Stellungnahmen der ML-Gruppen (v.a. Patria Roja) kommt dann zwar Bedauern über das Scheitern des Bündnisses zum Ausdruck, der entscheidende Vorwurf wird aber den Trotzkisten und den zentristischen Gruppen gemacht, die vor den trotzkistischen Positionen kapi-

tuliert hätten. Mit dem Zerfall der ARI sei nicht der Kampf um die Einheit der Linken, sondern eine opportunistische Bündiskonzeption gescheitert („Patria Roja“, 17.3.80).

Die entscheidenden Maßnahmen, die zum Bruch der ARI geführt haben, wurden aber ganz offensichtlich von den Trotzkisten unternommen. Einigermaßen ehrlich um das Zustandekommen des Bündnisses bemüht waren nur Hugo Blanco und seine Partei, die PRT, die zur IV. Internationale (Vereinigtes Sekretariat) gehört. Die PST (gehört zur bolschewistischen Fraktion, die kurz vor dem letzten Weltkongreß der IV. Internationale im November '79 ausgetreten ist) und die POMR (Mitglied des „Organisationskomitee für den Wiederaufbau der IV. Internationale“, eine Fraktion außerhalb der IV.) unterstützten das Bündnis von Anfang an halbherzig. Beide Gruppierungen, insbesondere aber die bolschewistische Fraktion, hatten sich in den letzten Monaten durch extremes und nahezu kriminelles Sektierertum hervorgetan. Knackpunkt, der auch zum Austritt aus der IV. Internationale führte, war der Streit um die Brigade Simon Bolívar in Nicaragua. Dies war eine internationale Brigade, die vorwiegend aus

argentinischen und kolumbianischen Mitgliedern der Bolschewistischen Fraktion bestand. Diese wurden von der FSLN in Nicaragua massiv angegriffen und schließlich ausgewiesen, weil sie zu Streiks, „wildem“ Landbesetzungen u.ä. aufgefordert hatten. Die Bolschewistische Fraktion verurteilt heute die FSLN und die nikaraguanische Junta als bürgerliche Regierung, die keine Unterstützung verdiene. Dies war von der IV. Internationale verurteilt worden, und ehe es auf dem Weltkongreß zur inhaltlichen Auseinandersetzung kommen konnte, trat diese Fraktion aus (genauer dazu: „Was Tun“, 13.12.79 und „Imprekor“, 28.2.80).

Eine ähnliche Linie wurde nun offensichtlich in Peru verfolgt, wo PST und POMR gemeinsam darauf drängten, eine lupenreine trotzkistische Liste aufzustellen. Wenn dies mit einiger Aussicht auf Erfolg geschehen sollte, brauchte man dazu aber die Wahllokomotive Hugo Blanco. Deswegen flogen „höchste Repräsentanten“ dieser Strömungen in Peru ein. Nahuel Moreno für die Bolschewistische Fraktion (dazu gehört die PST) und Pierre Lambert aus Frankreich für das Organisationskomitee zum Wiederaufbau der IV.

Internationale (dazu gehört die POMR, führende Organisation dieser Richtung in Europa ist die OCI Frankreich). Unter diesem Druck entschloß sich dann Hugo Blanco und mit ihm offensichtlich die Führung der IV. Internationale Vereinigtes Sekretariat, einen eigenen trotzkistischen Block zu bilden. Die IV. Internationale (VS) hat nämlich mit der Bolschewistischen Fraktion ihre wesentlichen und stärksten Organisationen in Lateinamerika (vor allem PST Argentinien und Kolumbien) verloren und muß über den Weg von Bündnissen und Zusammenarbeit versuchen, sich Reste von Einfluß in Lateinamerika zu erhalten. So wurde in der Berichterstattung in „Was tun“ die gesamte Verantwortung für das Scheitern der ARI den ML-Gruppen zugeschoben. Ein Wort der Kritik an den Gruppen der Bolschewistischen Fraktion und des Komitees gab es nicht („Was tun“, 28.2.80).

Trauriges Ergebnis dieser trotzkistischen Linienkämpfe ist, daß jetzt 5 Linke Listen in Peru kandidieren:

- FUI (linke vereinigte Front), revisionistischer Block, Kandidaten: del Prado und Rodriguez;
- FOCEP mit Genaro Ledesma als Kandidat, der zunächst im revisionistischen Bündnis mitgearbeitet hatte, dort aber wegen Querelen um die Listenplätze ausstieg;
- UNIR, ML-Block mit dem Kandidaten Zeballos, Vorsitzender der relativ starken Lehrgewerkschaft. Diesem Block hat sich die PCR-Clase Obrera angeschlossen, die vormalig zur UDP gehörte und nach dem Bruch der ARI die opportuni-

Fortsetzung nächste Seite

Das linke Wahlbündnis in Peru, ARI, (revolutionäre linke Allianz, ARI bedeutet gleichzeitig in der Indiosprache Quechua „ja“) ist geplatzt.

Vereinigt hatten sich in der ARI die überwiegende Mehrheit der revolutionären Linken Perus von MLern bis hin zu den verschiedensten trotzkistischen Organisationen. Grundlage des Bündnisses war die gemeinsame Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur des populären und weit hin bekannten Trotzkisten Hugo Blanco und seine Wahlparole „Für eine Regierung ohne Bosse und Generäle“. Alle Organisationen hatten darüber hinaus volle Agitationsfreiheit und das Recht, Widersprüche zu anderen Organisationen in ihren Veröffentlichungen darzustellen.

Ausgehandelt worden war das Bündnis im wesentlichen von der UDP (Demokratische Volksunion) und der PRT Hugo Blancos. Die verschiedenen ML-Organisationen hatten sich in letzter Minute angeschlossen, um nicht in die Isolierung zu geraten. Sie hatten allerdings das Bündnis als trotzkistisch beherrscht kritisiert. Tatsächlich hatten die trotzkistischen Organisationen ihre wesentlichen Positionen durchgesetzt: Die Wahlparole „Für eine Regierung ohne Bosse und Generäle“ gegen eine Parole, die mehr auf eine „demokratische Volksregierung“ orientierte. Der Widerspruch bestand darin, daß die Trotzkisten jegliche Zusammenarbeit mit bürgerlich-demokratischen Kräften ablehnten. So wurde auch die ARS, eine überwiegend bürgerliche Organisation (linke Abspaltung von der bürgerlichen Accion Popular), aus dem Bündnis ausgeschlossen. Und schließlich

10.000 kubanische Flüchtlinge auf dem Gelände der peruanischen Botschaft in Havanna – welch gefundenes Fressen, um die Kampagne „Ein Herz für Flüchtlinge“, die mit den vietnamesischen „boat-people“ bereits publikumswirksam inszeniert wurde, neu zu beleben. Mit unverhohlenen Hochgenuss schlachtete die internationale Presse dieses neue „Flüchtlingsdrama“ aus, um mit der kubanischen Revolution insgesamt abzurechnen.

Am 1.4. hatte sich ein Bus mit sechs Insassen gewaltsam Zugang zur peruanischen Botschaft verschafft. Im Schußwechsel mit der Bewachungsmannschaft starben ein Flüchtling und ein kubanischer Polizist. Peru verweigerte die geforderte Auslieferung der Flüchtlinge, daraufhin wurde die kubanische Bewachung von der peruanischen Botschaft vorübergehend abgezogen. Dies wurde durch den Sender der Exilkubaner in Miami (Stimme Amerikas) und Mundpropaganda verbreitet und führte zum Run auf die Botschaft. Bis zum Mittag des 2.4. befanden sich bereits etwa 1300 asylsuchende Kubaner auf dem Gelände der Botschaft, am nächsten Tag sollen es 10.000 gewesen sein. (Das Gelände der Botschaft ist 2000 qm groß, d.h. auf jedem Fleck von 1 mal 1 m stehen fünf Menschen.)

Fidel Castro bezeichnete in einer Erklärung die Flüchtlinge als „Verbrecher und asoziale Elemente“, und Kuba sei froh, diese Leute loszuwerden. Jedem wurde die Möglichkeit zur Ausreise garantiert, sobald er ein Aufnahmeland nachweisen kann. Ausgenommen von dieser Regelung wurden die Flüchtlinge, die sich gewaltsam Zugang zur Botschaft verschafft und damit die Immunität der Botschaft und die kubanischen Gesetze verletzt hätten.

Außerdem wurden von der kubanischen Regierung Lebensmittel, Wasser, Milch für die Kinder und Medikamente verteilt, transportable Klos und ein ambulantes Hospital aufgeschlagen. Es wurden Passierscheine ausgegeben, damit die Flüchtlinge das Botschaftsgelände verlassen und in ihren Wohnungen auf ihre Ausreise warten konnten, um das furchtbare Gedränge auf dem Botschaftsgelände aufzulösen. Von diesem Angebot machten nur relativ wenige Asylsuchende Gebrauch, laut NZZ, weil sie darin „eine Falle witterten“ (!), tatsächlich aber, weil „kleine schlagkräftige Gruppen“, die Mehrheit am Verlassen des Geländes hinderten („SZ“, 14.4.); und schließlich weil sie die Beschimpfungen und Reaktionen von Nachbarn und Freunden befürchteten – die es natürlich und verständlicherweise auch gab.

Wohin mit den Flüchtlingen

Während der letzten Jahre war in Kuba eine Amnestie für 20000 politi-

„Ein Herz für Flüchtlinge“. Kampagne gegen Kuba

sche Gefangene durchgeführt worden, wobei der Begriff politische Häftlinge weit gefaßt war, darunter fielen auch Unangepasste, sogenannte Saboteure, Drogensüchtige usw. Castros pauschale Qualifizierung der 10.000 als „Verbrecher und kriminelle Elemente“ trifft sicher nicht den Kern des Problems, man kann aber davon ausgehen, daß ein relativ großer Anteil der Flüchtlinge auch anderswo als in Kuba mit den Gesetzen in Konflikt geraten würde.

So war denn auch keins der „westlichen Länder“ besonders interessiert an der Aufnahme der Flüchtlinge. Während die humanitären Appelle und die Fotos von den katastrophalen Zuständen auf dem Botschaftsgelände durch die Presse gingen, feilschten die Andenpaktländer, USA und andere um die Aufnahmezahlen. Pinochet brachte das Problem auf den Punkt, als er sein Asylangebot an die Bedingung knüpfte, „unerwünschte Elemente“ seien fernzuhalten („SZ“, 14.4.80). Eine Organisation von Exilkubanern („Komitee der 75“), die über jeden Verdacht einer Kuba-freundlichen Haltung erhaben ist, machten die USA und andere westliche Länder für die Situation auf dem Botschaftsgelände verantwortlich, weil sie sich zunächst geweigert hätten, Einreisevisa zu erteilen. Inzwischen haben sich die USA bereit erklärt, einen „fairen Anteil“ von etwa 2000 Flüchtlingen zu übernehmen, die aber auf die Wartelisten gesetzt werden. Schon vor 15 Jahren wollte Fidel Castro alle ausreisewilligen Kubaner ausreisen lassen, dies wurde damals von Präsident Johnson verhindert, der die Probleme, die mit der überwiegend militant antikomunistischen Gemeinde der Exilkubaner (über 500.000 in Miami) existieren, nicht noch eskalieren wollte. Seitdem nehmen die USA nur noch 600 Kubaner monatlich auf.

Die BRD hat natürlich auch inzwischen ihre Hilfsbereitschaft signalisiert. Für „Sozialismus-geschädigte“ Kubaner haben „wir“ immer Platz, während der überwiegende Teil der 500 Argentinier, die in Videlas KZ's und Foltergefängnissen sitzen, immer noch nicht einreisen durfte (vergl. Kampagne zur Fußball-WM).

Die CDU hat ganz nebenbei eine kleine Anfrage über die „außenpolitischen Machenschaften“ des SPD-Abgeordneten Thüsing gestellt. Thüsing wird dort als Vorstandsmitglied der deutsch-kubanischen Freundschaftsgesellschaft für eine Erklärung mitverantwortlich gemacht, in der die Flüchtlinge ebenfalls „kriminelle

Elemente“ genannt werden.

Inzwischen sind die ersten Kubaner ausgeflogen und z.B. in Spanien von exilkubanischen Organisationen stürmisch gefeiert worden. In was für eine Zukunft die Kubaner ausreisen, zeigen die Vorbereitungen Perus, wo Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und völliger Wohnungsmangel täglich zunehmen. In einem Park in Lima wurde ein Zeltlager für die Flüchtlinge errichtet. Wovon sie längerfristig leben sollen, ist völlig offen.

konterte Boote wurden ohne Insassen aufgefunden („FR“, 29.4.80).

Hetzkampagne gegen Kuba

Die antikubanische Hetze in allen Medien schreckte vor den primitivsten Fälschungen nicht zurück, nur einige Kostproben: Castro lasse internationale Hilfsorganisationen nicht zu, er verweigere jede Hilfe, ja er plane ein Massaker an den Menschen auf dem Botschaftsgelände („NZZ“, 15.4.80); und dann folgt



Zahlreiche Demonstrationen fanden nach dem Flüchtlingsansturm auf die peruanische Botschaft in verschiedenen Landesteilen Kuabs statt. In Havanna demonstrierten über 1 Mio. Menschen ihre Loyalität mit Fidel und der Regierung. Dies war eine der größten Demonstrationen, die es je in Kuba gab. (NZZ, 22.4.80)

Nur ein Teil der Flüchtlinge wird es schaffen, im „Traumland“ USA unterzukommen, (bisher spricht man von 3500). Allen privaten Eignern von Booten und Flugzeugen, die mit dem Flüchtlingsdrama ein fixes Geschäft machen wollten, wurden hohe Gefängnis- und Geldstrafen angedroht für jeden Kubaner, der illegal in die USA transportiert wird. Mehrere Boote gerieten bei schweren Stürmen in der Karibik in Seenot, ge-

die Abrechnung mit der kubanischen Revolution insgesamt: die sozialistische Mißwirtschaft habe das einstmalige reiche Land in den Bankrott getrieben, die Massen hätten schon '59 beim Erfolg der Revolution keine Rolle gespielt, die Menschen sind müde, in „martialische (kriegerische, AK) Kampagnen“ wie Alphabetisierung u. ä. getrieben zu werden („Spiegel“) und schließlich, ganz hämisch, die Illusion vom neuen Menschen ist eben

gescheitert. „Auch nach 21 Revolutionsjahren sieht der neue Mensch... dem alten zum Verwechseln ähnlich. Er sucht die Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse...“ („SZ“, 14.4.80), als wenn darin ein Übel liegen würde.

Die gesamte Palette der ungeheuren ökonomischen Probleme, vor denen Kuba durch den Wirtschaftsboykott durch alle „westlichen“ Länder, durch die militärische Invasion und die beständige Sabotage durch die USA, durch die augenblicklichen Schwierigkeiten durch Dürre und Schädlingsbefall bei den landwirtschaftlichen Produkten steht, all das wird bestenfalls am Rande erwähnt. Ebenso die in Lateinamerika einmaligen sozialen und kulturellen Errungenschaften im Bildungswesen, bei der medizinischen Versorgung, bei Renten und sozialer Sicherung usw. Und der gewaltige und selbstlose internationalistische Einsatz Kubas mit Tausenden von Ärzten, Lehrern, Technikern in mehr als zwei Dutzend Ländern der Welt werden natürlich nicht als Ausdruck revolutionären Engagements der Kubaner gewertet, sondern als Einmischung und Großmachtspolitik diffamiert. Unbestreitbar ist, daß die kubanische Revolution vor großen Problemen steht. Castro: „Wir schwimmen in einem Meer von Schwierigkeiten... und das Ufer ist noch weit entfernt“. Lebensmittel und Konsumgüter sind nach wie vor rationiert. Es läuft eine Kampagne gegen „mangelnde Disziplin und Kontrolle... Verantwortungslosigkeit... Vetterwirtschaft“ auf allen Ebenen. Seit einem Jahr ist es den Exilkubanern erlaubt, ihre Familien in Kuba zu besuchen. Sie bringen Devisen, aber auch die Illusion von der Fülle im goldenen Miami – vergleichbar den Westbesuchern in der DDR. Daß dies alles die Zahl der Ausreisewilligen erhöht, ist leider logisch. Castros Erklärung von den „Verbrechern, Faulen und asozialen Elementen“ und die eher hilflose Argumentation der Granma, daß sich nicht einmal 0,04% der kubanischen Bevölkerung als Asylsuchende auf dem Botschaftsgelände befanden, vermitteln nicht gerade den Eindruck einer offensiven politischen Auseinandersetzung um die vorhandenen Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten. Trotzdem sehen wir unsere Aufgabe darin, die kubanische Revolution auf der Ebene der Solidarität und von den objektiven Schwierigkeiten her zu untersuchen. Derjenige, der nicht akzeptieren kann, daß 21 Jahre Revolution (in Abhängigkeit von der SU) noch keinen neuen Menschen machen und daß revolutionärer Elan und Begeisterung auch immer wieder von Erfolgen und materiellen Bedingungen abhängig sind, dem glauben wir nicht, daß er die Fehler der kubanischen Revolution mit ehrlichem Interesse kritisiert.

Lateinamerika-Kommission

Kurzmeldungen

Pinochet auf den Fidschi-Inseln: Der „internationale Marxismus“ beschmißt ihn mit Eiern.

An sich war die erste Staatsvisite Pinochets im südostasiatischen Raum auf 11 Tage angesetzt. Pinochet persönlich wollte etwas für das lädierte Ansehen der chilenischen Junta tun, aber der „internationale Marxismus“ (so seine eigenen Worte) vermählte ihm sein hohes Anliegen: In Suva, der Hauptstadt der Fidschi-Inseln, empfingen ihn am 23. März über 4000 Menschen mit Sprechchören und Transparenten und bombardierten ihn und seine Begleiter mit Mist und Eiern. (Übrigens: Nette Variante für den Anti-Strauß-Wahlkampf! Die ca. 100 anwesenden Polizisten schritten nicht ein.)

Der philippinische Staatspräsident Marcos, der in Fragen der Demokratie gegenüber Pinochet nicht weit zurücksteht, sah sich veranlaßt, „in einer sehr wichtigen Angelegenheit“ die Hauptstadt Manila zu verlassen. Damit war Pinochet gleich zu Beginn seiner Tournee eingeladen, umso peinlicher, da er schon fast an seinem Bestimmungsort war. Nach seiner frühzeitigen Rückkehr nach Santiago entließ Pinochet seinen Außenminister Cubillos, den er offensichtlich für diese diplomatische Schlappe verantwortlich machte. Den Philippinen drohte er vorerst mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen („NZZ“, 27.3.80). Im Herbst ist ein neuer Versuch diplomatischer Imagepflege nach Japan geplant.

Repression in Chile

Um sich der immer organisierter handelnden Opposition im Lande zu erwehren, hat Pinochet den seit zwei Jahren bestehenden Ausnahmezustand wieder um ein halbes Jahr verlängert, mit der Variante, daß Oppositionelle drei Monate „verbannt“ werden können („FAZ“, 19.3.80). Dies trifft u.a. für 12 von ca. 100 Frauen zu, die am 8. März, dem internationalen Kampftag der Frau, bei einer nicht genehmigten Demonstration festgenommen worden waren. Nach Mitteilung der Junta handelt es sich um „Wiederholungstäter“ („FR“, 17.3.80).

Um potentielle Wiederholungstäter wird es sich dann auch bei der Masse der chilenischen Bevölkerung handeln, die bei einer Inflationsrate von nahezu 40%, extrem hohen Lebenshaltungskosten und einer Arbeitslosigkeit von 21,4% (so die amtlichen Zahlen für Santiago) die menschenfeindliche Wirtschaftspolitik des Imperialismus mit zunehmenden Protesten beantwortet. Der Streik von ca. 14.000 Kupferarbeitern der Minen von El Teniente Anfang des Jahres symbolisiert diesen „Kampf ums Überleben“.

Der erste große Streik seit dem Putsch bewegte sich zwar im großen und ganzen im Rahmen des „Plan Laboral“ und damit für den Imperialismus „kontrolliert“, auch waren die Ergebnisse vergleichsweise mager (9% Lohnerhöhung, 7000 Pesos Ausgleichszahlung), dennoch zeugt die

Tatsache dieses Massenstreiks von einem erhöhten Organisationsgrad und wachsender Kampfbereitschaft der chilenischen Arbeiterklasse.

„Freie Wahlen“ in Honduras

Nicht das von den herrschenden Militärs gewünschte Ergebnis hatten die Wahlen am 20. April in Honduras, wohl der ärmsten der mittelamerikanischen Bananenrepubliken. Bei den ersten Wahlen seit neun Jahren hat die „Liberale Partei von Honduras“ mit deutlichem Vorsprung, 38 von 71 Sitzen, vor der „Nationalen Partei“ gewonnen. Die Liberale Partei repräsentiert ein gewisses Spektrum der bürgerlichen Opposition gegen die Militärdiktatur, während die Militärs die Nationale Partei unterstützt hatten. Die Linke war, wie bei „freien Wahlen“ in einer Militärdiktatur üblich, von vornherein von den Wahlen ausgeschlossen und durfte nicht kandidieren. Bei den Wahlen ging es um die Sitzverteilung in einer Verfassungsgebenden Versammlung, die dann erst Präsidentschaftswahlen aus-schreiben soll.

Daß überhaupt gewählt wurde, hängt mit der US-Konzeption für Mittelamerika zusammen: Das bisher noch vergleichsweise ruhige Honduras soll durch demokratische Kosmetik weiter befriedet werden, während gleichzeitig moderne Armee-einheiten aufgestellt und ganz Honduras zu einem Militärstützpunkt gegen die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika aufgerüstet wird.



Massenveranstaltung der Linken in Cuzco, Dezember 1979. Zehntausende forderten und unterstützten eine gemeinsame revolutionäre Kandidatur. Das Bündnis hielt nur wenige Wochen (Foto aus „Amauta“).

Fortsetzung von der letzten Seite

stischen Zugeständnisse an die Trotzkisten kritisierte. Dieser Block wird auch unterstützt vom ehemaligen Präsidenten der UDP, dem bekannten Rechtsanwalt Barrantes;

– der Trotzkistische Block (PRT, PST, POMR) mit Hugo Blanco; – die UDP (demokratische Volksunion), die sich sehr stark für die ARI engagiert hatte und nach dem Zerfall wohl am meisten Federn lassen mußte (PCR und Barrantes sind ausgestiegen). Kandidat der UDP ist jetzt Malpica, Vorsitzen-

der der Vereinigten MIR.

Die ganze Entwicklung erhöht die Wahlchancen der bürgerlichen Kräfte, insbesondere der APRA (rechte Partei, die die Militärs unterstützt und die mit Hilfe der Sozialistischen Internationale als sozialdemokratische Kraft herausgeputzt wird). Leider trifft zu, was Javier Diez Canseco (Vanguardia Revolucionaria) zum Zerfall der ARI kommentierte: „Wir sind verantwortlich, aber wie immer müssen die Massen die Folgen tragen“ („Amauta“, Nr. 245, Febr. 80).

Lateinamerika-Kommission

Zum Projekt der »Komitees...« Entsteht ein 'revolutionärer Block'?

Auf Initiative der aus dem KBW hervorgegangenen Gruppe »Komitees für Demokratie und Sozialismus« werden seit einigen Monaten Gespräche zwischen verschiedenen linken Gruppierungen über eine engere Zusammenarbeit und einen intensiveren Diskussionsprozeß geführt. Beteiligt sind an diesen Gesprächen bisher außer den »Komitees...« auch der KB, die aus dem KB ausgestiegene »Gruppe Z«, die Hauptfraktionen der aufgelösten »KPD« (»Gruppe der 41« und »Gruppe der 99«) sowie einige örtliche Zirkel.

Im Mittelpunkt steht das von den »Komitees...« vorgeschlagene Projekt einer gemeinsamen theoretischen Zeitung. Als konkreter Vorgriff auf dieses Projekt ist eine Broschüre – zur Problematik der Grünen Partei und zum Ökologismus – in Vorbereitung. Diese Broschüre soll gemeinsam herausgegeben werden von »Komitees...«, KB und »Gruppe Z«.

Die vorgeschlagene gemeinsame Zeitung soll, so formulieren es die »Komitees...«, »von möglichst großen Teilen der sozialistisch-kommunistischen Bewegung getragen« werden und soll »sich auf örtlich selbständige Zusammenschlüsse der revolutionären Linken« stützen. Die Zeitung soll also nicht nur als Diskussionsforum, sondern ebenso als Instrument für einen neuen Or-

ganisationsaufbau dienen. Diese Organisation soll zum einen dezentral (starke Autonomie der örtlichen »Zusammenschlüsse«) und zum anderen pluralistisch (im Sinne weitgehender Rechte für Minderheitsfraktionen) aufgebaut werden. Zur Begründung dieses Konzepts behaupten die »Komitees...«, daß die bisherigen politischen »Linien« sämtlicher linker Organisationen zusammengebrochen

samt. Die vorgeschlagene gemeinsame Zeitung soll, so formulieren es die »Komitees...«, »von möglichst großen Teilen der sozialistisch-kommunistischen Bewegung getragen« werden und soll »sich auf örtlich selbständige Zusammenschlüsse der revolutionären Linken« stützen. Die Zeitung soll also nicht nur als Diskussionsforum, sondern ebenso als Instrument für einen neuen Or-

ganisationsaufbau dienen. Diese Organisation soll zum einen dezentral (starke Autonomie der örtlichen »Zusammenschlüsse«) und zum anderen pluralistisch (im Sinne weitgehender Rechte für Minderheitsfraktionen) aufgebaut werden. Zur Begründung dieses Konzepts behaupten die »Komitees...«, daß die bisherigen politischen »Linien« sämtlicher linker Organisationen zusammengebrochen

mit Positionen der Vaterlandsverteidigung« gebe, und daß »ein Zusammenschluß mit Positionen der Vaterlandsverteidigung im Rahmen eines 'revolutionären Blocks'« für die »Gruppe Z« ausgeschlossen sei.

Das ist eindeutig schärfer formuliert als in dem internen Rundschreiben vom Februar, wo eine »Zusammenarbeit mit Strömungen der Vaterlandsverteidigung« unter »taktischen Prämissen« immerhin in Erwägung gezogen worden war.

Die ganze Logik der Politik der »Gruppe Z« spricht eigentlich auch gegen die Annahme, daß sie einfach aus dem Projekt der »Komitees...« aussteigen würde, falls sie sich mit ihrer Forderung nach Ausgrenzung der »Gruppe der 99« nicht durchsetzt.

Welch trübe Spekulation in Wahrheit hinter der super-harten Haltung der »Gruppe Z« gegen die »Gruppe der 99« steckt, läßt sich anhand der Artikel in der »Z« Nr. 5 ahnen: Dort wird ausgerechnet dem KB der ideologische Vorwurf gemacht, er wolle unbedingt die Hineinnahme der Vaterlandsverteidiger in das gemeinsame Projekt erreichen: »...zur Diskreditierung des Projekts als Totgeburt«. Das heißt, die Chefetage der »Gruppe Z« weiß schon, daß sie die »Gruppe der 99« wohl als Beigabe wird schlucken müssen (denn die »Komitees...« scheinen auf diesen Partner durchaus nicht verzichten zu wollen) – aber der Schwarze Peter soll selbstverständlich dem bösen KB zugemogelt werden, der so »Lebendigen« (Originalton der »Z« Nr. 5!) mit den Vaterlandsverteidigern zusammenarbeiten will, um von vornherein das Scheitern des Projekts eines Revolutionären Blocks vorzuprogrammieren.

Exkurs: Das Problem mit der Vaterlandsverteidigung

Die Vaterlandsverteidiger aus dem Projekt einer gemeinsamen Zeitung oder gar eines Revolutionären Blocks herauszuhalten, ist auf den ersten Blick eine sehr vernünftige und sympathische Idee. Die »Gruppe Z« wiederholt in ihrem Kommentar in der Nr. 5 nur die bekannte KB-Position, wenn sie darauf beharrt, daß die Vaterlandsverteidiger nicht Teil einer revolutionären Bewegung sind und auch nicht als solche dargestellt werden sollten. Speziell in einer Phase verschärfter Kriegsvorbereitungen ist es unsinnig, die Frage der Vaterlandsverteidigung als irgendeine beliebige Frage unter vielen anderen anzusehen, statt als die strategische Frage revolutionärer Politik heute.

Genau dieser Irrtum liegt aber dem ganzen Projekt des Revolutionären Blocks in seiner bisherigen Konzeption zugrunde. Diese Konzeption geht davon aus, die verschiedenen Strömungen der Neuen Linken über eine Minimalplattform zusammenzuführen, die die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Einschätzung der Weltlage und der Politik des »eigenen« Imperialismus total ausklammert. Gemäß dieser Konzeption existieren in den »Komitees...« selbst die verschiedensten Auffassungen zu diesen Fragen nebeneinander: Es gibt dort waschechte Vaterlandsverteidiger, halbherzige Verehrer der »Theorie der 3 Welten«, KBW-Positionen, und anderes mehr.

Diese Auffassungen existieren in den »Komitees...« nicht nur nebeneinander, sondern sie bestehen geradezu in schönster friedlicher Koexistenz: Von den »Komitees...« wurde bisher garnicht der Versuch unternommen, um diese Frage einen öffentlichen Meinungskampf zu organisieren.

Schon unter diesem Gesichtspunkt hat die »Gruppe Z« unrecht, wenn sie sich so scheinbar unversöhnlich gegen eine Zusammenarbeit mit Vaterlandsverteidigern wendet, ohne diese Unversöhnlichkeit irgendwie auch auf die »Komitees...« selbst zu beziehen.

Ebenso hat die »Gruppe Z« unrecht, wenn sie so tut, als gäbe es in Sachen Vaterlandsverteidigung einen sauberen chirurgischen Schnitt zwischen der »Gruppe der 99« und der »Gruppe der 41« – als wäre also mit Letzteren eine Zusammenarbeit an dem Projekt möglich, nicht aber mit den »99«. Eine solche Trennung gibt es nicht, zumal in der gesamten Auflösungsphase der »KPD« die Frage der Vaterlandsverteidigung kaum Streitpunkt war.

Die Pose der »Gruppe Z« gegen die »99« enthält in sich zugleich den

offensichtlich falschen Umkehrschluß, daß die »Gruppe der 41« insgesamt in Sachen Vaterlandsverteidigung qualitativ einen Fortschritt gegenüber den »99« darstellen würde.

Wer von vornherein die Vaterlandsverteidiger aus dem Projekt der gemeinsamen Zeitung ausgrenzen will, müßte konsequenterweise zugeben, daß das Projekt gar nicht erst begonnen werden kann, bevor in den Resten der »KPD« und innerhalb der »Komitees...« die Auseinandersetzung über dieses Thema erfolgreich abgeschlossen ist. Denn das Verlangen nach Ausgrenzung der Vaterlandsverteidiger setzt erst einmal der eindeutige Ausgliederung innerhalb der »KPD« Reste und der »Komitees...« voraus. Das grobe »Z«-Augenmaß (mit den »41« gehts, mit den »99« gehts nicht) leistet in diesem Zusammenhang wirklich nichts.

Heute das Projekt der gemeinsamen Zeitung oder gar des Revolutionären Blocks anzupacken, bedeutet notwendigerweise, daß man sich

heutigen Trennungslinien im wesentlichen nicht geographisch verlaufen (im Sinne örtlicher Zirkel), sondern entlang bestimmter Organisations»linien«. Das heißt, daß sich ein derartiger Zusammenschluß im wesentlichen nicht aus autonomen Ortsgruppen, sondern aus autonomen, überörtlichen »Fraktionen« (Organisationen) entwickeln müßte. Das Modell der »örtlich selbständigen Zusammenschlüsse« geht von der Situation der »Komitees...« aus, die fast ausschließlich aus einer Organisation, dem KBW, hervorgegangen sind. Dieses Modell kann nicht mehr funktionieren, sobald relativ intakte und zentralistisch organisierte Gruppierungen wie der KB und die »Gruppe Z« hinzukommen. Ein »Z«-Mitglied beispielsweise in Hannover würde sich in erster Linie weiterhin als Mitglied der autonomen »Gruppe Z« verhalten und nicht als Mitglied eines örtlichen Zusammenschlusses verschiedener Strömungen in Hannover.

Der örtlichen Zusammenarbeit und Koordination wird zwar eine große praktische Bedeutung zu-

Aus der »Z«-Trickkiste

Wie die »Gruppe Z« auch zukünftig ihre Polemik gegen den KB zu gestalten gedenkt, hat sie in der Nr. 5 ihrer Zeitschrift wieder einmal vorgeführt. Von unseren alten Freunden Wi. und La. aus der »Zentrumsleitung« wird dort in aller Ausführlichkeit und Farbigkeit der Versuch unternommen, den KB als schlimmsten Gegner der »Komitee...«-Vorschläge darzustellen. Die dabei aufgewendeten Methoden sind eine kleine Betrachtung wert: Dort heißt es, der KB wolle seine Beteiligung an einer gemeinsamen Zeitschrift »strikt abgekoppelt wissen von einer für ihn anscheinend nicht in Frage kommenden praktischen Zusammenarbeit, z.B. in örtlichen Zusammenschlüssen, Aktionseinheiten o.ä. (revolutionärer Block)«. Dasselbe Motiv wird kurz darauf wiederholt: Der KB stelle »sich rigide und prinzipiell gegen örtliche Zusammenschlüsse oder andere Formen praktischer Zusammenarbeit«.

Einen Unsinn mindestens einmal zu wiederholen, um ihn möglichst stark »einzuhämmern«, ist ein gängiger Kunstgriff jeder »Z«-Polemik. Der spezielle Trick liegt hier in der Gleichsetzung zwischen völlig ungleichen Dingen, nämlich einer praktischen Zusammenarbeit einerseits und örtlichen Zusammenschlüssen andererseits, bzw. auch der Gleichsetzung zwischen örtlichen Zusammenschlüssen und Aktionseinheiten. Durch diesen simplen Trick verwandelt sich unter den begnadeten Händen von Wi. und La. die Skepsis des KB gegenüber der aktuellen Realisierbarkeit »örtlicher Zusammenschlüsse« in eine »rigide und prinzipielle« Ablehnung praktischer Zusammenarbeit. Daß der KB »Formen praktischer Zusammenarbeit« und »Aktionseinheiten« ablehnt, läßt sich allerdings in der Praxis leicht als Blödsinn widerlegen. An dieser Offensichtlichkeit ist die zynische Unverschämtheit zu messen, mit der die »Gruppe Z« immer noch ihre Polemiken gegen den KB bastelt.

darauf einläßt, die Ausgliederung der Vaterlandsverteidiger – und später den notwendigen Bruch mit diesen – zum Gegenstand des Projekts zu machen, statt zu seiner Voraussetzung.

Zur Perspektive des Revolutionären Blocks

Zur Perspektive des Revolutionären Blocks

Der Vorschlag der »Komitees...« zur Bildung eines Revolutionären Blocks geht von der These aus, daß die heute bestehenden Organisationen der Neuen Linken keine Existenzberechtigung mehr hätten. Diese These wird begründet mit der nächsten These, daß nämlich die »Linien« der einzelnen Organisationen, »nach denen sie sich bisher voneinander abgrenzen und bekämpfen haben«, allesamt »zusammengebrochen« seien. Dieses Thesengebäude wird von uns nicht akzeptiert. Es kann, um nur das derzeit wichtigste Beispiel zu nennen, gar keine Rede davon sein, daß unsere Abgrenzung gegenüber den Vaterlandsverteidigern »zusammengebrochen« sei. Wir sind auch nicht damit einverstanden, diese Abgrenzung als irgendeine untergeordnete, zu vernachlässigende Sache einzustufen.

Die Aufgabe einer gemeinsamen theoretischen Zeitschrift müßte daher unserer Meinung nach gerade darin liegen, den Meinungsstreit und die Analyse um die strategischen Probleme kommunistischer Politik hier und heute voranzubringen, das heißt in erster Linie in der Frage des Kampfes gegen den drohenden imperialistischen Krieg. Die Zeitung würde hingegen ihren Zweck ganz und gar verfehlen, wenn sie unter weitgehender Ausklammerung solcher Fragen zum Schauplatz akademischer Geplänkel um die richtige Gramsci-Exegese und ähnliche Themen würde (wie es in der ehemaligen Theorie-Zeitschrift der »KPD« der Fall war).

In dem Konzept des Revolutionären Blocks ist die gemeinsame Zeitschrift eng verbunden mit »örtlich selbständigen Zusammenschlüssen der revolutionären Linken«, auf die sich die Zeitschrift »stützen« soll. Ein erster Denkfehler bei diesem Konzept scheint uns darin zu liegen, daß übersehen wird, daß die

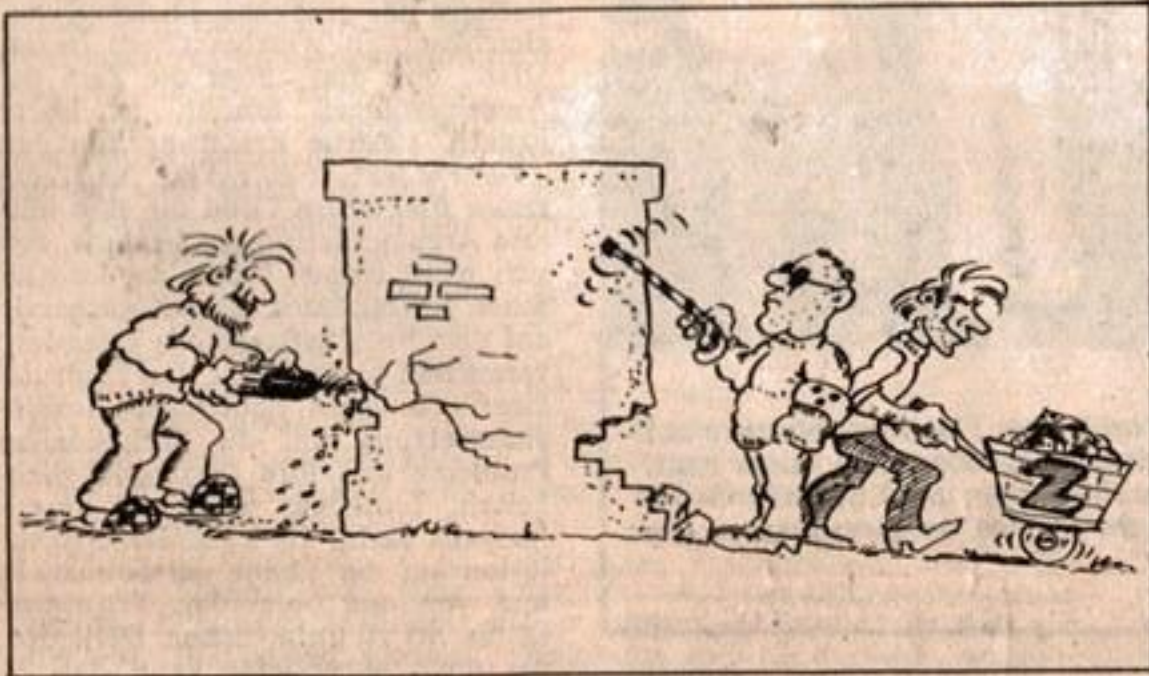
kommen – aber diese örtliche Zusammenarbeit wird nach Lage der Dinge stark von der Zusammenarbeit und der Entwicklung des »Klimas« zwischen den bestehenden Zentralen abhängen.

Was die damit verbundenen Probleme angeht, haben wir unsere Skepsis nie verheimlicht. Wir vergessen nicht, daß die Parole von

Was die damit verbundenen Probleme angeht, haben wir unsere Skepsis nie verheimlicht. Wir vergessen nicht, daß die Parole von »Zusammenarbeit und Auseinandersetzung«, die jetzt von den »Komitees...« vorgebracht wird, bereits 1971, vor fast neun Jahren also, vom KB vorgeschlagen wurde. Sie konnte sich damals gegen die Sonderinteressen der sich formierenden Organisationen nicht durchsetzen. Die Partner, mit denen wir es heute im Rahmen des Projekts »Revolutionärer Blocks« zu tun haben, sind im wesentlichen dieselben wie 1971. Es wird also viel guter Wille und ehrliche Anstrengung aller Beteiligten nötig sein, um jetzt zu besseren Ergebnissen zu kommen als damals.

Wir verheimlichen auch nicht unsere Skepsis gegenüber der »Gruppe Z«, die bis zum Dezember 1979 Teil des KB war. Die Trennung erfolgte bekanntermaßen gerade deshalb, weil eine Zusammenarbeit völlig unmöglich geworden war. Für die Chefetage der »Gruppe Z« stellt das Projekt der gemeinsamen Zeitschrift und des Revolutionären Blocks nichts anderes dar als einen politischen Steinbruch, ein mögliches Rekrutierungsfeld. Irgendetwas anderes von diesen Leuten zu erhoffen, wäre naiv. Solche Naivität kann aber nur durch eigene konkrete Erfahrung mit der »Gruppe Z« überwunden werden.

Diese skeptischen Erwägungen vorausgeschickt, kann aber auch festgestellt werden, daß den Bemühungen um einen engeren Diskussionsprozeß und Zusammenschluß derzeit die reale Entwicklung zugute kommt: An der Basis hat in der Linken die Bereitschaft erheblich zugenommen, Abgrenzungen zu überwinden, Vorurteile abzubauen, stärker miteinander ins Gespräch zu kommen. Jeder Weg, der dazu führen könnte, diese reale Entwicklung zu fördern und auf eine höhere Stufe zu heben – wie die Vorschläge der »Komitees...« –, sollte ernsthaft geprüft und in der Praxis erprobt werden.



ganisationsaufbau dienen. Diese Organisation soll zum einen dezentral (starke Autonomie der örtlichen »Zusammenschlüsse«) und zum anderen pluralistisch (im Sinne weitgehender Rechte für Minderheitsfraktionen) aufgebaut werden. Zur Begründung dieses Konzepts behaupten die »Komitees...«, daß die bisherigen politischen »Linien« sämtlicher linker Organisationen zusammengebrochen

daß die bisherigen politischen »Linien« sämtlicher linker Organisationen zusammengebrochen seien. Damit hätten sämtliche Organisationen ihre Existenzberechtigung verloren. Die noch bestehenden »organisatorischen Trennungslinien innerhalb der sozialistisch-kommunistischen Bewegung« seien nunmehr »zum Hindernis für die Entfaltung der notwendigen theoretischen Auseinandersetzung wie für die Wahrnehmung der dringenden Aufgaben im Klassenkampf geworden«. (Zitate aus dem Artikel von Ralf Fücks in »hefte für demokratie und sozialismus« 1/80.)

Reaktionen auf den Vorschlag der »Komitees...«

Der KB hat sich zu dem Vorschlag der »Komitees...« im AK 174 geäußert. Unsere Einwendungen gegen das Projekt beziehen sich auf die uns allzu eng erscheinende Verknüpfung der vorgeschlagenen gemeinsamen Zeitung mit dem praktischen organisatorischen Zusammenschluß: »...Tatsächlich setzt in unseren Vorstellungen die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift nicht notwendig die Bildung örtlicher Zusammenschlüsse voraus. Der Kreis von Gruppen, Strömungen und Einzelpersonen, der für eine gemeinsame Zeitung in Frage kommt, ist breiter als der für einen (organisatorischen) Zusammenschluß in Frage kommende Kreis – notwendigerweise, da die Zeitung ja gerade Mittel zu engerem Zusammenschluß sein soll, also diesen nicht zur Voraussetzung haben kann« (AK 174). Hierin liegt die Gefahr, daß das Ziel eines möglichst breit wirkenden Diskussionsforums in Konflikt gerät mit den engeren Interessen derjenigen, die auf einen möglichst raschen organisatorischen Zusammenschluß drängen. Darin läge dann das Risiko, daß sich die zunächst breit projektierte gemein-

Gespräch mit Uwe Carstensen zur Auflösung der „KPD“

Das im folgenden wiedergegebene Gespräch wurde mit Uwe Carstensen geführt; er war ehemaliger Vorsitzender der für die „KPD“ bedeutenden Ortsgruppe Köln und ist einer der Mitinitiatoren des Auflösungsprozesses. Bekannt wurde die entsprechende Resolution als „Antrag der 41“.

Frage: Die KPD hat sich kürzlich aufgelöst. In der letzten Ausgabe der „Roten Fahne“ wird über euren letzten Parteitag berichtet. Aber es wird nicht klar, wo ihr die Gründe für die rapide Auflösung seht.

Uwe C.: So wie ich das sehe, läßt sich das ablesen an der Auseinandersetzung, die innerhalb der KPD geführt worden ist über das Verständnis des Marxismus/Leninismus – das stellt eigentlich den Kern dar. Wir haben seit 1972 versucht, eine Identität als kommunistische Organisation zu finden, indem wir uns auf den ML berufen haben und versucht haben, von dieser revolutionären Theorie her die gesellschaftlichen Verhältnisse heute zu erklären, und wir haben dabei geglaubt, daß der ML mehr oder weniger ein Rezept ist, mit dem man seine Strategie entwickeln kann.

Es hieß immer, wir müssen den ML anwenden auf die heutigen Verhältnisse. Und dabei haben wir uns dann hauptsächlich gestützt auf die Ausführungen von Marx, Engels, Lenin – z.T. Stalin – und Mao Tse tung.

In der Auseinandersetzung innerhalb der KPD ging es hauptsächlich darum, ob es möglich ist, ausgehend von der Theorie des ML eine Identität zu finden und eine Strategie zu entwickeln, statt – und das ist die Gegenseite davon – die konkreten Verhältnisse zu analysieren und aus den konkreten Verhältnissen heraus strategische Vorstellungen zu entwickeln. Beispielsweise haben wir einfach solche Theorien, wie die der Diktatur des Proletariats, übernommen und haben geglaubt, daß das so richtig ist, ohne uns genügend radikal vor Augen zu führen, daß im Namen der Diktatur des Proletariats ja grundlegende unterdrückerte Verhältnisse geschaffen worden sind, wie beispielsweise in der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Ländern.

Frage: Kannst du das mal präzisieren?

Uwe C.: Wir haben uns nicht richtig vor Augen geführt, daß die Theorie des ML konsequent gemessen werden muß an der heutigen Wirklichkeit. Diese Wirklichkeit muß die Analyse der Sowjetunion einschließen, in der ja der Versuch gemacht worden ist, eine „sozialistische Gesellschaft“ aufzubauen. Und nicht nur die Analyse der Chruschtschow- und Breschnew-Aera, sondern auch der stalinischen Zeit.

Aber, sondern auch der stalinischen Zeit.

1970 haben wir z.B. gesagt – und deswegen hatten wir uns u.a. ja gegründet – daß die leninistische Kaderpartei eine allgemeingültige Notwendigkeit im Zeitalter des Imperialismus ist, um die imperialistischen Verhältnisse zu stürzen, ohne zu hinterfragen, welche Erfahrungen mit der leninistischen Kaderpartei in den letzten 50 Jahren eigentlich gemacht worden sind. Wir sind ausgegangen von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und davon, daß unter Führung der Arbeiterklasse und des organisierten Proletariats die Revolution durchgeführt und der Sozialismus aufgebaut wird.

Wir haben aber feststellen müssen, daß es in einer Reihe von Ländern – wie eben in der Sowjetunion – nicht gelungen ist, unter der Führung des Proletariats den Sozialismus aufzubauen. Stattdessen ist das Proletariat wieder in die Rolle der Unterdrückten gedrängt worden und war nicht in der Lage, eine Herrschaft im Interesse des ganzen Volkes auszuüben. Die Rolle der leninischen Partei haben wir also weitgehend unwidersprochen für uns übernommen; durch die leninistische Partei sollte die Führung des Proletariats in den Kämpfen erreicht werden.

Gleichzeitig ist in der Sowjetunion deutlich geworden, daß die leninistische Partei – wie sie sich später entwickelt hat – nicht mehr Ausdruck des Willens des ganzen Proletariats und des Volkes gewesen ist, sondern sich zunehmend zu einer Organisation entwickelt hat, die Sonderinteressen formuliert und sich gegen das Volk und das Proletariat Allgemeingültigkeit der Kaderpartei leninistischen Typs auch auf die Bundesrepublik und auf Deutschland angewendet werden muß, und wir haben gleichzeitig gesagt, daß die Ka-

derpartei deswegen Führung des Proletariats und des Volkes ist, weil sie im Besitz der revolutionären Theorie des ML ist und in der Lage wäre, sie anzuwenden.

Daraus ist letztendlich gefolgert worden, daß man mit Hilfe eines kleinen Kerns von oben nach unten eine Kaderpartei aufbaut und daß per se (schon dadurch – Anm. AK) diese Kaderpartei dann die Führung des Proletariats werden muß. Wir haben also praktisch versucht, außerhalb des Proletariats eine Führung des Proletariats aufzubauen.

Frage: Die „Führung des Proletariats“ ist ja nun nicht nur eine Frage der Organisationsform, sondern vor allem eine Frage der politischen Positionen dieser Organisation und der Verbundenheit mit den politischen Kämpfen. Wie siehst du das bei der „KPD“?

Uwe C.: Wir haben z.B. mehr oder weniger unwidersprochen die Revolutionsstrategien und Vorstellungen der III. Internationale übernommen, was die Revolutionierung der Teilkämpfe betrifft: So z.B. in der Gewerkschaftsfrage, wo wir die RGO-Politik der Thälmann-KPD übernommen haben, ohne ernsthaft zu hinterfragen, ob diese Politik nicht eine Niederlage erlitten hat.

Weiter haben wir unwidersprochen fast alle zu Lenins Zeiten wohl zutreffenden Analysen über den Imperialismus übernommen, uns aber nicht genügend vor Augen geführt,

te. Innerhalb dieser Bewegungen haben wir sehr stark versucht, die sogenannte strategische Linie des antihegemonistisch-demokratischen Kampfes einzubringen – z.B. gegen AKW's in West und Ost – und sind sehr wenig auf die tatsächlichen Fragen der Bewegung eingegangen.

Ein Beispiel ist auch, wie wir unsere Position gegenüber der Linken innerhalb der Gewerkschaftsbewegung definiert haben, die in der Regel in ihrem hauptsächlichsten Teil als reformistisch und sozialdemokratisch denunziert worden ist. Wir haben zwar versucht, mit den linken Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten; allerdings hauptsächlich in Zielsetzung der Veränderung ihres angeblich vollkommen falschen Bewusstseins.

Zur Erläuterung dazu: In der Debatte um die Mitbestimmung, in der Frage der Demokratie in Betrieb und Gewerkschaft, haben wir nur einseitig die Mitbestimmung denunziert, ohne sie einer konkreten Analyse zu unterziehen und ohne auch positive Elemente im Sinne einer größeren Mitwirkung der Arbeiterklasse zu definieren, bzw. in der Mitbestimmungsfrage danach zu suchen.

Diese undifferenzierte Haltung z.B. in der Mitbestimmungsfrage hat uns auch von der Linken in der Gewerkschaft isoliert und hat dazu beigetragen, daß wir keinen ernsthaften und nennenswerten Einfluß in der Arbeiterklasse gewinnen konnten. Das soll nun nicht heißen, daß die

überhaupt eine linke Politik Massencharakter bekommen. Deswegen haben wir 41er gesagt, wir stellen den ML in Frage – wir wollen ihn nicht über Bord werfen, sondern kritisch überprüfen und entlang der konkreten Wirklichkeit und ihrer Analyse Antworten für die progressiven Bewegungen finden.

Als Beispiel: Uns wird vorgeworfen, wir würden die Führung des Proletariats überhaupt negieren oder wir würden die führende Rolle des Proletariats in der Revolution über Bord werfen und nicht mehr wahr haben wollen. Es wäre vermessend, wenn wir sagen würden, wir sind grundsätzlich der Meinung, daß das Proletariat nicht mehr das führende revolutionäre Subjekt ist. Darum geht es uns gar nicht, sondern es geht darum, auch eine konkrete Klassenanalyse durchzuführen, entlang der heute abgelesen werden kann, welche Rolle welche Klasse und welche Schicht bei der Beseitigung des Kapitalismus spielt.

Man kann nicht per Definition festlegen, daß das Proletariat die führende Kraft ist. Tatsache bleibt auch, daß ohne die Mobilisierung des Proletariats nicht an die Beseitigung des Kapitalismus zu denken ist.

Eine wichtige Sache ist in diesem Zusammenhang, daß uns die 99er vorgeworfen haben, wir würden zur linken Sozialdemokratie, zur SPD abdriften, weil wir gesagt haben, wir halten unter den heutigen Verhält-

den 41ern waren der Auffassung, daß einem falschen ML-Verständnis der Avantgarde-Anspruch der KPD abgeleitet wurde – nämlich außerhalb der Arbeiterklasse für die Arbeiterklasse einen Avantgarde-Anspruch zu formulieren, ohne das man Teil der Arbeiterklasse ist. Diesen Ansatz halten wir für falsch.

Die einzig richtige Konsequenz aus dieser Erkenntnis ist, daß die KPD sich auflöst. Es gibt natürlich unterschiedliche Auffassungen darüber, wie jetzt weitergearbeitet werden muß.

Frage: Bleiben wir etwa bei euren Differenzen. Die 99er halten doch an wesentlichen Positionen der KPD fest. Wie seht ihr das z.B. beim Anti-Hegemonismus?

Uwe C.: Zur Politik der antihegemonistisch-demokratischen Linie kann man heute sicherlich sagen, daß wesentliche Voraussagen des Parteitages von 1975 nicht eingetreten sind: nämlich daß die antihegemonistisch-demokratische Linie die Massen ergreifen wird, weil die objektive Entwicklung in die Richtung geht, wie wir sie 1975 beschrieben haben.

Richtig ist, daß die Sowjetunion eine imperialistische und aggressive Politik betreibt – das haben wir an verschiedenen Beispielen, wie zuletzt in Afghanistan, gesehen.

Viele Genossen der KPD – vor allem eine Reihe der 99er Gruppe – haben allerdings einseitig die imperialistische Rolle der Sowjetunion verabsolutiert und sie haben die Beziehung der imperialistischen Politik der SU und der USA nicht mehr richtig zueinander bestimmt.

In der „Roten Fahne“ sind Artikel zum Afghanistan-Konflikt und zum Iran erschienen, wo einseitig nur noch die Sowjetunion angegriffen worden ist und die imperialistischen Ziele der USA sowohl bei ihrem Olympia-Boykott als auch in ihrer gesamten Politik gegenüber Afghanistan und zur Sicherung ihrer Ölquellen in Nah-Ost überhaupt nicht beim Namen genannt worden sind.

Die US-Politik kann man nicht als fortschrittlich definieren, sondern muß sehen, daß dahinter grundlegende imperialistische Interesse der Supermacht USA stehen, auch wenn es heute, wie z.B. in Afghanistan, stärker die SU ist, die militärische Aggression betreibt. Wenn man einseitig nur die Sowjetunion angreift, dann macht man meiner Meinung nach einen fundamentalen Fehler: In gewissem Sinn entwirft man sich dadurch gegenüber der imperialistischen Globalstrategie der USA. Die Verurteilung des Einmarsches Vietnams in Kambodscha durch die KPD ist aber richtig gewesen, weil der Einmarsch Teil der Globalstrategie der USA ist.

Die Gegnerschaft zum USA-Imperialismus sollte m.E. nicht blind machen vor der Politik der SU im globalen Rahmen. Das ist beim KB so und das finde ich sehr falsch an seiner Politik. Für mich heißt es weiterhin, daß man die SU als imperialistische Supermacht – und zwar als aggressive – anprangern muß und daß man die Völker im Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus unterstützen muß. Das darf man aber nicht einseitig machen, indem man den USA-Imperialismus schont.

Frage: Nun ja. Das betrifft eure Sicht im internationalen Rahmen. National tauchte mit der antihegemonistischen Linie eurer Partei allerdings auch einiges an Problemen auf. Gerade wenn ihr die Verbundenheit mit den politischen Strömungen im Auge habt.

Uwe C.: Die KPD hat die breite Ablehnung der SU im Volk in dem Sinne unterschätzt, daß sie auch sehr starke Elemente des Antikommunismus beinhaltet. Gerade die Gewerkschaftslinken hat uns oftmals darauf hingewiesen, daß eine einseitige Position im Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus diese anti-kommunistischen Elemente nicht berücksichtigt, und zur Überwindung des Antikommunismus auch nicht besonders geeignet ist.

Die MLD hat auf dieser Welle ja die extreme Position vertreten, daß man Strauß unterstützen soll, weil er außenpolitisch einen sehr aggressiven Kurs gegenüber der Sowjetunion fährt.

Das können die fortschrittlichen Menschen nicht akzeptieren. Außerdem wird dabei nicht die Hauptsache berücksichtigt, daß sich hier in der



daß nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse – oder genauer: Machtverhältnisse – eine Rolle spielen, sondern ebenso die Entwicklung der Produktivkräfte selbst eine wichtige Rolle spielen und grundlegend unter den heutigen Verhältnissen neu überdacht werden müssen.

Unsere Politik war mit einem gewissen Objektivismus verbunden, der in der Geschichte des ML ja eine große Rolle spielt. Bei uns beruhte dies auf dem Glauben, daß durch die Analyse der objektiven Verhältnisse, wie z.B. der Krisenentwicklung des Imperialismus oder der objektiven Entwicklung der SU zur Supermacht, eine antihegemonistisch-demokratische Linie aufgrund dieses objektiven geschichtlichen Verlaufs die Massen schon ergreifen wird. Wir haben nicht untersucht und sind nicht ausgegangen von den real stattfindenden Bedingungen und den sich real vollziehenden Gedanken in den Köpfen der Menschen.

Wir haben insofern sehr stark neben den realen gesellschaftlichen Bewegungen eine Politik gemacht und haben sozusagen von oben herunter die sogenannte strategische Linie zu verankern versucht.

Nach 1975 ist immer deutlicher geworden, daß wir sehr stark von den real vorhandenen emanzipatorischen Bewegungen, einschließlich denen in der Arbeiterklasse und deren linken Flügel, isoliert waren. Das gilt auch für andere soziale Bewegungen, wie beispielsweise der ökologischen Bewegung. Da haben wir nur bedingt eine Rolle gespielt. Und wir sind nur begrenzt in der Lage gewesen, positive Aspekte in der Anti-AKW-Bewegung zu unterstützen und positive Elemente dieser Politik zu fördern, wie es z.B. Jens Scheer versuch-

KPD überhaupt keine Rolle in den sozialen Bewegungen gespielt hat. Die KPD hat auch eine Reihe Verdienste aufzuweisen. So hat die KPD mehrere Jahre eine positive Rolle in der damaligen Vietnam-Solidarität gespielt usw. In anderen Bereichen hat die KPD ebenfalls positive Beiträge geleistet.

Und was die Notwendigkeit des Kampfes gegen die imperialistische Politik der SU angeht, da haben KPD-Genossen auch einen Beitrag geleistet, der positive Aspekte hatte.

Frage: Jetzt zur Auseinandersetzung zwischen den sogenannten 99ern und den 41ern. Worin bestehen die Differenzen?

Uwe C.: Ich würde das so sehen, daß die hauptsächlichste Differenz zwischen den 41ern und den 99ern darin besteht, daß die 99er letztlich mit dem ML-Verständnis der KPD nicht haben brechen wollen, sondern nach wie vor der Auffassung sind, daß es möglich ist, als kommunistische Fraktion oder als kommunistische Organisation die hauptsächlichste Identität und die Lösung strategischer Fragen aus der ML-Theorie zu entwickeln, während die 41er das Hauptgewicht darauf gelegt haben, die Theorien des ML an der heutigen Wirklichkeit zu messen. Z.B. die Frage der Diktatur des Proletariats, die Notwendigkeit der Kaderpartei und auch Fragen der marxistischen Philosophie muß man auf ihre Gültigkeit heute untersuchen.

Wenn man eine revolutionäre und progressive Politik machen will, muß man vor allen Dingen die heutigen Verhältnisse analysieren. Davon ausgehend muß mit den progressiven Kräften versucht werden, die von den progressiven Bewegungen aufgeworfenen Fragen zu lösen. Nur so kann

nissen eine eigenständige kommunistische Organisation unter Ausschluss von Sozialisten, unabhängigen Sozialisten bei den Grünen, den Genossen des SB und anderen sich als Sozialisten definierenden Kräften nicht für sinnvoll.

Eine eigenständige Organisation dieser Kräfte ist deswegen nicht sinnvoll, weil keine Kraft bisher eine ausweisbare Strategie entwickelt hat, die ernsthaft in der Lage wäre, Lösungen zur Beseitigung der Unterdrückung durch den Kapitalismus vorzulegen.

Was die Rolle des ML bis heute angeht, sehe ich keinen Grund, grundlegende von Marx entwickelte Positionen der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft einfach über Bord zu kippen. Das gilt ebenso für andere Analysen wie z.B. Lenins Imperialismus-Analyse. Als historische Erfahrung der Arbeiterbewegung und der Befreiungskämpfe der Völker sind sie ernst zu nehmen und müssen als Erfahrung aufgenommen werden. Sie dürfen nur nicht als Dogma gesehen werden und zur Allgemeingültigkeit für alle Zeiten erklärt werden; so werden sie zu leblosen Dogmen. Das ist von der KPD in vielen Punkten aber leider gemacht worden.

Frage: Kannst du Beispiele nennen?

Uwe C.: Z.B. in der Staatsfrage. Es reicht nicht, die leninische Analyse und Beschreibung des imperialistischen Staates zu übernehmen. Heute hat der Staat vielfältigere Funktionen übernommen, auch ideologischer Natur, die Lenin nicht ahnen konnte.

Wir können also nicht bei seiner Analyse stehen bleiben, sondern müssen selber konkrete Untersuchungen vornehmen.

Oder ein anderes Beispiel: Wir von

Fortsetzung nächste Seite

Das „Große Palaver“ über linke Politik und „neue Bewegungen“

Für den 25. und 26. April hatte das Sozialistische Büro (SB) in Hamburg zu einem „Großen Palaver“ über linke Politik (in der Krise), Ökologie und Sozialismus und „neue Bewegungen“ eingeladen. Angesprochen worden war das ganze Spektrum linker Initiativen und Organisationen sowie bekannte Persönlichkeiten. Der erste Abend wurde damit gestaltet, daß die Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen die Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit darstellten, um so ein Bild über die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bewegungen zu erhalten. Daran nahmen u.a. teil: Anti-AKW-Initiativen aus Hamburg, Alternativprojekte, Gruppen des SB (Antifa, alternative Ökologie), AL Westberlin, Graswurzelrevolution, KB, Volksfront gegen Reaktion und Faschismus, GIM, eine antimilitaristische Gruppe, Wolfgang Harich, Delphine Brox (Abgeordnete der Bremer Grünen), Initiativen aus dem Buch- und Verlagssektor usw. Schon diese Aufzählung zeigt, daß die Bandbreite recht weit war. Es war an diesem Abend darauf verzichtet worden, thematische Schwerpunkte zu setzen, so daß tatsächlich „palavert“ wurde

über vieles, was heute linke Politik ausmacht.

Der zweite Tag begann mit Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen: Krieg und Frieden, Ökologie und Sozialismus, Alternativprojekte, Frauenfrage, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit usw. Das eindeutig größte Interesse fanden dabei die Themen „Krieg und Frieden“ und „Ökologie und Sozialismus“. In der Teilnahme und Diskussion der AG Kriegsgefahr spiegeln sich die gegenwärtigen Befürchtungen und Hoffnungen wider: Einerseits die drohende werdende Kriegsgefahr, andererseits die Hoffnung, daß es in dieser Frage zu gemeinsamen Initiativen der gesamten Linken kommt. In der AG „Ökologie und Sozialismus“ waren die hauptsächlichsten Diskussionspunkte die Fragen „Überleben der Gattung oder Klassenkampf“ und die Entwicklung der Grünen.

Der Diskussionsteil wurde am Abend mit einem „round-table“-Gespräch zu den Fragen: Gattungsfrage, Klassenfrage, Bundestagswahl abgeschlossen. Daran beteiligten sich u.a.: Vertreter des SB,

der Grünen, des KB, der „Z-Gruppe“, der GIM, der MRI, der Graswurzelrevolution, der AL Westberlin, der „Volksfront gegen Reaktion und Faschismus“, Rudolf Bahro, Delphine Brox, Wolfgang Harich, Freimut Duve sowie Vertreter verschiedener Initiativen.

An den verschiedenen Veranstaltungen beteiligten sich zwischen 400 und 800 interessierte Linke. Klar war sicherlich von Anfang an, daß die bestehenden Kluft zwischen den verschiedenen Richtungen nicht überbrückt werden konnten. Positiv ist jedoch zum Ausdruck gekommen, daß das SB den Versuch unternommen hat, die unterschiedlichen Kräfte in einer gemeinsamen Diskussion zusammenzufassen, wobei keine Richtung ausgeschlossen war (wenn sie sich nicht durch Nichtteilnahme selbst ausschloß wie Jusos und DKP). Notwendigerweise mußte die Diskussion in diesem Rahmen auch an der Oberfläche bleiben, aber die beiden Tage wurden von vielen Anwesenden als Einstieg in eine gemeinsame fortzuführende Diskussion und politische Praxis gesehen.

Ein Teilnehmer des KB



Keine Zusammenarbeit mit dem KB

Zur internen Ausrichtung der DKP gibt es eine „Mitgliederinformation“ über „die Krise des KB und seiner „Bunten Listen“. Das Ausrichtungspapier enthält einige sachliche, allgemein bekannte Angaben über rückläufige Mitgliederentwicklung des KB, AK-Auflage, Abspaltnungen des letzten Jahres. Diese Sachinformation wird teilweise mit recht schrägen Einschätzungen garniert, wie etwa: Die aus dem KB ausgestiegene „Gruppe Z“ orientiere „sich mehr und mehr an „eurokommunistischen“ Ideen als am Maoismus“. Das hat die „Gruppe Z“ denn doch (noch?) nicht verdient!...

Das Ausrichtungspapier der DKP endet mit der Einschätzung, der KB werde vermutlich bei den Bundestagswahlen „zur „kritischen“ Wahl der „Grünen“ aufrufen, was einem Wahlaufbruch zugunsten „rechter, arbeitgeberfeindlicher Positionen“ gleichkomme. Das Papier fährt dann fort:

„Für uns ergibt sich daraus: 1. daß wir — wie schon Kurt Fritsch in seinem Referat auf der Beratung mit den Kreisvorsitzenden darlegte — überall dort, wo wir die Möglichkeit und Voraussetzung dafür haben —, aktiv in den Bürgerinitiativen mitarbeiten, denn diese bilden nach wie vor das Rückgrat der „Grünen“ (+ „Buntten“). Die Ergebnisse in der BU Umweltschutz Uthlenhorst zeigen, daß ihnen auf diese Weise ihre Basis entzogen oder zumindest geschwächt werden kann.

2. müssen wir uns intensiver mit der Perspektivlosigkeit der auf den reaktionären Positionen eines Gruhl und Haußleiter aufgebauten Politik der „Grünen“ auseinandersetzen. Dazu wird vom „Thälmann-Kuratorium“ ein geeignetes Informationsmaterial herausgegeben.

3. Was den KB betrifft, so wird er seine Krise und die erlittenen Rückschläge damit überspielen, daß er verstärkt auf zwei Feldern arbeitet: Einerseits wird er versuchen, in Initiativen gegen die Rechtsentwicklung, gegen Strauß Fuß zu fassen, um ihnen seinen Stempel aufzudrücken. Was zu erwarten ist, zeigte die letzte Beratung der Initiative Hamburger Jugendverbände, wo seine Mitglieder massen-

weise auftraten und die Beratungsform in eine Delegiertenkonferenz ihrer Bunten Listen umwandeln wollten.

Wo ähnliches geschieht, müssen wir uns an das Prinzip halten, von dem mit „rechten“ Bündnispartnern vereinbarten Übereinkommen sich nicht abbringen zu lassen.

Wo KB-Mitglieder als Einzelpersonen mit KB oder mit der KB verbunden sind, ohne als Organisationsvertreter in Erscheinung zu treten, mögen sie das tun, aber Bündnisse mit dem KB schaden jeder demokratischen Bewegung und kommen für uns nicht in Frage.

Zum zweiten wird sich der KB verstärkt in die antifaschistische Arbeit einschalten, indem er versucht, Mitglieder in die VVN einzuschleusen und vor allem für Zustimmung und Beteiligung an dem von ihnen vorbereiteten „Antifaschistischen Kongress“, der Ostern in Frankfurt stattfinden soll, zu werben.

Hier genügt es nicht, nur auf den Charakter dieses gegen die Organisation der Widerstandskämpfer gerichteten Kongresses hinzuweisen. Es ist vor allem erforderlich, daß sich Kreise und Gruppenleitungen mit den örtlichen VVN-Gruppen verständigen, insbesondere was die Unterstützung der antifaschistischen Erziehung der neugewonnenen VVN-Mitglieder angeht.“

Das Ausrichtungspapier der DKP bekräftigt also das bekannte Verbot einer Zusammenarbeit mit dem KB („These 41“) und erteilt damit allen Illusionen in die Lernfähigkeit der DKP eine bittere Lektion.

Was die Behauptungen über ein „massenhaftes“ Auftreten des KB bei einer „Beratung der Initiative Hamburger Jugendverbände“ und über ein „Einschleusen“ von KB-Mitgliedern in die VVN angeht, so ist daran nicht einmal das sprichwörtliche „Körnchen Wahrheit“.

Interessant ist aber, welches Licht der letzte Absatz des DKP-Papiers auf das Verhältnis der DKP zur VVN — deren Eigenständigkeit ja immer betont wird! — wirft. Da scheint es ähnlich autonom zuzugehen wie zwischen der KPD/ML und ihrer „Volksfront“.

Fortsetzung von der letzten Seite

BRD die Menschen von den herrschenden Parteien und der Bourgeoisie emanzipieren müssen und daß der Antikommunismus bei den Menschen aufgehoben werden muß.

Gegenwärtig ist es aber gerade die CDU/CSU, die glaubt, aus dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan politisches Kapital schlagen und Vorteile bei der Wahl erringen zu können, um dann möglicherweise eine schärfere Gangart bei der Unterdrückung der Arbeiter und des Volkes durchführen zu können.

Wenn man einen Kampf gegen die Sowjetunion bzw. ihre Politik führt, muß man solche Dinge einfach in Rechnung stellen.

Wir haben gesagt, Hauptfeind ist der sowjetische Sozialimperialismus für Deutschland und die BRD. Ich würde meinen, daß diese strategische Bestimmung nicht richtig ist und nicht haltbar ist.

Sehe ich mir die Klassenverhältnisse in der BRD an, muß ich erkennen, daß die hauptsächliche Konfrontation und Auseinandersetzung darin besteht, daß der Kampf zwischen der Bourgeoisie einerseits und dem Proletariat sowie den Volksmassen auf der anderen Seite geführt werden muß und daß das der entscheidende Inhalt der Auseinandersetzung der progressiven Bewegung in der BRD ist.

Diejenigen, die davon sprechen, daß der Hauptwiderspruch in der BRD der zur Sowjetunion sei, sehen die Verhältnisse m.M. nach falsch. Was anderes ist es in der DDR.

Auf Europa bezogen halte ich und sicher die Mehrheit der ehemaligen KPDler die Position des KB für falsch, die hauptsächliche imperialistische Macht und die hauptsächliche Ursache für die Kriegsgefahr unter den imperialistischen Mächten ist. Das ist eine falsche Analyse des Kräfteverhältnisses. Richtig ist, daß der BRD-Imperialismus hauptsächlich in Zusammenhang mit dem US-Imperialismus imperialistische Ziele verfolgt.

Auch in Europa und in der Welt insgesamt geht die Kriegsgefahr m.E. hauptsächlich von den beiden Supermächten aus.

Frage: Der Antihegemonismus ist ja zentraler Bestandteil der chinesischen Politik. Wie steht du das Verhältnis zu China und die politischen Veränderungen dort?

Uwe C.: Da ist es ja nun so, daß wir ausgehend von der chinesischen Kulturrevolution unsere Identität aus der Entwicklung in China gezogen haben. Wir haben längere Jahre — auch wenn wir es verbal zurückgewiesen haben — China als das Vorbild des Sozialismus hingestellt, insbesondere die Entwicklung sozialisti-

scher Demokratie.

Wir haben den chinesischen Kurs bis vor der Entmachtung der Viererbande vollständig und kritiklos unterstützt. Wir haben nach der Entmachtung der Viererbande die Politik der chinesischen Genossen ebenfalls unterstützt und für richtig befunden. Da gibt es aber sehr unterschiedliche Auffassungen unter den Genossen der ehemaligen KPD. Nach meinem eigenen Aufenthalt in China steht für mich fest, daß die Politik der Viererbande eine sehr starke Unterdrückung von links her bedeutet hat.

Es steht aber gleichzeitig auch fest — das konnte ich in China auch selbst wahrnehmen —, daß die Entwicklung der Demokratie in China heute für die breiten Volksmassen ein ungelöstes Problem ist und daß bestimmte Entwicklungen eher darauf hinweisen, daß die Demokratie — z.T. jedenfalls — erneut eingeschränkt wird.

Die KPD hat sich zugute gehalten, daß sie 1975 aufgrund der Theorie der Drei Welten eine eigenständige Linie des antihegemonistisch-demokratischen Kampfes für Deutschland hat entwickeln können. M.E. ist es aber so, daß wir uns hauptsächlich an der Analyse der Chinesen orientiert haben, soweit es die internationalen Verhältnisse angeht; d.h., wir haben weniger eine Eigenleistung, eine konkrete Linie für die BRD entwickelt. Wir haben bestimmte Positionen der Chinesen, wie beispielsweise zum USA-Imperialismus beim USA-Beschuß Deng Hsiao-ping — und danach — einfach nur unkritisch übernommen.

Ohne insgesamt ein Urteil darüber abgeben zu können, wie die chinesische Politik gegenüber den USA aussieht, meine ich, daß wir sie nicht einfach übernehmen können, sondern selbst von hier unsere Position gegenüber den USA formulieren müssen.

Ein solches Vorgehen halten heute auch viele Genossen der ehemaligen KPD für richtig.

Frage: Wie soll es nun weitergehen. Immerhin haben eure Genossen z.T. 10 Jahre Politik gemacht und unterschiedliche Konsequenzen aus dieser Erfahrung gezogen.

Uwe C.: Es gibt natürlich sehr unterschiedliche Auffassungen zwischen denen, die sich zu den 99ern zählen und dem übrigen Teil ehemaliger KPD-Mitglieder und Sympathisanten.

Die 99er Gruppe hat für sich schon erklärt, daß sie sich als kommunistische Fraktion konstituieren will und für die Entwicklung einer revolutionären Partei eintritt. Sie sagen jetzt nicht „der Arbeiterklasse“, sondern des linken Flügels der Arbeiterklasse

und sie sagen gleichzeitig, daß sie an wesentlichen Positionen des Parteitag von 1975 festhalten wollen. Sie haben u.a. definiert, daß für sie die Frage der führenden Rolle der Arbeiterklasse bzw. der revolutionären Subjekts Arbeiterklasse nicht in Frage steht. Sie haben auch erklärt, daß die wesentlichen Elemente der antihegemonistisch-demokratischen Linie nach wie vor richtig sind, und sie haben erklärt, daß sie es für falsch halten, wenn sich Kommunisten nur mit sich als Sozialisten definierenden Linken gemeinsam zusammenschließen und sich nicht mehr auch eigenständig organisieren. Sie haben gesagt, daß sie an einer eigenständigen kommunistischen Organisation festhalten.

Ich persönlich habe die Befürchtung, daß die Gruppe um diese 99er erneut den Versuch machen wird, mit ihrem alten ML-Verständnis und einem, wenn auch heruntergeschraubtem Avantgard-Anspruch — als Gruppe Politik machen will. Ich glaube, daß dieser Versuch scheitern wird.

Frage: Wieso?

Uwe C.: Deswegen, weil sie eine kommunistische Identität definieren und entwickeln, wie es bisher der Fall gewesen ist. Was es bisher daran hindern, gleichberechtigt mit anderen Linken systematisch die heutigen Verhältnisse zu analysieren und weitergehende Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Im übrigen glaube ich, daß die Gruppe der 99er, die hauptsächlich aus Funktionären oberer, mittlerer und unterer Ebenen der ehemaligen KPD stammt, noch viel weniger mit der sozialen Bewegung verbunden ist. Was die KPD als Ganzes gewesen ist. Was die Gruppe der 41er angeht, muß man sagen, daß sie als sogenannte „Negativ-Koalition“ auf dem Parteitag denunziert werden ist. Sie hat aber mehrheitlich durchsetzen können, daß die KPD aufgelöst wird. Die Auffassungen unter den 41ern sind in strategischen und organisatorischen Fragen sehr unterschiedlicher Natur.

Ich glaube aber — und für Köln kann ich das definitiv sagen — daß die meisten von ihnen politisch weiterarbeiten wollen und sich weiterhin als Kommunisten oder Sozialisten begreifen und versuchen werden, eine progressive, linke, sozialistische Politik zu entwickeln, und zwar unabhängig von SPD und DKP. Das aber nicht allein, sondern mit den jeweiligen linken und progressiven Kräften in den jeweiligen gesellschaftlichen Bereichen gemeinsam. Das bedeutet, daß wir uns in Köln wie in anderen Städten dafür einsetzen, daß ein Dialog und eine Zusammenarbeit und Auseinandersetzung um

strategische Fragen unter den Linken über Organisations- und Fraktionsgrenzen hinweg durchgeführt wird, um längerfristig zu einer neuen Identität zu kommen.

Frage: Wie stellt ihr euch das konkret vor? Die Komitees hatten doch wohl einen ähnlichen Versuch unternommen. Allerdings mit wenig Erfolg.

Uwe C.: Ich persönlich glaube, daß es notwendig wird, eine Art sozialistische Sammelbewegung zu forcieren, wo sich linke, sozialistische und kommunistische Kräfte zusammenfinden und ihre unterschiedlichen Positionen austragen. Längerfristig kann darüber eine neue kommunistische oder sozialistische Identität hergestellt werden.

Die Beantwortung der Fragen der progressiven Bewegung ist eine Aufgabe der gesamten Linken. Und das sollte in dieser Sammelbewegung geleistet werden. Denn bisher hat keine der einzelnen Gruppen — ob K-Gruppen, sozialistische Gruppen oder die Doppelstrategen in der SPD — die Fragen allein beantworten können.

In diesem Sinne setzen wir uns für gemeinsame Konferenzen und Plena in den verschiedenen Arbeitsbereichen ein.

Frage: Das läuft doch klar auf Bahros Überlegungen einer sozialistischen Konferenz zu. Bahro hat den Vorschlag gemacht, eine sozialistische Konferenz durchzuführen.

Uwe C.: Verschiedene Kräfte arbeiten bereits an der Durchführung der Konferenz. Meine persönliche Meinung ist, daß es ein Fortschritt ist, daß überhaupt verschiedene Gruppierungen der Linken gemeinsam über Fragen wie z.B. die Ökologie diskutieren. Ich glaube aber nicht, daß dies schon weitgehende politische und organisatorische Konsequenzen haben wird. Es wird aber ein Beginn sein.

Frage: Bahro setzt bei seinem Kongreß vor allem auf Ökologie als neue Kraft in der Politik. Für die Linke hat das sehr weitgehende Konsequenzen, insbesondere was ihr Verhältnis zu den GRÜNEN angeht.

Uwe C.: Es gibt so gut wie kein ehemaliges KPD-Mitglied, daß sich Bahros Vorstellungen anschließt, als Linker könnte man sich bei den GRÜNEN aufgehoben fühlen. Denn die GRÜNEN sind keine sozialistische Partei und es wäre m.E. auch falsch, wenn die GRÜNEN eine sozialistische Partei werden würden. Die Linke — die Sozialisten und Kommunisten — müssen ihre eigene Identität finden und wenn sie bei den GRÜNEN aufgehoben würden, würde das weder den GRÜNEN noch den Sozialisten nützen.

Deswegen bin ich unbedingt dafür, daß sich die linken Kräfte auch außerhalb der GRÜNEN formieren.

Die GRÜNEN selbst sind ein wichtiger Zusammenschluß, wo eine solidarische Zusammenarbeit und ein gemeinsamer Kampf für progressive Ziele möglich ist bzw. in Zukunft noch weitgehend möglich gemacht werden muß.

Frage: Welche Rolle spielt für euch der Vorschlag der Komitees, eine linke, revolutionäre Theorie-Zeitschrift zu machen?

Uwe C.: Ich bin im Grundsatz dafür, so eine Zeitung zu machen. Voraussetzung ist allerdings, daß wirklich eine gleichberechtigte Zusammenarbeit der verschiedensten linken Kräfte möglich wird. Sonst kann dieses Projekt keinen Erfolg haben. Die unterschiedlichen Positionen der Linken müßten in dieser Zeitung dargestellt werden können und sich in der Diskussion aufeinander beziehen. Eine fruchtbare Auseinandersetzung auf Bundesebene zwischen den verschiedensten linken Kräften hat es bisher nicht gegeben. Das ist ein bisher unerfreuliches Faktum der K-Gruppen-Politik — und nicht nur dieser. Die Gruppen haben sich zu wenig aufeinander bezogen. Das trifft natürlich auch — und besonders — auf die „Rote Fahne“ zu.

Das soll aber nicht bedeuten, daß andere Gruppen ihre Zeitungen — ob Massenzeitungen oder sonst etwas — einstellen. Ein solch neues Projekt sollte eine politisch-theoretische Zeitschrift sein und kein Massenblatt. Es müßte dabei vor allem um grundlegende analytische und strategische Fragen gehen.

Frage: Die KPD ist Bestandteil der BRD-Linken. Wie siehst du die Auflösung der KPD im Verhältnis zur Situation in der Linken?

Uwe C.: Die Auflösung der KPD sollte auch den KB und das SB noch dringlicher vor die Frage stellen, ob ihre Existenz für die Linke in der BRD berechtigt ist. Sie haben — und das unterscheidet sie gar nicht so sehr von der KPD — es im Laufe der letzten acht oder zehn Jahre nicht vermocht, wirklich grundlegende strategische Bestimmungen zur Aufhebung des Kapitalismus zu erarbeiten und zu entwickeln, und deswegen täten diese Organisationen gut daran, ihre Existenz in Frage zu stellen und zu prüfen, ob innerhalb dieser organisatorischen Rahmen eine sozialistische und kommunistische Politik am besten möglich ist oder ob es nicht auch andere Wege gibt zugunsten eines größeren Zusammenschlusses.

Vielen Dank für das Gespräch.

Der jugoslawische „Selbstverwaltungs-Sozialismus“ — Alle Macht den Direktoren!

Nach dem Bruch zwischen Jugoslawien und dem KOMINFORM 1948 konzipierte die später in Bund der Kommunisten (BKJ) umbenannte KP Jugoslawiens das „System der sozialistischen Selbstverwaltung“, das ausdrücklich zur Alternative zum „Estatismus“ (d.h. der zentralen Rolle des Staates) im RGW erklärt wurde. Der Übergang zur „Selbstverwaltung“ wurde als konkreter Schritt zum „Absterben des Staates“ gefeiert. Kernstück der „Arbeiterselbstverwaltung“ war, nach Tito, „die Überführung der Fabriken und anderen Wirtschaftsbetrieben aus den Händen des Staates in die Hände der Arbeiter, damit sie sie leiten“. Damit werde die „Aktionslösung der Arbeiterbewegung, die Fabriken den Arbeitern, verwirklicht“.

Tatsächlich jedoch wurden mit atemberaubender Geschwindigkeit die Errungenschaften der jugoslawischen Arbeiterklasse zunichte gemacht. 1953 erhielten Privatpersonen das Recht, Betriebe zu gründen, Arbeitskräfte einzustellen und Anlagevermögen (d.h. Produktionsmittel) staatlichen Wirtschaftsbetrieben aufzukaufen. 1963 wurde diese „Liberalisierung“ um das Recht auf Devisenerwerb erweitert. Im gleichen Jahr gab es in Jugoslawien rund 115.000 „Handwerksbetriebe“ mit bis zu 600 Arbeitern.

Die „Selbstverwaltung“ in den nichtprivaten Betrieben bedeutet, daß die Betriebe (formal die Belegschaften) eigenständig festlegen, welche Waren sie produzieren, Preise bestimmen und Rohstoffe einkaufen (auch im Ausland). Weiterhin hat der Betrieb das Recht, Produktionsmittel zu (ver-)kaufen oder zu vermieten. Der Betrieb ist autonom wie ein Betrieb im Kapitalismus.

Von der „Selbstverwaltung“ bleibt für die Arbeiter in der Praxis nicht viel übrig. Die Arbeiterräte ähneln eher hiesigen „Mitbestimmungsgremien“, denn die Betriebsleitungen besetzen „zunehmend Positionen in den Arbeiterräten selbst, seit die gesetzliche Vorschrift aufgehoben wurde, nach der unmittelbare Produktionsarbeiter mindestens zwei Drittel der Mandate in den Arbeiterräten einnehmen mußten“ (Conert: Gibt es einen jugoslawischen Sozialismus?, in: ARGUMENT Nr. 82, S. 743). Die Arbeiterräte verwandelten sich somit vollends in Anhängsel der Betriebsleitungen, die ohnehin schon berechtigt sind, „den Produktionsplan und die Entwicklungsrichtung der Betriebe zu bestimmen, über die Produktionsmittel zu verfügen, die Entscheidung über die Verteilung der Gewinne der Betriebe zu treffen, Arbeiter einzustellen oder zu entlassen, die Entscheidung über die Verteilung der Gewinne der Betriebe zu treffen, Arbeiter einzustellen oder zu

entlassen ...“ (Polemik über die Generallinie ..., S. 174/75). Die Direktoren haben in den Arbeiterräten Vetorecht! Kein Wunder, daß die Herrschenden in Jugoslawien höchst offiziell Streiks konstatieren, „die in der Mehrzahl gegen die Administration gerichtet sind“ (Horvat, „Die jugoslaw. Gesellschaft“, 1972. Horvat war u.a. Direktor des Instituts für volkswirtschaftliche Forschung in Belgrad). Selbst wenn die Direktoren formal den Arbeiterräten verantwortlich sind, wird jede Selbstbestimmung zur Farce angesichts der Tatsache, „daß Arbeiterkinder eine neunmal geringere Chance ... und Bauernkinder eine zwanzigmal geringere Chance haben, die Kategorie der Fach- und Führungskräfte zu erreichen, als dies bei Personen der Fall ist, die in dieser gesellschaftlichen Gruppe geboren sind“ (Horvat, S. 110).

Da die Betriebe nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung arbeiten, bleiben die üblichen Erscheinungsformen kapitalistischer Produktion nicht aus: Überproduktion auf der einen, „Versorgungsengpässe“ auf der anderen Seite. So gab es im Winter 1979/80 in Belgrad keine Milch, weil der zuständige Betrieb es vorzog, „seine Produkte lieber gegen Devisen nach Griechenland (zu exportieren) als sie in der eignen Hauptstadt zu verkaufen“ („Europa und die Welt“, II/80). 1976 wurde eine weitere Strumpffabrik gebaut, obwohl die vorhandenen Kapazitäten nur zu 60% ausgelastet waren (OWR, 14/76).

Die Rechtfertigungen jugoslawischer Theoretiker für die kapitalistischen Zustände kann man nicht einmal mehr als revisionistische bezeichnen: „Der wirtschaftliche Grund, der für eine Ausdehnung der Einzelproduktion und deshalb für die Erprobung fortschrittlicher gesellschaftlich-organisatorischer Formen spricht, ist einfach und hängt mit der Natur der Warenproduktion zusammen. Denn die Konkurrenz bedroht ständig diejenigen, die zurückbleiben. Zurück bleiben die, die schwach, klein, isoliert, arm sind. Somit diktiert die Notwendigkeit der Existenzhaltung jedem Warenproduzenten eine Produktionsausweitung und die Vermehrung der finanziellen Mittel, sie drängt ihn auf diese Weise zum Zusammenschluß, gleichgültig, was er subjektiv darüber dachte“ (Horvat, S. 85). Horvat propagiert unverblümt die legendäre Tellerräucher-Ideologie: „Sofern unser Mechaniker arbeitsam und begabt ist, wird er seine Arbeitskarriere als Eigentümer einer Einraumwerkstatt beginnen und als Direktor einer modernen Fabrik beenden. In allen Phasen wird er sich als sozialistischer Werktätiger begreifen und entsprechend handeln; in brik beenden. In allen Phasen wird er sich als sozialistischer Werktätiger begreifen und entsprechend handeln; in

keinem Moment wird seine Produzentenmoral mit der sozialistischen Moral in Konflikt kommen“ (ebenda).

Die Konkurrenz der „sozialistischen Produzenten“ untereinander ist mehr als bloßer Wunschtraum der Neuen Bourgeoisie. Die Arbeitslosigkeit beträgt mit ca. 350.000 registrierten Arbeitslosen rund 10 Prozent, hinzu kommen 1,3 Millionen „Arbeitsmigranten“ (Arbeiter im Ausland). Die Inflationsrate bewegt sich seit Jahren zwischen 20 und 30 Prozent („Handelsblatt“, 4.6.75 u.a.).

Horvat beschreibt die Folgen des Übergangs zur „Selbstverwaltung“ im Bereich der Erdölindustrie folgendermaßen: „Durch den Dezentralisierungsprozeß von 1951 bis Mitte 1952 wurden die Direktoren (der staatlichen Leitung der Erdölindustrie – d.V.) aufgelöst und die Selbständigkeit und Konkurrenz eingeführt. Die verselbständigten Unternehmen begannen sofort, halb-legale und legale Kontakte herzustellen ... Diese Entwicklungen und Forderungen wurden Anfang 1964 durch die Bildung eines neuen Kombinats in Zagreb gekrönt, das rund 2/3 des Zweiges umfaßt (auf dem Territorium einer Republik), und beim Rest der Branche setzten sich die integrativen Tendenzen fort. Es sieht so aus, als ob sich der Kreis dort schließt, wo er vor 19 Jahren begonnen hat. Aber das ist nicht so, es handelt sich nicht um einen Kreis, sondern um eine Spirale. Das erste Kombinat gründete der Staat ...; das zweite Kombinat gründeten die selbstverwaltenden Kollektive ...“ (Horvat, S. 44).

Vom Kombinat zum Monopol – eine feine Alternative zum „Estatismus“!

Die Rolle des Imperialismus

Die Entwicklung Jugoslawiens veranschaulicht, daß es nicht unbedingt einer militärischen Aggression des Imperialismus bedarf, um ein Land mit sozialistischem Anspruch wieder in das imperialistische Weltssystem zu integrieren. Der Imperialismus baut bei seiner Roll-Back-Strategie bewußt auf die „innere Evolution der kommunistischen Welt“, den Revisionismus. Strauß schrieb bereits in den 60er Jahren in seinem Buch „Entwurf für Europa“:

„Es ist (in den RGW-Staaten – V.) eine Mittelklasse von technischen Funktionären und Beamten, von Technikern und Automationsexperten entstanden. Sie haben eine neue Dynamik ausgelöst, die der Westen unterstützen sollte ... das Entstehen einer neuen, unabhängigen Führungsschicht aber ist in Osteuropa kaum zu übersehen. Die Verstärkung der Kultur- und Handelsbeziehungen mit

diesen Staaten könnte solche Tendenzen fördern“ (S. 41/42). Dabei baut der Imperialismus auf die ökonomische Schwäche der osteuropäischen Länder. Das wachsende Außenhandelsdefizit Jugoslawiens kommentiert die „FAZ“ frohlockend: „Die Handelsbeziehungen zwischen dem hochindustrialisierten Land (gemeint ist die BRD – d.V.) und einem in der Entwicklung begriffenen Staat können sich nicht anders gestalten“ (20.12.79).

Das jugoslawische Außenhandelsdefizit ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Es liegt mittlerweile fast bei 5 Milliarden US-Dollar.

Einzige Ausnahme war die Verringerung des Defizits 1976, die allerdings nicht Ausdruck einer Kurskorrektur, sondern Ausdruck der ökonomischen Krise Jugoslawiens war, denn im ersten Halbjahr 1976 stieg das Wirtschaftswachstum nicht wie geplant um sechs, sondern lediglich um ein Prozent.

Den Löwenanteil am jugoslawischen Defizit halten die EG-Staaten, während der Handel mit dem RGW recht ausgeglichen ist. Unter den EG-Staaten hat die BRD den größten Anteil am jugoslawischen Defizit. „In den ersten vier Monaten dieses Jahres (1979) gelang es dem jugoslawischen Außenhandel lediglich, seine Importe aus der Bundesrepublik zu 23,2% durch Exporte dorthin zu decken ... In dieser Zeit stiegen die Einfuhren an Produktionsmitteln aus dem Westen gegenüber der gleichen Berichtszeit des Vorjahres nämlich um 43%“ („HB“, 1.6.79). Und: „Von den 145 in Jugoslawien insgesamt registrierten Joint Ventures entfallen allein 31 (23%) auf Firmen aus der Bundesrepublik, die bisher 620 Millionen Dinar (etwa 90 Millionen DM) in Jugoslawien investiert haben. Den ersten Platz nehmen westdeutsche Unternehmen auch auf dem Gebiet der industriellen Kooperation (165 Verträge mit 37% Marktanteil) ein. Die gleiche Reihenfolge kennzeichnet auch den Technologie-Transfer ...“ („HB“, 24.5.76).

Die Eingliederung Jugoslawiens in die EG und damit die ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus wird nach den nun geschlossenen Abkommen zwischen Jugoslawien und der EG weiter zunehmen, was nicht ohne Folgen für die jugoslawische Politik bleiben dürfte. Verstärkt nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan versucht der Imperialismus, Jugoslawien und andere „blockfreie“ Staaten fester an sich zu binden und in die Strategie gegen den RGW zu integrieren.

RGW-Kommission
KB Hamburg

RGW-Kommission
KB Hamburg

Leserbrief zur Afghanistan-Berichterstattung im AK

Am 27.12.79 sind sowjetische Einheiten in Afghanistan einmarschiert. Auf den 1. Blick war die Reaktion im „Arbeiterkampf“, verglichen mit dem Fakt der Verletzung der nationalen Souveränität eines Landes der 3. Welt durch eine Großmacht, milde.

Überschriften wie „Krieg um's Erdöl“, „Die Sowjetische Intervention in A.“, „Über die sowjetische Intervention das Roll-back der Imperialisten nicht vergessen“, „Gegenmaßnahmen der Nato“, fallen an Schärfe deutlich zurück gegenüber Reaktionen auf vergleichbare Vorfälle, z.B. „China, raus aus Vietnam“ (AK 149).

Auf den 2. Blick wird die sowjetische Invasion im AK verurteilt, und zwar auf 2 Ebenen: 1. die Tatsache des Einmarsches an sich als ein Ausdruck sowjetischer Machtpolitik, und 2. das Wie der sowjetischen Intervention als Bedrohung der blockfreien Staaten.

So heißt es im AK 169 auf S.39: „Die unlegitimierte Verletzung der afghanischen Souveränität muß als Ausdruck der sowjetischen Machtpolitik zurückgewiesen werden. Die Tatsache, daß sich die sowjetische Präsenz ... hauptsächlich gegen eine konterrevolutionäre Widerstandsfront und gegen den Imperialismus wendet, darf nicht darüber hinwegdaß die SU hier aus ihren eigenen strategischen Überlegungen handelt ... Die Tatsache, wie die sowjetische Intervention in Afghanistan zustandekam, muß für die fortschrittlichen Staaten der Dritten Welt, die einen unabhängigen Kurs verfolgen,

eine enorme Bedrohung darstellen“.

Diese Stellungnahme hat uns gefreut, aber umso erstaunter waren wir, im gleichen Artikel einige Spalten weiter folgenden Absatz zu lesen: „Tatsächlich scheint es so zu sein, daß die SU-Truppen in Afghanistan mehr die Rolle eines stabilisierenden Stützpunkts einnehmen (derzeit) und weniger als direkte Eingreifstruppe anzusehen sind“.

Da werfen sich Fragen auf, z.B.: Für welche Art von Stabilität können die SU-Truppen in Afghanistan eigentlich garantieren? Und: Warum war die Situation während der Regierungszeit der VDPA so instabil, bzw. die Regierung so wenig in der Bevölkerung verankert? Im AK 169 und 170 wird die Entwicklung in Afghanistan vor der sowjetischen Intervention in zwei Artikeln dargestellt – vorwiegend in ereignisgeschichtlicher Weise, weniger unter analytischer Betrachtung. So bleibt z.B. die eminent wichtige Frage offen, warum es der April-Regierung trotz eines demokratischen, antifeudalen Programms nicht gelungen ist, die breite Zustimmung der Bevölkerung zu bekommen und mit deren Unterstützung die enteigneten Großgrundbesitzer niederzuhalten (die ja zahlenmäßig nicht besonders stark sind – 2000 besaßen über 100 ha Land – „Hefte für Demokratie und Sozialismus 1/80, S.33).

Die demokratische Bewegung, die zum Sturz Prinz Dauds führte, war getragen von den städtischen Mittelschichten, Intellektuellen und Offizieren. Die Masse der Bauern hingegen entwickelte sich zur sozialen Basis des Widerstandes gegen das Tara-

ki-Regime und dessen Nachfolger.

Dies geschah vor allem aufgrund von Fehlern bei der Durchführung der Landreform. So wurde zwar den Bauern durch Erlass Nr. 8 vom Dezember 78 Land zugeteilt, ihre Lage aber dadurch nicht verbessert, da zum einen diese Bauern nicht die nötigen Produktionsmittel (z.B. Saatgut) besaßen, zum anderen dem Feudalsystem, das zwar auf der Ausbeutung durch den Großgrundbesitzer beruht, jedoch auch in Notzeiten eine Versorgung der abhängigen Bauern garantierte, nichts Gleichwertiges entgegengesetzt wurde. (iz3W 83).

Unzureichend ist unserer Meinung nach auch die Charakterisierung „des Widerstandes“ im AK 170 („Über die sowjetische ...“). Es liegt auf der Hand, daß in einem feudal-strukturierten Land, das aus vielen Stämmen und Nationalitäten besteht, eine Summe von Widersprüchen produziert wird, die klassenmäßig nicht einfach zu fassen sind. Als Folge davon existieren Widerstandsgruppen, die schätzungsweise die gesamte politische Palette, angefangen von Feudalreaktionären bis hin zu Revolutionären repräsentieren. Im AK-Artikel werden die Widerstandsgruppen durchweg als konterrevolutionär eingestuft, wobei auch keine inhaltliche Differenzierung zwischen den verschiedenen islamischen Gruppen vorgenommen wird.

Die wohl stärkste Gruppe, die für die islamische Republik, analog zum Iran, kämpft, vertritt eine Position der Ablehnung gegenüber jeder fremdem Einmischung, sowohl der SU als auch der USA, und birgt somit durchaus ein fortschrittliches Ele-

ment in sich. Im übrigen ist der Widerstand nach wie vor gespalten, und es liegt unseres Wissens nichts Konkretes über Programm und Politik der Widerstandsgruppen vor. Im AK wird nur allgemein von der Machtpolitik der SU gesprochen und diese nicht konkretisiert. Der Anteil der SU am Außenhandel Afghanistans beträgt knapp 50%. Ende 1978 bezifferte sich die Auslandsverschuldung Afghanistans bei der SU auf 1,6 Mrd. Dollar (bei insgesamt 1,9 Mrd. Dollar), wovon ein großer Teil mit afghanischem Erdgas bzw. anderen Rohstoffquellen bezahlt wird (z.B. Baumwolle). Desweiteren ist die SU direkt an der Wirtschaftsplanung Afghanistans beteiligt. (iz3W Nr.85). Die Machtpolitik der SU ist also auch durch handfeste wirtschaftliche Interessen motiviert.

Uns geht es darum, die Intervention der SU als das zu bezeichnen, was sie ist: nämlich eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zur Durchsetzung wirtschaftlicher und militärischer Interessen. Diese Tatsache sollte nicht abgeschwächt werden, sondern daraus die Forderung nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgeleitet werden.

Gerade angesichts der verschärften Konfrontation der Supermächte und der konkret werdenden drohenden Kriegsgefahr ist es uns wichtig, eindeutig Stellung zu nehmen gegen Bestrebungen, den Vorherrschaftsreich auszuweiten-egal, ob dies nun von seiten der USA oder der SU versucht wird.

Symp.-gruppe Heidelberg

Antwort auf einen Leserbrief von E.Prager (AK 175, S.52)

In einem Leserbrief zu unserem Artikel „Jugoslawien – Spielball imperialistischer Interessen?“ wirft uns E. Prager vor, dieser sei ein „schlimmer Rückfall in den Dogmatismus“ und sogar ein „Fingerzeig für die Stalinisten“, in Jugoslawien ebenso wie 1968 in der CSSR zu intervenieren. Mißverständnisse oder nicht – jedenfalls enthält der Leserbrief einige unhaltbare Unterstellungen.

1. Wir haben nicht behauptet, reale Selbstbestimmung sei unter allen Bedingungen und zu jeder Zeit antimarxistisch. Uns ging es darum, was das jugoslawische „System der sozialistischen Selbstverwaltung“ konkret gebracht hat und ob es seinem Anspruch, eine sozialistische Alternative zum „sowjetischen Modell“ zu sein, gerecht wurde. Die Autorin schreibt selbst, daß Selbstverwaltung in Jugoslawien „nur auf dem Papier steht“. Unserer Ansicht nach hat die jugoslawische „Selbstverwaltung“ mit Basisdemokratie oder Räterepublik so wenig zu tun wie die Kuh mit dem Fliegen. Der Übergang zum „System der sozialistischen Selbstverwaltung“, d.h. zum „Marktssozialismus“, war im Gegenteil begleitet von der Restauration bürgerlicher Gesellschaftsverhältnisse.

2. Wir haben selbstverständlich nicht behaupten wollen, daß wirtschaftliche Beziehungen zum Imperialismus schon per se Revisionismus seien. Es ist aber Tatsache, daß Jugoslawien nach dem Bruch mit der Kominform 1948 zunehmend in ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus geriet, was sich nicht zuletzt in dem Milliardendefizit des jugoslawischen Außenhandels niederschlägt.

Es ist unbestreitbar, daß Jugoslawien nicht nur wirtschaftliche Kontakte zu imperialistischen Staaten unterhält, sondern mit dem Imperialismus auch politisch zusammenarbeitet. Jüngstes Beispiel ist das jugoslawische Engagement für das barbarische Pol Pot-Regime. Es stimmt eben nicht, daß Tito die Blockfreiheit zu sammeln mit einem „Diktator“ wie Fidel Castro betreibt, wie E. Prager schreibt. Vielmehr hat gerade Jugoslawien sich desöfteren an Kampagnen gegen Cuba und andere Staaten beteiligt, die Freundschaftsverträge mit der UdSSR unterhalten.

Jugoslawien hat selbst mit dem US-Imperialismus über militärische Zusammenarbeit verhandelt. (Wir zitieren dazu in unserem Artikel eine Meldung der jugoslawischen Agentur TANJUG).

3. Uns ist ziemlich unverständlich, wie die Autorin zu der Ansicht kommt, „die Chancen, doch noch den Sozialismus zu verwirklichen ... und die bisherige Fehlorientierung zu korrigieren, sind in Jugoslawien größer als anderswo“. Wir sehen in Jugoslawien ebenso wenig Ansätze zu einer massenhaften revolutionären Opposition wie in den RGW-Staaten. Dies Rätsel ist vielleicht so zu verstehen, daß es nicht um eine revolutionäre Opposition, sondern um eine sozialdemokratische gehen soll. Die

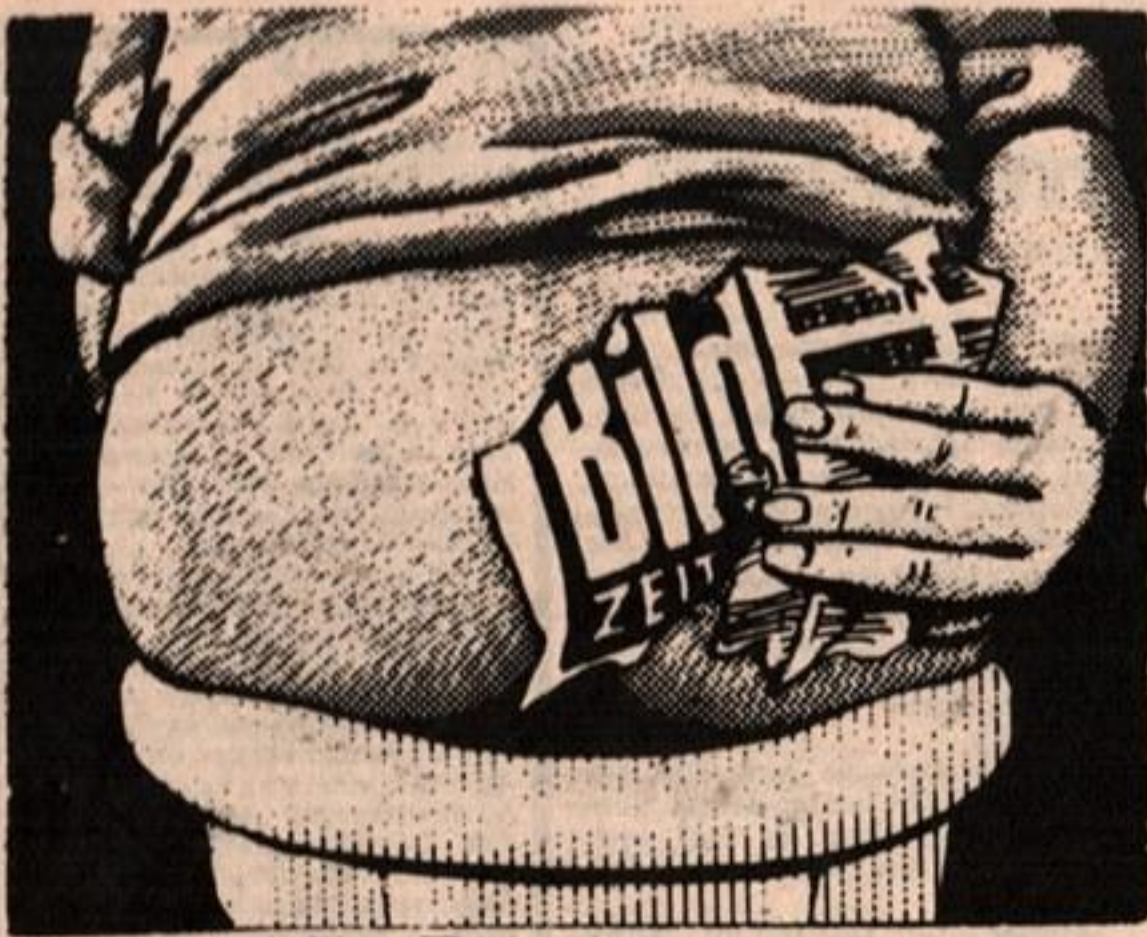
sozialdemokratische gehen soll. Die Formel vom „humanen, demokratischen Sozialismus“ deutet durchaus in die Richtung. Von einer massenhaften, organisierten sozialdemokratischen Opposition (etwa im Sinne der „Praxis“-Gruppe) ist uns allerdings ebenso wenig bekannt wie von einer revolutionären.

Bekannt ist, daß das jugoslawische Regime mit brutaler Repression auf linke Kritiker antwortet.

4. Dem KB vorzuwerfen, er sei nicht solidarisch mit der jugoslawischen Opposition, geht an der Sache vorbei. Wir waren derzeit die einzige linke Organisation in der BRD, die sich mit den verfolgten oppositionellen Kommunisten Jugoslawiens (sogenannten „Kominformisten“) solidarisierte. Unsere Bemühung, eine breite linke Solidarität aufzubauen, hatten bekanntlich magere Ergebnisse (siehe AK 133, S. 57: Offener Brief an die westdeutsche Linke).

Wer unsere Artikel zur Opposition in Jugoslawien und im RGW verfolgt hat, weiß, daß wir auch mit der demokratischen Opposition solidarisch sind. Uns ist allerdings nicht einsichtig, warum eine Einschätzung der jugoslawischen Entwicklung als Restauration bürgerlicher Klassenverhältnisse einer Solidarität mit der demokratischen und sozialistischen Opposition im Wege stehen sollte. Immerhin schreibt auch der jugoslawische Kritiker Stojanovic: „Sobald wir den Begriff Kapitalist mit dem Begriff Selbstverwaltung vertauschen, drängt sich uns unvermeidlich die Analogie zwischen dem 'sozialistischen' Anarcholiberalismus (d.h. der Selbstverwaltungstheorie – Anm. AK) und der Ideologie des liberalen Kapitalismus auf“ (Kritik und Zukunft des Sozialismus, Freiburg 1970, S. 128). Stojanovic gehört nicht zu den „Kominformisten“, eher zur linkssozialdemokratischen Opposition.

RGW-Kommission
KB Hamburg



Notizen

Ginseng

Am 26.3. hatte die 'Bild' gemeldet: „Noch in diesem Jahr soll es in Deutschland die Pille für den Mann geben.“ Aus Ginseng hätten koreanische Wissenschaftler spermientötende Zäpfchen entwickelt. So erfreulich es gewesen wäre

'Bild' hatte einen April-Scherz der 'Münchener Medizinischen Wochenschrift' seinem Lesepublikum als Tatsache verkauft! Außer dem vermeintlichen Mittel hatten die 'Bild'-Lügner noch dazugedichtet, die Pille käme noch dieses Jahr in den Handel (nach Spiegel, 31.3.).

und 500 verunglimpfte Redakteure (Bild)

Am 14. und 15. April tagte der deutsche Presserat (PR), um über die von Günther Wallraff angeklagten 'Bild'-Praktiken zu beraten. Als sich abzeichnete, daß der Springer-Verlag

nicht ohne Rüge davonkommen könnte, gab die 'Bild'-Chefredaktion am 15. eine Erklärung heraus, in der dem PR vorgeworfen wurde, er beteilige sich an der Verunglimpfung von 500 'Bild'-Redakteuren. Außerdem wurden einzelnen Presseratsmitgliedern strafrechtliche Handlungen angedichtet.

Als dieser starke Tobak nicht die beabsichtigte einschüchternde Wirkung auf den PR hatte - er wies im Rundfunk die Vorwürfe „in aller Schärfe“ zurück - zog die Chefredaktion ihre Erklärung wieder zurück. Sie war vorerst zu weit vorgeschritten.

Am Abend des 15. gab Peter Jansen, Sprecher des PR, in einem Interview mit dem NDR bekannt, daß die bisherigen Beratungen und Untersuchungen ergeben hätten, die 'Bild' habe „massiv gegen Kodex und Richtlinien des PR verstoßen“. Ein endgültiges Urteil wird jedoch erst im Juni auf der folgenden Sitzung in Hamburg fallen.

Rundfunk '80: Gilt für Angestellte des Rundfunks die Meinungsfreiheit nicht mehr?

Vor dem Arbeitsgericht in Freiburg standen sich der Redakteur des Südwestfunks (SWF) Baden-Baden, Th. Lehner und die Sendeanstalt selbst gegenüber. Lehner wollte vor Gericht feststellen lassen, „in welchem Maße einem Redakteur einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt das im Grundgesetz verbrieft Recht auf freie Meinungsäußerung auch im Dienst zusteht“ („FR“, 24.4.80).

Am 22. April sollte die Entscheidung fallen, nachdem mehrere Vergleichsangebote von beiden Seiten bisher abgelehnt wurden.

Lehner hatte von der Sendeleitung die Rücknahme einer „Abmahnung“ gefordert (die im Wiederholungsfall die Kündigung nach sich ziehen kann), die er erhalten hatte, nachdem er angeblich „seine arbeitsvertraglichen Pflichten verletzt habe“, als er auf einer Veranstaltung „als Bürger“ das Wort ergriffen habe und anwesende Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags aufforderte auch zur „Problematik der Kernenergie Stellung zu nehmen“ („FR“, 24.4.80).

Im Oktober letzten Jahres besuchte Lehner als Berichterstatter des SWF eine kirchliche Tagung mit dem Thema „Unsere Heimat in einer bedrohten Umwelt“, bei der u.a. drei Vertreter der Atom-Parteien auf dem Podium diskutierten. Als eine Diskussion mit den Zuschauern nicht in Gang kommen wollte, griff Lehner mit einem Beitrag ein, in dem er darauf hinwies, daß es eine zentrale Demonstration der Atomkraftgegner nach Bonn gäbe, daß das AKW Wyhl immer noch gebaut werden solle, daß Umweltschützer immer noch in Strafprozesse verwickelt würden, und daß eine aktuelle Diskussion nicht denkbar sei, wenn man diese Themen spare.

Daraufhin kam die Debatte in Gang ... Und der anwesende CDU-Abgeordnete Schüble notierte ...

Am nächsten Tag machte Lehner einen Bericht über die Tagung unter

Ausklammerung seines und der darauffolgenden Beiträge.

Der CDU-Mann Schüble denunzierte einen Tag später Lehner bei dessen Vorgesetzten, dem SWF-Intendanten und CDU-Parteifreund W. Hilt: „Herr Lehner hat dann in einer sehr aggressiven Tonart versucht, die Diskussion auf den alleinigen Punkt der Kernenergie zu lenken.“ Das sei ein „eklatanter Verstoß gegen die simpelsten Berufspflichten eines Journalisten.“ Und dann: „Ich darf dringend bitten, dafür zu sorgen, daß die Wiederholung eines solchen Vorfalles ausgeschlossen erscheint. Ich wäre zugleich dankbar, wenn sie mich über die von ihnen getroffenen Maßnahmen unterrichten könnten“ („ZEIT“ 18.4.80).

Von seiner Ressortleiterin Bungert erfuhr Lehner von der Intervention Schübles. Sie „bot“ an, sich für ihn einzusetzen, wenn er die Umweltberichterstattung abgeben würde - wegen „Überengagement“.

In einer dreiseitigen Stellungnahme an die Sendeleitung, in der er auch von diesem „Angebot“ berichtete, wies Lehner die Anschuldigungen zurück. Ressortleiterin Bungert behielt aber die Seiten der Stellungnahme bei sich, in denen sie mit ihrem Pressionsversuch erwähnt wird.

Hörfunkdirektor Rummel schickte dann Lehner ein Disziplarschreiben, in dem es u.a. heißt: „Wer durch Auftrag ausdrücklich als Mitarbeiter der Anstalt auftritt, kann nicht öffentlich seine privaten Dinge betreiben ... Auch ein Straßenbahnschaffner kann seine Straßenbahn nicht auf dem Marktplatz stehen lassen, weil er etwas wichtiges zu der dort stattfindenden öffentlichen Diskussion zu sagen hat.“ Rummel schließt seine Abmahnung damit, daß er für den Wiederholungsfall „arbeitsrechtliche Konsequenzen“ (Kündigung) androht, und dieses Schreiben der Personalakte beifügen werde. Lehner lehnte die Erweiterung seiner Personalakte ab und ging vor das Arbeitsgericht. Das Gericht bot einen ersten Vergleich an, der lediglich eine Mil-

derung und zeitliche Begrenzung der Abmahnung gegen Lehner bedeutete. Lehner lehnte ab. Einen Gegenvorschlag seinerseits lehnte der SWF ab. Der SWF wollte sehr weitgehendes vom Gericht durchgesetzt wissen: „Im Gegensatz ... (zu Lehner) kann dieser nicht bei einer Tätigkeit im Dienst die Meinungsfreiheit wie jeder andere Staatsbürger in Anspruch nehmen“ („ZEIT“, 18.4.80). „Lehner hat das Vertrauen der Hörschaft in die der verfassungsrechtlichen Pflicht und der Satzung entsprechend vorurteilslose, persönliche Interessen und parteiliche Motive ausschließende Gestaltung der Programme erschüttert“ („FR“, 31.3.80).

Von beiden Seiten wurde dann folgender Vergleich akzeptiert:

„Danach nimmt die Anstalt die ausgesprochene Abmahnung zurück und gibt stattdessen eine (nicht in der Personalakte niedergelegte) Erklärung ab, wonach sie der Meinung ist, daß Lehner mit seinem seinerzeitigen Verhalten den Eindruck erweckt habe, daß eine objektive Berichterstattung gefährdet sei. Dies habe nicht den journalistischen Gepflogenheiten entsprochen. Lehner seinerseits erklärte, daß er in Zukunft gemäß dieser Anweisung verfahren wolle“ („FR“, 24.4.80).

Mit diesem Vergleich hat Lehner zwar die Zurücknahme der Abmahnung erreicht, im Kern aber hat sich die Anstalt, hier im besonderen die CDU-Riege, durchgesetzt:

Jeder Redakteur/in muß in Zukunft damit rechnen, mit Hinweis auf die „journalistischen Gepflogenheiten“ in der Ausübung seiner/ihrer Meinungsfreiheit behindert zu werden, wenn diese Meinungen den Anstaltsverantwortlichen nicht gefallen.

Bisher ist es auch noch die Ausnahme, daß unter Beschuß genommene Redakteure öffentlich Widerstand leisten, so daß auch die einschüchternde Wirkung dieses Vergleichs nicht zu unterschätzen ist.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

NDR-Redakteurs-Ausschuß zum Zwei-Länder-Staatsvertragsentwurf

Hamburg, den 14.4.1980

Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,

der Redakteurausschuß hat auf Beschluß der Redakteursversammlung vom 27.2./6.3.1980 eine Stellungnahme zu dem Zwei-Länder-Staatsvertragsentwurf erarbeitet und an die Mitglieder der Landtage in Hannover und Kiel verschickt. Die Hamburger Bürgerschaft sowie die FDP-Landesverbände in Hamburg und Hannover wurden in Kenntnis gesetzt. Der Redakteurausschuß gibt Ihnen den Wortlaut der Stellungnahme im folgenden zur Kenntnis.

In diesen Wochen beraten Sie darüber, ob der „Staatsvertrag über eine gemeinsame Rundfunkanstalt der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein“ in Ihrem Lande Gesetz werden soll.

Der Redakteurausschuß, die gewählte Vertretung der Programm-Mitarbeiter beim NDR, möchte Ihnen seine Besorgnisse über diesen Staatsvertragsentwurf vortragen und appelliert an Sie, bei Ihren Beratungen seine kritischen Hinweise zu berücksichtigen.

§4 des Staatsvertragsentwurfes stellt fest, daß der zu gründende Sender „seine Aufgaben im Rahmen des geltenden Rechts auf der Grundlage der verfassungsrechtlich garantierten Rundfunkfreiheit“ erfüllt. Die dann folgenden Paragraphen sind jedoch nach unserer Auffassung von folgenden Tendenzen geprägt:

1. nicht die Rundfunkfreiheit schützende und sie stützende Bestimmungen herrschen vor, sondern sie einschränkende und begrenzende, mit einer Fülle von Einzelvorschriften und durchgreifenden Kontrollmechanismen bis hin zur staatlichen Fachaufsicht.
2. der Rundfunk wird reduziert auf eine ausschließlich dienende Aufgabe als „Medium“, also als bloßer Mittler bei der öffentlichen Meinungsbildung; das Bundesverfassungsgericht hat jedoch im sogenannten 1. Fernsehurteil von 1961 mit Nachdruck auf die Bedeutung des Rundfunks auch als „Faktor“, also als aktiven Teil der öffentlichen Meinungsbildung hingewiesen.
3. Der Entwurf erlegt den Rundfunkjournalisten vermeintliche

Sorgfalts- und Fairnessregeln auf, die den Abläufen und Bedingungen journalistischer Arbeit in Hörfunk und Fernsehen in keiner Weise entsprechen und darum nicht zu verwirklichen sind. Gleichwohl begründen diese Bestimmungen nach §11 „unmittelbare Pflichten und Rechte für die Mitarbeiter“ der geplanten Anstalt.

Mit der folgenden Darstellung möchten wir Sie auf die für unsere Arbeit gravierendsten Mängel im Staatsvertragsentwurf hinweisen. Wir appellieren an Sie, die Auswirkungen dieses Staatsvertrages, der noch dazu eine Geltungsdauer von 17 Jahren haben soll, auf unsere Demokratie und die Meinungsbildung der Bürger zu bedenken.

Unsere Anmerkungen beziehen sich auf den Vertragstext selbst und nicht auf die ihm beigefügten Begründungen. Diese Begründungen, insbesondere zu den §§5, 6, 7, 11 und 42, sind unserer Ansicht nach nicht aus dem Gesetzestext ableitbar, sondern muten eher wie der Versuch einer nachträglichen Korrektur aufgrund der bisherigen Kritik an.

1. Nach §§11 und 42 kontrolliert die Rechtsaufsicht die Einhaltung der Programmgrundsätze und der Programmrichtlinien. Sie wird damit zur Fachaufsicht, die ein unmittelbares Durchgriffsrecht auf jeden Programm-Mitarbeiter wahrnehmen kann.

Der ZDF-Staatsvertrag, der von Ihrer Landesregierung als wichtigstes Vorbild hingestellt wird, schließt eine solche staatliche Fachaufsicht aus; im Kommentar zum ZDF-Staatsvertrag wird eine staatliche Fachaufsicht sogar als unvereinbar mit Artikel 5, Abs. 1 des Grundgesetzes beschrieben. Der Hinweis auf die Verfassungswidrigkeit solcher Bestimmungen belegt den Staatsvertragsentwurf mit einem grundsätzlichen Makel, der uns alle betroffen macht.

Die geplante staatliche Fachaufsicht führt in Verbindung mit dem Recht des Rundfunkrates, Programmrichtlinien erlassen zu können, ausserdem dazu, daß die Rechtsaufsicht/Fachaufsicht die Kontrolle über die Einhaltung von Richtlinien wahrnimmt, die im Gesetz selbst nicht genannt werden und damit außerhalb des parlamentarischen Gesetzgebungsaktes liegen. In diesen Bestimmungen steht der Staatsvertragsentwurf somit im deutlichen Widerspruch zu der von Ihrer Landesregierung wiederholt

gegebenen Zusage, den Einfluß des Staates auf den neuen Sender weitgehend zurückzudrängen.

2. Der Hinweis auf die ausschließliche „dienende“ Aufgabe des Rundfunks findet sich in den §§5, 7 und 8 des Entwurfes. Dagegen wird die aktive Mitwirkung des Rundfunks an der öffentlichen Meinungsbildung („Faktor“-Aufgabe) im Staatsvertragsentwurf an keiner Stelle genannt. Im bereits erwähnten Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichtes heißt es:

„Der Rundfunk ist mehr als nur ‚Medium‘ der öffentlichen Meinungsbildung; er ist ein eminenter ‚Faktor‘ der öffentlichen Meinungsbildung. Diese Mitwirkung an der öffentlichen Meinungsbildung beschränkt sich keineswegs auf die Nachrichtensendungen, politischen Kommentare, Sendereihen über politische Probleme der Gegenwart, Vergangenheit oder Zukunft, Meinungsbildung geschieht ebenso in Hörspielen, musikalischen Darbietungen, Übertragungen kabarettistischer Programme bis hinein in die szenische Gestaltung der Darbietung. Jedes Rundfunkprogramm wird durch die Auswahl und Gestaltung der Sendungen eine gewisse Tendenz haben, insbesondere soweit es um die Entscheidung darüber geht, was nicht gesendet werden soll, was die Hörer nicht zu interessieren braucht, was ohne Schaden für die öffentliche Meinungsbildung vernachlässigt werden kann, und wie das Gesendete geformt und gesagt werden soll. Bei solcher Betrachtung wird deutlich, daß für den Rundfunk als einem neben der Presse stehenden, mindestens gleich bedeutsamen, unentbehrlichen modernen Massenkommunikationsmittel und Faktor der öffentlichen Meinungsbildung die institutionelle Freiheit nicht weniger wichtig ist als für die Presse.“

3. Der im Entwurf vorgesehenen Beschneidung des Rundfunkauftrages im allgemeinen entsprechen die Auflagen an die Programm-Mitarbeiter im einzelnen. Die Verengung journalistischer Arbeit ist für Außenstehende vielleicht erst auf den zweiten Blick und nach Vergleich mit entsprechenden Regelungen erkennbar.

Im Staatsvertrag des ZDF besteht

das, was im Vergleich zum vorliegenden Entwurf als „Allgemeine Programmgrundsätze“ zu bezeichnen wäre, lediglich aus drei Paragraphen (§§2, 3, 10) mit insgesamt neun Sätzen.

Die „Richtlinien für die Sendungen des ZDF“ sind nicht Bestandteil des ZDF-Staatsvertrages, sondern vom ZDF-Fernsehrat erlassen und damit jederzeit veränderbar. Dagegen sind entsprechende Grundsätze in dem Ihnen vorliegenden Staatsvertragsentwurf bereits weitgehend eingearbeitet und damit durch ein Organ der geplanten Rundfunkanstalt nicht mehr veränderbar. Bemerkenswerterweise fehlen jedoch gerade jene beim ZDF vorhandenen Regelungen, die Substanzfragen der Rundfunkfreiheit berühren.

4. §7 des Entwurfes nennt als Programmgrundsätze willkürlich einige Grundrechte unserer Verfassung aus den Artikeln 1 bis 19. Es ist nicht erkennbar, warum bestimmte Grundrechtsnormen in die Aufzählung übernommen worden sind und andere nicht; zumal Artikel 19, 2 GG bestimmt, daß kein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden darf.

Die ZDF-Richtlinien verzichten auf ein solches selektives Verfahren; es heißt dort: „Die Grundsätze des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes sind im Programm überzeugend zu vertreten. Es ist zu einer kritischen Haltung allen undemokratischen Erscheinungen gegenüber verpflichtet.“

Diese Aufforderung zu aktivem demokratischen Handeln und zu journalistischer Kritik unterscheidet den ZDF-Staatsvertrag in grundsätzlicher Weise von dem Staatsvertragsentwurf, über den Sie entscheiden sollen.

Weitere Zitate aus den ZDF-Richtlinien unterstreichen diesen Unterschied; so heißt es dort:

– „Das Programm soll dem einzelnen die eigene Urteilsbildung ermöglichen. Es soll das Gewissen schärfen.“

– „Das Programm ... soll zu kritischem Denken ermutigen, zu Gespräch und Eigenaktivität anregen.“

5. Was zudem in dem Zwei-Länder-Staatsvertragsentwurf völlig unberücksichtigt bleibt und dadurch den Charakter des Unstatthaften erhält, hat die ARD in ihren „Grundsätzen für die Zusammenarbeit ARD-Gemeinschaftsprogramm“ Deutsches

Fernsehen“ vom 9.7.1971 folgendermaßen formuliert:

„Auch die Berichterstattung über nicht verfassungskonforme Meinungen, Ereignisse oder Zustände gehört zur Informationspflicht. Dabei ist auch die Wiedergabe solcher Auffassungen - seien sie journalistisch, literarisch oder künstlerisch formuliert - möglich, soweit sie für eine Urteilsbildung nötig ist. Die selbstverständliche Anerkennung der vom Grundgesetz festgelegten freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung schließt die kritische Auseinandersetzung mit dem geltenden Recht nicht aus. Keinesfalls darf jedoch durch das Programm zur gewaltsamen Veränderung dieser Verfassungsordnung oder zu strafbaren Handlungen aufgefordert werden.“

6. §6 beschreibt den Programmauftrag für die Landesprogramme. Sie sollen insbesondere „das öffentliche Geschehen, das Wirken der Verfassungsorgane und die politischen Ereignisse ... sowie das Leben der Bürger in ihrer landsmannschaftlichen Vielfalt angemessen darstellen“. Zu fragen ist, warum die allgemeine Formulierung „das öffentliche Geschehen“ auf die Punkte „Wirken der Verfassungsorgane“ und „politische Ereignisse“ konkretisiert worden ist. Die Vorgabe soll offenbar klarstellen, daß es in den Landesprogrammen Pflichtgegenstände der Berichterstattung gibt, die nicht mehr den normalen journalistischen Bewertungen und Auswahlkriterien unterliegen. Was als „angemessene Darstellung“ gilt, wie sie der Staatsvertragsentwurf fordert, kann im Zweifelsfall durch die staatliche Fachaufsicht interpretiert werden.

7. Der Zwei-Länder-Staatsvertragsentwurf enthält außerdem inhaltliche und handwerklich-formale Vorgaben, die mit den Abläufen und Bedingungen journalistischer Arbeit nicht in Einklang zu bringen sind: §8 nimmt das Pluralitätsgebot des Bundesverfassungsgerichtes auf und ergänzt es in der Ziffer 1.3 um die Forderung, daß in den Sendungen „die Auffassungen der persönlich betroffenen Personen, Gruppen oder Stellen angemessen und fair berücksichtigt werden“. Auch diese Bestimmung erscheint als generalisierende Einspruchsformel, von der jedermann

Fortsetzung nächste Seite

»Contr' Eurovision '80« in Brüssel Gegen das Europa des Show-Business!

Aus dem lockeren Bündnis der „Neuen Europäischen Linken“, der sich anlässlich der Europawahlen gebildet hatte, entstand die Idee, dem „Grand Prix d'Eurovision“ eine fortschrittliche kulturelle Alternative entgegenzusetzen:

„Diese fürchterliche Eurovision, die alljährlich 200 Millionen Fernsehzuschauer triumphierend überfällt, ist das Symbol zur Verherrlichung der Konservenkultur und der Schallplattenkonzerne. Sie ist das Modell der handelbaren Kultur, die uns durch die privaten und öffentlichen Fernsehanstalten aufgezungen wird, bestimmt durch Gleichförmigkeit und Banalität der Themen, Vorrang des Kommerzes, Fehlen kritischer oder weitergehender Gedanken, Verschwinden von Dialekten und Nationalsprachen zugunsten der „Weltsprache“ Englisch, Verschwinden von originellen Rhythmen oder Melodien zugunsten einer „Musik der Mode““ (aus dem Umschlagtext der LP des Konzerts im vergangenen Jahr).

Im Europa-Wahljahr 1979 gewann der „Grand Prix“ eine besondere Propaganda-Qualität. Er wurde zur Werbeshow für die Wahl zum Europäischen Parlament. Vom Übertragungsort Jerusalem, der „heiligen Stadt“, kamen Bilder, die das Elend der palästinensischen Lager verdecken sollten. Dagegen stellten belgische Genoss(innen), vor allem der linken Organisation Pour le Socialisme (PLS) mit ihrer Wochenzeitung „Pour“, am 31. März / 1. April 1979 mit dem alternativen Musikfestival „centr Eurovision“ ein Treffen ohne Wettbewerbscharakter, das „die Stimme unserer Freiheit“ verkörpern sollte. Vor 3.000 Zuhörern traten ca. 80 Musiker und „populäre“ Sänger im Cirque Royal de Bruxelles auf („populaire“ hat im Französischen immer auch die Bedeutung von „aus der Bevölkerung, von unten her“ stammend).

Marina Rossel sang neue Lieder in traditionellem Katalanisch, der Palästinenser Mustapha el Kurd sang „nicht nur für die Araber, sondern auch für die unterdrückten israelischen Arbeiter“; die irische Fenian Folk Group, die aus den Kämpfen um Londonderry 68-69 hervorgegangen ist, brachte alte und neue irische Balladen; die Gruppe Oskorri aus Euskadi bewies die lebendige baskische Musikkultur. Neben den Bots aus Holland, Oktober aus der BRD, Misty aus England und der Frauen-Rockgruppe Jomfru Ane aus Dänemark waren auch zahlreiche belgische Interpreten zu hören, die sich in der einen oder anderen Weise auf die Arbeiterbewegung und andere progressive Strömungen bezogen.

„Contr' Eurovision 80“

Noch größer war's dieses Jahr. 16 Stunden lang gab es Folk, Rock, Reggae, Jazz, Lieder und Musiktheater. Vor einem begeisterten Publikum in einer vollen Halle trafen sich mehr als 100 Musiker(innen) aus 14 Ländern. Zahlreiche Aktionsgruppen aus dem alternativen Kultursektor informierten mit Ständen und Dia-Vorführungen.

In musikalischer Hinsicht war „pluralismus“ groß geschrieben. Es gab Künstler mit mehr traditionellen Instrumenten, Inhalten und Anbin-

dung an bestimmte kämpferische Bewegungen. Vertreter dieser Richtung waren Batterin' Ram (Irland), Marti aus dem französischen Languedoc („ein zeitgenössischer Troubadour“), der Catalane Louis Llach, der aus Spanien zwar nicht mehr (wie unter der Franco-Diktatur) verbannt ist, aber von den spanischen Medien totgeschwiegen wird. Durch die Diktatur an Offenheit gehindert, haben seine Lieder eine indirekte und allegorische Poesie. Seine Lieder sind



in Katalonien so bekannt, daß sie überall gesungen werden und zu wirklichen Volksliedern geworden sind. Eine weitere „traditionelle“ Gruppe Ahl El Hijra, schildert die alltäglichen Härten im Leben der marokkanischen Gastarbeiter. Aus Portugal kam Sergio Godinho, neben

Reggae brachte nur eine Gruppe, aber dafür hervorragend: Aswad aus Jamaica, z.Zt. in England, Musiker bei „Rock against Racism“.

Sie haben zwei LP's bisher gemacht: „Aswad“ und „Hulet“.

Jazz gab's von De Volharding aus den Niederlanden (etwa: die Dickköpfe), und Goebbels und Hart aus der BRD. Die holländischen Musiker, die aus klassischen Orchestern und aus Jazzgruppen kommen, lehnen die Unterscheidung

in „klassische“ und „leichte“ Musik ab, da „diese Bezeichnungen verschiedenen Gesellschaftsklassen“ entsprechen. Außer eigenen Kompositionen spielen sie Strawinsky, Kurt Weill, Darius Milhaud, „da diese Komponisten eine Verbindung von klassischer und unterhaltender Musik hergestellt haben“ („Pour“, 4.4.80).

Goebbels und Hart sind vom „Linksradikalen Blasorchester“ her bekannt, sie traten in Brüssel mit ver-

jazzten Brechtstücken auf.

Die Rockfans kamen bei der dänischen Schülerband Parkering Forbudt voll auf ihre Kosten. Eine Gruppe, die sich anlässlich des „Jahrs des Kindes“ bildete.

Das Programm ist damit noch längst nicht erschöpfend beschrieben. Wer Interesse hat, kann sich die Musikschnitte der Konzerte im vergangenen Jahr und des diesjährigen Festivals besorgen. Bezugsadresse siehe unten.

Allerdings – nicht alle waren begeistert:

Den Sendeleitern des belgischen Rundfunks war untersagt worden, Teile der „Contr' Eurovision“ zu senden, da diese „gegen die EG gerichtet“ sei! Am Rande des Festivals trafen sich zahlreiche Musiker zu Diskussionsforen über den Aufbau alternativer Produktions- und Vertriebsmöglichkeiten ihrer Scheiben.

Belgien-Kommission

– Live Volume 1 1979
enthält Afonso, Servat, Rosel, Mustapha el Kurd etc.
Ausstattung Beiheft 16 S. mit Photos.

– Live Volume 1 1979
enthält Afonso, Servat, Rosel, Mustapha el Kurd etc.
Ausstattung Beiheft 16 S. mit Photos.

– Live Volume 2 1979
enthält Stefanski, Vuile Mong, Misty, Jomfru Ane, Oktober, Bots, Beiheft 16 S., Photos.

Volume 1 und 2 werden gesamt abgegeben für 540,- bfrs (= ca. 34,- DM) incl. Porto.

– Mustapha El Kurd: 320,- bfrs.
– Misty: 320,- bfrs.
– 2 LP's über das diesjährige Festival sind angekündigt. Bestellung an: CAFIT, 22 Rue de la Concorde, B - 1050 Bruxelles.

Zum Vergleich:
Die ZDF-Richtlinien fordern: „Die Berichterstattung muß von vorbehaltlosem Willen zur Wahrhaftigkeit und Sachlichkeit bestimmt sein“.

Die Hinweise auf die ZDF-Regelungen sind hier nicht erfolgt, um ihren Modellcharakter für eine freiheitliche Rundfunkverfassung zu geben, sondern um kenntlich zu machen, welche Abweichungen es in dem ihnen vorliegenden Zwei-Länder-Staatsvertragsentwurf selbst zu diesen Bestimmungen gibt.

Gerade weil die Autoren dieses Entwurfes sich so häufig auf die ZDF-Regelungen berufen, sollten zumindest diese Unterschiede nachdenklich machen.

Wir bitten Sie darum, diesen Entwurf nicht Gesetz werden zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Redakteursausschuß

Ute Bromberger

Bernd C. Hesslein

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

32

Dokumentation zum 1. Kongreß des KB

72 Seiten
DM 5.-

Aus dem Inhalt:

Referat des LG zur Krisen debate, Berichte: AG Frauen, Situation der Kinder im KB und unsere Kinderpolitik, RGW-Kommission, Antifa-Resolution, Statut des Kommunistischen Bundes, ... Grußadressen und Beiträge der Gäste, Berichte und Presseecho u.a.m.

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.600.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich + Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich / wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Cooperative GmbH, Hamburg, den von mir / uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ARBEITERKAMPF bei Fälligkeit zu Lasten meines / unseres* Girokontos abzubuchen.

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

..... den
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Fortsetzung von der letzten Seite

nach Belieben Gebrauch machen kann.

In § 8, Abs. 3, ist vorgeschrieben, daß in „kritisch-analytischen Sendungen ... auch die Auffassung der von der Kritik Betroffenen darzustellen (ist). Dies soll nach Möglichkeit dadurch geschehen, daß der Betroffene selbst zu Wort kommt.“ Damit wird ein Selbstdarstellungsrecht von Betroffenen einklagbar, das nicht mehr aus journalistischen Sorgfalts- und Fairnessregeln zu begründen ist; auf diese Weise kann darüber hinaus journalistische Arbeit abhängig werden von der Mitwirkungsbereitschaft und -möglichkeit des Betroffenen. Denkbar ist, daß kritisch-analytische Sendungen so überhaupt verhindert werden.

In den in diesem Zusammenhang häufig herangezogenen „Grundsätzen für die Zusammenarbeit ARD-Gemeinschaftsprogramm“, Deutsches Fernsehen“ vom 9.7.1971 ist jedoch etwas völlig anderes beschrieben; dort heißt es:

„Sind für eine kritisch-analytische Sendung Tatsachenbehauptungen vorgesehen, die sich gegen eine Person oder Institutionen richten, so gehört es zur sorgfältigen Vorbereitung der Sendung, die Betroffenen nach Möglichkeit zu hören und deren Auffassung nicht außer acht zu lassen.“

8. § 9, Abs. 1 verlangt: „Alle Sendungen mit Bedeutung für die Information und Meinungsbildung sind gründlich und gewissenhaft zu recherchieren. Tatsachenbehauptungen sind zu überprüfen.“

Auch an dieser Bestimmung wird deutlich, wie wenig Einsicht und Verständnis in die Bedingungen journalistischer Arbeit den Staatsvertragsentwurf prägen. Hiernach ist jede zugeleitete Text- und Bildnachricht einer Presseagentur, jede Pressenotiz, jede Stellungnahme eines Gesprächspartners auf die Korrektheit der Tatsachendarstellung durch die Redaktion zu überprüfen.

Unter solchen Bedingungen sind Nachrichtensendungen und aktuelle Magazinbeiträge nicht mehr verantwortbar.

In eigener Sache

Der „Arbeiterkampf“ wird künftig in einem neuen Verlag, der „Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH“ erscheinen. Dieser Verlag ist Rechtsnachfolger des J. Reents Verlages und wird, mit Ausnahme des Sektors Buchverlag, die bisherigen Aktivitäten weiterführen.

Wir bitten alle Abonnenten, Vertriebsgruppen und Buchläden zukünftige Zahlungen auf die neu errichteten Konten zu leisten, damit uns unnötige Verwaltungsarbeit erspart bleibt.

Abonnenten, die sich dem Einzugsverfahren angeschlossen haben, brauchen nichts zu unternehmen, die Änderung des Bankkontos wird von uns veranlaßt.

Die Bankverbindungen sind:
Postscheckamt Hamburg
BLZ 200 100 20
Konto Nr. 27175-203

Dresdner Bank Hamburg
BLZ 200 800 00
Konto Nr. 4810 68500

Jahrgangsband 1976

Für Liebhaber und all diejenigen, die die politischen Aussagen des Kommunistischen Bundes anhand der Zeitung ARBEITERKAMPF kennenlernen oder nachlesen wollen:

Nach den gebundenen Jahrgangsbänden des ARBEITERKAMPF von 1973, 1974 und 1975 gibt es nunmehr in begrenzter Auflage (100 Stück) den Jahrgangsband 1976 (in festem Kunstledereinband).

Greift zu, solange der Vorrat reicht! Bestellt sofort! Lieferung erfolgt nur gegen Vorkasse. Jeder Band DM 80,—



Erstes Buch
120 Seiten
Vorwort von P.P. Zahl
ISBN 3-88305-021-0

DM 14

Zweites Buch
184 Seiten
Vorwort von Abidin Dino
ISBN 3-88305-022-9

DM 15

Drittes Buch
ca. 100 Seiten
ISBN 3-88305-023-7

DM 15

Im „ersten Buch“ wird von Passagieren im Anatolienzug erzählt, die fa- alle Menschen aus dem Volk sind. Mit Hilfe der Erlebnisse und Charakter-

Im „ersten Buch“ wird von Passagieren im Anatolienzug erzählt, die fa- alle Menschen aus dem Volk sind. Mit Hilfe der Erlebnisse und Charakter- züge von ihnen werden in gewissem Maße die werktätigen Klassen der Türkei und ihre gesellschaftliche Lage ermittelt.

Im „zweiten Buch“ wird von den Passagieren erzählt, die im Schlaf- wagen des Schnellzuges reisen. Es sind: Journalisten, Politiker, Kapitali- sten. Wie im ersten Buch ermöglicht uns der Dichter, die klassische gesell- schaftliche Struktur unseres Landes zu erkennen.

Das „dritte Buch“, das in Kürze erscheinen wird, berichtet aus dem Le- ben eines mitfahrenden Gefangenen, des Kommunisten Hahl, während seiner Zeit im Gefängnis und im Krankenhaus. Desweiteren beschreibt es in inhaltlicher Vielfalt die Persönlichkeiten und Erlebnisse der anderen Gefangenen, der Kranken, der Schwestern, der Ärzte und Bauern.

Bretagne: Ein Unglück kommt selten allein



Ein geplantes AKW reichte nicht aus – es kam noch die Ölpest dazu. Zum sechsten Mal sank Anfang März ein Öltanker vor der bretonischen Küste: der madagassische Tanker „Tanio“ am 7. März, in der Nähe von der Ile de Batz. 3.000 Tonnen Heizöl sind ausgelaufen. Auf einer Länge von etwa 30 Kilometern sind die Strände mit einer klebrig braunen Masse beschmiert. Diesmal soll das Öl so zähflüssig sein, daß es sich nicht pumpen läßt. Mit den bloßen Händen und mit Schaufeln wird versucht, die Küste zu reinigen. Schon jetzt wird geschätzt, daß nur 15% der betroffenen Vögel das Unglück überleben werden. Anders als beim Kampf gegen das geplante AKW in Plogoff haben PS und KPF zu Demonstrationen aufgerufen.

Chronologie des Kampfes in Plogoff: Was lange gärt, wird endlich Wut ...

Ende 1975: Der Bau eines AKWs in der Bretagne wird grundsätzlich von den entsprechenden Behörden be- willigt.

Juni 1976: Erste Barrikaden in Plogoff bei den Probebohrungen. Nach vier Tagen ziehen sich die Techni- ker zurück.

September 1978: Für die Behörden steht fest: das AKW soll in Plogoff gebaut werden. Erste Anti-AKW- Demo mit 5.000 Menschen. Eine Woche später: 15.000 in Brest.

November 1978: 10.000 Demon- stranten in Quimper.

3. Juni 1979: 15.000 Demonstra- nten in Plogoff.

August 1979: Eine Schafzuchterei wird auf dem Baugelände einge- weiht. 10.000 Menschen sind dabei.

Dezember 1979: Eine Frau, Annie Carval, übernimmt die Leitung des Verteidigungskomitees.

30. Januar 1980: Die offiziellen Un- terlagen zum geplanten Bau werden vor der Bürgermeisterei in Plogoff verbrannt.

31. Januar 1980: 1. „Ermittlungstag“ und erste Barrikadennacht. 3.000 Menschen demonstrieren. Überall sind Trauerfahnen angebracht wor- den.

3. Februar 1980: 20.000 Menschen auf dem Bauplatz.

8. Februar 1980: Erste Verurteilung (45 Tage ohne Bewährung) eines AKW-Gegners.

10. Februar 1980: 3/4 der Bevölke- rung unterschreiben eine Petition nach Rückzug der Polizei.

16. Februar 1980: Zum ersten Mal Molotow-Cocktail-Einsatz auf Sei- ten der Demonstranten. Die Polizei hat ihrerseits zum 1. mal Offensiv- granaten eingesetzt (die in Malville ein Menschenleben, ein amputier- tes Bein, eine amputierte Hand kos- teten).

19. Februar 1980: In Quimper wer- den 13 AKW-Gegner festgenommen, in Plogoff zwei.

27. Februar 1980: Erneutes Urteil, den 13 AKW-Gegner festgenommen, in Plogoff zwei.

27. Februar 1980: Erneutes Urteil, ein Monat Knast ohne Bewährung für einen AKW-Gegner. 3.000 Menschen demonstrieren, vier wer- den verletzt.

29. Februar 1980: Der sogenannte „schwarze Freitag“ in Plogoff; 11 Festnahmen, 10 Verletzte.

29.2./1.3.1980: Zweite Barrikaden- nacht. Drei Festnahmen.

2./3.3.1980: Dritte Barrikadennacht.

6. März 1980: 100 Einwohner aus Plogoff, Bürgermeister und Stadt- räte vorneweg, Schleuder um den Hals stellen sich freiwillig dem Ge- richt in Quimper. 2000 Leute de- monstrieren in Quimper. 9 „Gei- seln“ stehen vor Gericht.

7. März 1980: Sitzungsstreiks in den Gerichten von Quimper und Nan- tes.

9. März 1980: 2.000 Zuschauer in Plogoff bei einem Solidaritäts- Match. Zwei AKW-Gegner beginnen einen Hungerstreik in der Kathedra- le von Quimper.

10. März 1980: Ärzte und Angestell- te aus dem Gesundheitswesen de- monstrieren in Plogoff. „Einwohner auch eure Ärzte sind gegen AKWs!“

10./11. März 1980: Vierte Barrika- dennacht.

13. März 1980: Die ehemaligen Wi- derstandskämpfer demonstrieren in Plogoff gegen AKWs.

13./14. März 1980: 5. Barrikaden- nacht.

14. März 1980: 7.000 bei dem letz- ten „Gottesdienst“. Die CRSler werfen insgesamt 85 Offensivgrana- ten. Zwei Journalisten werden schwer verletzt.

16. März 1980: 60.000 Menschen feiern den Abzug der CRS.

An alle Frankreich-Touristen/innen: 16. März 1980: 60.000 Menschen feiern den Abzug der CRS.

An alle Frankreich-Touristen/innen: Am 25. Mai findet ein großes Fest in Plogoff statt! Und, wenn ihr spä- ter fahrt, demonstriert doch mit ge- gen die WAA von La Hague am 29. Juni!

Frankreich-Kommission



Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich – DM 27,50
jährlich – DM 55,—

abgebucht werden (bitte Rückseite be- achten).

wird überwiesen auf das Konto der Ham- burger Satz- und Verlagskooperative Postscheckamt Hamburg, BLZ 20010020 Konto Nr. 27175-203

Das Abonnement ist jederzeit schrift- lich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

**AK
Abo
Karte**

Hamburger Satz- und Verlags- Kooperative

Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

ausschneiden
und in einen
Umhlag stecken!